C 21734 D

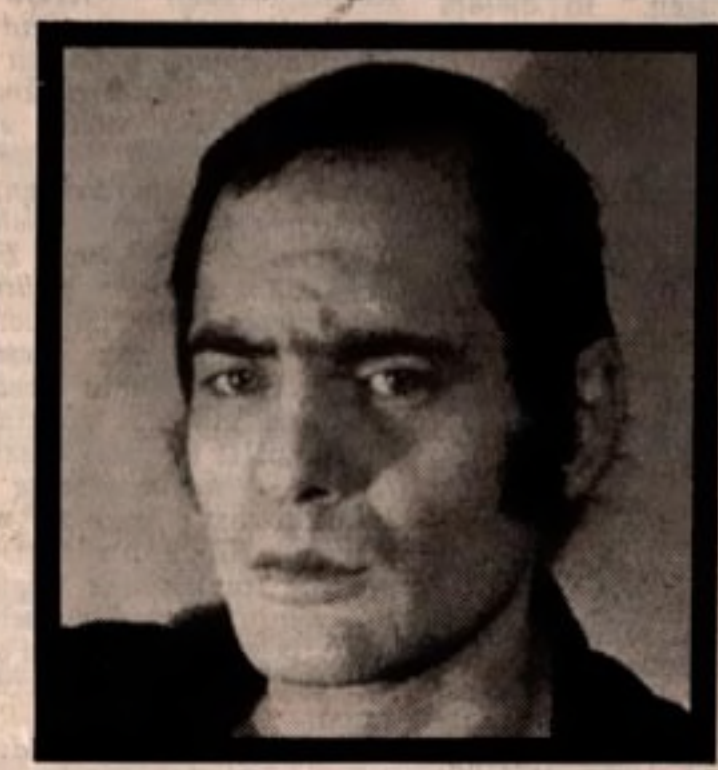


Das "Wunder von Stammheim" S. 5

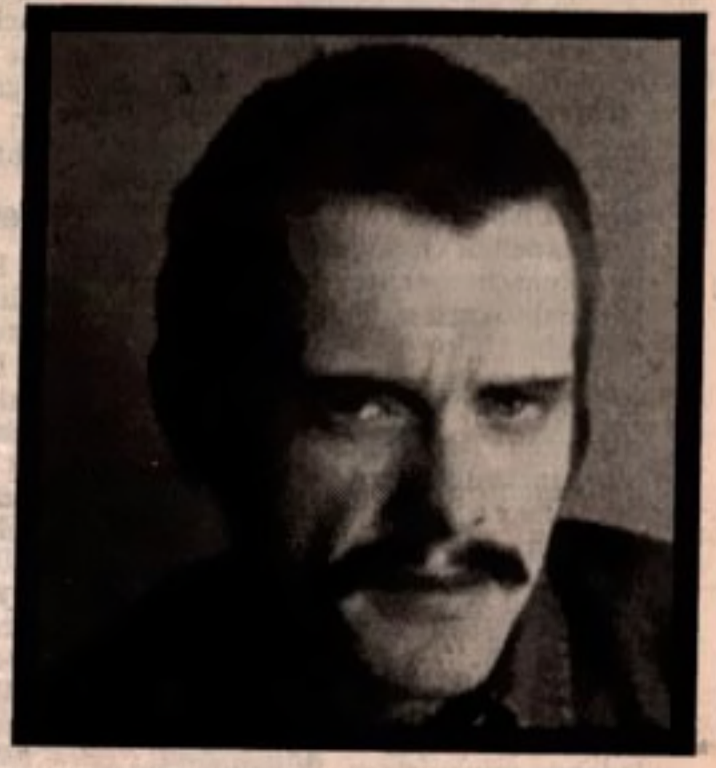
Arbeiterkampf

Jg. 7 Nr. 116 31.10.77
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
2,- DM









Wir glauben nicht an Selbstmord!

AKW-Gegner und Parlamentswahlen

Angeregt durch das unerwartet gute Abschneiden französischer Umweltschützer-Listen bei den letzten Kommunalwahlen sowie durch die Kassandra-Rufe der westdeutschen Presse über die um sich greifende »Parteien-Verdrossenheit« hierzulande, hat sich in der westdeutschen Anti-AKW-Bewegung spontan eine Diskussion über das Für und Wider einer Beteiligung an bürgerlichen Parlaments-Wahlen entwickelt. In verschiedenen Regionen hat diese Diskussion auch auf andere »Basis-Initiativen« (Frauenbewegung, Mietergruppen, Kinderläden etc.pp) übergegriffen. Diese Diskussion trifft sich z.T. mit Überlegungen der westdeutschen Linken, aber auch mit Initiativen von rechts, eine Alternative zum bestehenden Parteien-Kartell zu entwickeln.

Erstmals haben sich AKW-Gegner und ähnliche Initiativen zur Teilkreistagswahl in einigen niedersächsischen Gebieten zur Wahl gestellt, die am 23. Oktober stattfand. Die bedeutendste Wählerinitiative hatte sich im Kreis Hameln/Bad Pyrmont gebildet. Sie — die linke »Wählergemeinschaft — Atomkraft Nein Danke« (WGA) errang auf Anhieb 2,3% der Stimmen, obgleich sie nicht einmal überall im Kreis kandidierte. Sie schickt damit eine Kandidatin in den Kreistag, zu einem zweiten Mandat fehlten nur wenige Stimmen. Der KB hat in dieser Wählergemeinschaft mitgearbeitet und sie nach Kräften unterstützt. In unmittelbaren Umkreis des AKW Grohnde konnten 1.339 Stimmen gewonnen werden. Demgegenüber erreichte die eher bürgerliche »Grüne Liste Umweltschutz«, die in Hildesheim kandidierte, nur 1,2% der Stimmen, stellt aber zukünftig ebenfalls einen Kreistagskandidaten.

Im Kreis Rotenburg kandidierte erstmals ein »Demokratisches Bündnis«, bestehend aus der »Gruppe unabhängiger Sozialisten« (SPD-Mitglieder und ehemalige Jusos), dem KB sowie Einzelpersonen aus der AKW-Initiative Rotenburg, der örtlichen Frauengruppe, dem JZ etc. Das »Demokratische Bündnis« erzielte immerhin 0,7% der Stimmen, mehr als die »alteingesessene« DKP (0,55%, vorher 1,1%).

Die Wahlergebnisse der beiden linken Bündnislisten (Rotenburg und Hameln/Bad Pyrmont) müssen vor dem Hintergrund gewertet werden, daß beide Ecken als konservativ bis reaktionär gelten und daß das Potential linker Kader gewissermaßen an einer Hand gezählt werden kann. Insofern können die Ergebnisse als Erfolg bzw. Achtungserfolg betrachtet werden. Insbesondere bei der Bündnisliste Hameln/Bad Pyrmont konnte als zusätzlicher Erfolg die Gewinnung neuer Kräfte für den Anti-AKW-Kampf, als auch die recht starke öffentliche Resonanz betrachtet werden, die das Auftreten der WGA bei den bürgerlichen Parteien und der örtlichen und regionalen Presse hervorrief.

Den derzeitigen Schwerpunkt der eingangs erwähnten allgemeinen Wahl-Debatte dürfte nunmehr Hamburg bilden und hier wiederum die Anti-AKW-Bewegung. Die etwa 40 Stadtteilgruppen der Hamburger BUU (Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe) haben sich inzwischen in ihrer übergroßen Mehrheit — unter bestimmten Voraussetzungen — für eine Eigenkandidatur ausgesprochen. Die Mehrheit dieser AKW-Gegner sympathisiert dabei mit einem Modell, wonach ein Wahlbündnis mit »Basis-Gruppen« auch aus anderen Bereichen gesucht wird (Frauenbewegung, Kinderläden, Schulbereich, Mietergruppen etc.pp), eine Minderheit von BUU-Mitgliedern sympathisiert mit einer »reinen« Ökologie-Liste. Umstritten ist auch noch der Punkt einer möglichen Einbeziehung politischer Gruppen in das Wahlbündnis. Eine starke Minderheit der nicht mehr zur BUU gehörenden AKW-Gegner (sogenanntes »Sponti-Plenum«) befürwortet ebenfalls eine Basis-Kandidatur, während die Mehrheit einer Wahlbeteiligung eher ablehnend (»Wahlboykott«) oder skeptisch (»zu viel Arbeit«; Gewaltfreie) gegenübersteht. Derzeit läuft die Wahldebatte in über hundert »Basis-Gruppen« in Hamburg.

Initiiert wurde die Wahldiskussion durch eine Bürgerinitiative, die eher dem »Sponti-Plenum« nahesteht. Unsere Reaktion auf diese Initiative war anfangs recht indifferent, unsere Genossen und Genossinnen, die in den Initiativen mitarbeiten, reagierten unterschiedlich und teilweise widersprüchlich. Innerhalb des KB wurde die Frage einer Beteiligung oder Unterstützung einer möglichen »Basis-Kandidatur« lange Zeit kontrovers geführt. Die inzwischen im KB vereinheitlichte Entscheidung besagt, daß wir unter bestimmten Voraussetzungen bereit sind, eine solche Wahl-Initiative zu unterstützen bzw. in ihr mitzuarbeiten, nämlich dann, wenn es tatsächlich gelingt, einen breiten Kreis von Initiativen, Demokraten und linken Persönlichkeiten für eine aktive Mitarbeit in einer solchen Wählerinitiative zu gewinnen. Bis auf weiteres sollen unsere Genossen und Genossinnen im Rahmen ihrer Möglichkeiten Versuche in diese Richtung unterstützen.

Wir wollen in Zukunft stärker, auch öffentlich, in die in Hamburg laufende Wahl-Debatte eingreifen, auch in unserer zentralen Zeitung ARBEITERKAMPF, da wir meinen, daß diese Debatte exemplarische Bedeutung auch für andere Regionen bekommen könnte.

Russell-Tribunal: Volldampf voraus!

Der Plan eines internationalen Russell-Tribunals über die Repression in der BRD nimmt nach gut anderthalb Jahren Auseinandersetzungen und Vorbereitungen jetzt feste Konturen an. Eine internationale Jury ist benannt worden, die insgesamt für eine gründliche und schonungslose Untersuchung des Themas zu garantieren scheint und die zugleich von den Persönlichkeiten her eine breite öffentliche Resonanz in den wichtigsten Ländern Westeuropas verspricht.

Diejenigen, die darauf gehofft haben, das Tribunal würde schon in der Vorbereitungsphase an den inneren Widersprüchen der westdeutschen Unterstützungsbewegung scheitern, haben eine Enttäuschung erlebt. Wenn sie j e t z t — wie kürzlich Willy Brandt — die Taktik des Totschweigens beenden und stattdessen zur Boykott-Hetze gegen das bevorstehende Tribunal übergehen, so n ü t z e n sie gegen ihren Willen in dieser Phase der Vorbereitung unserer Sache, indem sie dem Tribunal jetzt auch in der BRD breitere Publizität verschaffen. Das Tribunal werden sie mit ihrem chauvinistischen Gekeife nicht mehr verhindern können. Dasselbe gilt für die DKP, die mit ihrer Boykott-Hetze gegen das Tribunal schon gescheitert ist und die auch mit ihren jetzigen Versuchen, das Tribunal ausschließlich auf das Thema Berufsverbote festzulegen, keinerlei Erfolgsaussichten hat.

Wir haben schon vor Monaten betont: » ... *Das wesentliche an dem Russel-Projekt war gerade der Versuch,* e r s t m a l s *in der BRD eine Massenkampagne zu initiieren, die sich dem dominierenden Einfluß von SPD und/oder DKP entziehen sollte*" („Anti-Repressions-Info Nr. 2). Einige Leute waren daraufhin schnell bei der Hand mit dem Vorwurf, der KB wolle die Unterstützungsbewegung zum Russell-Tribunal »*in ein Kampfbündnis gegen SPD und DKP umwandeln*«, der KB würde »*die Zusammenarbeit mit bestimmten Kräften von vornherein für unmöglich erklären*« usw.

H e u te läßt sich vernünftigerweise nicht mehr bestreiten, daß unsere damalige Einschätzung vollauf den Realitäten entsprach. Nicht deshalb, weil w i r die Zusammenarbeit mit irgendjemandem bei der Vorbereitung und Unterstützung des geplanten Russell-Tribunals ablehnen, sondern weil klar ist, daß bestimmte Kräfte von vornherein entschlossen waren, das Zustandekommen des Tribunals zu verhindern. Damit war zu rechnen.

Wir haben uns daher von Anfang an strikt g e g e n eine opportunistische und dümmliche Taktik ausgesprochen, die mit Zugeständnissen und Zweideutigkeiten irgendetwas gegenüber DKP, SPD und anderen bürgerlichen Kräften zu erreichen versuchte. Eine solche Taktik konnte nur dazu führen, das geplante Tribunal insgesamt ins Zwielicht zu bringen und die Bündnisfähigkeit der Unterstützungsbewegung leichtfertig herabzusetzen. Demgegenüber haben wir uns immer dafür eingesetzt, ein möglichst geschlossenes Bild der Unterstützungsbewegung zu bieten, die Vorbereitungen zum Tribunal zügig und unbeirrt durchzuziehen und starke Publizität im Ausland zu schaffen – als den überhaupt einzig möglichen Weg, mit dem Tribunal ein machtvolles Faktum zu schaffen und so auch die Unterstützung schwankender liberaler und sozialdemokratischer Kräfte in der BRD selbst zu gewinnen. Die opportunistischen Kräfte innerhalb der Unterstützungsbewegung — vor allem das SB und die Rechtstrotzkisten — haben das Ihre getan, um diese Wirkung des Tribunals abzuschwächen. Nicht ganz ohne Erfolge. Dennoch kann heute gesagt werden, daß sie sich in allen wesentlichen Punkten bisher nicht durchsetzen konnten!

Das geplante Russell-Tribunal hat durch die jüngste Entwicklung in der BRD eine Bedeutung gewonnen, die vor anderthalb Jahren, zu Beginn der Vorbesprechungen, in dieser Dimension noch gar nicht abzusehen war. Es kann kaum noch zweifelhaft sein, daß sich das Tribunal jetzt mit a l l e n Aspekten des „Modell Deutschland" beschäftigen wird, und daß es in diesem Sinn breiteste Resonanz in der demokratischen Öffentlichkeit Westeuropas finden wird.

Angesichts dieser Entwicklung erscheinen die kleinkarierten Projektchen z. B. des Rechtstrotzkismus ziemlich lächerlich, die noch vor kurzem das Tribunal künstlich auf wenige Aspekte der Repression in der BRD einengen wollten, und die damit die völlig idiotische Hoffnung verbanden, man könnte vielleicht tatsächlich die Berufsverbote zu Fall bringen, wenn sich das Tribunal im wesentlichen auf diese beschränken würde.

Hinter derartigen Plänchen stand und steht eine Taktik, die das geplante Russell-Tribunal lediglich als Zulieferer für die Durchsetzung begrenzter Ziele in der BRD selbst instrumentalisieren möchte, und die von der Überlegung ausgeht, die Chance für die Durchsetzung solcher Ziele sei

Fortsetzung auf Seite 3



Treffen in Köln zum Kampf gegen Verbotsdrohungen

Am 29.10. fand in Köln auf Einladung von KBW und „KPD" ein Treffen über die Bildung einer demokratischen Aktionseinheit, insbesondere gegen die Verbotsdrohungen gegen die „K-Gruppen", statt. Gefolgt waren dieser Einladung außer den beiden Initiatoren der KB, der KABD, der KAB/RW (Revolutionärer Weg), die „KPD/ML", der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" und die GIM, die allerdings nicht eingeladen war. Von den durch KBW und „KPD" eingeladenen Organisationen SB, Liga für Menschenrechte, Jungsozialisten, Jungdemokraten, Falken und Humanistische Union war keine erschienen.

Deutete sich bei der Auswahl der Einladungen bereits an, daß mit bestimmten Unvereinbarkeitsbeschlüssen gearbeitet wird, wurde dies bei der Frage der Beteiligung der GIM deutlich. Die GIM war gar nicht erst reingelassen worden, woraufhin der KB den Antrag stellte, die GIM zuzulassen und alle Organisationen reihum aufforderte, hierzu Stellung zu nehmen. Hier die Antworten:

KBW: Besteht darauf, nur die Eingeladenen reinzulassen. Prinzipiell sei er auch für Aktionseinheit mit Trotzkisten, hier sei ihm aber die Rücksichtnahme auf den engeren Kreis der „ML"er wichtiger.

„KPD": Gegen eine Mitarbeit der Trotzkisten. Später wird diese Haltung modifiziert: Man habe zwar etwas dagegen, wenn diese mitmachten, würde allerdings dann beide Augen zumachen, wenn außer den Trotzkisten auch noch Demokraten mitmachten. So lange aber „die Revolutionäre" unter sich seien, sei eine Beteiligung der GIM nicht akzeptabel.

„KPD/ML": Grundsätzlich keine Zusammenarbeit mit den „trotzkistischen Saboteuren und Feinden der Revolution".

KABD: Da die GIM nicht eingeladen ist, sollte man sie nicht reinlassen. Man habe nichts gegen eine Mitarbeit von Trotzkisten, das sei aber nicht so wichtig.

KAB/RW: Prinzipiell für Mitarbeit der Trotzkisten, heute aber nicht, da sie nicht eingeladen sind.

Arbeiterbund: Verweigerte Stellung-
sie nicht eingeladen sind.

Arbeiterbund: Verweigerte Stellungnahme, da er selber eine Mitarbeit noch nicht geklärt sehe, was zunächst behandelt werden müßte.

Einzig der **KB** bestand auf Beteiligung der GIM. Wir protestierten gegen den mehrheitlichen Ausschluß und nahmen nur unter Bedenken weiter teil. Mit der GIM vereinbarten wir ein Treffen, auf dem wir sie über den Verlauf der Verhandlungen informierten.

In den folgenden Stellungnahmen der Organisationen wurde dann offensichtlich, daß dieser Kreis außerstande sein wird, ein demokratisch-antifaschistisches Bündnis auf die Beine zu stellen, falls weiterhin im Vorwege mit einer Vielzahl von Unvereinbarkeitsbeschlüssen gearbeitet wird. Dazu ein Überblick:

- Der **KBW** akzeptiert alles, so lange sein exklusives „ML"-Bündnis nicht gefährdet ist.
- Die **„KPD"** wendet sich grundsätzlich gegen eine Beteilitung der „Sozialfaschisten" von der DKP und gegen die Trotzkisten.
- Der **KABD** ist gegen eine Zusammenarbeit mit Anarchisten.
- Der **„Arbeiterbund"** stellte für eine Zusammenarbeit drei Bedingungen:

1. Ausschluß von Organisationen, die nicht bereit sein, mit der DKP zusammenzuarbeiten (namentlich genannt wurden „KPD" und „KPD/ML").
2. Kein Bündnis oder Gespräch mit Organisationen, die die DKP als „faschistisch oder sozialfaschistisch" bezeichnen.
3. Distanzierung von der Erklärung zur Bonner Demonstration am 8.10. durch die Unterzeichner. (In dieser Erklärung wurde die DKP angegriffen). Anschließend verließ die Vertreterin des AB unter Umgehung jeder weiteren Auseinandersetzung, wozu sie ausdrücklich noch einmal von KABD und KB aufgefordert wurde, mit einer vorformulierten Erklärung das Treffen.

- Die **„KPD/ML"** erklärte, für sie könne es keine Zusammenarbeit geben mit den „modernen Revisionisten" (DKP), Trotzkisten, Anarchisten und mit Vertretern der „Theorie der drei Welten" („KPD").

Einzig der **KB** verteidigte, daß ohne Vorbedingungen alle demokratischen Kräfte eingeladen werden müssen. Der **KAB/RW** betonte zwar, daß er diese Position ebenfalls teile, handelte aber wiederum nicht danach, als es um die Einladung für das nächste Treffen ging, das jetzt sogar auf den Kreis derjenigen, die am 29.10. erschienen sind, beschränkt werden soll.

Wer mit wem?

Der Verlauf des Treffens machte deutlich, daß eine Einigung der Beteiligten derzeit nicht möglich ist.

Die „KPD/ML" signalisierte mehrmals, daß sie aus der Aktionseinheit aussteigen möchte. Die „KPD/ML" hat eine Beteiligung am nächsten Treffen nicht zugesagt, sondern behielt dies „innerorganisatorischer Klärung" vor.

Alle anderen erklärten ihre Bereitschaft zur weiteren Zusammenarbeit.

KABD: Es gehe über Parteigrenzen hinweg um die Verteidigung der *„bürgerlich-demokratischen Rechte"*. Dabei sei es auch erforderlich, *„solche Organisationen und Vereinigungen miteinzubeziehen, die unter reformistischem oder revisionistischem Einfluß stehen"*.

Der KABD lehnt die *„ultrademokratische Auffassung"* von KBW und „KPD" ab, durch Massenversammlungen und Delegierte die Front aufzubauen. Vielmehr müsse die Einheit über die Verhandlungen der zentralen Leitungen der Organisationen hergestellt werden. Dazu schlug der KABD vor:

Zentrales Aktionskomitee auf *„Grundlage des gemeinsamen Nenners mit zentral erarbeiteter Plattform und Losungen"* einheitliches Agit-Prop-Material, ein gemeinsamer Redner auf Kundgebungen. *„Das Aktionskomitee arbeitet im Rahmen und auf der Grundlage der gemeinsamen Plattform zentralistisch von oben nach unten"*, im AK arbeiten je zwei Vertreter der beteiligten Organisationen. Auf Landes- und Ortsebene sollten „Aktionsausschüsse" angestrebt werden, die den zentralen Beschlüssen des Aktionskomitees unter-

ne sollten „Aktionsausschüsse" angestrebt werden, die den zentralen Beschlüssen des Aktionskomitees unter-

geordnet sind.

Der KABD erklärte sich abschließend zur weiteren Zusammenarbeit bereit, lehnt aber den von KBW und „KPD" vorgeschlagenen „Kongreß" ab.

KAB/RW: In fast allen Fragen hängte er sich an den KBW an. Er hält wie dieser eine Einheit für möglich auf Grundlage eines „positiven Aktionsprogramms" (Übernahme der Schmierer-Formulierung). Ansonsten hat er ein Pöbelpapier gegen alle „nichtrevolutionären Demokraten" vorgelegt, die angeblich nur darüber nachdenken, wie und ob sie die Kommunisten verbieten sollen. Man könne nicht die „kapitalistische Republik" verteidigen, sondern müsse für den Sozialismus kämpfen.

KBW: Er betonte ständig, daß das A und O beim Aufbau der „Front" ein *„positives Aktionsprogramm"* sei. Dies sei trotz erheblicher Differenzen zwischen KBW und „KPD" zustandegekommen. Andererseits biete dies Aktionsprogramm für den KBW genügend *„Ausdehnungsmöglichkeiten für die Front"*. Natürlich halte der KBW an seinem „Demokratie und Sozialismus" fest, betrachte den gemeinsamen Kompromiß aber für ausreichend.

Interessant war Schmierers Einschätzung der derzeitigen Situation: Der KBW ziehe monatlich über die Volkskämpfe Bilanz und habe festgestellt, daß nach dem Aufschwung der Massenbewegung 1975/76 diese mittlerweile ins Stocken geraten ist und sich in einer „vorübergehenden Defensive" befinde. Als Beleg hierfür führte er u.a. die Anti-AKW-Bewegung an, die kein „Zusammenschluß der Volksmassen" sei. Was im Verlauf dieses Jahres gegen die Arbeiterklasse durchgekommen ist, *„das geht auf keine Kuhhaut"* (eine Reihe von Maßnahmen der politischen Unterdrückung, Abwürgen des Lohnkampfs, Rentenversicherung, Steuern). Dagegen gebe es *„herzlich wenig Abwehrkämpfe"*. Die veränderte Situation fordere eine veränderte Handlungsweise von den „Revolutionären". Deshalb „darf man sich nicht mit kleinen Schritten begnügen", sondern *„ein großer Schritt"* sei notwendig. „Wollen die Revolutionäre nicht zerrieben werden, müssen sie sich jetzt einigen." In diesem Sinn sei der „Kongreß" ein wesentlicher Schritt.

„KPD": Betonte noch einmal ihre Position zum „Sozialfaschismus", mit dem es keine Zusammenarbeit geben könne. Man sei aber bereit, diese Frage in der Aktionseinheit zurückzustellen. Weder die Kritik am „Sozialimperialismus", noch die am Trotzkismus wollten sie zur Trennungslinie machen. Allerdings würden sie sich bemühen, ihre „weitergehenden" Ziele ins Bündnis hineinzutragen. Die „KPD" setzte sich ansonsten für eine Bündnispolitik gegenüber Demokraten ein.

Als Fazit bleibt als grundsätzlich positiv zu registrieren, daß – abgesehen von der extrem sektiererischen „KPD/ML" – ansatzweise ein Bemühen um größere Einheit zu verzeichnen ist, das aus der Sorge kommt, daß in der jetzigen Situation die Linke und speziell die Kommunisten beim Fortdauern der Zersplitterung der Repression zum Opfer fallen könnten. Diese Ansätze werden aber gleich wieder dadurch relativiert und wesentlich abgeschwächt, daß die „Einheit der Revolutionäre" allzusehr überbetont wird gegenüber dem Bemühen um eine breite demokratische Abwehrfront. Diese negative Tendenz wird derzeit dadurch bestärkt, daß die Einbeziehung demokratischer Kräfte in ein solches Bündnis sich problematisch gestaltet und von daher die Versuchung groß ist, den bisher zusammengekommenen engeren Kreis zu etablieren und auf d i e s e r Basis eine „Einheit" herzustellen. Das stärkt die Kräfte, die im Grunde keine d e m o k r a t i s c h e Front wollen, sondern lieber nur eine „s o z i a l i s t i s c h e" Front, was speziell das Projekt des KBW ist, aber vor allem von der „KPD" derzeit stark mitvertreten wird.

Wir w a r n e n vor diesem Weg. Auf diese Weise werden die ohnehin

Wir w a r n e n vor diesem Weg. Auf diese Weise werden die ohnehin schwachen Möglichkeiten zu einem breiteren demokratischen Bündnis leichtfertig auf's Spiel gesetzt, ohne daß – angesichts der vorhandenen politisch-ideologischen Differenzen – ernsthafte Aussichten bestehen, den Plan einer „Einheit der Revolutionäre" zu realisieren. Wir werden uns diesen Weg auf gar keinen Fall aufzwingen lassen. Zwar begrüßen wir es sehr, daß Gespräche dieser Art und Kontakte mit der „KPD" auf Leitungsebene zustande gekommen sind, ebenso wie wir entsprechende Kontakte auch zu anderen Organisationen suchen. Das bietet, ohne im Geringsten unsere bekannten Differenzen unter den Tisch zu wischen, bessere Möglichkeiten, gemeinsame Aktionsschritte zu vereinbaren, die die Lage erfordert. Wir betonen aber ausdrücklich, daß wir unsere Teilnahme an Gesprächen wie in Köln n i c h t unter dem Aspekt einer „Einheit der Revolutionäre" sehen, über die wir ganz andere Auffassungen haben (siehe Artikel dazu im letzten AK!). Wir sehen die Gespräche und Kontakte mit Organisationen wie „KPD" und KBW vielmehr auf derselben Ebene wie Kontakte zu anderen Organisationen (z.B. GIM, SB) und demokratischen Persönlichkeiten, um die wir uns ebenso bemühen. Wir werden nicht unsere bisherige, insgesamt durchaus erfolgreiche, Bündnispolitik zugunsten irgendwelcher „ML"-Projekte über Bord gehen lassen.

Es stimmt prinzipiell, was von „KPD" und KBW übereinstimmend betont wurde, daß nämlich eine Einigung zwischen den in Köln vertretenen Organisationen durchaus einen sehr positiven Effekt haben könnte. Es kommt aber auf die B a s i s der Einigung an. Solange „KPD" und KBW an ihren speziellen Vorstellungen wie Vaterlandsverteidigung und „Sozialimperialismus Hauptfeind" („KPD") bzw. der Geringschätzung liberaler Kräfte (KBW) festhalten, wird es garantiert keine Einigung geben.

Ein Teilnehmer des Kölner Treffens und AK-Redaktion

Jetzt erst recht keine Auslieferung von Croissant

Die Vorgänge in Stammheim, die zu mysteriösen „Selbstmorden" erklärt wurden, haben in Frankreich auch zu verstärktem Protest gegen die drohende Auslieferung von Klaus Croissant geführt. Neben den Organisationen der Linken haben zahlreiche demokratische Persönlichkeiten auf Veranstaltungen, Pressekonferenzen und durch Appelle ihre Stimme zum Schutz des verfolgten Anwalts erhoben.

Auf einer Pressekonferenz am 20. Oktober in Paris erklärte der Rechtsprofessor Gerard Soulier u.a.: *„Normalerweise und gemessen an den vorangegangenen Entscheidungen der Anklagekammer darf Herr Croissant nicht ausgeliefert werden. Aber wir sind dennoch beunruhigt und befürchten, daß die Rechtsprechung nicht mehr wie bislang respektiert wird. Es handelt sich dabei um den politischen Aspekt dieses Falls."* Soulier, wie auch andere Teilnehmer dieser Pressekonferenz, wiesen in diesem Zusammenhang auf das politische Klima in der BRD hin, das bereits *„regelrechte Ausnahmegesetze"* möglich gemacht habe und zu einem verstärkten Druck der BRD-Regierung auf die französische Regierung führen werde. Der italienische Psychoanalytiker Felix Guattari erklärte auf der gleichen Pressekonferenz desweiteren: *„Wenn wir die Rechte von Herrn Criossant verteidigen, dann verteidigen wir auch unsere eigenen Rechte, denn die heute in der Bundesrepublik ergriffenen Ausnahme-Maßnahmen können morgen dem ganzen Kontinent auferlegt werden."*

Auch einige Kommentare in der französischen Presse selbst sind nach den Vorfällen von Stammheim wieder kritischer geworden (nachdem die Schleyer-Entführung und die giftig-chauvinistische Hetze der westdeutschen Regimepresse vorerst zu einer neuen „Zurückhaltung" bei den ausländischen Zeitungen geführt hatte). In „Le Monde" vom 25.10. ist eine Zuschrift des amerikanischen Schriftstellers Buchanan abgedruckt, in der dieser die zahlreichen Ungereimtheiten der angeblichen „Selbstmorde" von Baader, Ensslin und Raspe auflistet und die Forderung nach einer internationalen Untersuchungskommission unterstützt. Buchanan ist u.a. Autor eines Buches über den Mord an dem ehemaligen US-Präsidenten Kennedy und erinnert in seiner Zuschrift daran, daß die offiziellen amerikanischen Verlautbarungen über den Kenne-

daß die offiziellen amerikanischen Verlautbarungen über den Kenne-

dy-Mord ebenfalls völlig widersprüchlich und unglaubwürdig waren und durch unabhängige Untersuchungen widerlegt wurden (diese unabhängigen Untersuchungen ergaben, daß der Kennedy-Mord nicht ohne Mitwirkung bestimmter Teile des Staatsapparates geschehen konnte).

Daneben enthält die gleiche Ausgabe von „Le Monde" einen Kommentar von Claude Bourdet zum Fall Croissant. Bourdet schreibt: *„Für die westdeutsche Staatsmacht muß ein Anwalt mindestens genau in der Mitte zwischen der Obrigkeit und dem Angeklagten stehen. Wenn es sich um ein Verbrechen gegen den Staat handelt, muß er sogar mit dem Staat kollaborieren. ... Ich sage, daß eine Auslieferung Croissants bedeutet, an einer Geiselnahme mitzuwirken."* Die Tatsache, daß Croissant vom westdeutschen Staat als Geisel gegen den Terrorismus genommen werden soll, sei aufgrund des *„legalen Anscheins"* seiner Gefangennahme *„weniger offensichtlich"* als das, was gemeinhin als Geiselnahme bezeichnet wird – aber gerade deswegen sei dies auch *„umso skandalöser"*. Bourdet spricht von einem *„Polizeigeist"* und von einer *„Menschenjagd"* in der BRD; und er zieht den Vergleich, daß die Croissant vorgeworfenen *„Funktionsüberschreitungen"* (Botschaften der RAF-Gefangenen und an die RAF-Gefangenen übermittelt zu haben) von geringerem Gewicht seien als die Praxis der französischen Anwälte z.B. im Zusammenhang mit dem Algerien-Krieg. Die Klienten der französischen Anwälte wurden seinerzeit nämlich auch als Terroristen bezeichnet. Nur einem einzigen Anwalt seien wegen seiner Tätigkeit zugunsten seiner Klienten damals Schwierigkeiten bereitet worden; keiner aber sei deswegen bestraft worden.

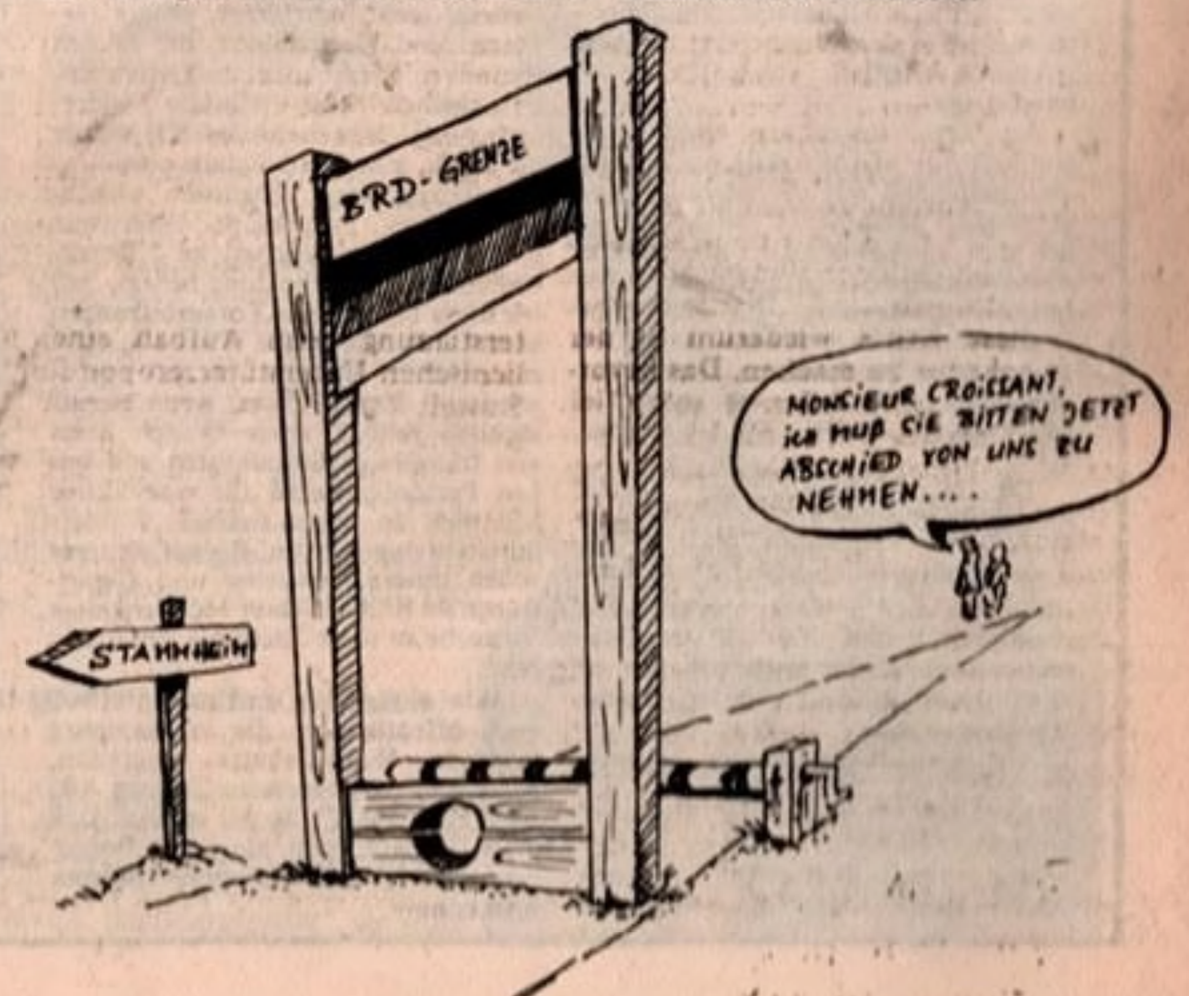
Bourdet folgert weiter, daß eine Auslieferung Croissants angesichts aller vorliegenden Tatsachen *„im Widerspruch zur (französischen) Verfassung und zu sämtlichen Regelungen des politischen Asyls"* stünde. Gleichzeitig erinnert er an die Haltung der Bundesregierung, die Croissants Auslieferung fordert, aber selbst nicht einmal den ausgebrochenen Nazi-Verbrecher Kappler an Italien zurückgeliefert habe. Bourdet befürchtet zu Recht, daß der französische Staatspräsident Giscard auch entgegen der französischen Verfassung der Bundesregierung nachgeben könnte, denn: *„Schmidt hat mächtige Eingriffsmöglichkeiten. Die finanzielle Stärke der Bundesrepublik ist eine davon; der ‚europäische Aufbau' und das gemeinsame Spiel von Giscard und Schmidt gegen die Linke in Südeuropa binden dem Staatspräsidenten ebenfalls die Hände. Wenn es die von Schmidt gewollte Antiterrorismus-Konvention, der Giscard sich gefügt hat, bereits ein Jahrhundert früher gegeben hätte, dann hätte dies die Auslieferung der Kommunarden an die Versailles-Regierung und damit ihre Exekution bedeutet."* Bourdet schließt seinen Kommentar mit der deutlichen Besorgnis: *„Nach dem seltsamen Tod von Ulrike Meinhof, nach dem seltsamen Tod von Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe – welcher Pontius Pilatus wagt es da, Croissant ausgerechnet in ein Gefängnis jenseits des Rheins auszuliefern?"*

Die Besorgnis von Bourdet und anderen ausländischen Kritikern ist in j e d e m Punkt berechtigt. Am 2. November soll die

anderen ausländischen Kritikern ist in j e d e m Punkt berechtigt. Am 2. November soll die

vierte Verhandlung vor der Anwaltskammer stattfinden, nachdem die Verhandlung am 24.10. abgebrochen werden mußte, weil die Verteidiger Croissants erst vier Tage vor diesem Termin Einblick in eine weitere Anklageschrift der westdeutschen Behörden von rund 600 Seiten Umfang (!) erhielten. Der Generalanwalt der französischen Anklagevertretung, Pierre Franck, hat dabei bereits die Gepflogenheiten der westdeutschen Justiz übernommen. Er fügte sich der Terminverschiebung nur unwillig und pöbelte die Verteidiger Croissants an, er habe den Eindruck, daß sie *„das Recht ihrer Klienten auf Verteidigung mit dem Recht der Anwälte auf ein freies Wochenende vermengen"* würden („Le Monde", 26.10). Die demokratische Öffentlichkeit in Frankreich wird ihre Anstrengungen weiter verstärken müssen, um die Auslieferung Croissants in die westdeutschen Todesgefängnisse zu verhindern.

Frankreich-Kommission



Russell-Tribunal

Fortsetzung von Seite 1

umso größer, je enger man die Ziele selbst absteckt. **Eine solche Taktik verkennt völlig die internationale Dimension des geplanten Russell-Tribunals, sie verkennt das Interesse und das Recht der demokratischen Öffentlichkeit des Auslands an einer Behandlung und Verurteilung des „Modell Deutschland" insgesamt.**

Eine solche Taktik ist also nationalistisch-borniert und ignoriert die Gefährlichkeit des »Modell Deutschland« für alle Völker Westeuropas.

Die Versuche, das bevorstehende Russell-Tribunal in dieser Weise zu beeinflussen und für enge taktische Interessen zu instrumentalisieren, sind zweifellos noch keineswegs beendet. Das zeigte kürzlich der dreiste Versuch der bisher in der Unterstützungsbewegung mitarbeitenden Humanistischen Union (HU), mit Hinweis auf die Situation in der BRD eine Verschiebung des Tribunals auf einen unbestimmten Zeitpunkt zu erreichen. Das zeigen auch die neuerlichen Erpressungsversuche der DKP, die das Tribunal unbedingt davon abhalten will, die Situation der politischen Gefangenen in der BRD, die »Selbstmorde« von Stammheim, das Kontaktsperre-Gesetz und ähnliche Themen zu untersuchen, da sonst angeblich den »Opfern der Berufsverbote« geschadet würde.

Wir rechnen darauf, daß alle diese mehr oder weniger geschickten Querschüsse gegen das bevorstehende Russell-Tribunal an der erklärten Unabhängigkeit der Jury und an der sich um das Tribunal entwickelnden internationalen Unterstützungsbewegung scheitern wird.

Wir verurteilen die chauvinistisch gefärbten Versuche mancher Linker, Liberaler und Sozialdemokraten, die gesellschaftliche Entwicklung in der BRD gegen die ausländische Kritik in Schutz zu nehmen. Wir verurteilen ebenso alle Versuche, die ausländische Kritik mit dem Argument abzuschwächen, daß diese Kritik in der BRD reaktionäre Tendenzen begünstigen würde. In diesem Sinn lehnen wir auch alle Versuche ab, die Publizität und Schärfe des bevorstehenden Tribunals mit Rücksicht auf angeblich zu befürchtende negative Reaktionen in der BRD abzuschwächen.

Mit taktischen Überlegungen kaschierte nationalistische Scheuklappen sind im Kampf gegen die Faschisierung in der BRD fehl am Platze.

Wer heute als Liberaler oder Sozialdemokrat gegenüber dem Ausland erklärt, so schlimm sei das in der BRD doch alles gar nicht, macht sich in hohem Maße mitschuldig an der Rechtsentwicklung hierzulande.

Um es unmißverständlich zu sagen: Die italienischen oder französischen oder griechischen Genossen, die heute im Ausland westdeutsche Einrichtungen angreifen, stehen uns erheblich näher als manche deutsche Kleinbürger, die jetzt chauvinistisch herumlabern, »die Italienier« usw. wären doch überhaupt erst »durch uns« vorm Bankrott gerettet worden, und ähnliche chauvinistische Schmarren. Diesem ekelhaften Chauvinismus, der soviel Unglück über Europas Völker gebracht hat — nicht zuletzt auch über das deutsche Volk! — diesem Chauvinismus also rücksichtslos entgegenzutreten, halten wir heute für erheblich wichtiger als die Abgrenzung von manchen angeblichen »Überreaktionen« im Ausland.

Weit entfernt davon, jetzt die ausländische Kritik am „Modell Deutschland" abbremsen zu wollen, setzen wir uns im Gegenteil mit allen verfügbaren Kräften dafür ein, diese Kritik im Ausland zu verstärken und zu verschärfen, sie noch besser mit Informationen über die Entwicklung in der BRD auszurüsten, und diese Kritik wiederum in der BRD bekannt zu machen. Das bevorstehende Russell-Tribunal sollte im vollen Sinn des Wortes ein internationales 'Tribunal gegen die Bundesrepublik' werden, d.h. eine Zusammenfassung der internationalen Kritik und des Protestes gegen das „Modell Deutschland". Dieses „Modell" muß dem Abscheu der Völker preisgegeben werden! Das wird zugleich die demokratischen Kräfte in den Ländern Westeuropas stärken, die sich auch gegen reaktionäre und faschistoide Entwicklungen in ihren eigenen Ländern zur Wehr setzen.

LG des Kommunistischen Bundes

Jury nimmt Arbeit auf

Am 14./15./16. Oktober fand in Darmstadt die erste (nichtöffentliche) Sitzung der Jury des Russell-Tribunals statt. Die Ergebnisse dieser Zusammenkunft waren die endgültige Entscheidung, daß aufgrund des vorgelegten Materials ein Tribunal über die BRD stattfinden wird, die Festlegung einer ersten öffentlichen Sitzung für den März 1978, die Zusammenstellung der Jury-Mitglieder (siehe Kasten), die Einigung über einen (vorläufigen) Themenkatalog und die Herausgabe einer gemeinsamen Gründungserklärung.

Auf Pressekonferenzen in Bonn, Paris und London wurde dies am 28.10. der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Damit ist ein wichtiger Schritt getan, um die Repression in der BRD und den Versuch eines Exports dieses „Modells" international anzuklagen und zu verurteilen.

Die Entscheidung der Jury wurde in einer Situation gefällt, in der Willy Brandt ein massives Trommelfeuer auf das Tribunal eröffnet und ankündigt „ *er werde zusammen mit namhaften Politikern und Publizisten des In- und Auslands dafür sorgen, daß die ‚durchsichtigen propagandistischen' Absichten des Tribunals aufgezeigt und vereitelt würden"* (NRZ, 13.10.77); in der die Humanistische Union und die Jusos dafür plädierten, das Tribunal zu verschieben und in der die Judos ihre Unterstützung für das Tribunal zurückzogen.

Die Entscheidung zeugt davon, daß sich die mehrheitlich aus Ausländern bestehende Jury nicht, wie viele westdeutsche Persönlichkeiten und Organisationen, durch das aktuell erzeugte Klima unter Druck setzen ließ – jedenfalls nicht in ihrer Mehrheit. Dies läßt hoffen, daß die anstehenden Untersuchungen und das zu fassende Urteil ebensowenig unter dem Eindruck eines „Distanzierungszwanges" stehen werden.

An diesem Verhalten der Jury sollten sich ebenso die Organisationen und Komitees der Unterstützerbewegung orientieren. Dann kann das Tribunal zu einer echten Chance werden, die Bewegung gegen die Repression in der BRD entscheidend zu stärken.

Pressekonferenz: Widersprüchlichkeiten bleiben

Auf der Pressekonferenz am 28.10. in Bonn war die Jury durch den Westberliner Politologen Wolf-Dieter Narr (SB) vertreten, das Sekretariat durch Sebastian Cobler. Im Mittelpunkt standen die Fragen nach der Thematik des Tribunals, danach, inwieweit eine Einengung auf die Menschenrechte und Besonderheiten der BRD von vornherein einige Bereiche ausschließen könnte, die Behandlung des drohenden „K-Gruppen"-Verbots und der Todesfälle in Stammheim.

Leider muß gesagt werden, daß die grundsätzlich positive Entscheidung der Jury durch die Ausführungen dieser beiden offiziellen Vertreter getrübt wurde, denn bisher bestehende Widersprüchlichkeiten über die Arbeit des Tribunals blieben bestehen oder wurden sogar noch verstärkt.

Festgelegt wurde auf der ersten Jury-Sitzung: „ *Das Tribunal wird sich insbesondere, aber nicht ausschließlich, mit der Untersuchung folgender Fragen beschäftigen:*

– Wird Bürgern der Bundesrepublik auf Grund ihrer politischen Überzeugung das Recht verwehrt, ihren Beruf auszuüben?

– Wird durch straf- und zivilrechtliche Bestimmungen und durch außerrechtliche Maßnahmen Zensur ausgeübt?

– Werden Grund- und Menschenrechte im Zusammenhang von Strafverfahren ausgehöhlt oder eliminiert?"

Unweigerlich schließt sich hier die Frage an, ob diese Schwerpunktsetzung wesentliche Bereiche der Gesellschaft, in denen die Repression in gleicher Weise durchgesetzt wird (wie z.B. Gewerkschaften, Frauen, Ausländer), von einer Untersuchung ausschließt. Die auf der Pressekonferenz gegebene Antwort blieb einerseits unbefriedigend, da zum wiederholten Mal beteuert wurde, daß alle vorgelegten Materialien untersucht würden. Andererseits wurde deutlich, daß vom Sekretariat nach wie vor an eine Einengung gedacht ist. Denn, so Cobler, das Problem der Gewerkschaftsausschlüsse könne nur dann behandelt werden, wenn sich daraus eine Menschenrechtsverletzung, wie z.B. der Verlust des Arbeitsplatzes, ergebe. Wolf-Dieter Narr erweiterte dies sogar dahingehend, daß Gewerkschaftsausschlüsse an sich nicht behandelt werden könnten, da man ebensowenig Ausschlüsse aus „Kleintierzüchtervereinen"(!) zum Gegenstand des Tribunals mache. Dies beweist schlagend die Kompetenz des SBs in Sachen Gewerkschaftsfrage!

Der Eindruck, daß von den westdeutschen Beteiligten an der Jury und am Sekretariat die Dinge nicht so beim Namen genannt werden sollen, wie dies die aktuelle politische Situation und die Gefährdung, die von der BRD für ganz Europa ausgeht, erfordern würden, verstärkte sich auch an anderen Fragen.

Die Frage, ob sich das Tribunal auch mit den „Selbstmorden" von Stammheim beschäftigen wird, wurde anfangs mit einem eindeutigen „Nein" beantwortet. Lächerlicherweise wurde dies damit begründet, daß die Jury keine „kriminologischen" Untersuchungen anstellen könne. Zugestanden wurde lediglich, zu untersuchen, ob nicht erst durch das Kontaktsperregesetz und die Nachrichtensperre diese Entwicklung entstehen konnte. Hierin drückt sich die Gefährlichkeit der Orientierung allein auf gesetzlich zu erfassende Maßnahmen aus. Denn ohne Zweifel wird es gesetzliche Maßnahmen zur Ermordung von politischen Gefangenen so bald nicht geben (auch wenn die Kampagne dafür schon anläuft, die Gefangenen als Geiseln zu behandeln!).

Oder sollte das Menschenrecht auf Unversehrtheit des Lebens erst dann gebrochen sein, wenn die Todesstrafe „ordnungsgemäß" wieder eingeführt ist?!

Weitere Zweifel an einer einwandfrei unabhängigen Position des Sekretariats wurden durch die Antworten auf die Frage nach einer Behandlung des drohenden „K-Gruppen"-Verbots genährt. Nachdem, wie bei anderen Fragen auch, beteuert wurde, daß es natürlich möglich sei, Material dazu einzusenden, wurde sowohl von Cobler als auch von Narr die Unmöglichkeit einer Zusammenarbeit mit den „K-Gruppen" (wobei sie sich namentlich nur auf KBW, „KPD" und „KPD/ML" bezogen) in den Vordergrund gerückt. Für beide war es undenkbar, daß die Jury diesen Fall mit den Betroffenen gemeinsam behandelt. Da eine Zusammenarbeit der Jury mit Organisationen ohnehin nie zur Debatte stand, mußte hier der Eindruck entstehen, daß auch eine Heranziehung der Betroffenen als Zeugen usw. nicht gewünscht sei. Dies wurde noch dadurch erhärtet, daß Wolf-Dieter Narr erklärte, er könne sich eine Untersuchung und Behandlung dieser Frage nur unabhängig von den Betroffenen vorstellen. (Als der Widerspruch zu den Grundsätzen des Russell-Tribunals allerdings zu offensichtlich wurde, erklärte Narr später, dies sei lediglich seine persönliche Meinung!)

Begründet wurde dies einerseits mit der ablehnenden Haltung der drei Organisationen zum Tribunal und andererseits damit, daß diese Organisationen ein „taktisches" Verhältnis zu den Grund- und Menschenrechten hätten.

Daraus ergibt sich für uns die Frage, ob es vor dem Tribunal zwei Sorten von politisch Unterdrückten geben soll, und ob hier nicht der reaktionären Propaganda auf den Leim gegangen wird, die aus der grundsätzlichen Ablehnung der bürgerlichen Verfassung durch die Kommunisten eine grundsätzliche Ablehnung der Menschenrechte zu machen versucht. Auch hier können wir nur hoffen, daß die Jury an dem Prinzip der ersten Tribunale festhält, mit jedem zusammenzuarbeiten, und jeden zu hören, der von der Repression betroffen ist, unabhängig von seiner Weltanschauung.

Insgesamt wurde auf dieser Pressekonferenz der Eindruck verstärkt, daß von westdeutschen Jury- bzw. Sekretariats-Mitgliedern eine umfassende Anklage der BRD eher behindert wird. Dies wurde insbesondere dadurch unterstrichen, daß mehrmals betont wurde, die BRD sei auf gar keinen Fall in einem Atemzug mit Chile oder Südvietnam zu nennen. Wolf-Dieter Narr ging sogar soweit, zu beteuern, es gehe nicht darum, ein autoritäres oder gar faschistisches Regime bloßzustellen, sondern darum, ein liberal-demokratisches System vor dem Abgleiten in ein autoritäres zu bewahren. Nun behauptet niemand außerhalb der „RAF", daß die BRD bereits faschistisch sei. Heute jedoch von einem liberal-demokratischen System zu sprechen, in dem sich lediglich gefährliche Anzeichen zeigen würden, das lediglich vor einer zukünftigen gefährlichen Entwicklung bewahrt werden müsse, ist angesichts der konkreten Tatsachen eine bewußte Verharmlosung.

Die Mitglieder des Russell-Tribunals

Dr. Günther Anders (Österreich, Schriftsteller)
Prof. Eric Bentley (USA, Historiker)
Claude Bourdet (Frankreich, Journalist, Mitglied der PSU, Mitglied des Generalstabs der Resistance)
Howard Brenton (England, Schriftsteller)
Dr. Noel Browne (Republik Irland, ehem. Gesundheitsminister)
Major Otelo Savaira de Carvalho (Portugal)
Prof. Georges Casalis (Frankreich, Mitglied des Komitees gegen deutsch-amerikanische Vorherrschaft in Europa)
Prof. Vladimir Dedijer (Jugoslawien, Mitglied des Vietnam-Tribunals)
Jean Pierre Faye (Frankreich, Schriftsteller)
Prof. Johan Galtung (Norwegen, Friedensforscher)
Lord T. Gifford (England, Mitglied des Oberhauses)
Prof. Ruth Glass (England, Städteforscherin, sie wird die Präsidentin der 1. Jury-Sitzung sein)
Trevor Griffith (England, Schriftsteller)
André Jeanson (Frankreich, ehem. Vorsitzender der CFDT, linkssozialistische Gewerkschaft)
Dr. Robert Jungk (Österreich, Schriftsteller und Zukunftsforscher)
Prof. Sven Kristensen (Dänemark, Literaturwissenschaftler)
Ricardo Lombardi (Italien, PSI-Mitglied im Parlament)
Prof. Luigo Lombardo-Radice (Italien, Mitglied des ZK der PCI)
Prof. Steven Lukes (England)
Prof. Lolle Nauta (Niederlande, Mitglied der PvdA (sozialdemokratisch))
Prof. Otto Nathan (USA)
Jo Richardson (England, Mitglied des Unterhauses und der Labour-Party)
David Rousset (Frankreich, Gaullist)
Prof. Albert Soboul (Frankreich, Professor für die Geschichte der französischen Revolution)
Elliot A. Taikeff (USA, Jurist, engagierte sich besonders für die Rechte der Indianer)
Umberto Terracini (Italien, Vorsitzender der verfassungsgebenden Versammlung)

Dem aus Ausländern zusammengesetzten unabhängigen Tribunal tritt ein deutscher Beirat zur Seite. Dieser Beirat berät das Tribunal in allen anstehenden Fragen und nimmt mit gleichen Rechten an dessen Sitzungen teil, er besitzt aber kein Stimmrecht bei der abschließenden Würdigung der Materialien.

Dr. Ingeborg Drewitz (Schriftstellerin)
Prof. Helmut Gollwitzer (Theologe)
Prof. Wolf-Dieter Narr (Politologe, Mitglied des SB)
Pastor Martin Niemöller
Prof. Uwe Wesel (Mitglied der SPD)

Die Russell-Peace-Foundation ist in einem Schreiben an den Staatsrat der DDR mit der Bitte herangetreten, Rudolf Bahro die Ausreise zu gestatten, um an den Jury-Sitzungen teilnehmen zu können.

Wie auf der Pressekonferenz bekanntgegeben wurde, kann die Jury sich noch erweitern. Insbesondere ist daran gedacht, den Beirat aufzustocken.

MELDUNGEN MELDUNGEN MELDUNGEN

Italien. Nach anfänglich etwas spärlichen Unterstützungsaktivitäten der italienischen Linken, die sich im Wesentlichen auf eine Solidaritätserklärung Lelio Bassos und die Unterstützung der demokratischen Richtervereinigung Magistratura Democratica sowie einige Artikel in den Zeitungen der linken Organisationen Lotta Continua und Avanguardia Operaia beschränkte, hat sich inzwischen der Unterstützerkreis doch erweitert. Der langjährige Präsident des obersten Verfassungsgerichtes und heutige unabhängige Senator Guiseppe Branca sicherte seine Unterstützung beim Aufbau einer italienischen Unterstützergruppe für das Russell Tribunal zu und übergab uns folgende Erklärung:

„Ich bin der Meinung, daß der Gegenstand des Urteils des Russell-Tribunals auf das gesamte Problem der deutschen politischen Repression ausgedehnt sein muß und daß diese vor allem in Relation zu denjenigen Normen des Grundgesetzes betrachtet werden muß, die jegliche Bedrohung der liberal-demokratischen Ordnung in der BRD verbieten!"

Aktive Unterstützung wurde auch von der Abgeordneten der Radikalen Partei, Adele Faccio zugesagt, die sich gemeinsam mit Petra Krause besonders den Problemen der Repression gegen Frauen und weibliche Gefangene annehmen will.

Die römische Sektion von Magistratura Democratica delegierte auf ihrer letzten Sitzung zwei Richter, Gaetano Dragotto und Filippo Paone, die Kontakt zu anderen Demokraten und Organisationen aufnehmen sollen und so aktiv an der Konstituierung einer Unterstützergruppe mitarbeiten wollen. Außerdem beteiligen sich auch Genossen der Gruppe „Emim", die sich im Wesentlichen bisher mit der Unterstützung der Situation der italienischen Emigranten in der BRD befaßt hat, darüberhinaus aber auch schon umfangreich zur Repression in der BRD gearbeitet hat.

Von einem Sekretariatsmitglied der PDUP/Manifesto wurde ebenfalls Untersützung zugesichert, was jetzt nach der neuesten Erklärung zur Rettung des Lebens der RAF-Gefangenen in einer Absprache mit der Magistratura Democratica zu dem konkreten Entschluß geführt hat, mit allen interessierten Kräften in Kürze eine Großveranstaltung durchzuführen, deren Ergebnis neben Information über die BRD auch die endgültige Konstituierung einer möglichst breiten Unterstützergruppe sein soll.

Darüberhinaus haben zahlreiche Journalisten, Schriftsteller, demokratische Psychiater, der Dachverband der autonomen Radios, FRED, sowie linke und unabhängige Einzelpersönlichkeiten erklärt, daß sie sich zum Teil aktiv, z.T. mit ihrer Unterschrift an einer Unterstützergruppe beteiligen wollen.

Italienkommission

• • •

Heidelberg: Der FDP-Stadtrat, Dr. Armbruster, ist im Gegensatz zu den SPD-Stadträten nicht der Forderung nachgekommen, seine Unterschrift unter den Aufruf der Russell-Foundation zurückzuziehen. Auf die Angriffe der CDU hin erklärte er: *„Ich beuge mich diesem Diktat und Einschüchterungsversuch ebensowenig wie ähnlichen Forderungen des Oberbürgermeisters."* Er gab gleichzeitig seine feste Absicht bekannt, aus dem Stadtrat zurückzutreten, da *„sich in unserem Land Zeichen und Fälle der Unterdrückung und Einschüchterung von Bürgern mehren."* Die Initiative der Russell-Foundation habe er begrüßt „ *und (er) habe von diesem Engagement nichts zurückzunehmen"*. Bravo!

Hannover. Auf Brandts Drohung, eine Unterstützung des Russell-Tribunals durch SPD-Mitglieder mit innerparteilichen „Konsequenzen" zu bestrafen, antworteten die Hannoveraner Jusos (Unterbezirk Hannover/Stadt): *„Der Beschluß des Parteivorstandes, der am 13. Oktober alle Parteimitglieder vor der Teilnahme an den Aktivitäten des Russell-Tribunals warnte, kam für uns nicht überraschend. Für die Behauptung des Parteivorstandes, das Russell-Tribunal verfolge 'propagandistische und verleumderische Absichten' (Willy Brandt lt. FR vom 15.10.77) haben wir kein Verständnis. Die Ankündigung von Parteiordnungsverfahren im Falle weiterer Unterstützung kann für uns kein Grund sein, dem Abbau demokratischer Rechte und den Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik in Zukunft tatenlos zuzusehen. Wir sehen in der Vorbereitung und Unterstützung des Russell-Tribunals die größten Chancen, den politischen Spielraum der westdeutschen Linken zu behaupten."* (Brief an den Juso Bundesvorstand) Hoffentlich bleibt's dabei!

• • •

Fortsetzung auf Seite 4

Meldungen

Österreich. In AK 114 haben wir über die Auseinandersetzung und Spaltung in der östereichischen Russell-Initiative berichet. Auf der einen Seite haben die „Antifas" der „Arbeitsgruppe politische Gefangene" (APG) zusammen mit der Gruppe „Repression gegen Frauen" und der AG „Neofaschismus" sich zu alleinigen Sprechern der Russell-Initiative selbst ernannt, da sie darauf bestehen, daß die „Liquidierungsstrategie gegenüber der Guerilla" Schwerpunkt der Arbeit sein müsse; auf der anderen Seite stehen die FÖS (SB-nah), die GRM (GIM-Schwester), der VSSTÖ (SPÖ-Studentenverband) und die „Internationale Kommunistische Liga" (Spartacus-Bruder) sowie eine Reihe von Einzelpersonen.

Die IKL widmet ihre Oktober-Ausgabe der Zeitung „permanente Revolution" ausschließlich den Auseinandersetzungen um das Russell-Tribunal, wobei ausführlich die Entwicklung der politischen Widersprüche dargelegt wird. Im weiteren werden die österreichischen Auseinandersetzungen geschildert, die fast haargenau denen in der BRD gleichen.

Die „Antifas" werden wegen ihres sektiererischen Kurses kritisiert, gleichzeitig warnt die IKL aber vor opportunistischen Tendenzen in der Linken, denen der Isolationskurs der „Antifas" gerade recht kommt:*„In der Ablehnung der APG durch breite Teile der Wiener Linken kommt aber nicht zuletzt eine Verweigerung der politischen Solidarität mit den politischen Gefangenen und den noch in Freiheit agierenden Kämpfern der Stadtguerilla zum Ausdruck... Diesen Tendenzen innerhalb der Linken werden wir stets und kompromißlos*
in Freiheit agierenden Kämpfern der Stadtguerilla zum Ausdruck... Diesen Tendenzen innerhalb der Linken werden wir stets und kompromißlos
entgegentreten" (PR, 10/77).

Diese Kritik richtet sich besonders an die Adresse von SB- und GIM-Verwandten Strömungen, die parallel zu den Auseinandersetzungen in der BRD ihre Kozeption des „breiten, liberalen Unterstützerkreises" in Abgrenzung zur Linken vertreten. Dabei warnt IKL vor ähnlichen Spaltungsmanövern, wie sie durch diese Kreise im Westberliner Unterstützungskomitee gelaufen sind.

So wurde bereits die Absetzung einer Wiener Grossveranstaltung u.a. mit der Schleyer-Entführung in der BRD begründet!

Völlig zu recht warnt IKL davor, daß diejenigen, die als besonders „überparteilich" auftreten, durchaus im Sinne einer ganz bestimmten Vorstellung agieren. IKL schlägt deshalb unter anderem vor:*„Wenn es zu Veranstaltungen des Komitees kommt, treten wir dafür ein, daß neben Cobler vom ‚Sozialistischen Büro' (an dessen Beitrag wir natürlich Interesse haben) auch Vertreter des ‚Kommunistischen Bund' zu Wort kommen (dessen Standpunkt zu diesem Problem – das können und wollen wir nicht verschweigen - wir nahe stehen)."*

Reaktionen auf W. Brandt: Spreu und Weizen

Erfreulicherweise ist Willy Brandt mit seiner Attacke gegen das Russell-Tribunal bei der Russell-Stiftung selbst auf Granit gestoßen. Seinen plumpen Vorwurf, hier würde der Name von Bertrand Russell für »durchsichtige propagandistische Absichten« mißbraucht, beantwortete Lady Russell mit der nüchternen Feststellung, solche Behauptungen könnten nur von Leuten kommen, die nie etwas mit ihrem Mann zu tun gehabt hätten. Darüber hinaus scheint Brandts Versuch kaum Erfolg gehabt zu haben, möglichst viele Persönlichkeiten davon abzuhalten, sich für die Jury zur Verfügung zu stellen, wie die Zusammensetzung der Jury zeigt, an der auch Mitglieder ausländischer Bruderparteien der SPD teilnehmen. Wenn man auch die noch zu erwartenden Schwierigkeiten nicht unterschätzen sollte (Druck auf ausländische Jury-Mitglieder über die »Sozialistische Internationale«), so scheint doch einiges an Willy Brandts Prestige im Ausland inzwischen abgebröckelt zu sein.

Anders die Situation unter den liberalen und demokratischen Unterstützern des Tribunals im Inland: Hier hatten die Vorstände der Humanistischen Union und der Jusos sich dafür eingesetzt, das Tribunal »vor dem Hintergrund der durch die terroristischen Gewalttaten geschaffenen Situation« auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Von ihnen dürfte derzeit kaum Unterstützung zu erwarten sein.

Der Bundesvorstand der Jungdemokraten hat erklärt, daß eine Unterstützungstätigkeit zum Tribunal für die Judos »undurchführbar« geworden sei.

stützungstätigkeit zum Tribunal für die Judos »undurchführbar« geworden sei.

Immerhin haben die Judos es jedoch verstanden, ihren »Rückzieher« mit einem gezielten Angriff gegen die Repression zu verbinden. So begrüßen die Judos auch noch einmal ausdrücklich das Tribunal und betonen seine Notwendigkeit gerade in der jetzigen Situation. Ihre Unterschrift unter den Aufruf der Foundation müßten sie allein deshalb zurückziehen, *»da die bestehende politische Repression die Existenz des Verbandes in elementarer Weise gefährdet«* (DJD-Presseerklärung vom 17.10.). Die Judos verweisen auf die Erpressung kritischer Jugendarbeit durch die »beliebte« Methode, fortschrittlichen Jugendverbänden die finanzielle Förderung zu entziehen (das könnte ein konkreter Hinweis auf die Art sein, mit der die FDP das »Problem« mit den Judos »diskutiert« hat ...), auf ihre eigene Verteufelung durch Erwähnung im Verfassungsschutzbericht des Bundesinnenministeriums, auf strafrechtliche Verfolgung linker Jugendarbeit usw. Politische Differenzen (gemeint: in SPD und FDP) würden nicht in »offener und freier Diskussion«, sondern durch Parteiausschlüsse und »gezielten Einsatz von Berufsverbotemaßnahmen« gelöst. Die gesamte Stellungnahme ist im Grunde genommen ein einzigartiges Dokument f ü r das Tribunal, auch die Bereiche n i c h t s t a a t l i c h e r Repression zu untersuchen (in SPD, FDP und Gewerkschaften), um zu einem umfassenden und realitätsgetreuen Urteil über die Repression im »Modell Deutschland« zu kommen.

Daß die Judos mit dieser Stellungnahme durchaus einen Treffer landen konnten, beweist die Reaktion der FDP, die sofort zurückklotzte, die Partei könne sich mit diesem Rückzieher nicht zufrieden geben, die Judos würden unter »Verfolgungswahn« (!) leiden usw. Jedenfalls muß den Judos zugute gehalten werden, ihren Ausstieg aus der Unterstützung des Tribunals so formuliert zu haben, daß diesem selbst kein Schaden daraus erwachsen ist.

Anlaß zu echter Besorgnis geben dagegen eine Reihe von Briefen, mit denen ein Teil der westdeutschen Jury-Mitglieder auf die Vorwürfe Brandts reagierte. Diese Briefe zeugen nicht nur von einer erschreckenden Naivität, sondern auch davon, wie stark die Bindungen der westdeutschen Intellektuellen an die SPD (und insbesondere die »Vaterfigur« Brandt) noch sind. Völlig ungeachtet der Diffamierungskampagne der SPD-Führung gegen die eigenen Dissidenten wie auch gegen das Russell-Tribunal wendet sich z. B. Prof. Gollwitzer vertrauensselig mit taktischen Ratschlägen an Willy Brandt, als ob dieser »auf unserer Seite der Barrikade« stünde: *»Ich verstehe, daß Sie und der Parteivorstand fürchten, es könne das Tribunal eben deshalb, weil es eine Einmischung von außen darstellt, den Rechtskreisen die Gelegenheit geben, die Volksmeinung so dagegen aufzuwiegeln, daß schließ-*

halb, weil es eine Einmischung von außen darstellt, den Rechtskreisen die Gelegenheit geben, die Volksmeinung so dagegen aufzuwiegeln, daß schließ-

lich eher eine Beeinträchtigung als eine Förderung unseres (!!) *Kampfes um Erhalt und Ausbau des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates die Folge sein wird. Das ist ein Gesichtspunkt der politischen Opportunität, der sorgsam erwogen werden muß«*. Wenn jedoch »alle demokratischen Kräfte« (gemeint offenbar die SPD) das Tribunal unterstützen würden, dann könnte eine solche negative Auswirkung vermieden werden. Dazu sei es aber wenig ratsam für den SPD-Vorstand, *»durch Unvereinbarkeitsbeschlüsse* (gegenüber dem Tribunal — Anm. AK) *sich selbst und seinen Mitgliedern eine Fessel anzulegen«* (dieser Brief wurde auf der Pressekonferenz des Sekretariats am 28.10. in Bonn verlesen).

Man drehe diese Argumentation um: Wenn die SPD sich von Gollwitzers Vorschlägen nicht überzeugen läßt und bei ihrem Unvereinbarkeitsbeschluß bleibt, unterstützt Gollwitzer dann noch das Tribunal??! Oder ist es unter solchen Umständen dann nicht mehr »opportun«?

Uns ist unverständlich, wie Gollwitzer übersehen kann, daß Brandt selbst nationalistische Stimmungen angeheizt hat, indem er dem Russell-Tribunal *»verleumderische Absichten«* vorwarf. *»Ich lasse es mir nicht gefallen, daß die Bundesrepublik Deutschland in eine Propaganda-Kampagne hineingezogen wird«* (Originalton Brandt). *»Unverfrorenheit!«* (Eppler). Die SPD hat eine *»nationale Identität«* (Wolfgang Roth!). Dies alles sind rein chauvinistische Ausfälle und nichts anderes (Zitate nach »Vorwärts«, 20.10.). Oder hat Gollwitzer bereits vergessen, daß die SPD *»weiß, was sie dem Gemeinwesen schuldig ist«* (Wehner gegen Coppick)?

Noch gefährlicher scheint die Reaktion von Prof. Sonnemann (München) und Günther Anders (Wien) zu sein, die sich in einem gemeinsamen offenen Brief (»Extradienst«, 21.10.) an Brandt wandten. Den Verfassern fällt es schwer, *»zu glauben, daß dieses Wort in der Sache Ihr* (Brandts) *letztes gewesen sein soll«*. Den Vorwurf, *»die Bundesrepublik auf eine Stufe mit Chile und Vietnam zu stellen«*, weisen sie weit von sich. Ihr Anliegen sei vielmehr, zu einer »westeuropäischen Öffentlichkeitsbildung« beizutragen: Die Kritik an der BRD habe sich in den letzten Jahren so vermehrt, *»daß eine gefährliche Entfremdung zwischen diesen Öffentlichkeiten* (im Ausland — Anm. AK) *und der Bundesrepublik droht, die im Interesse niemandes liegen kann* (!). *Da das Russell-Tribunal diese Vorwürfe auf ihre Wahrheit hin prüfen soll, sind wir bisher für es eingetreten«*.

Dies klingt doch ganz so, als sollte das Tribunal die BRD gegen ungerechtfertigte Vorwürfe in Schutz nehmen! Überhaupt scheinen sämtliche Stellungnahmen der liberalen Befürworter des Tribunals in letzter Zeit mit der Versicherung zu beginnen, dieses dritte Tribunal sei mit den vorherigen in keinster Weise zu vergleichen. Demgegenüber sollte lieber bedacht werden, daß es kein Z u f a l l ist, wenn sich die demokratische Weltöffentlichkeit heute in dieser Intensität mit dem »Modell Deutschland« auseinandersetzt.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Diese Kritik bedeutet nicht, daß wir uns nicht darüber freuen, daß diese Persönlichkeiten für das Tribunal gewonnen werden konnten. Wir würden es jedoch als verhängnisvoll ansehen, wenn sich im Tribunal die Linie durchsetzen sollte, die sich in diesen Stellungnahmen andeutet: Mit der Kritik an den Verhältnissen im »Modell Deutschland« zurückzuhalten, da eine zu scharfe Verurteilung der BRD möglicherweise den fortschrittlichen Kräften in der BRD selbst schaden könnte. Erstens liegen dieser Einschätzung offensichtlich krasse Illusionen über die Sozialdemokratie zugrunde. Zweitens und dies ist das Entscheidende: Schon in den 30er Jahren gab es das bekannte »Argument«, man solle im Ausland lieber nicht zu sehr vom Antisemitismus in Deutschland sprechen, da dies den deutschen Juden nur schaden könne. Auf diese Weise hoffte man, »mäßigend« auf Hitler einwirken zu können. Möge sich ein solch krasser Fehler nicht noch einmal wiederholen!

Stellungnahme von Lady Edith Russell, Frau des verstorbenen Bertrand Russell

Das Russell-Tribunal, das zur Zeit vorbereitet wird, soll Beweismaterialien über mögliche Menschenrechtsverletzungen wie die Berufsverbote und ähnliche Maßnahmen untersuchen.

Da bekannte Personen in der Bundesrepublik, die mit meinem Mann allerdings nie zu tun hatten, behauptet haben, das Bertrand Russell selbst, wäre er noch am Leben, diese geplante Untersuchung vielleicht nicht gut geheißen hätte, möchte ich folgendes feststellen: Während seiner letzten Jahre hat er sich bis zur Grenze seiner Kräfte für die Verteidigung der Menschenrechte im Osten, im Westen und in neutralen Ländern eingesetzt. Seine scharfe Kritik am McCarthyismus in den USA ist hinreichend bekannt. Seine kritische Haltung hierzu war so ausgeprägt, daß er sie sogar in seiner Rede anläßlich der Entgegennahme des Nobel-Preises zum Ausdruck brachte.

Die Frage, ob in der Bundesrepublik heute ähnliche Praktiken wie im damaligen Amerika festzustellen sind ist ein Untersuchungsgegenstand des Tribunals. Daß Bertrand Russell eine solche Untersuchung gewünscht hätte, eine Untersuchung, so fair und gründlich wie irgend möglich, wird von niemandem angezweifelt, der ihn kannte.



MSB: Arm in Arm mit der CDU bei der Sympathisanten-Hetze

Endlich liegt auch die erste Stellungnahme vom Bundesvorstand des Spartakus zum geplanten Russell-Tribunal vor. Nach allen bisherigen Diffamierungen des Tribunals wird jetzt in heuchlerischer Weise behauptet, der MSB verfolge, *„mit Interesse die geplante Durchführung eines 3. Russell-Tribunals, das sich mit Verletzungen der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland befassen soll."*

Nachdem noch einmal die altbekannten „Bedenken" gegen eine Behandlung der Gewerkschaftsausschlüsse vor dem Tribunal geäußert wurden, legt der Schreiber richtig los:*„Eine wichtige Aufgabe im Kampf gegen die Berufsverbote ist die Auseinandersetzung mit dem Versuch, demokratische Aktionen mit dem Terrorismus in Verbindung zu bringen und dadurch die Berufsverbote zu rechtfertigen. Dieser Aufgabe geradezu entgegengerichtet ist – besonders nach dem Kölner Terrorakt – wenn das Problem der Berufsverbote in einem Atemzug genannt wird mit solchen Fragen wie den Haftbedingungen (!) für Terroristen in bundesdeutschen Gefängnissen. Die Einbeziehung dieser Problematik in ein Russell-Tribunal würde der Diskriminierung der demokratischen Bewegung gegen die Berufsverbote durch die Reaktion aktiv Vorschub (!) leisten."*

Diese Haltung ist Ausdruck der Gleichgültigkeit und des kaltschnäuzigen Zynismus, mit denen DKP und MSB an die unmenschlichen Haftbedingungen der politischen Gefangenen herangehen.

Gerade die Genoss(inn)en in den Gefängnissen bekommen die ganze Unmenschlichkeit und Repression der Bourgeoisie besonders zu spüren. (Man denke nur an die „Selbstmorde" in Stammheim!) Soll das Russell-Tribunal zu diesen Zuständen schweigen, nur aus Angst, in die lange Liste der „Sympathisanten" mit aufgenommen zu werden?

Der MSB selbst gehört (neben Kräften, die ein besonderes Interesse daran haben) zu den e r s t e n , die das Tribunal in dieser Weise diffamieren! Aber dies ist nicht einmal die Spitze der hinterhältigen Hetze. Denn weiter schreibt der MSB-Vorstand:*„Auch die Berufung solcher Persönlichkeiten in die Jury des Tribunals, die sich in letzter Zeit als Verharmloser (!!!) des individuellen Terrors öffentlich hervorgetan haben, hätte einen ähnlichen Effekt. Die mögliche politische und moralische Autorität eines Russell-Tribunals wäre damit von vornherein gleich Null, mehr noch: dem Kampf gegen die Berufsverbote würde schwerer Schaden zugefügt... Bei allem Nutzen, den ein Russell-Tribunal unter bestimmten Bedingungen für den Fortschritt des demokratischen Kampfes in unserem Land bringen könnte, ist bei seiner derzeitigen erkennbaren Anlage zweifellos ein gegenteiliger Effekt zu befürchten."*

Demokratische Persönlichkeiten als „Verharmloser des individuellen Terrors" zu bezeichnen – das war bisher der CDU/CSU vorbehalten! Welche Persönlichkeiten sind denn hier gemeint?

Offensichtlich doch dieselben, die in der berüchtigten Sympathisanten-Dokumentation der CDU genannt werden! (womit dieses Machwerk auch noch eine „Legitimation" erhält). Oder möchte der MSB die dortige Schwarze Liste noch um einige weitere „Verharmloser" ergänzen?!

Man muß sich die Tragweite derartiger Positionen klar vor Augen halten. Nach dem Vorbild der PCI versuchen derartige Leute offensichtlich, sich als Hüter von Ordnung und Recht gegen den Terrorismus, die „Sympathisanten", die „Verharmloser" usw. zu profilieren. Bei i h r e m „Kampf gegen die Berufsverbote" geht es lediglich um die eigene Anerkennung als verfassungstreue und „hoffähige" politische Kraft, die ungerechterweise unter Verfolgungen zu leiden hat. Mit einer Verteidigung demokratischer Rechte hat das herzlich wenig zu tun.

Das "Wunder von Stammheim"

„Auf Grund unserer bisherigen Ermittlungen ist in Stammheim nichts mehr unmöglich" (Erster Staatsanwalt Dr. Gerd Mehl, lt. „Bild am Sonntag", 23.10.).

Nach den „Selbstmorden" von Gudrun Ensslin, Andreas Baader, Jan Carl Raspe und dem „Selbstmordversuch" von Irmgard Möller in Stammheim, der „am besten bewachten Vollzugsanstalt in der Bundesrepublik", ist die Kette von Wundern und rätselhaften Geschehnissen in Stammheim nicht abgerissen.

Vorläufiger Höhepunkt des „Wunders von Stammheim": In einem bis zum 12. August als Zelle benutzten Abstellraum wurden vier Tage nach den „Selbstmorden" 270 Gramm Sprengstoff gefunden. Wohlverpackt und noch mit der Original-Aufschrift „Gewerblicher Amonsalpeter-Sprengstoff". *„Sicherheitsexperten erklärten in Stuttgart, zehn Gramm dieses Sprengstoffs reichten aus, um einen Menschen zu töten. Mit der gefundenen Menge hätte auch ein mannshohes Loch in die Gefängnismauer gesprengt werden können"* („Welt", 22./23.10.). Dieser wunderbare Fund stellt alle sonstigen nach den „Selbstmorden" entdeckten Wunder weit in den Schatten – so das „handtellergroße" Transistor-Radiogerät in der Zelle von Raspe, die hinter dem Waschbecken versteckten Kopfhörer in der Zelle von Irmgard Möller, den Hohlraum im Plattenspieler von Andreas Baader, den Gips in den Kaffee-Dosen, die „komplette Funkanlage", die Magensonde, die Rasierklingen...

Der Verdacht drängt sich auf, daß die erstaunlichen Wunder von Stammheim nach den „Selbstmorden" nur in Szene gesetzt wurden, um Stammheim generell als Ort wundersamer Geschehnisse darzustellen und damit das größte Wunder, die „Selbstmorde" und die Existenz von Pistolen bei Baader und Raspe, etwas weniger unwahrscheinlich erscheinen zu lassen.

Das Wunder von Stammheim hat inzwischen ein paar Funktionären des „Vollzugs" den Posten gekostet: Zuerst setzte Baden-Württembergs Justizminister Bender den Leiter des Stammheimer Gefängnisses und den Sicherheitsbeauftragten ab, dann trat er selbst zurück. Sogar die Position des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger – eines der rechtsradikalen Einpeitscher der CDU – ist durch die Wunder wackelig geworden. Die Bundesregierung hat anläßlich der Wunderwelle von Stammheim erklärt, sie müsse **„dringend erwarten, daß diese Vorgänge in einer über jeden Zweifel erhabenen Form untersucht, vollständig aufgeklärt und die Ergebnisse öffentlich vorgelegt werden"** („ap", 20.10.)

Die „Selbstmord"-Legende

Die „Selbstmord"-Legende

Für die Bundesregierung steht freilich von vornherein fest, d a ß die Gefangenen Ensslin, Baader und Raspe Selbstmord begangen haben. „Untersucht" werden soll nur noch, w i e diese Kette von Wundern möglich gewesen sein könnte. Als Konsequenz dieser „Untersuchungen" soll in erster Linie eine Verschärfung der Haftbedingungen der politischen Gefangenen herauskommen.

Nach bisherigen offiziellen Angaben wurde Jan Carl Raspe am Dienstag, dem 18.10., um 7.41 Uhr in seiner Zelle entdeckt, als man ihm das Frühstück bringen wollte. Er wurde ins Krankenhaus geschafft, wo er gegen 9.40 starb. Erst kurz nach 8 Uhr, also ca. 20 Minuten nach der Entdeckung des „Selbstmordes" von Raspe, seien dann auch die Zellen von Ensslin, Baader und Möller untersucht worden. Dabei habe man Baader (erschossen) und Gudrun Ensslin (erhängt) tot aufgefunden, während Irmgard Möller Verletzungen durch ein Brotmesser gehabt habe – in ersten Berichten hieß es, sie habe sich die Pulsadern aufgeschnitten, wenig später war es die Halsschlagader und schließlich handelte es sich um einen Stich in die Herzgegend.

Im „Vorläufigen Bericht" der baden-württembergischen Landesregierung wird dieser Ablauf noch etwas präzisiert. Erst *„um 8.07 Uhr bzw. kurz darauf"* seien die anderen Zellen geöffnet worden, also mindestens 26 Minuten nach der Auffindung Raspes. Irmgard Möller habe sich die Verletzungen nicht mit einem Brotmesser, sondern *„mit einem Messer des Eßbestecks"* beigebracht.

Aus den ersten Berichten wurde deutlich, daß in zumindest grob fahrlässiger Weise bei Andreas Baader und Gudrun Ensslin noch nicht einmal überprüft wurde, ob sie w i r k l i c h schon tot waren. Der „Spiegel" (24.10.) berichtet: „ ... **Statt Gudrun Ensslin, die womöglich noch am Leben war, sofort vom Fensterkreuz zu schneiden, weichen Anstaltsarzt (!) und Anstaltsleiter sowie der Sicherheitsbeauftragte zurück: Niemand betritt die Zelle"**. Diese Version wird durch den zurückgetretenen Justizminister Bender bestätigt, der am Nachmittag (!) des Todestages auf einer Pressekonferenz erklärte: *„Womit Gudrun Ensslin sich erhängt habe, stehe noch nicht fest, ... da nach der Entdeckung der Selbstmorde noch niemand die Zelle betreten habe"* („ap", 18.10.). Mit demselben Argument rechtfertigte Bender die widersprüchlichen und zunächst falschen Angaben über das Fabrikat der beiden Pistolen.

Rechstanwalt Schily wies angesichts dieser tollen Umstände darauf hin, daß der Anstaltsarzt trotzdem, ohne die Toten überhaupt zu untersuchen, kurzerhand eine Todesbescheinigung auf 6 - 7 Uhr ausgestellt hatte („ap", 19.10.). **Übrigens hat es die Obduktion anscheinend bis heute nicht fertig gebracht, einen Todeszeitpunkt für Gudrun Ensslin und Andreas Baader anzugeben!!!**

Daß es mit der Geschichte, man habe am Morgen des 18.10. die Zellen nicht betreten (angeblich, um keine Spuren zu vernichten), auch nicht gar so weit her ist, mußte inzwischen eingeräumt werden: *„Entgegen den ersten amtlichen Erklärungen waren Vollzugsbeamte wohl doch in den Zellen von Gudrun Ensslin und Andreas Baader, ‚um den Tod' ‚festzustellen', bevor die eigentliche Untersuchung begann. Die neben Raspe liegende Pistole war von einem Vollzugsbeamten entfernt worden, ‚damit nicht noch mehr passiert'* " („Frankfurter Rundschau", 27.10.). Diese Begründung ist wahrhaft zweideutig.

Die ersten Wunder

Die offizielle Selbstmord-Version gab sofort zu zahlreichen großen und kleineren Fragen Anlaß. So zum Beispiel:

– Warum wurden die anderen Zellen erst 20 Minuten nach der Auffindung von Jan Carl Raspe untersucht?

– Warum wurde das Frühstück erst um 7.41 Uhr in Raspes Zelle gebracht (und für die anderen Gefangenen war offenbar ein noch späterer Zeitpunkt vorgesehen), während angeblich normalerweise die Gefangenen schon um 7 Uhr das Frühstück erhalten? (lt. „Bild" vom 15.10.).

– Gudrun Ensslin soll sich mit dem Anschlußkabel ihres Plattenspielers erhängt haben. Hatten die Gefangenen überhaupt noch Plattenspieler in den Zellen? Dazu „Bild" vom 15.10.: *„Sie langweilen sich ohne (!) Plattenspieler, Radio und Zeitungen"*.

vom 15.10.: „Sie langweilen sich ohne (!) Plattenspieler, Radio und Zeitungen".

Und die „Rhein-Neckar-Zeitung" (25.10.) schreibt unter ausdrücklicher Berufung auf die Pressestelle der Bundesanwaltschaft, nach Inkrafttreten der Kontaktsperre (5./6.9.) seien in den Zellen der Gefangenen *„Radiogeräte, Schallplattenspieler (!) und verschiedene andere elektrische Geräte sichergestellt , aus den Zellen entfernt und der Anstaltsleitung übergeben"* worden. Auch der „Spiegel" (24.10.) weiß zu berichten, daß die Plattenspieler aus den Zellen geholt wurden: *„Als mit Inkrafttreten der Kontaktsperre Elektrogeräte wie Plattenspieler (!), Radio und Fernseher abgeholt wurden, blieb jenes Verbindungskabel unbeachtet zurück, an dem später die Leiche hing"*

– Irmgard Möller soll sich Stichverletzungen mit einem Brotmesser beigebracht haben. Baden-Württembergs Justizminister Bender behauptete dazu auf der Pressekonferenz nach der Entdeckung der „Selbstmorde", es sei in Stammheim n o r m a l , daß die Gefangenen ein solches Messer ständig in ihren Zellen haben dürfen, falls sie nachts Hunger bekommen und sich etwas von ihren privaten Vorräten abschneiden möchten.

Nun mutet es freilich auf den ersten Blick ganz unwahrscheinlich an, daß diese als hochgefährlich stilisierten Gefangenen als Stichwaffen geeignete Brotmesser in ihren Zellen gehabt haben sollen. So wurde aus dem Brotmesser dann ein Besteckmesser („Vorläufiger Bericht...") bzw. ein *„stumpfes (!) Besteckmesser"*, weshalb aus den ursprünglichen „Stichverletzungen" später *„Schnittverletzungen"* wurden („Delmenhorster Nachrichten", 26.10.). Daß sich Irmgard Möller mit einem Besteckmesser Verletzungen, welcher Art auch immer, am Herzbeutel (!) beigebracht haben soll, bleibt – wie so vieles – unerklärlich.

Die größten Wunder aber waren:

1. Wie kamen die beiden Pistolen in die Zellen von Baader und Raspe?
2. Wie konnten die Gefangenen von dem Ende der Flugzeugentführung in Mogadischu erfahren und wie konnten sie sich untereinander über eine „Selbstmord-Aktion" (so die offizielle Sprachregelung) verständigen?

Eine „Kommando-Zentrale" wird entdeckt

Während das Pistolen-Wunder von Stammheim vorerst ungeklärt blieb, kamen über die wunderbaren Kommunikationswege der Gefangenen rasch viele Einzelheiten ans Licht der staunenden Öffentlichkeit.

Die ersten offiziellen Versionen waren noch vergleichsweise plump. So mutmaßte z.B. Bender, *„daß die Häftlinge über den Hof oder von anderen Zellen aus über den Ausgang der Befreiungsaktion informiert worden seien"* („Lübecker Nachrichten", 19.10.).

Diese Spekulation widerspricht allerdings allen bekannten Behauptungen, wonach die Gefangenen während der Kontaktsperre t o t a l (optisch und akustisch) isoliert gewesen seien. Es wäre überdies absurd, daß zwar sogar an den Zellentüren *„im Hinblick auf die bestehende Kontaktsperre" „Schallabdämmungen"* angebracht wurden (lt. „Vorläufiger Bericht..."), aber ein Kon-



takt über die Fenster bestanden haben sollte!

Den ersten zunächst verbreiteten plumpen offiziellen Versionen über

ben sollte!
Den ersten zunächst verbreiteten plumpen offiziellen Versionen über

die Kommunikationsmöglichkeiten der Gefangenen folgte dann ein weiteres Wunder: In der Zelle von Raspe wurde am Dienstag, 19.10., ein handtellergroßes Transistor-Radio, Marke „Sanyo", gefunden. Das Gerät war außerordentlich geschickt und unauffindbar versteckt: In einen Pullover eingerollt! .... Schlußfolgerung der „Bild" vom 20.10.: **„Raspe konnte per Klopfzeichen seine Zellennachbarn informieren"**. Eine Lageskizze just in derselben Ausgabe der „Bild" machte allerdings deutlich, daß auch diese Version noch keineswegs befriedigend war: Die Zellen waren schließlich nicht nur schalldicht, sondern waren, wie die Zeichnung zeigt, auch noch jeweils durch große Zwischenräume (leerstehende Zellen, Gang) voneinander getrennt. Eine Kommunikation durch Klopfzeichen war also zweifelsfrei ganz unmöglich. lich.

Es folgten weitere Wunder, die die offensichtlichen Mängel der ersten offiziellen Version ausräumen sollten:

– Am Samstag, dem 22.10., wurde mitgeteilt, Raspe habe *„offenbar die Haus-Gegensprechanlage angezapft, mit der die Gefangenen die Wärter rufen können. Sie war nach Verhängung der Kontaktsperre abgeschaltet worden. Es wurden Kabel gefunden, mit denen Raspe sein zigarettenschachtelgroßes Radiogerät an die Sprechanlage anschließen konnte"* („Welt", 22./23.10.). Um eine Entdeckung zu vermeiden, habe Raspe dann die Zuleitungen wieder sorgfältig verputzt. Womit? Mit Gips, der dann auch prompt als weiteres Wunder in Dosen und Tüten in den Zellen der Gefangenen gefunden wurde.

– In der Zelle von Irmgard Möller wurde am Freitag, 21.10., ein Paar Kopfhörer entdeckt, die „hinter ihrem Waschbecken" versteckt gewesen sein sollen. Diese habe sie nur „einstöpseln" brauchen, *„um über den neuesten Stand der Schleyer-Entführung und der Geiselnahme in der Lufthansa-Boeing ‚Landshut' informiert zu sein"* („Welt", 22./23.10.).

Die Gefangenen *„konnten sich rund um die Uhr, auch während der gesetzlich angeordneten Abschirmung voneinander und der Außenwelt per Morsezeichen verständigen"*, schlußfolgerte Springers „Hamburger Abendblatt" (22./23.10.). Und: **„Baader, Raspe, Ensslin und Möller verfügten über eine komplette und intakte Kommando-Zentrale"** (ebenda). Sehr ausführlich berichteten über die Funde die „Bremer Nachrichten": *„In allen Zellen wurden ... ‚Kabel, Steckerkombinationen und Batterein', in mehreren außerdem eine ‚gipsartige Masse' in Plastikdosen und Kaffeetüten gefunden.*

Ferner sei festgestellt worden, daß an den Anschlußstellen der unter Putz verlegten Radioleitungen – die zur Zeit der Kontaktsperre vom Leitungssystem der Anstalt abgetrennt waren – manipuliert worden sei. Die Prüfung durch einen Schwachstromfachmann habe ergeben, daß die Häftlinge dieses Leitungssystem zum Führen von Gesprächen von Zelle zu Zelle verwendet haben dürften. Ferner seien eine Batterie und ein Termostat gefunden worden, die so umgebaut seien, daß eine Verständigung der Gefangenen mit Morsezeichen möglich gewesen sei" (21.10.). Und „Bild" wußte zu berichten: *„Die Terroristen ... hatten unter den Fußbodenleisten ihrer Zellen haarfeine*

„Bild" wußte zu berichten: „Die Terroristen ... hatten unter den Fußbodenleisten ihrer Zellen haarfeine

Kupferdrähte geschoben. Daran schlossen sie ihre Kassettenrecorder an, die sie bis zuletzt behalten durften. Wenn einer sprach, verstand man es in allen anderen Zellen – der feine Draht leitete die Sprachschwingungen weiter" (21.10.).

Die Berichte verblüffen, wie man sieht, durch ihre Mannigfaltigkeit. Mal ist es eine Radioleitung, mal eine Gegensprechanlage, mal feine Kupferdrähte.

Auch der „Vorläufige Bericht" der Landesregierung bleibt sehr vage, wo es um die Frage geht, wie das „perfekte Funksystem" der Gefangenen denn nun tatsächlich funktioniert haben soll.

Das Pistolen-Wunder: Rätselhaft wie Christi Auferstehung

„Wir alle können nicht begreifen, wie es möglich gewesen ist, daß die in Stammheim Einsitzenden zu Waffen gekommen sind. Das geht einfach nicht in den Kopf" (Regierungssprecher Klaus Bölling, lt. „ap", 19.10.).

Immerhin fanden sich nach den „Selbstmorden" wie durch ein Wunder ganz plötzlich die Stellen, an denen die Pistolen versteckt gewesen sein sollen:

- In der Zelle von Raspe wurde *„unter dem Fenster hinter der Sockelleiste in der Wand"* ein *„mit Zellstoff ausgelegte Versteck"* gefunden, in dem die Pistole gelegen haben soll („FAZ", 21.10.).
- Etwas später wurde dann auch das angebliche Pistolen-Versteck Baaders entdeckt: Im Hohlraum seines Plattenspielers. *„An beiden Innenseiten des Gerätes waren Klammern angebracht, von denen die Pistole gehalten wurde"* („Welt", 22./23.10.).

Man erinnere sich an die Angabe, wonach den Gefangenen während der Kontaktsperre die Plattenspieler a b g e n o m m e n worden sein sollen!!

Ein weiteres Rätsel: In der Zelle Baaders wurden d r e i Geschosse gefunden, von denen aber nur eines der tödliche Schuß in den Kopf gewesen war. Erste Version dazu: **„... gab Baader vor seiner Selbsttötung zwei Revolverschüsse in die Decke ab. Das war wahrscheinlich das Signal für die Mitverschworenen"** („Hamburger Morgenpost", 21.10.). Diese Version kollidierte freilich augenfällig mit der Tatsache, daß der Wachhabende in etwa 15 m Abstand von den Zellen keine Schüsse gehört haben will, was auch noch ausdrücklich damit begründet wurde, die Zellen seien eben schalldicht. Im Übrigen hat es auch den Anschein, als sei aus der in Baaders Zelle bei seiner Leiche gefundenen Pistole jedenfalls nicht in die Decke geschossen worden: Eine der Kugeln steckte in der Wand, eine andere in der Schaumgummimatratze. Die dritte, tödliche Kugel, hatte den Kopf durchgeschlagen und lag auf dem Boden.

Wozu Baader vor seinem Selbstmord zwei Schüsse ins Leere abgegeben haben soll, bleibt rätselhaft. Möglich, daß folgender Gedankengang in die richtige Richtung weist: Beim eigenhändigen Abschießen einer Pistole entstehen an der Hand in der Regel sogenannte „Schmauch-Spuren", die sich chemisch nachweisen lassen. In sämtlichen Berichten über die Obduktion wird denn auch hervorgehoben, daß an der rechten Hand Baaders solche „Schmauch-Spuren" nachgewiesen worden seien. In keinem der Berichte wird aber bisher dasselbe auch für die Leiche von Raspe behauptet! Bei der kriminellen Vortäuschung eines Selbstmordes kommt es gelegentlich vor, daß die Mörder nach dem tödlichen Schuß ihrem Opfer noch die Pistole in die Hand drücken und daraus einen oder zwei Schüsse in die Wand abgeben, um die beweiskräftigen „Schmauch-Spuren" an der Hand ihres Opfers zu produzieren.

Rätselhaft bleibt auch, was Raspe mit den 7 Patronen und dem Reservemagazin mit 3 Patronen wollte, die laut „Vorläufigem Bericht" neben seinem Körper verstreut gefunden wurden. Insgesamt sollen Baader und Raspe *„mindestens 20 Schuß scharfe Munition"* gehabt haben („BamS", 23.10.), die natürlich zusätzlich zu den Pistolen irgendwie nach Stammheim reingeschmuggelt worden sein müßten.

Es ist im übrigen sehr zu bezweifeln, ob Baader in der Lage gewesen wäre, sich selbst die tödliche Schußverletzung beizubringen, die ein „aufgesetzter Genickschuß" von unten nach oben war. Mit der immerhin rund 18 cm langen Pistole wäre dies allenfalls unter größten akrobatischen Verrenkungen gelungen. Dazu Innenminister Maihofer: **„Man kann die Perfidie auch so weit treiben, daß**

schen Verrenkungen gelungen. Dazu Innenminister Maihofer: „Man kann die Perfidie auch so weit treiben, daß

man seine eigene Tötung zur Hinrichtung macht" (lt. „Bild", 20.10.). Diese Äußerung erinnert im Tonfall stark an die Art und Weise, wie die Nazis ihre Opfer verhöhnten. Nicht ins Bild paßt freilich, daß sich Raspe ganz schlicht in die Schläfe geschossen haben soll. Fehlte es ihm an „Perfidie"?

Wunder gibt es nicht!

Angesichts der in großer Fülle zutage geförderten Verstecke, Radio-Geräte, Kopfhörer, Sprengstoff, Kommando-Zentralen usw. in den Zellen der vier Gefangenen im 7. Stock von Stammheim entsteht zweifellos bei der großen Mehrheit der Bevölkerung der Eindruck, daß das doch nicht einfach alles erfunden oder manipuliert sein kann. Eher traut man wohl der „Baader-Meinhof-Bande" geradezu magische und überirdische Fähigkeiten zu, statt die naheliegende Schlußfolgerung zu ziehen, daß die ganze Sache von vorn bis hinten „stinkt". Hierzu noch ein paar Fakten:

– Gegen die politischen Gefangenen in Stammheim war bereits unmittelbar nach der Schleyer-Entführung, nämlich am 6. September, totale Kontaktsperre verhängt worden („ap", 19.10.), also schon längere Zeit vor Inkrafttreten des entsprechenden Gesetzes. Seither hatten die Gefangenen sich nicht mehr sehen und sprechen können. Sie hatten auch ihre Anwälte, Verwandten usw. nicht mehr sehen oder sprechen können. Die einzigen Menschen, zu denen sie noch „Kontakt" hatten, war das Wachpersonal.

– Selbst die „Beamten im Strafvollzug" (das Wachpersonal) wurde laut Bender *„stichprobenartig gelegentlich kontrolliert"* („ap", 18.10.), was – abgesehen von allen sonstigen Umständen – für das Per-

Fortsetzung von Seite 5

sonal auch ein hohes Risisko bedeutet hätte, den Gefangenen irgendwelche Gegenstände zu übermitteln. Diese Gegenstände wären in den Zellen umgehend entdeckt worden und die betreffenden Beamten wären rasch identifiziert worden.

– Nach Angaben von Bender wurden die Zellen der Gefangenen täglich zweimal – während des Hofgangs der Häftlinge – kontrolliert, wobei „fast täglich" Beamte des LKA (Landeskriminalamt) die Durchsuchung der Zellen leitete (lt. „ap", 18.10.).

Aus dem „Vorläufigen Bericht..." geht hervor, daß die Gefangenen z.T. während der Kontaktsperre in andere Zellen verlegt wurden:
– Baader am 13.9. und 4.10.;
– Raspe am 4.10.;
– Irmgard Möller am 13.9.

Daraus ergibt sich eine zusätzliche Schwierigkeit für die Gefangenen, Verstecke in ihren Zellen anzulegen.

– Nach den Angaben Benders wurden die Gefangenen in Zeiträumen von 6 Stunden 'beobachtet'. Angeblich aber nicht während der letzten Nacht. So behauptete Bender, Baader und Raspe seien zuletzt am Montag gegen 23.00 Uhr bei der Medikamentenausgabe lebend angetroffen worden; Gudrun Ensslin sei zuletzt am Montagnachmittag um 16.00 Uhr lebend angetroffen worden („dpa", 18. 10.). Dabei stellt sich wieder die Frage nach dem von der „Bild" veröffentlichten Zeitplan, demzufolge die Gefangenen um 18.00 Uhr ihr Abendessen erhielten (15.10.).

Es widerspricht aller Erfahrung, daß die Gefangenen, zumal in einer derart angespannten Situation, die ganze Nacht praktisch ohne Kontrolle verbracht haben sollen, und daß Gudrun Ensslin gar bis zu ihrem „Selbstmord" rund 14-15 Stunden hintereinander völlig unbeobachtet gewesen sein soll. Üblich sind gegenüber diesen Gefangenen im Gegenteil besonders häufige und intensive Kontrollen auch während der Nachtruhe (Öffnen der Tür, Anblenden mit der Taschenlampe u.ä.).

Tatsächlich erklärte denn auch gleich der bayerische Justizminister, in Bayern könne „so etwas" nicht passieren: **„Die Zellen der betreffenden Terroristen würden halbstündlich abgegangen "** („FR", 24.10.).

Darüber hinaus muß davon ausgegangen werden, daß die Gefangenen auch ständig akustisch überwacht (abgehört) wurden, zumal in dieser Situation. D a ß die Gefangenen in Stammheim zumindest zeitweise abgehört wurden, ist bereits öffentlich zugegeben worden.

Ein Wunder kommt selten allein

Es fiel sogleich unangenehm auf, daß ausgerechnet in der „am b e s t e n bewachten Vollzugsanstalt der Bundesrepublik" und ausgerechnet bei den erklärten „Staatsfeinden Nr. 1" eine „Terrorzentrale mit Waffen, desrepublik" und ausgerechnet bei den erklärten „Staatsfeinden Nr. 1" eine „Terrorzentrale mit Waffen, **Sprengstoff und fast ungehinderter Kommunikation der Terroristen auch zu Zeiten der Kontaktsperre"** (Landesvorstand Baden-Württemberg der SPD, lt. „FR", 24.10.) existiert haben soll, während ansonsten bei den rund 70 anderen Gefangen, die auch unter die Kontaktsperre gefallen waren und deren Zellen sofort nach Entdeckung der Stammheimer „Selbstmorde" gründlichst durchsucht wurden, nach ersten offiziellen Informationen n i c h t s Sensationelles gefunden wurde.

Dieser Widerspruch fiel offenbar auch den zuständigen Behörden auf, so daß sie am 26. (!) 10. plötzlich bekannt gaben, bei den Durchsuchungen am 18. (!) 10. seien in einigen Haftanstalten doch Gegenstände gefunden worden, die nicht in die Zelle gehörten – nämlich in Westberlin, Preungesheim (Hessen) und in Werl (NRW). Zunächst war freilich gemeldet worden: *„Die Zellendurchsuchung in Westberliner Gefängnissen verlief n e g a t i v "*. Und in NRW *„konnten die Untersuchungen nichts Verdächtiges zeigen"* („Lübecker Nachrichten", 19.10.).

Im Einzelnen handelt es sich um folgende Funde, die am 26.10. „nachträglich" der staunenden Öffentlichkeit bekannt gegeben wurden:
- Ein Transistorradio in der Zelle von Herbert Heinrich in Preungesheim.
- Ein „Kopfhörer" in der Zelle von Detlev Schulz ebenda.
- Ein Transistorradio in der Zelle von Heinrich Jansen in Werl.
- Ebenso in der Zelle von Wolfgang Wesslau in Westberlin.

Bei Detlef Schulz handelt es sich genauer gesagt um eine Radio-Ohrmuschel, die er in der Schuhspitze gehabt haben soll. Was den Fund in Werl angeht (H.Heinrich soll das Gerät in oder unter der Matraze gehabt haben), so betont der „Vorläufige Bericht" der Landesregierung Baden-Württemberg, daß dieses Gerät bei einer Untersuchung am Vortag, also dem 17.10., noch nicht gefunden worden sei. Das Gerät war übrigens in einer Jacke des Gefangenen versteckt! (lt. „Delmenhorster Kreisblatt", 27.10.). Noch toller ist der „Fall Wesslau" in Westberlin. Dort wurde das Radiogerät angeblich erst am Abend des 18.10. bei einer zweiten Durchsuchung der Zelle in einem Pappkarton gefunden, der bei der ersten Durchsuchung am Morgen noch leer gewesen war („FR",27.10.). Selbst die zuständigen Behörden gehen daher davon aus, daß Wesslau dies Gerät erst im Verlauf des 18.10. erhalten habe, möglicherweise durchs Fenster von einer andern Zelle aus „eingependelt".

Diese insgesamt mehr als dürftigen Ergebnisse wurden einen Tag später noch etwas aufgepulvert durch weitere Funde in Westberlin, die alle angeblich auch schon am 18.10. entdeckt worden sein sollen:
- Ans Stammheimer Niveau heran reicht der Fund von 12 Patronen in einer Zelle, in der bis 1976 Heinrich Jansen inhaftiert war. Allerdings will selbst der Westberliner Justizsenator Baumann „nicht ausschließen", daß die Patronen dort von einem ganz anderen Gefangenen versteckt worden waren.
- Bei Andreas Vogel sei ein Schraubenzieher mit Spannungsprüfer gefunden worden.
- Bei Wesslau außer dem Radio auch eine Ausgabe der „BZ" (Westberliner Tageszeitung).
- Bei Till Meyer sei *„ein Gefäß mit Pfeffer"* (?!) entdeckt worden.
- Bei Horst Mahler seien *„ein Tauchsieder und ein Exemplar einer linksradikalen Zeitschrift entdeckt"* worden („Tagesspiegel", 28.10.).

Verglichen mit den Stammheimer Sensationen ist diese Blütenlese aus deckt" worden („Tagesspiegel", 28.10.). Verglichen mit den Stammheimer Sensationen ist diese Blütenlese aus immerhin insgesamt rund 70 „Terroristen"-Zellen der BRD und Westberlin erbärmlich. Im Übrigen stellt sich die Frage, wieweit hier nicht (nach der Kalkar-Masche!) „Funde" hochgespielt wurden, bei denen es sich in Wirklichkeit um Gegenstände handelte, die mit Wissen der zuständigen Stellen in den Zellen waren (etwa der Tauchsieder von Horst Mahler). **Ungewollt u n t e r s t r e i c h e n diese nachträglich aufgetischten wenigen und mageren „Funde" noch die Einzigartigkeit des Wunders von Stammheim und dessen völlige Unwahrscheinlichkeit.**



Die Stimme eines „Fachmanns" zum Wunder von Stammheim

Die „Aachener Volkszeitung" vom 21.10. veröffentlichete ein Interview mit einem früheren Häftling der „Anstalt" Stammheim. Dieser sagte dabei u.a.: *„Meiner Erfahrung nach dürfte es eigentlich völlig unmöglich sein, dort Waffen einzuschmuggeln. Die ,normalen' Häftlinge dort sind schon so weit, daß sie ihren eigenen Verwandten und Freunden von Besuchen abraten, weil diese Kontrollen schon kaum mehr zumutbar sind. Besucher werden dort total ausgezogen, die Kleidungsstücke Teil für Teil gefilzt, um ja die vage Möglichkeit zu vermeiden, daß über Besucher anderweitiger Gefangenen den BM-Häftlingen irgendetwas zugänglich gemacht wird. Über diesen Weg, also über Besucher oder andere Gefangene, ist die Beschaffung von Waffen in Stammheim absolut undenkbar".*

Zur Durchsuchung der Zellen sagte der Mann: *„Mir hat einmal ein Beamter gesagt: ,Wir finden alles, wenn wir was finden wollen'. Den Eindruck hatte ich auch. Eine Zelle hat zirka 12 qm, ist im Normalfall sparsam möbliert, so daß also von daher schon wenig Versteckmöglichkeiten existieren. Und die Beamten kennen auf jeden Fall jedes nur mögliche Versteck... Die Vorstellung, daß unter dieser extremen Situation in Stammheim Waffen zu verstecken waren, ist mit total unvorstellbar".*

Besonderes Interesse verdient angesichts dieser Umstände ein weiteres Wunder, das sich schon vor einigen Wochen in Stammheim ereignet haben soll, sozusagen als Vorbote der kommenden Ereignisse: Damals wurde „zufällig" am 14.9. in der Zelle von Andreas Baader in einer Kaffeefilter-Packung eine Minox-Kamera entdeckt. Und dies, obwohl am 5./6.9. nach der Entführung Schleyers und dem Beginn der Kontaktsperre gegen die Gefangenen Baaders Zelle von Angehörigen des Landeskriminalamts durchsucht worden war. Diese damals völlig rätselhafte Episode veranlaßte ein sensationell aufgemachtes Wutgeheul der „Bild"-Zeitung und einen empörten Brief von Bundesjustizminister Vogel an Bender. Dieser Brief ist datiert vom 23.9. Es heißt in diesem Brief u.a.: *„Ich wäre dankbar, wenn Sie innerhalb Ihres Geschäftsbereichs darum besorgt wärren, daß durch geeignete Maßnahmen innerhalb der Vollzugsanstalt bei Baader und vergleichbaren inhaftierten terroristischen Gewalttätern sichergestellt wird, daß die erfahrungsgemäß ständig erforderlich werdenden Durchsuchungen unter besseren Bedingungen durchgeführt werden können. Darüber hinaus bitte ich, um geeignete Maßnahmen besorgt zu sein, die verhindern, daß solche oder ähnliche Gegenstände unbeobachtet in die Zellen dieser Gefangenen gelangen können. Ich wäre dankbar, wenn Sie mich über das Veranlaßte unterrichten könnten"* (lt. „Frankfurter Rundschau", 21.10.). Die „Selbstmorde" ereigneten sich fast einen Monat nach diesem Brief. Das macht die Version von Stammheim als dem lockersten Knast des Landes noch unwahrscheinlicher. einen Monat nach diesem Brief. Das macht die Version von Stammheim als dem lockersten Knast des Landes noch unwahrscheinlicher.

Rätselhaft übrigens auch die Umstände, unter denen die Kamera damals „gefunden" wurde: *„Die Kamera wurde offenbar zufällig in dem Augenblick entdeckt, als ein Justizbeamter auf Bitten Baaders diesem das Filterpapier brachte und dabei bemerkte, daß sich in der Tüte ,etwas scheppernd bewegte'"* („Ruhr-Nachrichten", 25.10.) „Bild" erwähnte damals noch den Fund einer Filmkassette mit 36 Aufnahmen zusammen mit der Kamera (wovon später nicht mehr die Rede war) und fabulierte: *„Die Sicherheitsbehörden vermuten, daß Baader seine ,Befreiung' in Stammheim fotographieren wollte"* (22.9.).

Schon damals war ziemlich offensichtlich, daß es sich bei dem angeblichen Fund der Minox-Kamera in Baaders Zelle um eine Provokation handelte. Unklar war zu jenem Zeitpunkt aber noch der genaue Sinn und Zweck dieser Provokation. Heute sieht es so aus, als habe bereits diese Provokation zu dem langfristig geplanten „Selbstmord"-Plan gegen die Gefangenen gehört. Nämlich in dem Sinn, daß Stammheim im öffentlichen Bewußtsein als ein Knast dargestellt wurde, in dem sich gelegentlich Wunder und Zeichen ereignen, die man sich zwar nicht genau erklären kann, aber die zweifellos den noch nicht genau erforschten übersinnlichen Kräften der „Baader-Meinhof-Bande" zuzuschreiben sind.

Weitere Rätsel um Briefe und Gespräche

Weitere Legenden des Staates ranken sich um Briefe der Gefangenen an staatliche Stellen, um Gespräche mit Beamten und Knastpfaffen.

Ein ungeklärter Vorgang betrifft zwei oder drei Briefe, die Gudrun Ensslin nach ihren eigenen Angaben – im Gespräch mit zwei Knastpfarrern am 17.10. – an Kanzleramtschef Schüler geschrieben haben soll. Sie hatte den Pfarrern gesagt, diese Briefe lägen in ihrer Zelle in einem Ordner mit der Aufschrift „Anwälte" und sie sollten dafür sorgen, daß diese Briefe weitergeleitet würden, falls sie – Gudrun Ensslin – ums Leben kommen sollte. In ersten Berichten hieß es, Gudrun Ensslin habe in der Tat in ihrer Zelle drei Briefe hinterlassen, **„die aber noch nicht im Bundeskanzleramt eingetroffen sind. Sie werden noch erkennungsdienstlich behandelt"** („Hamburger Morgenpost", 20.10.). **„Ein Staatsanwalt am Tatort wiederum bestätigte zunächst die Beschlagnahme eines Briefes, dementierte aber kurz darauf: ,Ein Versehen'"** („Spiegel", 24.10.). Später wurde als offizielle Version verbreitet, man habe den Ordner gefunden, und zwar neben der Leiche auf dem Boden (!), aber ohne die fraglichen Briefe.

Erst am 28.10. wurde bekannt gegeben, daß Andreas Baader am 17.10., dem Tag vor den „Selbstmorden", ein 70minütiges Gespräch mit einem Beamten des Bundeskanzleramts gehabt haben soll. Baader habe dabei die Flugzeugentführung kritisiert und erklärt, sie würden nach einer eventuellen Freilassung keine Anschläge in der BRD verüben. *„Terrorismus im Sinne der jetzigen, brutalen Aktionen gegen unbeteiligte Zivilisten hätten sie nie gebilligt und billigen sie auch jetzt nicht. Die Bundesregierung müsse sich klar sein, daß die jetzige 2. oder 3. Generation der RAF die Brutalität weiter verschärfen werde ... Wenn sie, die Häftlinge von Stammheim schon früher freigelassen worden wären, hätten sie mit Sicherheit die jetzige brutale Entwicklung verhindern können"* („Süddeutsche Zeitung", 28.10.).

Zugleich wurde behauptet, Andreas Baader und Gudrun Ensslin hätten sich mehrfach um ein Gespräch mit Kanzleramtschef Schüler bemüht. Regierungsstellen spekulieren jetzt, **„daß sich die Terroristen entweder vor den Augen des Chefs des Bundeskanzleramts und Koordinators aller deutschen (?) Geheimdienste umbringen wollten, um den Tod dem Staat anzulasten, oder daß sie möglicherweise geplant hatten, Schüler als Geisel zu nehmen oder zu erschießen"** (lt. „Ruhr-Nachrichten", 22.10.). Diese Version ist besonders für Gudrun Ensslin höchst makaber. Wollte sie vielleicht Schüler mit dem Kabel ihres Plattenspielers erdrosseln?...

Und wären die Gefangenen etwa nicht, wie üblich, vor einem solchen Gespräch einer strikten Leibesvisitation unterzogen worden?

Das Gespräch mit Schüler wurde abgelehnt. Stattdessen sollen außer dem Gespräch mit Baader am 17.10. auch noch Gespräche eines Beamten des Kanzleramts mit Gudrun Ensslin (am 9.10.) und ein weiteres mit Baader (am 8.10) stattgefunden haben. Dabei sollen beide „Selbstmordabsichten angedeutet haben (lt. „SZ", 28.10.). Am 12.10. hat Gudrun Ensslin lt. „SZ" ein weiteres Gespräch geführt, offenbar telefonisch. Regie- sichten angedeutet haben (lt. „SZ", 28.10.). Am 12.10. hat Gudrun Ensslin lt. „SZ" ein weiteres Gespräch geführt, offenbar telefonisch. Regie-rungssprecher Bölling erwähnte in ersten Stellungnahmen mehrere Telefongespräche zwischen den Gefangenen und dem Bundeskanzleramt, dementierte dies dann aber dahingeend, es habe überhaupt keine Telefongespräche gegeben (!).

Die neuen Geschichten machen das Wunder von Stammheim noch rätselhafter. Wenn die Gefangenen z.B. aus „Perfidie" Selbstmord begehen und als Mord erscheinen lassen wollten, so ist es überhaupt nicht logisch, vorher gegenüber dem Staat „Selbstmordabsichten" zu bekunden. Grob unlogisch ist es auch, wenn einerseits behauptet wird, Baader habe sich praktisch von den heutigen terroristischen Aktionen distanziert, aber andererseits an der Version festgehalten wird, Baader und die anderen Gefangenen hätten mit einer „Selbstmordaktion" ein „Fanal" setzen wollen, um weitere Terror-Akte terroristische Aktionen zu provozieren.

Die „Selbstmorde" wurden durch Mordhetze vorbereitet

„Die Todesstrafe ist abgeschafft", so heißt es im Grundgesetz.

Bereits unmittelbar nach der Schleyer-Entführung wurde von der bürgerlichen Presse die Frage „Todesstrafe – ja oder nein?" in Form von Leserbriefen und „Meinungsumfragen" aufgeworfen. So konnte z.B. in der SPD-nahen „Hamburger Morgenpost" vom 7.9. ein halbes Dutzend „Bürger" ihre eindeutig verfassungswidrige Forderung nach „Todesstrafe für die Terroristen" vorbringen. Einer der „Bürger" meinte gar: *„Für jede Geisel sollte man zwei inhaftierte Terroristen erschießen"*. In Springers „Bild" (12.9.) schwärmte ein anderer „Bürger": *„Ein toter Terrorist kann nicht durch Geiselnahme befreit werden. Er kann auch nicht neue Morde begehen"*. Leserbriefe und Stellungnahmen dieser Art erschienen fast täglich.

Auf der Grundlage dieser Mordhetze sahen auch einzelne CDU-Politiker wieder einmal die Stunde gekommen, ihre alten „Rübe-ab"-Parolen vorzutragen, und zwar nicht nur für „Mord, sondern auch für Entführung und Geiselnahme" („Bild",12. 9.). Die CSU-nahe „Deutsche Soziale Union" forderte, wenn Schleyer nicht freigelassen werde, *„sollten alle zwei Stunden inhaftierte Terroristen erschossen werden"* (zit. nach „Welt", 15.9.). Die NPD forderte gar, getreu dem Vorbild des Soltauer Kriegsverbrechers Kappler *„daß für jeden Ermordeten oder Entführten z e h n Terroristen hingerichtet werden"* (aus einem Flugblatt).

Die Nazis waren dabei anscheinend in bester Gesellschaft. Denn bereits kurz nach der Schleyer-Entführung hatte Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Kühn (SPD) die eindeutig verbrecherische und rechtswidrige Drohung ausgestoßen: **„Die Terroristen müssen wissen, daß die Tötung von Hanns-Martin Schleyer auf das Schicksal der inhaftierten Gewalttäter, die sie mit ihrer schändlichen Tat befreien wollen, schwer zurückwirken müßte"** (zit. nach „Welt", 14.9.).

Die Mordhetze steigerte sich noch unmittelbar vor den „Selbstmorden". So forderte Golo Mann am 17.10. in der Fernsehsendung „Panorama", inhaftierte „Terroristen" als Geiseln zu ermorden. Am 18.10., dem Tag der Stammheimer „Selbstmord-Aktion", erschien die „Frankfurter Allgemeine" mit einem Leitartikel, in dem es unmißverständlich hieß: *„... Der Staat muß sein rechtliches und moralisches Verhältnis zu den Terroristen ... in Frage stellen, überprüfen... Muß der Staat gegenüber einem hochorganisierten, hochspezialisierten und von ausländischen Mächten unterstützten Mord-Terrorismus in der fatalen Grundsituation hoffnungsloser Unterlegenheit, gespenstischer Ungleichheit der Kampfmittel verharren? ... Läßt sich nichts ändern an der deprimierenden Ungleichheit der Überlebenschancen zwischen den Bandenmitgliedern einerseits, den von ihnen Verfolgten und ihren Geiseln andererseits? Was das Grundgesetz hier erlaubt, ist nun peinlich genau zu untersuchen. Sollte es sich erweisen, daß es alle Wege versperrt, müßte geprüft werden, wieweit es einer Änderung zugänglich ist .., Wäre es nicht an der Zeit, über ein Notrecht gegen Terroristen nachzudenken? ..."*

Neben der Ermordung der Gefangenen bietet sich auch die – von Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht vor einiger Zeit ins Spiel gebrachte! – Anwendung der Folter gegen die Gefangenen an. Es entspricht dem Charakter des „deutschen (!!) Rechtsstaat", daß es Überlegungen gibt, solche faschistischen Praktiken durch Gesetze „rechtmäßig" zu machen.

Weitere „Selbstmorde" in Vorbereitung?

Weitere „Selbstmorde" in Vorbereitung?

Die Bundesregierung erklärte in einer ersten Stellungnahme, die „Selbstmorde" ließen darauf schließen, *„daß in Stammheim Gefangene zur Verschärfung des terroristischen Kampfes gegen unseren Staat und dessen freiheitliche Grundordnung – nach den früheren Hunger- und Durststreiks – nunmehr auch die gewaltsame Zerstörung eigenen Lebens als Kampfmittel eingesetzt haben. Offenbar wollten sie ihren Tod, nicht als Zeichen später Einsicht, sondern vielmehr als Fanal für ihre noch in Freiheit befindlichen Gleichgesinnten...* (lt. ap, 20.10.).

Die Wunder und Seltsamkeiten um die angebliche „Selbstmord-Aktion" werden von der Bundesregierung und den bürgerlichen Parteien natürlich n i c h t so interpretiert, daß an der Selbstmord-Geschichte etwas nicht stimmen kann. Stattdessen werden diese Ungereimtheiten zum Vorwand genommen, um eine weitere drastische Verschärfung der Haftbedingungen zu fordern. Justizminister Vogel erklärte gar, **„daß angesichts der jüngsten Ereignisse S o n d e r g e s e t z e nicht mehr ausgeschlossen werden können"** („Hamburger Abendblatt", 22./23. 10.).

Da fragt man sich, von was für „Sondergesetzen" n o c h denn jetzt die Rede ist, angesichts der eh schon existierenden umfangreichen Sondergesetze gegen „Terroristen"? Reicht das kürzlich beschlossene, aber davor schon seit längerem praktizierte Kontaktsperre-Gesetz noch nicht aus zur totalen Entrechtung der Gefangenen?

Dieses Gesetz erlaubt es, alle Inhaftierten, die des „Terrorismus" angeklagt oder auch nur verdächtigt sind, von j e d e m Kontakt zur Außenwelt abzuschneiden, falls „eine gegenwärtige Gefahr für Leben, Leib oder Freiheit einer Person besteht", also z.B. während einer Entführung. Darüber hinaus deutet sich

Fortsetzung auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

aber schon die Absicht an, dieses Gesetz unbegrenzt und jederzeit anzuwenden. So heißt es in einer Meldung der Presseagentur dpa nach der Aufhebung der Kontaktsperre: „... **Möglicherweise könnte die Kontaktsperre aber erneut angeordnet werden, da die Terroristen, die Schleyer umbrachten, mit neuen Gewalttaten gedroht haben. Diese Drohungen könnten für ausreichend gehalten werden, um wiederum eine Isolation von Häftlingen anzuordnen**" (20.10.).

Was den Umfang angeht, in dem dieses Gesetz angewendet wird, so sei darauf verwiesen, daß während der Schleyer-Entführung u.a. auch Horst Mahler unter totale Kontaktsperre gestellt wurde, obwohl er sich schon vor längerem eindeutig vom „Terrorismus" distanziert hat.

Das Kontaktsperre-Gesetz erlaubt es z.B. auch, irgendjemand unter angeblichem „Terrorismus"-Verdacht festzunehmen und ihn dann wochenlang ohne Beistand von Rechtsanwälten und ohne jede sonstige juristische Möglichkeit in der Haft zu isolieren. Derartige Zustände sind ansonsten nur in totalitären Staaten üblich.

Das Kontaktsperre-Gesetz ermöglichst es darüber hinaus, Gefangene in der Haft zu schikanieren und zu quälen, ohne daß sie Kontakt zu ihren Rechtsanwälten aufnehmen können und ohne daß sie in irgendeiner Form darüber Informationen an die Öffentlichkeit bringen können. Das Kontaktsperre-Gesetz erleichtert es beispielsweise auch, an den Gefangenen einen „Selbstmord" zu inszenieren, weil bestimmte Behauptungen und Bedingungen – z.B. der Zustand der Zellen, die Gemütsverfassung der Gefangenen, eventuelle Briefe der Gefangenen usw. – unter den Bedingungen der Totalisolation kaum zu widerlegen sind. Ganz zu schweigen von den nahezu unbegrenzten Möglichkeiten, Provokationen gegen die Gefangenen in Szene zu setzen, Gegenstände in ihren Zellen zu „verstecken" und bei passender Gelegenheit zu „finden" usw.

Dies alles mag manchem, der noch an den „Rechtsstaat" glaubt, als unwahrscheinlich und phantastisch erscheinen. Aber wenn selbst die Bundesregierung von der Version ausgehen muß, daß Angehörige des Stammheimer Wachpersonals den Gefangenen Schußwaffen besorgt hätten (da die Gefangenen zu niemand anders überhaupt Kontakt hatten als zum Wachpersonal!), so wird man ebenso gut und sogar noch eher annehmen können, daß dieses Wachpersonal zu verbrecherischen Handlungen im Auftrag „höherer Dienststellen" bereit ist.

Und jetzt hält Bundesjustizminister Vogel sogar noch weitere „Sondergesetze" für denkbar. Welche? Etwa dem Vorschlag des rechtsradikalen Schriftstellers Golo Mann folgend, den „Terroristen" ihre Anwälte wegzunehmen und für sie nur noch „Pflichtverteidiger" zuzulassen? Damit würde freilich den politischen Gefangenen der letzte Rest von Rechtsschutz genommen, den sie sonst noch in den Lücken zwischen den Kontaktsperren haben könnten. Oder dem Vorschlag eines Journalisten in Werner Höfers „Frühschoppen" am 23.10. folgend, die Gefangenen in ihren Zellen zu fesseln und anzuketten?

Oder will man endgültig und „ganz legal" dem Prinzip folgen, daß nur ein toter „Terrorist" keinen Selbstmord und sonstige Untaten gegen den „Rechtsstaat" mehr begehen kann? Soll per „Sondergesetz" jetzt die Ermordung von politischen Gefangenen als Geiseln „legalisiert" werden?

Schluß mit „Selbstmorden" und anderen Wundern!

Was noch fehlt, um diese Entwicklung zu vervollständigen, ist die totale Gleichschaltung der Presse. Bisher ist es immer noch so, daß durch den kommenziellen Eifer der bürgerlichen Presse manche peinliche Ungereimtheit an die Öffentlichkeit kommt, die im Interesse der Staatsorgane besser nicht erwähnt worden wäre. Während der Schleyer-Entführung und während der folgenden verbrecherischen „Entführung" eines Flugzeugs ist mit einigem Erfolg schon eine teilweise Nachrichtensperre und eine entsprechende Selbstzensur der bürgerlichen Presse praktiziert worden. Diese Praxis soll, möglichst auch durch Gesetz, in Zukunft zügig ausgebaut werden. Dann wird es beispielsweise „im Staatsinteresse" durchaus möglich sein, daß kritische Äußerungen der Rechtsanwälte von politischen Gefangenen einfach nicht mehr veröffentlicht werden dürfen.

Schon jetzt ist deutlich zu sehen, wie mit einer maßlosen Lügen-Hetze Stimmung gemacht werden soll. Da erscheint etwa „Bild" am 20.10. mit der Schlagzeile: **„Schleyer tot im Kofferraum – die Kehle durchgeschnitten"**. Am 21.10. lautet die Schlagzeile: **„Schleyer grausam gefoltert"**. Beides sind Lügen. Am 22.10. erscheint „Bild" mit der Überschrift **„Sprengstoff bei Baader entdeckt"**. Hier wird systematisch Volksverdummung betrieben. Die Bevölkerung soll daran gewöhnt werden, jeden Mist, und sei er noch so unwahrscheinlich und offenkundig erlogen, zu glauben.

Wer an Wundern und Zeichen zweifelt, die sich in Stammheim um die „Selbstmord-Aktion" ereignet haben sollen, wird gleich selbst zum „Sympathisanten" gestempelt: **„Es geht ihnen darum, mit der Lüge vom ‚Mord' eine neue Welle von Morden, Entführungen, Attentaten aufbranden zu lassen"** („Bild", 20.10.).

Im Gegensatz dazu rufen wir auf, für eine restlose Aufklärung der „Selbstmorde" und sonstigen Wunder von Stammheim einzutreten. Dafür kann in dem in diesem Land produzierten Klima nur eine international zusammengesetzte Untersuchungskommission Garantien bieten. Die Rechtsanwälte der drei Toten und von Irmgard Möller müssen Gelegenheit haben, alle wundersamen Fundstücke und Entdeckungen einsehen und prüfen zu können. Das Leben und Möglichkeit einer freien Aussage müssen für Irmgard Möller, die einzige Überlebende der „Selbstmord-Aktion", gesichert werden. Die „Selbstmord-Aktion", die Wunder von Stammheim und alle sonstigen Umstände der Haftbedingungen der politischen Gefangenen sollten auch ein Untersuchungsgegenstand des geplanten Russell-Tribunals über die Repression in der Bundesrepublik sein. Über die Sache darf kein Gras wachsen!

Interview mit Rechtsanwalt Heldmann

Am 30.10. gab uns Rechtsanwalt Heldmann, ehemaliger Verteidiger von Andreas Baader, ein Interview.

Frage: Herr Heldmann, was hat Irmgard Möller über die Vorgänge in Stammheim in der Nacht vom 17. auf den 18. Oktober berichtet?

Heldmann: *Obwohl ich eine Verteidigungsvollmacht von Irmgard Möller erhalten habe, wird mir ein Gespräch mit ihr immer noch verweigert. Irmgard Möller äußerte gegenüber ihrer Anwältin, Frau Bahr-Jendges, mit der sie bisher nur sprechen konnte, daß sie in den frühen Morgenstunden, so ungefähr zwischen 4 und 4.30 Uhr zwei knallartige Geräusche und ein Quietschen, als ob man einen Schrank verschiebt, gehört habe.*

Frage: Könnten das Schüsse gewesen sein?

Heldmann: *Frau Möller hat diese Geräusche erst später, als sie davon hörte, Baader und Raspe hätten sich erschossen, mit der Möglichkeit von Schüssen in Verbindung gebracht.*

Frage: Sie soll nach Presseberichten bald darauf das Bewußtsein verloren haben. Können Sie sagen, wie das passiert ist?

Heldmann: *Irmgard Möller hat gesagt, sie habe gefühlt, wie sie ohnmächtig wird, und das Spüren dieses Vorgangs war verbunden mit dem Spüren eines Rauschens im Kopf, wie sie es nannte. Aufgrund welcher Umstände die Ohnmacht eingetreten ist, kann man zu diesem Zeitpunkt noch nicht genau sagen.*

Frage: Nach offizieller Darstellung soll sie sich mit einem Brotmesser in die Herzgegend gestochen haben. Was war das für ein Messer?

Heldmann: *Dieses Messer lag in der Zelle, als ich sie am Nachmittag des 18.10. besichtigen konnte. Es war ein ganz normales Eßmesser, wie es das in Kantinen, in Mensen gibt, oben abgerundet und mit einem kleinen Wellenschliff an der vorderen Kante. So eins, mit dem man Stullen schmiert.*

Frage: Also ist es praktisch unmöglich, sich mit einem solchen Messer viermal in die Brust zu stoßen?

Heldmann: *Das wird ein medizinisches Gutachten ergeben müssen.*

Frage: Was hat sich aus der Obduktion der Leichen von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe ergeben?

Heldmann: *Bei Baader gibt es ein Indiz, das bisher völlig unaufgeklärt geblieben ist. Baader hat feste Schuhe angehabt, praktisch ungebrauchte Schuhe, die er nie getragen hat. An ihren Sohlen befand sich ein sehr intensiver Belag mit einem hellen, feinkörnigen Sand. Es waren nicht nur einzelne Körnchen, sondern mehr eine flächenweise Sandenhaftung.*

Frage: Das haben Sie selbst gesehen?

Heldmann: *Das habe ich selbst gesehen. Dies ist insbesondere auch dem Wiener und dem Zürcher Pathologen bei der Leichenbeschau aufgefallen, und der Wiener hat in meiner Gegenwart einen Beamten gefragt: ‚Wo kommt denn der Sand an den Schuhen her?' Der Beamte hat jegliche Auskunft verweigert.*

Frage: Wie erklären Sie sich das?

Heldmann: *Dieser Sand kann weder vom Hof in Stammheim kommen, auf den Baader ohnehin nicht gekommen ist, noch von dem überdachten Dach, wo die Gefangenen ihren Freigang hatten, da dieses betoniert ist. Man müßte also der in der griechischen Zeitung ‚Elefterotipia' vom 21.10., die sich wiederum auf arabische Quellen bezieht, aufgeworfenen Frage nachgehen, ob Baader möglicherweise nach Mogadiscio gebracht worden ist, um gegenüber den Flugzeugentführern einen Austausch vorzutäuschen.*

Frage: Was läßt sich über die Todeszeit sagen?

Heldmann: Das ist eine höchst bemerkenswerte Angelegenheit. Ein Todeszeitpunkt ist für keinen der drei Toten festgestellt worden.

Frage: Aber normalerweise ist es doch selbstverständlich, daß bei einer Obduktion ein Todeszeitpunkt festgestellt wird.

Heldmann: *Ich muß mich dabei auf einen Journalisten beziehen, der Prof. Mallach nach den Todeszeitpunkten gefragt hat. Er hat mir berichtet, Mallach habe geantwortet, sie hätten keinen Todeszeitpunkt festgestellt. Als der Journalist danach fragte, weshalb nicht, antwortete Mallach, danach seien sie nicht gefragt worden. In den anerkannten medizinischen Sachbüchern steht allerdings, daß die Bestimmung des Todeszeitpunkts zu den Aufgaben des obduzierenden Arztes gehört.*

Frage: Ist es für einen Arzt nicht relativ einfach, den Todeszeitpunkt wenigstens grob anzugeben?

Heldmann: *Ganz so einfach ist das nicht. Z.B. muß die Körpertemperatur zum Zeitpunkt des Auffindens der Leiche gemessen werden. Dieses ist bei Baader und Ensslin auch geschehen, das habe ich selbst gesehen. Die Ergebnisse sind mir aber nicht bekannt.*

Frage: Was sagen sie zu dem Vorwurf, die Anwälte hätten die Waffen für Baader und Raspe eingeschmuggelt?

Heldmann: *Dies ist absolut ausgeschlossen, und das weiß auch jeder von denen, die eine solche Behauptung aufstellen oder kolportieren. Es ist völlig unmöglich, Metallteile unbemerkt nach Stammheim hineinbringen zu wollen. Man wird da wie auf den Flughäfen mit einem Detektor abgetastet, der auch das kleinste Metallteilchen aufspürt. Die Anwälte müssen ihre Taschen regelmäßig völlig entleeren. Dabei habe ich einmal eine kleine Büroklammer übersehen, worauf der Detektor sofort reagiert hat.*

Diese Behauptung, die Verteidiger hätten die Pistolen – wenn auch in zerlegtem Zustand – eingeschmuggelt, ist so absurd, daß allein diese Äußerung schon die Annahme begründet, hier soll etwas verborgen werden durch das Mittel, wie üblich wieder die Verteidiger in Verdacht zu bringen. Diese Vorgehensweise rechtfertigt schon die Forderung nach einer neutralen Untersuchung, also nicht durch eine von der baden-württembergischen Regierung eingesetzten kommission.

***

Auch mit RA Weidenhammer wurde ein Gespräch geführt, das wir aus Platzgründen in diesem AK leider nicht abdrucken können. Weidenhammer wies noch auf weitere Widersprüchlichkeiten der „Selbstmord"-Version hin, insbesondere

- daß bei der totalen Überwachung des 7. Stockwerks in Stammheim jeder außergewöhnliche Vorgang sofort hätte registriert werden müssen;
- daß ein Schuß auf alle Fälle die äußerst empfindliche Alarmanlage ausgelöst hätte;
- daß nach Aussagen des stellvertretenden Anstaltsleiters Schreibmüller ein Schuß auf jeden Fall gehört worden wäre;
- daß man bei der Obduktion (wie auch die Presse berichtete) Schmauchspuren an Baaders rechter Hand gefunden haben will, wie sie beim Abfeuern einer Pistole entstehen. Die Pistole soll auch neben seiner rechten Hand gelegen haben. Baader sei aber ein ausgeprägter und ein extremer Linkshänder gewesen;
- daß es im „sichersten Gefängnis der Welt" eine Art Feuertreppe gibt, über die man auf relativ einfache Weise vom Hof aus direkt nach oben kommen könne.

Trauerfeier für Gudrun, Jan und Andreas

Am Donnerstag letzter Woche wurden in Stuttgart die Genossen Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe und Andreas Baader beerdigt. Zur Beerdigung waren etwa 1.000 Menschen gekommen. Nach der Rede des Pfaffen sprachen ein griechischer Widerstandskämpfer und ein Genosse des KB (siehe Abdruck der Erklärung im Kasten). Es wurden mehrere Erklärungen der IRA verlesen. Neben einigen Transparenten, die den Tod der drei Genossen als Mord bezeichneten, waren auch einige schwarze und rote Fahnen zu sehen. Die Beerdigung verlief sehr ruhig.

Bereits während der Ansprachen zeigte sich immer offener das immense Bullenaufgebot, das um den Friedhof herum zusammengezogen worden war — insgesamt über 1.000 Bullen. Beim Abmarsch der trauernden Genossen fuhr in einem Waldstück ein ziviler Bullenwagen von hinten in den Zug hinein und verletzte einige Leute. Die Gegenwehr gegen diesen Angriff wurde sofort mit einem massiven Einsatz von Pferden und Knüppeleien beantwortet. Schon am Friedhofsausgang wurden alle Anwesenden auf Video aufgenommen — nun wurden sämtliche Personalien festgestellt und insgesamt knapp 20 Leute festgenommen. Ein spontaner Demonstrationszug zum UG, um die Festgenommenen abzuholen, wurde von der Polizei mit unglaublicher Brutalität auseinandergejagt, die Leute z.T. durch die ganze Stadt mit Krädern und Autos gejagt, insgesamt 45 wurden zusätzlich festgenommen.

* * *

Erklärung des KB auf der Beerdigung

Die Mitglieder des Kommunistischen Bundes betrauern den Tod von Gudrun, Andreas und Jan.

Wir haben zwar den Weg, den die Genossen in ihrem Kampf eingeschlagen haben, nicht für richtig gehalten. Angesichts ihres Todes und insbesondere der Todesumstände tritt dies jedoch in den Hintergrund.

Dieser Staat kann mit all seiner infamen Hetze nicht darüber hinwegtäuschen, daß uns alle mit Gudrun, Andreas und Jan die Ablehnung des verbrecherischen kapitalistischen Systems und die Sehnsucht nach einer menschenwürdigen Gesellschaft verbindet. Diese Verbundenheit wird bestehen bleiben.

In Stammheim ist in der Nacht vom 17. auf den 18. Oktober eine weitere Schranke auf dem Weg zum Faschismus durchbrochen worden. Es ist die Pflicht aller Antifaschisten, restlose Klarheit in diese Vorgänge zu bringen und das Lügengebäude von den sogenannten »Selbstmorden« vor der gesamten Weltöffentlichkeit zu Fall zu bringen. Das liegt zugleich im Interesse aller demokratisch gesonnenen Menschen.

Angesichts der Perfektion, mit der im »Modell Deutschland« die Repressionsmaschinerie ausgebaut wird, scheint unser Widerstand fast aussichtslos zu sein. Aber wir wissen auch, daß dieses System nicht unüberwindbar ist. Der Weg dahin wird langwierig und mühsam und mit vielen Rückschlägen verbunden sein.

Aber er wird letztlich doch erfolgreich sein.



Ein letzter Gruß mit erhobener Faust, rechts im Bild Gudruns Eltern



Ein von Bullen am Friedhof zusammengeschlagener Genosse wird in Sicherheit gebracht

Die ausländische Presse bezweifelt Selbstmord

Wir geben im folgenden einen kurzen, und natürlich nur beispiehaften und unvollständigen, Überblick über die Reaktionen der bürgerlichen Presse des Auslands auf die angeblichen „Selbstmorde" von Stammheim und auf die gigantische „Terroristen-Verfolgung" in der BRD. Bekanntlich hatte die bürgerliche Presse einiger Länder in letzter Zeit häufiger kritische Stellungnahmen zur Entwicklung des BRD-Staates veröffentlicht, die von der Regimepresse hierzulande als „antideutsche Kampagne" verunglimpft wurde. Teilweise blieb dies nicht ohne Wirkung auf die ausländische Presse, die in ihrer Kritik nun vielfach zurückhaltender wurde. Namentlich die Flugzeug–Entführung im Rahmen der Geiselnahme Schleyers ließ verschiedene Zeitungen nun doch stärker an die behauptete „Bedrohung" der westdeutschen Bevölkerung und der westdeutschen „Demokratie" durch den Terrorismus „glauben". Die „Befreiungsaktion" von Mogadischu durch das Kommando der GSG 9 wurde entsprechend einhellig begrüßt und seine weiterreichende Bedeutung für großmachtpolitische und -militärische Ansprüche des BRD-Imperialismus weniger hinterfragt. Der französische „Nouvel Observateur" (PS nah) stellte zu dieser Flugzeugentführung z.B. fest, daß dieses *„die öffentliche Meinung gegen sie* (die Terroristen; Anm. AK) *gekehrt"* habe, weil dies ein Bruch mit ihren bisherigen Kampfzielen *„gegen die bürgerlich-kapitalistische und amerikanisch-reaktionäre Ordnung"* sei.

Das Bekanntwerden der angeblichen „Selbstmorde" von Stammheim und das Verhalten der westdeutschen Staatsbehörden in dieser Angelegenheit weckte in einigen Länder jedoch wieder den Blick auf die polizeistaatliche Entwicklung der BRD.

Frankreich

Das Wochenmagazin „Nouvel Observateur" (24.10), das sich an der SPD-Bruderpartei PS orientiert, hat die „Selbstmord"-Version offen angezweifelt: *„Kann es denn glaubhaft sein, daß diese Gefangenen, die immer so entschlossen waren, die versichert hatten, nie Selbstmord zu begehen, plötzlich bereit gewesen seien, ihr Leben zu opfern?"*

Ihre Skepsis unterstrich diese Zeitschrift auch mit der Wiedergabe einer Diskussion zwischen französischen Schülern, bei der u.a. vertreten wurde:*„Ich glaube nicht an diese Selbstmordgeschichte. Vielleicht hat Schmidt gesagt: wenn ihr die Geiseln nicht frei laßt, dann erschießen wir Baader."*

Über die Auseinandersetzung mit den Ungereimtheiten der offiziellen Behauptungen hinaus, formuliert der Chefredakteur Jean Daniel in der gleichen Ausgabe folgende Kritik an der gesamten Entwicklung in der BRD: *„Mc Carthyismus, Hexenjagd auf Intelektuelle, denunzierender Konformismus in den Massenmedien – das sind gefährliche Antworten des westdeutschen Staates auf die individuellen Aggressionen, wie sie sich in Entführungen der Geiselnahmen ausdrücken. Schmidt hat leider bislang nicht erklärt, dieser Repression und diesen McCarthysmus ein Ende setzen zu wollen. ...Was muß eine Demokratie tun, damit ihre Feinde behaupten, sie sei nicht lebensfähig? Immer demokratischer werden natürlich."* Die PS-Tageszeitung „Le Matin" empörte sich am 25.10. u.a. darüber, daß der Bericht der Verteidigerin von Irmgard Möller in der BRD *„keine großen Reaktionen in der öffentlichen Meinung hervorgerufen"* hat.

Die einflußreichste französische Zeitung „Le Monde" hat insgesamt Die einflußreichste französische Zeitung „Le Monde" hat insgesamt sehr „abwägend" Kommentare mit den unterschielichsten Meinungen veröffentlich – von einer vorbehaltlosen Übernahme der westdeutschen Staatsschutz-Behauptungen bis hin zu durchaus offenen Kritiken daran. Hier zeigen sich deutlich die Spuren, die die gehässigen Verleumdungen und Verdächtigungen der westdeutschen Regimepresse (und sicher auch entsprechender Druck „hinter den Kulissen") vor allem gegenüber „Le Monde" hinterlassen haben. Als Haupttenor der direkten „Tatsachenmeldungen" kann hier ohne Zweifel gelten, daß „Le Monde" das *„alles sehr verwirrend"* findet, was sich in Stammheim zugetragen hat (21.10.).

Von den kritischen Kommentagen sei folgendes zitiert: in „Le Monde" am 26.10. heißt es: *„ob Selbstmordthese oder Mord: wer hat die Waffen besorgt, die Jan Carl Raspe und Andreas Baader getötet haben? Man kann sich auch schwer vorstellen, daß im Falle eines Mordes einige Mitglieder des Überwachungspersonals nicht eingegriffen hätten, ob als geheime Freunde oder Feinde. Konnte der Revolver, der Andreas Bader getötet hat, wirklich in 47 Einzelteilen geliefert werden?"* In der gleichen Ausgabe wird auch das „Kontaktsperregesetz" angeprangert, das *„die Verteidigerreichte, die früher besser garantiert waren in der BRD, milde gesagt schwer angegriffen"* hat.

Die Lobgesänge der westdeutschen Regimepresse auf Schleyer werden in der Ausgabe vom 25.10. folgender Kritik unterzogen: *„Man kann sich aber darüber wundern, daß in der Biographie des Verschiedenen alldiejenigen Teile rausgelassen worden sind, die sein Image als 'Märtyrer der Freiheit' trüben könnten. So ist z.B. oft vergessen worden, daß der BDI-Chef schon in seiner Jugend in die SS eintrat, mit der Nummer 227.014, daß er an den Plünderungen in der Tschechoslowakei beteiligt war, daß er nach dem Krieg von französischen Truppen verhaftet und von einem Gericht wegen seiner Rolle unter Hitler verurteilt wurde."* Im selben Artikel geht der Autor auf die hemmungslosen Verdächtigungen im Rahmen der „Terroristenverfolgung" ein: *„.... man geht heute bei der Suche nach den Verantwortlichen weiter. Es sind nicht nur einige Zeitungen, die das 'Antigermanismus' angeklagt und der 'Sympathie mit den Terroristen' verdächtigt werden – sondern ganz Frankreich, oder doch schon fast."* Sarkastisch antwortet er auf die westdeutschen Vorwürfe gegenüber der französischen Polizei, daß sie nicht emsig genug nach „Terroristen" fahnden würde: *„Wäre es nicht nützlich, wenn die deutsche Polizei rüberkäme und Frankreich mal beibringt, wie man das macht'?"*

Dieselbe Ausgabe von „Le Monde" enhält ferner noch eine Zuschrift des amerikanischen Schrifstellers Thomas Buchanan, der ein Buch über den Mord an dem ehemaligen US-Präsident Kennedy geschrieben hat, und in seiner Zuschrift die Forderung nach einer Internationalen Untersuchungskommission über die Stammheimer „Selbstmorde" unterstützt.

Die französische Rechtspresse wie „Le Figaro", „France Soir" usw. hat sich natürlich voll an die Seite des westdeutschen Polizeistaats gestellt; besonders eifrig „France „Soir", der auf der Titelseite in Großaufmachung die Fahndungsbilder und Fahndungsaufrufe aus Stammheim-Deutschland veröffentlichte.

Griechenland

Griechenland

In Griechenland haben es Verfechter der „Selbstmord"-Version schwer. Zu frisch sind die Erinnerungen an gleichlautende, höchst amtliche Erklärungen im eigenen Land. „Selbstmord", „Verkehrunfall mit tödlichem Ausgang", „auf der Flucht erschossen" – das mußten viele Regimegegner in Griechenland (innerhalb und außerhalb der Gefängnisse) erleiden. Selbst das Boulevardblatt „Akropolis", das immer noch mit einem halben Auge mit der Junta sympathisiert, gesteht ein, daß die „Selbstmord"-Version kaum überzeugend zu begründen ist. Und das halboffizielle Regierungsblatt „Kathimerini" schrieb z.B.: *„Die Verzögerung bei der Bekanntgabe des Expertenberichts und sein gegenüber den ersten Informationen völlig entgegengesetzten Inhalt läßt die Beobachter vermuten, daß auf die untersuchenden Beamten Druck ausgeübt worden ist".*

Besonders ausführlich berichtete die „Eleftherotipia" über die Widersprüche des Wunders von Stammheim und über die Erklärungen der Anwälte: *„Das erschütterndste Zeugnis, das die offiziellen Versionen über den Tod der drei gefangenen Führer der RAF umstürzt, kommt von der vierten Gefangenen Irmgard Möller"* - es folgt ihre Aussage im Tübinger Krankenhaus und die Anmerkung, daß ihr weiteres Schicksal nach ihrer Verlegung an einen unbekannten Ort ungewiß ist.

Die „Eleftherotipia" veröffentlichte auch zahlreiche Kommentare, die sich kritisch mit der allgemeinen Entwicklung in der BRD auseinandersetzen, wie z.B. Asteris Stangos in der Ausgabe vom 23.10.: *„Im Westdeutschland des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Helmut Schmidt, dem 'stärksten, größten, reichsten und glücklichsten' kapitalistischen Land Europas schlagen seit dem vergangenen Dienstag dämonisch die Warnglocken eines neuen, unmenschlichen und bestialischen Faschismus. ... Es existiert ein staatlicher Terror, der die barbarischen Methoden der Selbstherrschaft („Autoritarismus") überschreitet (Mord an politischen Gefangenen, Vernichtung der Rechtsanwälte, die unabhängig ihre Arbeit machen wollen, eine wilde Verfolgung jedes frei denkenden Menschen usw.), Methoden, die wenigstens im Falle des Todes der drei anarchistischen Terroristen an den Reichstagsbrand erinnern, die ersten Tage der Hitler-Herrschaft. ... Kurz gesagt, im heutigen Westdeutschland schlagen, unter Mitverantwortung auch des rechten Flügels der Sozialdemokratie. jetzt warnend die Glocken des Faschismus. Und wenn die demokratischen Kräfte in Deutschland selbst und auch in den übrigen Ländern unseres Kontinents nicht rechtzeitig und entschlossen darauf reagieren, dann werden die Glocken des Faschismus und des Todes nicht nur für Westdeutschland schlagen, sondern für das gesamte Europa".*

Die PASOK („Panhellenische Sozialistische Bewegung") unter A. Papandreou gab eine Erklärung heraus, in der es u.a. hieß, daß die BRD-Regierung die *„Pflicht"* habe, *„Beweise"* darüber vorzulegen, *„daß die Mitglieder der Organisation Baader-Meinhof nicht von Organen ihres Staates exekutiert worden sind. Wenn sie dies nicht tut, wird sie als verantwortlich für ein neues Klima betrachtet werden müssen, das an Zeiten des Nazismus erinnert".* Eine ähnliche Erklärung haben auch die linkssozialdemokratische „Initiative für Demokratie und Sozialismus" sowie der EDA-Vorsitzende Ilías Ilioú abgegeben. In einer weiteren Erklärung mehrerer griechischer Persönlichkeiten wird offen die *„Überzeugung"* vertreten, daß es sich beim Wunder von Stammheim *„um organisierten politischen Mord handelt".* Unterzeichnet ist diese Erklärung u.a. vom Präsidenten des Athener Rechtsanwältevereins und seinerzeitigen Pohle-Verteidiger Evångjelos Jannópoulos, von dem ehemaligen Botschafter A. Xidhis und vom Bürgermeister von Sitia, N. Petråkjis.

Schweden

In der schwedischen bürgerlichen Presse, insbesondere der größten Tageszeitung „Dagens Nyheter", wurde frühzeitig die Selbstmordtheorie des westdeutschen Staates angezweifelt. So wurde z.B. in „Dagens Nyheter" (20.10.) die Stellungnahme der Rechtsanwälte breit zitiert und geschlossen: *„Die Behörden sprachen von Selbstmord, ohne auch nur die geringsten kriminaltechnischen Un-* *von Selbstmord, ohne auch nur die geringsten kriminaltechnischen Un-* *tersuchungen gemacht zu haben".*

Bereits am 19.10. wurde in einem Kommentar in „Dagens Nyheter" Kritik an dem in der BRD bestehenden Klima der Hetze und Einschüchterung geübt: *„Aber der Kampf gegen den Terrorismus besteht ja nicht nur aus Politik und noch mehr Geld für Polizei und BGS. Er besteht auch aus einem ideologischen Kampf. Hier werden die sogenannten Sympathisanten als die Schuldigen dargestellt. Es wird behauptet, daß sie es sind, die den Terror möglich machen, die ein Klima geschaffen hätten, worin der Terror gedeihen kann. Und die Angriffe der Rechten gegen die sogenannten Sympathisanten kennen fast keine Grenzen. Es reicht der leiseste Verdacht aus, gesellschaftskritisch zu sein. Fast jeder kann damit rechnen, als Sympathisant abgestempelt zu werden. Die Universitäten sind als Treibhäuser bezeichnet worden, Lehrbücher, die zum Nachdenken und zur Kritik anregen, sind verdächtig. Der Terrorismus soll in den Zeitungen verurteilt, nicht diskutiert werden.*

Während des Drucks durch die Schleyer-Entführung ist so etwas ähnliches wie ein McCarthyismus entstanden, eine Hexenjagd auf die sogenannten Sympathisanten. Es war etwas ruhiger geworden während der Flugzeugentführung. Soll es jetzt wieder anfangen?"

Dänemark

Auch in Dänemark stieß die „Selbstmord"-These bei den großen Tageszeitungen (mit Ausnahme der rechten „Berlingske Tidende") sehr bald auf starke Skepsis. Das „Ekstra Bladet" enthüllte am 20.10., daß die am Leben gebliebene Irmgard Möller bei ihrem Abtransport ins Krankenhaus immer wieder gerufen habe: **„Es waren die Schweine, die es getan haben ... Die Schweine drangen in meine Zelle ..."** In einem Kommentar dazu hieß es u.a.: *„Ein peinlicher Gestank von unbeantworteten Fragen schwebt über der Stadt und über den Leichen im Stammheim-Gefängnis ... Die Umstände um die drei Selbstmorde in Stammheim lassen es mehr als berechtigt erscheinen, sich an gewisse Ereignisse im Nazi-Deutschland der 30er Jahre erinnern".* Ausführlich wurde in Dänemark auch über eine Pressekonferenz mit den Anwälten Ströbele und Weidenhammer berichtet, die am 21.10. in Kopenhagen stattfand. Das „Ekstra Bladet" brachte dazu noch ein Foto von drei westdeutschen Zivilbullen, die sehr offensichtlich zu Spitzelzwecken auf diese Pressekonferenz gekommen waren. Wenn natürlich die bürgerliche Presse auch in Dänemark den Terrorismus als „Feind der Demokratie" darstellt und verurteilt, so läßt sie sich dadurch doch nicht von ihrem kritischen Blick gegenüber der polizeistaatlichen Entwicklung in der BRD abbringen: *„Trotz ihrer Verbrechen und Menschenverachtung sind die gesuchten 16 Terroristen mittlerweile nicht die größte Gefahr für die schwache deutsche Demokratie, sondern das offizielle Deutschland selber. Man kann eine Macht gegenüber den Terroristen symbolisieren – durch Polizeimobilisierung, zufällige* *den Terroristen symbolisieren – durch Polizeimobilisierung, zufällige* *Hausdurchsuchungen, Razzien auf Autobahnen, Leibesvisitationen, harte Grenzkontrollen, Terror gegen eine Reihe von Verteidigern, usw. usw. Aber geschieht so etwas ohne ein Auge auf die Ideale und Verpflichtungen eines Rechtsstaates, so ist der Sprung zum Polizeistaat nicht groß ... die Schilderung über das heutige Deutschland läßt doch einen unbehaglichen Gestank der Vergangenheit aufkommen, wo Macht das Gleiche war wie Recht".* („Ekstra Bladet", 22.10.). Beim Grenzübertritt in die BRD – hieß es in einem anderen Bericht – sei es, *„als käme man in ein Land mit Ausnahmezustand".*

Interessant ist auch eine Stellungnahme des dänischen Pilotenverbandes, die nach dem Einsatz der GSG 9 in Mogadischu abgegeben wurde: **„Es ist mittlerweile soweit gekommen, daß die Piloten von gekaperten Maschinen die Behörden mehr fürchten als die Entführer. Die Vorliebe der Behörden, ein Geiseldrama mit Waffengewalt zu lösen, ist 'todesgefährlich' für die Passagiere und die Besatzung ... Haltet die schießwütigen Cowboys von uns fern! Wir Piloten haben absolut nicht den Wunsch, daß – falls wir einmal in eine Flugzeugentführung verwickelt werden – sie mit einer Heldenaktion abgeschlossen wird, wie es in Entebbe und Mogadischu war ... Sie (die „schießwütigen Cowboys" – Anm. AK) setzen das Leben der Passagiere und der Besatzung aufs Spiel!"** (zit. nach „Politiken", 25.10.).

Daß es aber auch in Dänemark zunehmende Bestrebungen einer rigiden Pressezensur à la „Modell Deutschland" gibt, signalisiert folgender Fall: in „Danmarks Radio" wurde am 18.10. nach einem Bericht über die „Selbstmorde" in Stammheim die Egmont-Ouvertüre (ein Freiheitslied) gespielt. Die faschistoide Fremskridtspartei organisierte eine wüste „Protestkampagne", weil dies eine „Sympathie mit dem Terrorismus" gewesen sei, und erreichte, daß der verantwortliche Programmleiter sofort „beurlaubt" wurde! Proteste seiner Rundfunkkollegen und die Empörung über diese Maßnahme in der demokratischen Öffentlichkeit Dänemarks bewirkten jedoch, daß der Programmleiter schon am 20.10. seine Arbeit wieder aufnehmen konnte.

Andere Länder

Die bürgerliche Presse in Österreich, Schweiz, Belgien und England steht nach wie vor der Entwicklung in der BRD ausgesprochen zustimmend gegenüber; kritische Kommentare sind hier absolute Rarität. In England z. B. hat sich nach unserer Kenntnis im wesentlichen nur der »Guardian« ein paar *»beunruhigende Fragen«* gestellt. Dagegen hat sich dort sogar der Labour-Abgeordnete Fletcher unverhüllt faschistische Sprüche geleistet: *»Terroristen sollten von den Sicherheitskräften nach Flugzeugentführungen liquidiert werden, auch wenn sie sich ergeben — und ich gebrauche das Wort ‚liquidieren' in seinem ganzen schrecklichen Bedeutungszusammenhang«* (zitiert nach »Guardian«, 26.10.).

Die schweizer Presse, und ähnlich die österreichische, hat großenteils Die schweizer Presse, und ähnlich die österreichische, hat großenteils direkt zur Terroristen-Hatz mit geblasen. Das gilt weiterhin auch für die belgische Presse, über die die »Pour« (Zeitung von »Pour le Socialisme«) bereits am 12.10. urteilte: *»Der Springer-Virus hat den Rhein überquert«.*

Zusammengestellt von den Kommissionen für die entsprechenden Länder

Frankreich: Übernahme der BRD-Praktiken in der Antiterroristen - Bekämpfung

Bereits vor der Entdeckung des BDI-Chefs und ehemaligen SSlers Schleyer in Mulhousen wurde die französische Polizei in die Fahndung miteingeschaltet: Häfen, insbesondere Cherbourg, wurden durchkämmt; am 13. Oktober starteten französische Bullen auf Hinweis ihrer BRD-Kollegen eine Großaktion auf dem Kanal, der die Marne mit der Saone verbindet; Grenzkontrollen wurden ungewohnt scharf durchgeführt ... Nach Schleyers Entdeckung begann dann die offene Zusammenarbeit: 700 CRSler mit entsprechender Begleitzahl an Zivilen wurden für die Regionalfahndung im Elsaß abkommandiert. Sämtliche Sonderabteilungen des französischen Polizeiapparates wurden eingeschaltet: die Kriminalpolizei (PJ), die Spionage-Abwehr-Zentrale, die Antiterroristenbrigaden, sowie die „Ermittlungsabteilung zur Sicherheit des Territoriums" (DST). Einige Ungereimtheiten gab es zwar anfänglich: so beklagten sich laut" „Le Monde" vom 22.10. die erfahrenen BKAler über die *„Laxheit und Inkompetenz"* ihrer französischen Kollegen. Offenbar aus Mißtrauen hatten sie auch die Obduktion der Leiche Schleyers auf westdeutschem statt auf französischem Boden vornehmen lassen wollen, was diesmal noch an der französischen Rechtssprechung scheiterte – und zweifellos herrschte auch eine Arbeitsteilung nach deutschem Wunsch: während die französischen Bullen immer wieder mit Wälderabsuchen beschäftigt wurden, saßen die BKAler in den Büros in Mulhousen (Le Monde, 22.10.).

Allerdings gaben sich die französischen Kollegen tatsächlich „Mühe": bis zum 26. hatten sie bereits 229 Hausdurchsuchungen im Dreieck Basel-Altkirch-Mulhousen vorgenommen. Unter anderem wurde auch die Wohnung der Ex-Herausgeberin der Alternativregionalzeitung „Klapperstei 68" durchsucht. Einige Tage später wurden auch in der sog. „Hauptstadt des internationalen Terrors" (Paris laut „Bild" und „France-Soir") Hausdurchsuchungen bei lateinamerikanischen und anarchistischen Genossen vorgenommen.

Inzwischen wird jeder/jede, der/die auch die harmloseste Parole zu Stammheim und ähnliches an Wände und Mauern schreibt, zu Schnellverfahren vor Gericht zitiert.

Auch andere Erfolge konnte das BKA in Frankreich aufweisen: die Einführung der bislang in Frankreich unbekannten Methode der öffentlichen Denunziation. Zwei Zeitungen gaben sich dazu her, die 16 Fotos der „mutmaßlichen Terroristen" die einfach nur „Verdächtige" sind: „France-Soir" und die Regionalzeitung „Dernieres Nouveiles d'Alsace". Dagegen gabe es auch bei ihren Kollegen anderer Zeitungen ziemlich viele Proteste. Die Methode der Denunziation ist eine der Sachen, die momentan nebst der Croissant-Affäre am meisten Aufsehen in Frankreich erregt.

Produkt dieses Klimas war ein Bombenattentat auf die Richtergewerkschaft „Syndicat de la Magistrature", die engagiert für Croissants Freilassung Stellung genommen hatte.

Diese „prodeutsche" Aktion erregte naturgemäß in der westdeutschen Presse nicht soviel Aufsehen wie die sogenannten antideutschen Demonstrationen". So konnte Premierminister Barre nach der ersten Woche erfolgreicher Zusammenarbeit auch überall der Presse und sonstigen Medien seine Zufriedenheit zur Schau stellen: *„die Zusammenarbeit ist auf allen Ebenen des Polizeiapparates außerordentlich eng".*

Frankreich-Kommission

Erklärung der Pariser Aktionseinheit gegen den Abbau demokratischer Rechte in der BRD

„Genossen:
Die Situation in der BRD ist ernst:
- über 3.000 Menschen sind aus dem öffentlichen Dienst wegen fortschrittlicher oder liberaler Positionen ausgeschlossen.
- Die Polizei verteilt allerorts Fotos von Menschen, die der Mitgliedschaft in terroristischen Organisationen verdächtigt werden und organisiert eine regelrechte Menschenjagd,
- über Lautsprecher wird die Bevölkerung von der Polizei aufgefordert, jede verdächtige Verhaltensweise aufzuspüren und zu melden; so wird ein Klima der institutionalisierten Denunziation geschaffen.

Die BRD, das bedeutet auch:
- Haftbedingungen, die den Tod oder Mord von politischen Gefangenen ermöglichen und provozieren: Holger Meins, tot nach einem Hungerstreik; Ulrike Meinhof, deren „Selbstmord" immer noch nicht geklärt ist; Andreas Baader, der sich durch einen Genickschuß „selbstermordet" haben soll; die Zeugenaussage von Irmgard Möller widerspricht schließlich der offiziellen Selbstmordthese.
- Verbotsdrohung gegen vier revolutionäre Organisationen, wobei die CDU soweit geht, auch das Verbot der DKP zu fordern.
- Der Ausweisungsantrag gegen Klaus Croissant dokumentiert den Willen der Bourgeoisie der BRD, mit den anderen westeuropäischen Bourgeoisien zu einer engen Zusammenarbeit in der Repression zu kommen.

Diese heutige Situation ist nicht Produkt des Zufalls: Die Erstickung der Arbeiterbewegung, der Angriff auf die demokratischen Freiheiten, und die politische Repression haben es begünstigt, daß hoffnungslose Kampfformen auftauchen und sich weiterentwickeln konnten. Die RAF hatte ursprünglich ihren Kampf als Bestandteil der Solidaritätsarbeit mit den nationalen Befreiungskämpfen, insbesondere mit dem Kampf des vietnamesischen Volkes verstanden. Es war die RAF, die den Heidelberger Computer hochjagen ließ, der die Bombenüberfälle auf das vietnamesische Volk vorprogrammierte – der schlimmste Terror, den man einem Volk zufügen kann .

Getrieben von der wachsenden Repression und aufgrund ihrer Logik der Minderheitenaktion hat sich die RAF in einer direkten Konfrontation mit dem westdeutschen Staat isoliert. Sie haben eine erbarmungslose Verfolgung unter diesen Bedingungen erlebt. Wenn wir, als Revolutionäre, unsere Ablehnung der Methoden und der Ziele der RAF darlegen, dann sind wir nichts destoweniger die ersten, die sich gegen die polizeiliche Repression und gegen die von der westdeutschen Regierung organisierte Hexenjagd mobilisieren.

Der westdeutsche Staat hat diese Situation bewußt und zynisch geschaffen. Sein Ziel ist klar: er will eine Angstpsychose produzieren; unter dem Vorwand der RAF-Verfolgung schießt er auf sämtliche demokratische Freiheiten in der BRD; er will jegliche gesellschaftliche und politische Opposition im Keim ersticken.

Wir dürfen nicht vergessen, daß diese aktuelle Kampagne zu einem Zeitpunkt aufgerollt wird, wo breite Fraktionen der westdeutschen Bevölkerung gegen das Atomenergieprogramm der Regierung kämpfen.

Sie wollen jegliche politische Aktivität kriminalisieren, die nicht die
Opposition im Keim ersticken.
Wir dürfen nicht vergessen, daß diese aktuelle Kampagne zu einem Zeitpunkt aufgerollt wird, wo breite Fraktionen der westdeutschen Bevölkerung gegen das Atomenergieprogramm der Regierung kämpfen.

Sie wollen jegliche politische Aktivität kriminalisieren, die nicht die Logik der herrschenden Ordnung akzeptiert.

Gleichzeitig sitzen die ehemaligen Nazis an obersten Stellen im westdeutschen Staatsapparat. Der Schlächter Kappler wird mit offenen Armen von den Nazi-Organisationen empfangen, die sich jenseits des Rheins wieder vermehren.

Die Entwicklung der Repression in der BRD läßt uns erschrecken – wir würden aber fehl liegen, wenn wir in die Falle der Ausländerfeindlichkeit fallen würden und die Situation mit einem sogenannten „traditionellen germanischen Verhaltensmuster" erklären würden, das „immer wieder mit den alten Dämonen des Nationalsozialismus in Kumpanei gerät".

Die Siege der Befreiungskämpfe der Völker gegen die imperialistische Vorherrschaft und das Anwachsen der Kämpfe in Westeuropa haben den USA Rückzüge und eine ständige Verringerung ihrer direkten Interventionsmöglichkeit in Westeuropa aufgezwungen. Die Schmidt-Regierung hat es verstanden, die Hand, die ihr von Carter und Ford gereicht wurde, entgegenzunehmen. Unabhängig von ihren Rivalitäten sind sich der westdeutsche und der US-Imperialismus einig, wenn es um die Bedrohung ihrer Herrschaft durch die Kämpfe der Unterdrückten geht. Die westdeutsche Bourgeoisie will ein freies Hinterland haben, um ihre Gendarmen-Rolle in Westeuropa zu spielen.

Das erklärt die tiefe Zufriedenheit von Soares, Andreotti und Giscard angesichts der aktuellen Ereignisse in der BRD. Das Modell Deutschland ist ein Export-Modell, und es wäre ein schwerer Fehler, wenn wir angesichts der Ereignisse auf der anderen Seite des Rheins die Augen schließen würden – als ob uns das nicht alle direkt betrifft!

Die Vorantreibung der Solidarität in Frankreich mit den fortschrittlichen Kräften der BRD, die Verteidigung der Freiheiten der westdeutschen Arbeiterklasse liegt in der Verantwortung der Revolutionäre, der Demokraten und allderjenigen, die sich auf die Arbeiterklasse berufen:

die Freiheiten der westdeutschen Arbeiterklasse zu verteidigen, heißt die Freiheiten aller westeuropäischen Arbeiter zu verteidigen!

Die schwerwiegende Bedeutung der Ausweisungsdrohung gegen Klaus Croissant muß entlarvt werden.

Das Recht auf politisches Asyl ist in der Verfassung verankert – Croissant wird kein Verbrechen vorgeworfen, es handelt sich einzig und allein um seine Meinung, die verfolgt wird. Seine Ausweisung würde die Unterordnung der französischen Bourgeoisie unter die westdeutsche Bourgeoisie bedeuten. Sie würde einen schwerwiegenden Präzedenzfall schaffen und wäre eine ernste Bedrohung jeder Freiheit in diesem Land.

Wir müssen alles tun, um diese Prozedur zu verhindern und Croissant zu ermöglichen, in Frankreich zu bleiben!

NEIN ZUR POLITISCHEN REPRESSION IN DER BRD!
NEIN ZU DEN POLITISCHEN ERMORDUNGEN!
NEIN ZU DEN VERBOTS- UND AUFLÖSUNGSDROHUNGEN GEGEN WESTDEUTSCHE ORGANISATIONEN!
NEIN ZUR HEXENJAGD!
NEIN ZUR EUROPÄISCHEN ANTITERRORISTEN-KONVENTION!"

Diese Erklärung wurde gemeinsam abgegeben von:
LCR (frz. Sektion der „IV. Internationale"), CCA („Kommunistische Komitees für die Selbstverwaltung"), PSU, OCT, UTCL („Bund der Kommunistisch-libertären Arbeiter"), PCR („Revolutionäre Kommunistische Partei"), „Komitee gegen ein deutsch-amerikanisches Europa", „Komitee gegen die Repression in der BRD", „Komitee für die sofortige Freilassung von Klaus Croissant".

Protestaktionen im Ausland

»Bomben auf deutsche Konsulate und Busse« (»Welt«, 21.10.); *»Deutsche Touristen fürchten in Frankreich um ihre Sicherheit«* (»Frankfurter Rundschau« – »FR«, 21.10.); *»Terror hält Deutsche von Auslandsreisen ab«* (»Westdeutsche Allgemeine Zeitung« — »WAZ«, 24.10.); *»Antideutsche Attentatswelle in Italien geht weiter«* (»Frankfurter Allgemeine Zeitung« — »FAZ«), 26.10.) — so und ähnlich lauten die Schlagzeilen in der westdeutschen Regimepresse über Protestaktionen im Ausland nach Bekanntwerden der »Selbstmorde« von Stammheim. In der Tat gab es in einigen Ländern auch Protestaktionen, die sich einfach ein x-beliebiges Auto oder Reisebusse als Objekt wählten; allerdings weniger durch »Bomben« als durch Parolenbeschriftungen gegen den westdeutschen Polizeistaat. Die BRD-Presse hat naturgemäß ein Interesse, solche Reaktionen übermäßig aufzuputschen, weil sie sich davon eine Diskreditierung der gesamten Protestaktionen als blinden »Antideutschen-Haß« erhofft. Entsprechend wurden andere Protestäußerungen in den Hintergrund gerückt, Teilnehmerzahlen bei Demonstrationen teilweise bis weniger als ein Zehntel heruntergelogen oder eindrucksvolle Protestaktionen (wie z. B. die Pariser Veranstaltung mit ihren 5.000 Teilnehmern) ganz verschwiegen.

Besonders in Italien und Frankreich, aber auch in anderen Ländern, hat es in den vergangenen Tagen Dutzende von Anschlägen gegen Vertretungsstellen des BRD-Staates und des BRD-Kapitals gegeben. Vergleichbar ist das nur mit Anschlägen, die etwa im Zusammenhang mit Ermordungen spanischer Genossen Einrichtungen des Franco-Faschismus gegolten haben. Dies hier alles aufzuzählen, fehlt uns leider der Platz. Wir wollen aber beispielhaft einige der zahlreichen Protestaktionen der vergangenen Tage erwähnen.

Italien: Bereits am 20.10. versammelten sich ca. 6.000 Genossen der römischen Studentenbewegung zu einer Protestkundgebung gegen *»die Morde von Stammheim«*, trotz Verbots durch Innenminister Cossiga und PCI-Bürgermeister Argan und polizei-militärischer Abriegelung des gesamten Stadtteils San Lorenzo. Als die Bullen mit Tränengasgranaten in die Menge schossen, versuchten sich die Demonstranten durch Barrikaden zu schützen. Auch wurde von der römischen Polizei wieder mit scharfer Munition geschossen, glücklicherweise aber keiner getroffen. Acht Demonstranten wurden dennoch infolge der Polizeiwillkür verletzt, 20 festgenommen. Am gleichen Tag wurde in Palermo die literaturwissenschaftliche Fakultät aus Protest gegen die *»Verbrechen in Stammheim«* besetzt; auch hier griffen die Bullen an. Am 22.10. demonstrierten in Mailand vormittags 500 Genossen der MLS und autonomer Gruppen; nachmittags noch einmal 1.000 aufgrund eines Aufrufs der »Democrazia Proletaria«. Auch hier wieder trotz Verbots und Bulleneinsatz, der die Demonstranten (erfolglos!) aus der Nähe des BRD-Konsulats fernhalten sollte. In einer Schule führten rund 800 Schüler darüber hinaus eine Versammlung zum Thema »Stammheim« durch. Weitere Protestaktionen fanden u. a. in Turin, Bologna, Siena, Livorno, Venedig, St. Margherita, Florenz, Padua, Brescia, Cagliari und Triest statt (Angaben nach »La Republica«, 21. — 25.10.). Ein von »il manifesto« veröffentlichter Aufruf »Verteidigt das Leben und die Rechte der Überlebenden der RAF« wurde bislang (Stand 27.10.) von über 600 demokratischen Persönlichkeiten sowie Redaktionen, Verlagen, Gewerkschaftssektionen, Interessensvertretungen usw. unterzeichnet.

Frankreich: Siehe hierzu den nebenstehenden Bericht über die Pariser Veranstaltung; neben zahlreichen Anschlägen auf BRD-Konsulate etc. hat es vor allem in Paris verschiedene Demonstrationen mit jeweils mehreren hundert Teilnehmern gegeben, bei denen insbesondere die Freilassung Croissants gefordert wurde und die jeweils mit einem starken Bullen-Aufgebot konfrontiert waren.

Griechenland: Noch am 18.10. fand in Athen eine spontane Demonstration statt, bei der Schmidt als »Mörder« angeklagt wurde. Die dpa meldete 150 Teilnehmer; »Der Abend« immerhin »einige Hundert«, tatsächlich waren es 1.000! In Thessaloniki kam es ebenfalls zu Protesten, bei denen 13 Personen festgenommen wurden. Am 20.10. schoß die Polizei in eine Demonstration rein und verletzte einen Genossen dabei lebensgefährlich (ap, 20.10.). In Piräus wurde ein Genosse von der Polizei erschossen; er soll versucht haben, eine »Sprengladung gegen die AEG-Niederlassung in der Stadt zu schleudern« (»Lübecker Nachrichten«, 22.10.).

Türkei: Am 20.10. griffen Demonstranten das BRD-Konsulat in Adana an; es entstand erheblicher Sachschaden (»Vatan«, 22.10.). In Izmir und in Istanbul-Aksary wurden u. a. eine Hakenkreuzfahne, eine BRD-Fahne und eine US-Fahne bei Versammlungen verbrannt (NDR II, 30.10., und »Milliyet«, 26.10.). Am 24.10. traten in Ankara 80 politische Gefangene in einen zweitägigen Hungerstreik; der GHB (Verein junger Juristen) erklärte seine Unterstützung für diesen Hungerstreik und klagte die BRD-Regierung an, die RAF-Gefangenen »ermordet« zu haben (WDR, 24.10., Sendung für ausländische Arbeiter in türkischer Sprache). Auch in Gaziantrup traten elf politische Gefangene in einen Hungerstreik (»Süddeutsche Zeitung« — »SZ«, 24.10.).

England: Einen Tag nach Bekanntwerden der Stammheimer »Selbstmorde« zog eine Demonstration zur BRD-Botschaft (»Der Abend«, 19.10.).

Niederlande: Am 22.10. fand in Amsterdam eine Veranstaltung mit 600 Teilnehmern statt, auf der u. a. AnwaltHeldmann sprach. Anschließend zog ein Teil der Teilnehmer noch in einer kurzen Demonstration durch die Stadt, die von der Polizei aufgelöst wurde. Am Tag der Beerdigung der RAF-Genossen fanden in Amsterdam (500 Teilnehmer), Rotterdam (200) und Den Haag erneut Demonstrationen statt.

Dänemark: Am 20.10. fand in Kopenhagen eine Veranstaltung mit 250 Teilnehmern statt. Der dänische Studentenverband veröffentlichte in der Ausgabe seines »Studenterbladet« vom 28.10. einen Artikel unter der Überschrift *»Beging Schleyer Selbstmord?«*, in dem es u. a. heißt: Es seien Zweifel gekommen, daß Schleyer von seinen Entführern getötet wurde, *»nachdem sich bei der Obduktion herausgestellt hatte, daß Schleyer durch einen Nackenschuß starb, durch einen ebensolchen Nackenschuß, der den Tod von Andreas Baader verursachte ... Gerüchte besagen, daß Schleyer mit dieser Aktion die faschistische Entwicklung in Westdeutschland beschleunigen wollte. Schleyer hat auf diese Weise seine Politik konsequent fortgesetzt, auch in der Gefangenschaft«.*

Offener Brief des Frauenzentrums und des

Offener Brief des Frauenzentrums und des Lesbenzentrums Bochum an Irmgard Möller

Das Frauenzentrum und das Lesbenzentrum haben in Formeines Offenen Briefs an Irmgard Möller zu den Stammheimer „Selbstmorden" Stellung genommen.

Wir begrüßen diese nachahmenswerte Initiative und veröffentlichen den Brief im vollen Wortlaut:

„Liebe Irmgard,
Wir sind tief getroffen von dem, was in Stammheim passiert ist. Trotz der Ereignisse und den Versuchen der Regierung, einerseits euch total von der Außenwelt abzuschneiden, andererseits uns einzuschüchtern, werden wir weiter versuchen, Formen von Widerstand zu finden.

Der Brief an dich ist erstmal ein Versuch, gegen die Isolierung, die immer weiter ausgedehnt wird, anzugehen.

Wir sind Frauen aus dem Frauen- und Lesbenzentrum Bochum. Wir kämpfen als Frauen gegen die Unterdrückung, die wir durch die Gesellschaft erfahren, für unsere Autonomie. Und bei diesem Kampf werden wir durch die Hetze, die jetzt veranstaltet wird, ziemlich hart getroffen. Von uns wird verlangt, daß wir in unserem Leben und in unserer Politik uns immer weiter einschränken lassen. Wir bekommen neue (vielleicht besser alte) Spielregeln vorgesetzt. Autonome Frauen, die für sich selbst denken, die über das Wie ihres Lebens selbst entscheiden wollen, sind nicht gefragt. Die Parole lautet wieder: Frauen, zurück an Heim und Herd! Wenn du das nicht willst, nicht mitmachst, anders aussiehst, anders lebst, dein Leben nicht in die Hände eines Mannes gibst, dich traust, allein oder mit anderen Frauen draußen selbstbewußt aufzutreten, dann wirst du beschimpft, du wirst zur ‚Terroristin' erklärt, wirst verfolgt.

Die Hetze trifft uns auch in unserer Arbeit. Die Grenzen dessen, was offiziell erlaubt ist, werden immer enger gezögen. Immer schön lieb sein und bitte–bitte machen. Wenn wir uns daran nicht halten, andere Sachen machen, wie wir meinen, daß sie richtig sind, und vor allem auch wirksam unsere Interessen vertreten und durchsetzen, trifft uns genau wieder der Bannstrahl: Terroristin! Bestenfalls werden wir noch zu Sympathisantinnen abgestempelt.

Die Hatz gegen jeden Versuch, sich gegen Unterdrückung zu wehren, trifft alle Frauen, die aus der normalen Frauenrolle rausfallen, die nicht mehr als Waffen ihre Löckchen und ihre Figur einsetzen. Frauen, die sich wehren, werden zudem als verrückt erklärt, in psychiatrische Anstalten gesteckt, ihr Widerstand wird als neurotisches Verhalten dargestellt. Eigenes Denken wird uns nicht zugestanden, das, was wir sagen und tun, wird nicht ernstgenommen.

Wir denken schon, daß sich die Hatz auf uns Frauen nach diesem Brief verstärken wird. Wir schicken ihn trotzdem ab, weil wir uns unser Denken und Handeln nicht von oben vorschreiben lassen. Würden wir es tun, hieße es, daß wir mitschuldig werden an der jetzigen Entwicklung der BRD. Wir sollen es nicht so machen und schweigen, wie unsere Eltern geschwiegen haben.

Wir wissen nicht genau, was wir angesichts der Situation, in der du steckst, tun können. Wir wollen trotz unserer Hilflosigkeit dieser Situation gegenüber weiter versuchen, Wege zu finden, dir und unseren anderen Schwestern im Knast zu helfen.

Liebe Irmgard, viele Grüße, wir umarmen dich.

Frauen aus dem Frauenzentrum und dem Lesbenzentrum Bochum".

Immer noch vier Drucker von Agit-Druck in Haft!

Am 17.10. startete der Staatsschutz eine seit längerem vorbereitete Aktion gegen das »Info Berliner undogmatischer Gruppen«. Ein großes Polizeiaufgebot durchsuchte 38 Objekte, unter anderem die Druckerei Agit, den Buchvertrieb »Maulwurf«, linke Buchläden, die Büros von Info BUG und der »Roten Hilfe« sowie zahlreiche Privatwohnungen. Insgesamt elf Genossen wurden vorläufig festgenommen — einer direkt vom Arbeitsplatz weg. Nach zum Teil unter Gewaltanwendung erzwungener erkennungsdienstlicher Behandlung sind zehn Genossen mittlerweile wieder freigelassen, der Geschäftsführer vom Agit-Druck wurde wegen angeblicher »Fluchtgefahr« gleich in Haft gehalten und sitzt immer noch.

Einen Tag später wurden zwei weitere Drucker aus der BRD kommend an der Grenze verhaftet, eine Genossin wurde eine Woche später festgenommen. Bis heute, 30.10., sitzen alle vier nach wie vor in Haft. Auch eine angebotene Kaution von 10.000 DM wurde auf dem Haftprüfungstermin am 27.10. als unter dem zu erwartenden Strafmaß liegend abgelehnt!

Ermittelt wird gegen Info-BUG wegen »Verdachts der Unterstützung terroristischer Vereinigungen« (§ 129a), im Fall Info-BUG, da es das »Sprachrohr« terroristischer Gruppen wie RAF, Revolutionäre Zellen, Bewegung 2. Juni und Kommando Ulrike Meinhof sei, deren Dokumente Info unter anderem abdruckte.

Die Inhaftierung der Drucker von Agit-Druck zielt ganz offensichtlich darauf, diese von vielen fortschrittlichen benutzte Druckerei (GEW, Postgewerkschaft, Humanistische Union, eine Reihe von Initiativen, KB) lahmzulegen.

Als sich am 23.10. etwa 150 Leute zur Erstellung des nächsten Info trafen, wurde dies Treffen von Polizei überfallen und 40 Leute erkennungsdienstlich behandelt.

Die Westberliner Linke beantwortet diese Provokation des Staatsapparats mit einer Reihe von Aktionen. Höhepunkt ist zunächst eine Demonstration am 31.10., die von 32 verschiedenen Gruppen unterstützt wird.

Fahndung total

Unmittelbar nachdem der Tod Schleyers bekannt geworden war, begann *»die Stunde der Fahndung«*. Im großen Krisenstab hatte man sich auf die politische Richtlinie geeinigt: *»Der Staat wird die Verbrecher ... mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln verfolgen. Sie werden nicht mehr zur Ruhe kommen. ... Wir werden den Mördern keine Chance lassen. ... Die Polizei und die anderen Sicherheitsorgane ... werden mit aller Kraft und ohne Unterlaß nach den Mördern fahnden und sie mit Sicherheit fassen«* (»Frankfurter Rundschau«, 21.10.77). Und die größte Fahndung in der Geschichte der Bundesrepublik, die »Superfahndung«, eine *»Aktion, die in der Kriminalgeschichte nicht ihresgleichen hat«* (»Spiegel«, 24.10.) begann.

Alle Rundfunk- und Fernsehsender waren in die Fahndung einbezogen. Die Bevölkerung wurde zur aktiven Mithilfe aufgerufen, insbesondere Taxifahrer und Briefträger. Wohnungen und Häuser durchsucht, Flughäfen und Grenzen kontrolliert. Unmittelbar nach Auslösung der Fahndung ging die Zahl überprüfter PKW's und Personen schon in die Zehntausende. *»Ganz Dortmund war ... zwei Stunden lang abgeriegelt«* (»WR«, 21.10.). Die Wasserschutzpolizei suchte die »Terroristenautobahn«, den Rhein, ab (»Westdeutsche Allgemeine Zeitung«, 25. 10). *»Alle verfügbaren Beamten«*, Bullen, Grenzschützer, Wasserschutzpolizei, Bahnpolizei, Militärischer Abschirmdienst und nicht zu vergessen die Verfassungsschützer sind *»nahezu im Dauereinsatz«* (»Westfälische Nachrichten«, 21.10.), und das soll auch so bleiben. BKA Pressesprecher Fuchs kündigte an: *»An dem Konzept und den vielen täglichen und nächtlichen Kontrollen wird solange nicht das geringste geändert, bis wir alle 16 Terroristen dingfest gemacht haben. Wir werden sie aus ihren Löchern scheuchen und greifen, sofern sie sich in der Bundesrepublik aufhalten«* (»BZ«, 22.10). Ziel ist es, daß *»bei anhaltender Fahndung wahrscheinlich zuletzt jeder über 16 Jahre alte Bundesbürger mindestens einmal kontrolliert«* wird (»Tagesspiegel«, 22.10.)!

Dazu wird ein Konzept ständig wechselnder Fahndungsschwerpunkte erprobt, *»Zeiten, Orte, Ziele, Personengruppen und Objekte (wechseln) ständig von Bundesland zu Bundesland«* (ebenda). Auf diese offenen Polizeistaatsmethoden *»können sich die Terroristen nicht einstellen«* und irgendwann *»müssen sie mal ihren Unterschlupf verlassen«* (BKA-Mann Fuchs, nach »BZ«, 22.10.) — der Staat zeigt Flagge. Polizeistaatsmethoden total und auf Dauer!

Den eigentlichen Wert dieser »Superfahndung« sieht BKA-Chef Herold denn auch nicht in unmittelbaren Fahndungserfolgen. Die sind *»leider nicht zu erwarten. Nötig ist auch hier ein geduldiges Sammeln und Sichten von Fakten. ... Die Maßnahmen (haben deshalb) einen erheblichen Wert, weil sie die Vorbereitungen zu neuen Terroranschlägen behindern. Darüber hinaus führt die Fahndung auch zu laufend verbesserten Erkenntnissen: Etwa ... welche Beziehungen zwischen vermuteten Unterstützern und verübten Straftaten besteht«* (»Bild«, 26.10.77). Außerdem will das BKA *»den Spielraum der Bande — Wohnungen, Autos, Reisen — durch allgemeine Wachsamkeit allmählich einengen«* (»Welt«, 22.10.).

Die Vorteile der »Superfahndung« werden auch in Pressekommentaren vielmehr unter ideologischen Gesichtspunkten gesehen, als in konkreten »Fahndungserfolgen«. Die »Superfahndung« *»fördert die Identifizierung mit unserem Staat* (!!), *erhöht die Wachsamkeit und verstärkt die Chance, die Täter schnell zu ergreifen«* (»NWZ«, 21.10.). Denunziantentum und Massenhysterie sind Trumpf. Rundfunk und Fernsehen kamen — so konnte man jedenfalls meinen — zeitweise direkt aus der BKA-Schaltzentrale. Verteilt wurden drei Millionen Fahndungsflugblätter, die auch an Schulen (z.B. Lübeck und Emden) ausgehängt wurden, und zig-tausend Plakate verklebt und an Ärzte und Apotheker verschickt (»Westfälische Rundschau«, 22.10. und »Rhein Neckar Zeitung«, 25.10.).

Die »Terroristenhatz« war eingeleitet. *»Teilen Sie alle verdächtigen Wahrnehmungen* (?!) *der Polizei mit«*, dröhnte es aus Polizeilautsprechern in Wohnvierteln (»BZ«, 21.10.). *»Wir sind dankbar für jeden noch so winzigen Hinweis«* (»Westdeutsche Allgemeine Zeitung«, 22.10.). Gesucht werden: *»Transportkiste, Truhe, Styropor, Glaswolle zur Schalldämpfung, Campingtoilette plus Chemikalien, Handfunksprechgeräte«*. *»Wer kann Angaben über Räume machen, die ... nicht einsehbar, unauffällig zu betreten, schallgeschützt; abgelegen von anderen regelmäßig benutzten Räumen; unauffälliger Transport größerer Behältnisse möglich; direkte Zufahrtsmöglichkeit mit Kraftfahrzeugen; in letzter Zeit umgebaut; verdächtige Personenbewegungen in der Nähe«* (aus einem »Fahndungsflugblatt« des BKA).

Und gesucht werden natürlich 16 Terroristen, über die alles bekannt ist, von der Körperstatur bis zu den Zahnlücken, die aber *»möglicherweise heute ein volles Gebiß«*, *»ihre Augenfarbe durch Kontaktlinsen verändert«*, *»ihre Haarfarbe und die Frisur grundlegend verändert«* haben. *»Das heißt: relativ kurzer Haarschnitt, Anzug bzw. Rock und Bluse, ordentlich und sauber«*. Sie wohnen *»nicht mehr vorwiegend«* in anonymen Wohnblocks, sondern auch in Altbauwohnungen. *»Sie benutzen häufig öffentliche Transportmittel«*, aber sie kaufen und mieten auch autos *»bei anerkannten Firmen«* an. *»Vorwiegend«* kaufen sie aber *»Gebrauchtwagen, die von Privatleuten in Zeitungen annonciert wurden«* (alle Zitate aus »Bild am Sonntag«, 23.10.).

Also: Auf was warten Sie? Haben Sie schon bei Ihrem Nachbarn nachgesehen — es winken 50.000 Mark pro Kopf! *»Wir werden nicht ruhen, bis jeder Bundesbürger mindestens einmal gefilzt worden ist«* (erklärtes Fahndungsziel) und die »Bild«-Zeitung wird nicht ruhen, bis sie die ersten Blockwartstellen ausschreiben kann!...

Fahndung total
ÖTV-Führer: Hart durchgreifen

Im Zuge der Fahndungen um die Schleyer-Entführung und der damit verbundenen weiteren Aufrüstung des Polizeiapparates, haben die ÖTV-Führer mit Genugtuung die *»Bemühungen begrüßt, die darauf gerichtet sind, die innere Sicherheit zu verbessern ... Endlich (werde) ein Teil der ÖTV-Forderungen der letzten Jahre aufgenommen. Das gelte vor allem für die vorgesehene Personalvermehrung bei der Polizei in Bund und Ländern, die unabhängig von der Terrorentwicklung überfällig* (!) *gewesen sei. Die Gewerkschaft ÖTV warnt davor, es bei den jetzt beabsichtigten Maßnahmen zu belassen* (!!) *... Jetzt ginge es darum, die Qualität polizeilicher Arbeit, das Leistungsvermögen des einzelnen Polizeibeamten und die soziale Bewertung des Polizeiberufes entscheidend zu verbessern«* (»ÖTV-Magazin«, Oktober 77).

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Jagdszenen aus Stammheim - Deutschland

Raum Stuttgart

Im Raum Stuttgart, in Bietigheim, durchsuchte die Polizei am 21.10. Wohnungen.

Dortmund

„Mit Stahlschneidern und Schweißgeräten brachen am Freitagabend (21.10.) Polizei und Feuerwehr einen Möbelwagen auf dem Neuen Markt auf, der innen als Wohnwagen ausgebaut worden war. Die Beamten hatten zuvor in dem Wagen Licht gesehen, das aber verlosch, als sie sich mit dem Fahrzeug näherten. Da der Wagen trotz mehrfacher Aufforderung nicht geöffnet wurde, setzten die Beamten Tränengas ein, bevor sie die rückwärtigen Türen aufbrachen. Es wurde kein Insasse gefunden" („Ruhr Nachrichten", 22.10.). Als sich der Eigentümer des Wagens voller Angst und Schrecken meldete, wurde er auf's Präsidium geschleift. *„Der Einsatzleiter machte keine Angaben darüber, ob die Beamten den Wagen der Terrorszene zuordneten"* (ebenda) ... – „Superfahndung" 1977!

Oberhausen

„Am Vormittag (20.10.) stoppten zwei Mannschaftswagen der Polizei vor dem Haus der Leiterin des Oberhausener Familientheaters, Jutta F. Schmidt. Mit Maschinenpistolen im Anschlag drangen 16 Uniformierte und Kripobeamte in die Wohnung ein. Anrufer hatten gemeldet, in dem Haus von Jutta Schmidt halte sich der bundesweit gesuchte mutmaßliche Terrorist Rolf Clemens Wagner auf. Aber es waren nur gastfreundlich aufgenommene Schauspieler in den durchsuchten Räumen, die bei Jutta Schmidt Quartier erhalten hatten" („Westdeutsche Allgemeine Zeitung", 21.10.).

Außerdem durchsuchte die Polizei drei Wohnungen in Moers, natürlich ebenfalls ohne Erfolg (ebenda).

Landswerth

Am 14.10. hatten rund 80 Bullen des BKA und des Landeskriminalamtes Rheinland-Pfalz die Wohnung der Sprecherin von Amnesty International in Landswerth bei Bonn gestürmt. Sie drangen gewaltsam in die leere Wohnung ein, Frau Greyer befand sich zu dem Zeitpunkt im Urlaub, und stellten alles auf den Kopf.

Karlsruhe

Am 21.10. wurde ein Mitglied der „Falken" aus dem Betrieb geholt. Der Staatsschutz stellte ihm Fragen wie, ob er Mitglied oder Sympathisant einer terroristischen Vereinigung sei, bzw. ob er jemanden kennen würde. Er solle sich zurückhalten vor einer weiteren Zusammenarbeit mit terroristischen Kreisen (offensichtlich ist seine Mitarbeit im Russell-Unterstützungskomitee gemeint). Massiv wurde ihm gedroht, als er protestierte. Ein Bulle soll geäußert haben, man müsse „alle an die Wand stellen".

Kiel

Vor zwei Kieler Wohngemeinschaften kontrollierten einige Bullen am 26.10. die Ausweise der Besucher.

Nürnberg

Aus einer Erklärung der Betroffenen, die auf einer Veranstaltung darüber berichtet hatten:

Am 21.10.77 zwischen 18.00 und 19.00 wurden in der Kaulbachstr. 45 sieben Wohnungen, davon fünf Wohngemeinschaften unter dem Vorwand, Terroristen zu suchen, mit entsicherten Maschinenpistolen und Hunden durchkämmt. Das Haus wurde von fünf Einsatzfahrzeugen umstellt, ca. zehn bewaffnete Polizisten drangen zum Teil ohne Begründung und unter Androhung, die Tür gewaltsam aufzubrechen, falls nicht sofort geöffnet wurde, in die Wohnung ein.

Insbesondere in einer Wohngemeinschaft, deren Bewohner in der Anti-Atomkraftwerksbewegung aktiv sind, wurde die einzig Anwesende massiv eingeschüchtert. Im Zimmer einer abwesenden Bewohnerin wurden schriftliche Unterlagen, eine fotokopierte Landkarte sowie ein Paßbild beschlagnahmt. Hinzuzufügen ist, daß keine Quittung für die beschlagnahmten Gegenstände ausgestellt wurde, wozu die Beamten von gesetzeswegen verpflichtet wären. Um zu verhindern, daß die Mitbewohnerin den Tathergang verfolgen konnte, wurde die Zimmertür von einem scharfen Schäferhund blockiert. Nicht nur Wohngemeinschaften wurden durchsucht, sondern auch Wohnungen von älteren Hausbewohnern (Frau mit Enkeln und so weiter). In der gleichen Weise wurde am Kaulbachplatz fünf verfahren. Auch in diesem Haus wohnen einige Wohngemeinschaften.

Hamburg

Am 25.10. wurde der Hamburger IGM-Jugendvertreter S. von der Firma Bau und Montage fristlos aus dem Ausbildungsverhältnis gefeuert. Begründung: Störung des Betriebsfriedens durch eine *„beleidigende und verunglimpfende Äußerung am 18.10.77"* gegenüber Kollegen (also privat), daß Schleyer ein Schwein sei und er habe sich durch (angebliche) *„Sympathiebezeugung für die Terroristen außerhalb der Gemeinschaft gestellt"* (gemeint ist wohl Volksgemeinschaft, AK).

Wegen Formfehlern wurde diese Kündigung widerrufen und am 27.10. neu ausgesprochen, diesmal mit einstimmiger (!) Zustimmung des IGM-Betriebsrates, der den Betriebsfrieden sogar stark gestört sah.

28.9. Auf den „Hinweis" einer Rentnerin, sie habe B.Mohnhaupt und *„einen anderen Terroristen"* im Linienbus 109 gesehen, löste die Polizei die Fahndung aus. 30 Bullenwagen, ein Hubschrauber und das ‚Mobile Einsatzkommando' sperrten den Stadtpark ab.Bullen mit vorgehaltener MP stoppten die Busse – und fanden nichts. Ein ähnlicher Alarm wurde am gleichen Tag am Jungfernstieg gegeben(„Bild" und „Mopo", 29.9.)

Frankfurt

Am 21.10. durchsuchte aufgrund zweier Anordnungen des Amtsgerichts eine Hundertschaft Bullen und 40 Kripoleute die Zentrale des KBW in Frankfurt.„*Sie fahndeten nach den Herstellern von Flugblättern, die den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger zeigen, wie er durch eine Zellentür in Stammheim eine Pistole schiebt"* („Hannoversche Allgemeine", 22./23.10). *„Eine Person, gegen die ein Vorführungsbefehl des Amtsgerichts Heidelberg vorlag, wurde vorläufig festgenommen."*(„RNZ", 22.23.10).

Darmstadt

Zum erstenmal ließ der Staatsapparat die KVZ des KBW beschlagnahmen. Wegen des Nachdruck eines in der Woche vorher beschlagnahmten Plakates, das unter der Überschrift „Ob so oder so, das sind KZ-Methoden" darstellt, wie Filbinger einen Gefangenen eigenhändig erschießt, bzw. einen Revolver in die Zelle schiebt sowie wegen der Rechtfertigung des Plakats in der KVZ Nr. 43 wurde am 28.10 eine richterliche Verfügung zur Beschlagnahme erlassen. In Darmstadt gab es daraufhin eine polizeiliche Durchsuchung und Beschlagnahme im KBW-Büro. Weitere sind uns zur Zeit nicht bekannt.

Flensburg

Opfer der Schleyer-Hysterie wurde ein junger Handwerker aus Flensburg. Während einer Fete nachts um 1.30 Uhr verließ er sein Haus, um eine Tüte mit leeren Weinflaschen in den Mülleimer zu werfen. Dabei fiel ihm eine aus der Hand und kullerte unter seinen LKW. Plötzlich und unerwartet stehen zwei Bullen neben ihm. Was er denn da unter dem LKW –seinem eigenen LKW – zu suchen habe. Aha, eine Flasche habe er da, was er denn damit wolle. Er solle doch mal seinen Personalausweis vorzeigen. Der arme Mann hatte ihn leider nicht dabei. Zu allem Überfluß fanden sie bei ihm auch noch einige Schraubenschlüssel, die ja mittlerweile als waffenähnliche Gegenstände gelten. Schließlich nahmen sie den Mann für 1 1/2 Stunden mit auf das Präsidium – ohne Personalausweis. Dort drohten sie ihm Knast an, wenn er nicht endlich aufhören würde, zu mosern.

Wie heißt es noch in der Broschüre des BKA? *„Achten sie darauf, wenn Nachbarn ihren Müll des öfteren und zu ungewöhnlichen Zeiten selbst wegbringen!"*

KB/Gruppe Flensburg

Bremen

Die Tatsache, daß eine kleine Gruppe von Oberstufenschülern des Gymnasiums Horn anläßlich der Ermordung der RAF-Genossen A.Baader, J.C.Raspe und G.Ensslin eine etwas über das „klammheimlich" hinausgehende Trauer zeigte, wurde von rechtsgerichteten Eltern zur Progromhetze gegen das halbwegs liberale Gymnasium und sein Kollegium ausgenutzt.

So wurde aufgrund persönlicher Bekanntschaft mit dem Verleger eine infame Falschmeldung in die „Bremer Nachrichten" lanciert, in der auf der ersten Seite unter der Überschrift *„Schülerunruhen (!) um Terroristen-Selbstmord"* von racheforderndem Trauerplakaten, Terroristen-Flugblättern (die sich nachher als INFO-BUG entpuppten) und Lehrern berichtet, die nach Erhalt der Todesnachricht im Unterricht in Tränen ausgebrochen seien.

Die „Bild"-Zeitung wußte nach dem ungebetenen Besuch eines Reporters von einem *„schwarzumrandeten kommunistischen Trauerplakat mit der Balkenüberschrift MORD"* zu berichten und zur selben Zeit tauchten zwei als Handwerker „verkleidete" Zivilbullen auf und versuchten „unauffällig" an Informationen zu gelangen.

Doch die Denunzianten-Eltern erlitten auf der Sitzung von Kollegium und Elternbeirat eine empfindliche Schlappe, den Lehrern wurde das volle Vertrauen ausgesprochen, und eine umfassende Gegendarstellung beschlossen. Auch hier – so wird es wahrscheinlich heißen – hat auch ein Sympathisantenkommando zugeschlagen!

Ein sogenannter Sympathisant

Hildesheim

Wie konkret Progrom-Stimmung betrieben wird, beweist das Anzeigen Blättchen „Kehrwieder am Sonntag" (erscheint in Hildesheim und Salzgitter):

Unter der Überschrift:„*Gefährliches Terroristennest in den Mauern unserer Stadt?"* wird da eine Wohngemeinschaft zum Abschuß freigegeben.„*Das Bauerhaus ist regelrecht verbarrikardiert"* und „*Mitglieder der Verbrecherbande wie Croissant und Verena Becker (geben) sich heimlich ein Stelldichein"* Einige Prominente seien sicher „*daß auch der nächtliche Telefonterror aus dieser geheimnisvollen Kommune kommt"*.

Aber trotzdem:„*Die Polizei erklärt auf Anfrage: das ein Mitglied der Wohngemeinschaft eine strafbare Handlung begangen hat, ist uns unbekannt"*. Der Artikel endet:„*Ob Verbindungen bestehen oder nicht : Im Zusammenhang mit der Entführung des Arbeitgeber-Präsidenten Hanns Martin Schleyer wurde angeblich auch ein Auto mit Salzgitter Kennzeichen fotographiert. Die Kommune Bleckenstedt gehört zur Stadt Salzgitter"*.

KB/Gruppe Braunschweig Hildesheim

Hildesheim

Durch Springers „Welt" vom 20.9. konnte es jeder erfahren: *„So werden die Ziele der RAF propagiert"*. *„Das wilde Huhn ... ist ein Stützpunkt im Kommunikationsgeflecht der terroristischen Sympathisantenszene"*.

Das „Huhn" ist das einzige öffentliche und selbstverwaltete Zentrum in Salzgitter, in dem linke Politik unzensiert angeboten, diskutiert und verbreitet wird.

Am 8.9.77 fand bei einem Mitglied des Verein auf Anordnung der Bundesanwaltschaft wegen „Verdachts der Mittäterschaft" an der Schleyer-Entführung eine sehr gründliche Hausdurchsuchung statt. 71 Gegenstände, in der Hauptsache Broschüren und private Post, wurden beschlagnahmt. Erst nach über sieben Stunden wurde der „Verdächtige" freigelassen. Inzwischen ist das gegen ihn eingeleitete Verfahren eingestellt worden.

Gegen zwei Bewohner einer Wohngemeinschaft in Salzgitter - Bleckenstedt wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet u.a. wegen Beleidigung ausländischer Staatsoberhäupter (Juan Carlos, Spanien), wegen Pornografie (man fand ein Sex-Info), wegen Verleumdung von Stoltenberg in einem Anti-AKW-Liedertext, und wegen Verunglimpfung des Hanns Martin Schleyer. Anlaß hierfür: Eine Fotokopie des Buchauszugs von Engelmann zu Schleyer, der auch im AK abgedruckt war.

Sämtliche Durchsuchungen etc.

Fortsetzung von Seite 10

richten sich gegen Mitglieder des Vereins, Besucher des Huhns oder vermutete „Sympathisanten" des Huhns. Somit war klar, daß das Huhn auch ranmuß. Am 20.10. in der Nacht war es dann so weit: zehn Zivile, zwei Uniformierte traten, da kein Schlüssel vorhanden, kurzerfuß die Tür ein. Sämtliche Plakate und Broschüren ließen die Bullen mitgehen. Ein Beschlagnahmeprotokoll wurde nicht ausgehändigt.

Die ganze Aktion dauerte bis zwei Uhr. Am Morgen des gleichen Tages erschienen nochmal vier Bullen, zusammen mit Vertretern der Stadtverwaltung, Stadtreinigung und einem Feuerwehrmann im „Wilden Huhn". Das gesamte Lokal wurde von innen und außen fotografiert. Im Laufe des Vormittags wurden zwei Vorstandsmitglieder des Vereins vorläufig festgenommen und verhört. Vorgeworfen wurde ihnen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" und gegen beide wurde Haftantrag gestellt. Nach einiger Zeit (bei einem vier Stunden) konnten sie jedoch wieder gehen.

Westberlin

1. Schon in der Nacht des 20.10. setzten die Fahndungsmaßnahmen der Westberliner Polizei ein. In der Stadt wurden an insgesamt fünf Stellen Straßensperren errichtet sowie die Grenzübergänge stärker kontrolliert. Insgesamt wurden dabei 2.000 Personen kontrolliert. Festnahmen gab es keine. Im Laufe des 20.10. fuhr die Polizei mit zehn Lautsprecherwagen in der Innenstadt umher und rief die Bevölkerung zur „Mitarbeit" bei der Fahndung auf. Dabei wurden 200.000 Handzettel von den Bullen verteilt.

2. „*Auch die Überprüfung zweier Frauen, die mit einem Flugzeug aus Düsseldorf in Tegel gelandet waren, blieb erfolglos*" („Tagesspiegel, 22.10.77).

3. „Berliner Morgenpost" vom 22.10.: „*Über 200 Hinweise gingen bisher bei der Westberliner Polizei ein ... Mehrmals gab es Großalarm: In der Ahornstraße (Steglitz) wurde angeblich ... Frederike Krabbe gesehen. Ein anderer Anrufer: Juliane Plambeck und Inge Viett kommen ... in Tegel an. Beides waren Fehlalarme. ... Am 21.10. wurden am Tempelhofer Damm/Paradestraße wieder mehrere hundert Autofahrer überprüft*".

Lübeck

In der Nacht vom 22.10. wurden in der Lübecker City zwei Schüler wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" festgenommen, die angeblich Parolen zu den Toten in Stammheim gemalt haben sollen.

Nach einer Leibesvisitation und stundenlangen Verhören wurden bei beiden Hausdurchsuchungen (ohne Durchsuchungsbefehl wegen „Gefahr in Verzug") durchgeführt. Insgesamt 27 Schriftstücke beschlagnahmten die Bullen: Eine Erklärung der RAF, mehrere Ausgaben des Info-Bug, persönliche Fotos, Privatpost und Post der „Knastgruppe Lübeck" (der beide Festgenommene angehören), Buback-Nachruf von Erich Fried, 1.000 Exemplare eines Flugblattes der „Knastgruppe" zu einer öffentlichen Veranstaltung am 26.10., einen Zettel mit Tel.-Nr. vom „KB" (in Lübeck) und das KB-Flugblatt zu den „Selbstmorden" in Stammheim. Bezeichnend sind Kommentare der beteiligten Polizisten zu den beschlagnahmten Schriften: „Genau das brauchen wir" (zur RAF-Erklärung) und „Da haben wir ja schon was". Bei der zweiten Hausdurchsuchung – ebenfalls ohne den Betroffenen – wurde ein Flugblatt der „BI gegen Atomkraftanlangen" Lübeck beschlagnahmt.

Während einer, der verhaftet worden war, relativ früh wieder freigelassen wurde, wurde der zweite – rechtswidrig – erst nach 38 Stunden wieder auf freien Fuß gesetzt. Schon am 23.10. hatte das Amtsgericht Lübeck einen Beschlagnahmebeschluß über die 1.000 Flugblätter der „Knastgruppe' ausgestellt „wegen des Verdachts der Verleumdung und übler Nachrede". Moniert wurde eine Passage über die Anstaltsleitung des Lauerhof-Knastes in Lübeck, die Besuchsverbote und andere Schikanen ausgesprochen hatte: „ ... *da sichtbar wurde, daß die Anstaltsleitung lieber die Liquidierung der Gefangenen in Kauf nimmt, als die Forderung nach Aufhebung des Anstalts- und Strafverbotes zu erfüllen ...*".

Zum dritten Mal innerhalb von fünf Wochen haben mit dieser Aktion gegen zwei Sponti-Schüler Hausdurchsuchungen 0n Lübeck stattgefunden (KB-Büro, Privatwohnung eines KBlers, Privatwohnungen von SPD-Mitglied und Betriebsrätin, Privatwohnungen von „Knastgruppe"-Mitarbeitern).

In allen Fällen beschlagnahmten die Bullen Schriften, die eine Verbindung zu „Terroristen" konstruierten sollten: ein Schleyer-Plakat, Buback-Nachrufe usw.

Köln

Unmittelbar nach der Schleyer-Entführung überprüften die Bullen in Köln „linksextreme Mediziner" unter dem Vorwand, daß Schleyer vielleicht verletzt und von ihnen behandelt worden sein könnte („Kölner Rundschau", 24.10.)!

Staatsschützer suchten „*vor allem im Raum Köln zahlreiche Praxen unter dem Vorwand einer notwendigen Konsultation auf*" („Spiegel", 24.10.).

Erst nach Aufheben der Nachrichtensperre wurde bekanntgegeben, daß „auf Weisung des Generalbundesanwalts" mit der Begründung „Gefahr im Verzuge" drei Hochhauskomplexe mit insgesamt 2.700 Wohnungen durchsucht worden sind. „*Wenn die Wohnungsinhaber abwesend waren, öffneten Spezialisten der Polizei die Schlösser*" („Emdener Zeitung", 21.10.).

Beteiligt waren auch GSG-9 Leute („Kölner Rundschau", 21.10.). Die Hochhäuser wurden durchsucht, weil mittels Peilgeräten festgestellt worden war, daß noch zwei Stunden nach Programmschluß ein Fernseher in dem Gebäudekomplex lief (um die Zeit sollte nach den Bedingungen der Entführer der Abflug der RAF-Genossen gezeigt werden) („WN", 22.10.). Gefunden wurden angeblich eine „konspirative Wohnung" und zwei „Terroristenautos".

Bekannt geworden sind bisher 16 Wohnungen, die am Morgen des 18.10. in Köln von den Bullen besucht wurden. Bei Wohnungen, wo niemand zu Hause war, verschafften sich die Bullen durch eintreten der Türen Einlaß. Aktenordner wurden durchsucht und zum Teil beschlagnahmt. (Nach einem Bericht eines Betroffenen).

Am 19.10. werden noch „*rund zwanzig Häuser und Wohnungen durchsucht*" („Kölner Stadtanzeiger" 25.10.). Bundesgrenzschützer öffneten die Schlösser überall dort, wo „*niemand daheim ist, oder wo niemand öffnet*" (ebenda).

In Köln-Lindenthal probten GSG-GSG-9 „Spezialisten" für Mogadischu. Um 4.50 Uhr morgens stürmten sie das Untergeschoß einer Villa, ebenfalls mit der Suche nach einer „konspirativen Wohnung" begründet („WN", 22.10.).

Heidelberg

In der Nacht vom 19. auf den 10. wurden zehn Wohngemeinschaften durchsucht – ohne Durchsuchungsbefehl wie üblich. Die nächsten Tage wurden noch drei weitere Wohnungen durchsucht und u.a. zwei Arbeiterkämpfe und ein Kalkar-Plakat beschlagnahmt

Am 22.10. wurde von 30 Bullen das KBW-Büro durchsucht, wobei gegen mehrere Anwesende Chemical Mace angewendet wurde.

Helden der Nation



Die (Anti)Terror-Truppe des Bundesgrenzschutz – GSG 9 – hat außer der „Terroristen"-Verfolgung noch zahlreiche andere Aufträge, die bisher allerdings allesamt weniger publicitäts-trächtig waren. 1975 wurde die GSG 9 mit ihrem Befehlshaber Ulrich Wegener z.B. für den Schutz der südafrikanischen Botschaft in der BRD abgestellt. Insbesondere sollte die GSG 9 den Umzug der Rassisten-Botschaft in ein neues Gebäude in Bad Godesberg absichern, wie nebenstehendes Dokument zeigt. Die Aktion sollte geheim bleiben. Dabei ging es darum, die tonnenweise höchst brisanten Dokumente und Unterlagen der militärischen und speziell atomaren Zusammenarbeit zwischen der BRD und dem südafrikanischen Rassisten-Regime („*Transport unserer empfindlichen Gegenstände*") „sicher" ins neue Gebäude zu bringen. Dies gelang offenbar nicht so hundertprozentig wie sich die Regierungen der BRD und RSA das vorstellten. – Zahlreiche Einzelstücke aus dem wertvollen Botschafter-Schatz gelangten nach dessen Umzug auf kleinen Umwegen über die Weltpresse an die Öffentlichkeit, was u.a. schließlich auch zur kürzlich erfolgten Verurteilung der BRD vor der UNO (wegen militärischer und atomarer Zusammenarbeit mit dem Faschisten-Regime) führte. Um das Maß der „peinlichkeiten" für die BRD, RSA und GSG 9 noch etwas aufzufüllen, veröffentlichen wir hier das Dankesschreiben der Rassisten-Botschaft an ihre „*sichersten Beschützer*" – die GSG 9 – für deren „*beste Hilfe*" etc. Das war wohl nichts. Auch bei der GSG 9 scheint nur mit Wasser gekocht zu werden.

KB-Sympathisanten im AA, Bonn

G/LIA/3

34

17. April 1975

Herrn
Oberstleutnant Ulrich Wegener
Bundesgrenzschutz
GSG 9

5205 St. Augustin 2
Richthofenstr. 52

Sehr geehrter Herr Oberstleutnant,

da unser Botschafter zur Zeit abwesend ist, möchte ich die Gelegenheit ergreifen, um Ihnen noch einmal sehr für die Hilfe zu danken, die Sie uns beim Transport unserer empfindlichen Gegenstände von Köln zu unserer neuen Botschaft in Bad Godesberg gewährten. Ich bin sicher, daß unser Botschafter sich gern persönlich bei Ihnen bedanken möchte, wenn er hier wäre.

Ich bin froh, daß es für Ihre Soldaten wenigstens eine Art "Übung" war. Da ich das Vorrecht hatte, mit Ihrem Zugführer zu fahren, hatte ich natürlich einen großartigen Überblick über den gesamten Vorgang, der übrigens sehr eindrucksvoll war und ohne irgendwelche Probleme verlief. Der Zugführer ist ein ausgezeichneter Mann.

Das, was ich gesehen habe, hat mich überzeugt, daß, wer immer in einem dringenden Fall um Ihre Hilfe bitten mag, sehr sicher sein kann, daß er mit diesen Soldaten die beste Hilfe und die sichersten Beschützer bekommt, die er überhaupt haben kann.

Ich möchte Ihnen noch einmal sehr herzlich danken und darf Sie bitten, auch Ihren Männern den besten Dank unseres Botschafters, Herrn Sole, zu übermitteln.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(F.S. Bellingan)
Stellv. Korv.-Kapitän
Militär-, Luftwaffen- und Marine-Attaché

Terrorurteil

Am 29.9. wurde Eva D. vom Amtsgericht Karlsruhe zu sechs Monaten Knast o h n e Bewährung wegen Billigung von Straftaten verurteilt. Sie ist die Presserechtlich Verantwortliche der KBW-Zeitung „Arbeiterstimme". In einem Artikel zu den Ereignissen die zum Tod des Generalbundesanwalts Buback führten, schrieb u.a. ein „anonymer" KBW"ler: „*Gründe, einen Staatsanwalt, einen Richter, einen Regierungspräsidenten oder einen Polizeipräsidenten zu schießen, ach herrjeh, Gründe gäb's genug und auch gute... Diejenigen, die sich die Mühe gemacht haben, den Buback zu erschießen, sie hätten gerade so gut auf eine Pappscheibe schießen können. Die wird auch immer neu aufgezogen... Deswegen sagen wir Kommunisten: Man muß den Staatsapparat ganz und auf einen Ruck zerschlagen...*" (Zit. nach FR, 30.9.77).

„*Der Staatsanwalt vertrat die Meinung, in diesem Artikel werde der Mord an Buback ‚verherrlicht'* " (FR, 30.9.77).

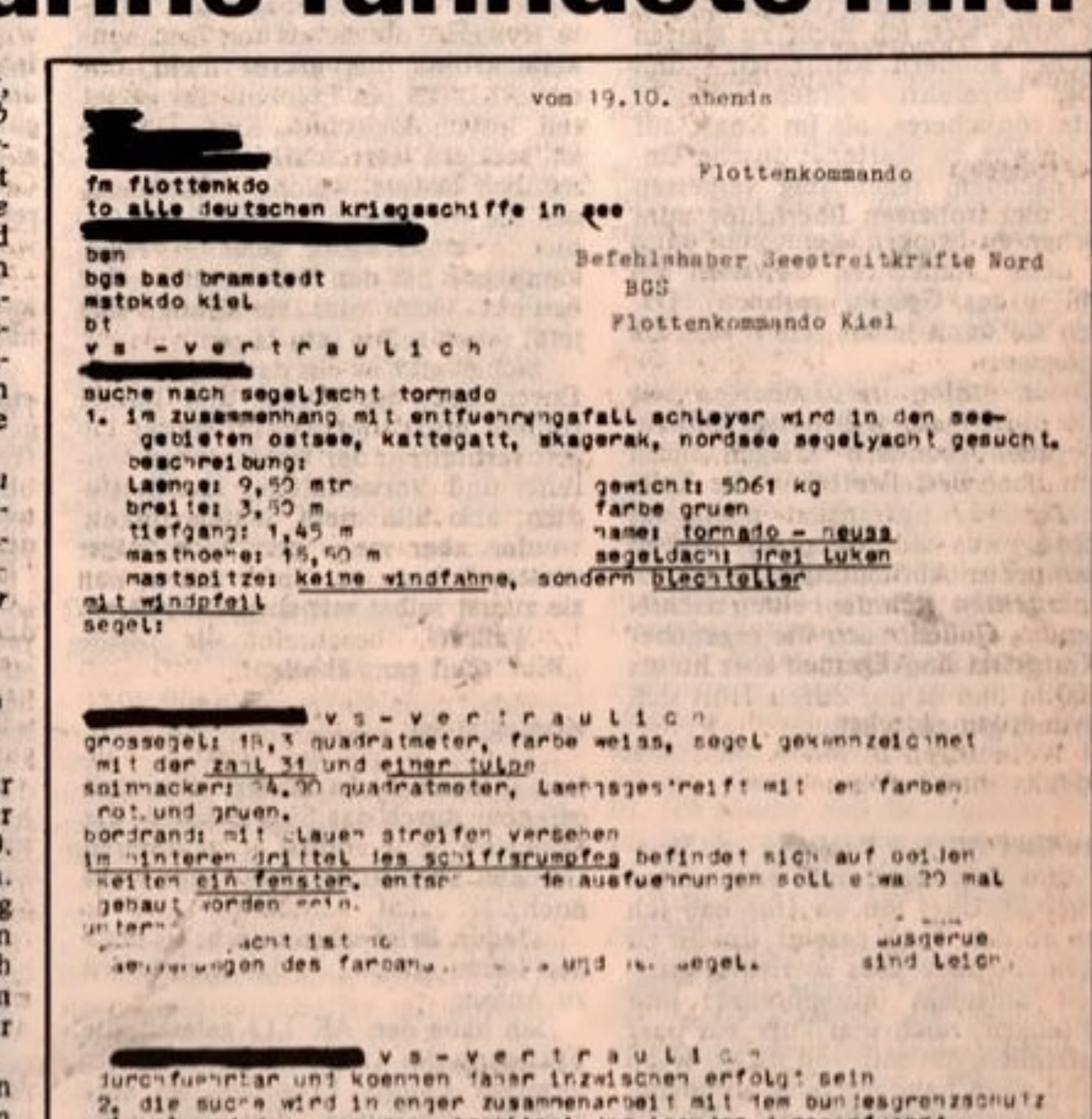
Der Richter kam in seinem Urteil zu der Erkenntnis, daß „*es nicht darauf ankomme, was Verfasser solcher Artikel vielleicht gemeint haben mögen, sondern darauf, wie das Geschriebene auf den Leser wirke. ‚Im Stillen' sei eine ‚gewisse Befriedigung' über den Mord sichtbar*" (FR, 30.9.77).

IKAH Hamburg

Kriegsmarine fahndete mit!

Als Schleyer noch unter uns war, wurde ein „*Terroristen-Schiff in halb Europa gejagt*". „*Mit großer Sicherheit*" durchsegelte Schleyer damit die Meere, denn: „*Die Achterkajüte eignet sich als ‚Gefängniszelle'* " und die Anmieter des Bootes haben deutsch gesprochen ... („Morgenpost", 29.9.). Also hinterher. Kriegsmarine aus Belgien, Dänemark, Holland, Frankreich, England, Norwegen und der Bundesrepublik jagten die „Tornado"!

„*Dutzende von Yachten wurden aufgebracht. Doch außer einigen älteren Herren in Begleitung junger Daman – allesamt unverdächtig (?...) – blieb nichts im Netz der Fahnder hängen*" („Spiegel", 24.10.).



vom 19.10. abends

fm flottenkdo
to alle deutschen kriegsschiffe in see

Flottenkommando

ben
bgs bad bramstedt
mstokdo kiel
bt

Befehlshaber Seestreitkräfte Nord
BGS
Flottenkommando Kiel

v s - v e r t r a u l i c h

suche nach segeljacht tornado
1. im zusammenhang mit entfuehrungsfall schleyer wird in den seegebieten ostsee, kattegatt, skagerak, nordsee segelyacht gesucht.
beschreibung:
laenge: 9,50 mtr — gewicht: 5061 kg
breite: 3,50 m — farbe gruen
tiefgang: 1,45 m — name: tornado – neuss
masthoehe: 15,50 m — segeldach: drei luken
mastspitze: keine windfahne, sondern blechteller mit windpfeil
segel:

v s - v e r t r a u l i c h
grossegel: 18,3 quadratmeter, farbe weiss, segel gekennzeichnet mit der zahl 31 und einer tulpe
spinnacker: [illegible]4,90 quadratmeter, laengsgestreift mit [illegible] farben rot und gruen.
bordrand: mit blauen streifen versehen
im hinteren drittel des schiffsrumpfes befindet sich auf beiden seiten ein fenster. ent[illegible] de ausfuehrungen soll etwa 20 mal gebaut worden sein.
unter[illegible] acht ist [illegible] ausgerue[illegible]
[illegible]ungen des farbans[illegible] und [illegible] segel. sind leich[illegible]

v s - v e r t r a u l i c h
durchfuehrbar und koennen daher inzwischen erfolgt sein
2. die suche wird in enger zusammenarbeit mit dem bundesgrenzschutz (see) und der wasserschutzpolizei der laender durchgefuehrt.
3. einheiten der flotte, die sportfahrzeuge sichten, auf die die o. a. beschreibung zutrifft beschatten unauffaellig und melden mit vorrangstufe immediat position, kurs und anzahl der erkennbaren besatzungsangehoerigen direkt an das flottenkommando unter dem stichwort -hotspur- der name der yacht ist im offenen sprechfunkverkehr nicht zu benutzen
bei meldungen aus den bereichen nordsee und skagerrak ist der ben zu beteiligen.
4. weiter masznahmen werden vom flottenkommando befohlen. insbesondere sind keine eigenmaechtigen behinderungen und durchsuchungen von sportfahrzeugen
sowie hilfeersuchen an behoerdenfahrzeuge vorzusehen.
die koordination erfolgt durch das flottenkommando.

Neue Mordopfer

Unter der Rubrik „Die Mordopfer der Terroristen" veröffentlichte der „Münchner Merkur" vom 19.10. eine Aufzählung mit 24 Todesopfern. Kam die CSU bei ihrer Kundgebung in München bereits auf die Zahl von 36 Opfern, so darf uns eigentlich nicht mehr verblüffen, wer beim „Merkur" zu den Mordopfern der Terroristen gerechnet wird:

Der schottische Kaufmann Ian McLeod in Frankfurt (wir erinnern uns an seine kaltblütige Ermordung durch Polizisten in „putativer Notwehr") und der Taxifahrer Günter Jendrian, der bei einer Polizeifahndung in München erschossen wurde.

Oder soll man das Ganze etwa so verstehen, daß nun auch schon die Polizei von Terroristen unterwandert ist?

KB/Sympathisanten, München

Briefe eines anarchistischen Genossen aus dem Gefängnis

Wir veröffentlichen hier Auszüge aus Briefen eines anarchistischen Genossen aus dem Gefängnis. Der Genosse war nach der Entführung Schleyers mit von der Kontaktsperre betroffen; weil er nicht zu den nach § 129 StGB („Unterstützung einer kriminellen Vereinigung") Verurteilten gehört, wurde die Kontaktsperre bei ihm allerdings „schon" Ende September wieder aufgehoben. Seine Briefe, aus denen die folgenden Auszüge entnommen sind, beginnen während der Zeit seiner völligen Isolierung und enden kurz vor Ausgang der Schleyer- und Flugzeugentführung.
Wir haben diese Briefe von der angeschriebenen Genossin zur Verfügung gestellt bekommen und veröffentlichen deswegen längere Auszüge daraus, weil wir meinen, daß sie einen sehr guten Eindruck davon geben, welche Gefühle und Gedanken die (bzw. einen Teil der) politischen Gefangenen in den letzten Tagen und Wochen bewegt haben.

14.9.77

Liebe B.,
... (zitiert den Kontaktsperre-Beschluß, Anm. d. Red.).... Dieses Ding ist vom 6.9. (angeblich). Am 6.9. morgens, das war der Dienstag, hab ich dir ne kurze Notiz geschickt auf einem angefangenen Briefblatt..Kann also sein, daß sie das schon nicht mehr durchgelassen haben. Deshalb noch mal kurz, was bis jetzt ist:

Am 5.9. (Montag) abends, saß ich fröhlich pfeifend an dem Brief an dich, als die Grünen um 22.30 reinkamen und meinten, sie müßten alles filzen. Mit sowas hatte ich schon gerechnet, weil sie am Buback-Tag auch gleich kamen; bei Ponto kamen sie mit 14 Tagen Verspätung, aber sie kamen auch da. Also nackt ausziehen und dann rüber in eine leere Zelle. 23.45 durfte ich wieder zurück, um die Trümmer beiseitezuräumen. Mitgenommen haben sie alles Papier (Akten, Briefe, usw.), die S(chreib)-maschine, Recorder + Kassetten und so Kleinkram. Kopfhörer blieb immerhin noch. Dienstag hörte ich während der Freizeit, daß sie bei den anderen auch waren, also beim halben Dutzend Terroristen hier. Beteiligt war das LKA (Landeskriminalamt); was sie suchen wollten/sollten, wußten sie auch nicht.....Abends beim Einschluß kam unser Stationsführer mit nem Zettel und hatte „eine schlechte Nachricht" für mich, nämlich den Iso(lations)-Beschluß, den er mir mündlich verkündet hat. Da war dann auch der Kopfhörer weg.. Am nächsten Tag, Mittwoch, kamen alle weggefilzten Sachen zurück, bis auf den Recorder....

Die ersten drei Tage vergingen mit „Entzugserscheinungen". Warst du schon mal bleiern müde? Die Tage hab ich praktisch verschlafen, vielleicht ist das meine „Streß-Automatik"....Außerdem waren die wachen Pausen dazwischen mit üblen Kopfschmerzen ausgefüllt, wie ich sie lang nimmer hatte.

Inzwischen hab ich mich wieder dran gewöhnt. Ich glaube, je öfter

nimmer hatte.
Inzwischen hab ich mich wieder dran gewöhnt. Ich glaube, je öfter

man der Iso ausgesetzt wird, desto schneller läuft auch dann der jeweilige Abstumpfungsprozeß, bis man wieder die Iso-Mentalität drauf hat.

Ich nutze meine Privilegien: Geh zum Arzt, weil ich nicht zu warten brauche, sondern sofort vor- und wieder abgeführt werden (es gibt nichts tödlicheres, als im Knast auf irgendetwas zu warten); dusche länger (nachdem regelmäßig vergessen wird, die Isolierten überhaupt zum Duschen zu bringen, kann man dann mit dem „schlechten Gewissen" – noch – des Grünen rechnen). Da hören sie dann leider schon auf, die Privilegien.

Dafür drüfen die Isolierten seit heute nicht mehr selbst zum Einkaufen gehen, sondern kriegen ihren Kram über Bestellzettel in die Zelle gebracht (d.h. garantiert nicht das kriegen, was du eigentlich haben willst)....Zur Abrundung sei noch erwähnt, daß jeweils die beiden nächstliegenden Zellen, auch die gegenüber im Gang frei sind. Das hat aber nichts zu sagen und ist nur Zufall. Hört sich trotzdem gut an, was?.....

1.10.77

Alles liegt voll mit Papieren und Briefen und Zeitungen und Broschüren. Es ist 23 Uhr; um 18 Uhr hab ich mich an den Tisch gesetzt, um dir zu schreiben, habe alles so richtig griffbereit hingelegt (ausgebreitet) und angefangen, noch mal kurz ein paar Briefstellen von mir und dir zu lesen – und dann habe ich mich an deinen Briefen festgelesen, bis jetzt. Gesucht hatte ich einen Satz, den ich von dir im Kopf hatte, von dem ich aber nicht mehr genau wußte, wann du ihn geschrieben hast; gefunden hab ich ihn eben gerade, in deinem dritten Brief an mich, vom Februar 76:

„Jeden Brief schreibe ich, als ob's der letzte wäre, angesichts der rasanten Entwicklung. Mit jedem Brief will ich dir Erkenntnisse und Gedanken von mir vermitteln für eine Zeit, in der dir keiner mehr schreiben kann und wird. Auch für diese Zeit muß das Gefühl der Solidarität und damit das Rückgrat erhalten bleiben. Es wird nicht besser, nicht für dich, nicht für mich, nicht für andere, sondern viel, viel schwerer. Wir wissen das, du auch. Man darf dieses Wissen nicht verdrängen."

Ich dachte nicht, daß das schon über eineinhalb Jahre her ist; denn die Erinnerung an den ersten Halbsatz war noch so frisch....

„morgen"....wir, R. und ich, sind nicht für den 129 verurteilt worden, wie du weißt. Diesem glücklichen Umstand...haben wir es offenbar zu verdanken, daß wir – vorerst – seit letzter Woche nicht mehr dem Geiselnahme-Beschluß unterliegen und wieder im Normalvollzug sind. R. wird vorerst allerdings nicht wieder auf meine Station gelegt, laut Anstalt hier, bis die Schleyer-Sache, so oder so, entschieden ist.....Am Tag nach der Aufhebung der Anwaltssperre durch das OLG (Oberlandesgericht) wurde auch der Rest bei uns aufgehoben – anscheinend; genau weiß ich das nicht, denn schriftlich ist nichts gekommen und Postsperre ist bis auf zwei Ausnahmen, irgendwie auch noch gegeben...denn zumindest zwei Briefe sind noch irgendwo in der Maschinerie hier drin. Dafür hab ich aber einen Stapel gesammelter FR und diverse linke Blätter dazu bekommen. Besuche sind offenbar ebenfalls noch gesperrt.

Wenn man es nicht selbst erlebt hat, kann man sich das nicht vorstellen: das Abschneiden von Informationen über einen längeren Zeitraum und das „Wiedereintauchen" in die Schmutzflut der Presse (+Radio) danach. Einen ganzen Tag hab ich mit dem Lesen der FR und des Spiegels verbracht, die sich angesammelt hatten. Schwer zu beschreiben, was man da denkt. Natürlich hab ich mit der Hetze gerechnet und mit all dem Schmutz, aber daß das ein einziges Aufjaulen einer Bande von Wahnsinnigen sein wird, hab ich nicht gedacht.... Wenn man das jeden Tag liest und ohne Unterbrechung, dann

nigen sein wird, hab ich nicht gedacht.... Wenn man das jeden Tag liest und ohne Unterbrechung, dann

merkt man zum Schluß schon fast nicht mehr, was das eigentlich ist; man stumpft ab, selbst wenn man genau weiß, warum das so geschrieben wird, wie es geschrieben wird.....Diese Hysterie, die da aus den Zeitungen heraustropft, ich glaube nicht, daß das ALLEIN ein Ergebnis der gezielten psychologischen Kriegsführung ist, sondern jetzt schält sich wohl allmählich heraus, welche Veränderungen die vor Jahren – auf diesem Gebiet – angefangene gezielte Pressekampagne bei den Anwendern selbst bewirkt. Oder kurz: sie glauben sich jetzt schon selbst ihre Lügen.

Sicher gibt es ein paar Typen mit Durchblick, die gezielt und immer (immer noch und weiter) weiter Lügen verbreiten; der Großteil der Verteiler und Vervielfältiger in den Medien, also alle diese Schmierfinken, werden aber mehr und mehr selbst diesem Popanz zu Opfer fallen, den sie zuerst selbst mit aufgebaut haben ... Wallraff beschreibt ja seine „Bild"-Zeit ganz ähnlich...

Montag, 3.10.

Immer noch nicht isoliert. Wir sind offenbar durch das Sieb gefallen; die Selektion ist – vorerst – zu unseren Gunsten abgelaufen. Wie lange wohl noch?

„Jeden Brief schreibe ich, als ob's der letzte wäre.....", das meinte ich zu Anfang.

Ich habe den AK 113 gelesen, die Erklärung des LG zur Lage in diesem unserem Lande. Erholsam, so eine ehrliche Erklärung, die illusionslos mal kurz sagt, wie es aussieht – auch (oder: gerade), weil die nicht diesen schwachsinnigen Optimismus ausstrahlt, der einem ebensooft begegnet wie die vollkommene Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit. Ich glaube auch, daß jetzt viele Genossen denken: „DAS ist nun aber wirklich der Faschismus", weil der Staat ihnen immer näher kommt und diese momentane Kampagne wirklich ein ziemlicher Schritt vorwärts ist; und die Reaktion darauf ist dann meist, daß sie sich gegen d e n S t a a t wehren wollen, i h n angreifen wollen und das als ihre Hauptaufgabe ansehen, bei der sie (über kurz oder lang) die eigentliche Aufgabe, die mindestens ebenso wichtig ist, nämlich die „Massen zu gewinnen", einfach vergessen. (Oder, wenn sie es nicht vergessen, werden „Sachzwänge" dagegen ins Feld geführt.) Es ist, als würde der Staat (was immer das ist) die ganze Energie ansaugen, die Genossen fressen.

Vielleicht wird die BRD-Linke auch erst verboten, wenn die BRD ihre Vorherrschaft in Westeuropa soweit gefestigt hat, daß die Antifaschisten in den anderen Ländern genung mit ihren eigenen Führern an der Staatsspitze zu tun haben werden; also erst die „Eingemeindung" Europas und erst danach die Umwandlung, gleichzeitig, überall, grundsätzlich. Vielleicht ist ja dann die große Koalition unser „historischer Kompromiß" der BRD.

Schleyer war jedenfalls irgendwie ein kleiner Dammbruch, denn seither ist sogar hier im Knast sowas wie Furcht zu spüren. Ich frage mich auch, inwieweit das auf unsere Einschätzungen (also hier im Knast) Einfluß hat; es ist kein angenehmes Gefühl, ausgeliefert zu sein, Geisel zu sein – und dann neigt man sicher dazu, die Lage übler zu sehen, als sie objektiv ist. Nur, wenn draußen die Furcht schon fast greifbar ist und nur noch Distanzierungen und „Verurteilungen jeder gewaltsamen Auseinandersetzung" (von „Marxisten"!) hereinkommen, während hier die meisten Gefangenen der Meinung sind, daß das endlich mal der richtige ist, den „ihr" da geschnappt habt (es ist den Gefangenen, den „normalen", nämlich total gleichgültig, von welcher Fraktion die politischen Gefangenen kommen; sie sehen das richtig), ist das ganz schön merkwürdig. Nicht zuletzt auch für die Glaubwürdigkeit der Linken insgesamt.

ist das ganz schön merkwürdig. Nicht zuletzt auch für die Glaubwürdigkeit der Linken insgesamt.

Ich glaube übrigens, daß dieses Geiselgesetz eine solidarisierende Wirkung hat und die anderen Gefangenen dazu bringt, die politischen Gefangenen zu unterstützen. Die Folge wird sein, daß sie über kurz oder lang Iso(lations)-Trakte einrichten werden, bzw. doch diese Zusammenlegunge durchführen werden – nur eben dann nicht zu Fünfzehner-Gruppen, sondern in Einzelkisten rein (wie sie in Bruchsal und anderswo schon gebaut worden sind).

Wenn das dann soweit ist, wird auch das Gesetz gegen die Zwangsernährung durch sein.

Das kann in der Praxis bedeuten: ein Genosse verschwindet einfach irgendwann einfach mal von der Bildfläche. Kein Mensch weiß, wo er geblieben ist. Nach einigen Monaten werden seine Angehörigen verständigt, sie möchten die Leiche abholen.

Dazu gibt dann die Bundesanwaltschaft bekannt: er ist vor Monaten verhaftet worden, ist in den Knast eingeliefert worden; weil er mutmaßlicher Terrorist ist, ist ne „Kontaktsperre" angeordnet worden, so daß keiner davon erfahren hat; er hat dann aus Protest einen HS (Hungerstreik) durchgeführt, und ist – trotz Einsatz wirklich aller erdenklichen medizinischen Rettungsversuche – sagen wir: an Herzversagen gestorben.

Natürlich, noch müssen die Angehörigen bzw. ein Anwalt verständigt werden, wenn einer verhaftet wird. Aber es wurde ja schon der Vorschlag gemacht (der großartige „Abänderungsvorschlag" der FDP-Fraktion, kurz vor der Abstimmung), während der Kontaktsperre keinen Wahlanwalt zuzulassen, sondern für die Zeit einen Pflichtanwalt also Zwangsanwalt beizuordnen. Das werden dann schon die richtigen Anwälte sein; und wenn der dann weiß, daß er bei einem Frischverhafteten beigeordnet ist, ist ja alles in Butter und die Legalität gewahrt.

Möglich ist ja jetzt auch schon, daß es morgen in den Nachrichten heißt, die Stammheimer Gefangenen wären im Hunger- und Durststreik; und weil sie noch so geschwächt wären vom vorigen, wären sie trotz Zwangsernährung leider allesamt verreckt.

„Die amtliche Obduktion ist beendet und die Verwandten könne mit der Leiche tun, was sie wollen." (HR 1, 10.5.76, Justizsprecher Baden-W. zu Ulrike).

„Werte Frau...
Ihr Ehemann.., ist am ..., im hiesigen Krankenbau verstorben. Ich spreche Ihnen zu diesem Verlust mein aufrichtiges Beileid aus....wurde am .... mit schweren Erschöpfungserscheinungen in den Krankenbau eingeliefert und klagte über Atembeschwerden und Schmerzen in der Brust. Trotz Verabreichung bester Medikamente und aufopfernder ärztlicher Behandlung war es leider nicht möglich, den Patienten am Leben zu erhalten, irgendwelche letzten Wünsche hat der Verstorbene nicht geäußert.
Der Lagerkommandant...."
(Kogon, Der SS-Staat, Vordruck der KZ-Benachrichtigungen)

(Daß die jeweiligen Witwen die Verbrennungen bezahlen mußten, weißt du ja. Die Witwe von Georg von Rauch hat, drei Jahre nach seiner Erschießung glaube ich, eine Mahnung gekriegt, mal was zu löhnen. Kann allerdings sein, daß man ihr die Hälfte der Kosten geschenkt hat. Vielleicht ist das der entscheidende Unterschied.)

Naja, das sind so Spekulationen. Es ist nicht so, aber diese Legalisierung der Möglichkeit ist ja praktisch dasselbe – wenn man es benutzt. Das ist wirklich schrecklich mit mir. Ich springe so hin und her, eigentlich wollte ich dir aber was zu deinen ganzen letzten Sachen schreiben. ...

• • •

Sonntag, 17.10.77

Das ist der totale politische (und mo-

Sonntag, 17.10.77

Das ist der totale politische (und moralische) Bankrott; „Aktionen der RAF richten sich niemals gegen das Volk" – und nun wird das Volk als Geisel genommen, und alle Lügen, all der Dreck, der über die bewaffnete Linke ausgekübelt wurde, wird damit bestätigt. Nach der Niederlage von 72 und dem Tod von Ulrike (so oder ist dies die dritte und wohl entscheidende Niederlage; egal ob die nun ausgetauscht werden oder nicht. Die Counter-Maschine aus BKA (Bundeskriminalamt), BGS (Bundesgrenzschutz), BAW (Bundesanwaltschaft) usw. ist vollkommen überflüssig, weil die Guerilla sich selbst vernichtet. Jetzt erscheint alles möglich, was je an Lügen verbreitet wurde:
der Angriff auf Kindergärten,
der Angriff mit Senfgas,
der Angriff auf Kernkraftwerke,
der Angriff auf Fußballstadien (....)
der Angriff auf Bahnhöfe,
und das radioaktive Material im Bodensee. Wenn man die Springer-Bombe noch als Fehler/Fehleinschätzung/Unerfahrenheit etc. hinstellen konnte..... oder sich damit rausreden konnte, daß man von nichts wußte, kann man das jetzt auf diese Sache einfach nicht mehr draufdrücken als Unschuldsstempel. Das ist die Fortsetzung der Springer-Bombe – jedenfalls im Bewußtsein der Bevölkerung hier. Bloß wiegt das jetzt viel schwerer als damals schon.

Drei Wochen vorher verkündet ein sogenannter Psychologe und BGS-Berater im Stern, daß der nächste jetzt zu erwartende Schlag der RAF wohl darin bestehen wird, daß sie sich einfach jemand beliebiges aus der Bevölkerung rausgreifen, nach dem Kopf (Schleyer, Ponto etc) , nun auf den Bauch zielen würden, um die Bevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen, was ja ihr eigentliches Ziel sei –

Und schwupp, kurze Zeit später läuft ganz genau diese Scheiße, der Angriff auf den Gemüsemann von nebenan. Die Genossen lamentieren über psychologische Kriegsführung und ci (counter insurgency), und füllen dann ein Übersoll an blutrünstigen Klischees aus. Wenn es nicht so zum verzweifeln wäre.

Achmensch. Mit offenen Augen in die schönste Falle gerannt, die sich denken läßt. Die BRD braucht bloß noch abzuwarten und nichts zu tun: dann sind die militanten Gruppen in der BRD auf unabsehbare Zeit weg vom Fenster und die Arbeit der linken Gegenöffentlichkeit der letzten Jahre ist vergessen – weil sie durch die Erschießung von Geiseln oder der Sprengung der Maschine – scheinbar – widerlegt wird, weil sich wirklich JEDER mit den Geiseln identifiziert. Was besseres als diese Geiselnahme konnte dem Staatsschutz wirklich nicht passieren; und wenn es Erschießungen gibt, werden sie alle die größte Mühe haben, sich das Lachen zu verkneifen, während ihnen die Krokodilstränen über die „unschuldigen Opfer der Terroristen" die Backen runterlaufen. Um die Gesamtheit zu schützen, müssen sie leider einzelne opfern, das geht nun mal nicht anders.

" ‚Die Gesamtheit', das sind die da oben, und ‚die Einzelnen', das sind wir, das Volk", hat heute ein Gefangener dazu gesagt. Aber das ist eben nur 1.

Irgendwie möchte ich, daß das nicht wahr ist. Oder vielleicht ne CIA-Aktion (wie sie, lt. „Spiegel", ja auch den mexikanischen Landguerilleros die Waffen liefern und sie stärken). Wie soll man denn bloß jemand jetzt noch den entscheidenden Unterschied zwischen den Aktionen der Rechten und Linken erklären, wenn man bisher immer als erstes davon ausging, daß man Aktionen der Faschisten daran erkennt, daß sie sich gegen das Volk richten. Ich kann doch nicht anfangen, hier einem zu erzählen, daß das „Weltproletariat" sich damit gegen die Vertreter einer „Unterdrückernation" zur Wehr setzt, und daß das ein Kampf gegen den Weltimperialismus ist, deren hervorragendste Vertreter nun mal die Bewohner der BRD sind......

Der hält mich doch für schwachsinnig; falls er mir nicht gleich eine reinhaut. Natürlich kann ich sagen: guck mal, die lassen einfach die Geiseln über die Klinge springen und tauschen nicht aus – aber so weit komm ich doch in den Erklärungen überhaupt nicht, weil natürlich sofort jeder als erstes fragt, warum gerade die, warum nicht einer von „denen da oben" als Geiseln genommen wurden.

Und darauf weiß ich keine Antwort.

Wobei das ja schon voraussetzt, daß der nicht gleich jede Gewalt gegen irgendwas ablehnt – aber das kommt hier selten vor. Hier sagen die einen, daß das genau das richtige wäre und jetzt jede Stunde ne Geisel er-

gen irgendwas ablehnt – aber das kommt hier selten vor. Hier sagen die einen, daß das genau das richtige wäre und jetzt jede Stunde ne Geisel er-

schossen werden muß, und die anderen, daß jetzt jede Stunde ein Genosse im Knast erschossen werden muß – beides ist gleich ekelhaft (und das meist nicht nur inhaltlich).

Aber ich will mal aufhören mit Jammern. Bin jedenfalls völlig genervt, weil da Genossen alle revolutionären Prinzipien verarschen und offenbar das Ziel aus den Augen verloren haben. Es ist zum Ausklinken...

Montag:

.....hab gehört, daß sie den Piloten erschossen haben. Wohl damit sie der Staatsschutztruppe vom BGS nicht mehr wegfliegen können.

Das macht mich alles krank. Politik kaputt. Somalia wird sich liebkind machen bei der BRD und sich bei den Saudis dann die Belohnung abholen dürfen. Kinder als Geiseln; ich dachte, das läuft nur bei Israelis oder Südmolukkern oder sowas. Wie war das mit der Dummheit, die schlimmer als n Verbrechen ist?...

(berichtet über einen Gefangenen, der in der vorigen Woche eingeliefert wurde, direkt vom Gerichtssaal in den Knast; Anm. d. Red.).........

Das muß für den ein ganz schön dicker Hammer gewesen sein, im Saal gleich festgenommen zu werden und über zwei Jahre vor sich zu haben (das ist nämlich ganz schön lang, etwa so lang, wie man braucht, um einen richtigen Haß zu haben). So produziert man akademisches Proletariat, oder so. Im Radio kam am Abend des Urteils, das erste Mal seit Wochen, ein kritischer Beitrag. Na, was man jetzt schon so kritisch nennt. Sie haben das Urteil mal mit einigen anderen verglichen und darauf verwi esen, daß sich das Gericht offensichtlich dem Trend angepaßt hat. Tatsachen nicht zu fälschen – das nenn ich jetzt schon kritisch. man, man.

Na, ich drück dich an mein Herz, nech? Sowieso! W.

Der „Schwarze Mann" ist jetzt ein Palästinenser

Die Entführung der Lufthansa-Maschine von Mallorca nach Mogadischu durch das „Kommando Märtyrerin Halimeh" und der Zusammenhang mit der Schleyer-Entführung wurde von der zionistischen Propaganda für die Verbreitung einer neuen Lügenstory benutzt. Eine „Internationale des Terrors" wurde erfunden, unter Führung des bösen Palästinenser-Doktors Haddad von der PFLP. Dies gefiel der gesamten bürgerlichen Presse der BRD noch viel besser als der geheimnisvolle Carlos. Deshalb wurde Carlos schnell zu einem Befehlsempfänger von Haddad degradiert und die Nahostberichterstatter überboten sich gegenseitig in den wildesten Spekulationen. Sie malten „eine Schreckensvision, die die Schutzbehörden der westlichen Industriestaaten seit geraumer Zeit plagt: Die Angst vor einem Kartell der internationalen Terrorbanden, die, zentral gelenkt, die Weltordnung aus den Angeln heben könnten" („Zeit", 21.10.1977).

Nun ist es ja kein Geheimnis, daß der israelische Staatschef ein Terroristenchef ist, im Gegenteil, er ist noch stolz darauf. Israel ist selbst ein Produkt des Terrors, mit dem der Widerstand der Palästinenser niedergeschlagen wurde. „Befreite Gebiete" nennt Begin das, befreit von den palästinensichen Bewohnern und ihren Dörfern. Die zionistischen Mörder von Entebbe schicken Glückwünsche an die „Mörder von Stammheim und Mogadischu" (PFLP) und gratulieren zu dem *„Rettungswerk, das jedem freien Menschen Freude bereiten wird"* (Begin an Schmidt, nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung" – „FAZ", 19.10.77).

Aber natürlich ist es nicht diese wirkliche Internationale des Terrors, mit der die Presse uns erschrecken will. Die Verhältnisse werden auf den Kopf gestellt, so daß Begin der Freiheitskämpfer ist und die Palästinenser, die für die Befreiung ihres Landes kämpfen, sind die „Terroristen". Es ist entlarvend, daß bei diesem Ablenkungsmanöver gerade solche Orte zum Schauplatz der angeblichen „Internationale des Terrors" gemacht werden, wo der tatsächliche Terror der Imperialisten und Zionisten wütet: Palästina, Tall as Saatar und Iran zum Beispiel.

Dr. Haddad – die „Spinne im Terrornetz"

So überschreibt die „Süddeutsche Zeitung" – „SZ" vom 17.10. einen „Korrespondentenbericht" aus Tel Aviv. Da vergißt man schnell, daß noch vor wenigen Monaten angeblich unwiderlegbare Beweise dafür vorgelegen haben, daß der PLO-Mann Abu Daud Führer des „Schwarzen September" und verantwortlich für die Aktion von München gewesen sei. Jetzt ist die PFLP im Schußfeld und deshalb gilt: *„Überall, wo radikale palästinensische Guerillas irgendwo in der Welt ihrem teuflischen*
deshalb gilt: *„Überall, wo radikale palästinensische Guerillas irgendwo in der Welt ihrem teuflischen*
Geschäft nachgingen, tauchte der Name Haddads auf. Der Überfall auf die israelische Olympiamannschaft in München soll ebenso seine Handschrift tragen wie zahlreiche Flugzeugentführungen oder die Entführung der OPEC-Minister in Wien. Seine Guerillas treten dabei unter den verschiedensten Decknamen auf, wie Kommando Schwarzer September ..." („Neue Hannoversche Presse – „NHP" vom 17.10.). *„Haddad soll in westeuropäischen Großstädten ein Netz gutausgebildeter PFLP-Terrorzellen aufgebaut und in PFLP-Stützpunkten im Nahen Osten die Ausbildung von deutschen, japanischen und türkischen Terroristen überwacht haben"* („Frankfurter Rundschau" – „FR", 17.10.). *„Der weltweit gesuchte Venezolaner ‚Carlos' soll von Haddad ebenso ausgebildet worden sein wie die deutschen Terroristen Böse und Klein"* („NHP", 17.10.). Und obwohl die PFLP dies dementiert hat (vergl. AK 85, S. 2), wird wieder behauptet, die PFLP habe die Verantwortung für die Aktion von Entebbe übernommen („FR" und „NHP", 17.10.).

Aber nicht nur die PFLP wird angegriffen, sondern gleich mit ihr alle fortschrittlichen Staaten im Nahen Osten. Haddad soll sein Hauptquartier in Irak haben („SZ", 17.10.), „Ausbildungslager" und „Palästinenserstützpunkte" in der DVR Jemen, *„auch Rechtsanwalt Haag soll sich dort aufgehalten haben"* (ebendort), „Trainingslager" natürlich auch in Algerien und Libyen („SZ", 25.10.), *„dessen Staatschef* (Gaddafi) *mit den Vätern des palästinensischen Terrorismus, Habasch und Haddad, eng befreundet ist"* („NHP", 18.10.). Auf die Spitze getrieben wird dieser unsinnige Stuß durch die Behauptung: *„Zwischen PFLP und DFLP auf der einen und den Revolutionsstaaten Irak, Libyen und auch Algerien auf der anderen Seite besteht eine weitgehende theoretisch-ideologische Übereinstimmung"* („NHP", 18.10.).

Selbstverständlich – wir hätten's beinahe vergessen – hat Haddad auch den Oberbefehl über die japanische „Rote Armee", und er selbst war es, der hinter der Entführung der japanischen Maschine nach Algier stand: *„In Algier soll er die erpreßten 14 Millionen für die PFLP in Empfang genommen haben"* („NHP", 17.10.).

An dieser Stelle möchten wir noch ein Geheimnis verraten: Auch das sagenhaft „LG", das den KB steuert, ist niemand anders als – Dr. Haddad!

Die Methode, die hinter diesem Unsinn steckt, wird deutlich an zwei weiteren Ländern, wo angeblich die PFLP hinter aller Opposition steckt: Iran und Syrien.
PFLP hinter aller Opposition steckt: Iran und Syrien.

„Die Verbindung zum Iran wird von den zunehmend radikaler werdenden Anti-Schah-Kreisen getragen und auch in diesem Fall sind einige Länder im Nahen Osten die ‚Schaltzentrale' für die Oppositionellen, vor allem der Irak" („SZ", 25.10.). Also nicht die Unterdrückung in Iran und die elende Lage des iranischen Volkes ist es, die von den fortschrittlichen iranischen Kräften zunehmend radikaler angegriffen wird. Wenn Dr. Haddad im Spiel ist, bzw. ins Spiel gebracht wird, kann man vom iranischen Faschismus schweigen. Dasselbe gilt für Syrien, wo die Massen die Kosten des Brudermords in Libanon bezahlen sollen und jede Kritik im Gefängnis endet. Für die Bombenanschläge in Damaskus und für den Versuch, den syrischen Außenminister Khaddam hinzurichten, wird wieder die PFLP verantwortlich gemacht. *„Es ist bekannt, daß die palästinensischen Extremisten der Ablehnungsfront geschworen haben, sie wollten Khaddam ermorden"*. Wem ist es bekannt? Der „Neuen Zürcher Zeitung" diesmal („NZZ", 27.10.).

Und flink wird der Bogen geschlagen: Wenn das syrische Regime jemanden hängt, bezeichnet es ihn als irakischen Agenten, *„der Irak und die Palästinenser der Ablehnungsfront wirken eng zusammen"* und *„deshalb erstaunt es"* die „NZZ" *„nicht"*, wenn Khaddam erklärt, der Mörder sei aus Irak angereist. Und Dr. Haddad hat dort sein Hauptquartier und fertig ist die Hetze ohne ein Wort über die Lage des syrischen Volkes und die Verräterrolle von Khaddam erwähnen zu müssen.

Daß am Ende auch die Linke in der BRD dran ist, das ist klar. Die Terrorzentralen der PFLP in Europa sind bereits erwähnt, die Ausbildung der RAF in Südjemen ebenfalls, fehlt nur noch die ideologische Hetze: *„Dayan hat den links-extremen Kräften in Europa vorgeworfen, die ‚antisemitische Ideologie Hitlers' weiterzuführen!"* („SZ", 27.10.).

Terrorzentrale Tall as Saatar

Einer der Entführer der Lufthansa-Maschine vom „Kommando Märtyrerin Halimeh" hatte sich als „Mann aus Tall as Saatar" bezeichnet („FR", 17.10.). Wir verstehen, was er damit sagen wollte, nämlich daß er im Gedenken an den Massenmord der Faschisten und Syrer in Tall as Saatar mit seiner Aktion den Verteidigungskampf von Tall as Saatar weiterführen wollte. Was meldet jedoch „ddp" aus Dubai? *„Die Terroristen hielten sich offenbar strikt an die Anweisungen eines außerhalb der Vereinigten Emirate liegenden ‚Operativen Zentrums', das nach anderen Quellen im libanesischen Flüchtlingslager Tell Saatar bei Beirut vermutet wird. Tell Saatar war im August 1976 von den christlichen Streitkräften erobert und zerstört worden. Dabei soll (!!!) es zu einem Massaker unter den palästinensischen Bewohnern gekommen sein"* („SZ", 17.10.). Und die „FR" (15.10.) vergißt nicht hinzuzufügen: *„In Beirut ist es ein offenes Geheimnis, daß im libanesischen Bürgerkrieg deutsche Terroristen auf der palästinensischen Seite mitgekämpft haben. Insbeson-*
libanesischen Bürgerkrieg deutsche Terroristen auf der palästinensischen Seite mitgekämpft haben. Insbeson-
dere im Kampf um Tel el Satar waren mehrere Deutsche an führender Stelle beteiligt". Zwar wäre dies eine Ehre für Deutschland, aber leider handelt es sich um eine bekannte Lüge der libanesischen Faschisten. Deutsche w a r e n beteiligt – als Söldner auf Seiten der Faschisten!

Merke: Der Terror der Faschisten läßt sich am besten dadurch rechtfertigen, daß man die Ermordeten als Mörder ausgibt. Und: Unter 4000 toten Palästinensern kann es immer noch eine „Terrorzentrale" geben.

Mossad liefert die Geschichten

Liest man die Artikel zum Thema „Dr. Haddad" in den verschiedenen Zeitungen, so stellt man fest, daß sie sich bis auf die Formulierungen gleichen, obwohl sie von verschiedenen Journalisten verfaßt sind. Da berichtet ein „Dieter Buhl" für die „Zeit", ein „Peter Seidlitz" für die „SZ" aus Mogadischu, ein „Gernot Müller-Serten" für die „NHP" und ein „M.F. Schröder" für die „SZ" aus Tel Aviv – immer dasselbe.

Einige der Herren haben denn auch nicht verschwiegen, woher sie ihre „Informationen" haben: *„Israelische Geheimdienstkreise"*, *„von israelischer Seite"* („FR", 17.10.), *„Israels militärische Aufklärung"*, *„israelische Experten"* („SZ", 17.10.), usw.

Wahrscheinlich braucht Mossad die Journalisten nicht einmal zu bestechen, wie es beim CIA üblich ist, wenn eine Story verbreitet werden soll. Die Geschichte über die „Internationale des Terrors" des Dr. Haddad hat den Herren einfach gefallen!

Der Urheber Israel wird auch daran deutlich, daß auch die Deutschen Johannes Weinrich, Thomas Reuter und Brigitte Schulz, die Holländerin Ludvina Janssen und drei nicht namentlich genannte Araber als Ge-



Terror der Zionisten in den besetzten Gebieten

Terror der Zionisten in den besetzten Gebieten

folgsleute Haddads aufgeführt werden, („FR", 17.10.) alles Personen, denen in Israel mit fadenscheinigen Begründungen der Terrorprozeß gemacht werden soll. Tödliche „Argumente" für diese Prozesse, nämlich Zugehörigkeit zur PFLP und geplante Aktionen werden dadurch geschaffen.

Schließlich muß daran erinnert werden, daß die Zionisten vor kurzem ihre ideologische Kampagne gegen die PLO verschärft haben, indem sie versuchten, die „Terrororganisation" und die „Terrormethoden" der PLO in der UNO anzuklagen (u.a. „Monitordienst", 20.9.77). Natürlich eine ungeheure Frechheit angesichts vieler Verurteilungen Israels durch die UN wegen der zionistischen Praktiken in den besetzten Gebieten und gegenüber den politischen Gefangenen und angesichts solcher Tatsachen wie der des durch UNO-Beobachter bewiesenen Massakers Deir Yassin oder der Ermordung des UNO-Gesandten Bernadotte durch zionistische Terrorbanden.

Der Terrorist mit dem Aktenkoffer

Mit ihren frei erfundenen Schilderungen der Lebensweise der Terroristen kommen manche Journalisten unfreiwillig der Wahrheit erstaunlich nahe: *„Ihre Stützpunkte liegen ... in Bürohochhäusern im Nahen Osten oder in westeuropäischen Großstädten. Die Ausrüstung dieser Terroristen besteht nicht wie die der Fedajin in der Kalaschnikow, sondern in einem Diplomatenkoffer mit raffinierten Sprengsätzen"* („NHP", 17.10.). Und was machen sie mit dem erbeuteten Geld? *„Ein Großteil dieser Summe wurde zur Gründung einer Bank in Beirut benutzt"* („SZ", 17.10.). Jetzt kann sich jeder die Terroristen vorstellen, die Bankiers, Politiker und Atomstrategen, mit ihren Plänen für den Tod von 400 Millionen und die Ausbeutung von Milliarden Menschen in ihren Diplomatenkoffern. Und die gehören alle zu Dr. Haddad? Wahrlich, unsere Angst ist berechtigt, eine wahre Schreckensvision.

Aktion erzeugt Reaktion

Lassen wir zum Schluß Genossen der PFLP selbst sprechen. Sie distanzieren sich nicht von den Flugzeug-Entführern, obwohl die PFLP zur Zeit solche Aktionen ablehnt, sondern sie zeigen ihre Ursachen auf, den Terror des Imperialismus und Zionismus.

In einem Interview („Stern" 9/77) sagte Genosse Habasch, Generalsekretär der PFLP:

„Wir, die Volksfront für die Befreiung Palästinas, wollen ja eine wirkliche Befreiung und deshalb wollen wir nicht nur mal hier und mal dort zuschlagen. Das führt zu nichts. Wir wollen, daß unser Volk in zehn, 20 Jahren nach Lydda und nach Jaffa heimkehren und so leben kann, wie sie in Ihrem Land. Aktionen außerhalb würden keine wirkliche Befreiung bedeuten ..."

„Stern": *„ ... aber die haben Ihnen geholfen"*.

Habasch: *„Ja, das stimmt. Dennoch werden wir, die PFLP, keine Flugzeuge entführen. Aber vergessen Sie nicht, daß es viele Palästinenser, Grüppchen, Einzelpersonen gibt, die die Ansicht vertreten: In Jordanien sind wir gemordet worden, in Libanon hat man Palästinenser umgebracht und jetzt will man uns endgültig vernichten. Also werden wir alles unternehmen, um dem Feind zu schaden, egal wo. Das ist ein ganz natürliches Phänomen.*

Ich persönlich erwarte eine neue Welle solcher Aktionen. Aber wir, die PFLP, werden all unsere Energie aufwenden, um uns wieder in Syrien, Jordanien und in Libanon zu etablieren."

„Stern": *„Als Gründer der PFLP sind Sie für die Palästinenser ein Held. Europäern und Amerikanern sind Sie neben Carlos der Weltfeind Nummer eins ..."*

Habasch: *„Weltfeind Nummer eins? Nur, weil wir die Genfer Lösung ablehnen?"*

Und als im Mai '77 ein Journalist der Sendung „Report" Bassam Abu Scharif, den offiziellen Sprecher der PFLP, interviewte, wollte er der PFLP, wegen der angeblichen Unterstützung der RAF, die Verantwortung für die Hinrichtung des Generalbundesanwalts Buback zuschieben. Genosse Bassam antwortete:

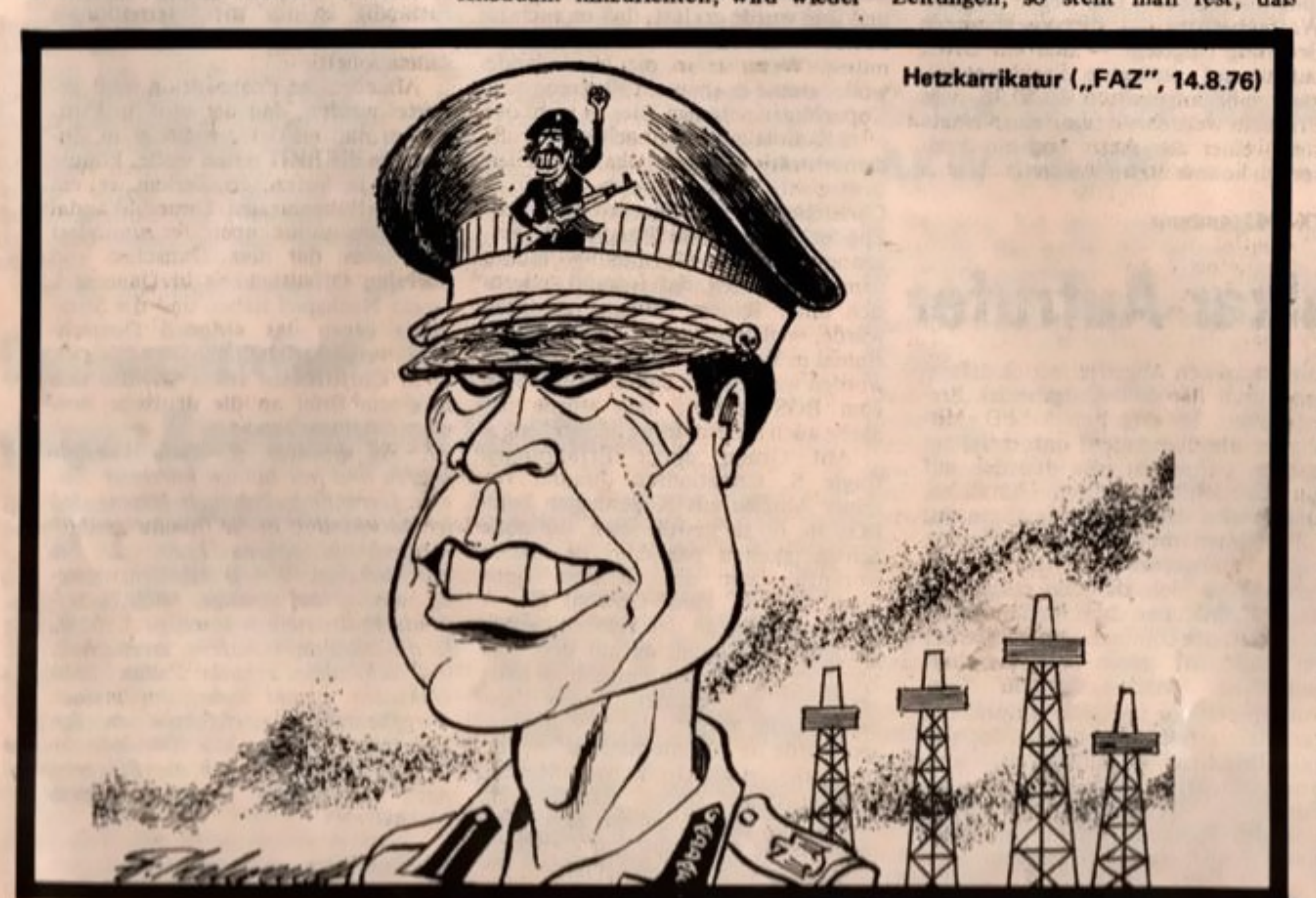
„Wir haben überhaupt keine Verantwortung, weder für unsere Unterstützung, noch politisch, noch ideologisch. Sie sollten die deutschen Behörden fragen, wer verantwortlich ist. Ich glaube, daß die deutsche Polizei für diese Reaktion verantwortlich ist. Wer hat Ulrike Meinhof getötet?"

Reporter: *„Sie hat sich selbst umgebracht."*

Abu Scharif: *„Fragen Sie sich selbst, das deutsche Volk, fragen Sie die deutsche Polizei. Ich glaube, die deutsche Polizei hat sie umgebracht.*

Solche Aktionen führen mit Sicherheit zu Reaktionen. Das ist wissenschaftlich. Aktion erzeugt Reaktion. Ich glaube, daß die deutsche Polizei mit ihrem Terror und mit ihren Polizeiaktionen mit Sicherheit Reaktion beim deutschen Volk hervorruft. Und ich glaube auch, daß früher oder später die kapitalistische Ausbeutung des deutschen Proletariats zu noch stärkeren Reaktionen führen wird."

Nahostkommission



Hetzkarrikatur („FAZ", 14.8.76)



Nachrichten vom Widerstand



Erster Prozeß zur Grohnde-Demonstration

Am 22.11. findet vor dem Jugendschöffengericht in Hameln die erste Verhandlung gegen eine AKW-Gegnerin (aus Bremen) statt. Sie wird angeklagt, am 19.3. in Grohnde einen Landfriedensbruch begangen zu haben.

Die Bürgerinitiativen sollten diesen Termin „vor Augen" die Zeit nutzen, um sich verstärkt an der Diskussion über die politische Verteidigung in den Grohnde-Prozessen zu beteiligen und sich zu überlegen, wie sie in die Mobilisierung zur Solidaritätskampagne eingreifen.

Grohnde-Prozesse – ein Überblick

Insgesamt sind uns 34 Fälle bekannt, in denen gegen die Teilnehmer an der Grohnde-Demonstration ermittelt wird bzw. wurde. (Hier gibt es — bedauerlicherweise — noch eine Dunkelziffer!)

Am 19.3. gab die Staatsanwaltschaft gegenüber der Presse die Zahl von 26 Verhafteten an. Hiervon sind uns 24 AKW-Gegner bekannt. Gegen 11 von ihnen ist eine Anklageschrift ergangen, sie sind vor dem Landgericht in Hannover angeklagt wegen: Schwerem Widerstand gegen die Staatsgewalt (Höchststrafe fünf Jahre), schwerer Landfriedensbruch (Höchststrafe zehn Jahre), gefährliche Körperverletzung (Höchststrafe fünf Jahre). Einer ist nur der versuchten gefährlichen Körperverletzung angeklagt. Zusätzlich gibt es drei Verfahren in Hameln.

Vor dem Jugendschöffengericht ist einer angeklagt wegen Landfriedensbruch (Höchststrafe drei Jahre), die andere Anklage lautet »Führung von Waffen« bei einer Versammlung (Höchststrafe ein Jahr).

Vor dem Amtsgericht Hameln soll ein Prozeß wegen »Verstoß gegen das Wald- und Forstgesetz« stattfinden. Gegen zwei AKW-Gegner sind Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, genauere Informationen hierzu liegen noch nicht vor. Gegen einen AKW-Gegner soll nach seiner staatsanwaltlichen Vernehmung ein Verfahren wegen Landfriedensbruch eingeleitet werden.

Bei sieben Festgenommenen am 19.3. ist uns nicht bekannt, wie der Stand der Ermittlungen gegen sie ist.

Gegen neun AKW-Gegner wird ermittelt, weil sie am 19.3. Lautsprecherwagen u. a. gefahren haben sollen. Hier liegen noch keine Anklagen vor. Ein Verfahren wurde nach der staatsanwaltlichen Vernehmung eingestellt. Drei wurden bisher zu einer richterlichen bzw. staatsanwaltlichen Vernehmung geladen.

Grohnde am 19. 3. – Bürgerkrieg in der BRD?

Die Grohnde-Prozesse werden nun endgültig vor dem Landgericht Hannover stattfinden.

Nachdem — auf Antrag der Verteidiger — die 8. Strafkammer am Landgericht Hannover entschieden hatte, daß die Prozesse vor dem Amtsgericht Hameln zu verhandeln seien, legte die Staatsanwaltschaft Beschwerde gegen diesen Beschluß ein.

Das Oberlandesgericht Celle gab dieser Beschwerde der StA statt, mit folgender Begründung:

»Anlage und Vorbereitung dieser Aktion (gemeint ist die Demonstration am 19.3. in Grohnde) *waren nach der Anklage offenbar vergleichbar mit Kampfhandlungen in einem Bürgerkrieg. Der Vorfall hat starke Beachtung in der Öffentlichkeit gefunden und ist weithin als ein schwerwiegender Angriff auf wichtige Grundlagen der Staatsordnung aufgefaßt worden. ... Dies macht den Fall ungeeignet für eine Verhandlung vor dem Schöffengericht; das Verfahren fällt in die Zuständigkeit der Strafkammer ...«* (aus Info Nr. 1 des Ermittlungsausschusses der BUU Hamburg).

Erinnern wir uns: Als die Demonstranten sich von dem Bauplatz entfernten, gab es einen brutalen Polizeiüberfall, bei dem zahlreiche AKW-Gegner schwer verletzt wurden, u. a. auch einige derjenigen, gegen die jetzt die Prozesse geführt werden sollen. Die Festgenommenen wurden stundenlang in Gefangenenwagen festgehalten, ohne Nahrung, Heizung, ärztliche Versorgung und ohne daß sie mit Rechtsanwälten Kontakt aufnehmen durften. Auf dem Bauplatz wurden wahre Spießrutenläufe mit den Festgenommenen veranstaltet, die in einem Fall damit endeten, daß einer von ihnen von einem Hund gebissen wurde.

Den Rechtsanwälten wurde der Zutritt zu den Festgenommenen in der Polizeiwache in Hameln verwehrt. Einer der Anwälte wurde sogar unter Anwendung von Gewalt aus der Wache geworfen.

Diese einzelnen Beispiele könnten durchaus »als ein schwerwiegender Angriff auf wichtige Grundlagen der Staatsordnung« gesehen werden. Die Behandlung der Festgenommenen gleicht »Kampfhandlungen in einem Bürgerkrieg«. Doch diese Argumentation liegt dem OLG Celle fern. Die AKW-Befürworter brauchen die Verurteilung von AKW-Gegnern, um den Widerstand der AKW-Gegner zu zerschlagen. Mit der einfachen Gleichung Grohnde gleich Bürgerkrieg — »entfesselt durch gewalttätige Demonstranten« — und kein Bürgerkrieg ohne »Terroristen« wird versucht, eine Verurteilung vorwegzunehmen.

IKAH Hamburg

Polizeimaßnahmen – nur gegen eine kleine Minderheit?

„Auf anonymen Anruf – Wohnung von Bölls Sohn durchsucht"
Terroristenfahndung auf der Autobahn"
„FDP-Büro von der Polizei gefilzt"
So lauten die Schlagzeilen der letzten Wochen. Im Rahmen der Jagd nach den Attentätern von Buback, Ponto und Schleyer werden in bisher unbekantem Ausmaß Polizeiaktionen durchgeführt, Gesetzesverschärfungen durchgezogen, Stimmungsmache gegen die sogenannte Sympathisantenszene betrieben und jeder, der nur andeutungsweise die Polizeimaßnahmen kritisiert, der geistigen Mittäterschaft beschuldigt. In großem Maßstab wird darüberhinaus versucht, die gesamte AKW-Bewegung zu kriminalisieren, die sich wie bei der letzten Kalkar-Demonstration mit polizeilichen Willkürmaßnahmen mit MP und Leibevisitation konfrontiert sieht. Nicht von ungefähr wird gerade jetzt in Parlament und Öffentlichtkeit ein Verbot kommunistischer Organisationen diskutiert.
Aus aktuellem Anlaß deshalb folgende Literaturvorschläge:

Schut, Enzensberger, Ferron, Groenewold, Haasbroek, Wielek:
Staatsschutz und Berufsverbote in der BRD
Attica - Verlag, 104 Seiten 9,00DM
In diesem Buch wird vor allem auch von ausländischen Stimmen ihre Sorge über die Entwicklung in Westdeutschland deutlich.

Konterrevolution in der BRD!
Eco-Verlag Zürich, 1977, 120 Seiten 7,00 DM
Dieses Buch mit dem Untertitel „Ein Handbuch zur Entwicklung der inneren Sicherheit" berichtet sehr ausführlich über die Aufrüstung des Staates auf der Ebene der Polizei, des Verfassungsschutzes, der Vorbereitung der Bundeswehr auf den inneren Einsatz und der Kriminalisierung der Linken in Presse und vor allem durch die Justiz. Spezielle Kapitel befassen sich besonders mit den Sonderkommandos der Polizei und der Arbeitsweise des Verfassungsschutzes.

S.Cobler:
Die Gefahr geht von den Menschen aus: Der vorverlegte Staatsschutz
Rotbuch 152, 160 Seiten 7,00 DM
Ein ausgezeichnetes Buch ist dieses Rotbuch. Die Allseitigkeit des Vorgehens des Staatsapparates wird sehr gut deutlich. Dazu gehören: die staatliche Feinderklärung und Treibjagd, die immer umfassendere Überwachung, das Strafrecht als Kampfmittel und die Ausrichtung der Justiz, die militärische Ausrichtung von Polizei und BGS.

Eschen u.a.:
Wie man gegen Polizei und Justiz die Nerven behält
Rotbuch 107 5,00 DM
Dieser billige Renner ist noch immer das brauchbarste hierzu.

Staatsfeind der ich bin ...
Ein Lesebuch mit Texten und Beiträgen zur politischen Justiz von R.Luxemburg, Max Hoelz, E.Toller, L. Rinser, Heinz Brandt, E.Kautz, H.Ch. Ströbele, P.P.Zahl. Ein ausgezeichnetes Buch, aus dem auch die Kontinuität der deutschen Justiz sehr gut hervorgeht.

Bereits 10 Brokdorf-Prozesse gelaufen

Am 20.9. wurde ein Bremer AKW-Gegner in Itzehoe vom Amtsgericht zu 8 Monaten Knast auf Bewährung und 1.500,— DM Geldstrafe verurteilt. Er war des illegalen Waffenbesitzes angeklagt, da man bei ihm am 13.11.76 (Brokdorf 2) in einer Plastiktüte Streichhölzer, eine alte Weinflasche, eine Mullbinde und Zitronensaft gefunden hatte. Die Flasche soll nach Aussagen von Polizisten nach Benzin „gerochen" haben.

Auch bei dieser Verhandlung setzte sich die „Itzehoer Öffentlichkeitsregelung" wieder voll durch. Genau drei Besucher stellten die „uneingeschränkte Öffentlichkeit", wie sie in der BRD gewährleistet wird, dar.

Daß zudem noch zwei Kundgebungen (eine vor dem Gericht und eine in der Innenstadt) verboten wurden, scheint für Itzehoer Verhältnisse schon fast selbstverständlich. Die Verteidigung legte gegen das Urteil Berufung ein.

Am 27.9. wurde gegen einen Bremer AKW-Gegner wegen „Hausfriedensbruch", den er am 13.11.76 Geldstrafe verurteilt. Er hatte am 18.2. ein Mobilisierungsflugblatt zu der Demonstration am 19.2. in Brokdorf verteilt und diese war am 18.2. schon verboten gewesen.

Am 27.9. wurde gegen einen Bremer AKW-Gegner wegen „Hausfriedensbruch", den er am 13.11.76 begangen haben soll, verhandelt. Der Angeklagte sagte zu den erhobenen Vorwürfen nichts aus, während sich die Zeugen des Staatsanwalts — alles Polizisten — derart in Widersprüche verwickelten, daß das Gericht nicht umhin kam, den Angeklagten freizusprechen.

Am 6.10. fand in Itzehoe ein Prozeß gegen den Münsteraner L.M. wegen Hausfriedensbruch und Beleidigung statt. Er soll am 30.10.76 auf dem Bauplatz des AKWs Brokdorf gewesen sein und bei seiner Festnahme die Polizisten beleidigt haben. Die Verteidigung stellte mehrere Beweisanträge zu dem »Stillhalteabkommen« am 30.10., um so den Anklagepunkt des Hausfriedensbruchs zu entkräften. Diese Beweisanträge hatten im ersten überhaupt gelaufenen »Brokdorfprozeß« zu einem Freispruch des Angeklagten vom Vorwurf des Hausfriedensbruchs geführt. Um diesem Schicksal zu entgehen, stellte Staatsanwalt Triskatis Gegenanträge, die beweisen sollen, daß zu dem Zeitpunkt der brutalen Platzräumung das »Stillhalteabkommen« längst nicht mehr galt. Die nächste Verhandlung findet am 31.10. statt.

Als vorläufiges Fazit dieser »Brokdorf-Prozesse« in Itzehoe können wir festhalten, daß seit der ersten Verhandlung am 12.5.77 die Öffentlichkeit massiv eingeschränkt und damit eingeschüchtert wird. Waren es zuerst die Eintrittskarten, die 30 Personen den »Zutritt« zu den Prozessen erlaubten, wurden zum Schluß (20.9.) überhaupt nur die nächsten Angehörigen des Angeklagten zugelassen. Insgesamt fanden bisher (nach den uns vorliegenden Informationen) 10 Prozesse in Itzehoe statt. Es ergingen drei Urteile über 100'— DM Geldstrafe wegen eines Flugblatts zum 19.2., über acht Monate Knast auf drei Jahre Bewährung und 1.500,— DM wegen illegalen Waffenbesitzes — hiergegen wurde Berufung eingelegt — und ein Urteil lautete auf versuchte Sachbeschädigung, »begangen« am 30.10.76, vier Prozesse wurden vertagt, einer eingestellt, einer ausgesetzt und ein Freispruch konnte erzielt werden.

IKAH Hamburg

Angriffe auf Kalkar-Aufrufer

Eine Woche vor der Demonstration am 24.9. gegen den „Schnellen Brüter" in Kalkar veröffentlichte die BBA Bremerhaven einen Aufruf von 32 Pastoren, kirchlichen Mitarbeitern, Lehrern und anderen Persönlichkeiten zur Teilnahme an dieser Demonstration.

Diesem Aufruf schlossen sich, unabhängig von den Erstunterzeichnern verschiedene Organisationen wie die Jusos Wesermünde, die Judos, die Deutsche Friedensgesellschaft/Verband der Kriegsdienstgegner Bremerhaven, das Malville-Komitee und auch der KB an.

Mittlerweile sehen sich einzelne Unterzeichner des Aufrufes massiven Angriffen ausgesetzt, teilweise in Form von verhetzten Leserbriefen in der örtlichen Presse, teilweise in Form von anonymen Drohbriefen. Die schärfsten Angriffe jedoch erfolgten durch den SPD-Unterbezirk Bremerhaven. So erhielten 5 SPD–Mitglieder die den Aufruf unterzeichnet hatten, Schreiben, die deutlich auf ein Ausschlußverfahren hinzielen. Darin wird eine Stellungnahme zur „Zusammenarbeit" mit Kommunisten" angefordert. Alle Betroffenen sind sich darüber einig, daß diese Maßnahmen dazu dienen sollen, das Zustandekommen möglichst breiter Bündnisse gegen das menschenfeindliche Atomprogramm von vorneherein zu unterbinden und halten daran fest, unabhängig der parteipolitischen Zugehörigkeit, weltanschaulicher Orientierung und unabhängig der Vorstellungen und Methoden des Protestes gemeinsam gegen das Atomprogramm vorzugehen.

KB Gruppe Bremerhaven

BGS verweigert OOA-Sektretär die Einreise



Dänemark/BRD. Am 21.10. wurde der OOA-Sekretär Siegfried Christiansen an der deutsch-dänischen Grenze in Puttgarden aus dem Zug geholt und vom GBS nach Kopenhagen zurückgeschickt. Er befand sich auf dem Weg nach Holland, wo er an einer Tagung niederländischer AKW-Gegner teilnehmen wollte. Er bekam einen Stempel in den Paß »zurückgewiesen« und ihm wurde erklärt, daß er auch in Zukunft mit Schwierigkeiten rechnen müsse. Wenn er in die Niederlande wolle, müsse er eben ein Flugzeug von Kopenhagen nehmen. Dies ist nicht der erste Skandal. Bereits nach der Großdemonstration gegen den Schnellen Brüter in Kalkar, wurde Siegfried Christiansen in Puttgarden aus dem Zug geholt und vorübergehend festgenommen. Als »Begründung« mußte damals herhalten, daß jemand anderes sich unter seinem Namen verbergen würde, weil ihm vor ca. zehn Jahren einmal in Jugoslawien der Paß geklaut worden war! Schon damals wurde ihm vom BGS erklärt, man würde der Sache auch international nachgehen!

Auf Grund dieser Erfahrungen fragte S. Christiansen diesmal vor seiner Abreise aus Kopenhagen beim BGS an, ob sie gewillt seien, ihn ohne Schwierigkeiten passieren zu lassen, woraufhin von den BGSlern keine klare Antwort kam. Obwohl die — natürlich völlig an den Haaren herbeigezogene — Geschichte mit dem Paß schon mit der letzten Festnahme hätte »erledigt« sein müssen, wurde diese Story wieder aufgetischt: S. Christiansen würde in der internationalen Verbrecherkartei als Großschwindler und Scheckbetrüger stehen. Zu komisch, daß in den ganzen Jahren zuvor sich nicht solche merkwürdigen Zwischenfälle an der Grenze ereignet hatten.

Siegfried Christiansen ist für die BRD — und sei es auch nur auf der Durchreise — eine »unerwünschte Person«. Er selbst gab gegenüber der dänischen Presse, die am 26.10. breit über diesen Skandal berichtete, an, daß der tatsächliche Grund für das Einreiseverbot ganz offensichtlich darin besteht, daß er an westdeutschen Anti-AKW-Demonstrationen teilgenommen hat und als Sekretär der OOA zuständig ist für die internationale Zusammenarbeit mit Anti-AKW-Organisationen.

Als absolute Provokation muß gewertet werden, daß der BGS in Puttgarden ihm erklärte, wenn er in Zukunft in die BRD reisen wolle, könnte er das ja versuchen, indem er ein Visum (!) beantragt! Dieser Skandal wird ganz sicher noch — zumindest von Seiten der demokratischen und liberalen Öffentlichkeit in Dänemark — ein Nachspiel haben und die Stimmung gegen das »Modell Deutschland« verbessern helfen.

S. Christiansen selbst wandte sich in einem Brief an die deutsche Botschaft und forderte:

»1. Sie möchten ... diese Vorfälle prüfen und mir binnen kürzester Zeit eine Garantie zukommen lassen, daß ich unbehindert in die Bundesrepublik Deutschland fahren kann. 2. Sie möchten dem BKA Wiesbaden vorstellig werden und etwaige, mich betreffende Eintragungen löschen. 3. M.E. ist die BRD dafür haftbar zu machen, daß ich ohne eigenes Zutun hohe Unkosten gehabt habe, um meinen Verpflichtungen nachzukommen. Ich beantrage von ihnen 2.000 dänische Kr. Entschädigung für die Flugreise nach Amsterdam sowie zusätzlich Unkosten«.

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Kalkar Theater

Kiel: Mitglieder zweier Stadtteilgruppen der Kieler BI gegen Atomanlagen und einige andere AKW-Gegner sorgten am 19. Oktober in einer bekannten Kneipe nahe Kiel für Aufregung:

Inmitten der rund 100 Kneipenbesucher ein Schrei: „Laßt mich los, ihr Schweine!" Was war passiert?

Polizisten in voller Montur überfielen eine Kalkar-Demonstrantin, filzten sie bis aufs Unterhemd, verschleppten sie auf die Wache (auf der Bühne), wo sie einem brutalen Verhör unterzogen wurde.

Der Kommissar Alltäglich hatte beschlagnahmt: eine Mine (Kugelschreibermine!), eine Granate (Tomate!), eine gefährliche Hieb- und Stichwaffe (Wagenheber!) und einen Molle (Lolli!); so kommentierte eine „Bild"-Reporterin.

Aus dem Publikum mußte eine Frau verhaftet werden, weil sie aufmüpfig wurde. Sie wurde in den Knast gesteckt.

Der Rechtsanwalt der Demonstrantin wurde rücksichtslos vom Polizisten Dregger-am-Stecken aus der Polizeiwache gestoßen!

In dieser Kneipe war das natürlich alles Theater; am 24.9. allerdings Polizeistaats-Realität.

Dem Theater-Stück folgten einige der bekanntesten Anti-AKW-Lieder. Ein runder Abend, der Spaß machte.

Ein Kieler Genosse

AKW-Gegner verhaftet

Hamburg: Eine gute Idee hatten einige AKW-Gegner in Hamburg: Sie fertigten eine acht Meter lange und zweieinhalb Meter breite Fahne an, auf der „Atomkraft? Nein danke!" und „AKW-Nee!" stand, stiegen am Montag, den 24.10. um 15.30 Uhr auf den Turm der Michaeliskirche in St. Pauli und ließen sie von dort herunter, so daß sie weithin sichtbar war. Die Fahne war mit Stricken oben befestigt und unten mit Bleikugeln beschwert, so daß sie schön straff hing. Was dann allerdings weiter geschah, ist beispielhaft dafür, wie der „freiheitliche deutsche Rechtsstaat" heute reagiert.

Erst rückten drei Bullen an und durchschnitten die Stricke der Fahne, die daraufhin auf dem Kirchendach landete. Eine aufgebrachte alte Frau denunzierte die AkW-Gegner, die daraufhin festgehalten wurden. Eine Stunde später rückten dann drei Mannschaftswagen und vier Einsatzwagen der Bullen ausgerüstet mit Helm und Gummiknüppel, an.

Zwei AKW-Gegner wurden mit erhobenen Händen abgeführt und nach Waffen abgetastet. Ein herbeigeeilter Pressefotograph wurde gleich mitgenommen, als der die Szene aufnehmen wollte. Außerdem wurden noch zwei AKW-Gegnerinnen mitgenommen.

Auf der Wache wurden den Festgenommenen vorübergehend ihre Ausweise abgenommen und mit Verhör gedroht, bevor sie wieder freigelassen wurden.

Ein KB-Genosse aus St. Pauli

AKW-Gegnerin verknackt

Flensburg: Am 12. Oktober wurde eine Flensburger AKW-Gegnerin vor dem örtlichen Amtsgericht zu drei Tagessätzen a 20,– DM verurteilt. Der Richter sah es damit als erwiesen an, daß sie eine „verbotene" Demonstration der Bürgerinitiative am Karfreitag dieses Jahres geleitet hätte. Als die Demonstranten sich schon auf dem Rückweg befanden, knüppelten die Bullen in die Demonstration und nahmen gezielt diejenige AKW-Gegnerin fest, die kurz vorher zum Rückzug aufgerufen hatte. Kurze Zeit später – die Demonstranten befanden sich inzwischen 100 Meter von der Polizeisperre entfernt – wurden zwei weitere Teilnehmer festgenommen, die zurückgegangen waren, um den Grund der vorangegangenen Festnahme zu erfahren.

Die jetzt erfolgte Verurteilung ist eine reine Provokation, sagten doch fünf Zeugen einheitlich aus, daß es keine Leitung der Demonstration gegeben habe, daß alle Festnahmen zum Zeitpunkt des Rückmarsches vorgenommen worden seien. Dies konnte ebenfalls anhand von vorliegenden Dias belegt werden. Trotz alldem schloß sich das Gericht der These an, daß es sich um eine verbotene Demonstration gehandelt hätte und U. Leiterin der Demo gewesen sei.

Protestartig, mit Zwischenrufen, verließen die anwesenden 50 AKW-Gegner – gemeinsam mit dem Verteidiger – den Gerichtssaal, als die „Urteilsbegründung" verlesen wurde: die traute Dreieinigkeit – Richter, Staatsanwalt und Bossen, der Chef vom Staatsschutz – blieben unter sich!

Das Urteil wird nicht hingenommen! U. geht in Berufung.

KB/Gruppe Flensburg

Pro-AKW-Demonstration in Hanau

Pro-AKW-Demonstration in Hanau

Am 17.10. hatte die Atomindustrie wieder einmal rund 2.000 Kollegen mit entsprechenden Nachhilfen in Hanau auf die Straße gebracht. Die Teilnehmer stammten aus den in Hanau liegenden zahlreichen Nuklearbetrieben, wobei einige wenige auch Mitglieder der „Bürgerinitiative" ‚Pro Kernenergie' sind.

In dieser Runde durften auch Sprecher von SPD und CDU nicht fehlen und selbst Bundeskanzler Schmidt ließ es sich nicht nehmen, ein Grußtelegramm zu schicken, in dem er sich befriedigt darüber äußert, daß *„neben der Bundesregierung insbesondere auch die in der Nuklearindustrie tätigen Arbeitnehmer"* auf den Zusammenhang zwischen AKW-Bau und Arbeitsplätzen hinweisen würden.

Gerade in Hanau haben es die AKW-Betreiber besonders nötig, eine Pro-AKW-Stimmung zu erzeugen, denn dort befindet sich nach Aussagen des ehemaligen Forschungssprechers der SPD das größte Gefährdungspotential in Westeuropa. Dort befindet sich die Nukem GmbH, auf deren Gelände bis zu 5.000 kg Plutonium lagern dürfen, an derselben Stelle wird das Plutonium weiterverarbeitet, und von zwei anderen Firmen Brennelemente hergestellt. Weiterhin befinden sich dort ein Vesuchsreaktor, eine Atomruine sowie eine Transportfirma für atomare Materialien. Und um das Maß voll zu machen, befinden sich in der näheren Umgebung von Hanau noch diverse militärische Anlagen (Abschußrampe, Lager für chemische und biologische Waffen, s. AK 108, S.7)!

AKW-NEIN-Kommission

Demonstration gegen Baustopp in Grohnde

Bei einem Schweigemarsch (!) mit schwarzen Fahnen haben 300 bisher auf der Baustelle Beschäftigte gegen den jetzt in Kraft getretenen Baustopp des AKW Grohnde in Hameln protestiert. Aufgerufen hatte hierzu der Betriebsrat der Arbeitsgemeinschaft von zehn Firmen, die direkt an der Baustelle tätig sind.

Zugleich forderten sie Bundeskanzler Schmidt auf, endlich einen härteren Kurs in der Genehmigungspraxis zu fahren, da sonst die SPD Gefahr laufe, *„ihr Ansehen als eine besonders den Arbeitnehmerinteressen verpflichtete Partei zu verlieren"* („Welt", 20.10.77).

Durch den Baustopp gingen 450 Arbeitsplätze verloren, so der Betriebsrat. Dieser Betriebsrat ist durch seine Kampagne gegen das Anti-Atom-Dorf Grohnde auf dem Kühlturmgelände bekannt geworden. In Spruchbändern war die Vertreibung der „Mollukker" in die Weser gefordert worden. Bei dieser Kampagne hatte man mit dem Verfassungschutz und örtlichen Faschisten zusammengearbeitet.

Die Beschwerde der Betreiber des AKW Grohnde gegen den Baustopp wurde jetzt an das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg verwiesen.

AKW-NEIN- Kommission

Bürgeraktion Schweinfurt setzt Anti-AKW-Demo ab

Zwei Tage vor der geplanten Demonstration gegen das AKW in Grafenrheinfeld setzte der Vorstand der Bürgeraktion (BA) Schweinfurt mehrheitlich - angeblich aus Anlaß des Dahinscheidens von ‚Arbeitgeber'-Präsident Schleyer - die Aktion ab. Vorausgegangen waren mehrere Treffen zwischen BA und den bayerischen Anti-AKW-BIs, auf denen ein gemeinsamer Aufruf, eine gemeinsame Demo-Leitung und Durchführung der Aktion vereinbart wurden (s.AK 114/115). Trotz eines fortschrittlichen Aufrufes und anderer Zugeständnisse seitens der BA war bei der Zusammensetzung der Schweinfurter BI (SPD/FDP/CSU-Stadträte) mit weiteren Schwierigkeiten zu rechnen.

Die traten in dem Augenblick verstärkt auf, als am Montag vor der geplanten Demonstration die Vertreter der BA bei einem Gespräch mit der Polizei detailierte Informationen über die politische Zusammensetzung der auswärtigen BIs („kommunistisch unterwandert" usw.) zugesteckt bekamen. Sie reagierten prompt genauso, wie es die Polizei von ihnen erwartete: Sie erklärten sich mit den repressiven Demo-Auflagen einverstanden und akzeptierten auch die von der Polizei angekündigten Durchsuchungen bei den anreisenden BIs. Damit handelten sie eindeutig gegen die vorher einstimmig gefassten Beschlüsse. Als sich die ganz Rechten im BA-Vorstand anschließend auch noch weigerten, eine Erklärung zu den Auflagen von der Demo-Leitung abstimmen zu lassen, weil sie ein für sie ungünstiges Kräfteverhältniss befürchteten, hatten sie die entscheidenden Grundlagen des Bündnisses aufgegeben. Die Polizei hatte es so in Zusammenarbeit mit den rechtesten Kräften in der BA (besonders CSU) geschafft, die für sie selbst „verwirrende Zusammenarbeit zwischen BA und bayerischen BIs" (so wörtlich ein Polizeisprecher) empfindlich anzuschlagen.

In Zusammenhang mit dem Tod Schleyers und der anschließend aufgepeitschten Stimmung fiel es dann der CSU und ihren ‚U-Booten' in der BA (z.B. Rchtsanwalt Cramer) nicht mehr schwer, die Demo ganz abzusetzen. Auch hierbei wieder gute Zusammenarbeit mit der Polizei: Am Donnerstag vor der geplanten Demo erklärt ein Polizeisprecher mittags auf einer Pressekonferenz, er würde es sehr begrüßen, wenn die BA ihre Aktion absetzt. Eilig wird nachmittags eine Sitzung der BA einberufen, auf der putschartig ohne Diskussion die CSU-Linie durchgesetzt wird: Cramer erklärte sinngemäß: „Ich war schon immer gegen die Demonstration am 22.10., jetzt die Gefahr, daß durch eine schwache Beteiligung aus Schweinfurt (weil alle so deprimiert sind wegen Schleyers Abgang) die Demonstration einen linksradikalen Anstrich bekommt." Als weitere Begründung wird ein regelr e c h t e s Hetzpapier vorgelegt, in dem u.a. angeführt wird: Die Polizei brauche jetzt alle Reserven für die Fahndung nach den ‚Terroristen', man dürfe deshalb nicht soviele Kräfte durch die Demo binden (!!!) - was nichts anderes heißt, als daß diese Herren offensiv f ü r Repression und Einsatz des Polizeistaates gegen AKW-Gegner eintreten! Außerdem gebe es eine „Einheit" zwischen AKW-Gegnern und -Befürwortern" gegen den ‚Terrorismus' - was wirklich nur als ‚Argument' für ganz Bekloppte gedacht sein kann, denn oft genug werden gerade die AKW-Gegner von den Befürwortern als Terroristen bezeichnet.

Trotz offenen Protestes der linken Schweinfurter AKW-Gegner und der auswärtigen BI-Vertreter und trotz zaghafter Einwände und Kompromißvorschläge aus den Reihen der bürgerlichen Fraktion in der BA wurde die Abstimmung durchgezogen: 7 stimmten für die unbegrenzte Verschiebung der Demo und 2 (Vertreter der KKW-Nein-Gruppe) weigerten sich wegen des undemokratischen Vorgehens der Vorsitzenden, an der Abstimmung teilzunehmen.

Anschließend trafen sich die auswärtigen BI-Vertreter mit der Schweinfurter KKW-Nein-Gruppe und verabschiedeten eine eigene Presseerklärung, in der die Absetzung der Demo scharf kritisiert wird: *„Es kann für uns überhaupt keinen Grund geben, den Kampf gegen die lebensbedrohenden AKWs aufzuschieben"* heißt u.a..

In den an der Vorbereitung der Demo beteiligten BIs löste die Meldung von der Absetzung große Empörung und Ärger aus. Mehrer BIs verabschiedeten Erklärungen gegen die Absetzung, die Nürnberger Initiative veröffentlichte zusammen mit der KKW-Nein-Gruppe einen Offenen Brief an die BA, in dem sie zu einer Podiumsdiskussion über die aufgetretenen Widersprüche aufgefordert wird.

Daß der ‚CSU-Putsch' so leicht gelingen konnte, ist natürlich nicht nur auf die Schleyer-Stimmung zurückzuführen. Die Tatsache, daß der Widerstand gegen das AKW-Grafenrheinfeld nach einer großen Demonstration '74 (10.000) ausschließlich in der Hand bürgerlicher Berufspolitiker blieb und so nur auf den Gerichtsweg orientiert wurde, ist Ursache für den erheblichen Widerspruch zwischen örtlichem Widerstand einerseits und der gesamten nationalen und internationalen Anti-AKW-Bewegung andererseits.

Die CSU-Ratsherren, die von vorneherein kein Interesse an der Demo bekundet haben, haben gezeigt, daß sie nichts anderes im Sinn hatten, als diese zu torpedieren, die übrige Ratsherrenfraktion in der BI ist teilweise mitgezogen und teilweise untergetaucht. Das ergibt die Möglichkeit für die AKW-Gegner, die rechten Saboteure und Polizeifreunde zu isoliern.

KB/Gruppe Nürnberg

Sauber! AKW-Gegner freigesprochen!

Lübeck. Schon mehrfach mußten wir über Prozesse gegen AKW-Gegner anläßlich der Polizeiaktion im März dieses Jahres berichten. Damals hatte die Bürgerinitiative gegen Atomanlagen (BIgAL) ein Theaterstück, in dem eine Bauplatzbesetzung gespielt wurde, durchgeführt. Nach Megaphonbeschlagnahmung wurde eine spontane Demo durchgeführt, in dessen Verlauf die Polizei mit für Lübekker Verhältnissen nicht gekannter Brutalität gegen die Demonstranten vorging. Zahlreiche Polizisten wurden daraufhin wegen Körperverletzung im Amt u.a. angezeigt. Diese Anzeigen wurden und werden von der Staatsanwaltschaft verzögert. Staatsanwalt Prechtel war hingegen vergleichsweise ausgesprochen eifrig, AKW-Gegner vor den Kadi zu zerren. Gegen zwei fand am 26.10. der Prozeß statt. Dirk war angeklagt wegen Beleidigung, Jörg zusätzlich noch wegen Sachbeschädigung und Landfriedensbruch. Ein Bulle wollte gesehen haben, wie der eine in der Menge Mundbewegungen gemacht hat, denen zu Folge er Schwein gesagt haben soll. Der andere soll auf der Stoßstange eines Bullenwagens gestanden, auf das Dach des Wagens geschlagen und dabei „Schweine, Schweine" gerufen haben. Vorweg genommen: Der Prozeß endete mit zwei Freisprüchen. 80 Menschen waren zum Prozeß erschienen und wollten ihre Solidarität bekunden. Wie üblich war der Zuschauerraum zu klein (30 Leute) und eine Verlegung in einen größeren Saal wurde abgelehnt. Die geladenen Polizisten konnten keine genauen Aussagen machen und verwickelten sich durchgehend in Widersprüche, was von der Verteidigung auch gut ausgenutzt wurde. So konnte die Verteidigung aufgrund von Bildmaterial nachweisen, daß der Angeklagte gar nicht auf dem Polizeiauto herumgeturnt sein konnte. So war die Staatsanwaltschaft schließlich gezwungen, selbst auf Freispruch zu plädieren – wie peinlich!

Keine Kriminalisierung und Diffamierung von AKW-Gegnern! Verurteilung der Prügelbullen!

KB/ Gruppe Lübeck

KKU legt Entsorgungs–„nachweis" vor

Wie aus gut unterrichteten Kreisen gemeldet wird, hat die Kernkraftwerk Unterweser GmbH (KKU) den vorgeschriebenen Entsorgungsnachweis erbracht. Es wurde ein entsprechender Vertrag mit der französischen COGEMA vorgelegt, die die Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in La Hague betreibt. Dort können jedoch bekanntlich weder Brennelemente aufgearbeitet (die Anlage muß dauernd stillgelegt werden), noch können dort weitere Brennelemente gelagert werden, weil nur noch Platz für die jährlich abgebrannten Brennelemente eines einzigen AKW's vorhanden ist. Sollte dieser Entsorgungsnachweis trotzdem akzeptiert werden, dann wären für das KKU bei Esensham alle Hindernisse von Behördenseite für die Inbetriebnahme ausgeräumt und die Zeit nicht mehr fern, in der »Entsorgungsnachweise« per Otto-Katalog angefordert werden können ....

AKW-Nein—Kommission

Schon wieder: Nazis spielen AKW-Gegner

In Koblenz hat sich kürzlich eine „Deutsche Bewegung für Demokratie" (DBD) gegründet. Die DBD hat als erste Aktion einen Aufruf zu einer Demonstration am 12. November gegen das AKW Mülheim-Klärlich veröffentlicht. Darin heißt es u.a.: *„Jede Atomanlage verseucht ihre Umgebung, sowohl Luft als auch Wasser! Wer ist am Bau von Atomanlagen interessiert? Die Hochfinanz, weil sie in Uranfeldern und in der Entwicklung der Atomanlagen erhebliche Mittel investiert hat und hierfür eine angemessene Verzinsung will"*.

Wer's nicht weiß, würde bei diesem Zitat schwerlich merken, daß die DBD eine Gründung der NPD-Jugendorganisation JN ist!! Diese Information verdanken wir übrigens einem kleinen Blättchen namens „Deutsche Sonderkorrespondenz" (DSK), als deren Herausgeber unser alter „Freund" Horst J. Ackermann fungiert (Oktober-Nummer): HJ-Ackermann (nicht zu verwechseln mit dem „KPD/ML"-Mitbegründer G ü n t e r Ackermann!) brachte um 1968 zunächst ein rechtsradikales Blättchen heraus. Dann verschickte er von Herbst 1968 bis mindestens April 1970 ein neues Blättchen namens „Internationale Korrespondenz" (IK), in dem er sein konfuses Verständnis von einem „deutschen Maoismus" anbot.

Zu jener Zeit prahlte er gesprächsweise, er sei Agent des „Verfassungsschutz". Dies bezeichnete er spätet als „Witz". Außerdem stimme die von ihm angegebene Bezahlung nicht. ...

Es überrascht, diesen schon damals ziemlich ausgeflippten Typen s i e b e n Jahre später immer noch als Aktivisten in der Komiker- und Provokateurs-Szene anzutreffen. Derzeit wieder als „nationalrevolutionär".

Für nähere Angaben aus unserem Leserkreis über die derzeitigen Aktivitäten des HJ. Ackermann (Wohnort Koblenz) haben wir Verwendung.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

WAA in Groleben: Sicherheitstechnisch realisierbar??

Am 20.10. kamen die Reaktorsicherheitskommission (RSK) und die Strahlenschutzkommission (SSK) in einer gemeinsamen Beratung über das bei Gorleben in Niedersachsen geplante »Entsorgungszentrum« (= Wiederaufbereitungsanlage und Atommüll-Lager) zu dem Schluß, daß *»sowohl die Wiederaufbereitung abgebrannter Brennelemente als auch die jahrtausendelange Endlagerung in einem dort vorhandenen Salzstock 'grundsätzlich sicherheitstechnisch realisierbar' seien«* (»Handelsblatt«, 24.10.).

Dieser »positive« Beschluß der Beratungskommissionen ist der Startschuß für den zügigen Ausbau des Atomprogramms der Bundesregierung:

— *»Bundesinnenminister Maihofer (FDP) hat die physikalisch-technische Bundesanstalt Braunschweig angewiesen, unverzüglich einen Antrag auf Probebohrungen in den Salzstöcken von Gorleben zu stellen«* (»Hamburger Abendblatt«, 22.10.).

— Das »Handelsblatt« vom 24.10. kommt zu dem Schluß: *»Die Bundesregierung hat jetzt keinen Grund mehr, Teilerrichtungsgenehmigungen (für AKWs) zu versagen«* und berichtet weiter, daß die CDU/CSU-Fraktion darauf drängt, daß *»das zuständige Bundesinnenministerium grünes Licht für die neuen Kernkraftwerke Biblis C, Neckar-Westheim GKN II, Hamm, Vahnum und Neupotz«* geben soll.

Die Erteilung der Baugenehmigung droht weiterhin für die geplanten AKWs an den Standorten: Borken/Hessen, Biblis D/Hessen, Rehling/Bayern, Pleinting/Bayern, Cuxhaven/Niedersachsen.

Grund für die Annahme, daß jetzt AKWs in großem Stil genehmigt werden, ist die politische Linie der Bundesregierung zum Genehmigungsverfahren für AKWs. Diese lautet wie folgt: *»Aufgrund eines Ministerentscheides sollen jetzt weitere Errichtungsgenehmigungen erst dann erteilt werden, wenn der Sicherheitsbericht über das Entsorgungszentrum vorliegt und die RSK (soweit betroffen auch die SSK) positiv zur Realisierbarkeit dieser Anlage Stellung genommen hat. Eine erste Teilerrichtungsgenehmigung für das Entsorgungszentrum soll jedoch nicht abgewartet werden«* (120. Sitzung der RSK, 19.1.77).

Dieser Grundsatz wurde auch im Mai dieses Jahres auf der Sitzung der Ministerpräsidenten mit Ausnahme von Bremen und Nordrheinwestfalen ausdrücklich bestätigt.

Konkrete Auswirkungen auf das Genehmigungsverfahren für die WAA in Gorleben hat die positive Stellungnahme der RSK/SSK nach Angaben des niedersächsischen Sozialministeriums jedoch nicht, dort will man den vorliegenden Bericht *»eingehend prüfen«*. Der niedersächsische Sozialminister hat seinerseits am 12. Mai 77, also sofort nach Antragstellung auf Errichtung und Betrieb der WAA durch die DWK, ein eigenes Gutachtergremium mit der sicherheitstechnischen Begutachtung des vorgelegten WAA-Konzepts beauftragt, diese noble Vereinigung nennt sich »Arbeitsgemeinschaft Nukleares Entsorgungszentrum der TÜV Hannover/Norddeutschland«.

Diese Leute sind zur Zeit dabei, den 3.000 Seiten umfassenden Sicherheitsbericht der »Deutschen Gesellschaft für die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen« (DWK) zu prüfen. Dieses Prüfungsverfahren soll »voraussichtlich zwei bis drei Jahre in Anspruch« nehmen (»Hannoversche Allgemeine Zeitung«, 22.10.77).

Während die TÜV-Gutachter also einige J a h r e für die Begutachtung des Sicherheitsberichtes brauchen und ihnen bereits nach kurzer Durchsicht die Socken qualmen, ist es den Gesundbetern der Atomindustrie von der RSK bereits nach s e c h s M o n a t e n möglich, der Atom-Müll-Anlage die *»grundsätzliche sicherheitstechnische Realisierbarkeit«* zu bescheinigen. Damit erfüllt die RSK allerdings nur die bereits im Januar 77 aufgestellte Forderung ihres Brötchengebers, des Bundesinnenministeriums (BMI), welches auf der 120. Sitzung der RSK am 19.1.77 bereits unverblümt verlangte: *»Der BMI erwartet die Vorlage des Sicherheitsberichtes für das Entsorgungszentrum im März und bittet dann die RSK möglichst bis Juli/August um eine Stellungnahme zur Realisierbarkeit des Projekts«*. Daß diese Stellungnahme positiv ausfallen m u ß t e, trotz der Tatsache, daß die geplante Anlage gerade erst am A n f a n g der Prüfung steht — so moniert der TÜV Baden in seinem Schreiben vom 7.7.77, daß ihm noch nicht einmal eine »detaillierte Bauzeichnung im Maßstab 1:50 oder 1:100« vorliegt — entspricht einfach der politischen Notwendigkeit, gegenüber der Öffentlichkeit die »Entsorgungsfrage« als gelöst darstellen zu können und den Anschein einer gründlichen Prüfung durch den TÜV zu erwecken und dann frei von allen »Entsorgungsproblemen« den Ausbau von AKWs zügig voranzutreiben.

Dieser »Persilschein« in Sachen Entsorgung wird möglicherweise auch noch Bedeutung gewinnen in den zur Zeit laufenden Verwaltungsgerichtsverfahren gegen AKWs, insbesondere im Fall von Brokdorf, wo das Gericht mit dem Hinweis auf die mangelnde Klarheit über die Entsorgung den Baustopp bestätigte (siehe Artikel hierzu in diesem AK).

Daß die RSK-»Experten« sehr wohl wissen, daß fast alle Probleme der Wiederaufarbeitung und Atom-Müll-Endlagerung noch ungelöst sind, geht schon daraus hervor, daß sie darauf hinweisen, *»daß einzelne Fragen noch durch weitere Forschungs- und Entwicklungsarbeiten geklärt werden müßten«* (»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 21.10.77). *»Diese seien bereits in Angriff genommen und können projektbegleitend weitergeführt werden«.*

Das ist die Methode dieser »Experten«: Anstelle der gesicherten Erkenntnisse über die Sicherheit wird das »Prinzip Hoffnung« gesetzt. Eine durchaus übliche Methode der Atomindustrie, die »Sicherheit« ihrer Anlagen zu »beweisen«.

„Sicherheitsbericht" der DWA

Trotz des beeindruckenden Umfangs des vorgelegten Sicherheitsberichts (3.000 Seiten!!) scheint dieser nicht das Gelbe vom Ei zu sein, denn bereits nach kurzer Durchsicht stoßen die TÜV-Gutachter auf schier unüberwindliche Schwierigkeiten.

Aus einem Schreiben des TÜV Baden zu »Informationen zur Vorbereitung der Grundsatzgespräche Juli/August 1977« vom 7.7.77 geht nun in aller Ausführlichkeit hervor, was den TÜV so alles bedrückt. Einführend heißt es in dem Schreiben: *»Wie sie den Unterlagen entnehmen können, sind wir der Ansicht, daß die im Sicherheitsbericht des TP2* (Teilprojekt 2, Wiederaufarbeitung, Abfallbehandlung und Zwischenlagerung — Anm. AK) *enthaltenen Informationen vor allem vom Detaillierungsgrad her nicht ausreichen, um die Konzeptbeurteilung dieser konkreten Wiederaufarbeitungsanlage durchführen zu können«.*

Hier nun eine Auswahl der konkreten Schwierigkeiten, mit denen der TÜV zu kämpfen hat:

— Lösungsmittelbrände beim Auflösen der Brennelemente in Säure. Dazu heißt es: *»Lösungsmittelbrände in der Extraktion* (dem Auflösevorgang — Anm. AK) (..) *können bei ungünstigem Ablauf des Störfalles zu schwerwiegenden Belastungen der Umgebung des NEZ* (»Nukleares Entsorgungszentrum« — Anm. AK) *führen«.* In einem weiteren Schreiben des TÜV Hannover (vom 29.7.77 zum Thema »Brand- und Explosionsschutz«) heißt es vertrauenserweckend: *»In nahezu allen Teilprojekten werden Lösungsmittel gelagert und im Prozeß verwendet. Die vorliegenden Unterlagen geben nur unzureichend Auskunft über Zündtemperaturen von Lösungsmitteln, speziell fehlen Angaben über das Verhalten der verunreinigten Stoffe«.* Viel scheint somit in dem Sicherheitsbericht nicht drinzustehen, denn selbst so simple Fragen wie »welche Lösungsmittelmengen können abbrennen?« und *»können Brände gelöscht werden, wenn ja — womit, welche Folgen sind dabei zu erwarten?«* werden als ungelöst vom TÜV an die Betreiber gestellt. Folglich heißt es zusammenfassend: *»Die gesamte Brandschutzproblematik ist z.Zt. noch nicht zu überblicken«!*

Da in den Behältern, deren Brandgefahr ungeklärt ist, radioaktives Krypton gelagert werden soll, bedeutet dies, daß bei Bränden unter anderem das Krypton in riesigen Mengen frei wird. Die Betreiber versuchten sich angesichts dieser Problematik wohl etwas zu einfach aus der Affäre zu ziehen, indem sie vorschlugen, einfach im Brandfalle die Türen dicht zu machen und den Raum ausbrennen zu lassen.

Und auch die Lagerung von hochaktivem Müll will nicht so recht klappen. So ist geplant, den sich selbst erhitzenden Müll in 1.000 cbm fassenden Tanks zu lagern, doch auch hier findet der TÜV nicht die rechten Worte für die Betreiber, denn *»bisher liegen keine Unterlagen vor, aus denen Einzelheiten der Auslegung, Herstellung, Qualitätssicherung und Aufstellung der 1.000 cbm fassenden HAW-Zwischenlagertanks* (HAW = High Active Waste = Hochaktiver Müll — Anm. AK) *zu ersehen sind. Da bisher derartige Behälter in dieser Größe unseres Wissens weder im In- noch im Ausland gebaut wurden, kann über die technische Realisierbarkeit dieser Behälter zunächst noch keine Aussage gemacht werden* (Zitat nach TÜV Baden).

Immerhin sind schon Erfahrungen mit, wenn auch kleineren Tanks, in den USA gesammelt worden. Das beeindruckende Ergebnis war, daß z.B. neben vielen anderen Fällen in Hanford 400.000 Liter hochradioaktiver Flüssigkeit unbemerkt ausfließen konnten.

— Nicht wesentlich besser sieht es bei der Begutachtung der Kühlung der wichtigsten Anlageteile aus. *»Ein völliger Ausfall der Kühlung der sicherheitstechnisch wichtigen Verbraucher führt innerhalb von Stunden und (...) unter Umständen bereits innerhalb einer Stunde zu Zuständen in der Anlage, die schwerwiegende, weit oberhalb Paragraph 28 Absatz 3 Str.Sch.V.* (Strahlenschutz-Verordnung — Anm. AK) *liegenden Dosiswerte in der Umgebung des NEZ zur Folge haben«* (TÜV Baden); als normaler Mensch nennt man dies schlicht und einfach: Katastrophe! Wie diese Katastrophe aussehen wird, wurde vom Institut für Reaktorsicherheit (IRS) selbst schon untersucht: 30 Millionen Tote allein in der BRD!

— Zur Arbeitssicherheit ist zu bemerken, daß offensichtlich auch dort an allen Ecken und Kanten gespart werden soll, denn *»die (...) gesetzlich vorgesehenen Rettungsweglängen (werden) nicht konsequent eingehalten«* und *»z.T. gibt es erhebliche Überschreitungen der höchstzulässigen Weglängen«* frei nach dem Motto, wenn schon mal was passiert, müssen die Kollegen halt die Beine in die Hand nehmen!

Ebenso wurde die Lüftungsanlage im Gegensatz zur Handhabung bei AKWs nicht als »sicherheitstechnisch relevant« angesehen, weswegen sie auch nicht mehrfach ausgelegt werden soll.

Wie man sieht, bei diesen kleinen »Problemchen« mit der Entsorgung war es kein Problem, ihr den Gütesiegel »sicher« zu verpassen.

„Brokdorf: Kann der Bau doch beginnen?"

Mit dieser Überschrift kommentierte die „BILD" am 18.10.77 das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes (OVG) Lüneburg, das in letzter Instanz den vorläufigen Baustopp für das geplante AKW in Brokdorf bestätigt hatte. Die „BILD" mutmaßte, daß schon *„in wenigen Wochen"* in Brokdorf weitergebaut werden könne. Auch der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Stoltenberg sah keinen Anlaß, seinen „Optimismus" zu ändern, *„die Auflagen für ein Wirksamwerden des Sofortvollzuges der ersten Teilgenehmigung lassen sich möglicherweise in absehbarer Zeit erfüllen"*, erklärte er (in „Spiegel", 24.10.77).

Das Urteil des OVG vom 17.10.77 ist zwar einerseits ein Zugeständnis an die Anti-AKW-Bewegung, das den Baustopp vorerst nicht aufhob, der nach mehreren Großaktionen in Brokdorf ausgesprochen bzw. bestätigt worden war. Sogar die Landesregierung in Kiel hatte seinerzeit, um die Großaktion am 19.2.77 zu spalten, von sich aus angeboten, den Bau bis zum Ende der ersten gerichtlichen Instanz aufzuschieben.

Einen totalen Baustopp hat es allerdings nie gegeben. Außerhalb der Baustelle wurde das AKW mit Hochdruck weitergebaut. Bereits 100 Mio. DM sind verbaut, weitere 100 Mio. DM sollen jetzt folgen. Die Hälfte des Sicherheitsbehälters ist schon fertig (Angaben nach „Kieler Nachrichten", KN, 17.10.77)!

Andererseits sind die Auflagen, die jetzt das Gericht gemacht hat, bei weitgehender Auslegung schon jetzt erfüllt, so daß es eine rein politische Entscheidung ist, wann mit dem Weiterbau in Brokdorf fortgefahren wird. Darüberhinaus ist das Urteil sogar ein Sieg der AKW-Betreiber, denn das Gericht akzeptierte kein einziges Sicherheitsrisiko des geplanten AKWs als einen Grund für einen Baustopp.

Als Bedingungen für den Weiterbau des AKWs nannte das Gericht folgende Punkte: Es müssen

- *„ein prüfungsfähiger Antrag für ein Zwischenlager zur Lagerung abgebrannter Brennelemente gestellt sein";*
- *„geologische Untersuchungen zum Nachweis der Eignung eines bestimmten Standortes für die Endlagerung radioaktiver Abfälle eingeleitet sein"*

(Vorab-Erklärung des Gerichts).

Diese beiden Punkte, die auf den ersten Blick so erscheinen, als ob durch sie ein längerer Baustopp aufrechterhalten bleibt, haben sich schon kurz nach dem Urteil als für die Atomindustrie leicht zu überspringende Hürden erwiesen.

„Prüfungsfähiger Antrag" liegt bereits vor

So war z.B. die Ankündigung des Standortes für das Zwischenlager und damit ein Antrag auf Erteilung der ersten Teilerrichtungsgenehmigung schon für den 14.10.77 in Aussicht gestellt worden. Aus den bisher vorliegenden Informationen ist der Standort Aahaus in Nordrhein-Westfalen so gut wie sicher; NRW hat seine Zustimmung zu einem solchen Zwischenlager bereits gegeben (SZ, 20.10.77). Die Planung der Atomindustrie geht dahin, noch im Oktober 77 ausschreibungsfähige Unterlagen für ein Zwischenlager zu haben auf der Basis eines Gutachtens, was schon vor ca. einem halben Jahr in Auftrag gegeben worden war. Die weitere Planung sieht nach einem einjährigen Prüfungsverfahren den Baubeginn für das Frühjahr 1979 vor (Protokoll des Ausschusses für Forschung und Technologie, WAA und Endlagerung, 9/23).

Für das 3.000 t U (Uran) Zwischenlager (zugleich Eingangslager) der WAA in Gorleben liegt schon seit dem 31.3.77 der niedersächsischen Landesregierung ein Genehmigungsantrag vor.

Für das 1.500 t U Zwischenlager soll die Genehmigung im Zeitraum vom Oktober bis Dezember 1977 gestellt werden.

Für das 600 t U Zwischenlager, für das schon im Juni d.J. ein vorläufiger Sicherheitsbericht erstellt wurde, soll der Genehmigungsantrag auch jetzt im Herbst 1977 gestellt werden (KWU, Hildenbrand, Stellungnahme zum Hearing über die WAA, S. 76).

Das heißt: formal liegen schon „prüfungsfähige Anträge" für Zwischenlager vor, wobei es im wesentlichen um die externen Zwischenlager außerhalb der WAA geht, da auf Verlangen Albrechts hierzu andere Bundesländer heranzuziehen seien. So ist der einzige Hinderungsgrund für diese Bedingung des Brokdorfer Urteils nur noch die endgültige Festlegung des Standortes, die aber jederzeit erfolgen kann, spätestens aber in sechs bis neun Monaten erfolgt sein wird (so Stoltenberg im „Spiegel", 24.10.77).

Mit den Probebohrungen kann begonnen werden

Die zweite Auflage des Gerichts, die „Einleitung" von geologischen Untersuchungen in Gorleben ist sogar so vage gehalten, daß man sie im Grunde als erledigt betrachten könnte. Man kann sagen, die Einleitung dieser Untersuchungen ist bereits im vollen Gange:

Auf dem Energiekongreß der CDU machte Albrecht ein neues Angebot, nachdem er bisher erklärt hatte, Probebohrungen sollten nicht vor der Absegnung des Konzeptgutachtens für die Wiederaufbereitungsanlage erfolgen, d.h. nicht bevor die WAA ein staatliches „Sicherheitsgütesiegel" erhalten hätte. Jetzt forderte er die Bundesregierung ausdrücklich dazu auf, doch endlich einen Antrag für die Probebohrungen zu stellen. *„Dieser Antrag sei dringlich, weil er nur genehmigt werden könne, wenn die grundstücksrechtlichen Voraussetzungen in Gorleben erfüllt seien"* („Elbe-Jeetzel-Zeitung", 11.10.77).

Die Bundesregierung habe nicht einmal Kontakt zu den Grundstückseigentümern aufgenommen („Welt", 11.10.77). Diese „Kritik" Albrechts an der Bundesregierung ist nichts anderes als eine direkte Aufforderung, endlich die Fläche für die WAA zu enteignen.

Daß sich Albrecht hierauf schon konkret vorbereitet, zeigt ein „Leserbrief" in der SZ vom 20.10.77: *„Die Landesregierung unternimmt bereits alle Anstrengungen, um zunächst die theoretischen Untersuchungen zügig durchführen zu können. Im niedersächsischen Sozialministerium wurde ein zusätzliches Referat mit zehn Experten eingerichtet"* (H. v. Poser, Pressesprecher Niedersachsen).

Zu den Probebohrungen selbst wird nochmal festgestellt, *„daß die niedersächsische Landesregierung Probebohrungen erst dann zulassen wird, wenn die Konzeptgenehmigung erteilt ist, d.h. wenn das gesamte Projekt einer Entsorgungsanlage als sicherheitstechnisch unbedenklich erkannt werden konnte"* (a. a. O.).

GENAU DAS IST ABER AM 20. 10. 1977 GESCHEHEN!!! Auf einer Tagung von IRS und GRS mit dem einzigen Tagesordnungspunkt „Konzeptgutachten" für die WAA wurden die von beiden Instituten vorgelegten Gutachten verabschiedet und der Bundesregierung übergeben. Um was für eine Schmierenkomödie es sich dabei handelt, zeigt ein Artikel aus der „Süddeutschen Zeitung" vom 20.10.77, also vor der besagten Sitzung: *„Wie Baum* (Staatssekretär des Bundesinnenministeriums, Anm. d. Red.) *... mitteilte, werden die Besprechungen mit den Ländern über die Erteilung von ersten Teilgenehmigungen für neue Kernkraftwerke nach dem Vorliegen der Entsorgungsgutachten der Reaktorsicherheitskommission und der Strahlenschutzkommission eingeleitet werden. Die beiden Gutachten werden nach Angaben Baums am heutigen Donnerstag übergeben"*! D.h. die Sitzung war nur noch reine Formsache, die Verabschiedung bereits vorher beschlossen. Obwohl sogar im TÜV die größten Bedenken gegen die technische Realisierbarkeit bestanden – der Bericht genüge nicht einmal den Anforderungen für einfache AKWs – behauptete die Unbedenklichkeits-Kommission nun, daß praktisch alle Probleme gelöst seien.

„Wie Sie den Unterlagen entnehmen können, sind wir der Ansicht, daß die im Sicherheitsbericht des TP2 (Teilprojekt Wiederaufarbeitung, Abfallbehandlung, Zwischenlagerung) enthaltenen Informationen, vor allem vom Detaillierungsgrad her, nicht ausreichen, um die Konzeptbeurteilung dieser konkreten WAA durchführen zu können" (Brief des TÜV Baden, 7. 7. 77). Doch trotz dieser Bedenken wurde auch im TÜV der Weg für eine positive Stellungnahme eröffnet, indem gesagt wurde, daß für eine positive Konzeptbeurteilung in diesem Fall schon Absichtserklärungen der Betreiber ausreichen würden. Und genau in dieser Richtung ist auch jetzt die Stellungnahme ausgefallen. *„Die beiden Kommissionen weisen darauf hin, daß einzelne Fragen noch durch weitere Forschungsarbeiten und Entwicklungsarbeiten geklärt werden müßten. Diese seien bereits in Angriff genommen worden und könnten projektbegleitend weitergeführt werden"* (FAZ, 21.10.77). Probebohrungen in Gorleben für die Endlagerung werden nur noch zur reinen Formsache erklärt. *„Bei der großen Ausdehnung des Salzstockes in Gorleben sei sichergestellt, daß die Lagerung von schwachen und mittelaktiven Abfällen dort möglich sei"* (FAZ, 21.10.77). Aufgrund dieser Stellungnahme wurde inzwischen vom Bundeskabinett die physikalisch-technische Bundesanstalt für Bodenkunde in Braunschweig beauftragt, den Antrag für Probebohrungen bei der niedersächsischen Landesregierung zu stellen (FR, 21.10.77).

Es bleibt abzuwarten, ob das Gericht mit der „Einleitung" von geologischen Untersuchungen schon diesen Antrag meinte, oder die tatsächliche Durchführung von Probebohrungen als Voraussetzung angesehen wird. Zudem wird bei diesem Vorgang noch mit einem Enteignungsverfahren zu rechnen sein, das maximal zwei Jahre dauern kann. Die Frage ist aber, ob in diesem Fall eine wesentlich schnellere Gangart eingeschlagen wird.

Dieses Urteil ist gleichzeitig eine Aufmunterung für die Bundesregierung, jetzt – wie schon im Frühjahr angekündigt – weitere AKWs in Angriff zu nehmen. Obwohl das Atomgesetz für den AKW-Betrieb die gesicherte Entsorgung verlangt, ist jetzt nur noch vorgeschrieben, daß irgendwo ein Lager steht, in das die Brennelemente gebracht werden können.

Damit das AKW schließlich die Betriebsgenehmigung erhalten kann, soll in Zukunft neben dem Lager nur die erste Teilerrichtungsgenehmigung für das Entsorgungszentrum vorliegen, d.h. dort mit dem Bau begonnen werden. Von den Gerichten ist dabei in Zukunft kein Aufschub mehr zu erwarten.

AKW-Nein-Kommission

Betrieb und Gewerkschaft





Metall

Pyrrhussieg der Mitbestimmung

Um eine 400 Mio.-Mark-Investition ging es auf einer Sitzung des Aufsichtsrates der Stahlwerke Röchling-Burbach (Völklingen, Saar) am 28. September. Mit diesem Geld soll in dem von Massenarbeitslosikeit besonders stark betroffenen Saarland ein neues Stahlwerk gebaut werden.

In dieser Sitzung kam es zu einer Entscheidung, die von der „Welt am Sonntag" (16.10.) „historisch" genannt wurde. Auch die „FAZ", die sich namentlich in ihrem Wirtschaftsteil eines betont kühlen Temperaments befleißig, sprach von einem „*weithin beachteten Aufsichtsratsbeschluß*". Der Anlaß dafür war nicht einmal der Beschluß selbst — mit einer Stimme Mehrheit wurde für die Investition votiert — sondern vielmehr die Tatsache, daß zum e r s t e n Mal in der 26jährigen Geschichte der Montan-Mitbestimmung „*die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat in einer wichtigen Investitionsentscheidung die Eigentümervertreter in einer Kampfabstimmung überstimmt haben*". Genauer gesagt, hatte in diesem Fall der sog. „neutrale Mann" den Ausschlag zugunsten der Arbeitnehmervertreter gegeben.

Ein Sieg der von den Gewerkschaftsführern so gepriesenen „Paritätischen Mitbestimmung"? Der lang erwartete Beweis, daß durch „Demokratisierung der Wirtschaft" die Geißel der Arbeitslosigkeit überwunden, Arbeitsplätze erhalten und sogar neue auch gegen den Willen der Kapitalisten geschaffen werden können? Oder was sonst?

In der Tat versucht die „WamS" (16.10.) diesen Eindruck zu bestätigen — freilich aus der Sicht der Kapitalisten: „*Noch nie in dem Vierteljahrhundert* (der Montan-Mitbestimmung) *hatten Arbeitnehmer und neutraler Mann in einem paritätisch besetzten Aufsichtsrat ihre Macht dazu benutzt, Unternehmens-Eigentümer zu Millionen-Ausgaben zu zwingen, die sie ablehnen.*" Und: „*Die historische Entscheidung des Röchling-Aufsichtsrates bestärkt Deutschlands Arbeitgeber in ihren Vorbehalten gegen die Mitbestimmung. Sie glauben, daß die Mitbestimmung letztlich dazu führt, daß in einer Krisensituation eher an eine — möglicherweise vorübergehende — Sicherung der Arbeitsplätze als an die langfristigen Interessen des Unternehmens gedacht wird.*"

Doch die Kapitalisten betrachten die Diskussion über die Art des zu errichtenden Stahlwerks durchaus noch längst nicht als abgeschlossen. Zwar sind die Gelder nach dem Beschluß ab 15. Oktober freigegeben, doch soll überhaupt nur in mehreren Stufen gebaut werden, wobei ein Datum für die erste Baustufe noch nicht in Sicht ist. Die Kapitalisten werden einen ihnen genehmen Zeitpunkt abwarten. Und so kann die „FAZ" (15.10.) beruhigt feststellen: „*Die Geschäftsführung auch einer montanmitbestimmten GmbH ist — was häufig übersehen wird — an die Weisungen der Anteilseigner, also der GmbH-Gesellschafter, gebunden. Gegen den Willen der Anteilseigner kann trotz eines anderslautenden Aufsichtsratsbeschlusses nicht investiert werden.*"

Allein, die Gewerkschaftsführer werden ihres „Sieges" offensichtlich auch nicht froh. Schon die Tatsache, daß sie in 26 Jahren nun zum ersten Mal so einen Beschluß vorweisen können, belegt die völlige Untauglichkeit der Mitbestimmung. Und daß die Kapitalisten trotz allem machen, was sie wollen, muß ihnen zusätzliche Pein bereiten. So haben die IG-Metall-Führer es bisher wohlweislich vermieden, ihren „Sieg" in der Öffentlichkeit in gebührender Weise zu würdigen. Nicht einmal in den vom IGM-Vorstand herausgegebenen „Presse- und Funk-Nachrichten", in denen sie täglich wichtige Artikel und Kommentare aus Presse und Funk an ihre Funktionäre verschicken, brachten Beiträge zu diesem Thema.

Dabei haben die Gewerkschaftsführer Publikumserfolge in Sachen Mitbestimmung bitter nötig. Mußte doch auf dem gerade beendeten IGM-Gewerkschaftstag das für Montan-Mitbestimmung zuständige Vorstandsmitglied Rudolf Judith in seinem Geschäftsbericht eine vernichtende Bilanz ziehen. „*Seit 1975 haben in der Stahlindustrie 29.000 Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz verloren; allein in den ersten neun Monaten dieses Jahres rund 10.000.*" Und bei einem Andauern der Stahlkrise erwartet er: „*Weitere Stillegungen. Eine Reduzierung der Rohstahlanlagen auf eine Kapazität von 50 Millionen Jahrestonnen würde den Verlust von weiteren 45.000 bis 50.000 Arbeitsplätzen in den nächsten Jahren bedeuten.*"

Und das alles, wo die Gewerkschaftsführer die Montanindustrie ob paritätisch besetzer Aufsichtsgremien seit Jahrzehnten als gewerkschaftspolitisches Musterländle angepriesen haben. Doch der Lack blättert angesichts der realen Entwicklung unaufhaltsam ab. Judith: „*Viele unserer Kolleginnen und Kollegen haben sich nicht träumen lassen, daß im Stahlbereich — in montanmitbestimmten Unternehmen — Personalreduzierungen von solchen Ausmaßen möglich sein werden. Für viele war es unvorstellbar, daß in der Eisen- und Stahlindustrie Massenentlassungen — wie in einem Fall geschehen — vorkommen können.*" Und zynisch fügt er hinzu: „*Das zeigt ohne Zweifel, daß viele Kolleginnen und Kollegen großes Vertrauen in die Montanmitbestimmung gesetzt haben.*"

Bisher war es den Gewerkschaftsführern noch möglich, die Arbeiter mit ihren Mitbestimmungsparolen zu täuschen und ihnen die Illusion eines gesicherten Lebens vorzugaukeln. Dieses Geschäft wird angesichts der tatsächlichen Krisenentwicklung zunehmend schwieriger. Die Illusionen schwinden dahin. Ihren weiteren Kurs haben die Gewerkschaftsführer abgesteckt — sie fordern „mehr Mitbestimmung": „Parität" auch in den übrigen Wirtschaftszweigen, Mitbestimmung auf Branchenebene, Wirtschafts- und Sozialräte für das „*gesamtwirtschaftliche Ganze*" (Judith). Weit davon entfernt, diese Forderungen auch nur ansatzweise verwirklichen zu können, könnten die IGM-Führer letztlich nur umso gigantischere Sozialpläne anbieten. Noch kommt den Mitbestimmungsstrategen die Schwäche der revolutionären Linken zustatten; an ihr wird es liegen, die Illusionen zu entschleiern.

Mitbestimmung hat kein' Zweck —
das Kapital muß restlos weg!

Metall-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Stahltarifrunde:

Das kann ja heiter werden!

Die Große Tarifkommission der IG Metall für die Eisen- und Stahlindustrie hat beschlossen, vorerst auf die Aufstellung konkreter Lohn- und Gehaltsforderungen für den Ende Oktober auslaufenden Tarifvertrag zu verzichten. Stattdessen sollen mit dem Arbeitgeberverband unverbindliche Tarifgespräche aufgenommen werden, um erst einmal gemeinsam zu überlegen, „welche tariflichen Regelungen überhaupt denkbar sind".

Mit diesem Zugeständnis, welches selbst für „partnerschaftlich" geführte Tarifauseinandersetzungen ungewöhnlich ist, haben die Gewerkschaftsführer ihre Bereitschaft deutlich gemacht, auf die „notleidende Stahlindustrie" besondere Rücksicht zu nehmen und ersten Tarifabschluß in die metallverarbeitende Industrie verlagern. Außerdem besteht die Gefahr, daß sich ein mieser Stahlabschluß auf die Metallverarbeitung übertragen läßt, ohne daß es in den Betrieben zu Unruhe und größeren Protesten kommt.

In der Stahlindustrie will man sich erstmal mit den Arbeitgebern ohne Einschränkung „*über die volle Breite aller Tarifverträge*" unterhalten. Womit vor allem der Lohnrahmenvertrag und das Rationalisierungs-Schutzabkommen gemeint sind. Erreichen will man hier die Verbesserung des Kündigungsschutzes und die Sicherung des Einkommens, u.a. soll die auf sechs Wochen befristete Einkommenssicherung bei Umsetzung auf einen schlechteren Arbeitsplatz verlängert werden.



ganz kleine Brötchen zu backen. Die Stahlarbeiter sollen mit extrem niedrigen Lohnerhöhungen abgebürstet werden.

Um jedoch zu vermeiden, daß ein Mini-Stahlabschluß die Tarifauseinandersetzungen eröffnet und zum Leitfaden für die kommenden Lohnrunden wird, setzen die IG Metall-Führer auf Verzögerungstaktik. Dazu Bezirksleiter Herb: „*Man bereite sich auf langwierige Verhandlungen vor. Möglicherweise werde man erst nach der Metallindustrie — die zwei Monate später kündigt — zu einem Abschluß kommen*" (Handelsblatt", 14.10.77).

Aus der Sicht der Gewerkschaftsführer ist diesmal in der Stahlindustrie nichts zu holen. Deshalb wollen sie den

Auf den Abschluß dieser Vereinbarungen legen die IGM-Führer offensichtlich den Schwerpunkt. Damit soll der Eindruck erweckt werden, als ob die Sicherung der Arbeitsplätze in der Stahlindustrie vorrangige Zielsetzung ihres Handelns und Verhandelns ist. Tatsächlich aber hat noch kein Tarifvertrag die Arbeiter vor Entlassungen und Rationalisierung geschützt, bestenfalls werden dadurch die Auswirkungen abgemildert oder hinausgezögert. Darüberhinaus sollen derartige Abkommen den zu erwartenden extrem niedrigen Lohnabschluß in einem etwas günstigeren Licht erscheinen lassen.

Metall-Kommission

Demag Conz Massenentlassungen geplant

Gerade eine Woche nach der Betriebsversammlung (auf der noch kein Sterbenswörtchen bekannt wurde) berief der Betriebsrat eine Sondersitzung ein, auf der die Kapitalisten für 1978 mindestens 100 Entlassungen ankündigten! Spätestens Ende '78 sollen 66 Arbeiter und 49 Angestellte „freigesetzt" worden sein (das sind mehr als 15 % der Hamburger Belegschaft!)

Außerdem sollen im nächsten Jahr nur noch zehn statt bisher 15 - 18 gewerbliche Auszubildende eingestellt werden.

Auch die kaufmännischen Kollegen werden von den Rationalisierungen nicht verschont bleiben. So ist von der Geschäftsleitung (GL) geplant, die gesamte Buchhaltung sowie Lohn- und Gehaltsabrechnung in einem anderen Werk zusammenzufassen. Trotz dieser kommenden Entlassungswellen ist die GL bisher nicht einmal bereit, über einen Sozialplan zu verhandeln, sondern steht, ebenso wie der Betriebsrat auf dem Standpunkt, daß man dadurch erst den Demag-Mannesmann-Vorstand auf die brisante Situation bei Conz hinweisen würde. Die Identifizierung mit dem Betrieb bzw. mit den Unternehmerinteressen geht bei der Mehrheit der Betriebsräte so weit, freiwillig auf die Durchführung einer außerordentlichen Betriebsversammlung zu verzichten, und stattdessen mit der GL hinter verschlossenen Türen zu mauscheln. Diese Betriebsversammlung, auf der die GL Rechenschaft über ihre Pläne ablegen müßte, sollte nun von den Kollegen gefordert und erkämpft werden.

Metallkommission
KB/Gruppe Hamburg

Röchling-Burbach: Weitere 3.500 Arbeitsplätze in Gefahr

„*Weitere drastische Anpassungsmaßnahmen über die bisherigen Ankündigungen hinaus*" sind in den saarländischen Stahlhütten Röchling-Burbach geplant. Angesichts der „*verheerenden Marktlage und der verheerenden Ergebnisse*" sollen zwei moderne Konverter stillgelegt werden. Nach der bisherigen Planung sollten 1.300 Arbeiter noch in diesem Jahr ihre Arbeitsplätze verlieren, sowie weitere 700 Angestellte bis 1979. Mittlerweile liegt die Planung bei 3.000 Arbeitern und 500 Angestellten („Handelsblatt", 22.10.)! Damit verschärft sich die Arbeitsplatzsituation im Saarland in unerträglichem Maße. Seit vielen Jahren hält das Saarland den traurigen Rekord in der bundesdeutschen Arbeitslosenstatistik. Bei einem Lohnniveau, das um 5,4 % unter dem Bundesdurchschnitt liegt, standen die 7,1 % Arbeitslosenrate weit vorne an.

Am 26.10. legten etwa 1.000 Kollegen für eine Stunden aus Protest gegen diese unmenschlichen Pläne die Arbeit nieder und gingen auf die Straße (lt. Tagesschau, 26.10.)

Metall-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

BR-Wahlen im Zeichen der Antiterrorismus-Kampagne

Storno-Electronic Flensburg: Am 25. 10. fanden bei Storno BR Neuwahlen statt. Aufgrund einer massiven Hetzkampagne von Seiten der Geschäftsleitung (GL), reaktionärer Meister und Vorarbeiterinnen im Betrieb wurden die Linken nicht mehr in den neuen BR gewählt, wobei die GL die Antiterrorismuskampagne und die Verhetzung breiter Teile der Arbeiterschaft ausnutzte.

Das neue Wahlergebnis stellt einen Rechtsruck dar. Im 11-köpfigen BR sitzen jetzt unter den neun gewerblichen Vertretern drei Vorarbeiterinnen und — mit mehr Stimmen als vorher — der Reaktionär Böhmer, der noch am Tag der Wahl eine Unterschriftensammlung in Gang setzte, in der u.a. auch BR-Mitglieder angegriffen wurden, weil sie sich Nachschlag in der Kantine geholt hatten und diesen an Kollegen weitergegeben hatten,die keine Essenmarken dafür bezahlt hatten. Damit sollten die Kollegen in die kriminelle Ecke gedrängt werden.

Großen Stimmenzuwachs erhielten auch der sozialdemokratische BR-Vorsitzende Nielsen und andere BR-Mitglieder, die sich bisher für die Interessen der Kollegen kein Bein ausgerissen haben.

Die Linken bekamen trotz der massiven, gegen sie gerichteten Hetze zwischen 10 und 25% der Stimmen, die bisherige stellvertretende Vorsitzende verfehlte nur um vier Stimmen das BR-Mandat.

Am 22. Juli '77 fanden bei Storno schon einmal BR-Wahlen statt. Von sieben fortschrittlichen Kolleginnen und Kollegen, die vor der Wahl zu einem Kollegentreffen mit Film eingeladen hatten und von denen zwei mit einem Programm kandidierten, konnten damals fünf in den BR einziehen. Das war der GL natürlich ein Dorn im Auge. Sie beantragte beim Flensburger Arbeitsgericht ein Beschlußverfahren zur Anfechtung der Wahl mit folgender Begründung: Da mehrere Vorschlagslisten bestanden, hätte eine Listenwahl stattfinden müssen. Daß dieser Formfehler nur vorgeschoben worden war, zeigte sich schon daran, daß die bisherigen BR-Wahlen auf dieselbe Art durchgeführt worden waren. Damals hatte die GL daran jedoch keinen Anstoß genommen, hatten die Rechten doch die eindeutige Mehrheit.

Die Mehrheit des BR schlug vor, zurückzutreten, vor allem deshalb, um den Weg der geringsten Konfrontation mit der GL zu gehen. Die Linken im BR traten zunächst gegen einen Rücktritt auf, weil sie darin u.a. die Gefahr sahen, daß die Kollegen es als einen Rückzug gegenüber der GL werten würden. Schließlich wurde doch der Rücktritt beschlossen mit einer schriftlichen Erklärung des BR an die Kollegen, daß dieser Schritt keine Resignation bedeute.

Damit stand der Weg für Neuwahlen offen. Im Gegensatz zu den anderen BR-Mitgliedern versuchten drei Betriebsrätinnen eine breite Öffentlichkeit herzustellen. Sie luden durch Flugblätter zu Kollegentreffen ein, auf denen über den Angriff diskutiert wurde und Resolutionen verabschiedet wurden. An diesen Treffen nahmen zwischen 25 und 12 Kollegen teil. Die regelmäßige Arbeit und das ständige Vorbringen von Forderungen der Kollegen auf BR-Sitzungen hat kleine Erfolge gebracht. So ist die GL z.B. heute gezwungen in einer Abteilung sämtliche Akkorde zu „überprüfen".

Die GL hatte also — bis einige Tage vor der zweiten Neuwahl — ihr Ziel, nämlich die Linken aus dem BR zu schießen, nicht erreicht. Drei der Kollegen aus dem Bündnis bei der ersten Wahl hatten zwar resigniert und kandidierten diesmal nicht wieder, dafür waren aber andere Kollegen im Kollegentreffen aktiv geworden und hatten sich zur Wahl aufstellen lassen. Und auch im BR waren die Linken nicht total isoliert, was sich in der Ablehnung von Kündigungen, den Anträgen, Akkorde und Arbeitsbedingungen zu überprüfen und dem Rechenschaftsbericht des BR auf der Betriebsversammlung vor der Neuwahl niederschlug. Die GL fuhr also schärfere Geschütze auf, um die Linken zu isolieren, wobei ihr die Antiterrorismuskampagne, die zur Zeit der Flugzeugentführung auf vollen Touren lief, gut ins Konzept paßte. Auf der Betriebsversammlung vor der Neuwahl wurden die Linken des BR und das Kollegentreffen voll von der GL angegriffen. Mit Sprüchen wie: „Ihnen geht es nicht um das Wohl der Kollegen, sondern nur darum, Ihren Willen durchzusetzen. Mit den Veröffentlichungen der Linken und dem 'angeblichen' Kollegentreffen wird der Betrieb in den Schmutz gezogen. Es geht Ihnen nicht um die Sicherung der Arbeitsplätze. Die Linken verfolgen nur parteipolitische Ziele und wollen mit dem Kollegentreffen 'Sympathisanten' werben." Der „Metallarbeiter" (Zeitung des KB) wurde bei dieser Hetzrede demonstrativ hochgehalten. Daß die GL mit dieser Hetze nicht ganz erfolglos war, zeigte sich daran, daß einige Kollegen ihr Votum für die Linken zurückzogen mit der Begründung, die würden ja die „Terroristen" unterstützen. Am Tag der Neuwahl — Beerdigung von Oberboß Schleyer — wurde über Lautsprecher die dreiminütige Gedenkzeit verordnet. Logisch, daß jeder fortschrittliche Kollege, der versuchte, dagegen anzugehen und weiterarbeitete oder gar lachte, als „Sympathisant" abgestempelt war.

Am selben Tag wurde dem Ganzen die Krone aufgesetzt durch ein Flugblatt gegen die Linken. Darin heißt es: *»Keine Stimme der Gruppe mit den endlosen Diskussionen, ohne konkrete Ergebnisse, siehe letzte Betriebsversammlung. Keine Einseitigen, die nur an sich selbst denken. Keine Radikalen, die alles über den Haufen werfen wollen. Keine Gruppe oder Gruppenangehörige mit politisch einseitigen Zielen. Wer nicht genügend Bewerber kennt, sollte sich vorher noch informieren bei Kollegen, Vertrauensleuten oder der Gewerkschaft«.* Dieses Hetzblatt konnte ungehindert — wie eine offizielle Mitteilung der GL — im Betrieb verteilt werden (man stelle sich dies einmal bei linken Flugblättern vor). Am schwarzen Brett in der Kantine hing es unter der bezeichnenden Überschrift: *»Der kleine Krisenstab informiert«.* Herausgegeben wurde das Hetzblatt fast ausschließlich von Vorarbeiterinnen und einem Meister, der auch der Drahtzieher der Aktion ist. Angesichts dieser Hetzkampagne und der Tatsache, daß die Antiterroristenhetze in breiten Teilen der Bevölkerung verfangen hatte, haben die Linken sogar noch relativ gut abgeschnitten. Die beiden am meisten als Linke bekannten Betriebsrätinnen wurden immerhin von 25% bzw. 19% der Kollegen gewählt gegenüber 31% bzw. 29% bei der letzten Wahl.

Storno-Zelle
KB/Gruppe Flensburg

Spalterpläne vereiteln!

Valvo-Hamburg: Im AK 114 zitierten wir den Hamburger SPD-Bürgermeister Klose, der sich zu einem Artikel der „Hamburger Morgenpost" zu den anstehenden Entlassungen bei Valvo geäußert hatte:

»Das Werk modernisiert seinen Maschinenpark, um international konkurrenzfähig zu bleiben«. Nach seiner Meinung sind die Entlassungen also nötig und sinnvoll. Wir äußerten damals die Befürchtung, daß sich IGM-Sprecher und Betriebsräte dieser Meinung bald anschließen würden — leider lagen wir mal wieder richtig.

Damals (auf der Betriebsversammlung am 5.Oktober) konnte man noch vernehmen, daß es um die Existenzgrundlage ganzer Familien ginge. Großspurig wurde getönt, daß so lange nicht mit der Geschäftsleitung auch nur verhandelt werde, bis die wirtschaftlichen Zusammenhänge sowie der Verbleib von 15 Mio. DM Forschungsgeldern geklärt seien. Das Konzept des Betriebsrates sah zunächst so aus, daß man die Entlassungen hinauszögern und sich „vom Wirtschaftsausschuß informieren lassen wolle. Schon damals wurden Vorschläge von Vertrauensleuten abgelehnt, die Belegschaft durch eine außerordentliche Betriebsversammlung und Sonder-VK-Sitzung zu informieren.

Im Betrieb herrscht momentan ein schlimmes Konkurrenzverhalten, und eine Einigung, Überstunden abzulehnen, konnte so auch nicht erzielt werden.

Der Wirtschaftsrat wäre übrigens laut §111 BtrVG verpflichtet gewesen, den Betriebsrat schon vor den Presseveröffentlichungen über die anstehenden Entlassungen zu informieren — was nicht geschehen ist. Mittlerweile wurde dies aber nachgeholt. Heraus kam, daß Valvo in den letzten Jahren 4,8 Mio. DM Forschungsgelder kassiert hat. Im übrigen ist der Ausschuß mit der Geschäftsleitung einer Meinung, daß es wohl das beste sei, einen Sozialplan zu erstellen.

Mit diesem Wissen fiel den IGM-Führern und dem Betriebsrat nichts anderes ein, als nun doch eine Verhandlungskommission zu bilden. Den Vertrauensleuten wurde erzählt, daß die Entlassungen bis längstens 31.12. 1977 hinausgezögert werden können. Dabei wird von den Gewerkschaftsoberen schon jetzt eine spalterische Lösung vorbereitet. So ließ IGM-Sekretär Uwe Schmidt verlauten, daß der Betriebsrat ein besonderes Augenmerk auf die IGM-Mitglieder gerichtet habe. Konkreter: Im Betriebsrat spielte man mit dem Gedanken, die Unorganisierten bei den Entlassungen zu benachteiligen. Auf Protest einiger Vertrauensleute, daß es unsozial sei, die so Entlassenen ohne Rechtsschutz zu lassen, meinte Schmidt: Ihm lägen die Organisierten „näher am Herzen". Schließlich würde der Betriebsrat ja darüber abstimmen.

Diese Art, die Krise zu lösen ist für die Kollegenschaft unakzeptabel, für jeden Gewerkschafter zudem eine Schande! Zudem sei noch an eine Möglichkeit erinnert: im Frühjahr nächsten Jahres sind Betriebsratswahlen...!

Valvo-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Chemie

Kurzarbeit und Entlassungen

In der chemischen Industrie und verwandten Betrieben steht wieder Kurzarbeit an. Andererseits wird aber kräftig investiert.

Bayer AG: Ab November Kurzarbeit in den Farbenbetrieben, zunächst sind 1.550 Kollegen betroffen, ab Dezember 1.300 Kollegen. Gleichzeitig investiert Bayer in den USA kräftig. Bei der größten Bayer-Beteiligung in den USA den Mobay Chemical Corporation werden 1978 50 Mio. DM investiert für eine neue Eisenoxid-Pigment Anlage. Während in Leverkusen in den Farbenbetrieben kurzgearbeitet wird, wird gleichzeitig eine neue Farbenanlage in den USA gebaut, wenn da nicht ein Zusammenhang besteht ...

Außerdem kauft Bayer in den USA eine Arzneimittelfabrik auf, die Miles Laboratories für 254 Mio. Dollar. In Brasilien hat Bayer ebenfalls einen neuen Betrieb für dentaltechnische (Zahnarzt-Bedarf) Produkte aufgemacht.

Villeroy&Boch: In der Keramikfabrik müssen ab 1. Oktober 900 Kollegen kurzarbeiten. Begründung: die Nachfrage hat nachgelassen. Auch bei Villeroy&Boch werden die geplanten Investitionsvorhaben weiter voll durchgezogen. Es wird kurzgearbeitet, obwohl die am 1. Oktober neu in Kraft tretenden Tarifverträge jämmerliche 6.2% Erhöhung vorsehen.

Didier Werke: Sie schließen ihren Tochterbetrieb Wilhelm Schuler Filtertechnik, angeblich wegen verschlechterter Absatzmöglichkeiten für ihre keramischen Filterprodukte in der Farbenindustrie. 51 Kollegen sind von der Schließung betroffen, *„sie sollen wo immer möglich (?) in andere Unternehmensbereiche von Didier übernommen werden".* Ansonsten gibt es einen Sozialplan ...

Esso AG: Die Esso AG kann nicht ausschließen, daß Teilstillegungen von Raffinerien in naher Zukunft möglich sein werden. Konkret ist noch nichts beschlossen, aber es gilt wachsam zu sein.

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

1978 Lohnpause?

Anläßlich einer Pressekonferenz zum 100-jährigen Bestehen des „Verbandes der Chemischen Industrie" äußerte der zurkünftige Präsident dieses Verbandes, Seefelder, gleichzeitig Vorstandsvorsitzender der BASF den Gedanken, 1978 in der chemischen Industrie eine „Lohnpause" einzuführen. Er begründete das damit, daß angeblich 1977 außer den Lohnkosten alles andere gefallen sei. Insbesondere erwartet die Chemieindustrie angeblich, daß die Profite um eine zweistellige Prozentzahl fallen. Außerdem wird der „harte Wettbewerb" von ausländischen Konkurrenten angeführt, der er es angeblich nicht erlaube, die Profite über Preissteigerungen rauszuholen. Angesichts der Tatsache, daß Hoechst bereits heute erklärt, 1978 zwei Milliarden (!) Mark investieren zu wollen, und daß Bayer gerade jetzt vor allem in den USA und Brasilien neue Werke aufbaut bzw. aufkauft, ist es ein Hohn zu sagen, die Profite erlauben eine Lohnerhöhung nicht.

Chemiekomitee

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 43 53 46

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte A 02 25 83
239 Flensburg

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Hertie

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 098831 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr und jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr, Holstenstraße zwischen „Kieler Nachrichten" und Buchladen „Montanus"

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein (Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Mittwoch und Freitag
16.30 bis 19 Uhr

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 107
2800 Bremen 1

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11-13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 067452 A
2970 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z. Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bäckerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg 1

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11-13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
Jeden Sonnabend von 10 bis 13.30
Bahnhofstraße

Bochum
Postlagerkarte A 056 028
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Köln
Jeden Dienstag und Mittwoch
von 12 bis 14 Uhr Büchertisch
in der Zentralmensa der
Uni Köln, Zülpicherstraße

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
Vertriebsbüro S. Lissner
Adalbertstraße 29
6000 Frankfurt/M. 90
öffentliche Bürostunde
Mittwoch von 16.30 bis 19.30

Kassel
Florian Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend von 10.30 bis 13 Uhr
Königsplatz

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Telefon 26 877
Dienstag von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
AK-Lesekreis Mittwoch 20 Uhr und
Büchertisch jeden Mittwoch
Marstall-Mensa

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum
Salierstr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr
Leopoldplatz

Stuttgart
Postlagerkarte 924 u
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12.30 Uhr
Einkaufszentrum vor Hertie

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch
12 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa
Langemarck-Platz 4

Fürth
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

München
Postlagerkarte 02 19 10 A
jeden Mi. 11-13 Uhr Mensa

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
8500 Nürnberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag
11.30 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa

Westberlin
A. Radtke
Thomasiusstr. 2
1 Westberlin 21
Freitag von 16 bis 19 Uhr

ÖTV

Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft

In der Woche vom 9. bis 15. Oktober fand in Mainz der 12. Gewerkschaftstag der DPG statt. Er findet alle drei Jahre statt und ist nach der Satzung das höchste gewerkschaftliche Entscheidungsorgan. Zu seinen Aufgaben gehört sowohl die Wahl der Gewerkschaftsführung, des Vorsitzenden usw. als auch die Beschlußfassung über die vorliegenden Anträge, an denen sich die zukünftige Gewerkschaftsarbeit orientieren soll.
Bei den Wahlen gab es keinerlei Überraschungen, die alte Führung mit dem Vorsitzenden Breit an der Spitze wurde wiedergewählt.

Allerdings erhielten alle Vorstandsmitglieder bei den Wahlen mehr Nein-Stimmen als vor drei Jahren. Dennoch war auf dem Kongreß eine linke Opposition gegen die Gewerkschaftsführung praktisch nicht vertreten. In allen wesentlichen Fragen konnte der Vorstand seine Linie reibungslos durchsetzen. Dies wurde vor allem bei der Beschlußfassung über die Anträge deutlich.

Eine Reihe von Anträgen behandelte die von der Bundespost forcierte Rationalisierungspolitik, die in den vergangenen Jahren einige 10000 delte die von der Bundespost forcierte Rationalisierungspolitik, die in den vergangenen Jahren einige 10000 Arbeitsplätze vernichtet hat. Dazu lag ein Antrag vor, der die Forderung nach einem vollständigen Rationalisierungsstop enthielt. Wie nicht anders zu erwarten war, stieß dieser Antrag auf den geschlossenen Widerstand der DPG-Führung. Sie sah damit ihre bisherige zustimmende Haltung zur Rationalisierungspolitik der Post angegriffen. In dankenswerter Offenheit wurde den Delgierten klar gemacht, die Führung der DPG sei *„nicht grundsätzlich gegen Rationalisierung"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 11.10.77), und der Vorsitzende Breit wörtlich: *„Mit einem Rationalisierungsstop kommen wir nicht aus dem Schneider, sondern in des Teufels Küche"* („FAZ", 11.10. 77). Vielmehr solle die Post für die wegrationalisierten Arbeitsplätze neue schaffen. Die Rationalisierungspolitik jedoch solle weitergeführt werden. Diesen gordischen Knoten können wohl nur die DPG-Führer lösen. Denn wozu wird rationalisiert, wenn gleichzeitig wieder neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollen? Immerhin wird die Post nach Schätzungen des Bundespostministeriums in diesem Jahr erneut einen Rekordumsatz von über rund 31 Milliarden DM erzielen („FAZ", 11.10.77). Sie hat damit ihren bisherigen Rekordumsatz von 29,7 Milliarden DM aus dem Jahre 1976 hauptsächlich aufgrund der Rationalisierungserfolge noch weiter steigern können.

In einem Antrag wurde der Austritt der Gewerkschaften aus der „Konzertierten Aktion" gefordert. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt, ebenso wie die Forderung nach Aufkündigung des Schlichtungsabkommens mit dem Bundespostministerium (BPM).

Einige Anträge befaßten sich mit der politischen Unterdrückung und Verfolgung Andersdenkender. In einem auch von der DPG-Führung unterstützten Grundsatzbeschluß wandte sich der Kongreß *„gegen jede politische Unterdrückung und Verfolgung aller Menschen"* („Kongreß-Informationen", 13.10.77). Doch kann diese Haltung nicht ernst genommen werden. Über Anträge, die eine direkte Verurteilung des Terrors in Chile und anderen Ländern Lateinamerikas forderten, wurde gar nicht erst abgestimmt. Sie wurden dem „Grundsatzbeschluß" lediglich als kas forderten, wurde gar nicht erst abgestimmt. Sie wurden dem „Grundsatzbeschluß" lediglich als „Material" beigegeben und waren damit erledigt. Auch wurde die Repression im eigenen Land von diesem „Grundsatzbeschluß" nicht berührt. Die Forderung „Weg mit dem Radikalenerlaß im Öffentlichen Dienst" wurde vom Kongreß abgelehnt, weil die bisherigen Beschlüsse des Bundesausschusses des DGB dieses Problem bereits ausreichend „erledigt" hätten. Selbstverständlich stand auch die Aufhebung der berüchtigten Unvereinbarkeitsbeschlüsse nicht zur Debatte. Es wurde vielmehr die Ausdehnung dieses Beschlusses auf die „DKP" diskutiert!

Darüber sollte der Gewerkschaftstag aber nicht abstimmen. Der Antrag wurde an den Gewerkschaftsrat überwiesen, dem höchsten Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen. Damit könnten, sofern es für opportun gehalten wird, die Gewerkschaftsführer jederzeit die Unvereinbarkeitsbeschlüsse auch mit der „DKP" beschließen!

Ein echter Hammer!

Postzelle
KB/Gruppe Hamburg



In der Uni-Klinik Frankfurt werden jetzt doch Stellen gestrichen. Trotz großer Kampfbereitschaft der Kolleg(inn)en, die spontan im Sommer die Straßenbahnschienen vor dem Haupteingang des Krankenhauses besetzt hatten, eine Demonstration durchgeführt und andere Kampfaktionen eingesetzt hatten, um ihrer Forderung nach Aufhebung der Sparpläne Nachdruck zu verleihen, trotz alledem haben sich die ÖTV-Führer und der Personalrat auf einen „Kompromiß" eingelassen: „Statt 440 sollen jetzt vorerst nur (?) 100 unbesetzte Planstellen gestrichen werden" („Deutsche Volkszeitung", 6.10.77).
Keine Stellenstreichungen an der Frankfurter Uni-Klinik und auch nicht anderswo!

Betrifft nicht nur Fluglotsen: Rechtfertigung von Arbeitskämpfen ist strafbar

In einem Disziplinarverfahren gegen den Pressesprecher des Verbandes Deutscher Flugleiter wegen Beteiligung am damaligen „Dienst nach Vorschrift" der Fluglotsen 1973, ist am 19.9. eine Zwischenentscheidung ergangen, die bisher die Spitze von Willkürmaßnahmen seitens bundesdeutscher Gerichte in diesen Verfahren darstellt.

Das Bundesverwaltungsgericht gab bekannt: *„Der Betreffende – nach einer überschlägigen Beurteilung des bisherigen Verfahrens-Ergebnisses – müsse mit der Entfernung aus dem Dienst rechnen"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 24.10.77).

Der Flugleiter wurde vorläufig vom Dienst suspendiert, und darüber hinaus ist ein Teil seiner Bezüge einbehalten worden!

In dem Beschluß des Bundesverwaltungsgerichts heißt es: „... *ein Beamter, der als Sprecher eines Verbandes von Beamten Streiks oder streikähnliche Aktionen von dem Verband angehörenden Beamten dadurch unterstütze, daß er ihr Verhalten für gerechtfertigt erkläre, verstoße gegen für die Funktion des Berufsbeamtentums unabdingbare Pflichten: nämlich die zur vollen Hingabe an den Beruf (!), zur Wahrung des Vertrauens der Allgemeinheit in die Zuverlässigkeit des Beamtentums und zur Unterstützung seiner Vorgesetzten. Ein solcher Verstoß liege auch vor, wenn der Sprecher eines Beamtenverbandes Erklärungen unreflektiert veröffentliche, fertigen. Ein derartiges Verhalten von Beamten treffe das Berufsbeamtentum in seinem Kern; es werde durch die Grundrechte der Meinungs- und Koalitionsfreiheit nicht gedeckt"* („FAZ", 24.10.77).

Hier wird die Rechtfertigung der Aktionen bereits als strafbar erklärt. Nach diesem Gerichtsurteil hätte der Pressesprecher nur eines tun dürfen: g e g e n den Dienst nach Vorschrift Stellung nehmen! Damit setzt das Urteil einen weiteren Meilenstein beim Abbau des Streikrechtes und der Meinungsfreiheit. Alle Beamten sind danach verpflichtet, die Meinung ihrer Vorgesetzten zu übernehmen und selbst nach außen zu vertreten – „Unterstützung der Vorgestzten" ist Trumpf. Und das alles wurde gerichtlicherseits nach einer Aktion „Dienst nach Vorschrift" (!) entschieden!

Bereits im Urteil des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe, in dem die Bundesregierung zur Zahlung von Schadenersatzansprüchen an die geschädigten Reiseunternehmen verurteilt worden war, ist der „go slow" als Verstoß gegen Amtspflichten bezeichnet worden. Das Oberlandesgericht in Celle hatte die Aktion als *„rechts- und sittenwidrig"* verurteilt (siehe AK 108, S. 28) .Damit war der Startschuß für Regreßforderungen und weitere Disziplinierungen seitens der Bundesregierung gegeben worden.

Insgesamt sind 25 Disziplinarverfahren eingeleitet worden. In einem dieser Verfahren ist im Juli dieses Jahres das Urteil gegen den Fluglotsen verhängt worden. Der Kollege soll zwei Jahre lang 10% seiner Bezüge verlieren (siehe AK 109, S. 31).

Bis alle 25 Disziplinarverfahren abgeschlossen sein werden, wird noch eine ganze Weile vergehen. Das benutzen die Herrschenden als ein ständiges Druck- und Einschüchterungsmittel gegen die Kollegen.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Was lange gährt, wird bei der ÖTV nicht gut

Hamburg: Als die Gesundheitsbehörde 1975 in ihrem „Krankenhausbedarfsplan" (KBP) die Streichung von 3.500 Betten ankündigte, richtete die ÖTV-Abteilung Gesundheitswesen einen Arbeitskreis ein, der u.a. eine Stellungnahme dazu erarbeiten sollte. In seinem Bemühen, einen Zusammenhang unter den Hamburger Krankenhäusern herzustellen, wurde der Arbeitskreis (AK) von der ÖTV-Führung nicht unterstützt. Im Gegenteil: die Durchführung einer Befragungsaktion wurde von der ÖTV-Führung boykottiert.

Als der AK nach fast einjähriger Arbeit eine Broschüre zum KBP und zu den Kostensteigerungen im Gesundheitswesen fertiggestellt hatte, konnte mit Mühe erreicht werden, daß das Papier in einer Auflage von ca. 200 gedruckt und auf einem Seminar von ÖTV-Krankenhauskollegen diskutiert wurde.

Darauf wurde die Broschüre noch einmal überarbeitet und gekürzt. In dieser Form wurde die Broschüre dann vom Abteilungsvorstand Gesundheitswesen der ÖTV im Januar verabschiedet. Doch dann schmorte das fortschrittliche Dokument in den Schubläden der ÖTV-Oberen, anstatt in den Händen der Kollegen zu einem Informations- und Agitationsinstrument zu werden. Frustriert von der Hinhaltetaktik und Verlogenheit der ÖTV-Fürsten löste sich der Arbeitskreis wie so viele andere AK's vorher auf.

Jetzt auf einmal – mehr als ein halbes Jahr später – erscheint eine kleine Broschüre des DGB zusammen mit der ÖTV als „Stellungnahme zur Krankenhausbedarfsplanung 1977". Darin wird zwar viel von den Ergebnissen der Untersuchungsarbeit des Arbeitskreises übernommen, aber wesentliche Forderungen erscheinen in abgeschwächter Form oder überhaupt nicht. So z.B. wird die Bettenstreichung nicht prinzipiell abgelehnt, wird der Schließung der Krankenhäuser Bevensen und Edmunsthal-Siemerswalde unter der Vorraussetzung, daß für die Beschäftigten andere Arbeit beschafft wird, zugestimmt. Die Broschürenverfälscher stellen keine Forderung nach Beseitigung der Engpässe und damit der Wartezeiten z.B. auf dem Gebiet der Herz-, Gefäß- bzw. Neurochirurgie auf. Das Thema „Privatpatienten" wird gleich ganz ausgeklammert, dafür aber ein Mitbestimmungsmodell propagiert, das sich im wesentlichen auf kollegenferne Personalrats- oder Gewerkschaftsfunktionäre stützt.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Stechuhren im Öffentlichen Dienst?



Der Westberliner SPD-Senat will die „Bediensteten" im Öffentlichen Dienst stärker an die Kandarre nehmen. Mit Hilfe von Stechuhren soll künftig die Einhaltung der Arbeitszeit genau kontrolliert werden.

Seit 1972 gilt für knapp die Hälfte der 160.000 Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes die Gleitzeit, mit einer Kernarbeitszeit von 9 bis 15 Uhr. Während damals die Einführung der Gleitzeit mit einem größeren individuellen Spielraum schmackhaft gemacht wurde, wird heute die angebliche große Bummelei als die Begründung für die Stechuhren angeführt. Verkehrte Welt?

Und da wird dann kräftig vom Leder gezogen. *„Jeder, der mit offenen Ohren durch die Stadt geht, hört an allen Ecken und Kanten, daß geschmut wird"* („Tagesspiegel", 10.10. 1977). Deshalb fordert Senatssprecher Sötje, die Diskussion um die Stechuhren ohne „ *,ideologische*

Fortsetzung auf Seite 20

Fortsetzung von Seite 19

Scheuklappen' zu führen. Im Öffentlichen Dienst müsse wieder eine Haltung eingenommen werden, die ,dienen vor fordern' stellt "(ebenda)!

Die ÖTV-Führer wenden sich gegen das Bild der „Bummelanten und Fälscher" und lehnen die Senatspläne (bisher) ab. Der Hauptpersonalrat für die Westberliner Behörden *„und als Gäste anwesende Vertreter der Gewerkschaften und Berufsverbände hatten die Einführung dieser Geräte einmütig abgelehnt"* („Tagesspiegel", 8.10. 77), aber *„im übrigen ... Verhandlungsbereitschaft"* signalisiert (ebenda).

Natürlich kritisieren die ÖTV-Fürsten die absolute Kontrolle durch die Stechuhren nicht grundsätzlich, sondern wenden sich gegen die Mehrkosten, die durch die Installation entstehen, gegen den Mißbrauch, der durch die Stechuhren nicht ausgeschlossen wäre und andere Argumente ...

Jedenfalls hat Innensenator Ulrich die Rahmenvereinbarungen zwischen der Innenverwaltung und dem Hauptpersonalrat über die Gleitzeit fristgerecht zum 31. Dezember gekündigt. Dadurch können die örtlichen Dienststellen neue Abkommen schließen.

„Wenn dabei kein Einvernehmen erzielt wird, kann der Senat Einzelvereinbarungen kündigen und die Stechuhren anordnen. Bei erneutem Widerstand tritt dann eine sogenannte Einigungsstelle in Aktion" („Die Zeit", 21.10. 77).

Die Pläne des Westberliner Senats haben Bedeutung über die Landesgrenzen hinaus. Die Einführung der Gleitzeit war der für die öffentlichen Arbeitgeber notwendige Schritt, die Arbeitszeit dem unterschiedlichen Arbeitsanfall anzugleichen. Und jetzt soll alles durchkontrolliert werden, damit ja keine Vorteile für die Beschäftigten entstünden. Das alles läuft unter dem Stichwort, den Öffentlichen Dienst „effektiver" zu machen. – Mehrarbeit und -belastung für die Arbeiter und Angestellten werden die Folge sein.

Keine Stechuhren im Öffentlichen Dienst!

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Westberlin

Kündigung ist unwirksam!

Einen vorläufigen Erfolg gegen ihre Kündigung erreichte eine Krankenschwester in Westberlin. *„Gestern erklärte das Arbeitsgericht die Kündigung für unwirksam. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig"* („Tagesspiegel", 29.9.77). Der Krankenschwester war Anfang Juni nach elfjähriger Tätigkeit im Wenckebach-Krankenhaus zum 30.9. vom Bezirksamt Tempelhof wegen ihrer Kandidatur für die „KPD" bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 1975 und wegen der Verteilung von Propagandamaterial vor dem Krankenhaus gekündigt worden.

Dr. Kemter, Präsident des Arbeitsgerichtes, führte zur Urteilsbegründung aus: *„Eine derartige Kündigung aus politischen Gründen (wäre) nach der Rechtssprechung des Bundesarbeitsgerichts nur gerechtfertigt gewesen, wenn durch die politische Betätigung das Arbeitsverhältnis konkret berührt worden wäre. Dies sei aber hier nicht der Fall gewesen. Denn einmal habe die Frau durch ihr Verhalten nicht den Betriebsfrieden gestört. Zum anderen habe die Krankenschwester nach Ansicht des Gerichts ihre Agitation auch nicht im Betrieb entfaltet. Das Verteilen von Schriften vor dem Krankenhaus könne nicht gleichgesetzt werden mit einer Betätigung im Betrieb. Die Kammer kam, wie Dr. Kemter erklärte, zu diesem Schluß, um Abgrenzungsschwierigkeiten aus dem Wege zu gehen; denn 'wo ist vor dem Betrieb zu Ende, nach zehn oder zwanzig Metern oder erst an der nächsten Ecke?"* („Tagesspiegel", 29.9.77).

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Geschäftsführender DruPa-Vorstand in Hamburg trat zurück!

In Hamburg wird die DruPa mal wieder voll ihrem Image als angebliche „linke" Gewerkschaft gerecht. In einem einmaligen Schritt traten am 13.10.77 drei Mitglieder des geschäftsführenden Hamburger Ortsvorstands zurück. Es sind dies Heinz Wolf(1.Vorsitzender), Günther Metzinger(2.Vorsitzender) und Werner Hansen(Kassierer), d.h. die Spitze in Hamburg. In offiziellen Angaben der verbliebenen zehn Ortsvereinsvorstandsmitglieder in einem Brief an die Delegierten wird als Grund eine Beschwerde genannt, die zahlreiche Betriebsratsmitglieder, zwei Betriebsratsvorsitzende und zwei Mitglieder des Ortsvereinsvorstandes am 14.3.77 an den Hauptvorstand richteten. Hierin wurden dem geschäftsführenden OVV mehrere „Unregelmäßigkeiten" vorgeworfen. So habe er z.B. auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung eine veränderte(Rechte einschränkende) Satzung vorgelegt, ohne sie als Entwurf zu kennzeichnen, desweiteren hatte er versucht, eine Reihe fortschrittlicher Anträge aufgrund einer umstrittenen Verspätung nicht zur Abstimmung zu stellen usw. usf.

Ein höchst demokratischer Antrag in einer Gewerkschaft, wo es üblich ist, daß die Gewerkschaftsführer jeder Größe ihre Politik auch durch Satzungstricks, Verhandlungsführungen etc. durchzusetzen suchen, um fortschrittlichen Vorstellungen der Kollegen abzuwürgen.

Insofern muß es geradezu unglaublich klingen, wenn Mahlein von Hauptvorstand auf die Beschwerde am 10.8. antwortete, daß einige der in der Beschwerde aufgeführten Beispiele *„in der Handhabung auch von der Satzung her etwas fraglich erscheinen bzw. nicht unbedingt demokratischen Gepflogenheiten entsprechen"*. Die angegriffenen Wolf und Metzinger versuchten sich in der für sie typischen Art ihrer Haut zu wehren. Ohne inhaltlich Stellung für sie typischen Art ihrer Haut zu wehren. Ohne inhaltlich Stellung zu nehmen, schrieben sie in ihrer Stellungnahme an den Hauptvorstand vom 23.8.: *„Zwar sind die Kollegen Bracker und Brumm die Wortführer in der Sache, dahinter steckt aber eine informelle Gruppe, die die Aussagen Einzelner nur insoweit als verbindlich akzeptiert, als es diesen und der Gruppe in das jeweilige Konzept paßt"* – also eine linke Verschwörergruppe.

Obwohl der Hinweis auf linke Opposition auch allenthalben ausreicht, um die Gewerkschaftsführer auf den Plan zu rufen, erwies der Hauptvorstand die Vorwürfe an den Ortsvereinsvorstand zur Klärung zurück und gab damit die Beschuldigten zum Abschuß. Auf der entsprechenden Sitzung erfolgte dann der Rücktritt der drei, der bis dahin nicht einmal von den Übrigen gefordert worden war.

Eine superdemokratische Gewerkschaft, in der die Verantwortlichen wissen, wann sie ihren Hut zu nehmen haben? Die DruPa, die einzige demokratische Gewerkschaft im DGB?

Leider nein! Das wird schon daran deutlich, daß alle drei auf der nächst höheren Gewerkschaftsebene, nämlich im Landesbezirk Nordmark haargenau die gleichen Posten einnehmen und das nach wie vor völlig unangefochten, obwohl dort, wie es sich für die nächsthöhere Stufe gehört, noch viel mehr gemauschelt bzw. abgewürgt wird, wo – um nur ein Beispiel zu nennen – Anträge vom Ortsverein für den Gewerkschaftstag einfach ins Gegenteil umgewandelt worden waren.

Allerdings glauben wir nicht, daß die Vorstandscrew ihren Doppelposten so ohne weiteres behalten kann. 1973 hatte es Wolf schon einmal verstanden, mit einem ähnlichen Schachzug der Rücktrittsdrohung die Opposition kleinzuhalten. Damals stellte er gegen den erklärten Willen aller Seiten die Vertrauensfrage, erhielt mit überwältigender Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen und nutzte fortan diese Machtposition zur Ausschaltung der Linken bis hin zu Massenausschlüssen. Eine ähnliche Taktik könnte Wolf und Co. heute wieder vorschweben, nur liegt der entscheidende Unterschied zu damals in der tatsächlich insgesamt brisanten Situation der DruPa, die schon auf dem Gewerkschaftstag den Hauptvorstand völlig ungeahnte radikale Sprüche klopfen ließ.

Was ist der Hintergrund?

In Hamburg hat sich in den letzten Jahren ein wachsendes Unbehagen über die rechtssozialdemokratische Vorstandspolitik breit gemacht, was seinen Ausdruck sowohl im Streik 1976 als auch in zahlreichen Abstimmungsniederlagen des Vorstandes fand. Jedoch wurde die Position des Vorstands nie ernsthaft gefährdet, zumal er in entscheidenden Momenten (z.B. Vorstandsneuwahl) alle rechten Anhänger zusammentrommelte. Jedoch hat in den letzten Momenten (z.B. Vorstandsneuwahl) alle rechten Anhänger zusammentrommelte. Jedoch hat in den letzten Wochen und Monaten eine neue Entwicklung stattgefunden. Ausgehend von Gruner &Jahr Kollegen wurde eine Kritik an der DruPa -Tarifverhandlungspolitik betreffend der Einführung neuer, elektronischer Technik (OCR) entwickelt (der AK berichtete mehrfach darüber). Diese Technik und die Politik der Gewerkschaftsführung ist in der Lage, in der Druckindustrie Veränderungen herbeizuführen, die in ihren Auswirkungen auf die Beschäftigtenzahl vergleichbar mit dem Zechensterben im Bergbau ist.

Die Gruner&Jahr Kritik an dem sogenannten Raster-Rahmen–Tarifvertragsentwurf der DruPaFührung setzte sich in Hamburg durch. Sie wurde nahezu einstimmig von den Delegierten geteilt.

Nun ist dem Hauptvorstand diese Opposition – aus deren Ecke auch die Kritik an der Ortsvereinsvorstandsspitze kommt, keineswegs lieb – im Gegenteil, diese Kritk wurde bereits aus dem Hauptvorstand heraus als gewerkschaftschädigend diffamiert und weitere Veröffentlichungen gegen die Linie des Hauptvorstandes untersagt. In diesem Falle stimmte sogar der innerhalb der Gewerkschaftsführer der DruPa als Rechter einzustufende' Hamburger Ortschef Wolf mit den Kollegen, um nicht alleine dazustehen.

Wie schwer Wolf diese „linke" Kritikerrolle fiel, wurde schnell deutlich, als die DruPa vor einigen Wochen die Tarifverhandlungen für gescheitert erklärte, änderte der Hamburger Vorstand seine Haltung. Heinz Wolf erklärte, daß er zwar weiterhin die Kritik teile, jedoch gäbe es jetzt nur noch zwei Möglichkeiten: entweder die DruPa stehe geschlossen hinter dem umstrittenen Raster oder es müßten Haustarife abgeschlossen werden. Auch begann er aktiv den Arbeitskreis, der zu diesem Thema eingerichtet worden ist, zu behindern. So untersagte er ihm die Erarbeitung einer Stellungnahme zum Gewerkschaftstag, mittels der die Kritik den Gewerkschaftstagdelegierten mitgeteilt werden sollte. Es ist eindeutig abzusehen, daß die Kritik und die Opposition zur offiziellen DruPa-Politik in der Frage der Rationalisierung in Hamburg in der nächsten Zeit eher zunehmen als abnehmen wird und mit dem Abschluß mieser Verträge auch an Schärfe gewinnen wird.

Auf diesem Hintergrund ist es nicht besonders günstig, durch einen als „linken" völlig unglaubwürdigen Ortsvereinsvorstand zumindest Teile der Kritik zu integrieren, sondern das soll jetzt offenbar mit anderen Kräften versucht werden. Zwar wird sich erst am 30.10.77 bei den Neuwahlen herausstellen, ob Wolf & Co. nicht wieder kandidieren. Aber schon jetzt zeichnet sich klar ab, daß DKP-nahe Kräfte auf diesen Posten scharf sind – wie es heißt, sollen sie auf Anweisung des Bundesvorstandes diese Chance unbedingt nutzen. Wolf und Co. basteln bereits jetzt (für später) mit ihren rechten Gefolgsleuten an der Ver- steln bereits jetzt (für später) mit ihren rechten Gefolgsleuten an der Ver- schwörungstheorie. Zumindest in einem Betrieb (Grindel-Druck) wurde eine Unterschriftensammlung gegen die „Diffamierungskampagne" gegenüber Wolf und Co. gestartet....

Im OCR-Arbeitskreis wurden auf Initiative einiger linker Kollegen für die Neuwahlen Prüfsteine aufgestellt, zu denen sich die Kandidaten vor der Neuwahl äußern sollen. Benannt wurden: das imperative Mandat, die Haltung zum OCR-Arbeitskreis sowie die Informationspolitik!

Schon dieses sind Punkte, die etwa DKP-nahen zu schaffen machen würde, die die Loyalität zu den Gewerkschaftsführern letztlich über alles stellen. Allerdings wird dies bei der Wahl sicherlich nicht so deutlich hervortreten. Doch schon auf dem Gewerkschaftstag wurde ein Musterbeispiel solcher „linker" Standhaftigkeit geliefert als die Kritik der Hamburger Delegierten am OCR-Rahmentarifvertrag nach 15 Minuten weichgekocht war.

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Druck

Terroristenjagd rund um den Gewerkschaftstag

Mehrere Hamburger Kollegen waren nach Augsburg zum Gewerkschaftstag gefahren, wo ihnen folgendes passierte: *„Als sie ihr Abendessen in dem Gasthof, wo sie sich einquartiert hatten, einnahmen, betraten drei Polizisten die Gaststube, einer mit einer Maschinenpistole im Anschlag ... die Polizisten gingen ohne sich umzusehen auf die Kollegen zu und befahlen ihnen:Stehen Sie auf! Lassen sie die Hände aus den Taschen! Die Kollegen wurden auf dem Flur an die Wand gestellt ... Es wurden ihnen die Hosentaschen ausgeleert und während sie dort standen, nicht nur ihre Personalien, sondern auch in ihrer Abwesenheit ihre in der Gaststube liegengebliebenen Taschen und ihr Hotelzimmer durchsucht,"* wie wir einer Erklärung der Kollegen entnehmen, die sie danach an verschiedene Alternativzeitungen geschickt haben. Auch wurden alle Kofferräume der um die Kongreßhalle abgestellten Autos durchsucht.

Betriebszelle Broschek

KB/Gruppe Hamburg

Terroristenjagd in einem Druckbetrieb

Um die Fahndung bis in den letzten Betrieb auszubreiten, hatten Polizisten mehrere hundert Exemplare ihrer Flugblätter in eine Hamburger Großdruckerei gebracht. Vor einigen Tagen tauchten nun auf einmal neue Flugblätter von der Polizei auf. Einige Kollegen standen um sie herum, und alle waren der festen Ansicht, die abgebildeten „Mörder" gut zu kennen. Es wurde schon Kleingeld gesammelt, um die Polizei anzurufen, denn die Abgebildeten Täter waren erst am selben Morgen im Betrieb gesehen worden. Doch dieser Plan wurde schnell fallengelassen, erinnerte sich doch ein älterer Kollege, daß die Fahndungsfotos den Betriebsratsvorsitzenden sowie drei führende Männer der Geschäftsleitung darstellten....

Die Terroristenjagd mußte damit „leider" ausfallen.

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Die Profite steigen...

Aus neuesten Statistiken des statistischen Bundesamtes in Wiesbaden ergibt sich für die Druckindustrie folgendes Bild:

„Beachtliche Umsatzsteigerungen kann die Druckindustrie für die ersten fünf Monate dieses Jahres verzeichnen; im Durchschnitt nicht weniger als 12,4 %. Umsatz und Produktivität steigen. Der Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz sinkt weiter: von 33,5 % auf 31,8 % ......

Die durchschnittliche Umsatzsteigerung gegenüber dem Vorjahreszeitraum beträgt 12,4 %. Im Vergleich 76 zu 75 waren es damals noch beachtliche 5,6 %."

Der erhöhte Umsatz und Profit ist praktisch ohne Neueinstellungen gelaufen, nachdem in den Jahren dafür rund 40.000 Kollegen auf die Straße gesetzt worden waren. In den nächsten Jahren sollen noch mehr folgen.

Bruttoumsatz je geleisteter Arbeitsstunde in DM

	1976	1977	
jan.	48,59	57,69	
febr	52,15	61,27	
märz	54,76	64,50	
april	54,28	64,62	
mai	55,35	64,95	
Φ	53,03	62,21	+18,1 %

(alle Angaben laut „druck und papier" nummer 21/77)

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

WDR-Zensoren gegen Druckarbeiter — DruPa-Führung hält mit

Die für Sonntag, den 9.Oktober angesetzte Glashaus-Sendung über das Medium Fernsehen aus der Sicht der Arbeiter und deren Einflußmöglichkeiten auf die Programmgestaltung wurde von der Chefredaktion des WDR abgesetzt.

Diese Sendung sollte unter anderem eine Diskussion mit Kollegen des Bremer„Weser Kurier" beinhalten, die eine scharfe Kritik an der Programmgestaltung des Fernsehens führten. Die Diskussionsteilnehmer stellten fest, daß das Fernsehen im wesentlichen die Standpunkte des Kapitals verbreitet und in seinem Interesse Meinungsmanipulation betreibt, wobei die Kollegen auf die immer wieder hergestellte Verbindung von Bürgerinitiativen und Arbeitsplatzvernichtung hinwiesen.

Allein die offen geführte Kritik der aktiven Gewerkschafter veranlaßte die Chefredaktion, die Sendung abzusetzen. Die Begründung wirft mal wieder ein besonders finsteres Licht auf die vielgepriesene „Pressefreiheit":*„Der Autor der Sendung habe die betroffenen Arbeitnehmervertreter zu Wort kommen lassen, ohne korrigierend einzugreifen und ihre Meinung zu kommentieren"*(„Informationsdienst", Nr. 199, 15.10.77).

In einem Protestschreiben an den WDR erklärten die Kollegen des „Weser-Kuriers":*„Durch die Absetzung des Beitrags sehen die Betriebsräte und Vertrauensleute ihre in der Sendung vorgebrachte Kritik an der arbeitnehmerfeindlichen Haltung des Fernsehens in erschreckender Weise bestätigt. Offenbar ist es unerträglich für das Fernsehen, daß in ihrem Medium Arbeitnehmer von der Basis kritisch zu Wort kommen und ihre Probleme ohne Verfälschung darstellen können.*

Hier zeigt sich wie bei dem skandalösen Gerangel um die Ausstrahlung der Betriebsräte-Serie, daß die Arbeitnehmer nicht in die Lage versetzt werden sollen, ihre Situation zu erkennen, ihre Probleme zu artikulieren und ihre Interessen zu vertreten.

Die Bremer Betriebsräte und Vertrauensleute fordern den WDR mit allem Nachdruck auf, die Glashaus-Sendung ungekürzt auszustrahlen, damit sich die Fernsehzuschauer selbst ein Urteil darüber bilden können, ob die Kritik an der arbeitnehmerfeindlichen Programmgestaltung im Fernsehen richtig ist oder nicht"(Informationsdienst, ebenda).

Dies sollte aber nicht der einzige Fall von Zensurmaßnahmen gegen die Kollegen des „Weser-Kurier" bleiben. Der WDR hatte einen dreißigminütigen Film über den kämpferischen Streik und die Aussperrung der Kollegen der beiden Tageszeitungen „Weser-Kurier" und „Bremer Nachrichten" gedreht. Dieser Film fiel ebenfalls der Zensur zum Opfer. Nun sollte man eigentlich meinen, daß der Hauptvorstand der IG Druck und Papier, sonst mit dem Mund immer an vorderster Front, wenn es um die Pressefreiheit geht, von der Möglichkeit Gebrauch macht, den Film aufzukaufen und ihn damit allen Kollegen zugänglich zu machen. Doch weit gefehlt. Der Hauptvorstand lehnte den Kauf des Filmes aus angeblichen Kostengründen ab und schloß sich damit den Zensurmaßnahmen der Fernsehzensoren an. Es zeigt sich hier mal wieder das leere Gerede der Gewerkschaftsführer, wenn es um Pressefreiheit geht, es zeigt sich hier aber auch, daß die Gewerkschaftsführung ständig darum bemüht ist, die Vermittlung von Erfahrungen aus eigenständig geführten Arbeitskämpfen zu verhindern.

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier: Starke Worte — nichts dahinter!

Wenn es nach der bürgerlichen Presse ginge, dann ist die DruPa wieder einmal ihrem Image als „linke" Gewerkschaft voll gerecht geworden. Zwar ist es üblich, daß in den Reden auch einige schärfere Töne angeschlagen werden, daß Mahlein in seiner Eingangsrede auch antifaschistische Töne anschlug und von einem „Rechtsruck" sprach, ging doch über den üblichen Rahmen hinaus. Hinzu kommt noch ein Antrag gegen den Mißbrauch der Pressekonzentration, der verabschiedet wurde, und der schon vorher von Kapitalistenseite als „Verletzung der Verfassung" hingestellt worden war.

Ansonsten ging das Programm des Hauptvorstandes eher allzu glatt über die Bühne, selbst kritische Punkte wie die Streikauswertung oder die bereits im Rahmentarifentwurf der Gewerkschaft angedeutete Hinnahme von Massenrationalisierungen im Druckgewerbe gingen ohne größeren Protest mit über die Bühne. Beigetragen haben dazu nicht zuletzt die Delegierten, die aus der DKP kommen, die ein nicht unbeträchtliches Kontingent stellten, die aber auf dem Gewerkschaftstag eher Stilblüten ihrer Loyalität gegenüber den Gewerkschaftsführern geliefert haben.

Die Rede von Mahlein

Gleich zu Beginn des Gewerkschaftstages fand Loni Mahlein starke Worte; er sprach von einem „Rechtsruck" in der öffentlichen Meinung der BRD, der unter einer „ständigen Beschwörung des Freiheitsbegriffes" ablaufe. „*Zu viele Freiheiten*" würden eingeschränkt werden, „*von den Notstandsgesetzen bis hin zum Erlaß der Ministerpräsidenten ... läßt sich kein Fünkchen Witz mehr schlagen*". Dabei hütete Mahlein sich sorgsam, irgendeine Staatsinstitution oder gar die Regierungsverantwortung der SPD anzusprechen: „*Ein Vorgang — ausgedacht zum Schutze der Demokratie — hat sich selbständig gemacht ... enthebt sich jeder Kritik und gefährdet die*

anzusprechen: „*Ein Vorgang — ausgedacht zum Schutze der Demokratie — hat sich selbständig gemacht ... enthebt sich jeder Kritik und gefährdet die*

vielbeschworene Grundordnung der BRD auf geradezu radikale Weise". Verantwortlich dafür ist — so Mahlein — eben die „Bürokratie".

Gleichzeitig warnte Mahlein vor „*sich in jüngster Zeit häufenden Anzeichen der Wiederbelebung neofaschistischer Tendenzen*", dem die „*Untätigkeit richterlicher, kommunaler und staatlicher Organe*" gegenübersteht. „*Ganz gleich, ob es sich um das unbehinderte und von der Presse völlig totgeschwiegene Auftreten einer militanten Gruppe vor dem Nürnberger Rathaus handelt oder um die seit vielen Jahren in Hessen durchgeführten großen Festversammlungen der SS-Leibstandarte „Adolf Hitler". In Hessen trommelt neben dem CDU-Dregger der rechtsradikale Roeder, und in Bayern bläst der Verleger der „Deutschen Nationalzeitung", Dr. Frey, zum Sammeln. Das Heer der Unverbesserlichen, der ewig Gestrigen, die ausgezogen waren, erst die Herren Deutschlands und dann der ganzen Welt zu sein, regt sich wieder. Sie hängen dem Mythos an, fast unbesiegbare Elitesoldaten gewesen zu sein, und leugnen, was ihnen die Ankläger in den Nürnberger Prozessen attestierten, nämlich eine verbrecherische Organisation zu sein. Über 140 Veranstaltungen oder Treffen von Neo-Nazis fanden in diesem Jahr bereits statt; sie wurden von den Richtern geduldet — teils sogar unterstützt — und von den kommunalen Vertretern der politischen Parteien vielfach noch „herzlich willkommen" geheißen.*"

Neben dem Auftreten der Faschisten in der Öffentlichkeit werden auch gerade in den Massenmedien, für die sich die DruPa seit einiger Zeit mitverantwortlich fühlt, die fortschrittlichen Sendungen und Kommentare immer stärker eingeschränkt. In diesem Zusammenhang wies Mahlein auf einige Beispiele hin:

- Absetzung des Gedichtes „Artikel 3" von Alfred Andersch aus dem Fernsehprogramm
- Zerstörung einer Staeck-Ausstellung in Bonn durch CDU-Abgeordnete
- Beschlagnahme eines Buches über die amerikanischen Anarchisten im 19. Jahrhundert
- Mehrere Versuche der CDU, fortschrittliche Theateraufführungen zu verbieten
- Zensur des Suhrkamp-Verlages an einem Faßbinder-Stück
- Absetzung der Fernsehserie „Der Betriebsrat".

Er erinnerte unseres Erachtens völlig zu Recht daran, welche Erfahrungen deutsche Gewerkschaftsbewegungen schon mit den Faschisten gemacht haben. „*Wir tun deshalb gut daran, uns wieder einmal zu erinnern, daß demokratische Strukturen in der deutschen Geschichte immer von Rechten zerschlagen wurde.*" Abschließend stellte Mahlein fest: „*Gewerkschaftliche Stellungnahmen erschöpfen sich vielfältig nur in papiernen Protesten*" und forderte damit die Gewerkschafter auf, tatkräftig den antifaschistischen Kampf zu führen.

Gerade auf diese Passagen stürzte sich dann die bürgerliche Presse. In

Gerade auf diese Passagen stürzte

sich dann die bürgerliche Presse. In „Bild"-Zeitunggs-Manier „zitierte" die „Frankfurter Allgemeine" einen anonymen Delegierten in einer Hauptüberschrift auf der ersten Seite: „*Mein Vorsitzender lebt in einem anderen Land*" („FAZ" vom 18.10.). War Mahlein doch tatsächlich die einzige Stimme in der Öffentlichkeit, die es wagte, in dem Siegestaumel von Mogadischu und die allerorts verordnete „Notgemeinschaft aller Demokraten" hineinzuplatzen mit der Feststellung, „*daß demokratische Strukturen in der deutschen Geschichte bisher immer nur von den Rechten zerschlagen wurden.*" Und selbst auf dem Gewerkschaftstag fand sich in Fritz Gent, Landesbezirksvorsitzender Nordrhein-Westfalens, noch ein Advokat für die Verharmlosung von Faschisten: „*.... ein solcher Staat läuft nicht Gefahr ... in einen unausweichlichen Rechtsstrudel gerissen zu werden, wenn 140 Veranstaltungen von Neonazisten in diesem Jahr registriert werden mußten.*" Das läßt ahnen, daß Mahlein einen ganzen Teil der Stimmverluste bei seiner Wiederwahl den rechten Sozialdemokraten zu verdanken hat.

Die Diskussion des Druckerstreiks 1976

Eine breite Auswertung der gemachten Erfahrungen, der gemachten Fehler usw. fand nicht statt. Im großen und ganzen herrschte gegenseitiges Schulterklopfen und die Feststellung, daß der Streik doch ein Erfolg gewesen wäre, weil man die 6%-Schallmauer durchbrochen, die Angriffe auf die Tarifautonomie abgewehrt hätte usw.

Die weitestgehende Kritik kam von dem Hamburger Delegierten Nordmeyer. Er kritisierte die Aussetzung des Streiks als „Antwort" auf die Aufhebung der Aussperrung, das Gerede von der „6 vor dem Komma" und die in Buchform vom Hauptvorstand vorgelegte „Streikanalyse" — diese sei allenfalls eine Dokumentation, da sie „*alle Fragen nach dem Warum, Wieso und Weshalb, das Aufdecken von Schwachstellen, die Verwertung der gewonnenen Erkenntnisse für die Zukunft ... ausspart*". Mit dieser Kritik blieb er so ziemlich allein auf weiter Flur und wurde zum Schluß von Mahlein noch übergebügelt. Dieser hielt ihm in seinem Schlußwort zu diesem Diskussionsabschnitt noch einmal die Beschlüsse des Geschäftsführenden Vorstands und wenige Worte zur Taktik entgegen und bat dann darum, „*nach dieser Diskussion* (??) *über den Streik und nach den vielen Möglichkeiten, die es zur Diskussion und Meinungsbildung über diesen Streik gegeben hat ..., jetzt mit der Miesmacherei in den eigenen Reihen aufzuhören.*"

Dementsprechend war für die Erörterung zukünftiger Kampfmaßnahmen die Frage vorrangig, welche Maßnahmen kann die DruPa finanziell noch verkraften. Nach diesem Gesichtspunkt wurden maßgeblich auch die „neuen Kampfformen" (verstärkter Einsatz von kleineren eingegrenzten Aktionen) behandelt.

Die neuen Techniken

Die neuen Techniken

Obwohl die zentrale Bedeutung der Entscheidungen über die Tarifierung der neuen Techniken wohl von keinem der Delegierten geleugnet wurde, ist dieser Punkt recht kurz und vergleichsweise reibungslos über die Bühne gegangen, obwohl sich hier mit der Existenzfrage für die Setzer, denen es bei den in diesem Zusammenhang drohenden Rationalisierungen als erste ans Leder gehen soll, auch die Existenzfrage der IG Druck selbst gestellt hat. Die Setzer stellen, sowohl was ihren zahlenmäßigen Anteil an Mitgliedern, als auch was den Organisierungsgrad in ihrer Berufsgruppe angeht, so etwas wie den „harten Kern" der Organisation dar. Zu dieser Brisanz stand die Kürze der Erörterung auf dem Kongreß in keinem Verhältnis.

Die Erklärung des Hamburger OCR-Arbeitskreises, der eine scharfe Kritik am Hauptvorstand enthält, ist von Dieter Brumm verlesen worden. Durchgesetzt hat sich dennoch der Antrag 107a des Landesbezirks Nordmark, der ausdrücklich n i c h t den von der Gewerkschaftsführung vorgelegten „Raster"-Entwurf angreift. „*Diesen Verhandlungen* (über die Tarifierung des Einsatzes von Bildschirmgeräten) *sollen die vorliegenden* (!) *Entwürfe der Tarifkommission zugrunde gelegt werden*" heißt es in dem Antrag. Die DruPa-Führer können sich also aussuchen, ob sie darunter den „Rasterentwurf" oder die alten — besseren — Manteltarifforderungen begreifen wollen. Daß der Antrag 107b, der auf der Hamburger Delegiertenversammlung verabschiedet wurde und eine ausdrückliche Zurückweisung des „Rasters" verlangt, noch als „Empfehlung" verabschiedet wurde, ist nicht mehr als ein Alibi für die Kapitulation der linkeren Kräfte auf dem Gewerkschaftstag. Dennoch signalisiert diese Empfehlung noch eine gewisse Unsicherheit der Delegierten und läßt uns erstmal einen gewissen Spielraum offen, weiter auch im Rahmen der innergewerkschaftlichen „Legalität" gegen die Kapitulation des „Raster" anzukämpfen.

Ausschlußpolitik

Eine längere Debatte gab es über die Anträge des Hauptvorstandes zum Einbau des sog. „Abgrenzungsbeschlusses" in den § 11d der Satzung. Hier konnte sich der Hauptvorstand nicht durchsetzen mit seinem Vorhaben, die bloße Mitgliedschaft oder Unterstützung von „gewerkschaftsfeindlichen Organisationen" (darunter wurde auch der KB genannt) zum ausreichenden Ausschlußgrund ohne jedes Verfahren zu machen. Die Ablehnung dieses Vorhabens, an dem dem Hauptvorstand sichtlich gelegen war, wie seine recht trickreichen Versuche, die Sache, wenn schon nicht in den Satzungstext, so wenigstens in die Erläuterung des § 11 zu hieven, geben allerdings nicht zu Jubel Anlaß.

Die Kontroverse beschränkte sich praktisch auf die Frage, wie man am besten und reibungslosesten mit den „Gewerkschaftsfeinden" fertigwerden könne. In einem entscheidenden Punkt war man sich einig (von ganz wenigen

könne. In einem entscheidenden Punkt war man sich einig (von ganz wenigen

Ausnahmen vielleicht abgesehen, die sich aber nicht zu Wort gemeldet haben): „*Der Analyse der sektiererischen Gruppen, wie sie der Kollege Mahlein vorgenommen hat, ist nichts hinzuzufügen*", sagte eine Münchner Delegierte. Diese Mahlein'sche Analyse gipfelte in den Worten: „*Leute wie diese haben schon in der Vergangenheit nichts anderes als Staub und Asche hinterlassen*". Überflüssig also fast zu erwähnen, daß die bei den Ausschlüssen praktizierte Gesinnungsjustiz trotz zahlreicher Bekenntnisse gegen Berufsverbote usw. von keiner Seite zum Gegenstand der Debatte gemacht wurde. Der Widerpsruch ist demnach an einem ganz anderen Punkt zu suchen. Da die Satzungsfassung, wie der Hauptvorstand sie vorschlägt, eine nicht abgeschlossene Reihe von „gewerkschaftsfeindlichen Organisationen" nennt, befindet sich ein maßgeblicher Teil der Kritiker, d.h. vor allem die DKP-orientierten Stimmen in einem Dilemma: einerseits ist man natürlich sehr froh, die lästigen „Chaoten" loszuwerden, andererseits ist man sich auch nicht ganz sicher, nicht eines Tages selbst wegen der Mitgliedschaft oder Unterstützung einer inkriminierten Organisation rausgeworfen zu werden, dann nämlich, wenn die Reihe der Aufzählung beispielsweise um die DKP ergänzt wird, was nach dem Vorschlag des Hauptvorstandes ohne weitere Förmlichkeiten möglich ist. Ein Delegierter formulierte das so: „*Ich meine damit nicht den antragstellenden Hauptvorstand, nein, ich persönlich habe die Befürchtung, daß es einmal Kräfte in unserer Organisation geben könnte, die mit einer unklaren Satzungsbestimmung ganz andere Absichten verfolgen könnten.*"

Ausschlüsse bestätigt!

Daß man dabei mit dem Nachweis des „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens" bereit ist, recht großzügig umzugehen, belegt deutlich die Tatsache, daß sich kaum ein Dutzend Delegierter fand, die gegen die skandalösen Ausschlußpraktiken des Hamburger Ortsvorstandes stimmten. Sowohl die Ausschlüsse von 1974 („Alternative") als auch die mit der Mitarbeit am „Streik-Info" begründeten wurden bestätigt.

Anträge zur Satzung

In den Anträgen zur Satzung hat sich im wesentlichen der Hauptvorstand durchsetzen können, wenn auch nicht ohne Einschränkung. Durchbekommen hat er mit der mickrigen Ausnahme der Invalidenunterstützung das gesamte „Spar"-programm — also Kürzung der Streikunterstützung, Wegfall von Arbeitslosenunterstützung, Treugeld usw. Nicht durchgesetzt hat sich der Hauptvorstand mit seinem Vorhaben, statt der dreijährigen eine vierjährige Legislaturperiode einzuführen. Ebensowenig durchgesetzt hat er den Antrag, den Gewerkschaftstag nicht mehr über Beschwerden entscheiden zu lassen. Dafür hat sich der Gewerkschaftstag in zwei anderen Fragen entmachtet, indem er sich für die Zukunft die Möglichkeit

anderen Fragen entmachtet, indem er sich für die Zukunft die Möglichkeit

nahm, erstens letztinstanzlich über Ausschlüsse zu entscheiden und zweitens Urabstimmungen einzuleiten.

Von Bedeutung in Zusammenhang mit Kampfmaßnahmen ist noch die Entscheidung, daß künftig ohne Urabstimmung Kampfmaßnahmen vom Erweiterten oder Geschäftsführenden Hauptvorstand beschlossen werden können, die „kurzfristig" und „begrenzt" sind. Die DruPa-Führung ließ durchblicken, daß sie das Gewicht mehr auf diese Maßnahmen legen will — zu Lasten von breiteren Aktionen wie dem Druckerstreik, was vor allem eine finanzielle Frage sei (s.o.).

Zu nennen sind schließlich noch die positiven Entscheide für die Anträge für die 35-Stunden-Woche, das Votum für den Austritt aus der „Konzertierten Aktion" und gegen den Mißbrauch der Pressekonzentration. Diese Sachen sollten aber trotz des gerade zum letztgenannten Punkt angestimmten Wutgeheuls nicht überschätzt werden — beschlossen wurden nur Erklärungen, praktische Konsequenzen gibt es keine.

Druckkomitee
KB / Gruppe Hamburg

HBV

Hamburger Buchhandel: Buchhändler-Fete — ein Erfolg

Am 22. Oktober 1977 fand in dem Jugend-Club-Raum vom DGB eine Buchhändlerfête statt. Die Veranstaltung wurde getragen von der Gewerkschaft HBV, Fachgruppe Buchhandel und gestaltet von Kolleginnen und Kollegen des Arbeitskreises Tarife. Ca. 160 Buchhandels-Kollegen nahmen teil, ein nicht unbeträchtlicher Mobilisierungserfolg.

In den Redebeiträgen des Arbeitskreis Tarife wurde dann auch nochmals eingegangen auf die tarifpolitische Situation, wo sich nach einem Unternehmerangebot von 6,8 % und einem Warnstreik noch nichts weiter entwickelt hat. Gefordert sind 8,5 %, mindestens 150,— DM bei den Angestellten; die Auszubildenden fordern 100,— DM für alle bei einer zwölfmonatigen Laufzeit des Tarifvertrages.

Auf die Forderungen der Auszubildenden und die ständigen Versuche der Spaltung (z.B. durch einen längeren Tarifvertrag als bei den Angestellten) wurde in einem Redebeitrag eingegangen. Besonders erfolgreich war ein dementsprechendes Theaterstück von Auszubildenden.

Buchhandelskollegen aus Westberlin schilderten ihre Situation und Erfahrungen. Hier hatte ein Warnstreik mit einer hohen Beteiligung stattgefunden.

Zu erwähnen ist noch ein „Höhepunkt" des Abends: Die Verleihung der Horst-Quax»Medaille (Horst Quax ist Vorsitzender des Norddeutschen Buchhändler- und Verlegerverbandes) an Horst Quax persönlich. Die Verleihung der Medaille wird in unregelmäßigen Abständen für besondere „Verdienste" im westdeutschen Buchhandel vorgenommen. Herr Quax hatte im Juni während des Warnstreiks eifrig die Kundgebungs- und Streikteilnehmer in Bild und Ton aufgenommen. Zur Verleihung war Herr Quax natürlich geladen, er erschien aber nicht.

Buchhändler-Zelle/HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Trotz massiver Einschüchterungen: Die »Alternative« kandidiert doch

Iduna Hamburg. Trotz verschiedener Einschüchterungs-Versuche der Geschäftsleitung und übelster Hetze im Betrieb („RAF-Liste") haben es die fortschrittlichen Kolleginnen und Kollegen der HBV mit ihrer Liste „Alternative" geschafft, die 100 Unterschriften zu erhalten, die ihnen die Kandidatur ermöglichen.

Weiterhin hüllen sich die anderen Listen in merkwürdiges Stillschweigen, wer denn alles auf diesen Listen kandidiert, geschweige denn, welche Ziele und konkrete Aufgaben sie sich als Interessenvertretung der Arbeitnehmer überhaupt vorstellen.

Das gilt natürlich ganz besonders für die drei Abteilungsleiterlisten, von denen sich bislang nur die sogenannten „Unabhängigen" (angeführt von einem Großraum-Abteilungsleiter) geäußert haben, daß ihr Ziel sei „*eine sachliche, betriebsbezogene Betriebsratsarbeit ... frei von jeglicher Reglementierung durch Interessengruppen*" zu machen. Pikanterweise ist bekannt geworden, daß die Geschäftsleitung auf einem Abteilungsleiter-Seminar eben diese aufgefordert hat, „*sich doch stärker im Betriebsgeschehen zu engagieren*". Also frei von jeder Interessengruppe?? Außer diesem plumpen Angriff auf alle gewerkschaftlich orientierten Listen haben diese Damen und Herren also nichts zu sagen; wen wundert's, wo sie doch alle soviel vom Prinzip der „vertrauensvollen Zusammenarbeit" halten. Trotz unterschiedlicher Auffassungen über die Interessenvertretung der Arbeitnehmer sollten die gewerkschaftlich orientierten und fortschrittlichen Listen gegen diese Machenschaften angehen und ein klares Wort zu diesen Leuten sagen, was bis jetzt wieder nur die „Alternative" getan hat.

Auf der Betriebsversammlung am 2.11.77 werden die Listen Farbe bekennen müssen.



BETRIEBSRATSWAHL 1977
Nr. 3

Alternative

Liebe Kolleginnen und Kollegen !

Betriebsratswahl – eine freie Wahl?

Uns liegen inzwischen Berichte aus der Hauptverwaltung vor, daß in manchen Abteilungen gezielt und teilweise systematisch vor allem Vorgesetzte ihre Position dazu ausnutzen, Kolleginnen und Kollegen davor "zu warnen", auf unserer Liste zu unterschreiben.

Wir haben feststellen müssen, daß eine ganze Reihe von Kolleginnen und Kollegen Angst vor späteren Repressionen haben, wenn sie bei uns unterschreiben oder mehr noch wenn sie ihre Unterschrift auf einer anderen Liste

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

GEW

Das ist bitter! Lemke springt ab

Ein böses Foulspiel gegen die GEW Westberlin leistete sich der Hamburger Vorsitzende Lemcke. Unmittelbar vor dem Gewerkschaftstag der GEW vom 30.10. bis 3.11. in Mannheim änderte er – sozusagen in letzter Sekunde – einen Antrag der GEW-Hamburg gegen den Ausschluß des Westberliner Landesverbandes aus GEW und DGB. Die so geänderte Fassung verkehrt den ursprünglichen Antrag in sein Gegenteil und verlangt von den Westberliner Mitgliedern die Kapitulation vor dem Hauptvorstand.

Der ursprüngliche Antrag der GEW Hambu: für den Gewerkschaftstag wurde vom Landesvorstand, basierend auf den zahlreichen Beschlüssen aller möglichen Hamburger GEW-Gremien gegen den Ausschluß der GEW Westberlin gefaßt. Er lautete:

„*1. Die Vertreterversammlung der GEW bedauert die Spaltung der Berliner GEW in zwei Verbände.*

2. Das Interesse der GEW muß sich nun darauf konzentrieren, den durch die Spaltung entstandenen Schaden wieder zu beheben, soweit dies möglich ist. Die Vertreterversammlung beschließt daher die Zusammenfassung der beiden Berliner Organisationen zu einem Landesverband der GEW.

3. Aufgrund ihrer geltenden Satzung sind beide Organisationen in Berlin verpflichtet, Beschlüsse der Bundesvertreterversammlung durchzuführen.

4. Die Vertreterversammlung hebt den Beschluß des Hauptvorstandes, der GEW Berlin zum 30.9.76 die Mitgliedschaft in der GEW und damit im DGB zu kündigen auf und erklärt gegenüber den Mitgliedern des alten Berliner Verbandes, daß ihre Mitgliedschaft in der GEW im DGB fortsteht.

5. Der Hauptvorstand wird verpflichtet, auf der Grundlage dieses Beschlusses alle Schritte zu unternehmen, die zur schnellstmöglichen Zusammenführung beider Berliner Verbände zu einem einheitlichen Landesverband der GEW in Westberlin führen."

Zu diesem Antrag „empfahl" die Antragskommission des Hauptvorstands, den Absatz 1 sowie den ersten Satz von Absatz 2 anzunehmen (also bis: „...*soweit dies möglich ist.*" , den ganzen Rest aber abzulehnen. Dies war natürlich sowieso klar.

Zusätzlich verschickte Frister in der letzten Woche vor dem GEW-Gewerkschaftstag ein weiteres Schreiben zum Thema „Westberlin" an die Delegierten, in dem er die Unverschämtheit besitzt, der GEW Westberlin Lügen vorzuwerfen. Im selben Zeitraum (Zufall?) nahm Lemke zusammen mit dem Hamburger geschäftsführenden Ausschuß die folgende totale Veränderung des Hamburger Antrags vor, die er auch noch mit dem falschen Etikett einer Änderung „des Landesverband Hamburg" versah. Demnach sollen die ersten beiden Sätze, denen ja auch die Antragskommission ihre gnädige Zustimmung gegeben hatte, beibehalten werden. Der Rest, der das Mißfallen der Götter erregt hatte, wurde von Lemke völlig neu gefaßt: „...

3. Der Gewerkschaftstag fordert daher die 8.000 Kollegen des alten Landesverbandes Berlin auf, darauf hinzuwirken, daß die satzungsrechtlichen Voraussetzungen für die Mitgliedschaft in der GEW vollständig erfüllt werden.

Dazu ist es erforderlich, die Ausgestaltung der Mitgliederrechte in den Vorrang der Bundessatzung vor der Landesatzung einzubeziehen.

4. Um die Zusammenführung beider Verbände zu einem Landesverband Berlin der GEW vorzubereiten, wird eine Kommission gebildet, der Vertreter beider Verbände angehören."

Während also in der ersten Fassung der Ausschluß Westberlins zurückgenommen werden soll, fordert Lemkes „Korrektur" von den Westberliner Mitgliedern, ihre Satzung weiter zu verschlechtern, um allen Forderungen der Gewerkschaftsführer genüge zu leisten. Dies ist von der GEW Westberlin mehrfach abgelehnt worden. Für sie kommt nur eine Wiederaufnahme in den DGB o h n e die Preisgabe von Mitgliederrechten in Frage.

„Ihr Alleingang widerspricht allen demokratischen Gepflogenheiten in einer Gewerkschaft und schwächt das Vertrauen, das die Mitglieder in ihre Gewerkschaftsführung setzen müssen." So schrieb Lemke an Frister, als dieser in den Auseinandersetzungen um einen Warnstreik gegen die Besoldungsverschlechterungen der GEW Hamburg zum wiederholten Male in den Rücken gefallen war. Sehr ernst scheint er es selbst mit den „demokratischen Gepflogenheiten in einer Gewerkschaft" nicht zu nehmen. Wie anders ist es zu verstehen, daß ein Ausschuß, der eigentlich die G e s c h ä f t e der GEW Hamburg erledigen soll, den W i l l e n des Verbandes eigenmächtig verfälscht!?

Lemke begründet sein Vorgehen damit, daß der ursprüngliche Antrag auf der Vertreterversammlung „nicht mehrheitsfähig" sei. Dieser Argumentation folgend wäre Solidarität also eine Frage von Mehrheiten, die man dafür gewinnen kann!

Darüberhinaus ist Lemkes Vorgehen ein Tiefschlag für die Westberliner Kollegen, die nach dem ganzen bisherigen Diskussionsprozess in der GEW Hamburg damit rechnen konnten, Lemke würde gewissermaßen als „ihr Anwalt" auf der Vertreterversammlung auftreten. Umso größer dürfte jetzt die Enttäuschung sein. Lemke stellt aber auch jeden bisher erreichten Minimalkonsens im Hamburger Landesverband selbst in Frage. Denn sein Alleingang in dieser z e n t r a l e n Frage macht natürlich jeden Ansatz von Kompromißbereitschaft oder Zusammenarbeit zunichte, muß man doch in Zukunft damit rechnen, wenn's drauf ankommt, von ihm verkauft zu werden.

Lemke liefert damit einen weiteren Beweis der Verfaultheit des DGB-Funktionärsapparats, der es offenbar immer wieder schafft, seine auch fortschrittlichen Glieder in entscheidenden Fragen stets zum Kniefall zu bringen.

Neuer Schachzug gegen GEW-Linke
Mitglieder desinteressiert?

Rechtzeitig zum Mannheimer Gewerkschaftstag der GEW (31.10. bis 4.11.) bringt der »Spiegel« eine Story über die Linksunterwanderung der GEW (Ausgabe vom 24.10.). Da wird nahezu kein Klischee ausgelassen, das auch der Springer-Presse lieb und teuer ist: *»verdeckt«* und mit *»rigorosem Stimmen-Blocken« »rangeln«* die Linken *»um die Macht«*; obwohl sie den Rechten *»ständig Dialoge aufzwingen«*, verzichten sie *»auf inhaltliche Auseinandersetzungen«*, *»operieren vielmehr über ‚sympathische Kollegen'«*, denen *»Junglehrer, die sich als Linke verstehen, und häufig genug auch Sozialdemokraten«* zum Opfer fallen. Fehlt nur noch der Vorwurf der Hexerei. Mit diesen »perfiden« Methoden gelänge es den GEW-Linken, ein GEW-Gremium nach dem anderen zu übernehmen. Der »Spiegel« mit Frister: *»Schlimmer kann es eigentlich nicht werden«*.

Bemerkenswert, daß im »Spiegel«-Artikel kaum zwischen den Linken differenziert wird. Da gehören sowohl K-Gruppen und das SB als auch Stamokap-Jusos und DKP- bzw. SEW-Mitglieder dazu. Als angeblich besonders erfolgreich wird die *»gezielte Infiltrationsarbeit«* der *»DKP- und SEW-Pädagogen«* geschildert. Denn diese würden nicht unter den Unvereinbarkeitsbeschluß des DGB fallen — und selbst, wenn sie darunter fielen, wäre noch nicht viel gewonnen, da sich die Linken zu tarnen pflegen. Zu diesem Unterfangen meint der »Spiegel« scharfsinnig, würden die Linken sogar auf ihr Parteibuch verzichten...



Diesen »Gemeinheiten« der GEW-Linken soll nun auf dem Gewerkschaftstag mit einer Änderung des Wahlverfahrens der Garaus gemacht werden. Auf Vorschlag des GEW-Hauptvorstandes soll künftig der § 14 der »Wahlordnung für Direktwahlen« lauten: *»Ein Landesvorstand kann beschließen, daß die Direktwahlen in seinem Bereich generell oder für bestimmte Gliederungen nach dem Verhältniswahlrecht durchgeführt werden. Das Wahlverfahren regelt der Hauptvorstand auf Antrag des zuständigen Landesvorstandes«.*

Mit dieser nach Gutdünken der Landesvorstände angeordneten Listenwahl, hofft Frister, *»müssen Kommunisten endlich Farbe bekennen«*. Was hier auf die GEW-Linke wie auf alle demokratischen Kollegen, die nicht bereit sind, sich von Linken und Kommunisten zu distanzieren, zukommt, ist allerdings übelste Gesinnungshetze. Da wird dann bei einer Wahl, bei der die Rechten keinen Blumentopf zu gewinnen haben, eine rechte »freiheitlich-demokratische Liste« aufgestellt mit entsprechend markigen Sprüchen als Programm. Die fortschrittlichen Kollegen sollen dann eine Alternativliste bilden und dann wird man ja sehen, wer mit wem! Als informelles System ist derartiges seit langem üblich. Besonders rechte Cliquen hausieren seit Jahren mit »Negativlisten« vor den Wahlen umher. Frister selbst hat solche Praktiken früher in Westberlin — wenn auch erfolglos — gehandhabt. Wenn dieses System jetzt offiziell eingeführt werden soll, geht es weniger darum, den Rechten in Vorständen über das Listensystem Minderheitenpositionen zu sichern — obwohl das natürlich auch beabsichtigt ist (linke Minderheiten werden sowieso nicht in den »Genuß« dieses Wahlsystems kommen - darauf kann man wetten). Vielmehr soll die linke »scene« in den Gewerkschaften und dabei vor allem die vielen Kollegen, die, obgleich unorganisiert, linke fortschrittliche Positionen unterstützen, als »Sympathisantensumpf« der einen oder anderen Organisation hingestellt werden. Worauf das hinausläuft, wird mit der »Spiegel«-Bemerkung deutlich, daß die Linken häufig aus taktischen Gründen auf das Parteibuch verzichten würden. Wenn dann ein Kollege auf einer Liste, die als »KB-Liste« oder »DKP-Liste« gehandelt oder auch erst später »entlarvt« wird, kandidiert, nützt es nichts, daß er unorganisiert ist — man weiß ja, diese »taktischen Kommunisten«. So jedenfalls hat sich das Frister gedacht. Als weiterer Schritt steht durchaus ernsthaft eine Ausdehnung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf die DKP auf der Liste..

Praktisch bedeutet die Einführung der Listenwahl den Versuch, Unorganisierten mit Ausschluß zu drohen, um die Linken zu isolieren. Bekannt ist dieses System seit langem bei den Betriebsratswahlen etwa im Chemie-Bereich. Erst werden dort Linke auf den offiziellen Gewerkschaftslisten nicht berücksichtigt und so gezwungen, eigene Listen zu erstellen — dann erfolgt der Gewerkschaftsausschluß.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Veranstaltung zum Gewerkschaftstag erzwungen

Bielefeld. Am 26.10. fand in Bielefeld eine Mitgliederversammlung zum Thema Gewerkschaftstag statt. Der Vorstand hatte kurzfristig dazu eingeladen, denn eigentlich wollte er gar keine MV zu diesem Thema machen, es sollte alles nach „bewährter Methode" gemauschelt werden. Aber die Betriebsgruppe der Gesamtschule Bielefeld (ca. 30 Mitglieder) und die Betriebsgruppe des Oberstufenkollegs (ca. 40 Mitglieder), sowie der AjLE beantragten eine MV, auf der die Delegierten des Bezirks zu wichtigen Anträgen Stellung nehmen sollten. Zunächst lehnte der Ortsvorstand mit dem „Argument" ab, das Thema interessiere die Kollegen nicht, und es sähe schlecht aus, wenn der Bezirksvorsitzende vor nur 25 Leuten reden würde. Um zu beweisen, daß das Interesse sehr wohl unter den Kollegen vorhanden ist, und es nur am Vorstand liegt, dieses Interesse wach zu halten, haben einige Kollegen in einer Kurzaktion ca. 150 Unterschriften unter Kollegen gesammelt, um der Forderung nach einer MV Nachdruck zu verleihen. Der Vorstand hat dann eingelenkt, aber nur fünf Tage vor der MV dazu eingeladen.

Eingeladen zur MV waren alle fünf Delegierten des Bezirks Detmold, zu dem Bielefeld gehört. Ein Delegierter (zugleich stellvertr. Bezirksvorsitzender) erschien. Ferner war ein Mitglied der Antragskommission anwesend, der zufälligerweise in Bielefeld wohnt: Volker Möhle. 75 Mitglieder, das entspricht etwa 10%, was bei der kurzen Mobilisierungszeit ganz beachtlich ist, nahmen an der MV teil.

Erster Diskussionspunkt war das Zustandekommen des Gewerkschaftstages und der MV. Da im Bezirk Detmold die Delegierten „nach Tradition" b e s t i m m t werden, und es eine satzungsmäßige Regelung noch nicht gibt(!), wurde auf der MV verabschiedet: a) Die MV mißbilligt die gelaufene Vorbereitung des Gewerkschaftstages und b) die MV fordert den Landesverband auf, die Satzung zu ändern, so das in den Bezirken die Delegierten durch Urwahl bestimmt werden.

Im 2. Diskussionspunkt wurde ein Antrag zur GEW Westberlin beschlossen, in dem ausdrücklich die Formulierung „*Die MV des Ortsverband Bielefeld verurteilt die vom Hauptvorstand der GEW betriebene Spaltung der GEW Westberlin*" und nicht nur ein unverbindliches „Bedauern" der Spaltung.

Im nächsten Diskussionspunkt sprach sich die MV mit nur 2 Enthaltungen gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und die Gewerkschaftsausschlußpraxis aus.

Im letzten Punkt lehnte die MV das Abstimmungsverfahren auf dem Gewerkschaftstag ab, bei dem zunächst eine Abstimmung über das Votum der Antragskommission erfolgen soll. Ein Kollege wies daraufhin, daß dieses Verfahren nicht, wie die GEW-Führung schreibt, beim DGB so „üblich" , sondern sehr umstritten sei. Der Delegierte gab bei der linken Stimmung im Saal das Versprechen, die auf der MV verabschiedeten Anträge bzw. Stellungnahmen noch bei einer den Gewerkschaftstag vorbereitenden Sitzung einzubringen. Nun, man wird sehen, ob er sich nicht in einer anderen rechteren Atmosphäre anders entscheiden wird.

KB/Gruppe Bielefeld

Frister gegen »Legendenbildung«

In einem Rundbrief an die »Mitglieder des Gewerkschaftstages« vom 18.10. warnt Frister vor der Verbreitung der »Legende«, *»die GEW bzw. ihr Vorsitzender habe in Sachen Anwärterbezüge während der Auseinandersetzungen um das 6. Besoldungserhöhungsgesetz eine gleichgültige oder gar gegen die Interessen der Anwärter gerichtete Haltung angenommen«.*

Grund für diese »Diffamierung« könne nach Frister nur die Enttäuschung einiger »GEW-Funktionäre« über den »Erfolg« (!!) bei der *»Sicherung der Anwärterbezüge im 6. Besoldungserhöhungsgesetz«* sein, der ihnen den *»Grund für innergewerkschaftliche Kritik«* entzogen habe.

Tatsache ist, daß nach der Entscheidung des Bundesrates am 14.10. die Referendare für drei Monate (!) wie bisher bezahlt werden sollen. Ab 1. Februar soll aber eine Rückstufung auf 800 DM und eine Änderung des Ausbildungsstatus — Bezahlung entsprechend dem Graduiertenförderungsgesetz — beschlossen werden!

Tatsache ist auch, daß Frister am 21.6.77 zusammen mit den anderen Gewerkschaftsführern des öffentlichen Dienstes ein »Stillhalteabkommen« (»Frankfurter Rundschau«, 5.7.77) beschlossen hatte, keine Kampfmaßnahmen gegen die Rückstufung der Anwärterbezüge zu ergreifen. Auf der gleichen Linie bewegt sich die »Argumentation« in einem Brief Fristers an die Hamburger GEW-Mitglieder vom 4.7., in dem er darstellt, daß *»die Durchsetzung unverändert hoher Anwärterbezüge zur Vergrößerung der Jugendarbeitslosigkeit* (!) *führt«*. So sehen also die »Legenden« aus, gegen die sich Frister nun erbost zur Wehr setzt.

Wegen dieser Tatsachen versucht Frister mit einem Brief vorzubauen. *»Um uns* (?!) *allen die fruchtlose und zeitraubende Diskussion auf dem Gewerkschaftstag darüber zu sparen«*, fügt er einige dürftige »Beweise« der »entschlossenen« Haltung der GEW in Sachen Anwärterbezüge dem Brief bei. Außerdem kündigt er einen Dringlichkeitsantrag des Geschäftsführenden Vorstands zum 6. Besoldungserhöhungsgesetz an, in dem auch *»die Auffassung der GEW zu den angekündigten möglichen* (!) *Veränderungen der Anwärterbezüge im Rahmen der Besoldungsrunde '78«* enthalten sein soll. Man darf gespannt sein — oder vielleicht auch lieber nicht. Auf jeden Fall sollten die Hamburger und hessischen Delegierten, in deren Forderungen nach Urabstimmung und Streik ausdrücklich die Rücknahme der Rückstufung der Anwärterbezüge als wesentlicher Teil enthalten war, sich nicht von Frister einschüchtern lassen, Kritik unter den Teppich zu kehren.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Zeitverträge für Lehrer unzulässig

Die erste Kammer des Arbeitsgerichts in Offenbach hat am 19.10. als erstes Gericht in der BRD festgestellt, daß befristete Verträge für Lehrer unzulässig seien.

Geklagt hatte mit Unterstützung der GEW eine Lehrerin aus Hessen, die wie die überwiegende Zahl der neu eingestellten Lehrer mit einem Drei-Jahresvertrag abgespeist worden war.

Das Land Hessen brachte für den Abschluß von Zeitverträgen haushaltsmäßige Gründe vor sowie das »Argument«, der Lehrerbedarf gehe in den nächsten Jahren aufgrund der sinkenden Geburtenraten zurück. Dem hielt das Gericht entgegen, daß Zeitverträge nur nach einer das einzelne Fach berücksichtigenden genauen Bedarfsplanung überhaupt vergeben werden dürften. Zeitverträge könnten nur als Ausnahme zugelassen werden, nicht aber umgekehrt: *»Es werden alle mit befristeten Verträgen eingestellt, aber nur wenige später übernommen«* (nach »Frankfurter Rundschau«, 20.10.77).

Es ist damit zu rechnen, daß das Land Hessen gegen dieses Urteil in die Berufung geht. Denn dieses Urteil hätte nicht nur für Hessen weitreichende Konsequenzen, sondern auch z.B. für Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, in denen zum 1.9. a l l e neu eingestellten Lehrer auf drei Jahre befristete Verträge erhalten haben.

Es kommt jetzt darauf an, daß die Betroffenen in den einzelnen Ländern sich für die Aufhebung der Zeitverträge einsetzen. Von seiten der GEW sollte dazu mehr unternommen werden als nur die Gewährung von Rechtsschutz.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg



ausländische Arbeiter in der BRD

Ausländer und Deutsche — Gemeinsam gegen Repression im Knast

Seit Dezember 1976 erscheint im Westberliner Gefängnis Tegel die Zeitung „Durchblick". Neu an dieser Knastzeitung ist, daß sie von den Gefangenen selbst herausgegeben wird. Noch vor Erscheinen der ersten Nummer (die war mit Schreibmaschine in jeweils 20 Durchschlägen mit 100 Stück Auflage erstellt worden) wurde sie beschlagnahmt. Trotzdem schafften es die Tegeler Gefangenen immer wieder, in unregelmässigen Abständen ihr einziges Sprachrohr erscheinen zu lassen, obwohl die Redakteure, die das Projekt zu Anfang in die Tat umsetzten, längst verlegt wurden oder mit allerlei Repressionen versucht wurde, sie mundtot zu machen. Inzwischen wird schon der Besitz des „Durchblick" mit „Hausstrafen" (Einkaufs-, Veranstaltungssperren, Bunker etc.) geahndet. Von Anfang wurde im „Durchblick" auch ein Instrument zum Kampf gegen Rassendiskriminierung und für die Gleichberechtigung der ausländischen Gefangenen gesehen, deren spezielle Wehrlosigkeit in den Gefängnissen ein besonderes Angriffsziel für verrohtes und rassistisches Wachpersonal ist. Der Forderungskatalog zum 1.Mai 1977 enthielt z.B.

– Aufhebung der Doppelbestrafung von Ausländern (Knast und Abschiebung ...
– ... Gleichstellung der ausländischen Kollegen mit den deutschen in Ausbildung/Lehre/Schule usw.!

Es wird von den „Durchblick"ern aber auch gegen die Vorurteile der deutschen Kollegen in den eigenen Reihen gekämpft: *„Da muß doch was verändert werden! Aber das können wir nur gemeinsam! Gerade hier, wo's uns am dreckigsten geht, müssen wir anfangen!*

... Da müssen wir aber auch aufhören, auf die ‚bösen Ausländer' zu schimpfen! Die sind genauso beschissen dran wie wir, wenn nicht schlimmer!! Ich finde das dreckig, daß einige, als die Bullen auf diese Leute am 19. August einprügelten, schrieen: ‚Drauf auf die Scheiß-Kanacken! Haut ihnen die Jacke voll!' Was soll denn dieser Scheißdreck?!?!?!? Diese ‚Kanacken' haben uns gezeigt, wie man sich wehren kann ..." Auch am „Durchblick" waren von Anfang an Ausländer beteiligt.

Z.B. Ismail Yousef, der zusammen mit seinen deutschen Redaktionskollegen beim Zusammenlegen der Zeitung erwischt wurde und mit Hausstrafen belegt wurde. Es gab auch Übersetzungen von Beiträgen ausländischer Knastkollegen unter der Parole *„Durch Einigkeit und Solidarität erreichen wir unsere berechtigten Forderungen"*. Fälle von Repression gegen ausländische Kollegen wurden regelmäßig in fast jeder Ausgabe mit aufgegriffen, beispielsweise der Fall von S.Amadou. Hier wurde von Mitgefangenen eine Petition beim Senat eingereicht und im „Durchblick" veröffentlicht: *„In der JVA Tegel in Haus III, Station c3, in der Zelle 327 ‚lebt' der Mitgefangene Sylla Amadou. Ein Mann, der aus einem uns völlig fremden Kulturkreis kommt. Dementsprechend ist auch sein Verhalten. ... schüttet man ihm in echt deutscher Kasernenhofmanier einfach Wasser in die Zelle und läßt es ihn dann aufwischen, dies periodisch seit Monaten alle 5 – 6 Tage. ... Alles was Sie taten – nach einer entsprechenden Gefangenenintervention – war, die sofortige Abschiebung zu beantragen."*

Und so wurde ein Aufseher namentlich angeklagt, sich besonders schweinisch gegen Ausländer verhalten zu haben – übrigens ist die Veröffentlichung der Namen von Spitzeln und Denunzianten mit eines der Anliegen des „Durchblick".

Dokumentiert bis Mai 77 ist diese Gefangenenzeitung in einer Broschüre, die von der „Initiativ-Gruppe Durchblick" zu erhalten ist über: Peter Weydemann, Gardeschützweg 112, 1000 Berlin 45. Sie ist für Deutsche und Ausländer ein Beispiel, wie unter den illegalen Bedingungen des westdeutschen Knastes trotzdem gemeinsam Widerstand geleistet werden kann.

Ausländer-Kommission

Hamburg: Protest gegen Zuzugssperre

In Hamburg-Wilhelmsburg besteht seit einiger Zeit praktisch ein Zuzugsstop für Ausländer. Wie wenig die wohltönenden Ankündigungen des Senats-Ausländerkonzeptes, nach denen auf Maßnahmen zur Beschränkung des Ausländeranteils verzichtet werden sollte, wert sind, zeigt sich an der Praxis der Behörden: So gibt es im zuständigen Wohnungsamt Harburg bereits seit einiger Zeit eine interne Dienstanweisung, nach der in Wilhelmsburg keine Wohnungen mehr an Ausländer vergeben werden dürfen. In einem bekannt gewordenen Fall wurde einem Kollegen sogar unter Berufung auf diese Anweisung der Umzug in eine bessere Wohnung innerhalb des Stadtteils verwehrt, was die Stoßrichtung der Maßnahme, nämlich die Vertreibung von möglichst vielen Ausländern, angibt.

Neben der heimlichen Einführung der faktischen Sperre besteht ein weiterer Skandal darin, daß gegen die interne Dienstanweisung, deren Wortlaut das Wohnungsamt nicht mitzuteilen bereit ist, keine Möglichkeit der Klage besteht, da das Wohnungamt nicht zur Vermittlung einer Wohnung in einem bestimmten Stadtteil verpflichtet ist. Die Behörde beruft sich auf den vom Senat vorgelegten Stadtentwicklungsplan für Wilhelmsburg-West, in dem von *„Regulierung des weiteren Ausländerzuzugs durch entsprechendes Vorgehen bei der Wohnungsvermittlung"* die Rede ist. Ausländer sollen Wohnungen in *„unproblematischen Wohngegenden außerhalb Wilhelmsburgs"* angeboten werden. (Wie wäre es mit den Elbvororten?!)

Zur Unterstützung dieser Vermittlungspraktiken des Wohnungsamtes, das nur für staatliche und gemeinnützige Wohnungen zuständig ist, gab es sogar Pläne, nach denen privaten Hausbesitzern ein finanzieller Ausgleich für leer stehende Wohnungen gezahlt werden sollte, damit sie diese nicht an Ausländer vermieten. Für diese Schweinerei sollten 1978 DM 100.000.– locker gemacht werden, ein Plan, der inzwischen jedoch in der Versenkung verschwunden ist.

Auf Einladung der Wilhelmsburger „Bürgerinitiative ausländischer Arbeitnehmer e.V." trafen sich aus diesem Anlaß am 25.10. Vertreter verschiedener Ausländergruppen (spanischer Elternrat, Verein fortschrittlicher türkischer Arbeiter, türkisches Kulturzentrum, Deutsch-Ausländisches-Zentrum Hamburg Süd und als Beobachter Vertreter der Arbeiterwohlfahrt, des Diakonischen Werks und der DGB-Zentralstelle ausländischer Arbeitnehmer), von den ebenfalls eingeladenen Konsulatsvertretern war keiner erschienen. Es wurde ein „Offener Brief" an den Senat verabschiedet, in dem die Abschaffung jeglicher Zuzugsbeschränkungen gefordert und auf die Verletzung der Grundrechte durch diese rassistische Maßnahme hingewiesen wird. Daß gegenüber der westdeutschen Bevölkerung die Ausländer für die miese Wohnqualität des Stadtteils verantwortlich gemacht werden sollen, wird als ausländerfeindliche Stimmungsmache verurteilt. Für den 18.November ist ein größeres Treffen geplant, auf dem Politiker zu dem Brief Stellung nehmen sollen.

Ausländer-Kommission

Rassismus in München

Das Münchner Lokal „Citta 2000" ließ zwei farbige Studenten vor die Tür setzen, denn *„Farbige werden hier nicht bedient"*.

Da die Afrikaner das Lokal nicht freiwillig verlassen wollten, rief der Citta–Geschäftsführer die Polizei. Das war aber gar nicht nötig, denn der hilfreiche Schwabinger Kontaktbeamte („KOB") (!), Günter W., war bereits zur Stelle und wurde sofort tätig: Er nahm einem der Studenten den Paß ab mit dem Hinweis, er könne ihn auf der Straße wiederhaben.

Das „Citta" wollte sein Vorgehen damit rechtfertigen, daß die Farbigen den Geschäftsführer beleidigt hätten (wovon allerdings anwesende Gäste als Zeugen nichts bemerkt hatten, sondern im Gegenteil empört über die Behandlung der Studenten waren). Eindeutiger war jedoch schon der Hinweis, *„man wolle den Ausländeranteil im Lokal reduzieren."* Das verlange angeblich die Mehrheit der Gäste.

Inzwischen hat sich die Behörde eingeschaltet und „prüft den Sachverhalt", um sich *„ein Bild von den tatsächlichen Vorgängen zu machen"*. Man gehe jedem Vorwurf der Diskriminierung nach und werde möglicherweise Anzeige erstatten. Im schlimmsten Fall drohe der Entzug der Konzession.

Na, so schlimm wird's wohl nicht werden – man darf gespannt sein. (Angaben aus „SZ" vom 21. und 22. 10.77)

KB–Sympathisanten, München

Westberlin: Scheinehen — Hilfe für Ausländer?

In Westberlin ist es nach einer öffentlichen Erklärung von Sozialarbeitern üblich geworden, daß Ausländer sich das Aufenthaltsrecht durch Scheinehen erkaufen. Um der Gefahr zu entgehen, daß ihr Asylantrag abgelehnt oder ihre Arbeits- und Aufenthatlserlaubnis nicht verlängert wird, „kaufen" sich Ausländer eine deutsche Frau, um ihren Aufenthalt zu legalisieren. Nach Aussagen der Sozialarbeiter „kostet" eine Frau zwischen DM 2.000,– und DM 5.000,–, die Vermittlung läuft über kommerzielle Büros oder Zeitungsanzeigen mit solchem oder ähnlichem Text: *„Ausländer, 26, sucht eine deutsche Frau zum Heiraten, die ihn*

die Behörden aufgefordert, die Einhaltung der Ehegeseteze zu kontrollieren. Danach sind Eheleute zur „ehelichen Lebensgemeinschaft" verpflichtett und eine Ehe soll nicht *„unter einer Bedingung oder Zeitbestimmung"* geschlossen werden. Als ob nicht fast jede Ehe im Kapitalismus unter einer solchen Bedingung abgeschlossen wird (einen Ernährer, eine Dienstmagd, ein Sexualobjekt zu haben) und der Warencharakter der bürgerlichen Ehe nur notdürftig mit dem Mantel der Liebe zugedeckt würde!

Daß es den Sozialarbeitern bei ihrer Erklärung wenig um die Ausländer ging, um deren Sorgen und

seiner neuen „Ehefrau" nur einen Teil des versprochenen Geldes gab. Aus diesem Fall schließen die Sozialarbeiter, die Ausländer *„nützen schamlos die Notlage vieler Frauen aus und trieben mit ihren Hoffnungen auf Ehe Schindluder"* („SZ", 17.9.). Es ist u.E. müßig zu fragen, wer hier wessen Notlage ausnutzt! Bei Ausländern und Frauen, beide besonders unterdrückte Teile dieser Gesellschaft, wird mit der Hoffnung auf ein besseres Leben und oft wohl auch menschliche Wärme ein schmutziges Geschäft gemacht, von dem nur die Vermittler profitieren. Abartig sind nicht die Menschen, die

Westberlin: Scheinehen — Hilfe für Ausländer?

In Westberlin ist es nach einer öffentlichen Erklärung von Sozialarbeitern üblich geworden, daß Ausländer sich das Aufenthaltsrecht durch Scheinehen erkaufen. Um der Gefahr zu entgehen, daß ihr Asylantrag abgelehnt oder ihre Arbeits- und Aufenthatlserlaubnis nicht verlängert wird, „kaufen" sich Ausländer eine deutsche Frau, um ihren Aufenthalt zu legalisieren. Nach Aussagen der Sozialarbeiter „kostet" eine Frau zwischen DM 2.000,– und DM 5.000,–, die Vermittlung läuft über kommerzielle Büros oder Zeitungsanzeigen mit solchem oder ähnlichem Text: *„Ausländer, 26, sucht eine deutsche Frau zum Heiraten, die ihn vor der Ausweisung rettet. Gegenleistung: meine Liebe, mein Leben. Auch Form-Heirat gegen Honorar und ohne Verpflichtung."* (nach „SZ", 17.9.77)

Anstatt die ausländerfeindlichen Bestimmungen anzugreifen, die Ursache dieser Form von Menschenhandel sind, haben die Sozialarbeiter die Behörden aufgefordert, die Einhaltung der Ehegeseteze zu kontrollieren. Danach sind Eheleute zur „ehelichen Lebensgemeinschaft" verpflichtett und eine Ehe soll nicht *„unter einer Bedingung oder Zeitbestimmung"* geschlossen werden. Als ob nicht fast jede Ehe im Kapitalismus unter einer solchen Bedingung abgeschlossen wird (einen Ernährer, eine Dienstmagd, ein Sexualobjekt zu haben) und der Warencharakter der bürgerlichen Ehe nur notdürftig mit dem Mantel der Liebe zugedeckt würde!

Daß es den Sozialarbeitern bei ihrer Erklärung wenig um die Ausländer ging, um deren Sorgen und Probleme sie sich kümmern sollen, zeigt das von ihnen dargestellte Beispiel in dem eine deutsche Frau in der Hoffnung auf eine menschliche Beziehung sich auf eine Scheinehe einließ und deshalb ihre Arbeit aufgab, der „Ehemann" jedoch sofort nach der „Eheschließung" zu seiner geschiedenen Frau zurückkehrte und seiner neuen „Ehefrau" nur einen Teil des versprochenen Geldes gab. Aus diesem Fall schließen die Sozialarbeiter, die Ausländer *„nützen schamlos die Notlage vieler Frauen aus und trieben mit ihren Hoffnungen auf Ehe Schindluder"* („SZ", 17.9.). Es ist u.E. müßig zu fragen, wer hier wessen Notlage ausnutzt! Bei Ausländern und Frauen, beide besonders unterdrückte Teile dieser Gesellschaft, wird mit der Hoffnung auf ein besseres Leben und oft wohl auch menschliche Wärme ein schmutziges Geschäft gemacht, von dem nur die Vermittler profitieren. Abartig sind nicht die Menschen, die sich auf solchen Handel einlassen, sondern der Kapitalismus, der ihn hervorbringt. Abschaffen kann man diesen Handel nicht durch Einhaltung der Ehegesetze, sondern nur durch den Kampf gegen dieses System.

Ausländer-Kommission

ließ zwei farbige Studenten vor die Tür setzen, denn *„Farbige werden hier nicht bedient"*.

Da die Afrikaner das Lokal nicht freiwillig verlassen wollten, rief der Citta–Geschäftsführer die Polizei. Das war aber gar nicht nötig, denn der hilfreiche Schwabinger Kontaktbeamte („KOB") (!), Günter W., war bereits zur Stelle und wurde sofort tätig: Er nahm einem der Studenten den Paß ab mit dem Hinweis, er könne ihn auf der Straße wiederhaben.

Das „Citta" wollte sein Vorgehen damit rechtfertigen, daß die Farbigen den Geschäftsführer beleidigt hätten (wovon allerdings anwesende Gäste als Zeugen nichts bemerkt hatten, sondern im Gegenteil empört über die Behandlung der Studenten wa-

der Hinweis, *„man wolle den Ausländeranteil im Lokal reduzieren."* Das verlange angeblich die Mehrheit der Gäste.

Inzwischen hat sich die Behörde eingeschaltet und „prüft den Sachverhalt", um sich *„ein Bild von den tatsächlichen Vorgängen zu machen"*. Man gehe jedem Vorwurf der Diskriminierung nach und werde möglicherweise Anzeige erstatten. Im schlimmsten Fall drohe der Entzug der Konzession.

Na, so schlimm wird's wohl nicht werden – man darf gespannt sein. (Angaben aus „SZ" vom 21. und 22. 10.77)

KB–Sympathisanten, München

„Ausländer müssen sich eben anpassen"

Wir, einige leidgeprüfte Wohnungssuchende in Köln, meldeten uns auf eine Annonce hin, mit der Nachmieter für ein renoviertes 24-Zimmer-Haus gesucht wurden.

Wir fanden einen vergammelten Altbau vor, in dem noch ca. 8 türkische Familien unter miesen Wohnbedingungen zusammengepfercht in 2 oder 3 möblierten Zimmern ohne Bad und mit Toilette auf dem Flur zu Untermietspreisen von DM 230,- bis DM 270,- lebten. Keine der Familien wußte etwas von ihrer bevorstehenden Kündigung. Eins war uns sofort klar, auf die Straße wollten wir die Familien nicht setzen; die Familien stünden somit wie sämtliche Ausländer und kinderreiche Familien auf dem Abstellgleis des „sozialen" Wohnungsbuas oder Sanierungsgebieten. Wütend über diese Sauerei rasten wir zurück zu den Vermietern, um zu hören, wie sie sich da herauswinden würden. Plattheiten und Vorurteile waren die Antwort: die Ausländer müßten raus – sie hätten einfach ihre Familien nachgezogen und das Haus verkommen lassen; sie selbst hätten so viel investiert (wo nur?), das müßten wir verstehen; die Kinder kritzelten die Flure voll (haben nichts dergleichen gesehen) und schließlich müßten sich die Ausländer eben anpassen; die Familien würden ja nicht rausgesetzt, sondern würden von ihnen zum Wohnungsamt oder zum Markler geschickt, dann bekämen sie auch andere Wohnungen. So einfach ist das! Hinweise unsererseits auf die ohnehin miese Situation von Ausländern bei uns halfen da gar nichts.

Im nachhinein rätselten wir, warum die Vermieter das Haus überhaupt los werden wollen, wo sie doch eigentlich an den Untermieten ganz schön verdienen. Endlich kamen wir ihnen auf die Schliche: Die Frau hatte erzählt, daß das Haus durch Auflage des Gesundheitsamtes „nur" mit 36 Personen belegt werden dürfe und daß inzwischen ja bereits 3 „Wohnungen" leer stehen würden; mit anderen Worten: im Haus wohnen bereits 36 Personen und die drei leer stehenden „Wohnungen" dürfen sie nicht mehr vermieten und damit springt auch kein zusätzlicher Profit für sie heraus. Ja, so einfach ist das!!

Eine Kölner Genossin

GEW

Peinlich!

Der Refendarvorstand am Hamburger Studienseminar, der jedes Semester auf einer Vollversammlung aller Referendare gewählt wird und während vier Semestern von einem linken Kollegenkollektiv gestellt wurde, unterlag auf der letzten Vollversammlung einem Kollektiv der „Gewerkschaftlichen Orientierung" (DKP-nahe und Stamokap-Jusos) in der Wahl mit 170:150 Stimmen. Während seiner Amtszeit hatte der alte Referendarvorstand eine politische Bedeutung erlangt, die nicht nur auf die Referendare und nicht nur auf Hamburg beschränkt war. Die vom ihm herausgegebene „Referendarzeitung", in der Kollegen unzensiert über ihre Erfahrungen in den Seminaren berichten konnten, in der aktuelle politsche Themen diskutiert wurden, und die häufig äußerst delikate Dokumente veröffentlichte, erreichte eine Auflage bis zu 2000 Exemplaren und wurde von Referendaren und Lehrern im gesamten Bundesgebiet abonniert. Während der Diskussion über den Warnstreik der GEW Hamburg griff der RV mit regelmäßig erscheinenden „Streik-Infos" - die an allen Hamburger Schulen reißenden Absatz fanden - in die Auseinandersetzung zwischen der GEW Hamburg und der GEW Bund ein, entlarvte von Anfang an die Rolle Fristers, setzte sich dafür ein, daß die GEW die Referendarsbesoldung als Streikforderung überhaupt beibehielt und stellte überregionale Kontakte mit den Kollegen in Hessen her.

Was der Verlust des Referndarvorstandes für die anstehenden Auseinandersetzungen gerade um die geplante Referendarsbesoldungskürzungen im Februar 78 nach Bafög bedeutet, ist angesichts der bekannten kritiklosen Übernahme der Politik der Gewerkschaftsführer durch das „Gewerkschaftskollektiv" abzusehen.

Kritisch muß jedoch im nachherein gesagt werden, daß das linke Kollektiv sich seines Sieges allzu sicher war, sodaß kaum Anstrengungen für eine echte „Wahlkampagne" unternommen wurden (selbst Kollegen, die bereit waren, Hand anzulegen, wurden alleingelassen), während das „gewerkschaftlich orientierte" Kollektiv von Schuljahresbeginn an alles auf diese Wahl hin konzentrierte. Allzu leichtfertig wurde damit eine Bastion aufgegeben, die für die Referendarsarbeit eine wesentliche Rolle spielt. Daß das linke Kollektiv in der Vergangenheit nicht an Vertrauen eingebüßt hat, beweißt die Tatsache, daß trotz dieser Schlamperei gegenüber der letzten Wahl sogar noch 20 Stimmen hinzugewonnen werden konnten. Dies gibt auch zu der Hoffnung Anlaß, daß dieser Verlust nur ein vorübergehender ist.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
ARBEITERKAMPF
J. Reents Verlag
2 Hamburg 50, Lerchenstr. 75
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.

Auflage: 22.500
Erscheinungsweise: 14tägig
Verkaufspreis: DM 2,–

Verlagskonten: Dresdner Bank: 451 8378, J. Reents und Postscheckkonto Hamburg: 240 595, J. Reents



frauen



Prozeß gegen elf § 218 - Gegner auf unbestimmte Zeit verschoben!

Hildesheim. Am 17.10.77 fand der erste von drei angesetzten Verhandlungstagen in einem Verfahren vor der Großen Strafkammer des Landgerichts in Hildesheim statt. Angeklagt waren elf § 218-Gegner. Diese hatten am Tag der 2. und 3. Lesung des neuen § 218 am 22.2.76 an einer Demonstration von der dem KBW nahestehenden „Initiative gegen den §218 Hildesheim" teilgenommen. Während der Demonstration nutzten einige §218 Gegener die Gelegenheit und klebten Plakate. Als sich die 50-60 Demonstranten zu einer Kundgebung versammelten, provozierte die Polizei eine Schlägerei. Ca. 10-15 Bullen fielen über einen Demonstranten her, der sich weigerte, die Personalien anzugeben. Eine 16-jährige Schülerin wurde zu Boden geschleudert und getreten. **Den 11 Angeklagten wird nun Sachbeschädigung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Gefangenenbefreiung, Landfriedensbruch und Körperverletzung vorgeworfen.**

Amtsrichter Vultejus, als relativ fortschrittlicher Richter eine Seltenheit im bundesrepublikanischen Justizapparat, wurde für diesen Prozess als „befangen" von der Staatsanwaltschaft abgelehnt.

Dies ist nicht die erste Ablehnung für Vultejus: Als Vultejus gegen einen Manager (er hatte Arbeiter entlassen, die einen Betriebsrat aufbauen wollten, wogegen die Arbeiter sofort prozessierten) Haftbefehl erließ, nachdem dieser zu einem Gerichtstermin nicht erschien , stellte die Verteidigung des Managers Antrag auf Befangenheit. Begründet wurde der Antrag mit der Mitgliedschaft von Vultejus in der ÖTV!

Doch auch in Sachen „§218" hat die Staatsanwaltschaft ihren Ärger mit Vultejus. Dieser sprach §218-Gegner frei, die einen Denkmalsockel mit Plakaten beklebt hatten, da „der Sockel (...) zum Träger einer plakatierten Meinung geworden (ist) ..." In dem jetzigen Prozess lief der Ablehnungsantrag der Staatsanwaltschaft gegen Vultejus vier Monate, bevor ihm stattgegeben wurde. Die Angeklagten wurden über dieses Verfahren natürlich nicht informiert. In der unmittelbaren Vorbereitung des Hauptverhandlungstermins versuchte dann die Staatsanwaltschaft von der politischen Begründung ihrer Ablehnungsanträge gegen Richter Vultejus abzurücken. Es wurde nun behauptet, es handle sich nicht um ein politisches Verfahren. *„Daß es politischen Beigeschmack erhält, ist nicht mehr zu befürchten, nachdem Richter Vultejus erfolgreich für befangen erklärt wor-*



Seit wann sind Sie denn plötzlich für die Streichung des § 218?

den ist, es sei denn, daß der oder die Verteidiger dem Verfahren einen politischen Anstrich geben wollen, den es nicht hat", so Oberstaatsanwalt Kehr (laut Presseerklärung der Verteidiger).

Von den Verteidigern wurde am 17.10. noch einmal darauf hingewiesen, daß hier ein Versuch der Staatsanwaltschaft unternommen wurde, einen politisch unliebsamen Richter klammheimlich auszuschalten. Den Angeklagten wurde dabei natürlich keine Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Das Gericht mußte daraufhin eine erneute Überprüfung des Ablehnungsbeschlusses gegen Richter Vultejus beantragen. Aus diesem Grunde wurde das Verfahren erst einmal für unbestimmte Zeit ausgesetzt.

KB-Frauengruppe Hildesheim

Gudrun Ensslin — oder: Wie eine Frau nach bürgerlichen Vorstellungen in den Untergrund gerät

Gudrun Ensslin kam am 18.10.77 in Stammheim zu Tode. Abgesehen von der Behauptung, daß die Enttäuschung über die mißlungene Flugzeugentführung der Anlaß für die „Selbstmorde" war, hat die bürgerliche Presse seit langer Zeit für Gudrun Ensslin eine weitere Erklärung parat – ihre persönliche Beziehung zu Andreas Baader. Wie alles, was nach bürgerlichen Vorstellungen in den letzten Jahren ihres Lebens verwerflich und verbrecherisch gewesen sein soll, teilt sie nun mit ihm auch den Tod. Nach dem Willen der BRD-Presse hat damit die Liebschaft zweier Terroristen folgerichtig ihr wohlverdientes Ende gefunden.

Um davon abzulenken, daß die RAF-Gefangenen einen politischen Anspruch hatten, und um in der Öffentlichkeit und in der Bevölkerung zu erreichen, sie auch menschlich abzuqualifizieren als jemand, mit dem man kein Mitleid haben kann, wurde seit Jahren gezielt über die Persönlichkeit der „Terroristen" hergezogen.

Weil abgesehen von der allgemeinen Diffamierung, die alle „Terroristen" erfahren, bei den Frauen noch eine besondere Variante der Hetze hinzukommt, wollen wir Gudrun Ensslin einen zusätzlichen Nachruf widmen.

Mit klarem Verstand nicht zu erklären ...

Wie kann eine Frau, die nach bürgerlichen Maßstäben die besten Voraussetzungen hatte, ein treues und wohl-integriertes Mitglied dieser Gesellschaft zu werden, so vom rechten Pfad abkommen?

Beinahe peinlich – bekannte Vertreter des deutschen Geistes- und Kulturlebens wie Hegel und Textor gehörten zu ihren Vorfahren („Spiegel", 25/72). Ihr Vater übt einen Beruf aus, mit dem sich Strenge, Ehrbarkeit und Zucht verbinden: Er ist Pfarrer – wobei er dann natürlich sofort zum *„Linkstheologen"* hochstilisiert wird („Spiegel", 25/72). Und in der Presse wird ausführlich die Idylle des Pfarrhauses beschrieben, in der Gudrun Ensslin aufwuchs. In einer konservativen Kleinstadt ist sie eins von sieben Kindern, deren Vater *„sich gelegentlich stundenlang mit der Staffelei im Studierzimmer einschloß"* („Spiegel", 25/72). Gudrun hütet die jüngeren Geschwister.

Ihr Weg schien vorbestimmt: *„Wie die Eltern alte Wandervögel, ging die Pfarrerstochter auf Fahrt, wurde später Gruppenführerin beim Evangelischen Mädchenwerk und hielt für die Frohschar Bibelabend im Gemeindehaus"* („Spiegel", 25/72). Nichts schien diese heile Welt zu stören, nicht einmal ein pubertäres Aufbegehren der Heranwachsenden. Behütet wie sie war, gab es erst *„mit 19 den ersten Kuß"*, produzierte ansonsten nur zielstrebig brav gute Noten und begann ein geisteswissenschaftliches Studium. *„Sie hörte Vorlesungen über Geothes Romane, Klopstock und Hölderlin, über Shakespeares dramatische Kunst, Kierkegaard, Jaspers, Heidegger, Satre"* („Spiegel", 25/72).

„Die begabte Germanistikstudentin wurde gefördert von der Studienstiftung des deutschen Volkes" („Hamburger Morgenpost", 8.6.72) – wem fällt jetzt nicht der Spruch von den arbeitsscheuen Studenten und unseren Steuergroschen ein? Und trotzdem immer noch: *„Bis zum 22. Lebensjahr, sagt die Mutter, lag auf ihrem Nachttisch die Bibelrüste des Evangelischen Mädchenwerks"* („Spiegel", 25/72). Privat und politisch lief also alles in durchaus bürgerlichen Bahnen, sie verlobte sich mit einem langjährigen Freund und engagierte sich 1965 für die SPD: *„Gudrun Ensslin stellte in enem damals unbenutzten Büro Egon Bahrs in der Hardenbergstraße Wahlkampfmaterial zusammen und ordnete Zeitungsausschnitte"* („Spiegel", 25/72).

Was also bewirkte nach Meinung der bürgerlichen Schreiber dann, daß ein Mann ein paar Jahre später *„an einem sonnigen Oktobernachmittag im Straßencafe Möhring an der Ecke Kurfürstendamm/Uhlandstr. eine schlanke Blondine"* („Bild", 13.6.72) beobachten konnte, *„die mit einigen wild aussehenden Gestalten am Nachbartisch lauthals diskutierte"* und *„eine schamlos durchsichtige Bluse"* trug? (ebenda). *„Natürlich würde ich auch Günther umlegen – warum nicht"*, will der schockierte Mann am Nebentisch gehört haben (ebenda). Ist das dieselbe Person?

Und auch für Erna Niederberger, einst Haus- und Kindermädchen der Pfarrersfamilie, *„ist es a Rätsel, wie die Gudrun auf Abwege kommen is"* („Spiegel", 25/72).

Entscheidung für die Politik oder für einen Mann?

Die bürgerliche Presse leugnet zwar nicht völlig, daß Gudrun Ensslin auch politische Motive gehabt hat – mißt ihnen insgesamt aber kaum Bedeutung zu. So nennt der „Spiegel" zwar die Enttäuschung über die Politik der SPD als einen möglichen Grund:

„Daß 1966 in Bonn eine Große Koalition zustande kam, daß Brandt und Schiller, für die sie sich engagiert hatten, neben Strauß und Kiesinger auf der Regierungsbank Platz nahmen, war für die SPD-Wahlhelfer ... der große Schock gewesen" (25/72). Und noch eins: *„Während der Schwangerschaft meinte sie zu erkennen, daß Vietnam-Krieg und Napalmtod von Vietnamesenkindern keine Panne, sondern kalkulierte Politik der USA war"* („Spiegel", 25/72). Es wird berichtet, daß sie fortan *„auf jeder Demonstration zu finden"* gewesen sei („Hamburger Morgenpost", 8.6.72), und daß sie in jenen Tagen Andreas Baader kennengelernt hat.

Das war für die bürgerlichen Schreiber das Entscheidende! *„Mit diesem Mann legte sie Feuer im Frankfurter Kaufhaus Schneider, mit ihm startete sie Polit-Experimente an Fürsorgezöglingen und Heiminsassen, mit ihm floh sie nach Paris, entwich in den Untergrund und an seiner Seite rückte sie in den Volkskrieg ..., in dem es schließlich Bomben und vier Tote gab"* („Spiegel", 25/72).

Getreu der Behauptung, daß Frauen weniger vom Verstand als vom Gefühl her handeln und daß Frauen sich selbst erst durch einen Mann definieren, wird fortan in der Presse nicht mehr über Gudrun Ensslins eigene politische Vorstellungen spekuliert, sondern ihre Taten werden nur noch im Zusammenhang mit Andreas Baader gesehen. Sie heißt jetzt „Baader-Freundin", „die Geliebte des Bandenchefs", und „Bild" weiß zu berichten, daß *„Gudrun mehr als sie wußte und ihr Intellekt zugab, von Andreas Baader abhängig war... Sie war unendlich gefühlsmäßig an ihn gebunden"* („Bild", Juni 72). Das ist der eigentliche Grund für ihre Wandlung – sollen wir glauben. Die intelligente, gebildete und wohlerzogene Pfarrerstochter entbrennt in Leidenschaft zu einem jungen Mann, es ist nur leider der Falsche: *„Der Geliebte machte sie zur Terroristin"* („Bild", 8.6.72). Und was so ein richtiger bürgerlicher Schmierblattschreiber ist, der hat auch eine Erklärung parat für das, was Gudrun Ensslin an ihm fand. *„Der vitale Andreas Baader"* ... („Mopo", 8.6.72), *„der hat nix geschrieben, der hat alles nur im Kopf"* („Spiegel", 25/72). Und wie wir spätestens seit Wallraff wissen, ist „Bild" am besten unterrichtet: *„Seine Stärke bestand in seiner sexuellen Anziehungskraft auf die Damen und kam erst nachts voll zur Geltung. Sie sahen (und hörten, vorallem), nicht ohne Neid, wie Andreas Baader mehrmals in der Nacht die Grete zu orgiastischen Schreien brachte. Grete war der Deckname für Gudrun Ensslin"* (12.6.72). Jeder Leser wird jetzt messerscharf auf sexuelle Hörigkeit schließen.

Diese Abhängigkeit soll – so konnte man im Blätterwald der bürgerlichen Presse nachlesen, dazu geführt haben, daß sich Gudrun Ensslin quasi selbst an die Polizei ausgeliefert hat, nachdem schon 6 Tage zuvor Andreas Baader verhaftet worden war. Sie soll angeblich so betont auffällig aufgetreten sein und achtlos ihre Waffen herumliegen gelassen haben, daß gar nichts anderes übrig blieb, als sie zu verhaften:

„Vieles deutet daraufhin, daß Gudrun Ensslin nach der Verhaftung ihres Freundes die Nerven verlor, aus der Bande aussteigen wollte und sich deshalb so auffällig benahm, daß man einfach auf sie aufmerksam werden mußte" (MoPo, 8.6.72). Und BILD bemüht den *„berühmten Kriminologen Prof. Armand Mergen von der Universität Mainz"*, um zu erfahren, *„was sich im Unterbewußtsein von Gudrun Ensslin abgespielt hat"*. Der sog. Wissenschaftler antwortet, gemäß der allgemeinen Lehrmeinung für weibliche Kriminologie, daß nur das Dunkle, Unbewußte in der Psyche der Frau verantwortlich sein könne:

„Gudrun Ensslin wurde unbewußt von dem Wunsch getrieben, endlich aus der verfahrenen Situation herauszukommen. Wir erleben es immer wieder, daß kaltblütige Verbrecher so grobe Fehler machen, daß sie unbedingt zur Festnahme führen müssen. Bei der Ensslin war es offensichtlich so, daß sie nach der Festnahme von Andreas Baader, der ja zugleich ihr Geliebter war, nicht mehr weitermachen wollte. Den Pullover, den sie kaufen wollte, hat sie sicher überhaupt nicht gebraucht. Der Gang in die Boutique und das achtlose Liegenlassen der Lederjacke mit der Pistole muß tiefenpsychologisch so geklärt werden, als hätte sie lauthals hinausgeschrien: So nehmt mich doch endlich fest, ich will Schluß machen" (BILD, 8.6.72).

Heim zu ihrem Geliebten – was anderes könnte eine Frau im Sinn haben? Und folgerichtig verhält sie sich dann nach der Festnahme: **Laßt mich zu Baader, dann packe ich aus!"** (Schlagzeile der MoPo, 9.6.72).

Konkurrenz unter Frauen

Nach der heimgestrickten bürgerlichen Psychologie für Frauen ist es auch nur natürlich, daß neben der gefühlsmäßigen („normalen"!) Bindung an den Mann das Konkurrenzverhalten zu anderen Frauen steht. **„Machtkampf der Frauen in der Baader-Meinhof-Bande"** stand am 5.6.72 als Schlagzeile über der BILD. **„Ulrike Meinhof oder Baaders Geliebte Gudrun Ensslin – wer gibt jetzt die Befehle?"** (dito). Von Beginn der „Berichterstattung an wird das Verhältnis zwischen Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof als rivalisierend dargestellt – nach Baaders Verhaftung sollen sie sich sogar in einer Art „Führungskrise" über die Leitung der Gruppe gestritten haben.

Und selbst als schon alle einsitzen, ist die bürgerliche Presse immer noch ausnehmend gut informiert über die Zwischenmenschlichen Beziehungen untereinander. Ulrike, die als „alternde Frau" eifersüchtig auf die Liebesbeziehung der Gudrun Ensslin war, solche und ähnliche Storys jagten nach Ulrike Meinhofs Tod durch die bürgerlichen Zeitungen. BILD wußte sogar, daß Baader sie deswegen verhöhnt hatte.

...und gefährlich sind sie doch

Damit aber nicht der unerwünschte Effekt des Mitleids oder der Solidarisierung eintritt – etwa weil jemand die angebliche Leidenschaft zu einem Mann nachempfindet, so muß natürlich deutlich gezeigt werden, wohin das Engagement der Frauen im Untergrund führt. Als Gudrun Ensslin am 7. Juni 1972 verhaftet wurde, wurde allen Frauen in Großformat BILDhaft vor Augen geführt, wie man v o r und n a c h dem Terr Terrorismus aussieht. Hübsch, blond, lächelnd – so das eine Foto – und *„hohlwangig, mit zerzausten Haaren"* (BILD, 8.6.72) das andere. *„Verliebt"* – *„Verhaftet"*, so lauten die Unterschriften dazu.

Wir erinnern an dieser Stelle daran, daß gerade heute eine massive Kampagne unter dem Motto „Frauen als Terroristinnen" läuft, in der ein Zusammenhang hergestellt wird zwischen der Beteiligung von Frauen an „Terrorakten" und Gewaltkriminalität und der Frauenemanzipation. Die Frau mit dem Gewehr in der Hand, das soll jedem als Endergebnis vorschweben, wenn etwa eine Frau einen Englischkurs an der Volkshochschule belegen will.

Wir weisen die Pressekampagne gegen die RAF-Mitglieder, insbesondere gegen die Frauen unter ihnen, als Diffamierungskampagne, zurück. Ihr Ziel ist nichts anderes, als Sensationslust, Vorurteile, Antikommunismus und Frauenfeindlichkeit zu erzeugen. Die Kübel Dreck, die die bürgerliche Presse über die einzelnen Mitglieder der RAF ausgekippt hat, sind oft nur noch mit der Goebbels-Propaganda zu vergleichen. Insbesondere, wenn an hergeholten äußeren Merkmalen wie „Junges Mädchen, das häufig den Begleiter wechselt", ständig geschlossene Gardinen", „junge Frau, kommt nur Nachts nach Hause" usw. angesetzt wird. Nicht umsonst bittet die Polizei immer stärker die Bevölkerung um Mithilfe – sprich Denunziation. Blockwarte und die neugeschaffenen Kontaktbereichsbeamten werden dankbar sein, wenn in Zukunft über Gehen und Kommen, Kleidung und Lebensgewohnheiten in der Bevölkerung gegenseitig Kontrolle ausgeübt wird.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg



„Frauenfeindlich" – oder wie es sich manche zu einfach machen

Am 27. Oktober trat auf einem Solidaritäts-Konzert für das Hamburger „Kinderhaus in der Heinrichstraße" neben vielen anderen Künstlern auch Jutta Weinhold mit ihrer Band auf, deren kleine Show-Nummer bei manchen Zuschauern und wohl besonders Zuschauerinnen auf Ablehnung stieß. Mit ständigen Pfiffen, Buhrufen und Geschrei („Aufhören!") sollte der Auftritt der Band abgebrochen werden. „Frauenfeindlich" – so schallte es aus vielen Ecken auf die Bühne. Man geht wohl leider nicht fehl in der Annahme, daß es vor allem Genossinnen des KB und des SSB's waren, die sich da ereiferten.

Was war denn nun das Unerhörte, was die empörten Frauen von den



Stühlen riß? Da war eine Band und eine Sängerin. Gut. Die Künstlerin hat ein bestimmtes Repertoire und wie jeder, der sein Geld auf dem „Kunstmarkt" verdient eine bestimmte „Masche". Jutta Weinholds Masche ist nun just die des unerhört besexten Vamps. Ob das Gezerre an ihrem ausgeschnittenen Pullover, ob ihr Geturne auf dem Boden – so hat sie bisher ihre Lieder ans Publikum gebracht und so wird sie es wohl auch weiterhin tun.

Wir können darüber diskutieren, ob man ihren Auftritt gelungen fand oder nicht, ob er witzig, geschmackvoll, gut oder schlecht war. Wir meinen allerdings, daß das, was am 27.10. von manchen Zuschauerinnen (und Zuschauern?) als Publikumsreaktion „geboten" wurde, bei weitem schlechter, geschmackloser und hu-

aktion „geboten" wurde, bei weitem schlechter, geschmackloser und hu-morloser war als der Auftritt selbst.

Man muß sich das mal vorstellen: Da bemüht sich das Kinderhauskollektiv intensiv und lange um einen einzigartigen Musikabend, der für das „Kinderhaus" ein kleines Stück Überleben bringen soll. Und tatsächlich findet auf einer Bühne das statt, was kein Konzertdirektor und Plattenmanager hinkriegen würde: viele bekannte und berühmte Musiker kommen und spielen ohne Gage. Sie kommen, obwohl sie kein Geld kriegen und obwohl das Kinderhaus von der Springerpresse als „Rote Kaderschmiede" verschrien wird.

Haben diejenigen das alles bedacht, die da ihre maßlose Empörung über sexy Jutta Weinhold zum Ausdruck brachten? Unsere Meinung dazu: Wir halten das „Frauenfeindlich"-Geschrei in diesem Fall für unangenehm, unsolidarisch und dumm!

Das ist kein Einzelfall!

Wir sehen diese Entgleisungen allerdings leider nicht alleine stehen. Nur allzuoft erleben wir, daß sehr schnell mit dem großen Stempel „frauenfeindlich" herumhantiert wird, daß bisweilen allein schon etwas erotische Darstellungen (z.B. ein Plakat des MSB, auf dem Karl Marx der Angela Davis an die Brust faßt) wild als „frauenfeindlich" angegriffen werden, ohne daß die Genossinnen sich groß Gedanken machen, wie sie ihre Auffassungen breiteren Kreisen v e r m i t t e l n können. Teilweise wird der Kommunistische Bund wohl auch mit der „Heilsarmee" verwechselt.

Wir denken zum Beispiel daran, daß es üblich geworden ist, Aktionen gegen Miß-Wahlen, Frauen-Boxen, „Oben-Ohne"-Mädchen usw. zu starten. So manche Frauengruppe, die seit langem in der stillen Ecke vor sich hingeschmort hat, wird plötzlich wieder hektisch, wenn ein Haufen Männer sich die nackten Brüste der Boxdamen angucken kommen.

Männer sich die nackten Brüste der Boxdamen angucken kommen.

Wir wissen, daß ein derartiges Zurschaustellen von Frauen Ausdruck des bürgerlichen Frauenbildes und der bürgerlichen Sexualität ist. Wir haben aber die Vermutung, daß derartige „Bilderstürmereien" der Frauengruppen nicht anders wirken als der Puritanismus schwärzester viktorianischer Ausprägung. Gemessen an dem, was man als Publikum vorfindet und gemessen daran, daß eben nicht ständig gut vorbereitet Agitation gemacht wird, können solche „Holt die nackte Frau von der Bühne"-Aktionen nur als sektiererisch eingeschätzt werden.

Wir möchten auch darauf hinweisen, daß noch keine Frauengruppe, die bei solchen „Sex-Aktionen" so laut I-gitt schreit, mit der gleichen Intensität die zahlreichen Frauenbetriebe mit dem Stempel „frauenfeindlich" bepflastert hat und dann auch noch versucht hat, das den Betriebsangehörigen klar zu machen.

Warum soll die Ausbeutung und Diffamierung, die Frauen täglich und jahrelang bei der Arbeit erfahren, weniger wichtig sein als irgendeine andere Art der Unterdrückung im kapitalistischen System?

Nicht den Symptomen des kapitalistischen Staats haben wir den Kampf angesagt, sondern dem kapitalistischen System selbst!

Ein PS. noch:

Was wir allerdings noch zum Kinderhausfest sagen möchten:

Wir halten es für ein Mißgeschick der Veranstaltungsleitung, den Beitrag von Jutta Weinhold gleich nach Constantin Weckers Lied „Willy, gestern haben sie dich erschlagen" anzusetzen, der allen hörbar die Sprache verschlagen hatte. Ein Teil der Protestpfiffe wird sicherlich darauf zurückzuführen sein. Allerdings kann dafür Jutta Weinhold nichts.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Anmerkung der Redaktion

Dies ist nicht allein ein Frauenproblem. Etwas mehr Duldsamkeit und politische Überlegung wäre manchen Genossen auch bei anderen Veranstaltungen zu empfehlen. Siehe Mao über die Haupt- und Nebenwidersprüche.



„Emanzipation der Männer" war das Thema eines Fernsehabends des WDR am 7.Oktober, zu dem geladen waren: Alice Schwarzer, Helga Schuchardt, FDP, die Psychoanalytikerin Margarete Mitscherlich, der Kölner Psychologe Friedrich Heubach, „Patriarchat"-Autor Ernest Bornemann und Nazi Peter Hofstätter, Professor für Sozialpsychologie an der Hamburger Uni.

Hofstätter hatte erst jüngst in einem „Welt"-Artikel wieder von sich Reden gemacht, in dem er in Emanzipationsbestrebungen die Gefahr des „Terrorismus" wittert und in „Terroristinnen" nichts anderes sieht als *„Vorkämpferinnen einer mutterrechtlichen Gesellschaft, ... Fleisch erbeutende und verzehrende Jägerinnen also, die sich dem Klischee der für typisch gehaltenen Anbau- und Backarbeit entziehen und dafür Attribute der männlichen Rolle in Anspruch nehmen"* (nach „Emma", 10/77).

Selbst die „Frankfurter Rundschau" (18.10.77) kam nicht umhin, die Teilnahme Hofstätters an der Fernsehsendung als einen Skandal zu betrachten. *„Hofstätter, der sich erfolgreich in die Pose der verfolgten Unschuld setzen durfte, hat eine Vergangenheit, die ihn für die Teilnahme an einer solchen Sendung disqualifizieren müßte"*

- Hofstätter arbeitete vor dem 2.Weltkrieg als Heerespsychologe im österreichischen Bundesheer; er wurde in der gleichen Funktion in die Wehrmacht übernommen.
- Hofstätter hat zur wissenschaftlichen Abstützung der NS-Herrschaft beigetragen. *„Hofstätter lieferte,"* schreibt die Berliner Psychologin Eva Sternheim-Peters, *„damals Argumente und Steine zum Bau einer ‚Wissenschaft', die geradewegs zu Massenmord und in die Gaskammern führte"* (nach „FR", 18.10.).
- *„1963 kam es zum ‚Fall Hofstätter', der wochenlang im In- und Ausland diskutiert wurde. In Zeitungsartikeln und Diskussionsbeiträgen vertrat Hofstätter die Meinung, Hitler habe den Juden den Krieg erklärt, die Vernichtung der Juden sei eine Kriegshandlung gewesen, die getöteten Juden seien gefallen und nicht ermordet worden. Deshalb sei eine Amnestie für NS-Verbrechen notwendig. Als Beleg diente Hofstätter eine Hitler-Rede vom 30.1.39 (‚Wenn es dem internationalen Finanzjudentum gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis die Vernichtung der jüdischen Rasse sein ...'), die er als formelle Kriegserklärung Hitlers ansah"* („FR", 18.10.).

Damals solidarisierte sich nur die „National- und Soldatenzeitung" mit ihm, wofür er sich auch bedankte.

Damals solidarisierte sich nur die „National- und Soldatenzeitung" mit ihm, wofür er sich auch bedankte.

Alice Schwarzer hat es sich in dieser Sendung nicht nehmen lassen, Hofstätters Vergangenheit zur Sprache zu bringen. Sie fühlte sich provoziert durch seine Zweifel an ihrer Loyalität gegenüber diesem Staat. Alice: *„Was heißt Loyalität zum Staat? Es gibt Staaten, mit denen wäre ich nie loyal ..., es gibt andere, da wird man immer nachdenklicher..."* Gerade in bezug auf unseren Staat beschleiche so manchen wackeren Bürger und auch Bürgerinnen ein großes Nachdenklichsein in den jetzigen Zeiten.

Dazu Hofstätter: **„Also, an der Stelle, glaube ich, sollten wir ziemlich hart sein. Dieses große Nachdenkezeichen mögen Sie gerne haben, aber wenn Sie nicht dahinter sagen, daß Sie diesen Staat als ihren Staat empfinden, dann haben Sie nicht einmal das Recht zum Nachdenken!"**



Alice erinnert daraufhin an seine „Loyalität" gegenüber dem Hitler-Faschismus und brachte ein Zitat Hofstätters aus der NS-Zeitschrift „Deutschlands Erneuerung": *„Der Durchbruch des nordischen Glaubens mußte die Psychologie treffen, denn in ihr sind fremdrassische Anschauungen eingemauert"*.

War schon die Einladung dieses alten Faschisten eine Provokation, so gipfelte der Abend in den abschließenden Worten von Gisela Marx, die die Gesprächsleitung innehatte: *„Herr Hofstätter, ich möchte noch einmal kurz auf das einzige unangenehme Ereignis, das wir heute Abend hatten, zurückkommen, nicht um Sie zu rehabilitieren, das haben Sie nicht nötig, sondern, um es noch einmal ganz deutlich zu machen: Ich glaube, daß die Alice Schwarzer im Eifer des Gefechts und bei der Sensibilität, die heute einfach bei den Menschen herrscht, auch in diesem Staat, von dem Sie sprachen, ein bißchen übers Ziel hinausgeschossen ist, mit Zitaten, die möglicherweise, wie Sie behaupten, nicht belegbar sind"* („FR", 18.10.).

Für den Zuschauer der Sendung

haupten, nicht belegbar sind" („FR", 18.10.).
Für den Zuschauer der Sendung

leider nicht mehr vernehmbar war Ernest Bornemanns Kommentar nach der Sendung:
„Sind wir schon so weit, sich bei einem ehemaligen Nazi entschuldigen zu müssen, daß man aus seiner Vergangenheit zitiert?".

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Filmveranstaltungsserie der Frauen-AE Schleswig-Holsteins

Anfang September lief die Filmveranstaltungsreihe der Frauen-AE Schleswig-Holstein mit dem Film „Geschichten von A." an. Dieser Film zeigt den Kampf des MLAC (Bewegung für die Legalisierung der Abtreibung) gegen das Abtreibungsverbot in Frankreich. Lange Zeit war dieser Film in Frankreich verboten. Obwohl das Thema §218 in den Frauengruppen kaum noch auf der Tagesordnung steht, konnten in einigen Städten recht viele Menschen mobilisiert werden. Gut besucht waren die Veranstaltungen in Kiel mit 150, Husum mit ca. 35 und Mölln mit 25 Teilnehmern. In Mölln, wo vor allem Schülerinnen, aber auch ein Arzt an der Veranstaltung teilnahmen, gab es eine Diskussion um die im Film gezeigte Abtreibung nach der Absaugmethode und darum, wie man heute den Kampf gegen den §218 führen kann.

Im Oktober folgte als zweiter Film „Frauen gegen Atommüll". Die Frauen-AE mobilisierte dazu mit einem gemeinsamen Plakat und Flugblatt, in dem beschrieben wird, wie die AKW-Betreiber versuchen, die Frauen über die Hausarbeit für ihr mörderisches Atomprogramm zu gewinnen (nach dem Motto „ohne Atomstrom keine Waschmaschine!"). Am Beispiel der Frauen in Wyhl und anhand von deren Aktivitäten von Frauen in der Anti-AKW-Bewegung, wurde die Aufgabe herausgestellt, den Kampf von Frauen gegen AKWs als Bestandteil der Arbeit der Frauengruppen anzupacken. Außerdem sollte mit diesem Film die Diskussion um solche Fragen in die Bi's getragen werden. In Husum wurde z.B. die Veranstaltung von BI und Frauengruppe gemeinsam vorbereitet, was ein richtiger Schritt in diese Richtung war, auch wenn diesmal nur 20 Leute kamen. In Flensburg kamen 50 Personen, die nach dem Film auch kontrovers diskutierten. Dabei ging es um Fragen wie „Sind Frauenblöcke auf Anti-AKW-Demos gegenwärtig sinnvoll", „Müssen Frauen besonders geschützt werden oder sind sie genauso militant wie Männer", „Wie sieht es mit der Stellung der Frau in der BI aus".

In Kiel und Eutin wird demnächst zum Thema „Frauen gegen AKWs" der Film „Lieber heute aktiv, als morgen radioaktiv!" von Nina Gladitz gezeigt. Die nächsten Filme im Programm der Frauen-AE sind: der „Kinderhausfilm", „Salz der Erde" und „Nehmen Sie's wie ein Mann, Madame!" Trotz mancher technischer Pannen hat die Filmveranstaltungsreihe bisher erfreulichen Anklang gefunden und einigen Frauengruppen – besonders in kleineren Städten – wieder Auftrieb gebracht.

Frauenkommission des KB-Gruppe Flensburg



„Alle spielen für das KH"

Unter diesem Titel erlebten über 3.000 begeisterte Besucher am 27. Oktober ein Solidaritätskonzert mit dem Kinderhaus im Audimax der Uni Hamburg. Auf Initiative von Henning Venske hatten sich 19 Musikgruppen bzw. Solisten bereit erklärt, ohne Gage für das Kinderhaus aufzutreten, dem — wie wir schon des öfteren berichteten — die ihm zustehenden staatlichen Zuschüsse von der Hamburger Jugendbehörde verweigert werden. Die zehn Mark für jede Eintrittskarte zu dieser Veranstaltung helfen dem Kinderhaus sicherlich, noch einige Zeit dem Hamburger Senat zu trotzen.

Das Musikangebot war sehr breit: Stintfunk und Brunos Salon Band boten Jazz; Leinemann, Rudolf Rock & Schocker, Vince Weber (der zum dritten Mal für das Kinderhaus spielte!!!) & Abi Wallenstein, Tiny Hagen, Okko, Lonzo, Barry, Chris & Timpe und die Jutta Weinhold Band Popmusik der unterschiedlichsten Art. Wolf Biermann trug vertonte Brecht-Texte vor, Franz-Josef Degenhard die »Schmuddelkinder«, Peter, Paul und Barmbek erhoben musikalisch die Forderung nach Abenteuerspielplätzen, Hannes Wader stellte endlich einmal richtig, daß der Rattenfänger von Hameln kein Kinderfeind war; die Volksmusikgruppe Moin und Heino Jäger mit dem Vortrag einer »Ordensschwester« rundeten das Programm ab. Besonderen Beifall fand — den Ereignissen des Tages angemessen — Konstantin Wecker aus München mit seinem Lied über Willy, den *»sie gestern erschlagen haben und der heute begraben wird«*.

Star des Abends war allerdings Henning Venske, der genauso lustig wie scharf die kinderfeindliche Politik des Hamburger Senats angriff und dem das Zustandekommen dieser Veranstaltung wohl wesentlich zu verdanken ist.

Versuche der DKP-nahestehenden Musikgruppe »Peter, Paul und Barmbek«, im Sinne ihrer Partei Gehör zu finden, wurden vom Publikum sanft aber entschieden zurückgewiesen. Peinlich und blamabel dagegen waren Pfiffe für die Jutta Weinhold-Band, als Jutta Weinhold ihre Musik mit der Beschäftigung mit ihrem Körper verband, was von Teilen des Publikums wohl als »frauenfeindlich« mißverstanden wurde.

Insgesamt eine sehr gute und nachahmenswerte Sache, die zeigt, daß es doch eine Reihe von Künstlern gibt, die bereit sind, sich gegen Sparpolitik, gegen Hetze der Springer-Presse (die das Kinderhaus ja reichlich zu spüren bekam) zu engagieren.

Rechtzeitig zu dieser Veranstaltung erschienen zwei neue Publikationen des Kinderhauses. Das Kinderhaus-Buch mit Beiträgen von 27 Kinderbuchautoren (Preis zehn Mark) und eine Dokumentation der Presseberichte über das Kinderhaus (2,50 DM). Beide sind zu beziehen über:
Kinderhaus Heinrichstraße
Heinrichstraße 14a
2000 Hamburg 50
Telefon: 040 / 43 39 49
Konto-Nr.: BfG 12444461

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg





Spielmöglichkeiten für Frankfurter Kinder — oh je!

In der „menschlichen Stadt" (SPD–Wahlslogan) ist es um die Spielmöglichkeiten für Kinder schlecht bestellt. In Frankfurt leben rund 93.000 Kinder bis zu 12 Jahren sowie rund 33.500 Schüler und Jugendliche von 13 bis 17 Jahren.

Von den durch die „Deutsche Olympische Gesellschaft" aufgestellten Sollwerten für Spielflächen erreicht Frankfurt nur ein Drittel (J. Roth, „Z.B. Frankfurt..."). So gibt es laut einem Bericht des Magistrats aus dem Jahre 1975 im Stadtteil Griesheim für 4.000 Kinder bis zum Alter von 15 Jahren ganze fünf Spielplätze, eine Rollschuhbahn und ein Kinderhaus. Im Nordend teilen sich 1.300 Kinder zwischen 3 und 6 Jahren vier Spielplätze, und in ganz Frankfurt gibt es nur eine einzige Spielstraße.

Hinzu kommt noch: *„Viele Spielplätze zeichnen sich aus durch: verschmutzten Sand, zuwenig Toilettenanlagen, schadhafte Geräte, Lage an verkehrsreichen Straßen, mangelhafte Absicherung und Abschirmung (Abgase, Unfallgefahr), zuwenig Schatten, nicht genügend Bäume, fehlende Unterstellmöglichkeiten bei Regen, zuwenig Sitzbänke"* (laut einem Magistratsbericht, zitiert nach J. Roth).

Seit gut zwei Jahren besteht nun ein Plan, die Rotlindstraße im Nordend für den Verkehr zu sperren und eine Spielstraße einzurichten. Das wäre im krass Spielplatz-unterversorgten Nordend zwar nur ein Tropfen auf den heißen Stein, aber wenn es nach dem Willen der CDU–Mehrheit im Stadtparlament geht, wird auch dieses Projekt sterben und die bereits bewilligten 200.000 DM werden zurückgezogen. Wie schon bei den Kitas und weiteren Kinder- und Jugendprojekten, so richtet sich auch im Fall der Spielstraße die rigorose Sparpolitik der CDU gegen die Kinder.

Die CDU begründet ihre Ablehnung des Spielstraßenprojekts ausgerechnet mit der angeblich dadurch verbundenen Unfallgefahr für Kinder. CDU–Sprecher Schwarz: *„Wie soll man einem dreijährigen Kind klarmachen, daß es auf der einen Straße spielen darf, zwei Ecken weiter dies jedoch untersagt ist?"* (FR, 2.9.77). Diese Argumentation ist ungeheuer zynisch, wenn man bedenkt, daß gerade in Ermangelung guter und vieler Spielplätze die Kinder gezwungen sind, an verkehrsreichen Straßen zu spielen, was dann auch Unfälle nach sich zieht. Mit der Beibehaltung des jetzigen Zustands nimmt die CDU ganz bewußt die weitere Gefährdung der Kinder in Kauf.

Kinderkommission
KB/Gruppe Frankfurt

Demnächst in München: „Anti-Terror-Einsätze" auch gegen Schüler?

Etwas abseits von der „Anti-Terror"-Kampagne berichtete die „Bild" schon vor einiger Zeit (3.9.) über „Schulterror in München". Untertitel: **„Mädchen auf der Toilette gefoltert – Prominentenkind zusammengeschlagen – Lehrer sollen Pistolen tragen".**
mengeschlagen – Lehrer sollen Pistolen tragen".

Geht man der Sache nach, so scheint der Vorfall mit dem „Prominentenkind" hier der Auslöser gewesen zu sein. Handelt es sich doch um den Sohn des Münchner CSU-Fraktionsvorsitzenden Zehetmeier, der *„auf dem Heimweg zusammengeschlagen"* worden sei. Und die CSU ist es denn auch, die im Verein mit Schulrektor Rauscheder – zweifellos ein Parteispezi – jetzt die Kampagne gegen den „Schul-Terror in München" auf Touren zu bringen versucht. „Bild" ist natürlich mit von der Partie (Partei): *„Terror und Gewalt herrscht an den 54 Hauptschulen in München. Mit Schlagketten, Würgehölzern, Springmessern und scharfen Pistolen kommen die 13- bis 17-jährigen Schüler zum Unterricht"* („Bild" – Originalton!!). Wer sich an die „Waffenfunde" bei den Kalkarfahrern am 24.9. und an das „Wunder von Stammheim" erinnert, wird diese Angaben über die Bewaffnung der Münchner Schüler so recht zu würdigen wissen!

Das Rezept dieser Mordhetzer – jetzt auch schon gegen Schüler! – ist denkbar einfach: Man greift ein paar ganz extreme Fälle auf und bauscht diese womöglich noch gehörig auf – wie etwa das Mädchen, das angeblich *„immer wieder mit dem Kopf in die Kloschüssel gestoßen"* wurde, weil sie *„sich nicht zum Sex zwingen lassen wollte"*. Oder der Schüler, der angeblich
Oder der Schüler, der angeblich
„nach einer Prügelei mit einem Milzriß ins Krankenhaus gebracht" werden mußte. Diese Einzelfälle überträgt man sodann pauschal auf sämtliche 54 Hauptschulen Münchens und stellt sie als t y p i s c h für den Schulalltag dar.

Und die Moral? „Bild": **„Der Münchner Rektor Karl Rauscheder (50) geht auf Empfehlung der Polizei nur noch mit der Pistole in die Schule: Er hat Angst vor seinen Schülern!... 'Ich weiß, daß viele meiner Kollegen ebenfalls bewaffnet sind', sagt Rektor Rauscheder".**

Wir wollen Tätlichkeiten an den Schulen nicht verharmlosen. Sie sind Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse, von denen aber bei CSU und „Bild" nicht die Rede ist. Lehrer, die mit Pistolen ins Klassenzimmer kommen – doch wohl in der verbrecherischen Absicht, davon auch mal Gebrauch zu machen?! – werden die Situation noch gehörig anheizen. Ein kleines Beispiel dafür, wie überall, in allen Bereichen der Gesellschaft, Reformpolitik (oder auch nur Reformversprechungen) durch offenen Terror und Einschüchterung ersetzt wird.

Kindertheater „Grips" wieder einmal im Schußfeld der CDU

Im Hauptausschuß des Westberliner Abgeordnetenhauses forderte die CDU-Fraktion am 28. September *„die baldige Einberufung des Unterausschusses ‚Theater'. Dort solle speziell die weitere Subventionierung des ‚Grips'-Theaters ‚überprüft' werden"* („Tagesspiegel" vom 29.9.77). Die CDU stützt sich mit dieser Forderung auf ein Urteil des Kammergerichtes, *„wonach die Mitglieder des Grips-Theaters ‚kommunistische Propagandisten' genannt und der Unterstützung von Zielvorstellungen der Baader-Meinhof-Gruppe bezichtigt werden dürfen"* (nach „Tsp." vom 29.9.77).

Wie kam es zu diesem Urteil? Anfang 1976 hatte das Theater in Unna (Nordrhein-Westfalen) ein Gastspiel gegeben. Prompt fühlte sich ein Mitglied des Rates der Stadt ermüßigt, dem „Grips" zu unterstellen (in Form eines Leserbriefes in der Lokalpresse), seine Mitglieder seien „kommunistische Propagandisten" und unterstützten die Zielvorstellungen der B-M-Gruppe. Daraufhin klagte das „Grips" auf Unterlassung eben dieser Behauptungen.

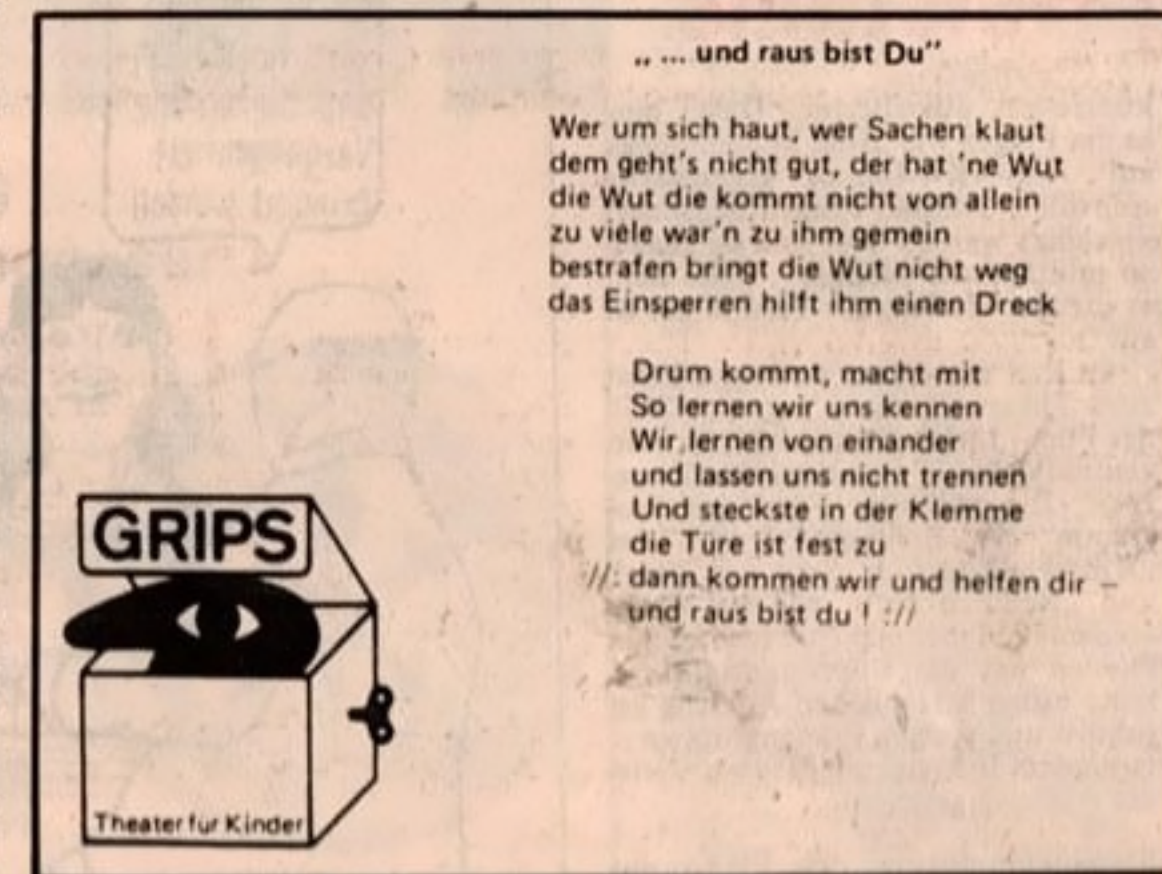
Das Landgericht wies die Klage auf Unterlassung und Widerruf ab, da *„es sich bei den Äußerungen um bloße Meinungsäußerungen handele, die durch die grundgesetzlich geschützte Meinungsfreiheit gerechtfertigt seien"* (nach „Tsp." vom 10.6.77).

Das Kammergericht bestätigte nicht nur oben genannte Entscheidung, sondern ging noch darüber hinaus: *„Selbst wenn der Vorwurf, die Mitglieder des Theaters unterstützten die Zielvorstellungen der Baader-Meinhof-Gruppe, nicht nur eine Meinungsäußerung sei, sondern eine Tatsachendarstellung, so habe der Beklagte diese zu Recht erhoben"* („Tsp." vom 10.6.77), und zwar allein (!!) deswegen, weil die „Gripser" eine Anzeige im „Tagesspiegel" unter der Überschrift „Hungerstreik" neben zahlreichen Westberliner Schauspielern und Regisseuren mitunterzeichnet hatten, in der das Ende der Isolationshaft politischer Gefangener gefordert wurde.

Trotz zahlreicher Proteste bleibt dieses hanebüchene Urteil bestehen. Für das „Grips"-Theater bedeutet es eine ständige Bedrohung seiner Existenz. Die CDU wird mit 100%iger Sicherheit nicht locker lassen, bis sie entweder vollständiges Spielverbot des „Grips"-Theaters erreicht hat – in vier Westberliner Bezirken gilt schon ein derartiges Verbot (Charlottenburg, Wedding, Steglitz und Wilmersdorf) – oder sie werden dafür sorgen, daß der Geldhahn abgedreht wird.

Das „Grips"-Theater soll kaputtgemacht werden, weil es in seinen Stücken beispielhaft vorführt, wie Unterdrückung entsteht, von wem sie ausgeht und was vor allem auch Kinder dagegen machen können. Zahlreiche Besuche von uns (Eltern, Erzieher, Lehrer usw.) mit unseren Kindern bei den Vorstellungen des „Grips"-Theaters sind ein Anfang, den Reaktionären einen Strich durch die Rechnung zu machen!

Kinderkommission
Westberlin



Nazi-Verbrechen nicht in den Lehrplan?

USA. Das Vorhaben der Schulbehörden der Stadt Philadelphia (USA), im Geschichtsunterricht auch die Judenverfolgungen und andere Verbrechen des deutschen Faschismus zu behandeln, ist auf lautstarken Protest eines offenbar stockreaktionären „deutsch-amerikanischen Komitees" gestoßen.

Der Chef dieses Haufens, ein lutherischer Pfaffe, *„verwahrte sich in einem Interview mit der ‚New York Times' gegen die Unterstellung, daß jeder Deutsche ein Nazi sei und Völkermord ein ‚teutonisches Phänomen' sei. Ebensowenig entspreche es den Tatsachen, daß nur das NS-Regime Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen und nur das jüdische Volk unter solchen Greueltaten gelitten habe"* („FR", 24.9.1977). Er erhob die Forderung, in diesem Unterricht auch den angeblichen Massenmord an 15 Millionen Menschen durch die Sowjetunion zu behandeln.

Strickmuster denkbar einfach: Man erfindet schnell ein noch größeres Verbrechen, behauptet: so schlimm war der deutsche Faschismus doch gar nicht, und fordert: „Nichtbefassung"! Faschismus – kein Thema für Schüler in USA? Das „Modell Deutschland" scheint Exportartikel zu bleiben!

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

BRD-Kolonie in Zaire — Teil 5

Vor knapp drei Monaten enthüllte die Zeitschrift „Afrique-Asie", daß die BRD-Raketenfirma OTRAG im Südosten Zaires ein „Versuchsgelände" von der Größe der DDR besitzt, in dem sämtliche Menschenrechte außer Kraft gesetzt sind. Dieses Territorium darf – vertraglich fixiert – militärisch genutzt werden und wird demzufolge von allen fortschrittlichen Kräften und Staaten im südlichen Afrika als militärische Bedrohung begriffen.

Dem weltweiten Protest gegen den „BRD-Militärstützpunkt in Zaire" begegnet die bürgerliche Presse der BRD – wieder einmal nahezu gleichgeschaltet – mit eisigem Schweigen und die Bundesregierung auf internationalem Parkett mit der Behauptung nichts mit der Sache zu tun zu haben.

Wir haben für diesen fünften Teil unserer Untersuchungen nochmals alles bisher recherchierte Material systematisiert, wichtige neue Quellen aufgetan und Gespräche geführt (daher im folgenden einige Aussagen ohne Quellenangabe).

Auch wenn noch vieles im Dunkeln bleibt, soviel ist inzwischen unwiderlegbar sicher:

– OTRAG ist nicht das Projekt des spleenigen Tüftlers Kayser, der mit wenig mehr als eine Million Grundkapital den Weltraumgiganten Konkurrenz machen will.

– OTRAG geht zurück auf militärische Raketenpläne des BRD-Imperialismus, die in den 50er Jahren konzipiert wurden und deren Realisierung durch die namhaften Größen der Nazi-Raketenforschung betrieben wurden.

– OTRAG wird bis zum heutigen Tag mit allen erdenklichen Mitteln, von technischer Hilfe bis zum staatlichen Steuerbetrug, von der Bundesregierung und dem Land Hessen gestützt, ist also ein Projekt des BRD-Imperialismus.

– OTRAG ist nur ein Name, hinter dem sich ein Gigant – bzw. ein Konsortium von Giganten – der westdeutschen Industrie verbirgt. Die Planungen und selbst die Gewinnberechnungen der OTRAG-Betreiber bewegen sich in Milliarden-Höhe.

– Die OTRAG-Kolonie hat wahrscheinlich bereits tausender zairischer Bürger grausame Vertreibung aus ihrer Heimat beschert.

Zusammengefasst entpuppt sich OTRAG immer mehr als eines der Schlüsselprojekte für die zunehmend aggressive Außenpolitik des BRD-Imperialismus, die weitreichenden militärischen Pläne gegen die Dritte Welt. Hier enthüllend einzugreifen und den Protest zu organisieren halten wir für eine vordringliche Aufgabe der Anti-Imperialisten. In dieser Hinsicht ist noch viel zu tun!

Afrika-Kommission

Seit 1948: BRD-Imperialismus plant Bau von militärischen Großraketen

In AK 113 hatten wir kurz berichtet daß seit 1956 in Stuttgart eine Gilde ehemaliger Top-Wissenschaftler der Nazis um die Professoren Sänger und Pilz am Aufbau eines bundesdeutschen Raketenforschungszentrums arbeiteten. Die damalige Darstelllung können wir nun um einige wichtige Details ergänzen, die den Gesamtrahmen deutlicher herausarbeiten, in dem diese Forschungen standen.

Teilweise notwendig gewordene Korrekturen in der Berichterstattung zur Vorgeschichte des OTRAG-Raketen-Projekts erklären sich hauptsächlich daraus, daß wir in einigen Punkten allzusehr der in den letzten Jahren von der OTRAG selbst inszenierten Pressekampagne aufgesessen waren, die dem heutigen OTRAG-Chef (oder OTRAG-Aushängeschild?) Lutz T. Kayser eine übertriebene Bedeutung zuschreibt, offensichtlich mit dem Ziel von der Federführung der ehemaligen Nazi-Forscher, der Bundesregierung und der Großindustrie abzulenken.

So gehörte zu diesem Kreis der Nazi-Raketen-Experten auch die Frau Eugen Sängers, Dr. Irene Sänger-Bredt, die wohl am deutlichsten die Kontinuität der Forschung der 50-iger Jahre bis hin zur „Kayser-Rakete" personell verkörpert, war sie doch bis Ende 1976 Aufsichtsratsmitglied der OTRAG.

Die „wissenschaftliche Karriere" von Eugen und Irene Sänger lässt sich bis 1936 zurückverfolgen, als sie im Auftrag des Nazi-Reichsluftfahrtministeriums ein geheimes militärisches Raketenforschungszentrum in Trauen/Lüneburger Heide aufbauten.

Von 1942–1945 arbeiteten beide dann für die Nazis an einer Forschungsanstalt im bayrischen Ainring. Sie waren hier mit der Entwicklung neuer Waffensysteme betraut, so z. B. mit Forschungsarbeiten für eine Fernbomber-Rakete, die einem Luftangriff u.a. auf New York dienen sollte. Nachdem sich die [illegible] politische Lage in der BRD „normalisiert" hatte, kehrten beide 1954 nach Westdeutschland zurück und begannen mit den Aufbauarbeiten für das „Institut für Physik der Strahlantriebe" (IPS), das 1956 in Stuttgart gegründet wurde, (biographische Angaben: „Munzinger Archiv", 7.3.64).

Auch während ihres vorübergehenden Aufenthalts in Frankreich waren die alten deutschen Raketenpläne nicht völlig ad acta gelegt worden: Bereits 1948 (vor Gründung der BRD !) wurde die „Deutsche Gesellschaft für Raketentechnik und Raumfahrt" gegründet, deren 1. Vorsitzender Prof. Sänger 1955 wurde und zu dessen Wissenschaftlicher Leiterin Frau Sänger-Bredt 1958 bestimmt wurde.

Das IPS Stuttgart: ein staatliches Institut!

Nach den Vorbereitungen der Sängers unter enger Mitarbeit anderer prominenter Nazi-Raketenwissenschaftler wurde 1956 das IPS gegründet. Dieses Institut , das 1962 bereits über 100 qualifizierte Mitarbeiter verfügte, legte die wissenschaftliche und materielle Basis fürdie weitreichenden Raketenpläne des BRD-Imperialismus. Seine Gründung geschah auf Veranlassung der höchsten Spitzen der sich neu formierenden BRD-Rüstungsindustrie und der Bundesregierung. Die Schirmherrschaft übernahm ein Konsortium von 22 Großkonzernen und Luftfahrtinstituten unter Leitung der Daimler-Benz AG Stuttgart. Vorsitzender dieses Konsortiums wurde Dr. Ekkert von Daimler Benz. Die Namen der anderen Konzerne sind uns momentan noch nicht bekannt.

Finanziert und unterstützt wurde das Projekt von der Baden-Würtembergischen Landesregierung, dem dortigen Wirtschaftsministeriums und Landesarbeitsamt, sowie von folgenden Bonner Ministerien: Verteidigungs-, Wirtschafts- und Verkehrsministerium sowie dem Auswärtigen Amt.

Im IPS oder eng mit ihm zusammen arbeiteten neben den Sängers die größtenteils ebenfalls aus der Nazi-Zeit bekannten Professoren Pilz, Goercke, Kleinwächter, Schurau, Dadieu, Lang u.a.

Von Anfang an wurde großer Wert auf die praktische Erprobung der Forschungen gelegt. Bekannt wurde hier vor allem die Mitarbeit eines Großteils der genannten Wissenschaftler am ägyptischen Raketen programm ab 1958, aber auch ihr Einsatz in Indien und Argentinien. (Quellen: „FAZ" 7.11.61; „Welt" 8.11.,1011.61, 10.7.65; „SZ" 12.2. 64; „Kölner Stadtanzeiger" 9.11.61).

Prof. Sänger gründete 1957 die „Arbeitsgemeinschaft Raketentechnik und Raumfahrt" an der TH Stuttgart, wahrscheinlich um bereitsfrühzeitig Nachwuchs für das Stuttgarter Raketenzentrum heranzubilden. Aus dieser Arbeitsgemeinschaft ist der heutige OTRAG-Chef Kayser hervorgegangen. 1960 gründete ebenfalls Sänger (und nicht wie von uns fälschlicherweise in AK 113 angegeben Kayser erst 1970) mit Unterstützung der baden-würtembergischen Landesregierung die „Technologieforschungs GmbH", der bald darauf reichliche staatliche Unterstützung zuteil wurde. („Stuttgarter Zeitung", 31.12.74);

Die „Technologieforschung GmbH" war der erste Versuch Sängers und des BRD-Imperialismus, die Forschungsergebnisse des staatlichen IPS einer „privaten" Firma zuzuschreiben, denn selbstverständlich wußten diese Kreise bereits damals, daß eine Umsetzung der Forschungen in die tatsächliche Produktion von militätisch nutzbaren bzw. überhaupt von Groß-Raketen durch eine staatliche Stelle einen offenen Bruch der von der BRD unterzeichneten internationalen Verträge darstellen würde.

Der Zeitplan Professor Sängers

Aus der gleichen Zeit stammen einige politisch hochbrisante und eindeutige Äußerungen des wissenschaftlichen Kopfs des Stuttgarter Forschungszentrums, Professor Sänger.

Er forderte im Oktober 1958 in einem 4-Punkte-Katalog den zügigen Aufbau eines nationalen deutschen Raketenprogramms und schlug vor: 1) Erfassung aller ausländischen Fachkräfte, die für eine Mitarbeit gewonnen werden könnten, 2) intensive Schulung des Nachwuchses an deutschen Hochschulen und Instituten, 3) Errichtung von Raumfahrtforschungsinstituten, 4) Vergabe von Studienaufträgen an die Industrie („Welt", 24.10.58). Im Februar desselben Jahres hatte er keinen Zweifel daran gelassen, daß das von ihm geforderte Raketenprogramm vor allem militärischen Charakter haben sollte: *„Die einzig mögliche Gegenwehr gegen ballistische Fernraketen (besteht) im Augenblick in einer ebenso massiven Gegendrohung mit derselben Waffe"*. „FAZ", 3.2.58).

Als Konkretisierung dieser Pläne forderte er: *„Forscher, Ingenieure und Politiker sind... heute verpfichtet zu wissen, wo Luftfahrt und Raumfahrt zwischen 1970 (!) und 1980 (!) stehen werden, und die heute anlaufenden Projekte auf jenen Zeitpunkt auszurichten. Deutschland kann danach frühestens 1970 (!) auf diesem Gebiet eine Rolle spielen. Bedingung wäre, daß es ab sofort jährlich 4 Mrd. Mark zur Verfügung stellt"* („Flensburger Tagesblatt", 18.9.58).

1970: Lutz T. Kayser tritt an die Öffentlichkeit

Der von Sänger aufgestellte Zeitplan scheint im wesentlichen eingehalten worden zu sein. Ende der sechziger Jahre waren die Stuttgarter Raketenforschungen offenbar soweit gediehen, daß nun an eine praktische Verwirklichung der Ergebnisse gedacht werden konnte.

Seit diesem Zeitpunkt trat Kayser mit dem Konzept der „Billig-Rakete" verstärkt an die Öffentlichkeit und forderte staatliche Unterstützung für „seine" Forschungen.

Nach der von nun an verbreiteten Version soll der „schwäbische Tüftler" die gesamten Erfindungen und jahrelangen Forschungsarbeiten im Zusammenhang mit dieser Rakete vollständig „im Alleingang" getragen haben. Dieser Logik folgend gibt Kayser an, 1970 selbst die „Technologieforschungs GmbH" gegründet zu haben. Nicht vor 1971 sollen die ersten staatlichen Gelder für die „Billig-Rakete" geflossen sein, wie das Forschungsministerium offiziell bekanntgab. Ab 1974 sei die Finanzierung nach Zahlung von insgesamt 4,5 Millionen DM eingestellt worden. Bei dieser gefälschten Geschichtsschreibung geht es offensichtlich vor allem darum, den frühen Zeitpunkt und die tatsächliche Höhe staatlicher Investitionen in das BRD-Raketenprogramm zu vertuschen.

Wir konnten bereits belegen, daß z.B. 1967, also Jahre vor Beginn der zugegebenen Förderung, hohe Beträge verschiedener Bonner Ministerien für die „Billig-Rakete" flossen (AK 113);

Die von Sänger damals geforderten jährlichen Milliarden-Beträge zur Finanzierung eines Raketenprojekts lassen erahnen, wie maßlos untertrieben die offiziell angegebenen 4,5 Mio. DM von 1971 — 1974 sind. Selbst die von W. Geiseler (Anti-Apartheitsbewegung) geschätzten „mehrere Hundert Millionen DM" bisherige Staatshilfe für die Kayser-Rakete (AK 113) erscheinen vor diesem Hintergrund als sehr vorsichtig geschätzt, was durch eine OTRAG-Mitteilung gestützt wird, daß man allein in dem kurzen Zeitraum von 1974 – 1980 immerhin 1,043 Milliarden DM ausgeben werde („Welt am Sonntag", 29.8.76).

Ab 1974: Massive Pressekampagne der OTRAG

1974 ging die von Sänger mit beschriebener Zielsetzung gegründete und staatlich finanzierte „Technologieforschungs GmbH" mit allen Einrichtungen, Forschungsergebnissen, Patenten und dem Fachpersonal in den Besitz der damals von Kayser gegründeten OTRAG über. Da es auch bei dieser „Neugründung" wegen der internationalen Verträge der BRD notwendig war, der OTRAG einen „privaten" Anstrich zu geben, würde ab 1974 offiziell keine Unterstützung staatlicher Stellen für das Raketen-Projekt mehr zugegeben (hierzu siehe weiter unten). Die OTRAG selbst arbeitete massiv an dem gewünschten Image einer relativ kleinen Privatfirma. So sind neben Artikeln in Massenblättern wie „Stern", „Bunte Illustrierte", „Quick" und „Hobby" allein in der FAZ seit 1975 insgesamt 14 (!) Artikel erschienen, die allesamt Kayser als isolierten Erfinder schildern, der für seine erfolgversprechende Abschreibungsgesellschaft Teilhaber sucht, da er sich mit seinem lächerlichen Grundkapital von nur 1 Million DM nicht durchschlagen könne.

Afrika-Kommission

Die Karte zeigt Zaire, das schraffierte Gebiet ist die BRD-Kolonie. Das ‚Kreuz' innerhalb dieses Gebietes markiert die Lage des OTRAG-Raketen-Startplatzes.
Die doppelt unterstrichenen Städte wurden im Rahmen der letzten Aufstandsbekämpfung im Auftrag des Genscher-Ministeriums von der OTRAG-Schwester ORAS angeflogen, um „humanitäre Hilfsgüter" des BRD-Imperialismus für die Mobuto-Truppen zu landen.

Staatliche Unterstützung für OTRAG

Die bereits im ARBEITERKAMPF und anderen linken Zeitungen enthüllten Fakten zur staatlichen Unterstützung für die „Kayser-Rakete" bezogen sich im wesentlichen auf Leistungen bis zum Jahr 1974.

Die wichtigsten Ergebnisse dieser bisherigen Recherchen waren:

- Die Zahlung von Entwicklungshilfegeldern in Höhe von mindestens 10,7 Millionen DM für eine seit 1964 geplante Brücke zum heutigen Raketenversuchsgelände der OTRAG durch das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau.
- Die Finanzierung der „Kayser-Rakete" durch das Bundesforschungs-, Verteidgungs- und Wirtschaftsministerium mit konkreten Nachweisen in den Tätigkeitsberichten dieser Ministerien von 1967 und 1973.
- Die der OTRAG durch die Hessische Landesregierung gewährten riesigen Steuergeschenke.

Als indirekter Nachweis weiterer Zahlungen nach dem offiziellen Finanzstopp 1974 konnte bislang nur eine Mitteilung der OTRAG selbst angesehen werden, nach der das Bundesforschungsministerium eine Studie der DFVLR (=Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt) vom 31.7.75 finanzierte, die als Grundlage für die Vergabe weiterer staatlicher Gelder diente. Aufgrund der Enthüllungen des „Spiegel" und unserer neuen eigenen Recherchen kann nunmehr eine staatliche Unterstützung bis in die jüngste Zeit nachverfolgt und belegt werden.

Offizieller Transportauftrag der Bundesregierung für OTRAG im Rahmen der Shaba-Aufstandsbekämpfung im Sommer 1977

Einen der wohl brisantesten neuen Fakten enthüllte der „Spiegel" (10.10.77). Danach transportierte die ORAS-Fluggesellschaft, eine Tochter der OTRAG, im Sommer 1977 einen Teil der Bonner 5-Millionen DM-„Hilfsgüter"-Lieferungen an das Mobutu-Regime ins Shaba-Frontgebiet. Für diesen offiziellen Regierungsauftrag kassierte die ORAS laut „Spiegel" 945.000 DM vom Auswärtigen Amt.

Die BRD hatte damals offen ihre Unterstützung der Mobutu-Clique gegen den Volkswiderstand durch sogenannte „humanitäre Hilfslieferungen" an das zairische Regime bekundet. Die BRD hatte mit diesen „Hilfslieferungen" und der dafür angeführten Begründung erstmals in einem derartigen Konflikt öffentlich und praktisch für die Unterdrücker-Seite Stellung bezogen und ihre noch im Vietnam-Krieg zur Schau getragenen „Neutralität" aufgegeben, ein Signal für zukünftig zu erwartende ungeschminkte BRD-Interventionen gegen Befreiungskämpfe in der Dritten Welt.

Wir sind in der Lage, die Angaben des „Spiegel" über diese Transporte noch weiter zu präzisieren:

Die ORAS führte die Aufträge des Auswärtigen Amtes – offiziell Transport von „Lebensmitteln, Medikamenten und Treibstoff" – im Zeitraum vom 12.7. bis 24.8.77 durch und absolvierte dabei 315 Flugstunden zu 3.000 DM. Im einzelnen flog ORAS folgende direkt im Frontgebiet liegende Städte an: Kolwezi, Sandoa, Kamina, Kapanga und beförderte dabei insgesamt 212 Metertonnen „Lebensmittel" sowie 20 Metertonnen „Treibstoff". Nach den Angaben eines FDP-Bundestagsabgeordneten und Mitglied des Verteidigungsausschusses im Bundestag haben ORAS-Mitarbeiter auch bei der Verteilung der Güter vor Ort mitgewirkt, die von der BRD-Botschaft in Zaire koordiniert wurde.

Daß mit dem Transport der „Hilfsgüter" ausgerechnet die OTRAG beauftrag wurde, beweist erneut, welche enge Koordination hier offensichtlich mit der Bundesregierung besteht!

An der Zahlung von rund eine Million DM für die Flüge, die OTRAG ohnehin routinemäßig ein bis zwei-Mal pro Woche durchführt, wird deutlich, daß Bonn auch noch den letzten Vorwand benutzt, um der Firma zusätzlich Gelder zuzuschieben.

Ganz auf dieser Linie liegt die „Spiegel"-Mitteilung, daß die OTRAG keinerlei Benutzungsgebühren für die Verwendung der staatlichen Raketenprüfstände zu entrichten hat, ein Privileg, das einer „rein privaten Firma" sicher nicht eingeräumt würde.

OTRAG verstößt mit Wissen der Bundesregierung gegen BRD-Exportbestimmungen

OTRAG stellt die „Billig-Rakete" in der Bundesrepublik her, exportiert sie nach Zaire und nimmt in ihren dortigen Montagehallen die Endmontur vor.

Die BRD-Exportlisten machen die Ausfuhr von *„Bomben, Torpedos und Raketen"* zwar ausdrücklich genehmigungspflichtig, bislang exportiert OTRAG ihre Raketenteile jedoch ohne eine solche Erlaubnis! („Spiegel", 10.10).

Die Tatsache des Raketenexports ist der Bundesregierung bekannt, da der Abtransport in aller Öffentlichkeit stattfindet. Die OTRAG fühlt sich in dieser Angelegenheit offensichtlich so unbehelligt und sicher, daß sie sogar Fotos vom Verladevorgang der Rakete veröffentlicht, wie z.B. in ihrer Werbebroschüre (!) vom Mai 1977. Dessen ungeachtet hat Bonn bislang keinen Versuch gemacht, diesen Export von militärisch verwendbarem Material zu unterbinden und hat dies wohl auch zukünftig nicht vor, wie ein Bericht der „Hessischen Allgemeinen" vom 22.11.75 zeigt. Hiernach teilte der Geschäftsführer Zahn der „Hessischen Landesentwicklungs- und Treuhandgesellschaft" (HLT), die dem Hessischen Wirtschaftsministerium untersteht, Ende November '75 mit, daß der Bau eines Produktionsbetriebes der OTRAG in Kassel mit 1.000 bis 2.000 Beschäftigten *„bereits so gut wie beschlossene Sache"* sei. Es gelte lediglich noch *„zahlreiche rechtliche und wirtschaftliche Fragen zu klären"*. OTRAG-Chef Kayser hat diese Meldung inzwischen bestätigt („Stuttgarter Zeitung", 16.8.77). Auch die dort zukünftig produzierten Raketen sind für den Export bestimmt.

Bundesregierung kennt alle Einzelheiten des OTRAG-Projekts

Bundesforschungsminister Matthöfer war von Beginn seiner Amtszeit an über die OTRAG-Raketenpläne informiert, wie aus einem Leserbrief hervorgeht, der als Reaktion auf die OTRAG-Berichterstattung der „FAZ" in dieser Zeitung am 12.2.75 erschienen war.

In dem Brief bestätigt Matthöfer, daß sein Ministerium ein weiteres DFVLR-Gutachten zum *„technischen Konzept"* (des OTRAG-Trägersystems) *„und dessen Durchführbarkeit"* in Auftrag gegeben hat, dessen Ergebnisse „zweckmäßigerweise" bei einer weiteren Diskussion über OTRAG berücksichtigt werden sollten.

Wie nicht anders zu erwarten war, ist dieses Gutachten, wie die bisherigen auch, „zweckmäßigerweise" positiv ausgefallen („FAZ", 16.7.75 und „FR", 12.8.75).

Oktober 1975: Geheimsitzung eines Bundestagsausschusses über OTRAG

Matthöfer war auch auf einer „nicht-öffentlichen" Anhörung des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie zum OTRAG-Projekt vom 1./2. Oktober 1975 anwesend. „Gehört" wurden u.a. auch der Aufsichtsratsvorsitzende der OTRAG, Debus sowie Lutz T. Kayser. Bereits vor der Sitzung hatte Kayser gegenüber der „FR" mitgeteilt, daß *„die Abgeordneten aller Parteien im Bundestagsausschuß für Technologie und Forschung (. . .) sich alle (!) für mein*

Abgeordneten aller Parteien im Bundestagsausschuß für Technologie und Forschung (. . .) sich alle (!) für mein

Projekt ausgesprochen (haben)" („FR", 12.8.75). So blieben auf dem Geheimtreffen *„in erster Linie Fragen der völkerrechtlichen* (Vertrag mit Zaire!) *und juristischen (!) Lage hinsichtlich des Baus deutscher Trägerraketen . . . (offen), die aber außerhalb der Kompetenz des Technologie-Ausschusses liegen"* („FAZ", 12.11.75). Matthöfer selbst sowie der Chef-Gutachter der DFVLR, Jordan, teilten auf der Sitzung mit, daß technische Bedenken gegen die OTRAG-Raketen nicht (mehr) bestünden. Matthöfer ergänzte noch, sein Ministerium sei für eine *„weitere technologische Förderung deshalb nicht mehr . . . zuständig"*. Aus dieser Äußerung folgerte die „FAZ" messerscharf: *„Damit liegt nun die Verantwortung dafür, ob das Billigraketenprojekt Kaysers der deutschen Volkswirtschaft . . . zugute kommen wird, bei Bundeswirtschaftsminister Friederichs und Bundeskanzler Schmidt"* (ebenda). Die Bundesregierung hat diese „Verantwortung" offensichtlich ernst genommen und die noch offenstehenden *„völkerrechtlichen und juristischen Fragen"* im Schnellverfahren gelöst, denn nur wenige Wochen später (6. Dezember 1975) war die erste Fassung des Vertrags OTRAG – Zaire unter Dach und Fach.

Die Bonner Stellen wollen von all dem nichts gewußt haben?

Lächerlich, denn *„die OTRAG ließ gleich nach Unterzeichnung im Frühjahr 1976 je ein Exemplar ihres Pachtvertrages dem AA und dem Kanzleramt zugehen . . ."* („Spiegel", 10.10.77).

Matthöfer-Ministerium beschließt 1975: Weitere Millionen für OTRAG

Wolf Geisler (Anti-Apartheit-Bewegung), der bereits in den Tätigkeitsberichten verschiedener Bonner Ministerien von 1967 Gelder für die Billig-Rakete nachweisen konnte (vgl. AK 113), teilte uns nach einem gründlichen Studium des Forschungsberichts 1975 - 1979 mit, daß hier jeweils unter der Bezeichnung *„Technologie der menschengerechten Arbeitsgestaltung"* Gelder in Millionenhöhe im Zusammenhang mit dem OTRAG-Projekt ausgezeichnet sind ungeachtet der Beteuerungen Matthöfers, sein Ministerium sei für eine weitere Förderung „nicht mehr zuständig". Als Empfänger von Aufträgen für das Raketen-Projekt tauchen u.a. in dem Bericht auf: Krupp AG Bremen und Wilhelmshaven, die Krupptochter Stahlwerke Südwestfalen, Hochtief, Bosch, Frauenhofergesellschaft, Industriewerke Karlsruhe, IBP Pietzsch, Professor Kleinwächter (aus dem Umfeld der Sänger/Pilz-Gruppe) 'und die Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD.

Noch einmal zur Hessischen Landesregierung: Grünes Licht für größtes Abschreibungsprojekt der BRD-Geschichte

1974 hat die Hessische Landesregierung grünes Licht für eines der bisher größten und rechtlich gewagtesten Abschreibungsprojekte der BRD-Geschichte gegeben. Am 21. Oktober 1974 teilte das Finanzamt Offenbach-Land der OTRAG brieflich mit, daß keine rechtlichen Bedenken gegen die *„steuerliche Konzeption"* der Firma bestünden. (Angabe aus *„Gutachtliche Stellungnahme zur ertragssteuerlichen Lage der OTRAG Stille Gesellschaft"* von Dr. O. Schreiber, München, datiert vom



Mobuto und Strauß-Freund F.Weymar

Mobuto und Strauß-Freund F.Weymar

30.8.77. Schreiber ist Finanzberater der OTRAG und gehört zu den acht OTRAG-Mitarbeitern, die gemäß Vereinbarung mit Zaire ein Sondervisum für das Land erhalten haben).

Der OTRAG wurde eine Abschreibungsrate auf ihre Verluste von anfänglich 260% zugestanden, eine Konstruktion, die Verluste für die OTRAG-Investoren praktisch unmöglich macht und ihnen (durch den Staat zu zahlende!) Steuervergünstigungen in Millionenhöhe einbringt (siehe oben). Inzwischen wurde diese Rate vom Hessischen Finanzministerium sogar auf „über 300%" hochgeschraubt, *„obwohl das Ministerium in der ‚Zeit' (Nr. 42 vom 8.10.77) in einer Gegendarstellung bestritten hatte, daß diesem Abschreibungsobjekt der Segen erteilt werde"* („Zeit", 6.5.77).

Erneutes Dementi-Debakel

In der Tat hatte das Hessische Finanzministerium nach der Enthüllung des Steuer-Skandals durch die „Zeit" vom 1. Oktober 1976 eine hektische Geschäftigkeit entwickelt, um zu erklären, daß es sich dabei insgesamt nur um ein Versehen gehandelt habe. So ging unter anderem der „Welt" eine Erklärung zu, nach der die *„Oberfinanzdirektion Frankfurt von den Vorgängen um die Verlustanweisung in Sachen OTRAG nichts (!) gewußt"* haben will. Das Finanzamt Offenbach-Land habe gegen *„verschiedene Verwaltungsanweisungen verstoßen"*, weil es neben dem Verstoß gegen entsprechende bundeseinheitliche Erlasse auch versäumt habe, einer in Hessen bestehenden *„besonderen Anweisung"* (!), derartige Fälle der Oberfinanzdirektion Frankfurt vor einer Entscheidung vorzulegen, nicht beachtet habe („Welt", 10.10.76). Man höre und staune: Ein Provinz-Finanzamt soll in einer derart delikaten Sache mit erheblicher finanzieller Dimension übersehen, daß für derartige Fälle eine „besondere Anweisung" zu beachten ist! Doch ähnlich wie der Bundesregierung, machte die OTRAG auch der Hessischen Landesregierung einen Strich durch die Rechnung, der das ganze amtliche Dementi-Lügengebäude wie ein Kartenhaus zusammenfallen ließ. Dr. Schreiber veröffentlichte in seinem Gutachten Auszüge eines Beschlusses des hessischen Finanzgerichts vom 22.12.76, die die Mitwisserschaft der Landesregierung ab 1974 bestätigen.

Fortsetzung auf Seite 29

Der größte Abschreibungs-Skandal der BRD-Geschichte oder: Wozu dient die OTRAG Stille Gesellschaft

Eine Abschreibungsgesellschaft erhält für Verluste, die sie in den Anfangsjahren macht, die Möglichkeit, Steuern abzuschreiben. Hiermit wirbt sie normalerweise vor allem um Klein- und Kleinstaktionäre, die im Verhältnis zur Höhe ihrer Einlagen an den Verlusten der Gesellschaft beteiligt werden und auf diese Art und Weise oft hohe Steuergewinne erzielen.

Auch die OTRAG gibt in ihrer Pressekampagne vor, nach diesem Prinzip zu arbeiten und vor allem Berufe wie „Kaufleute und Zahnärzte" anzusprechen („Zeit", 1.10.76), um sich so langsam das Geld für die Raketenversuche zusammenzusparen.

Wie so vieles, was die OTRAG verlauten läßt, hält auch diese Version einer Überprüfung nicht stand. Im Gegensatz zu anderen Abschreibungsgesellschaften betreibt die OTRAG nämlich in Wirklichkeit keine ernsthafte öffentliche Werbung für ihre Aktien, obwohl sie damit sicherlich sehr erfolgreich sein würde, hat doch die hessische Landesregierung der Firma eine der bisher höchsten Abschreibungsquoten in der BRD-Geschichte von anfänglich 260% und inzwischen gar „weit über 300%" zugestanden („Zeit", 1.10.76 und 6.5.77). So nahm sie z.B. die öffentliche Ausschreibung der Beteiligungsmöglichkeit an der OTRAG für 1976 erst am 28.12. 1976 bzw. 29.12.1976 in Form von Anzeigen in „Welt" und „Süddeutsche Zeitung" vor, also nur zwei bis drei Tage vor Ablauf der Zeichnungsfrist am 31.12.1976!

In dieser Zeit kann niemand ein derartiges Projekt ernsthaft prüfen und sich zu einer Investition entscheiden.

Doch selbst wenn er genügend Zeit hat, das OTRAG-Projekt zu prüfen, erhält er keine hinreichenden Informationen, um sich ein realistisches Bild von der Firma zu machen. Wichtige Informationen werden zurückgehalten, denn so Kayser: *„Die Gesellschaft ist darauf angewiesen, ihr know-how noch auf Jahre vor Dritten geheimzuhalten"* („Zeit", 1.10.76). Selbst die Hamburger „Gesellschaft für Unternehmensanalyse und Beteiligungsmanagement" (G.U.B.), die im Auftrag der „Welt am Sonntag" am 6.9.76 einen „Diagnosebericht" für potentielle OTRAG-Investoren fertigstellte, war aufgrund der ihr zugänglich gemachten Informationen nicht in der Lage, zu einem sicheren Urteil über die technischen und kommerziellen Erfolgsaussichten der OTRAG-Rakete zu kommen und schrieb: *„Letzlich beruht das Projekt auf den Meinungen von Lutz Kayser"* (G.U.B.-Studie, S. 31). Dennoch sprach sich die G.U.B. für eine Investition in der OTRAG aus, weil die steuerlichen Vorteile enorm seien und man vor Verlusten gesichert sei, selbst, wenn die OTRAG pleite gehe!

Insgesamt entsteht also der Eindruck, daß die OTRAG gar nicht auf die Einlagen kleinerer Aktionäre angewiesen ist, da sie öffentlich wenig unternimmt, um potentielle Investoren eine reelle Entscheidungshilfe zu geben und aktiv für Einlagen zu gewinnen. Wozu dient dann aber die Abschreibungsgesellschaft? Wer profitiert von den sensationell hohen Abschreibungsraten?

Eine Antwort auf diese Fragen ist in einem Brief des „Kölner Instituts für Vermögensplanung" (ifv) an die G.U.B. enthalten. (Anm: Das ifv, in dem der langjährige DFVLR-Wissenschaftler (DFVLR = Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt) und ehemalige Berater verschiedener Bonner Ministerien, Dr. Schulte-Hillen, eine leitende Funktion bekleidet, ist von OTRAG mit dem Aufbau der Abschreibungsgesellschaft und der Durchführung verschiedener „Marktstudien" beauftragt worden.) In diesem Brief vom 31.8.76 teilt das ifv mit, daß die Stillen Gesellschafter keine wirksame Kontrolle über den Vorstand der OTRAG ausüben können, was allerdings nicht so schwerwiegend sei, da *„der ihnen bekannte Großanleger (!) (Stiller Gesellschafter) . . . mit Erfolg eine Position im Aufsichtsrat der AG ein(nimmt), die dem Interesse der Stillen Gesellschafter insgesamt dient"* (veröffentlicht in G.U.B.-Bericht). Damit ist erstmals von OTRAG-naher Seite angedeutet worden, daß die eigentliche Entscheidungsgewalt über das Unternehmen bei einen (namentlich nicht genannten!) „Großanleger" liegt.

Außerdem geht aus dem Brief hervor, daß der hinter der OTRAG steckende Großkonzern oder sonstige Geldgeber ein „Stiller Gesellschafter" ist, also von den riesigen Steuervorteilen der OTRAG-Stillen Gesellschaft profitiert. Geht man davon aus, daß die OTRAG-Gründung 1974 keine Privatsache Kaysers, sondern eine gemeinsame Entscheidung von Regierung und Großindustrie war, ist deutlich, welchem eigentlichen Zweck – neben ihrer Funktion in der Verschleierungskampagne der OTRAG in den Massenmedien – die OTRAG Stille Gesellschaft erfüllt: Mit ihr verdienen sich der erwähnte „Großanleger" und weitere enge OTRAG-Freunde aus Wirtschaft (und Politik?) goldene Nasen – und zwar mit staatlicher Unterstützung! Auf diesem indirekten Wege erhalten die Hintermänner der OTRAG also weitere staatliche Subventionen in Millionenhöhe. Kein Wunder, daß die OTRAG da keine öffentliche Werbung vornimmt, sind diese Subventionen doch nicht nach dem Gießkannenprinzip gedacht, sondern nur für einen kleinen ausgewählten Kreis bestimmt.

Afrika-Kommission

Fortsetzung von Seite 28

Anlaß für diesen Gerichtsbeschluß war ein von der Landesregierung angeordnetes Zwischen(Verwirr)spiel, in dem das Finanzamt Offenbach-Land gezwungen wurde, per Brief an OTRAG vom 15.12.76 alle seine bisherigen Zusagen – vorübergehend – zu widerrufen.

Das Hessische Finanzgericht lehnte zwar den OTRAG-Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung gegen diesen „Widerruf" ab, meldete aber gleichzeitig seine Bedenken an, *„ob sich der Antragsgegner"* (Finanzamt Offenbach-Land) *„unter schlichtem Hinweis auf angeblich neue Erkenntnisse über die normalerweise bindende Wirkung seiner Zusagen, die zum Teil nach Einschaltung der OFD* (Oberfinanzdirektion (!), Anm. AK) *Frankfurt/Main und des Hessischen Ministers der Finanzen (!) und nach Durchführung einer Betriebsprüfung ergangen sind, hinwegsetzen und die Zusagen widerrufen konnte".*

Wie gesagt, ein „Zwischenspiel", wenn auch ein sehr aufschlußreiches. Inzwischen nämlich haben sich OTRAG und die Landesregierung nach dem Abflauen der journalistischen Empörung über den „Steuerskandal" wieder zusammengerauft, wie aus dem von Schreiber zitierten Ergebnisprotokoll von Verhandlungen mit der Hessischen Finanzverwaltung vom 29.3.77 hervorgeht.

Dieses Protokoll ist auch vom Hessischen Ministerium der Finanzen – Herr Ministerialdirigent Horlbeck – „zustimmend" zur Kenntnis genommen worden. In den abschließenden Verhandlungen geht es jetzt *„nur noch allein um die Glaubhaftmachung der Gewinnerzielungsmöglichkeit"* – (Brief der OTRAG an die Stillen Gesellschafter vom 30.7.77).

Ein solcher Nachweis ist erforderlich, da sonst das „Steuergeschenk" absolut gesetzwidrig wäre.

Dieser Nachweis dürfte der OTRAG nun allerdings wirklich nicht schwer fallen, denn so Schreiber: *„Nur in wenigen Ausnahmefällen (Vollblutzucht) besteht die Vermutung, daß der Betrieb ohne Gewinnerzielungsabsicht, also als Liebhaberei geführt wird .... Ein solcher Ausnahmetatbestand liegt hier offensichtlich nicht vor".* Nein, das nun wirklich nicht!

Hessische Regierung billigt Vertrag OTRAG - Zaire

Zu den Tatbeständen, über die man sich zwischen OTRAG und der Landesregierung wieder geeinigt hat, zählt auch die steuerliche Anerkennung des OTRAG-Vertrages mit Zaire, die das Finanzamt Offenbach-Land mit Briefen an OTRAG vom 1.6.76 und 23.6.76 ausgesprochen hatte. In diesen Briefen hatte das Amt erklärt, *„daß der amtliche Nachweis über die Rechtswirksamkeit"* (und damit auch über die Rechtmässigkeit ?!, Anm. AK) *„dieses Vertrags und die tatsächliche Nutzung erbracht worden ist"* (!) (Brief des OTRAG-Beraters und Lehrbeauftragten an der Ruhr-Universität Bochum, Dr. Dornfeld, an die ifv vom 28.7.76, veröffentlicht im Anhang der G.U.B.-Studie).

(Eine Anmerkung am Rande: In der G.U.B.-Studie wird auf den Seiten 18 und 19 eine Zusammenfassung des Vertrags vom 24.3.76 veröffentlicht, die mit dem von „Afrique-Asie" veröffentlichten Vertragstext in allen Einzelheiten und auch in der Höhe der Pachtsumme von jährlich 25 Millionen an Zaire übereinstimmt. Diese Zusammenfassung wurde geschrieben lange bevor der ganze Wortlaut des Vertrags an das Licht der Öffentlichkeit kam. Weitere Dementis der drei Vertragspartner in Sachen Vertragstext dürften damit wohl endgültig sinnlos geworden sein.)

Ist allein diese offizielle Billigung des kolonial-faschistischen Vertragswerkes durch die hessische Landesregierung (SPD) skandalös, so wurde damals zusätzlich zur Billigung der OTRAG ein weiteres riesiges Steuergeschenk überreicht: Die OTRAG kann die jährlich an Zaire zu zahlenden 75 Millionen DM in Millionenhöhe steuerlich absetzen, auch in den Jahren bis 1980, wo noch gar keine Zahlungen erfolgen, da die Pachtsumme als von OTRAG aufgenommener Kredit gilt („Zeit", 1.10.76).

Als diese gewagte Konstruktion an die Öffentlichkeit kam, versicherte das Bundesfinanzministerium scheinheilig, es betrachte das Vorgehen der Wiesbadener Kollegen *„mit großer Besorgnis"*, denn eine derartige Abschreibung sei *„äußerst unüblich"* (ebenda).

Folgen hat diese „Besorgnis" natürlich keine gehabt, denn die OTRAG genießt höchsten staatlichen Schutz.

Afrika-Kommission

OTRAG – ein Gigant?! Kayser: Am OTRAG-Projekt hängen 40 – 50.000 Arbeitsplätze

Diese sensationelle Mitteilung machte OTRAG-Chef Kayser in einem Gespräch mit dpa (Deutsche Presse Agentur) Mitte August.

Von seinem Raketen-Projekt, zu dessen weiterer Finanzierung die OTRAG gegenwärtig *„mit Elektrokonzernen und anderen einschlägigen Industriefirmen"* verhandelt, *„könnten schon in wenigen Jahren (!) in der Bundesrepublik 40.000-50.000 Arbeitsplätze* (einschließlich Zulieferfirmen) *abhängen. Den Anfang will er* (d.h. Kayser, Anm. AK) *mit einem Montagewerk zur Serienfertigung seiner Raketenbausteine voraussichtlich im Hessischen Zonenrandgebiet machen. 1.000-2.000 Beschäftigte sollen dort Arbeit finden"* („Stuttgarter Zeitung", 16.8.77).

An die Zahl von 40.-50.000 Arbeitsplätzen zu glauben fällt schwer. Entweder handelt es sich hier um einen Druckfehler oder um wesentlich zu hoch gegriffene Angaben Kaysers.

Unterstellen wir jedoch einmal, die Zahlen seien korrekt, dann würde es sich hierbei um ein Projekt in mehrfacher Milliardenhöhe handeln, was ein Vergleich verdeutlichen soll.

Die gesamte Raumfahrtindustrie der BRD – also die unmittelbaren Luft- und Raumfahrtunternehmen MBB, VFW Fokker, Dornier, die Triebwerkehersteller Klöckner-Humboldt-Deutz, Motoren- und Turbinen-Union (MTU, Gemeinschaftsgründung von Daimler-Benz und MAN) sowie die Ausrüster, die Zubehör- und Werkzeughersteller zusammengenommen – beschäftigt gegenwärtig etwa 56.000 Menschen. (!) Ihr Umsatz betrug 1976 rund 5 Milliarden DM. (Angaben nach „Zeit", 7.10.77).

Die OTRAG selbst erhofft sich nach eigener „Planungsrechnung" für den Zeitraum 1981-2001 Einnahmen in Höhe von ca. 38 Milliarden DM (!) und Ausgaben von ca. 16 Milliarden DM, also einen Überschuß von 22 Milliarden DM (G.U.B.-Studie S. 16).

Das bedeutet, sie will grob gerechnet jährlich ca. 2 Mrd. DM einnehmen und einen Überschuß von ca. 1 Milliarde DM erwirtschaften. Ob auch diese Zahlen in den Bereich einer überspannten Phantasie gehören? Springers „Welt am Sonntag" hat niedrigere Beträge errechnet. Hier-

1 Milliarde DM erwirtschaften. Ob auch diese Zahlen in den Bereich einer überspannten Phantasie gehören? Springers „Welt am Sonntag" hat niedrigere Beträge errechnet. Hier-

nach sollen für 131 Raketenstarts zwischen 1981 und 1990 immerhin noch 7,4 Milliarden DM in die Taschen der OTRAG fließen. Die Firma wolle bis 1984 einen Umsatz von knapp 1,6 Milliarden DM machen („WamS", 29.8.76).

Wie dem auch sei, selbst mit den Zahlen der „WamS" würde die OTRAG noch immer zu den ganz „Großen" in der BRD Luft- und Raumfahrtindustrie zählen. Hierzu einige Vergleichszahlen: (Jeweils für 1976) MBB: Umsatz 1,64 Mrd. DM, Überschuß 10 Mio. DM, VFW Fokker: Umsatz 1,8 Mrd. DM, Verlust ca. 5 Mio. DM, Dornier: Umsatz 497 Mio. DM, Überschuß 16,1 Mio. DM (Angaben aus „Zeit", 7.10.77).

Welche Großkonzerne stecken hinter der OTRAG?

Die OTRAG redet davon, ihre hochfliegenden Pläne bereits in „wenigen Jahren" in Angriff nehmen zu wollen. Wer dies allerdings finanzieren soll, darüber schweigt sie sich aus. Noch einmal zur Erinnerung: OTRAG-Grundkapital: 1 Mio. DM (!), OTRAG-Maschinenvermögen 1976: 1,5 Mio. DM (!) (s. AK 112).

Allerdings hat die OTRAG bereits selbst indirekt zugegeben, daß ihre offizielle Bilanz eben ganz einfach frisiert ist. So sprach Kayser 1975 gegenüber der „FR" davon, daß bereits Einlagen in Höhe von 500 Millionen gezeichnet wurden, die in der Bilanz nirgends auftauchen! Auf die Frage, wer das Kapital gegeben hat, schweigt sich Kayser aus: *„Geldleute sind pressescheu. Namen darf ich nicht nennen"* („FR", 12.8.77).

Der international hochangesehene „Aviation Week" (führende US-amerikanische Raumfahrt-Fachzeitschrift) versichert Kayser: *„Wir sind finanziell wahrscheinlich besser dran als eine ganze Menge größerer Unternehmen"* (AW vom 12.9.77). Interessanterweise kommt die „WamS" zu dem Ergebnis, daß die OTRAG der Befehlsempfänger eines Großaktionärs ist. Sie schreibt, daß von der rechtlichen Konzeption her, der OTRAG-Vorstand zwar theoretisch uneingeschränkt über die Anleger-Millionen verfügen könnte – und dies gegenüber den Kleinaktionären, die im Aufsichtsrat oder Vorstand keinerlei Mitspracherechte haben, auch tut, – daß jedoch *„ein früher eingetretener Großanleger (!) zur Absicherung seiner Interessen hier ... bereits frühzeitig einen Riegel vorgeschoben (hat)"* („WamS", 29.8.76). Das Springer-Blatt fragt abschließend in gespielter Naivität: *„Warum aber erhalten nicht alle Anleger die Einflußrechte dieses Anlegers?"* Ja, warum wohl nicht?!

Der Name des OTRAG-Schutzengels ist uns konkret noch nicht bekannt, jedoch lassen sich bereits konkrete Verbindungen einzelner Großkonzerne aus dem Raumfahrt- und Rüstungsgeschäft zur OTRAG nachweisen:

Daimler-Benz

Namentlich am frühesten in Verbindung mit den BRD-Raketenplänen wird die Daimler-Benz AG in Stuttgart genannt, deren Aufsichtsratsvorsitzender Dr. Eckert das Industrie-Konsortium leitete, das mit staatlicher Unterstützung 1956 das Stuttgarter „Institut für Physik der Strahlantriebe" (IPS) gründete. Seit damals war Stuttgart das Nervenzentrum der BRD-Raketenforschung. 1969 beim ersten Staatsbesuch Mobutus in der BRD stand eine Visite bei Daimler-Benz in Stuttgart im Mittelpunkt des Pro-

gramms. Mit der Beteiligung von

gramms. Mit der Beteiligung von Daimler-Benz am staatlichen Raketenprogramm wird auch klar, warum Ende 1975 der ehemalige NASA-Chef Wernher von Braun in den Aufsichtsrat dieses hauptsächlich als Automobil-Hersteller bekannten Unternehmens gewählt wurde („Bunte", 4.12.75). Vor der Annahme seiner Wahl war Wernher von Braun ausführlich von Kurt H. Debus über das OTRAG-Projekt informiert worden, dem er kurz vor seinem Tode noch mit einem Gutachten unter die Arme griff (Aussage von Debus für den G.U.B.-Bericht; Debus war langjähriger NASA-Direktor und ist derzeit OTRAG-Aufsichtsratsvorsitzender, er ist auch der Verbindungsmann zwischen NASA und OTRAG). Daimler-Benz ist als Triebwerkhersteller über die „Motoren- und Turbinen Union" ein wichtiger Zulieferer für die bundesdeutsche Raumfahrtindustrie. Nach bisher nicht endgültig bestätigten Berichten soll der Konzern zusammen mit Bosch die Triebwerke der OTRAG-Raketen herstellen. Darüberhinaus liefert Bosch die Ventilelektronik der Rakete zur Regulierung der Brennstoffzufuhr in Form serienmäßig hergestellter angeblicher „Scheibenwischmotoren" (siehe u.a. „FR", 12.8.75). Gelder für diese Motoren lassen sich im Forschungsbericht des Bundesministeriums 1975 nachweisen (siehe oben).

Krupp:

Krupp finanzierte die Anfangsarbeiten der Kabeya-Maji-Brücke zum OTRAG-Gelände (vgl. AK 112 + 113) Heute liefert die Firma die im Spiralschweißverfahren hergestellten Stahlröhrchen für die Brennstofftanks der OTRAG-Rakete. Nach Angaben der OTRAG wird der Spezialstahl hier von ihr und Krupp gemeinsam hergestellt („Express", 22.8.77).

Im ministeriellen Forschungsbericht 1975 sind Gelder für Krupp und die 97-%-ige Krupp-Tochter „Stahlwerke Südwestfalen" ausgewiesen (siehe oben).

MBB:

Hier existieren noch keine konkreteren Belege, allerdings einige ernstzunehmende Anhaltspunkte.

Kayser ist mit dem ehemaligen MBB-Chef Bölkow seit langen Jahren eng bekannt. Die Kontakte zwischen OTRAG und MBB werden offensichtlich auch in jüngster Zeit auf Vorstandsebene fortgesetzt. Wie wir aus gut unterrichteter Quelle erfahren haben, weilte der OTRAG-Aufsichtsratsvorsitzende Debus erst kürzlich, Anfang September 1977, zu Besprechungen mit der MBB-Spitze in München. Weitere Andeutungen über enge Beziehungen zwischen OTRAG und MBB lassen sich der Berichterstattung der sowjetischen Presse über das OTRAG-Projekt entnehmen. (Die sowjetische Presse ist zwar recht unkonkret, ihre Andeutungen jedoch sehr ernst zu nehmen; bekanntlich beschäftigen die mehrere vom Kaliber Guillaume).

In jüngsten Artikel über die Entwicklung der BRD-Rüstungsindustrie betonte die sowjetische Nachrichtenagentur TASS wiederholt, daß *„der militärisch-industrielle Komplex der BRD alles* (unternimmt), *um eine breite wissenschaftliche Basis zu schaffen, die es ermöglichen würde, mit der Produktion von Atomwaffen und Trägerraketen zu beginnen ... Der Flugzeug- und Raketenkonzern Messerschmidt-Boelkow-Blohm, der mit Unternehmen der USA und anderer NATO-Staaten eng zusammenarbeitet, baut bereits Raketen, mit*



denen Bundeswehr und Bundesmarine

denen Bundeswehr und Bundesmarine ausgerüstet werden." Im gleichen Artikel schrieb TASS über die OTRAG: *„Beobachter in Bonn seien der Meinung, die Benutzung des Raketenübungsplatzes in Zaire stelle eine qualitativ neue Etappe in der Entwicklung des BRD-Raketenbaus dar, weil damit der Bundeswehr die Möglichkeit gesichert wird, Raketen aller Typen zu erproben"* (zitiert nach „Neues Deutschland", 26.8.77).

Zu einem späteren Zeitpunkt schrieb TASS, der OTRAG-Vertrag bedeute, *„daß die BRD offen den Kurs auf die Entwicklung und Herstellung von verschiedenen Raketen, einschließlich starker 'Booster'-Raketen, genommen habe"* (zitiert nach „Welt", 12.9.77). Bei den erwähnten „Booster"-Raketen handelt es sich um ein MBB-Programm für Radarsteuerwaffen, das Anfang August der Öffentlichkeit vorgestellt wurde und Springers „Welt" von einer „Wunderbombe" sprechen ließ („TASS", zitiert nach „Berliner Zeitung"/DDR, 6./7.8.77).

Franz-Josef StrauSS als Vertreter der BRD-Rüstungslobby

Wo der Name MBB auftaucht, ist auch Franz-Josef StrauSS nicht weit entfernt, der maßgeblichen Einfluß in dem Ottobrunner Rüstungskonzern ausübt.

Bereits in AK 113 hatten wir geschrieben, daß aufgrund der Stellung von StrauSS in der BRD-Rüstungs-Lobby und seiner intensiven Kontakte zu Mobutu eine Verstrickung des CSU-Chefs im OTRAG-Projekt höchstwahrscheinlich ist.

Der „Spiegel" (10.10.) bestätigte dies indirekt. Das Magazin berichtete, daß die Kontakte Kaysers zu Mobutu über Fred Weymar geknüpft wurden, eine äußerst schillernde Figur im internationalen Finanzgeschäft. Weymar ist ein enger und langjähriger Bekannter von StrauSS und darüberhinaus Finanzberater Mobutus.

Weymar begleitete StrauSS des öfteren auf dessen Auslandsreisen und war natürlich auch dabei als StrauSS Anfang März 1977 seinen jüngsten Besuch in Zaire abstattete.

Afrika-Kommission

Haben die OTRAG-Kolonialisten bereits Hunderttausende vertrieben?

Verschiedene DDR-Zeitungen, die „UZ" der DKP und auch die SEW-Zeitung „Wahrheit" hatten Anfang September darüber berichtet, daß in den Vormonaten über 220.000 Menschen aus Süd-Zaire nach Angola flüchteten, viele davon seien aus dem Operationsgebiet der OTRAG vertrieben worden.

Diese Meldung geht auf einen Artikel von „Journal de Angola" zurück, der uns leider nicht vorliegt.

„Die Wahrheit" (10.9.77) gibt den Artikel folgendermaßen wieder: *„220.000 Flüchtlinge aus Zaire haben in den letzten Monaten in Angola Zuflucht gesucht. Die Männer, Frauen und Kinder flüchteten aus den Provinzen Kivu und Shaba in die angolanischen Ostprovinzen. Flüchtlinge aus der Südostregion von Kivu berichteten, daß sie aus den Gebieten vertrieben wurden, die das westdeutsche Unternehmen OTRAG als Operationsraum für sein Raketenprojekt beansprucht. Wie die Zeitung 'Journal de Angola' feststellt, deute diese Massenflucht darauf hin, daß damit begonnen wurde, 'die Bevölkerung aus diesem Teil des Territoriums zu vertreiben, um es dem westdeutschen Unternehmen OTRAG zur Verfügung zu stellen'".*

Die „UZ" (12.9.77) zitierte zusätzlich aus „Journal de Angola": *„Sie konnten nur nachts marschieren, weil sie bei Tage von Regierungsflugzeugen beschossen wurden."*

Auszuschließen ist es auf keinen Fall, daß die OTRAG bereits mit Massenvertreibungen der einheimischen Bevölkerung begonnen hat, für die sie ja im Vertrag ausdrücklich das „Recht" erhielt. OTRAG-Pressesprecher Wukasch bestritt natürlich bereits mit Bekanntwerden des Vertrages, daß es zu Massenevakuierungen kommen werde: *„Evakuierungen im großen Stil werden dort nicht stattfinden, auch wenn das aus dem Vertrag nicht klar hervorgeht (?). Wenn wir einen der mit der Technik nicht vertrauten Ureinwohner (!) bei einem Raketenstart in der Nähe (?) der Abschußrampe antreffen, werden wir ihn per Jeep aus der gefährdeten Zone herausfahren. Auch auf Cap Canaveral werden vor einem Start in 12 Kilometer Umkreis alle Nichtbeteiligten entfernt"* („Castrop-Rauxeler Zeitung", 17.8.77).

Ein etwas merkwürdiges Dementi, denn gelangt überhaupt kein Einheimischer mehr in die Nähe des Testgeländes, daß nach Kaysers eigenen Angaben selbstverständlich militärisch strengstens nach außen abgeschirmt ist („To the Point International" 22.8.77). Interessant ist dieses Dementi auch durch die ihm zugrundeliegende offizielle OTRAG-Behauptung, auf dem 100.000 km2 großen OTRAG-Gelände lebten *„nur rund 1.000 Buschmänner, die als Jäger ihre Existenz fristen".* Wenn dort tatsächlich nur 1.000 Menschen leben würden, kann es in der Tat keine Evakuierungen „großen Stils" geben, mangels Masse.

Die OTRAG-Behauptung selbst ist jedoch falsch: In dem Gebiet leben mindestens 300.000 Menschen, wie ein Ethnologe der Uni Tübingen auf Anfrage mitteilte.

Auf dem Papier sind also bereits 299.000 „vertrieben" – und real???

Afrika-Kommission

Drei Judos aus der FDP ausgeschlossen

Langen: Drei Langener Judos, Gernot Gutsch (stellvertretender Bundesvorsitzender der Judos), Klaus Allmannritter (Mitglied des Landesvorstands der hessischen Judos) und Ulla Gutsch-Nowka (Kreisvorsitzende der Judos im Kreis Offenbach) sind aus der FDP ausgeschlossen worden. Das entschied am Mittwoch, den 12.10. das Landesschiedsgericht der FDP in Frankfurt. Die drei Langener Judos wollen Berufung vor dem Bundesschiedsgericht einlegen. In einer Pressekonferenz in Langen erklärten sie: *„Das war keine Verhandlung, sondern eine vorgefertigte Sache, die im Hopp-Hopp-Verfahren über die Bühne gezogen wurde"* („Dreieich-Spiegel", 18.10.77).

Die drei Judos hatten kurz vor der letzten Kommunalwahl die Liste der DKP unterschrieben, d.h. den formellen Antrag der DKP, in Langen kandidieren zu dürfen. Nach einer Intervention des Kreisvorstandes unterzeichneten alle drei auch die FDP-Liste, so daß ihre Stimmen auf der DKP-Liste ungültig wurden. Sie legten daraufhin ihre Mandate nieder und verzichteten auch auf ihre Plätze auf der Kreistags- und Stadtverordnetenliste. Damit war für Kreisvorstand und Mitgliederversammlung, die kurz darauf tagten, die Sache „erledigt".

Nicht so für angebliche Teile der FDP-„Basis" (?) im Kreis, die den drei „parteischädigendes Verhalten" vorwarfen. Diese sammelten 91 Unterschriften und schafften damit die Sache vor's Schiedsgericht. Die drei Judos erklärten, daß die Unterschriften von „rechten Querulanten" seien, welche vom ehemaligen hessischen FDP-Vorsitzenden, Mischnick, Unterstützung erhielten.

Das Ausschlußverfahren bezeichneten sie als ein „Affentheater". Nicht einmal der Ortsverein Langen, der hinter den Dreien steht, ist gehört worden. Ein Marburger Jurist, Peter Becker, von dem ein entschiedenes „Nein" zum Ausschluß erwartet worden war, ist wegen „Befangenheit" abgelehnt worden. Als Begründung wurde angegeben, daß er die Zusammenarbeit mit Kommunisten nicht ablehne. Weiter heißt es in der Ablehnung: *„Es kommt für die Begründetheit des Ablehnungsgesuches nicht darauf an, ob der Richter wirklich befangen oder voreingenommen ist. Für die Begründetheit genügt, daß bei den Antragstellern* (den Antragsgegnern wird dieses Recht offenbar nicht zugebilligt – Anm. AK) *diese Besorgnis besteht"* („Dreieich-Spiegel", 18.10.)

Der Bundesvorstand der Judos sieht den Langener Fall im Zusammenhang mit den Reaktionen gegen die Berliner Judos wegen des Nachdrucks des Buback-Artikels. Gert Apfelstedt, Bundesvorstandsmitglied, erklärte in Langen: *„Eine Bündnispolitik mit der FDP ist nicht mehr ohne Angst und Gefahr möglich"* („DS", 18.10.). Weiterhin erklärte er, daß die Judos auch weiterhin mit Kommunisten zusammenarbeiten würden.

Der Bundeshauptausschuß der Judos hat sich voll hinter sein Vorstandsmitglied Gernot Gutsch gestellt. Er beschloß, ihn in seinem Amt zu belassen, obwohl die Mitgliedschaft in der FDP Voraussetzung dafür ist.

KB-Sympathisanten Langen

Der »Kreisel« dreht sich (doch) weiter

„Der Kreisel trudelt nicht mehr" (Welt, 30.9.77) freut sich die bürgerliche Presse und vor allem der Westberliner Regierende Bürgermeister Stobbe. Am 29.9.77 wurde in dem mittlerweile vierten Versteigerungsversuch endlich ein Käufer für die größte Bauruine Westberlins und Westdeutschlands gefunden, den seit Anfang '74 vor sich hingammelnden Bürohaus-Rohbau „Steglitzer Kreisel" (42.000 qm Bürofläche), gebaut von der Bau-Kapitalistin Kressmann-Zschach. Der „Kreisel", in den bisher 200-300 Mio. DM verbaut worden sind, ging für den lächerlichen Preis von 32,6 Mio. DM an die Herren der Westberliner Unternehmensgruppe Becker&Kries, „die als seriös gelten" (FR, 22.9.77). Das Bürohaus, dessen Verkehrswert immerhin mit 130 Mio. DM festgesetzt worden ist, soll mit einem erneuten Kostenaufwand von ca. 100 Mio. DM fertiggestellt werden.

Um Becker&Kries überhaupt ein Angebot zu entlocken, mußte sich der Senat vorher verpflichten, den Hauptanteil des Filzokratie-Mahnmals, das 27stöckige Hochhaus mit 25.000 qm Fläche zur Jahresmiete von 9,7 Mio. DM zu mieten und nach sieben Jahren soll der Steuerzahler dann nochmals 70 Mio. DM für den Kauf des Hochhauses hinblättern. Unklar ist bisher noch die Weiterverwendung eines großen Teils des Flachtraktes. Mit den neuerlichen finanziellen Verpflichtungen des Senats steigt der qm-Preis jetzt mit allen Nebenkosten auf 27 DM. Der erste Mietvertrag war von 8,40 DM/qm ausgegangen! Hinzu kommt, daß der Steuerzahler bei der Pleite von Avalon (der Tarnfirma von Kressmann-Zschach) mit Millionen-Bürgschaften zur Kasse gebeten wurde.

Die Zeche wird bezahlt durch die scheinbar unerschöpflichen Quellen der Berlin-Subventionen und natürlich durch die Westberliner Steuerzahler selbst.

Wohnungskommission

Repression in der SPD

Die Schiedskommission der Bremer SPD hat die vom Bundesvorstand beantragten Ausschlußanträge gegen den Bremer Professor Gerhard Stuby und die SHB-Vorsitzende Mechthild Jansen abgelehnt. Ungeschoren kommen die beiden aber nicht weg: Stuby erhielt eine Rüge, weil er in einer Presseerklärung den SPD-Bundesvorstand beschuldigt hatte, keine Bereitschaft zur Diskussion über eine vollständige Abrüstung zu zeigen.

Mechthild Jansen wurden wegen ihrer Reden auf Veranstaltungen des „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" und Beiträge im West-Berliner „Extra-Dienst" die Mitgliederrechte für ein Jahr entzogen. Es ist nicht anzunehmen, daß es bei diesen Urteilen bleibt, das letzte Wort hat die Bundesschiedskommission (ED, 14.10.77).

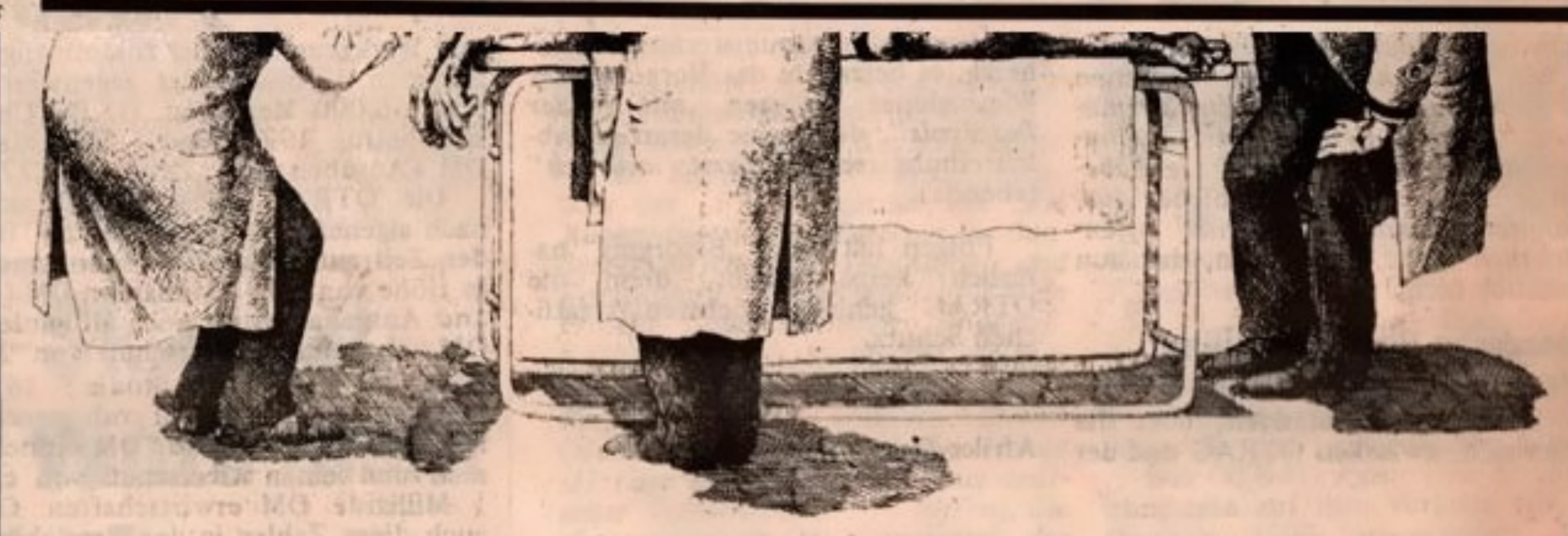
SPD-Kommission



SPD-Austritte: »So wie ich denken viele Parteigenossen, aber sie sind zu träge ...«

Über Austritte von Jusos und Juso-Gruppen aus der SPD im Zusammenhang mit dem Abschuß von Benneter haben wir im ARBEITERKAMPF ausführlich berichtet. Daß auch altgediente SPD-Genossen mit dem Kurs der Regierungs-SPD und der Verfolgung fortschrittlicher Mit-

des Genossen Benneter (...) gegeben. Auch für mich ist die CDU Klassenfeind und die DKP ein politischer Gegner. Überhaupt die Verteufelung des Kommunismus oder alles was links der SPD angesiedelt ist, erinnert mich sehr an die Nazizeit, an das



SPD-Austritte: »So wie ich denken viele Parteigenossen, aber sie sind zu träge ...«

Über Austritte von Jusos und Juso-Gruppen aus der SPD im Zusammenhang mit dem Abschuß von Benneter haben wir im ARBEITERKAMPF ausführlich berichtet. Daß auch altgediente SPD-Genossen mit dem Kurs der Regierungs-SPD und der Verfolgung fortschrittlicher Mitglieder nicht einverstanden sind, ist bekannt. Selten geben diese Genossen ihre Kritik öffentlich bekannt oder treten aus. Als Ermunterung drucken wir nachstehend die Austrittserklärung eines 75 Jahre alten ehemaligen SPD-Genossen ab. Dieser Austritt erfolgte bereits im Mai dieses Jahres, vor dem Hintergrund des Benneter-Ausschlusses. Seitdem hat sich das Klima in der SPD für Kritiker noch verschärft und der Abbau demokratischer Rechte durch die Bundesregierung wird im D-Zug-Tempo vorangetrieben:

„Ich erkläre mit dem heutigen Tage meinen Austritt aus der SPD. Mir macht die Entwicklung der SPD immer mehr nach rechts es nicht mehr möglich, dieser Partei anzugehören. Angefangen hat meine Verärgerung mit der Zustimmung zu den Notstandsgesetzen. Die Unterwürfigkeit zu den Kirchen, besonders der Katholischen. Für mich gilt der Spruch ‚Religion ist Opium fürs Volk' noch immer. Die enormen Rüstungsausgaben, 36 Milliarden, und es wird immer mehr. Kein Wunder, daß für vernünftige Ausgaben das Geld nicht mehr reicht. Den Rest hat mir die Behandlung und der Ausschluß des Genossen Benneter (...) gegeben. Auch für mich ist die CDU Klassenfeind und die DKP ein politischer Gegner. Überhaupt die Verteufelung des Kommunismus oder alles was links der SPD angesiedelt ist, erinnert mich sehr an die Nazizeit, an das Dritte Reich, da mach ich nicht mehr mit. So wie ich denken viele Parteigenossen, aber sie sind zu träge, um konsequent zu sein. Ich fühle als Sozialist. Nicht als Sozialer Demokrat. Der Weg vom Sozialen Demokraten zum Christlichen Demokraten ist mir zu kurz" („SK", Nr. 18).

Links-Austritte in Ansbach

Sieben Mitglieder des SPD-Ortsvereins Ansbach, darunter der Juso-Vorsitzende, sind aus der SPD ausgetreten. In ihrer öffentlich abgegebenen Begründung wird die unhaltbare Situation im SPD-Ortsverein und die Regierungspolitik angegriffen. Sie erklären, daß selbst „bei größtem Wohlwollen" die Politik der Regierung nicht mehr als sozialdemokratisch bezeichnet werden kann und führen als Beispiele den Rentenbetrug und die Steuerpolitik an.

Der SPD-Ortsvereinsvorsitzende erklärte zu den Austritten, daß sich die Ausgetretenen bereits mit Benneter solidarisiert haben und *„insofern bedauern wir die Austritte nicht"*. Wie könnte es auch anders sein („SZ", 8.10. und „FR", 11.10.77)!

SPD-Kommission

Psychiatrische Versorgung ist katastrophal

„Die psychiatrische Versorgung in der Bundesrepublik ist katastrophal. Bei Psychiatern und Neurologen müssen Patienten bis zu zwei Jahre auf Beginn der Behandlung warten" (Vorwärts, 27.10.77).

Die „Enquete-Kommission", die 1975 dem Bundestag einen „Bericht über die Lage der Psychiatrie" vorgelegt hatte, war zu dem Ergebnis gekommen, daß von den psychischen Krankheiten *„rund 20 Millionen Menschen andauernd, wiederholt oder wenigstens einmal während ihres Lebens in irgendeiner Form unmittelbar betroffen"* sind. Das ist jeder Dritte! Diesen 20 Millionen Betroffenen stehen ganze 4000 Psychiater und Neurologen gegenüber: **„Eine hoffnungslose Unterversorgung"**!

Die Gründe dafür liegen in unserem „privatwirtschaftlichen" Gesundheitssystem. *„60 bis 70 Prozent der jährlich rund 1500 diplomierten Psychologen kommen nicht im klinisch-psychologischen Bereich unter."* Sie machen eine Praxis auf und kassieren Honorare, *„die eine Mehrzahl der Patienten von vornherein ausschließt. Zudem werden freie Praxen vorwiegend in Ballungsräumen eingerichtet."* An dieser Entwicklung haben auch Krankenkassen ihren Anteil. Seit August 1976 dürfen „frei berufliche" Psychologen ihre Leistungen nicht mehr abrechnen. *„Seither ist eine weitere Verschlechterung der Versorgung eingetreten, die alle diejenigen trifft, die sich die Behandlung aus der eigenen Tasche nicht leisten können - die Mehrzahl der Patienten"*! Damals mußten auch Patienten, die plötzlich selbst bezahlen sollten, ihre Therapien abbrechen, sind seitdem nicht mehr versorgt - einfach skandalöse Zustände! Hier fällt einfach ein ganzer Bereich medizinischer Versorgung der „Spar"politik zum Opfer.

Eine Besserung wollen Angehörige der nichtärztlichen psychosozialen Berufe wie Psychologen und Sozialarbeiter mit einem Gesetz erreichen, das ihnen die Zulassung zur Heilkunde absichert.

Dagegen werden aber von „offizieller Seite" aus Bedenken erhoben: Das Ganze werde zu teuer. Demgegenüber prognostizieren Fachverbandsvertreter langfristige Kostensenkungen usw. usf.

Für den Fall, daß die Psychologen und Sozialarbeiter die von ihnen gewünschte gesetzliche Regelung erreichen, ist ihnen schon vom Sekretariat des Bundestags-Rechtsausschusses bestätigt worden, daß ihnen *„im Interesse einer wirksamen Verbrechensbekämpfung und Strafverfolgung"* das Zeugnisverweigerungsrecht nicht eingeräumt werde. Darin sieht die „Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie" (DGVT) eine Kriminalisierung der Patienten, die auch „historische Parallelen" hat.

Demnach wären sie gezwungen, jederzeit das „Innenleben" ihrer Patienten vor den Staatsschutzbehörden offenzulegen (alle Angaben und Zitate nach Vorwärts, 27.10.77).

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Bauchlandung der Reformisten

Am 9. Oktober ist der Vorsitzende der rheinland-pfälzischen Jusos, Queissner, zurückgetreten, weil er sich nicht mehr in der Lage sah, *„eine dermaßen kaputte und fehlgeleitete Organisation nach innen und außen hin zu repräsentieren"* („FAZ", 12.10.77).

Anlaß für den Rücktritt war eine geplatzte Delegiertenkonferenz. Um über das Thema „Recht auf Arbeit - Recht auf Ausbildungsplätze" zu debattieren, erschienen nur 40 der 104 Delegierten, von weiteren 2000(!) eingeladenen Gästen erschienen ganze drei, die Konferenz war nicht beschlußfähig.... . Dieses makabre Schauspiel zeigt, wie weit es die SPD-Rechten geschafft haben, die Resignation und den Rückzug der Jusos aus der politischen Arbeit voranzutreiben. Demagogisch ist allerdings die Kritik des ehemaligen Juso-Chefs. Er fährt voll auf der Hetze der SPD-Rechten ab und pöbelt seine Genossen an, daß sie sich zwar in Diskussionen über den „Klassencharakter" der CDU und die „Zusammenarbeit mit Kommunisten" erhitzen, aber sich in der Praxis nicht engagieren. Kein Wort zur systematischen Unterdrückung der Jusos. Der Rücktritt ihres braven Vertreters hat auch die SPD-Führer aufgeschreckt: Der Landesgeschäftsführer nannte den Rücktritt eine „ganz schlimme Sache".

Eine schlimme Sache deshalb, weil es seit längerem gar keine Vertreter der Stamokaps mehr im Juso-Vorstand Rheinland-Pfalz gibt, denen man einen solchen Bankrott in die Schuhe schieben könnte?

SPD-Kommission

Skandal um Frischzellen„therapie"

Seit der Einführung der Zelltherapie durch den Schweizer Arzt Prof. Paul Niehans vor knapp 50 Jahren ist das Verfahren außerordentlich umstritten. Bei dieser Behandlung wird das Zellgewebe von Tierföten zu dünnflüssigem Brei verarbeitet und Menschen eingespritzt. Die Bundesärztekammer erklärte dazu: *„Ein nach anerkannten wissenschaftlichen Regeln geführter Beweis für die Wirksamkeit der Zelltherapie ist bisher nicht erbracht worden."*

Bevorzugt angewandt wird diese Methode bei Mongolismus und anderen Behinderungen im Kindesalter. Für viele Eltern mongoloider Kinder ist die Frischzellen„therapie" eine neue oder letzte Hoffnung, etwas für ihr Kind tun zu können.

Der Oberammergauer Arzt Ortwin K. wußte sich dies zunutze zu machen. Er schrieb an Eltern mongoloider Kinder vor allem in Italien, und bot ihnen an, das schwere Gehirnleiden durch eine Frischzellen„therapie" zu heilen.

Mit Honoraren von 5000 DM für zwei Behandlungstage machte der Mediziner in den Jahren 1975/76 ein Vermögen von angeblich drei Millionen DM.

Dr. K. konnte monatelang seine Heilanstalt ohne Konzession betreiben. Die Zulassung wurde ihm verweigert, als das Gesundheitsamt feststellte, daß die Frischzellen nicht unter den geforderten hygienischen Bedingungen hergestellt wurden.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt - Dr. K., der das berechtigte Interesse der Eltern an der Gesundheit ihrer Kinder profitträchtig ausnutzte, setzte sich erstmal nach Frankreich ab (nach „Hamburger Abendblatt", 19. und 20.10.77).

Behinderten-Kommission

Der »Säureattentäter« — ein Opfer der Psychochirurgie?

Am Sonntag, den 9.10.77 wurde der 40 Jahre alte Hans Joachim Bohlmann, als sogenannter „Säureattentäter" verhaftet. B. hat in Hamburg und anderen Städten der BRD verschiedene Kunstwerke mit Schwefelsäure schwer beschädigt. B. kam in die geschlossene Abteilung des AK Ochsenzoll. Soweit wurde der „Fall B." auch breit von der sensationsgeilen Boulevardpresse aufgegriffen. Aber was ist der Hintergrund dieser Angelegenheit?

B. wurde 1973 wegen einer Phobie (krankhafte Angstzustände) von dem Hamburger Prof. Dr. Dieter Müller, Leiter der Arbeitseinheit Stereotaktik der Neurochirurgischen Abteilung des UKE, operiert (nach „Hamb. Abendblatt" HA, 10.10. 77).

Stereotaktische Operationen sind chirurgische Eingriffe am Gehirn, die mit dem Ziel vorgenommen werden, Erlebens- und Verhaltensbereiche eines Menschen durch das Zerstören von Hirngewebe zu beseitigen, zu beeinflussen oder zu kontrollieren (siehe hierzu auch AK 87, Seite 17). Prof. Müller hält natürlich einen Zusammenhang zwischen der Operation und den Attentaten für *„nahezu ausgeschlossen, eine derartige Folge, einer solchen OP sei ihm nicht bekannt"* (HA, 10.10.).

Der „Fall B." wirft noch einmal ein Licht auf die Psychochirurgie. Offensichtlich ist B. mit dem Skalpell psychisch zerstört worden. Dies ist leider kein Einzelfall.

Bekannt (!) gewordene Neben- und Nachwirkungen der Psychochirurgie zeigen, daß den Operateuren keineswegs klar ist, in welchen Bereichen des menschlichen Gehirns sie ihr Unwesen treiben. Prof. Roeder, Gehirnschnippler aus Göttingen, sagt dazu: *„Auch der erfahrenste Chirurg sieht den Nervenzellen nicht an, wofür sie tätig sind. Alle sehen gleich aus, die gesunden und die kranken.... Da hilft nur eins: Erfahrung und Präzision"* (BamS, 9.3.75).



„Viele Menschenversuche sind beunruhigend. Bei manchen kriegt man eine Gänsehaut." (Vance Packard, Autor des Buches „Die geheimen Verführer")

Im Fall Bohlmann ist offensichtlich das falsche Zentrum getroffen worden. Der Sexualwissenschaftler Prof. Volkmar Sigusch, ein bekannter Kritiker der Psychochirurgie, berichtet von einem Patienten, der ebenfalls von Müller in Hamburg wegen einer Phobie operiert wurde. *„Nach der OP berichtet der Patient: Die ‚Sprungfeder' sei zerbrochen, die Realität erfasse er nur noch verschwommen, er sei wie benebelt, er traue sich selbst nicht mehr, sei überhaupt nicht mehr er selber. Einer solchen OP würde er sich nicht noch einmal unterziehen; sie habe ihn zerstört und sein Problem nicht beseitigt, sondern nur umgedreht: ‚Die Zwänge sind nach wie vor da, nur ins Gegenteil verkehrt.' Vor der OP hat Werner K. Feuer und Wasser ängstlich gemieden, seit der OP sucht er deren zerstörerische Kräfte. Er beschuldigt sich, in einer Heidegegend mehrfach Flächenbrände gelegt zu haben.... Es sei wie ein Rausch, dem er sich nicht entziehen könne. Ständig halte er Ausschau nach Möglichkeiten, etwas ‚anzustellen'. Er reise in der Gegend ziellos umher. Vor der OP hat der Patient sechs Jahre lang ununterbrochen bei einer Firma gearbeitet, jetzt lebt er mit seiner Frau von 700,- Arbeitslosengeld und ist als Schwerbehinderter amtlich anerkannt"* (Prof. Sigusch: Medizinische Experimente am Menschen, Das Beispiel Psychochirurgie, Seite 14).

Diese beiden Beispiele stehen stellvertretend für viele, Operationsziel und Ergebnis stimmen nie überein. *„Heute gibt es keine im weitesten Sinne als ‚seelisch' deklarierte Auffälligkeiten oder Erkrankung, die nicht psychochirurgisch mit Skalpell oder Sonde ausgemerzt werden sollte. Die Dauer der Störung ist als Kriterium immer mehr in den Hintergrund getreten.... Mögliche Opfer sind wir alle. Besonders bedroht aber sind Anstaltsinsassen, Schwachsinnige und Gefangene, Farbige und Homosexuelle, überhaupt Wehrlose, Entrechtete, Arme, Deviante (Abweichende), Opponierende, Angehörige von Minoritäten"* (ebenda, Seite 18/19). Und das ist keine graue Theorie.

Freeman, Psychochirurg aus den USA, *„hat nach eigener Aufrechnung, 1. bei Alten, 2. bei Frauen, 3. bei Farbigen und 4. bei Einfachen und Ungebildeten die besten Resultate. Am erfolgreichsten operierte er daher Negerinnen. Er bekennt frank und frei: Nach der Operation könnten die Menschen nur noch Tätigkeiten ausüben, die sehr wenig von ihnen verlangten. Als Ehe- und Hausfrau kann man immer noch funktionieren"* (S. 19). Menschliche Maschinen – so hätten's sie wohl gern.

Die Dimension, in der diese Gehirnschnippler denken, ist weit gesteckt. Sie wollen *„krankhaft-renitente Kinder zähmen, Alkoholikern von ihrem Laster befreien, Drogensüchtige entwöhnen, Sexualtriebtäter entschärfen, Zwangsneurotiker heilen und Aggressive lammfromm machen, kurzum: psychisch Kranke umpolen.' Man muß hinzufügen: Einige wollen erklärtemaßen aufsässige Gefangene, politisch motivierte Gesetzesbrecher (!) und jene, die politisch Widerstand leisten (!!!), mittels Hirnverletzung in ihrer Persönlichkeit so weit und so lange reduzieren, bis sie Ruhe geben, gebrochen sind, gedankenleer euphorisch, sorglos und bildbar. Sie operieren nicht gegen organpathologische Prozesse, sie operieren gegen gesellschaftliche Verhältnisse an"* (Sigusch, S. 18)! Diese Leute stehen zweifelsfrei in der ungebrochenen Tradition der KZ-Schlächter im weißen Kittel.

In der Öffentlichkeit sind diese Menschenversuche, die ganze Palette der „Anwendungsgebiete" und die verheerenden Folgen bisher wenig bekannt. Und die Boulevardpresse unterschlägt in ihren sensationslüsternden Artikeln über den „Säureattentäter" und ähnliche Fälle diese Aspekte natürlich glatt.

Es mehren sich aber kritische Stimmen gegen die Menschenversuche aus dem Lager der Ärzteschaft, Sexualwissenschaftler und auch Psychotherapeuten sind darunter. Die Auseinandersetzung wird allerdings hinter verschlossenen Türen bzw. in speziellen Fachzeitschriften geführt. Sorgen wir für eine breite Öffentlichkeit!

Schluß mit den Menschenversuchen!

Eine ÖTV-Genossin
KB/Gruppe Hamburg

Endstation Pflegeheim

Wie Menschen, die nicht, noch nicht oder nicht mehr „einsatzfähig" sind, um zu arbeiten und Profit zu bringen, wie Kinder, Behinderte, „psychisch Kranke", oder auch ganz besonders alte Menschen behandelt werden, zeigt ein Report, den Prof. Rest und acht Mitarbeiter vorgelegt haben.

Als angebliche Praktikanten und Studenten untersuchten sie die Zustände in zwei Düsseldorfer Alterspflegeheimen und veröffentlichten jetzt ihre 62tägigen Beobachtungen.



Die alten Menschen, die für den Rest ihres Lebens in ein solches Heim abgeschoben werden, sterben dort, so stellt der Report fest, einen „sozialen Tod" bevor sie wirklich sterben. Gemeint ist damit, daß man sie ihrer Identität beraubt, ihnen ihre Individualität und Persönlichkeit abspricht und ihnen die Möglichkeit, selbstständig zu handeln, verwehrt. So werden die Patienten herablassend geduzt. Die Alten werden nicht wie Menschen, sondern wie ungepflegte Gegenstände behandelt. Im täglichen Einerlei der „Behandlung" bleibt kein Platz für persönliche Neigungen und Bedürfnisse, jeder muß sich der Institution Pflegeheim anpassen. Alles verläuft nach einem genauen Zeitplan, aus dem es kein Ausscheren gibt. Auf gesonderte Wünsche wird abweisend und verletzend reagiert: „Wozu das denn? Das brauchen Sie doch nicht mehr." Gegen eine solche Behandlung sehen viele alte Menschen nur noch den Weg des passiven Widerstands - sie liegen apathisch im Bett, wollen weder etwas sehen noch hören, verweigern das Essen, sind schließlich so geschwächt, daß sie sterben.

In diesen Pflegeheimen stehen nicht die Interessen und Bedürfnisse der Patienten an erster Stelle, sondern das möglischt reibungslose und zügige Erfüllen der anfallenden Arbeit. Diese äußert sich z.B. in akkordmäßiger Fließbandabfertigung, wenn eine Pflegerin zwei Patienten gleichzeitig mit kurzen Befehlen wie: „Runterschlucken!" abfüttert. Aus Zeitersparnis bekommen die Patienten den Topf im Bett untergeschoben, der Weg zur Toilette wäre zu lang. Wurde dabei das Bett beschmutzt, reagieren die Pfleger aufgrund des zusätzlichen Arbeitsanfalls voller Mißfallen und sehr ungeduldig.

Eine gewisse Eigenständigkeit, wie Waschen oder Anziehen wird begrüßt, da es das Personal entlastet. Selbstständigkeit dagegen wird möglichst verhindert. Eine mitteilungsbedürftige alte Frau, die mithilfe eines Stocks gehen konnte, wurde ans Bett gefesselt.

Dieses Verfahren der Pfleger bringt zwangsläufig nur widerstandslose Menschen hervor, die sich in ihr Schicksal ergeben. So sagte eine alte Frau: „Das muß ja eben alles so sein".

Aber auch die Pfleger selbst sind der Repression des bestehenden Systems der Alten„pflege" unterworfen. Prof. Rest beobachtete, wie eine Pflegerin sich entgegen allen Regeln zu einer Patientin aufs Bett setzte, sich mit ihr unterhielt und sie tröstete. Ausgerechnet dieser Pflegerin wurde später wegen „mangelnder Arbeitsmoral" gekündigt (Informationen nach SZ, 13.10.77).

Opfer von „Kunstfehlern" bekommen nicht ihr Recht

Deutschlands ranghöchster Arzt, Prof. Hans Joachim Sewering, Präsident der Bundesärztekammer (siehe AK 105), machte den Opfern ärztlicher Kunstfehler höchstpersönlich Hoffnung:

„Wenn ein Patient zu Recht Schadenersatzansprüche anmeldet, kann ihm durch eine Schlichtungsstelle schneller und besser als zuvor geholfen werden."

Inzwischen gibt es 5 solcher Institutionen: 3 Gutachter- und 2 Schlichtungsstellen. Ziel dieser Stellen ist es, möglichst rasch und eingehend den Sachverhalt aufzuklären und in einem Gutachten einen sachverständigen Vorsschlag zur Behebung der Streitigkeiten festzulegen.

Brigitte K. erlebte es ganz anders. Am 2. Februar 1976 schrieb sie einen Brief an die Ärztekammer, von der sie erklärt haben wollte, ob ihr Frauenarzt und Geburtshelfer Dr.G. verantwortlich für den Hirnschaden ihres damals zehn Monate alten Sohnes Christian sei.

Nach 11 Monaten bekam sie endlich von der Schlichtungsstelle eine Bestätigung: *„Der Arzt berücksichtigte seinerzeit nicht, daß die Mutter bereits eine Kaiserschnitt-Geburt hinter sich hatte und das Kind in komplizierter Querlage war."*

Wer meint, daß Brigitte K. jetzt eine Entschädigung bekam, irrt, denn nun lehnte die Versicherung das Gutachten ab. Daraufhin nahm sie sich einen Anwalt. Inzwischen sind seit dem ersten Brief an die Schlichtungsstelle und heute eineinhalb Jahre vergangen. Frau K. hat die Hoffnung aufgegeben, mit Hilfe der Schlichtungsstelle zu einem Ergebnis zu kommen. Der Anwalt: *„Das ist eine Institution, wo Patienten zum Narren gehalten werden. Man läßt die Leute so lange zappeln, bis sie aufgeben."*



Der Düsseldorfer Walter D. ist nach ärztlicher Behandlung querschnittgelähmt.

Dieses Beispiel ist keine Ausnahme:

Seit der Arzt Dr. S. dem Straßenbahnfahrer die Wirbelsäule unter Narkose einrenkte, ist er querschnittsgelähmt. Die Klagen des Patienten unmittelbar nach der Behandlung, er verspüre ein taubes Gefühl in den Beinen und im Unterleib, wurden nicht ernst genommen. Erst am nächsten Tag, als es bereits zu spät war, wurde er in eine Spezialklinik gebracht.

Da der Mediziner jeden Fehler bestritt, beauftragte die Gutachterkommission den Chef der neurochirurgischen Universitätsklinik, den Fall zu klären. „Nur" ein Jahr später, am 31.12.76 lag das Ergebnis vor. Die Kommission kam zu der Ansicht, daß Dr. S. ein Fehler vorzuwerfen ist. Diesem Urteil konnte sich auch die Versicherung nicht verschließen und erkannte die Haftplicht an - nur zahlen tut sie nicht!!

Walter D. fordert 100.000 DM Schmerzensgeld und 500 DM monatliche Rente. Er ist zu 100% arbeitsunfähig, muß liegen und ständig Schmerzmittel einnehmen.

Die Versicherung will ein 2. Gutachten. Seit 9 Monaten wartet Herr D. nun schon auf einen Untersuchungstermin.

Der Vorsitzende der Gutachterkommission, Dr. Heinrich Behne, meint allerdings: *„Wir überzeugen durch Qualität und wir haben es noch nie erlebt, daß die Versicherungen nicht gezahlt haben, wenn ein Patient durch uns Recht bekommt."* Die Praxis beweist das Gegenteil.

Zuerst wird durch ärztliche „Kunstfehler" das Leben unzähliger Menschen verpfuscht und dann wird ihnen ihr minimalstes Recht auf Entschädigung verwehrt.

Auf ein solches Gesundheitssystem können wir verzichten!! (Angaben nach „Stern" 44, 20.10. 77).

Behindertenkommission

Urteile im Tübinger Hoffmann-Prozeß: Kein Skandal — sondern leider normal!

Am 18.10.77 verkündete das Amtsgericht Tübingen die Urteile im Prozeß gegen die faschistischen Schläger der Hoffmann-Bande und des HTS (Hochschulring Tübinger Studenten), die am 6.12.76 mit Schlag- und Mordwaffen demonstrierend Antifaschisten und Passanten überfallen hatten.

Der Anführer der faschistischen „Wehrsportgruppe Hoffmann", Karl Heinz Hoffmann, wurde zu zehn Monaten auf Bewährung zuzüglich 2.000 DM „Bewährungsauflage" verurteilt. Der HTS-Vortsitzende Heinzmann erhielt eine Geldstrafe von 900 DM; zwei Jungendliche Mitglieder der Hoffmann-Bande erhielten die Auflage, 80 bzw. 100 Stunden beim Roten Kreuz zu arbeiten und wurden ansonsten lediglich „verwarnt".

Die übrigen 9 angeklagten Neofaschisten wurden freigesprochen, angeblich ist ihnen eine direkte Tatbeteiligung nicht nachzuweisen. Unter diesen befindet sich u.a. das NPD-Mitglied und Lehrer im Staatsdienst, Dieterle; bei Dieterle wurde nach der Prügelorgie eine Aktentasche sichergestellt, die die – zum Teil unter das Waffengesetz fallenden – Schlagwaffen enthielt. Das Gericht nahm Dieterle die Version ab, er habe die Tasche einfach in die Hand gedrückt bekommen und er sei eigentlich aus rein schulischem Fortbildungsinteresse zu der angekündigten Veranstaltung des HTS nach Tübingen gekommen. Angesichts der Tatsache, daß Dieterle „Gauführer Schwaben" der Wiking-Jugend ist, darf man an dieser Version wohl zweifeln; bildet doch die „Wiking-Jugend" gezielt derartige faschistische Prügeltrupps aus, wie sie am 6.12.76 in Erscheinung getreten sind.

Antifaschisten werden verurteilt

Es sind nicht allein diese äußerst „milden" Urteile und die Freisprüche, die in diesem Prozeß erneut belegen, woher auch im Gerichtssaal der Wind weht. Gleichzeitig mit den 12 Faschisten waren 3 Antifaschisten angeklagt, die als „lebende Mauer" den Zugang zu dem vorgesehenen und zu diesem Zeitpunkt den Faschisten gekündigten (!) Veranstaltungsraum versperrt haben sollen. Einer von ihnen wurde wegen „Nötigung" zu 6 Monaten mit Bewährung und 600 DM Bewährungsauflage verurteilt! Die beiden anderen wurden freigesprochen.

Es steht zu befürchten, daß auch noch Prozesse gegen weitere Antifaschisten angesetzt werden: Noch im Gerichtssaal konnte Hoffmann unter den Zuschauern weitere Personen der „Nötigung" beschuldigen, deren Personalien vom Gericht bereitwilligst festgestellt wurden.

Wenn das nicht Begünstigung ist ...

Angesichts der bisherigen Provokationen der angeklagten Faschisten stellen diese Urteile eine kaum mehr verhüllte Begünstigung dar: Der HTS-Vorsitzende Heinzmann war in diesem Jahr schon einmal verurteilt worden: Im Herbst '76 hatte er einen Antifaschisten krankenhausreif geschlagen, der ein AVP-Plakat, das Heinzmann „wild" geklebt hatte, ab-

Antifaschisten krankenhausreif geschlagen, der ein AVP-Plakat, das Heinzmann „wild" geklebt hatte, ab-

riß. In erster Instanz wurde Heinzmann zu 900 DM verurteilt, in der Berufung dann wurde das Urteil erheblich verringert und gleichzeitig der zusammengeschlagene Antifaschist wegen „Nötigung" verurteilt.

Angesichts des jetzigen Urteils gegen Heinzmann muß davon ausgegangen werden, daß dessen einschlägige Vorstrafe vom Amtsgericht Tübingen, das selbst damals das erste Urteil fällte, schlicht „vergessen" wurde.

Noch deutlicher allerdings ist die Begünstigung, die Hoffmann und seine „Wehrsportgruppe" seit Jahren genießt.

Wenn Hoffmann nicht gerade vor Gericht den völlig „unpolitischen" Charakter seiner „Wehrsportgruppe" beschwört, hört man in aller Öffentlichkeit von ihm ganz andere Töne, z.B.: *„Dieser ganze uferloze Parlamentarismus muß weg" – „Da sind erstmal alle Soldaten, die besseren werden Gefreite, die noch besseren werden Unteroffiziere, die allerbesten werden Generale. Schauen Sie, wir müssen die Leute dauernd prüfen und immer die besten aussieben. Die kommen dann in die Regierung."* - *„Österreich heim ins Reich, ebenso die geraubten Ostgebiete, vorher natürlich die Wiedervereinigung mit der Zone." „Es wäre doch ganz einfach töricht zu leugnen, daß Adolf Hitler genial war und daß er zweifellos sehr viele Dinge hier gemacht hat, wo wir heute wieder langsam drauf kommen, sie wieder zu tun"* („Stern", 24.2.74).

Seit mindestens 21 Jahren (!) ist Hoffmann als Schläger, „Waffensammler" und faschistischer Einpeitscher aktenkundig:

1953 verläßt Hoffmann die DDR und zieht nach Nürnberg/Bayern;
1956 beschlagnahmet die Polizei bei Hoffmann diverse Schußwaffen. Er selbst kommt mit einer Verwarnung davon;
1963 wird Hoffmann in der Türkei als Waffenschmuggler festgenommen;
1968 wird von Hoffmann das erste Faschistentreffen organisiert.

Die „Nürnberger Zeitung" schilderte dieses Treffen so: *„Am Eingang hatten sich Soldaten mit geschulterten Gewehren postiert ...Jedem Besucher wurde ein blauer Stempel auf den Handrücken gedrückt ... Sie kamen in Militär- und SS-Uniformen, gestiefelt, mit Stahlhelm auf dem Kopf und Gasmasken im Gesicht ... Mädchen kamen in BDM-Kluften ... mit Halstüchern und Hakenkreuzen"*. Die Polizei stellte die Namen von 24 Hakenkreuzträgern fest, als diese grölend auf die Straße gezogen waren.

1970: Trotz dieser eindeutigen Vergangenheit bekommt Hoffmann von der Stadt Nürnberg für 25 Jahre ein Schloß vermietet, das dann zum Stützpunkt der „Wehrsportgruppe" ausgebaut wurde (Angaben nach „Stern", 24.2.74).

1973 erhält Hoffmann vom Amt für öffentliche Ordnung in Nürnberg trotz seiner einschlägigen Vergangenheit Waffenbesitzerkarten für vier Kurz- und 14 Langfeuerwaffen („NN", 14.3.74).

Spätestens seit 1974 hat Hoffmann – zumindest zu dieser Zeit Mitglied des „Stahlhelm" – die sogenannte „Wehrsportgruppe" aufgebaut.

Am 26.4.74 versuchte Hoffmann mit einer 15 Mann starken Gruppe eine DKP-Veranstaltung zu sprengen. Sein Einsatzwagen trug damals schon das Emblem der SS, den Totenkopf.

Ebenfalls 1974 leistete Hoffmann Ordnerdienste für die NPD. Im gleichen Jahr wurde ihm zwar die Waffenbesitzkarte wieder entzogen, was ihn aber nicht daran hinderte, weiter paramilitärische Übungen abzuhalten (VS-Bericht 74) und selbst nach wie vor bewaffnet zu sein (Hoffmann auf einer Veranstaltung mit Christophersen und Huscher - Denk-Mit-Verlag – am 29.10.76).

Hoffmann ist alles andere als ein „Einzelgänger", als der er nicht zuletzt im VS-Bericht dargestellt wird. Er hat Kontakte zum „Stahlhelm", zur Wiking-Jugend, zur Kampfgruppe Priem und zur NPD, deren Vorsitzender Mußgnug ihm auch im Tübinger Prozeß verteidigte.

Die Hoffmann-Bande ist die heute am besten organisierte faschistische Schlägertruppe in der BRD und nimmt im Sumpf der Nazi-Gruppen eine herausragende Stellung ein.

Trotz alledem ist Hoffmann vor dem Tübinger Urteil nur ein einziges Mal bestraft worden: Zu 8000 Mark wegen verbotenem Uniformtragen. Diese Strafe wurde prompt von Frey („Nationalzeitung") als „Akt der nationalen Solidarität" („NZ", 26.8.77) beglichen, nachdem ein Urteil gegen Frey (30.000 Mark Strafe) gerade in zweiter Instanz aufgehoben worden war. Gewinn für die Nazis bei diesen Justiz-Manövern: 22.000 Mark!

Den Vogel bei der Begünstigung dieser Neonazi-Bande schoß aber in diesem Jahr das (für Hoffmann zuständige) bayerische Innenministerium ab: In seiner Antwort auf eine Anfrage im Landtag kommt der bayerische Innenminister zu dem Schluß: **„...es gebe bisher keine Beweise, daß der von Hoffmann betriebene ‚Wehrsport' eine Übung für den späteren Kampf gegen die bestehende freiheitlich-demokratische Grundordnung darstellt" (PDI-Hintergrunddienst", 15.6.77).**

Wie gesagt, dies antwortet ein Innenminister, in dessen eigenem VS-Bericht spätestens seit 1974 die Hoffmann-Bande aufgeführt wird, zu einem Zeitpunkt, als der Tübinger Aufmarsch schon berichtskundig war. Es kommt aber noch dicker: Während Hoffmann offiziell „reingewaschen" wird, wird indirekt der SPD-Abgeordnete des „Linksradikalismus" verdächtigt. Dieser hatte sich bei seiner Anfrage auf ein Extrablatt der antifaschistischen Zeitung „Die Tat" gestützt. DIESER Tatsache mißt der Innenminister in seiner Antwort große Bedeutung bei: Dies *„ist das Sprachrohr der ‚Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschisten" (VVN – BdA). Die Vereinigung ist von der DKP beeinflußt und wird im Verfassungsschutzbericht des Bundes und des Freistaates Bayern unter die linksextremen Organisationen eingereiht".*

Hoffmann und Heinzmann in den Knast! Verbot der „Wehrsportgruppe Hoffmann" und aller faschistischen Banden! Aufhebung des Gesinnungsurteils gegen Antifaschisten! (Zum Prozeßverlauf und zur Hoffmann-Bande siehe AK 111 bis 115; Prozeßberichte sind erhältlich beim Antifaschismus-Komitee Tübingen, c/o AStA, Wilhelmstraße, 7400 Tübingen).

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



4. Sonstige rechtsextremistische Aktivitäten

4.1 Die **„Wehrsportgruppe HOFFMANN"** (WSG) in Heroldsberg setzte die paramilitärischen „Felddienstübungen" mit einigen Dutzend Aktivisten fort. Auf Einladung des Graphikers Karl-Heinz HOFFMANN, des Führers der WSG, nahmen an den „Manövern" wiederholt in- und ausländische Reporter von Presse und Fernsehen teil, die oft stark übertrieben über die Tätigkeit der WSG berichteten. HOFFMANN erhofft sich finanzielle Unterstützung seiner WSG von dem auf seine Initiative gegründeten „Freundeskreis zur Förderung der Wehrsportgruppe HOFFMANN". Das Landgericht Nürnberg verurteilte HOFFMANN am 22. Juli zu DM 8.000,— Geldstrafe wegen Versioßes gegen das Uniformverbot. Ungeachtet des inzwischen rechtskräftigen Urteils setzte er seine paramilitärische Ausbildung in z. T. einheitlichen Kampfanzügen fort. Am 4. Dezember gingen WSG-Angehörige in Tübingen mit gefährlichen Schlagwerkzeugen gegen Demonstranten vor, die gegen eine Veranstaltung des „Hochschulringes Tübinger Studenten" (HTS) protestierten, auf der HOFFMANN sprechen sollte. Bei den Auseinandersetzungen wurden zehn Gegendemonstranten verletzt.

aus: Verfassungsschutzbericht 1976

aus: Verfassungsschutzbericht 1976



Aus: Verfassungsschutzbericht 1976

Mein Name ist Oberstaatsanwalt, ich weiß von gar nichts ...

Im April veröffentlichte der Hamburger Faschist Michael Borchardt („Faschistische Front") in seinem „Aufmarsch" einen „Buback-Nachruf" mit dem Titel: „Buback ist tot – Na und?". In diesem Text hieß es u.a.:

„Buback war ein führender Vertreter dieses ‚BRD'-Regimes, das uns Faschisten und allen anständigen Deutschen zutiefst verhaßt ist. Daher erfüllt uns sein plötzliches Ableben nicht mit Trauer".

Die Westberliner Zeitung „Zitty" dokumentierte diesen Text Anfang Oktober und stellte die Frage, was die Staatsanwaltschaft dagegen unternommen habe.

Diese Frage wurde zwar nicht von der Staatsanwaltschaft, wohl aber vom Westberliner „Tagesspiegel" aufgegriffen. Dieser wandte sich an den zuständigen Hamburger Oberstaatsanwalt und bat um Aufklärung. Die Reaktion auf diese Anfrage war verblüffend: *„Der zuständige Oberstaatsanwalt erklärte uns, eine Zeitschrift ‚Der Aufmarsch' kenne man bei der Hamburger Behörde nicht. Indessen sei ein Mann Namens Michael Borchardt in Hamburg einschlägig aus rechtsextremistischer Tätigkeit bekannt, jedoch nicht im Zusammenhang mit diesem ‚Nachruf' auf den im April ermordeten Generalbundesanwalt. Diesen Nachruf habe man jedoch vor etwa 5 Wochen bei Hausdurchsuchungen auf einem anderen rechtsextremen Pamphlet ‚Wille und Weg' vorgefunden. Daraufhin sei ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden"* (‚TS', 16.10.). Nur schad, daß der „Wille und Weg" anonym verschickt wird und daher das „Ermittlungsverfahren" schon fast im Sande verlaufen war, bevor der Herr Oberstaatsanwalt mit der Nase auf Borchardt als eigentlichen Urheber des Textes gestoßen werden mußte.

Nun ist der Oberstaatsanwaltschaft und der politischen Polizei samt Verfassungsschutz sicher viel Blindheit zuzutrauen – sofern es um Rechtsradikale geht. Diese Blindheit veranlaßte z.B. den Vorstand der GEW Hamburg, in einer Huldigungsbroschüre an den KB u.a. zu rühmen: **„Die Berichte der Antifa-Kommission sind wenigstens z.T. informativer als die – stets verspäteten – Berichte der Verfassungsschutzämter".**

Allerdings glauben wir nicht, daß VS und politische Polizei auch nur annähernd so unwissend und tölpelhaft sind, wie sie sich zuweilen ganz gern präsentieren. Was speziell Borchardt angeht, so liegt beim VS über ihn zweifellos eine dickere Personalakte vor, die natürlich auch den Hinweis enthält, daß er als Herausgeber des „Aufmarsch" verantwortlich zeichnet, daß er sich als Chef der „Faschistischen Front" bezeichnet usw.

Darüber hinaus ist Borchardt aber auch direkt bei der Oberstaatsanwaltschaft Hamburg als Herausgeber des „Aufmarsch" mehrfach aktenkundlich geworden:

– Am 12.10.76 lehnte die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Hamburg eine Anzeige gegen Borchardt und den „Aufmarsch" (2/76) mangels Tatverdacht ab. Die Anzeige bezog sich auf den Tatbestand der Verwendung nazistischer Symbole und Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen (§§86, 86a StGB) (siehe AK 92).
– Wie uns bekannt wurde, hat am 12.8.77 dieselbe Staatsanwaltschaft eine Anzeige gegen Borchardt und den „Aufmarsch" 9/76 „mangels Vorliegen einer strafbaren Handlung" eingestellt. Gegen andere Ausgaben des „Aufmarsch" (10/76 und 1/77) wurde Strafbefehl beantragt.
– Im „Aufmarsch" 4/77, der den „Nachruf" auf Buback enthält, dokumentiert Borchardt selbst einen Strafbefehl über 2.700 Mark. Diesem Strafbefehl zugrunde lag eben die Ausgabe 9/76, angesichts der der Staatsanwalt Klein noch am 12.8.77 (zu diesem Zeitpunkt hatte B. den Strafbefehl schon längst erhalten und selbst publiziert) angeblich keinen Straftatbestand entdecken konnte!

Die Behauptung, bei der Oberstaatsanwaltschaft sei der „Aufmarsch" nicht bekannt, ist also eine groteske Lüge, mit der bemäntelt werden soll, warum der „Buback-Aufruf" des Faschisten Borchardt „übersehen" wurde, während nach links eine Riesenkampagne um „Buback-Nachrufe" geführt worden ist und weiterhin geführt wird.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Die Neonazis und ihre Anwälte

Es sind immer wieder dieselben „Rechts"-Anwälte, die in herausragenden Prozessen gegen Faschisten als Verteidiger vor Gericht erscheinen und die die antisemitischen und nazistischen Tiraden der angeklagten Faschisten oft genug selbst noch unterstützen, ohne daß sie u.W. je dafür zur Rechenschaft gezogen worden wären.

Ganz offen spricht z.B. die Hamburger NPD von „unseren Anwälten", die die am 23.7.77 in Hamburg-Mundsburg nach einer Schlägerei festgenommenen „Hansa"-Bandenmitglieder aus dem Polizeigewahrsam geholt hätten („Hamburger Nachrichten", September 77). Einige dieser Nazi-Anwälte wollen wir hier vorstellen.

Dr. Fritz von Randow

Rechtsanwalt in Hamburg, Mitglied im „Freiheitlichen Rat" und der „DVU" des Nazis Frey. Er war im November 1976 der Verteidiger von Wegener, einem insbesondere wegen dem Diebstahl von acht Maschinenpistolen zu 39 Monaten Knast verurteilten Mitglied der Nazi-Bande um Neumann (siehe „NSDAP"-Artikel in diesem AK).

Jürgen Rieger

1969, damals Stud. jur., verfaßte Rieger eine Schrift: „Rasse – ein Problem für uns?", worin er den NS-Rassismus unverhüllt fortführt (z.B. „Es ist unbestreitbar, daß einige Rassen mehr zum Verbrechen neigen als andere...").

1970, beim Treffen Brandt-Stoph in Kassel, riß Rieger gemeinschaftlich mit anderen eine DDR-Fahne herunter. Im April 1971 täuschte Rieger gemeinsam mit PLÖCKINGER und Berthold RUBIN (Mitglieder des „Freiheitlichen Rates" und führendes Mitglied rechtsradikaler Hochschulkreise) Rubins Entführung vor. Ziel der Aktion war es, das Klima in der Landtagswahl von Schleswig-Holstein durch diese Provokation, die der „RAF" untergeschoben werden sollte, zugunsten der Reaktion zu beeinflussen. Im November 1973 wurde Rieger dafür zu vier Monaten („mit Bewährung") verurteilt (VS-Bericht 1973).

1970 bis 1972 zeichnete Rieger für diverse Flugblätter verantwortlich, u.a.

- „National-Freiheitliche Jugend", die auch mit dem Aufdruck „NHB-Hamburg" verteilt wurden.
- Im März 1970: „Wollen Sie, daß Hamburg slawisch wird?".
- Er war Presseverantwortlicher der AKON.
- 70/71: Rieger tritt als Pressesprecher des „Freundeskreises der CSU" in Hamburg auf.

(Quelle: „Der geplante Putsch" sowie Originalflugblätter).



Seit 1972 war Rieger regelmäßig Referent auf Schulungen und Seminaren des „Arbeitskreis Schülerfragen" sowie der Göttinger Runde, einer „Kaderschule" des Faschisten H.M. Fiedler. In dessen Zeitschrift „missus" erschien nicht nur eine begeisterte Rezension von Riegers „Rasse"-Buch, sondern auch eine Anleitung Riegers für faschistische Prügeleinsätze: „... *Tränengassprühdosen gegen linke Angriffe. Lederhandschuhe, da sie die Wirkung von Faustschlägen merklich erhöhen*" („missus", Nr. 31).

Im September 1975 hielt Rieger auf der Jahrestagung der „Gesellschaft für biologische Anthropologie und Eugenik" (gibt die Rassenzeitung „Neue Anthropologie" heraus) als 1. Vorsitzender des Vereins das Referat: „Neue Entwicklung in der Rasseforschung". Darin „bewies" er u.a. den Zusammenhang zwischen rassebedingten Schädelformen und Charaktereigenschaften wie Mut oder Feigheit („FR", 20.9.76)!

Mitte 1976 trat Rieger als stellvertretender Vorsitzender der „Aktionsgemeinschaft Vierte Partei" auf. Die AVP trennte sich von ihm, als die Sache bekannt wurde (AVP-Mitteilungen Juni 1976).

Im April 1977 tat sich Rieger bei Prügeleien gegen Antifaschisten während der „16.Göttinger Runde" hervor. Als Verteidiger seiner nazistischen Gesinnungsgenossen macht Rieger heute – bislang ungeahndet – selbst den Gerichtssaal zur Propagandabühne des Faschismus: Als Anwalt der Müller-Bande (NSKG Mainz) sprach Rieger am 11.1.77 von „*Südländern, die mit dem Messer ja ziemlich schnell bei der Hand seien*" („FAZ", 13.1.77).

Als Anwalt von Thies CHRISTOPHERSEN bestritt Rieger zusammen mit diesem die Ermordung von sechs Millionen Juden (AK 108, 11.7.77).

Anfang Oktober 1977 schließlich trat Rieger zum dritten Mal im Zusammenhang mit „NSDAP"-Umtrieben in Erscheinung: Er war Verteidiger zweier JN-Funktionäre, die f r e i g e s p r o c h e n wurden, obwohl bei ihnen haufenweise „NSDAP"-Material gefunden worden war. Das Gericht nahm ihnen und ihrem Anwalt die Geschichte ab, derzufolge das ganze vom „Großen Unbekannten" eingefädelt worden sei, um der JN eins auszuwischen („NDR", 5.10., „Umschau am Abend").

Ein besonders dreistes Stück leistete sich Rieger am 13.7.77: Er beantragte bei der Rechtsanwaltskammer Düsseldorf ein Ehrengerichtsverfahren gegen Rechtsanwalt J. Geiger, weil dieser als Anwalt der Antifaschisten und Nazi-Verfolgten im Majdanek-Prozeß angeblich Gerichtsakten vor Prozeßbeginn veröffentlicht hätte!

Majdanek-Prozeß: Tummelplatz der Nazi-Anwälte!

Mit diesem „Antrag" reiht sich Rieger ein in eine ganze Reihe rechtsradikaler Anwälte, die gerade im Majdanek-Prozeß in ungeheuerlicher Weise provozierend auftraten.

So stellte der Anwalt Bock in diesem Prozeß den Antrag, eine Zeugin wegen des „Verdachts der Beihilfe zum Mord" (!!) festzunehmen. Das Gericht wies diesen Antrag als „offensichtlich rechtsmißbräuchlich" ab. Bock trug an verschiedenen Tagen des Prozesses zudem ein NS-Koppel unter seiner Robe und las demonstrativ die „Nationalzeitung".

Ein weiterer Anwalt in diesem Prozeß ist der Kölner Alt-Nazi Hans Murdorf. Er stellte die provokative Frage, „*woran man denn eigentlich erkenne, ob in einem Krematorium Menschen oder Tiere verbrannt werden*" („DVZ", 6.1.77). Zu diesen gesellt sich außerdem noch Dr. Hermann Stolting aus Frankfurt, ehemaliger Staatsanwalt am NS-Sondergericht in Blomberg („DVZ", 5.5.77).

Alle drei stellten dann auch gegen den Gutachter einen Befangenheitsantrag mit der Begründung, er habe einen jüdischen Doktorvater gehabt, beruflichen und privaten Umgang mit Juden gepflegt, er sei viel zu jung, und zudem von der „alliierten Siegerpropaganda" beeinflußt!

Dieser Befangenheitsantrag wurde vom Gericht mit der denkwürdigen Begründung zurückgewiesen, diese Dinge entsprächen nicht der Wahrheit! Kein Wort zu dem offensichtlichen Rassismus, der aus diesem Antrag spricht und der allein schon Grund wäre, diese „Rechts"-Anwälte wegen Volksverhetzung anzuklagen!

Die Spitze des Eisberges

Mit zu dem Kreis dieser neofaschistischen Anwälte gehören auch der NPD-Vorsitzende M u ß g n u g sowie Peter S t ö c k i c h t. Beide gehören zu den Mitgründern des „Bund Nationaler Studenten" am 17.6.1956 („Revolution von rechts"), der zumindest in Westberlin und Hamburg in den Jahren 1959/1960 verboten war. Mußgnug war kürzlich Verteidiger eines der angeklagten Faschisten im Tübinger „Hoffmann-Prozeß".

Stöckicht trat am 11.1.1976 zusammen mit Rieger im Prozeß gegen die Mainzer Müller-Bande als Verteidiger auf. Er war auch Anwalt von Roeder im Darmstädter Prozeß wegen der von Roeder herausgegebenen „Auschwitzlüge". (Roeder wurde damals freigesprochen mit der denkwürdigen Begründung, sein Vorwort zur „Auschwitz-Broschüre" sei so offensichtlicher Schwachsinn, daß keiner daran glauben könne...).

Auch Stöckicht ist mehr als nur Anwalt: So trat er am 8.11.1975 als Redner auf einer Kundgebung der nazistischen „Kampfgruppe Priem" in Erscheinung („thing", Jan. 1976).

Wir fordern alle Leser auf, zur weiteren Enthüllung und Dokumentation der nazistischen „Rechts"-anwalts-Riege weiteres Material zur Verfügung zu stellen.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Antifa-Kurzmeldungen

Hamburg. Neben zwei anderen gewerkschaftlichen Gremien (vgl. AK 115, S.33) hat inzwischen auch der GEW-Landesvorstand beschlossen, gegen den berüchtigten Fest-Film „Hitler, eine Karriere" vorzugehen. Am 4.10. wurde beschlossen, sich beim Schulsenator gegen die Aufnahme des Films ins Angebot der Landesbildstelle für Lehrer einzusetzen. Alle antifaschistischen Kollegen sind aufgefordert, am Ball zu bleiben und für die Durchsetzung dieses Beschlusses zu sorgen.

* * *

München. In der Nacht zum 12.10. beschmierten „unbekannte Täter" auf dem Parkplatz der Bundeswehr-Hochschule das Auto eines Offiziersstudenten mit Hakenkreuzen und Judensternen. Ein Sprecher der Hochschule wollte keinerlei Zusammenhänge zu den vorherigen Ausschreitungen („Judenverbrennung") erkennen. Diesmal sollen es „persönliche Streitereien" unter den Offiziersschülern gewesen sein (UZ, 15.10.77).

* * *

München. In einer parlamentarischen Anfrage an die bayerische CSU-Regierung rügte der Landtagsabgeordnete Ambros Neuberger (SPD), daß „*die symbolische Judenverbrennung in der Bundeswehrhochschule, der Vertrieb von Hitler-Gedenkmünzen und der Parsberger Ehrenbürger Hierl – ehemals NS-Reichsarbeitsdienstführer – von staatlicher Seite in Bayern äußerst desinteressiert zur Kenntnis genommen worden*" seien. Er verlangte eine genaue Aufstellung über neonazistische Gruppen und Vereinigungen in Bayern, die von ihnen herausgegebenen Publikationsorgane, und fragte, in wieviel Fällen in den letzten beiden Jahren „*Anzeigen wegen neonazistischer Betätigung erstattet wurden und welchen Ausgang diese Verfahren hatten*" (UZ, 15.10.77).

* * *

Unter dem Motto „Wehrt dem Terror" vertreibt die „Aktion Verantwortung e.V." in Köln Aufrufe für ein „Volksverlangen für Sicherheit in Deutschland", das in der Forderung nach Wiedereinführung der Todesstrafe gipfelt. Drahtzieher ist der Verleger Dr. Lothar Lohrisch, der die „Wehrpolitischen Informationen" herausgibt; wohnhaft in der Spichernstr. 34a. Außerdem unterhält er die „Weiße Hilfe", die einsitzende NS- und Kriegsverbrecher betreut. (nach ED v. 21.10.77).

* * *

Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Berlins, Heinz Galinski, prangert „das Überhandnehmen von Anzeigen, die direkt oder indirekt das NS-Regime und seine Machthaber verherrlichen" in „seriösen Zeitungen und Illustrierten" an. Beispielsweise wirbt in Axel Springers „Welt am Sonntag" die Münchner Gesellschaft für Münzedition für Münzen und Widmungen für die Kesselschlacht von Kiew, Eroberung der Krim, Oberst Rudel, Großadmiral Dönitz, Nazi-Waffen usw.

Dabei spielen die Behörden der BRD mal wieder eine „rühmliche" Rolle: „Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften hat nach Mitteilung der jüdischen Gemeinde eine Indizierung abgelehnt, weil dadurch nur die Werbewirksamkeit(!) erhöht werde."

* * *

Am 26.10. fand in Hannover erstmals eine Polizeiaktion gegen Angehörige der „NSDAP/AO" statt, bei der 8 Wohnungen und ein Geschäft durchsucht wurden. Sichergestellt hat die Polizei Flugblätter, Aufkleber und Plakate der „NSDAP/AO", sowie Akten der Faschisten (HAZ, 27.10.). „*Bei den Verdächtigen handelt es sich vorwiegend um Schüler im Alter von 16 – 23 Jahren*" (ebenda). Sie stehen ebenfalls im Verdacht, die seit April dieses Jahres laufend auftauchenden Hakenkreuzschmierereien und Plakatierungen durchgeführt zu haben.

Obwohl schon lange bekannt ist, daß Jungfaschisten uniformiert an den Schulen herumlaufen, daß auf das „Arbeiterbuch" im vergangenen Jahr ein Brandanschlag verübt wurde und ein Genosse von einem Faschisten mit einer Gaspistole bedroht wurde (wobei nicht der Faschist, sondern der Genosse festgenommen wurde), mußten die Faschisten erst das DGB-Haus mit NS-Aufklebern bepflastern, bevor die Polizei in Aktion trat.

Der Verdacht liegt nahe, daß die Hannoveraner Nazi-Bande in enger Verbindung mit der Hamburger „Hansa"-Bande steht.

* * *

Die Hann.-Mündener Jungfaschisten, die – größtenteils in einer der örtlichen Pfadfindergruppen organisiert – schon durch Störung einer VVN-Veranstaltung, Bedrohen von Flugblattverteilern mit Waffen, Verprügeln von AKW-Gegnern, Einladung von Nazi-Hoffmann usw. von sich reden gemacht hatten, treiben weiter ihr Unwesen. Am 22.10. trafen sich ca. 15 von ihnen – die meisten nicht älter als 15 Jahre alt – ausgerüstet mit Klappspaten, Koppeln, Mützen mit Nazi-Emblemen und Tarnjacken in einem Wald bei Hann.-Münden, um mal wieder ihre Geländeübungen durchzuführen. Diesmal machten ihnen jedoch einige Antifaschisten einen Strich durch die Rechnung. Sie folgten den Jungnazis, stellten sie, nahmen ihnen die Ausrüstung ab und jagten sie auseinander. Wenn das ganze auch diesmal noch relativ unkoordiniert ablief und kleine „Pannen" passierten (so wurden die Sachen wieder zurückgegeben), so ist diese Aktion dennoch, neben dem Versuch, eine breite Antifaschistische Aktionseinheit aufzubauen, ein weiterer Erfolg für die Mündener Antifaschisten.

MLD-Provokateure in rechter Gesellschaft

Über den VDP (Verband Deutscher Pfadfinder) hat die kürzlich aus dem „Bund Deutscher Pfadfinder" (BDP) geflogene rechtsradikale Provokateurstruppe „MLD" („Marxisten-Leninisten Deutschland") neue Kontakte geknüpft. Der „Verband der freien Jugendpresse Deutschlands" (rechte Abspaltung der Deutschen Jugendpresse) hat auf seiner Jahrestagung am 16.10.77 in Stuttgart eine engere Zusammenarbeit mit diesen Vögeln beschlossen. Weiter schossen die beiden Verbände noch gegen Linke, indem sie „vor der Gefahr warnten", daß alle Jugendverbände „unterwandert" oder gespalten werden könnten (nach „FAZ", 17.10.77).

Antifa-Kommission KB/Gruppe Frankfurt

Es gibt keine Hitler-Welle!

Nachdem es in der BRD schon keine Berufsverbote gibt (laut Willy Brandt) kann jetzt auch festgestellt werden, daß es hierzulande keine Hitler-Welle gibt. Was es gibt, ist lediglich ein – gewiß zu begrüßendes! – gesteigertes Interesse an einer sachlichen und vorurteilsfreien Auseinandersetzung mit diesem Abschnitt deutscher Vergangenheit auf wissenschaftlich-dokumentarischer Basis. Ganz in diesem Sinn ist auch das Anschreiben des in dieser Materie sehr engagierten Jahr-Verlags zu verstehen, das wir nebenstehend dokumentieren. Und für Leute, die keine Ironie verstehen: Das ist nackte und wiederwärtig kommerziell genutzte Nazi-Propaganda! Zum Kotzen!

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Jahr-Verlag Burchardstraße 14 2000 Hamburg 1



7. Oktober 1977

Sehr geehrter Geschäftsfreund,

die Sensation ist perfekt. Nach langjähriger Detailarbeit hat Hitler-Forscher Werner Maser bewiesen:

Adolf Hitler hat einen Sohn, der lebt und sich stolz zu seinem Vater bekennt.

Am 9. Oktober beginnt diese größte Enthüllungs-Story der Zeitgeschichte in der WELT AM SONNTAG. Kurz darauf ist eine Fernsehdiskussion zwischen Joachim C. Fest (sein Hitler-Film verzeichnet schon mehr als eine Million Besucher) und Werner Maser geplant, die die Thematik "Hitler" zusätzlich aktualisiert.

Es ist daher mit Sicherheit anzunehmen, daß eine erneute starke Nachfrage nach dem Sonderheft ADOLF HITLER einsetzen wird. Wir wären Ihnen deshalb außerordentlich dankbar, wenn Sie dem Sonderheft ADOLF HITLER wieder einen bevorzugten Platz im Angebot einräumen würden.

Ihr Grossist ist jederzeit in der Lage, Ihnen entsprechende zusätzliche Exemplare zur Verfügung zu stellen.

Vielen Dank für Ihre Verkaufsunterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

Jahr-Verlag KG

Kampf den Terroristen der NPD! (2. Teil)

Im AK 115 haben wir am Beispiel der Hamburger Jung-Nazi-Gruppe „Freizeitverein Hansa" nachgewiesen, daß es sich dabei nicht nur um eine lokale Gruppe der „NSDAP" handelt, sondern gleichzeitig um einen Stoßtrupp der NPD, bestehend aus Mitgliedern der NPD und ihrer Jugendorganisation JN. Die „Hansa"-Bande ist dabei kein Einzelfall. Der Zusammenhang zwischen der NPD und „NSDAP"- Banden läßt sich an verschiedenen Beispielen nachweisen.

Die „NSDAP/AO"

Wesentlichen Anteil an den antisemitischen und nazistischen Schmierereien der letzten Jahre hat die „NSDAP" bzw. „NSDAP/AO" („Auslandsorganisation"), die unter der Leitung des US-Amerikaners Gary Rex Lauck (Lincoln/Nebraska) operiert.

Lauck's Ziel ist es, von außen her den Aufbau einer „NSDAP" in der BRD zu unterstützen. Seit Anfang 1973 verschickt er seinen „NS-Kampfruf, Kampfschrift der NSDAP/AO" und anderes Propagandamaterial in die BRD.

Ende 1974 sprach Lauck auf einer Reihe von Veranstaltungen in der BRD unter dem Motto „Warum wir Amerikaner Hitler verehren", u.a. in Siegburg, Bamberg, Ulm, Kirchheim/Teck, Frankfurt, München, Cuxhaven und Hamburg. Erst in Hamburg, wo Lauck u.a. zusammen mit Christophersen auftrat, stieß diese Vortragsreise auf Protest; es war offensichtlich erst dieser Protest, der die Behörden zum Eingreifen veranlaßte'

„Vorfälle auf einer Veranstaltung Christophersens mit Lauck am 10.11.74 in Hamburg nahm der Innensenator der Hansestadt zum Anlaß für eine Ausweisungsverfügung" (VS-Bericht 1974).

Angeblich besteht die „NSDAP/AO" aus mehreren Hundert Aktivisten, die in kleinen konspirativen Gruppen arbeiten („tat", 26.4.75). Bekanntgeworden sind einige Verbindungspersonen und -orte: So in Braunschweig (ein Paul Otte), Westberlin, Dorsten, Hannover (VS-Bericht 76), München, Frankfurt und Hamburg.

München

Hier wurden am 18.4.75 der Schüler Peter Altmann und ein US-amerikanischer Student, Marc Edward Weber, beim Kleben von Plakaten der „NSDAP/AO" festgenommen. Sie bezeichneten sich selbst als Mitglieder der „NSDAP/AO". Am 23.6.75 wur-

„NSDAP/AO" festgenommen. Sie bezeichneten sich selbst als Mitglieder der „NSDAP/AO". Am 23.6.75 wur-

den sie vom Strafgericht München zu je neun Monaten Gefängnis (bzw. Jugendstrafe) mit Bewährung verurteilt. In der Begründung des Urteils wird ausgeführt:

„Zwar besteht keine unmittelbare Gefahr eines Wiederauflebens der NSDAP, aber man muß extremistischen Bestrebungen, wo immer sie aufkommen, rechtzeitig entgegentreten"; strafmildernd falle bei den beiden „geistige Unreife" ins Gewicht. *„Die Angeklagten haben die furchtbaren Seiten des Hitler-Regimes nicht miterlebt. Sonst wären sie sicher zu einer anderen Anschauung gelangt"* (nach „Süddeutsche Zeitung", 24.6.75).

Sofort nach ihrer Freilassung demonstrierten die beiden, wie wenig ein solches Urteil angetan war, *„extremistische Bestrebungen entgegenzutreten"*: *„Sie verteilten ein Flugblatt, auf dem sie das Recht und die Freiheit (fordern), sich auch für den Nationalsozialismus zu entscheiden"* („tat", 12.7.75).

Frankfurt

Offenbar völlig vom Staat unbehelligt können Anhänger der „NSDAP/AO" in Frankfurt/Main ihr Unwesen treiben: Allein in den letzten zehn Monaten wurden in drei Fällen die Hakenkreuzfahne gehißt: Im November '76 am Schornstein eines Heizwerks, Sylvester '76 gleich vier Fahnen auf dem Frankfurter Dom und im Juli '77 auf der verkehrsreichen Kaiserlei-Brücke.

Im November '76 wurde ein 47jähriger Mann, im Mai '77 ein 38jähriger festgenommen, die Verbindung zur „NSDAP/AO" haben. Beide wurden sofort wieder auf freien Fuß gesetzt. Über Prozesse ist uns nichts bekannt. Bekannt ist dagegen, daß eine Ortsgruppe Frankfurt der „NSDAP/Gau Hessen/Nassau" demnächst eine Regionalzeitung „Das braune Battaillon" herausbringen will (nach: „Der Sturm" 2/77; siehe weiter unten).

Westberlin

Seit Ende 75 ist auch in Westberlin eine Gruppe der „NSDAP" aktenkundig. Dies bestätigte auf Anfrage der Westberliner Senat. Die Gruppe sei aber bereits Ende '76 aufgelöst worden. Seit diesem Zeitpunkt ist ein Verfahren gegen sie über das Ermittlungsstadium nicht hinausgekommen. Eine Anklage ist nicht bekannt („tat", 7.10.77).

Daß diese Nazi-Bande keineswegs „aufgelöst" ist, zeigt eine Kette von „NSDAP"-Provokationen gerade in jüngster Zeit in Westberlin:

— Anfang Juni wurden in mehreren Stadtvierteln „NSDAP"-Plakate geklebt, u.a. auch an der sowjetischen Nachrichtenagentur „Novosti" („Abend", 4.7.77).

— In der Nacht zum 14.8. wurden in Westberlin-Wedding „NSDAP"-Parolen geschmiert.

— Am 9.10.77 wurde am Baugerüst der „Siegessäule" in 30 m Höhe eine „NSDAP"-Fahne gehißt („Welt", 10.10.77).

Schon am 16.8.77 waren zwei Faschisten, die in nachgemachten Naziuniformen und bewaffnet herumliefen, von der Polizei erwischt worden. In dem Haus, in das sie flohen, wurden weitere Nazi-Uniformen, Funkgeräte und Schreckschußwaffen gefunden („Abend", 17.8.77). —

Zur „NSDAP/AO" ist noch hinzuzufügen, daß Lauck am 26. März 1976 auf dem Hauptbahnhof Mainz festgenommen wurde. Mit sich führte er einen Koffer mit 20.000 „NSDAP/AO"-Aufklebern („Kauf nicht bei Juden" und „NS-Verbot aufheben"). Ende Juli '76 wurde Lauck zu sechs Monaten auf Bewährung wegen „Verwendung verbotener NS-Kennzeichen und unerlaubter Einreise" verurteilt und erneut abgeschoben, ohne als Wiederholungstäter nun endgültig eine Haftstrafe verbüßen zu müssen („FR", 30.7.76).

„Schießklub Bocholt"

Lauck's Nazi-Freunde sind weiterhin aktiv. Unter dem Ternnamen „Schießklub Bocholt" trafen sich z.B. im September 1975 in Wiesbaden zwischen 20 und 50 Personen zur Neugründung einer „NSDAP" („konkret", 4/77; „Spiegel", 9.8.76 und Monitor/Fernsehsendung der ARD, 17.11.75). Zum „Reichsführer" wurde Wilhelm Wübbels aus Bocholt ernannt. Mit von der Partei waren:

— Krut Müller, Chef der NS-Kampfgruppe Mainz (siehe weiter unten);

— Hans Ullrich Neufeld aus Mannheim; er trat schon 1973 mit seiner Gruppe der „Aktion Neue Rechte" (ANR) — einer Abspaltung von der NPD — in Nazi-Uniformen, NSDAP-Parteiabzeichen und Hitlergruß auf dem „2. Nationaleuropäischen Congreß" (29./30. Juni '73) in Antwerpen auf.

— Eine Gruppe aus Westberlin.

— Eine Gruppe aus Hamburg; mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit handelt es sich dabei um die Gruppe um Wolf-Dieter Eckart.



Quellenangabe:
Aus VS-Bericht 1975

Quellenangabe:
Aus VS-Bericht 1975

Wolf-Dieter Eckart

Im Herbst '68 suchte Eckart per Announce in Frey's „Nationalzeitung" Mitstreiter für einen „Antikommunistenbund". Nach einer Tagung im Februar '69 in Westberlin wurde daraus der „Bund Deutscher Nationalsozialisten" (BDNS) mit dem Organ „Nationalsozialistischer Deutscher Nachrichtendienst". Ende April 1969 wurde der BDNS verboten. Der damit zusammenhängende Prozeß ist bis heute noch nicht beendet. Trotz Verbot machte die Gruppe um Eckart weiter.

1974 nahm Eckart an dem provokativen Treffen im Hamburger „Haus des Sports" mit *Christophersen* und *Lauck* teil. Seit 1975 gibt er als „Freundeskreis der NSDAP" ein „Mitteilungsblatt" sowie den „NS-Pressedienst" heraus, der von ihm ganz offen verschickt wird. 1975 wurde die „NSDAP-Gau Hamburg" gegründet.

Eckart überschätzt die westdeutsche Justiz. So hatte er noch in seinen „Mitteilungsblättern" geschrieben: *„Wer nicht bereit ist, wenn es sein muß, weil es die Demokraten so wollen, für die Durchsetzung der nationalsozialistischen Ziele für mehrere Jahre ins Gefängnis zu gehen, taugt nichts für uns".*

Bis heute mußte Eckart überhaupt nicht ins Gefängnis. In seinem Prozeß am 15. und 16.1.76 lauteten die Anklagepunkte:

1. Verstoß gegen § 86 StGB („Bestrebungen einer ehemaligen NS-Organisation durch Verbreiten von Propagandamitteln fortsetzen"); die Anklage bezog sich auf den BDNS. Strafmaß: 3 Monate, da es sich um einen fortgesetzten Verstoß handelt. —
2. Fortführung des BDNS.
Hierzu führte der Staatsanwalt aus, daß dieser Anklagepunkt fallengelassen werden solle, da die Wiederbelebung des BDNS gescheitert sei. Die Anklage wurde eingestellt.
3. Verwendung von Kennzeichen ehemaliger NS-Organisationen: 2 Monate, da dies geplant und nicht spontan geschah.
4. Kleben von Hakenkreuzplakaten: 3 Monate.
5. Aufforderung zur Gründung einer „NSDAP", Verbreitung von Schrifttum etc: 5 Monate.

Zusammengezogen forderte die Anklage eine Haftstrafe von neun Monaten. Die Verteidigung plädierte auf Freispruch, das Gericht entschied auf acht Monate mit Bewährung.

Gegen dieses Urteil legte Eckart Berufung ein. Mittlerweile soll (lt. „Der Aufmarsch", „Reichsorgan" der „Faschistischen Front" des Hamburger Michael Borchardt) das Urteil sogar aufgehoben sein; ein neuerlicher Prozeß steht noch aus.

Nach seinem Prozeß zeigte Eckart sich seiner „Bewährung" würdig: Neben seiner Mitwirkung bei der Organisierung der „Hanso"-Bande zeichnete er als Schriftleiter der „NSDAP"-Zeitung „Wille und Weg", verschickt Drohbriefe an Antifaschisten („Handgranaten raus, Knüppel ins Genick — das ist die einzig richtige Politik"). In einem dieser Drohbriefe wurde angekündigt, man werde sich ja am 17. Juni '76 in Bonn (NPD-Kundgebung) wiedersehen. Auf der Fahrt dorthin wurden die inzwischen als Mitglieder der „Hansa"-Bande identifizierten Michael *Buchmann* und Lutz *Wegener* zusammen mit dem Hamburger JN-Vorsitzenden Uwe Stier festgenommen.

Heute erscheint Eckart nicht mehr im Impressum der Nazi-Zeitungen. Als Anlaufstelle dient das Postfach des dänischen Faschisten Riis Knudsen. Bestellungen an Eckarts alte Adresse werden von dort aus aber weiterhin beantwortet.

Mit zum Kreis um Eckart gehört auch die „Faschistische Front" des Hamburgers Michael Borchardt (von Herbst 1969 bis Anfang 1972 Mitglied der „KPD/ML"), die seit dem Herbst .75 ihr Unwesen treibt. Auch Borchardt wurde von der Justiz lange Zeit schonend behandelt. So heißt es in der Ablehnungsbegründung einer Anzeige durch die Staatsanwaltschaft Hamburg, *„daß aus dieser Formulierung und dem übrigen Inhalt der Druckschrift jedenfalls die Fortsetzung von Bestrebungen einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisation nicht eindeutig festgestellt werden kann"* (Wie gesagt: Die Bande nennt sich „Faschistische Front", führt das Hakenkreuz im Wappen, druckt NSDAP-Texte nach usw.!).



Hakenkreuzschmierereien auf dem jüdischen Friedhof in Mainz

Quellenangabe:
Aus VS-Bericht 1975

„NS-Kampfgruppe" Mainz

Mit zu den „NSDAP"-Banden gehört die NS-Kampfgruppe Main, die seit 1969 aktiv ist. Gegründet wurde die Gruppe von der Familie Müller (Kurt, Ursula und Sohn Harald). Alle drei waren NPD- und JN-Mitglieder, bis die NPD sich 1974 von ihnen „distanzierte". Um diese drei sind über zehn weitere Faschisten, meist Jugendliche, organisiert.

Kurt Müller nahm an dem „NSDAP"-Gründungstreffen 1975 („Schießclub Bocholt") teil. Für einen intensiven Kontakt zu *Lauck* spricht, daß dieser ausgerechnet auf dem M a i n z e r Hauptbahnhof festgenommen wurde, als er 20.000 „NSDAP"-Klebezettel bei sich trug (s.o.).

Die Liste der bekanntgewordenen Provokationen der Mainzer Gruppe ist lang:

1.5.71: Auf dem Mainzer Friedhof wurde eine aufgehängte Puppe gefunden, die Brandt darstellen sollte;

Ostern '74: Hakenkreuz-Schmierereien auf 98 Grabsteinen des jüdischen Friedhofs in Mainz, des weiteren am Mainzer Rathaus, einem Bankgebäude, einem DKP-Schaukasten, am DGB-Haus u.a.

Juli 74: Weitere Schmiereien, Straßenschilder (u.a. Graf-Stauffenberg-Str.) wurden übergemalt.

Mai '75: Die Gedenktafel der einstigen Mainzer Synagoge wurde mit Farbe übergossen und mit Hakenkreuzen beschmiert.

Oktober '76: Die „Anna-Seghers-Buchhandlung" wurde mit „Juda Verrecke"-Schildern der „NSDAP/AO" beklebt.

31.12.75: Meterhohe Hakenkreuze und antisemitische Parolen an der Uni Mainz. *1975:* Plakatwand am Grundstück Müllers mit der provokatorischen Forderung nach Aufhebung des NSDAP-Verbots und Wiederzulassung von SA und SS.

Februar '76: Ein Ehepaar wurde von Müllers angegriffen, weil es Plakate von o.a. Plakatwand abriß. Die Müllers verfolgten die Antifaschisten und schlugen sie zusammen.

Im *April '74* wurden die Wohnung der Müllers in Mainz sowie weitere in Bingen und Wiesbaden durchsucht. Dabei wurde ein Waffenlager mit Gewehren, Pistolen, HJ-Dolchen, Seitengewehren (Bajonette), Fahrradketten mit Handgriff, Schlagstöcken und 2.600 Schuß Munition entdeckt. Die Waffen wurden z u r ü c k g e g e b e n, da eine Waffenbesitzkarte vorlag! („konkret" 4/77).

Im *April '76* kam es zum ersten Prozeß gegen das Ehepaar Müller (es liegen mindestens zehn Strafanträge vor!) Ursula Müller erhielt eine Geldstrafe in Höhe von 450 DM, der Anklagepunkt „Widerstand gegen die Staatsgewalt" wurde vertagt.

Kurt Müller wurde wegen Volksverhetzung in Tateinheit mit der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu sechs Monaten Gefängnis „mit Bewährung" und zusätzlich 1.000 DM Geldbuße verurteilt.

In einer Berufungsverhandlung wurde das Urteil bestätigt. Müllers Verteidiger Jürgen *rieger* (selbst jahrelang als Nazi-Schläger aktiv!!) hatte behauptet, die Parole „Juda verrecke" sei keine Volksverhetzung!

Als „Entlastungszeugen" für Müller traten in diesem Prozeß u.a. auf:

— Klaus-Dieter Puls, Hamburger NS-Faschist;

— Uwe Rohwer, „Wiking-Jugend" — Funktionär und Einsatzleiter der „Hansa"-Bande aus Oldorfer Born;

— Gunnar Pahl, Mitglied der NPD, Funktionär des in Österreich verbotenen „Bund Volkstreuer Jugend".

Pahl konnte allerdings nicht vor Gericht erscheinen: Wegen verschiedener Verbrechen wurde er in Belgien festgenommen und in Italien verurteilt, wo er zum Zeitpunkt des Müller-Prozesses noch einsaß.

Ende '76 wurden mehrere jugendliche Mitglieder der Mainzer NS-Bande verurteilt. Sie hatten Hakenkreuzpla-

Fortsetzung auf Seite 35

Fortsetzung von Seite 34

kate geklebt und NS-Parolen geschmiert. Urteil: Je sechs Monate Haft „auf Bewährung" sowie eine Geldbuße.

Es erübrigt sich fast zu sagen, daß bis heute sämtliche Mitglieder der „NS-Kampfgruppe" Mainz auf freiem Fuß sind.

Lt. VS-Bericht hat die Gruppe Kontakte zu allen rechtsradikalen Gruppen der BRD.

„Kampfgruppe Priem"

Nach eigenen Angaben aus ca. 50 zumeist arbeitslosen Jugendlichen bestand (besteht?) in Freiburg die „Kampfgruppe Priem". Ihr Gründer, Arnulf-Winfired *Priem*, war wegen Nazi-Schmierereien und ähnlicher Delikte bereits in der DDR verurteilt worden, bevor sich die BRD-Regierung für ihn als „Politischer Gefangener" einsetzte („tat", 10.6.77).

1974 war Priem Landtagskandidat der NPD. Im März 1975 Überfiel seine „Kampfgruppe", mit Fahrradketten und Tränengas bewaffnet, Antifaschisten, die in Freiburg gegen die Aufführung des Films „Europa in Flammen" prostestierten, der fast vollständig aus alten NS-Wochenschaufilme zusammengestellt war. Opfer und Zeugen des Überfalls wurden noch Monate später bedroht: *„Am Mittwoch, den 23.10., tauchten abends um zehn Angehörige der rechtsradikalen Kampfgruppe in der Wohungstür verschiedener Belastungszeugen auf, und drohten, sie zusammenzuschlagen, wenn sie ihre Anzeige nicht zurückzogen. Die Betroffenen erklärten, daß sie sich dieser, an faschistischen Terror der Weimarer Republik erinnernden schweren Nötigung durch diese rechtsradikale kriminelle Vereinigung nicht beugen werden, und rufen alle auf zur Wachsamkeit gegen sämtliche sich zeigenden faschistischen Tendenzen und Kräfte"*. Dieses Zitat entstammt einem Flugblatt, das in Freiburg verteilt wurde, nachdem sich die lokale „Badische Zeitung" geweigert hatte, eine in etwa gleichlautende Presseerklärung abzudrucken.

Die „Kampfgruppe" traf sich mehrere Male in der Woche zu Schieß- und Sportübungen. Auf ihr Konto gehen zahlreiche Schlägereien und Überfälle sowie Hakenkreuz-Schmiereien. Gegen zwei Mitglieder der Bande wurden deshalb 300 und 250 DM Geldstrafe sowie einmal drei Wochen Arrest wegen Schändung eines antifaschistischen Mahnmals in der Freiburger Innenstadt verhängt. Das Verfahren gegen Priem und seine Begleiter wurden abgetrennt, da sie behaupteten, nicht an diesen Taten beteiligt gewesen zu sein. („tat", 10.6.77).

Auch die Kampfgruppe Priem steht nicht isoliert da. Erwiesenermaßen hatte (hat?) sie Kontakte zur NSKG Mainz, zu *Roeder* und zu *Hoffmann*. Priem selbst war am 15. Mai '77 in Hamburg bei der DVU-Veranstaltung dabei, wo die „Hansa"-Bande als Schlägertrupp in Erscheinung trat.

Mitglied der „Kampfgruppe" war (ist?) übrigens auch ein gewisser Erwin Schober, der im Impressum der Priemschrift „Thing" aufgeführt wird. Derselbe E. Schober ist in derselben „Thing"-Ausgabe als Kontaktadresse der örtlichen JN-Gruppe angegeben!

Im VS-Bericht taucht die „Kampfgruppe" überhaupt nicht auf.

In welcher Weise diese Freiburger Bande heute noch arbeitet, entzieht sich unserer Kenntnis. Tatsache ist, daß Priem selbst am 15.5.77 zusammen mit anderen mit einem Auto aus Freiburg in Hamburg-Osdorf gesehen wurde (Schlägereinsatz der „Hansa"-Bande); Priem scheint aber heute in Westberlin zu wohnen: Dort wurden bei einem „29jährigen Arnulf-Wilfried P." u.a. vier komplette Naziuniformen, Stahlhelme und Waffen gefunden. Er war aufgefallen, als er auf dem Kurfürstendamm eine DDR- und eine UdSSR-Fahne klauen wollte („Tagesspiegel", 13.7.77).

Die „Neumann-Gruppe"

Eine der frühesten uns bekannten „NS"-Gruppen ist die um Neumann. Dieser knüpfte schon seit 1970 Kontakte für eine „NSDAP" („Spiegel", 5.8.74). So war er u.a. Teilnehmer einer schon 1970 gegründeten „NSDAP"-München. Nazi-Kumpane versuchte er, auf Lagern des „Bund Heimattreuer Jugend" und der „Jungen Nationaldemokraten" zu gewinnen. Ende 73/Anfang 74 gehörten zu seiner Bande u.a. Haral Müller (heute „NS-Kampfgruppe Mainz"), Ralf Ollmann und Willi Wegener.

Die Gruppe, die nach eigenen Worten „den Volkskörper als ganzes mit der Waffe schützen" wollte, flog im April 74 auf, nachdem sie mehrere Male Anfang 74 jüdische Friedhöfe verwüstet und einen Brandanschlag auf den fortschrittlichen Göttinger Buchladen „polibula" verübt hatten. Gegen diese Gruppe wurde in Hamburg, Hannover, Wiesbaden und Mainz ermittelt. Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern ergaben:

In Bad Sachsa: Acht Maschinenpistolen in einem Höhlenversteck; diese waren von Willi Wegener aus einer Zollbaracke geklaut worden.

In Mainz: Drei Gewehre, zwei Gas- und Schreckschußpistolen, 2.600 Schuß Munition, acht Dolche, Schlagstöcke u.a.m.

In Soltau (!) in Wegeners Wohnung: Zwei Gewehre, zwei Pistolen, ein Schießkugelschreiber, zwei Funkgeräte u.ä.

Alle diese Waffen sollten *„im Fall eines kommunistischen Aufstandes an Gleichgesinnte abgegeben"* werden („FR", 11.11.76).

Noch einmal, im März 76, wurden in Soltau Waffen beschlagnahmt: Im „Deutschen Wehrmachtsmuseum" des „Sachverständigen für das Dritte Reich" Lothar Hartung. Dort wurde zudem weiteres NS-Material gefunden („FR", 25.3.76).

Nach dem Auffliegen der Gruppe 1974 tauchte Neumann nach seiner U-Haft unter und setzte sich nach Südafrika ab. Wegener lebte bis zu seiner Festnahme am 14.7.76 unter falschem Namen in Hamburg („Welt", 15.6.76).

Ende 1976 wurde gegen Wegener und Ollman Anklage erhoben wegen Sachbeschädigung, Brandstiftung und besonders schwerem Diebstaht. Der Anklagepunkt „Gründung einer kriminellen Vereinigung" ist vor Gericht nie verhandelt worden („FR", 6.11.76). Wegener erhielt eine Haftstrafe von 39 Monaten, Ollmann 21 Monate, dieser mit einer Bewährungsfrist von drei Jahren. Beide gaben vor Gericht an, sie sähen das Verwerfliche ihres Tuns ein („FR", 11.11.76).

Wie das bei Ollmann aussieht, konnte man in „konkret", 4/77 nachlesen: Ollmann gehört heute zu einer neuen Nazi-Gruppe in Westberlin!

„Nationale Deutsche Befreiungsbewegung"

Wie die »Neumann-Bande« gehört auch die 1970 gegründete NDBB des Roland Tabbert aus Hanau/Hessen zu den frühesten NS-Gruppen. Insbesondere der 1971 vor allem aus Mitgliedern der NPD und des BHJ gegründete Landesverband Westberlin machte durch verschiedene Provokationen, Anschläge auf das Büro des »Westberliner Extra-Dienstes« und linke Lokale von sich reden. Der NDBB flog durch den von Anfang an beteiligten VS-Spitzel J. Neumann am 12.8.71 auf, einen Tag, bevor die NDBB mit Schüssen über die DDR-Grenze und Brandanschläge in Westberlin einen »Großkampftag« durchführen wollte. (Zu den Umtrieben der NDBB in Westberlin siehe AK 113).

Bei Hausdurchsuchungen wurden in insgesamt 10 Wohnungen 17 Gewehre, 9 Pistolen, Munition, Hakenkreuzfahnen, NS-Schriften etc. gefunden (»Spiegel«, 34/71).

Allein bei Tabbert wurden mehrere Karabiner, 1 Revolver, 1 Jagdflinte und 2.400 Schuß Munition gefunden. Dennoch wurde Tabbert nicht in Haft genommen (»Spiegel«, 34/71). Andere Quellen sprechen sogar von einer gefundenen Maschinenpistole (»pardon«, 1/72).

Ziel der NDBB war ein »Großdeutsches Reich« in den Grenzen von 1914 (»Von der Maas bis an die Memel«); sie verstand sich als Vorstufe zu einer neuen »NSDAP«.

Nach dem Auffliegen der Gruppe in Westberlin wurde nach und nach alle Ermittlungen eingestellt. Als einzige Strafe ist uns die Verurteilung Tabberts zu 6 Monaten (»mit Bewährung«) wegen Volksverhetzung sowie zu 5 Monaten wegen Gerichtsbeleidigung (»FAZ«,10.5.74) bekannt.

Derart geradezu ermuntert machte Tabbert weiter. Schon 1972 rief Tabbert dazu auf, aktiv die »Fahndung« nach der RAF zu unterstützen (ED, 39/72); im Mai 73 trafen sich in Westberlin 200 Aktivisten der NDBB und diskutierten über eine Parteigründung (»tat«, April/Mai '73).

Heute taucht Tabbert wieder bei der „Wiking-Jugend" auf. Er ist einer der Angezeigten im Zusammenhang mit dem Überfall auf das Auto eines Fernsehteams („tat", 13.8.76). Horst Mach, in Westberliner Tagen Inhaber des Faschistentreffs „Wolfsschanze" und „Waffenlieferant" mit nie aufgeklärten Beziehungen zur Westberliner Polizei, und später NDBB-„Beauftragter" für Hamburg, wurde im Mai/Juni '77 in Trebel/Kreis Lüchow, bei einem „NSDAP"-Treffen gesehen („FR", 15.8.77); Johannes Kösling, ehemals NPD-Vorsitzender in Westberlin-Schöneberg, dann 2. Bundesvorsitzender der NDBB und später Mitglied im „Bund Freies Deutschland", zeichnet heute öffentlich für den „Freundeskreis der Wehrsportgruppe Hoffmann"!

H. Röthke, BHJ, Mitglied im LV Westberlin der NDBB, war möglicherweise beteiligt an einem Brandanschlag auf das Westberliner SEW-Büro am 1.8.77; der Anschlag soll durch E. Weil verübt worden sein, der schon 1971 ein Attentat auf einen sowjetischen Wachsoldaten verübt und zumindest im Dunstkreis des NDBB anzusiedeln war (AK 113).

RUDOLF-HESS-STRASSE

in Mainz beschlagnahmte Waffen und NS-Embleme

Quellenangabe: Aus VS-Bericht 1975

„NS-Kampfgruppe Großdeutschland"

Die »NS-Kampfgruppe Großdeutschland« ist unseres Wissens aus dem ganzen NS-Sumpf die einzige, die seit Jahren als Bande angeklagt worden ist. Sie wurde im April 1972 gegründet und flog im Oktober '72 schon wieder auf. Bei einer Hausdurchsuchung wurden u.a. NS-Propagandaschriften und Waffen gefunden (ein Karabiner, zwei Pistolen, ein Kleinkalibergewehr und 1.500 Schuß Munition). Darüber hinaus fand die Polizei »eine umfnagreiche Korrespondenz mit Gleichgesinnten« (FR, 22.9.76). 7 von 10 Angeklagten wurden zu Freiheitsstrafen zwischen 6 Monaten und einem Jahr verurteilt. Mitglieder der NS-Kampfgruppe, die u.a. Kontakt zu Eckart gehabt haben soll, sind u.a.:

— Horst Gädicke, noch 1976 Hauptfeldwebel bei der Bundeswehr, ehemals NPD-, später DVU-Mitglied.
— Bernd Grett, Stabsunteroffizier, ehemals NPD-Kreisvorsitzender in Ingolstadt.
— Otto Loew, Feldwebel; er wurde noch 1975 zum Oberfeldwebel befördert, obwohl das Verfahren schon anstand (UZ,22.1.76).

„NSDAP" – Von Staat und Justiz gedeckt

Es ist offensichtlich: Alle uns bekannten Gruppen der »NSDAP« sind vilefach mit der NPD verbunden und verflochten. Teilweise sind es ganze NPD-Gruppen aufgetreten (NDBB und »Hansa«-Bande), teilweise dienen Lager von JN und BHJ als rekrutierungsbüros für diese »NSDAP-Aktivistengruppen« der militantesten und am meisten verhetzten NPD-, BHJ- und Wikingjugend-Mitglieder (Neumann, Harald Müller), teilweise sind es NPD-Ortsvorstände (Ingolstadt). All dies läßt nur den Schluß zu, daß es sich bei der »NSDAP« um eine Sonder-Abteilung der NPD handelt.

Die Verschleierundtaktik der NPD aber wird erst ermöglicht dadurch, daß Staat und Justiz das Ihre dazu beitragen. So heißt es z.B. im neuesten VS-bericht 1976 über das Treiben der »NSDAP«: *»Versuche des Frührentners Wilhelm Wübbels, eine überregionale NSDAP aufzubauen, sind bisher gescheitert ... Keine der 15 neonazistischen Gruppen hat eine feste organisatorische Struktur«.* Über einen Zusammenhang zwischen der NPD und diesen Banden wird überhaupt nicht berichtet. Die führenden Mitglieder der »NSDAP« wie Wübbels Eckart, Borchert u.a. werden im VS-Bericht als »Einzeltäter« abgehandelt.

Diese Verharmlosung der »NSDAP durch den VS-Bericht spiegelt sich auch wider in der Behandlung der »NSDAP«-Umtriebe vor Gericht:

Tatsächlich ist es heute so, daß alle bekannten Verteter der offenen Nazi-Szene (Eckart, Borchert, Müller, Wübbels, aber auch Roeder und Hoffmann) schon des öfteren vor Gericht gestanden haben, ohne daß in neuerer Zeit einer von ihnen mehr als ein paar tage U-Haft absitzen mußte (Müller, dessen Verurteilung zu 9 Monaten noch nicht rechtskräftig ist). Teilweise laufen gegen diese Nazis annähernd 50 Prozesse und Ermittlungsverfahren (Roeder).

Eine wesentliche Rolle bei dieser Behandlung vor Gericht spielt dabei die Tatsache, daß mit Ausnahme der »NS-Kampfgruppe Großdeutschland« keine einzige Nazi-Bande als »kriminelle Vereinigung« angeklagt worden ist (ganz zu schweigen von einer Anklage wegen Fortführung der NSDAP!).

Ein schlagendes Beispiel dafür, daß diese Justizpraxis nicht dazu dienen soll, den Nazi-Sumpf wirklich trocken zulegen, bietet der bisherige Verlauf der »Verfolgung« der Hansa-bande: Nicht nur, daß die drei in der nacht zum 1.9.77 in Hamburg festgenommenen Mitglieder Michael Kühnen, Tibor Schwarz und Lutz Wegener wieder auf freiem Fuß sind und von einer Anklageerhebung nichts bekannt ist. Darüber hinaus wurden am 5.10.77 in Hamburg gar zwei führende Mitglieder der Jungen Nationaldemokraten, in deren Wohnung Material der »NSDAP« gefunden worden war, f r e i g e s p r o c h e n. Das Gericht nahm den beiden die Erklärung ab, daß sie das Material von dem berühmten »großen Unbekannten«, der ja wie weiland Fantomas noch nie gefaßt werden konnte, untergejubelt bekommen hätten.

Und damit die interessierte Öffentlichkeit möglichst überhaupt nichts von diesem Prozeß mitkriegen sollte, wurde sie kurzerhand noch vor der Vernehmung zur Person ausgeschlossen (nach Radioberichten NDR, Umschau am Abend, zuletzt 5.10.77). Mittlerweile wurde bekannt, daß es sich bei den beiden sogar um Mitglieder des JN-Landesvorstandes handeln soll.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Planten Neo-Nazis Massenmord?

Bei einer Hausdurchsuchung in Kiel wurden neben Hakenkreuzaufklebern, nazistischen Pamphleten der „National-Revolutionären Arbeiterfront" Exemplare des „Werwolf" auch 670 Gramm Natriumcyanid gefunden. Zwei Milligramm dieses Gifts reichen aus, um einen Menschen zu töten. Ins Trinkwasser gemischt kann hiermit also eine Stadt in der Größe Kiels vergiftet werden (Nach „Kieler Nachrichten" vom 21.10.77). Verschafft hat einer der Nazis sich das Gift durch seinen Nebenberuf bei der „Wach- und Schließgesellschaft". So kam er an den Schlüssel zum Gift. Von einer Festnahme dieser Nazis ist nicht die Rede.

Besitzer dieser Wohnung ist Dietmar Munier, 23 Jahre alt, Germanistik-Student, wohnhaft bei seinen Eltern in Altenholz, Wachholderweg 3, Tel. 0431/323121. Er fährt einen hellblaufen VW-Käfer (RD - RR 232) mit Anti-AKW-Aufkleber (!).

Munier ist Mitglied des Landesvorstandes der JN, der Jugendorganisation der NPD, vermutlich sogar deren 2. Landesvorsitzender. Zudem ist er Vorsitzender des Kreisvorstandes Kiel der JN. Er besitzt in Kiel den Nazi-Buchladen „Sturmwind", Rathausstr. 28, Tel 0431/92504, den er von dem berüchtigten Thies Christophersen übernommen hat.

Bereits 1973 hat er wesentlich „Fanal", eine Zeitung der JN für Kieler Gymnasien, inspiriert.

Weiterhin hat er eine führende Funktion im militanten „Bund Volkstreuer Jugend". Er beantwortet zumindest die Anfragen an den BVJ in dessen Namen. Stolz trägt er auch die Odalsrune am Koppelschloß zur Schau.

Zumindest im Mai 1977 „bewachte" er in seiner beruflichen Funktion auch die Uni. Zu dieser Zeit wurden während der Nacht verstärkt Hakenkreuz-Aufkleber angebracht.

Auch trugen Flugblätter der internationalen militanten Odals-Gruppe „Neue Ordnung" (in Italien nach mehreren mörderischen Attentaten verboten) den Stempel seines Buchladens. Sie wurden von NPD-Mitgliedern mindestens zweimal im letzten Jahr in Kiel verteilt. In diesen Flugblättern wird der Rassenhaß geschürt und die Vernichtung „unwerten Lebens" („natürliche Auslese") gefordert.

Als Motiv für den Diebstahl des Giftes gab Munier an, *„er habe Kommilitonen beweisen wollen, wie leicht es sei, in den Besitz tödlichen Giftes zu gelangen"* („KN", 21.10.77).

Die „Kieler Nachrichten", die in sehr kleiner Aufmachung hierüber berichteten („Wachmann besaß den Schlüssel zum Gift"), glauben ihm das. Wir jedoch nicht!

Dies ist hier jedoch nicht der Platz, darüber zu spekulieren, ob die Nazis mit dem Gift gezielte Morde planten, es ihren militanten ausländischen Freunden zur Verfügung stellen wollten oder ob sie ihre Stunde als Provokateure gekommen sahen, im Zuge der Anti-Terroristen-Hysterie faschistische Mordtaten vorzubereiten, die dann von den Herrschenden der RAF zugeschrieben worden wären. Hierauf kommt es bei der Beurteilung dieser faschistischen Verbrecher auch nicht an.

Vor diesem Hintergrund ist es ein Skandal, daß dieser Nazi noch frei herumläuft. Weiterhin fordern wir, daß lückenlos weiterermittelt und diese Ergebnisse veröffentlicht werden!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Kiel

Der Mann hat Humor

Uns soll keiner nachsagen, wir berichten nur „einseitig" über die Entwicklung der BRD zum Polizeistaat. Es gibt ihn eben doch, den „anderen", den Polizisten, der gerne ein Schelm sein will. So geschehen in einem Siegerländer Dorf. Dem Polizisten fiel ein gefälschter Fünfzig-Mark-Schein in die Hände und pflichtbewußt machte er Meldung beim Landeskriminalamt Düsseldorf. Das freute sich ob eines solch pflichtgetreuen Beamten, dankte und bat um Übersendung des Scheines. Der war ganz erstaunt, denn pflichtbewußt hatte er den falschen Fuffziger schon zur Post gebracht – mit Zahlkarte – per Adresse Landeskriminalamt – womit er wieder unter die Leute gebracht ist (nach „Hamburger Morgenpost" vom 12.10.77).

Ein Genosse



Koschnik droht Berufsverbote-Konferenz

Oldenburg: Der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Koschnik, hat *„alle Sozialdemokraten vor der Teilnahme an einer Konferenz der ‚Initiative Weg mit den Berufsverboten' am 12./13. November gewarnt"* („NWZ", 27.2.1977), da es sich bei *„dieser angekündigten Veranstaltung um ein Unternehmen handelt, das der SPD schaden soll"*.

Nun, dies müßte eigentlich der Sinn einer solchen Konferenz sein, denn immerhin trägt die SPD wesentlich Verantwortung für die Berufsverbotspraxis. Koschnik und seine Vorstandskollegen lieben aber verständlicherweise nur solche Veranstaltungen, auf denen lediglich die Praxis der CDU/CSU angegriffen wird, und sich die SPD als Wahrer der „rechtsstaatlichen Prinzipien" profilieren kann.

Da es mit dieser „Warnung" allein aber noch nicht getan ist, weist Koschnik gleich auch noch auf die Folgen hin, die eine Teilnahme von Sozialdemokraten an dieser Konferenz haben würde. Er erinnert an den SPD-Parteivorstandsbeschluß vom Februar 1975, in dem dieser *„alle Mitglieder aufgefordert habe, mit den ‚Komitees gegen Berufsverbote' nicht zusammenzuarbeiten und jede bisher geleistete Zusammenarbeit einzustellen."* Welche Folgen eine weitere Zusammenarbeit haben würde, beweist nicht nur der Fall Benneter.

Es ist schon bezeichnend, wie die SPD mit der innerparteilichen Opposition gegen die Berufsverbote umspringt, während Willy Brandt „Selbstkritik" in Sachen Radikalenerlaß heuchelte. Übrigens geht es der Initiative „Weg mit den Berufsverboten" dabei keinen Deut besser als dem Russell-Tribunal, anläßlich dessen Ankündigung Brandt dieselben „Konsequenzen" angedroht hatte.

Das allerdings sollten auch die Initiatoren dieser Konferenz endlich beherzigen, die ihre Hoffnung auf einen Umdenkungsprozeß in der SPD setzen. Für die Berufsverbote gilt ebenso wie für alle anderen gesellschaftlichen Fragen, daß ein Fortschritt nur gegen den erbitterten Widerstand der SPD-Führung zu erreichen ist.

Erfolge vor Gericht?

Seit einiger Zeit liest man häufig in Stellungnahmen der Initiative „Weg mit den Berufsverboten" oder auch in Zeitungen wie UZ, Deutsche Volkszeitung oder „die tat" (alles DKP-Richtung), die „immer breiter werdende Bewegung gegen die Berufsverbote" habe es erreicht, daß vor Gericht immer mehr Berufsverbote zurückgekämpft werden könnten. Eine detaillierte, auf einer Analyse beruhende Einschätzung wird dabei leider nicht gegeben. Ebenso werden offenkundige Widersprüche zu dieser Behauptung wie z.B. das letzte Gingold-Urteil meist mit schwammigen Formulierungen beiseitegewischt, die Angriffe des Staates würden zwar heftiger, aber die Bewegung dennoch immer stärker. Geht man den Dingen auf den Grund, scheint es allerdings so zu sein, daß die DKP einzelne positiv ausgefallene Urteile begierig aufgreift, um eigene Stärke vorzuspiegeln. Der Realität halten diese Sprüche nicht stand.

Auf den ersten Blick scheinen tatsächlich Erfolge zu verzeichnen zu sein. In Hamburg gewann jüngst Erdner seinen bekannten „Fall" vor dem Verwaltungsgericht; drei weitere Betroffene mußten nach anfänglicher Ablehnung als Beamte auf Probe eingestellt werden. Schon im letzten Jahr erreichten zwei Sozialarbeiterinnen ihre Anstellung per Beschluß des Arbeitsgerichts Hamburg.

Doch hieraus ableiten zu wollen, daß 40% der Fälle gewonnen würden – so der Arbeitsausschuß der Initiative „Weg mit den Berufsverboten" (nach „extradienst", 25.10.77) – führt zu trügerischen Ergebnissen: Wichtig für eine Beurteilung der Praxis bundesdeutscher Gerichte ist eine Differenzierung der Fälle. Insbesondere ist dabei zu beachten, von welcher Instanz das Urteil gesprochen wird..

Auffallendste Konsequenz einer solchen Differenzierung:
Bislang blieben a l l e erfolgreichen Verfahren auf die 1. Instanz beschränkt. In allen Fällen wurde von der einstellenden Behörde Revision eingelegt, d.h. die Urteile sind keineswegs rechtskräftig.

Die wenigen Verfahren, die bislang die oberen Instanzen erreichten, haben dagegen eine einschneidende Verschärfung der Urteilspraxis selbst gegenüber dem Bundesverfassungsgerichts-Urteil gebracht. Hier sind Grundsatzurteile gefallen (als bekanntestes in jüngster Zeit ist das Gingold-Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Kassel zu nennen), die wiederum auf die unteren Instanzen richtungsweisend wirken werden.

I. Instanz: Positive Urteile gibt es schon, aber . . .

In erster Instanz kommt es relativ häufig vor, daß die Ablehnungen gegen DKP-Mitglieder angezweifelt bzw. zurückgewiesen werden. Die Argumente der Gerichte reichen von der Ansicht, die *„Verfassungsfeindlichkeit der DKP ist nicht offensichtlich"* (Verwaltungsgericht Stuttgart, Urteil vom 29.8.75), bis zu der Kritik, daß *„keine Einzelfallprüfung über die individuellen Gründe für die Mitgliedschaft"* von der Behörde vorgenommen worden sei. In einem anderen Fall (erstes Gingold-Urteil) vermißte das Verwaltungsgericht (VG) Kassel *„die Ausgewogenheit der Betrachtungsweise bei dem Persönlichkeitsbild"*, weshalb die Prognose der Behörde *„einseitig vorgenommen"* worden sei.

Selten sind auch in 1. Instanz die Urteile, in denen die Heranziehung des Verfassungs-Schutzes zur Begründung von Ablehnungen durch die Einstellungsbehörden als unrechtmäßig zurückgewiesen wird. In einem Urteil des Arbeitsgerichts Hamburg vom Mai 76 heißt es dazu: *„Ermittlungen und Speicherung ihrer Ergebnisse sind für Zwecke der Einstellungsbehörden schwerlich vereinbar mit dem im Rechtsstaatsprinzip verankerten Gebot der Verhältnismäßigkeit"*. Gegenüber dem von anderen Gerichten (z.B. VGH Mannheim, 17.8.76) vorgetragenen Argument, dieses Prinzip beziehe sich im Urteil nur auf Gerichtsreferendare, führt das Hamburger Urteil aus: *„Es ist nicht ersichtlich, daß das Bundesverfassungsgericht diese Aussage auf Gerichtsreferendare beschränkt wissen sollte"*. Eine so offensive Auslegung des BVG-Urteils stellt allerdings eine mutige Ausnahme dar.

Derlei „Vorzüge" finden sich jedoch nicht in Urteilen gegen Berufsverboteopfer, die politisch links von der DKP stehen. So sanktionierte das ‚mutige' Hamburger Arbeitsgericht am 10.2.76 nach Ausräumung sämtlicher Vorwürfe der Behörde ein Berufsverbot mit der allein übrig gebliebenen „Begründung": Die Klägerin habe sich nicht in *„eindeutiger Weise vom Kommunistischen Bund distanziert"*. Der Beweis einer Mitgliedschaft im KB wurde nicht angetreten, „mangelhafte Distanzierung" war ausreichend. Ebenso im Fall einer Klage auf Einstellung in den Vorbereitungsdienst, die erster wie auch zweiter Instanz mit der Begründung abgewiesen wurde, daß sich der Kläger aktiv für die Ziele der Kommunistischen Jugendorganisation Spartacus eingesetzt habe. Denn die Einstellungsbehörde dürfe auch bei Aufnahme in den (noch zur Ausbildung gehörigen) Vorbereitungsdienst die Mitgliedschaft voraussetzen und zum alleinigen Ablehnungsgrund machen, *„wenn Umstände, die für ein künftiges verfassungstreues Verhalten des Bewerbers sprechen, nicht ersichtlich, insbesondere vom Bewerber selbst nicht vorgetragen worden sind"* (VGH Mannheim, Urteil vom 17.8.1976). Das Urteil – so führt das Gericht weiter aus – beziehe sich in punkto Vorbereitungsdienst nur auf Juristen; hier handele es sich um einen Lehrer, der auch im Referendariat Unterrichtsverpflichtungen nachkommen müsse und qua Amt über besondere ideologische Einflußmöglichkeiten verfüge; deshalb sei er insbesondere zur Erziehung im Sinne der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" angehalten – dies sei im vorliegenden Fall nicht gewährleistet.

Nach einem inzwischen auch vom Bundesverfassungsgericht bestätigten Urteil ist der Staat nicht verpflichtet, Personen auszubilden, *„deren Ziel die Zerstörung der Verfassungsordnung ist"* (BVG, 5.10.77).

Dabei ging es um einen Juristen, der einen Rechtsanspruch auf Ausbildung durchsetzen wollte. 1972 war er wegen Hausfriedensbruch in Heidelberg zu einer Geldstrafe verurteilt worden. – sollten nicht gerade mehr als zwei Jahre zurückliegende Erkenntnisse als „Jugendsünde" eingestuft werden?!

Vor diesem Hintergrund erscheint die Rede von Erfolgen in der Gerichtsstube ohnehin als Folge einer beschränkten Sichtweise, die nur DKP-Betroffene als ungerechtfertigte Opfer undemokratischer Verfahrensweisen beklagt.

2. Instanz: „Einfache Mitgliedschaft" gibt es nicht

In 2. Instanz kann ungehindert der Proteste aus dem In- und Ausland von Erfolgen keinerlei Rede mehr sein. Einige Gerichte ignorieren nicht nur die vom BVG-Urteil geforderte Einzelfallprüfung, sondern maßen sich auch die Kompetenz des Bundesverfassungsgerichtes an, die Verfassungswidrigkeit einer Partei festzustellen. So wird sowohl im Urteil gegen S. Gingold wie auch gegen W. Krone mehrfach von der „Verfassungswidrigkeit" der DKP gesprochen. Konkrete Angaben zum Einzelfall werden außer Acht gelassen, selbst Beweisangebote der Betroffenen, sie stünden nicht in einem Loyalitätskonflikt zum Grundgesetz, ausgeschlagen. Gute Beurteilungen werden als ‚nicht relevant' abgetan. *„Eine besondere Befähigung kann den Mangel nicht ausgleichen, der darin liegt, daß er nicht die Gewähr der Verfassungstreue bietet"* (VGH Kassel gegen W. Krone). Im Vordergrund steht die Beurteilung der Partei DKP. Wenn der Betroffene gar die DKP für verfassungsgemäß hält, wird dies als besonderer Beweis für *„ein verfehltes Verfassungsverständnis"* bewertet, *„das berechtigte Zweifel an seiner künftigen Verfassungstreue begründet"* (VGH Mannheim gegen Hans Schäfer).

Wird in 1. Instanz zur Frage von Funktionen in der DKP ausgesagt, daß sie nicht als belastender Faktor einbezogen werden könnten, da nicht zu beurteilen sei, ob das einfache Mitglied, das Stellschilder klebt, wichtiger oder weniger wichtig für die Partei sei als der Kreisvorsitzende (AG Hamburg, s.o.), so werden in 2. Instanz Funktionen als Ergebnis des besonderen Einsatzes des Betroffenen wie des besonderen Vertrauens der Partei in den Betroffenen gewertet (VGH Kassel, 27.7.77).

Doch auch eine sogenannte „einfache Mitgliedschaft" sei keine einfache; denn nach DKP-Statut gäbe es so etwas gar nicht. Dieses lege den Mitgliedern auf, *„an der Tätigkeit seiner Parteigruppe teilzunehmen"*, *„sich für die Verwirklichung der beschlossenen Politik einzusetzen"*. *Bloße Mitgliedschaft sei also identisch mit der politisch-ideologischen Ausrichtung der Partei und damit eine Bejahung ihrer Ziele und Grundsätze.*

Bloße Mitgliedschaft sei also identisch mit der politisch-ideologischen Ausrichtung der Partei und damit eine Bejahung ihrer Ziele und Grundsätze (nach OVG Münster, 17.3.1976).

Wenn die DKP zur Zeit vornehmlich mit legalen Mitteln arbeite, so sei dies nur ein Beweis für ein besonders taktisches Verhalten. Ebenso beinhalte die Aufgabe des Ziels der Diktatur des Proletariats zugunsten der „Herrschaft der Arbeiterklasse" nur einen Begriffswechsel; im Sprachgebrauch der DKP sei beides identisch (OVG Münster, 24.3.76).

Eine Revision derartiger Urteile wird noch nicht einmal zugelassen, eine Einzelfallprüfung nicht vorgenommen; ebenfalls wird es als „nicht erforderlich" angesehen, *„daß dem Bewerber bereits aktive Betätigung gegen die tragenden Grundsätze der Verfassung nachgewiesen wird"* (Urteil des VGH Kassel gegen Krone, Juli 77).

Derartige Urteile gelten als Grundsatzurteile. Grundsätze legen wieder häufig genug Richter fest, die noch auf reiche Erfahrungen aus der Zeit vor 1945 zurückgreifen können. So, um nur ein Beispiel zu nennen, ein Herr Dr. Walter Hailer im Prozeß gegen Agnete Bauer-Retzel 1975 im VGH Mannheim. Hailer war ehemaliger Kreisredner der NSDAP und hat sich im faschistisch besetzten Frankreich und Belgien zweifelhafte „Verdienste" um das „tausendjährige Reich" erworben . . .

Die „Liberalisierung" erweist sich als großer Bluff. Die Behörde braucht ihre Fälle nur schmoren zu lassen – wenn die 1. Instanz nicht pariert, dann tut es spätestens die zweite . . . Revision wurde in allen Fällen eingelegt. Hier bewirkt auch der vielbeschworene Druck des Auslandes nichts. Eher schon vermag öffentlicher Druck die ersten Instanzen zu beeinflussen. Den vereinzelt dort noch vorhandenen liberalen Richtern hilft dies, ein positives Urteil zu vertreten.

Dennoch drängt sich der Eindruck auf, daß positive Urteile in der 1. Instanz den Berufsverbietern gar nicht mal unwillkommen sind. Mit ihnen soll versucht werden, die unverminderte und z.T. gesteigerte Schärfe der Berufsverbote-Praxis, wie sie in der 2. Instanz ganz deutlich wird, zu verschleiern. Entsprechend ist ja auch Willy Brandt nach der Kritik seines französischen Parteifreundes Mitterand mit dem ersten Gingold-Urteil im Ausland hausieren gegangen.

Liberalisierung also? Erfolgswelle? Dem ist ein deutliches Nein entgegenzuhalten. Kein positives Urteil hat bisher die 2. Instanz überstehen können. Erst recht nicht ist das Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts von 1975 als „Waffe für die Betroffenen" zu benutzen. Mit seinen bewußt schwammig gehaltenen Formulierungen deckt es alle seitdem gefällten Rechts-Sprüche ab.

Berufsverbote-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

„Mangelnde wissenschaftliche Qualifikation"?

Bisher war es meistens die CSU, wenn es darum ging, neuen Wegen der Berufsverbote zum Durchbruch zu verhelfen. Daß jedoch auch die sich sonst gern dynamisch und fortschrittlich gebärende Nürnberger SPD auf diesem Gebiet recht einfallsreich ist, zeigt folgender Fall.

Ein hessischer Lehrer, der sich jetzt um eine Stelle in der Nürnberger Gesamtschule bewarb, hatte sich bereits 1976 durch einen wissenschaftlichen Artikel zum Thema „Geschichtliche Entwicklung des Antikommunismus" in der Zeitschrift „Marxistische Blätter" hervorgetan.

„Leider" ließen sich jedoch aus diesem „ungeheuerlichen" Vorfall offensichtlich keine Zweifel an der Verfassungstreue des Bewerbers konstruieren. Zunächst einmal war es wiederum die CSU, welche „staatsgefährdende" Ungesetzlichkeiten entdeckte. Der betroffene Lehrer soll angeblich illegal (!) an einer Personalversammlung der Gesamtschule teilgenommen haben. Angesichts des nahenden Wahlkampfes (in Nürnberg sind demnächst Stadtratswahlen) besann sich Nürnbergs fortschrittlicher (!) Kulturreferent endlich auf seine eigentlichen Pflichten und sprach von einem „Übergriff der Personalvertretung", der überprüft werden müßte (Nürnberger Nachrichten vom 18.10.77).

Als Ergebnis der Prüfungen legte Kulturreferent Glaser eine „wissenschafliche Beurteilung" des oben genannten Aufsatzes vor, in welchem dem Verfasser des Artikels unzureichende wissenschaftliche Qualifikation „nachgewiesen" wird. Damit soll jetzt offensichtlich die Nichteinstellung des Lehrers doch noch gerechtfertigt werden.
Prost Mahlzeit!

KB/Gruppe Nürnberg

Neues Berufsverbot gegen Rechtsanwälte in Westberlin beantragt!

Gegen die westberliner Anwälte Ströbele und Spangenberg sind neue Berufsverbote beantragt bzw. verhängt worden.

Bei diesen aktuellen Maßnahmen spekuliert die Staatsanwaltschaft offenbar darauf, daß sie sich im Windschatten der um die Schleyer-Entführung entfachten Hetze so ziemlich alles leisten kann und die Situation für Berufsverbote günstig ist.

Teilberufsverbot gegen Rechtsanwalt Ströbele verhängt

Gegen Ströbele ist schon seit mehreren Monaten – ebenso wie gegen Groenewold und Croissant – ein Strafverfahren wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" anhängig.

Gegenstand dieses Strafverfahrens sind die bekannten Vorwürfe: Unterstützung des Hungerstreiks, Beteiligung am „Info-System" sowie Öffentlichkeitsarbeit.

Im Rahmen dieses Verfahrens hatte die Staatsanwaltschaft schon vor längerer Zeit einen Antrag an das Landgericht zur Verhängung des Berufsverbots gestellt.

Das Gericht nutzte nun die Gunst der Stunde und verhängte gegen Ströbele ein „vorläufiges", d.h. sofortiges Teilberufsverbot für sog. „Staatsschutzsachen".

Ströbele darf also in allen sog. RAF-Prozessen, die vor den Staatsschutz-Sondergerichten verhandelt werden, nicht mehr verteidigen. Damit soll ein weiterer erfahrener Strafverteidiger ausgeschaltet werden.

Berufsverbot gegen Rechtsanwalt Spangenberg beantragt

Auch gegen den Bürokollegen von Ströbele, Spangenberg, will die Staatsanwaltschaft jetzt ein Berufsverbot verhängt wissen.

Sie stellte am 5. Oktober 1977 an das Kammergericht Berlin den Antrag, gegen Spangenberg ein Berufsverbot auszusprechen. Die Beschuldigung ist die schon beinahe übliche gegen politische Verteidiger: Spangenberg soll als Verteidiger von Fritz Teufel seine Stellung als Rechtsanwalt „mißbraucht" haben.

Begründet wird diese Beschuldigung aber nicht mit konkreten, juristisch faßbaren Straftaten, sondern damit, daß Spangenberg **sich nicht von einer politischen Erklärung seines Mandanten distanzierte.** Weil diese Erklärung zuvor anderen Gefangenen aus der RAF ebenfalls zugänglich war, wird Spangenberg unterschoben, er habe die Erklärung Teufel zugänglich gemacht.

Aus dieser Konstruktion zieht die Staatsschutzanwaltschaft folgenden Schluß: *„In diesem über die Verbreitung der Erklärung hinausgehenden Verhalten des Beschuldigten offenbart sich ein so hohes Maß an krimineller Verstrickung, daß nicht ersichtlich ist, wie er* (Spangenberg – Anm. AK) *sich – bei gleichbleibenden Umgangs- (?) und Zugangsmöglichkeiten – aus seiner Unterstützerrolle sollte lösen wollen und können."*

Um das Bild des kriminellen Anwaltes vollends in blutrot als Bürgerschreck auf die Bildzeitungsseiten projizieren zu können, werden einige andere läppische Sachen als kriminelle Verstrickung „entlarvt":

Spangenberg soll „in pflichtvergessener Weise" seinem Mandanten sog. „Infos" über die Auswirkungen eines Hungerstreiks auf den menschlichen Körper zugänglich gemacht haben: „Veränderungen des Stoffwechsels bei Null-Diät".

Weitere Beschuldigungen gegen Spangenberg werden aus Unterlagen zusammenkonstruiert, die der Staatsschutz bei einer Durchsuchung des Büros von Ströbele und Spangenberg mitgenommen hat. Dabei handelt es sich um Notizen von Verteidigungsvorbereitungen, von angeblichen Redebeiträgen auf Veranstaltungen und ähnliches mehr.

Wenn zwischen dem Mandanten und dem Anwalt Absprachen getroffen werden und eine bestimmte Arbeitsteilung zwischen beiden vereinbart wird und wenn dabei klar ist, daß letzten Endes es der Angeklagte ist, der bestimmt, wie er den Prozeß führt, weil er schließlich auch seinen Kopf hinhalten muß, dann ist diese an sich ganz normale Angelegenheit für die Staatsanwälte sofort ein Grund für ein Berufsverbot.

Schließlich erdreistete sich die Staatsanwaltschaft noch, Material zu verwenden, das sie aus dem Hausbriefkasten von Spangenberg geklaut hat: aus der Tatsache, daß in seinem Briefkasten ein „Rundbrief" gefunden wurde, folgerte ein besonders pflichtbewußtes Staatsanwaltschaftshirn, daß Spangenberg in „ein Strategiekonzept" einbezogen (??) sei, was natürlich besonders kriminell ist.

Strafgerichte – die besseren Diener von Schmidt und Herold

Wir haben schon anläßlich der zunächst erfolgten Aufhebung des Berufsverbotes gegen Rechtsanwalt Groenewold durch das anwaltliche Ehrengericht in Hamburg im Juni dieses Jahres darauf hingewiesen, daß angesichts des nicht reibungslosen Funktionierens der anwaltlichen „Ehrengerichtsbarkeit" bei der Anwaltsverfolgung damit zu rechnen sein wird, daß der Staat sich mehr der „eigenen Gerichte", also der Strafgerichte bedienen wird. Diese Institutionen stehen der Staatsanwaltschaft einfach schon naturgemäß dadurch näher, weil sie tagtäglich damit beschäftigt sind, den vermeintlichen staatlichen Strafanspruch durchzusetzen.

Deshalb ist es durchaus möglich, daß diese Gerichte dem ihnen erteilten Auftrag nachkommen und die Anwaltkollegen ihrer Existenz berauben.

Der Beifall der Reaktion ist ihnen dafür sicher.

IKAH Hamburg

Erstes Berufsverbot gegen Stamokap-Anhänger

Hamburg. Am 14. Juli 1977 verweigerte die Deputation der Behörde für Kunst und Wissenschaft ihre Zustimmung zur Ernennung von Dr. Peter W. zum wissenschaftlichen Assistenten im Beamtenverhältnis am Institut für Leibesübungen der Universität Hamburg. Die Deputation, laut Hamburger Verfassung zuständig für Einstellungen an der Uni, fällte diese Entscheidung mit sieben zu sechs Stimmen bei drei Enthaltungen. Da sich die Deputation aus je sieben Vertretern der SPD und CDU, einem der FDP, dem Präses (Senator Biallas,FDP) und dem Finanzdeputierten (CDU) zusammensetzt, ist deutlich, daß diese Entscheidung nur mit Billigung (sprich Enthaltung) einiger SPD-Deputierter fallen konnte. Dies ist deshalb bemerkenswert, weil es sich bei Peter. W. um einen Sozialdemokraten handelt!

Wurde die Entscheidung der Deputation zunächst ohne Begründung bekanntgegeben, so ließ die CDU später auf einer Pressekonferenz die Katze aus dem Sack: *„Stamokap-Anhänger nicht eingestellt"*, so lautete die Schlagzeile eines diesbezüglichen Artikels in der „Zeit" vom 29.7.77.

Damit ist deutlich, daß es sich bei dieser Nicht-Einstellung um nichts anderes handelt, als um die schon vor einigen Wochen von dem Münchner Oberbürgermeister und SPD-Rechtsaußen Kronawitter geforderte Ausweitung der Berufsverbote auch auf linke SPD-Mitglieder (vergl. AK 112). Es ist bezeichnend, daß bei dieser Ausweitung der Berufsverbote-Praxis wieder einmal das SPD-regierte Hamburg trotz aller Schein-Liberalisierung die Vorreiter-Rolle spielt.

Als Begründung für die Ablehnung mußte ein von Peter W. 1973 verfaßter und in den „Blättern für deutsche und internationale Politik" erschienener Aufsatz mit dem Titel „Staatsmonopolistische Formierung, Sport und demokratische Bewegung" herhalten.

Während die FDP-Vertreter in der Deputation argumentierten, der Aufsatz sei schon vier Jahre alt und nach der „ neuen Hamburger Radikalenpraxis" gewissermaßen eine zu entschuldigende Jugendsünde, äußerte die CDU ihre „tiefe Besorgnis" über die „einseitige Politisierung' des IfL durch eine Einstellung.

Die SPD-Vertreter hüllten sich in Schweigen und zeigten in der Abstimmung, welche Stellung sie einnehmen.

Damit dürften wohl die Illusionen über die „liberale" Hamburger „Extremistenordnung" vom Tisch sein. (nach „offensiv", Zeitung des SHB Hamburg, Okt. 77).

Berufsverbote-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

KURZMELDUNGEN KURZMELDUNGEN KURZMELDUNGEN

Bremen. Der Bremer Atomphysiker Jens Scheer, soll nach dem jetzt bekanntgewordenen Urteil des Disziplinarhofes beim Verwaltungsgericht Bremen für immer aus dem Dienst der Bremer Universität entfernt werden, weil er sich aktiv für die „KPD" eingesetzt hat. Diese Entscheidung fiel nach über neunstündiger „Beweisaufnahme", wie die FR vom 26.10. berichtete. Das Urteil ist allerdings noch nicht rechtskräftig. Auch liegt die schriftliche Begündung noch nicht vor. Scheer kann gegen das Urteil Berufung beim Disziplinarhof einlegen.

Tauberbischofsheim. In Tauberbischofsheim wurde in der vergangenen Woche die Studienreferendarin Marion B. vom Oberschulamt in Stuttgart noch während ihrer Ausbildung dem Schuldienst entlassen. Marion B. habe am Matthias-Grünewald-Gymnasium durch „ *verschiedene Aktivitäten erhebliche Unruhe bei Schülern, Eltern, Lehrern und der Schulleitung verursacht. Frau B. weigerte sich u.a. die Noten fünf und sechs zu geben. Sie hielt eine vom Oberschulamt ausdrücklich untersagte ,Elternversammlung' am Montag dieser Woche ... ab, sie verteilte in unzulässiger Weise Flugblätter, diskutierte sachfremd mit Schülern im Französisch- Unterricht und widersetzte sich Anweisungen der Schulleitung und des Oberschulamtes".* (Fränkische Nachrichten vom 17.10.)

Da diese Begründung denn wohl doch etwas dürftig und wenig beweiskräftig aussieht, sah man sich von seiten der Berufsverbieter und ihrer Propagandisten in der örtlichen Presse wohl genötigt, noch einen „erschlagenden" Grund nachzuliefern: *„Marion B.s dubiose politische Ziele"*. so der Titel eines Kommentars in den FN vom 19.10. zu diesem Berufsverbot.: *„Wie sich nunmehr bestätigt hat, ist Marion B. dem Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) zuzuordnen ... Zu den Zielen des KBW gehört auch die Radikalisierung von Studenten und Schülern, von Lehrlingen und Jungarbeitern. Um dies zu erreichen, versucht man in fast allen Fällen ein „Problembewußsein" bei den Betroffenen zu schaffen..."*. Da haben wir es also: wer versucht, bei Schülern, Studenten usw. ein Problembewußtsein zu erwecken, ist dem KBW „zuzuordnen". Ist doch logisch oder? Daß sich Schüler gegen dieses Berufsverbot zur Wehr gesetzt haben, kommentiert dieser saubere „Demokrat" wie folgt: *„Die jüngste Flugblattaktion von Schülern der beiden Tauberbischofsheimer Gymnasien zeigt, daß die jungen Menschen wahrscheinlich nicht über die politischen Absichten von Marion B. informiert sind (seltsam,seltsam!). Sie lassen sich also offensichtlich bedenkenlos vor deren KBW-Karren spannen."*

Hagen. Die 26-jährige Hauptschullehrerin Angelika H. aus Hagen erhielt vom zuständigen Regierungspräsidenten zum Zeitpunkt ihrer Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit die Kündigung. Angeblich sei sie DKP-Mitglied.

Kiel. Im Fall der arbeitslosen Lehrerin Verena K. aus Kiel (siehe Ak 115) haben sich neue Entwicklungen ergeben. Nach der Einstellungsablehnung durch das Landesschulamt Schleswig-Holstein mit der Begründung *„Lt. Mitteilung Verfassungsschutz darf keine Einstellung erfolgen"* verweigerten jetzt die Vertreter des Landesschulamts Frau K. die Akteneinsicht mit der makabren Begründung, ihr stünde als Nichtbeamtin kein Einsichtsrecht zu. Auch die behördliche Niederschrift über ihr Anhörungsverfahren darf sie nicht einsehen, so daß sie nicht einmal feststellen kann, ob ihre Erklärungen korrekt wiedergegeben wurden. Praktisch werden so Geheimakten, die die betroffene Kollegin mangels Kenntnis nicht widerlegen kann, zur Grundlage des Berufsverbots gemacht.

Der Präsident des Landesschulamts, Laufer, hat sich inzwischen auf die Behauptung zurückgezogen, bei der Anweisung des Verfassungsschutzes handle es sich um ein „Büroversehen". Solche Vermerke seien natürlich vertraulich zu behandeln.

Kiel: Nachdem dem Assistenzarzt Dr. B. schon im Jahre 1975 die Verlängerung seines Arbeitsvertrages verweigert wurde, er aber seine Einstellung per Gerichtsbeschluß erreichen konnte, wurde er jetzt endgültig entlassen. Hatte aber noch im ersten Gerichtsverfahren die angebliche Mitgliedschaft im KB eine wesentliche Rolle in der Argumentation der Behörden gespielt, schalteten diese jetzt auf eine ganz hinterhältige Tour um: auf einer Kreistagssitzung wurde die Assistenzarztstelle einfach gestrichen, da angeblich „Personalüberschuß" bestehe. Nicht umsonst vermutet aber der „Ostholsteinische Anzeiger" weiterhin: *„Mußte Neustädter Arzt gehen, weil er Kommunist ist?"*

Kiel: Wegen *„verfassungsfeindlicher Tätigkeit"* und *„fortlaufender Verstöße gegen das Beamtenrecht"* ist der Lehrer Manfred H. von der Realschule Bredstedt mit sofortiger Wirkung suspendiert worden. Vorgeworfen wird ihm die Mitgliedschaft im KBW und die Weigerung, sich von bestimmten Passagen des KBW-Programms zu distanzieren.

Dortmund. Die Dortmunder Lehrerin Christianna Fl., gegen die über längere Zeit ein Berufsverboteverfahren lief, erhielt kürzlich ihre Ernennungsurkunde zur Beamtin auf Lebenszeit. Der Dortmunder Lehrerin Annette B. W. wird dagegen weiterhin die Übernahme in den Schuldienst mit dem „Argument" verweigert, sie habe an DKP-Veranstaltungen teilgenommen.

Nach Angaben der Dortmunder Initiative gegen Berufsverbote wurden in der letzten Zeit allein 30 Dortmunder Bürger, die sich um Anstellung im öffentlichen Dienst bewarben, zu Anhörungsverfahren geladen. Dabei wurde ihnen teilweise verboten, Informationen über dies Verhöre an „Dritte" weiterzugeben.

München. Die CSU-nahe „Aktion Funk- und Fernsehen e.V." bereitet gegenwärtig einen Aufruf an die Ministerpräsidenten der Länder vor, in dem diese aufgefordert werden, *„für eine Änderung der Landesrundfunkgesetze mit dem Ziel einzutreten, Verfassungsfeinden Zugang zu Mikrofon und Bildschirm zu verwehren."* Da dies schon heute nahezu der Fall ist, kann diese Initiative eigentlich nur darauf zielen, auch sozialdemokratische und liberale Journalisten und Redakteure herauszusäubern und einen Regime-Rundfunk ganz nach CSU-Wünschen herbeizuführen.

Karlsruhe. Der zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat den Antrag des baden-württembergischen Kultusministers Hahn (CDU, früher NSDAP) abgelehnt, den Bundesverfassungsrichter Hirsch bei der Behandlung der Verfassungsbeschwerde des Karlsruher Studienrats Fritz Güde gegen seine Dienstenthebung als „befangen" abzulehnen. Hirsch hatte sich in der Vergangenheit einige „kritische" Bemerkungen über die Praktizierung der Berufsverbote abgekniffen. Gegen die Berufsverbote selbst hatte er allerdings nicht Stellung genommen. Der zweite Senat begründete seine Entscheidung jedoch eigentlich voll im Sinne Hahns: Bisher habe Hirsch nur gegen Berufsverbote bei der Einstllung in den öffentlichen Dienst Stellung bezogen. Der Fall Güde betreffe aber die Entfernung aus dem öffentlichen Dienst; darum könne „ *das ungewöhnliche, mit der gebotenen Zurückhaltung schwer verträgliche, persönlich gefärbte Eingreifen in die öffentliche Diskussion"* alleine noch keine Befangenheit begründen.

Gerade nochmal davongekommen, der Hirsch. Wie man sieht, ist aber der CDU-Mehrheit im BVG allerdings selbst schon die leiseste Kritik an einigen Auswüchsen der Berufsverbote-Praxis zuviel. Da wird sich Hirsch nun wohl künftig etwas mehr zurückhalten müssen.

Brüssel. Auf einem „internationalen Kolloquium" in Brüssel wurde gegen die Berufsverbote in der BRD protestiert.

Regensburg. Der Lehramtsanwärter Walter Erich W. wurde vor zwei Jahren von der Regierung der Oberpfalz wegen seiner Mitgliedschaft im MSB Spartakus nicht als Volksschullehrer in den Schuldienst übernommen. Das Verwaltungsgericht Regensburg bestätigte jetzt das Berufsverbot. In der Urteilsbegründung heißt es u.a.: *„Seine Positionen decken sich auch mit denen, die in dem Sonderheft des DGB-Instituts „Unternehmerstaat oder Gewerkschaftsstaat" vertreten werden. Deshalb müsse im Fall W. das gewerkschaftliche Sympathisantenumfeld durch ein negatives Urteil gewarnt werden."* (UZ, v. 20.10.77)

Regensburg. Bei der abschließenden Beweisaufnahme im Berufsverboteverfahren des Diplomsoziologen und Stadtratskandidaten Fred K. kritisierte der Vertreter des Kultusministeriums, Vizekanzler Wiesner die Anhörung durch den Rektor der Universität, Professor Obermair. K. hatte sich vor vier Jahren für eine Assistentenstelle an der Uni Regensburg beworben. Im Rahmen der Bewerbung mußte K. sich einer Anhörung durch den Rektor der Uni unterziehen. Professor Obermair bestätigte K., daß dieser keine verfassungsfeindlichen Ziele verfolge. Nun behauptete der Regierungvertreter, diese Gesinnungsprüfung sei nicht „kritisch genug", ja geradezu eine „Gefälligkeitsüberprüfung" gewesen.(UZ, v.4.10)

Essen. Die Rehabilitationsassistentin Tamara K. ist aufgrund ihrer Juso-Mitgliedschaft von der Geschäftsleitung der Fachklinik Rhein-Ruhr in Essen-Kettwig nicht eingestellt worden. Tamara K., die ausgezeichnete Zeugnisse vorweisen konnte, wurde von der Klinik als linksradikal eingestuft.

Konstanz. Der Diplompsychologe Dieter B. ist seit dem 30.6.77 aus seinem Job als wissenschaftlicher Angestellter an der Uni Konstanz entlassen. Als Begründung für dieses Berufsverbot gab das baden-württembergische CDU-Kultusministerium an, daß *„im Bereich der Erziehungswissenschaften Marxisten besonders untragbar seien."* Außer des Protestes von etwa 100 Professoren und Assistenten der Uni Konstanz hat es von vielen ausländischen Persönlichkeiten und Gruppen Proteste gegeben.

Hannover. Die Diplompsychologin Erika K. hat sich bei der Bewerbung für eine freie Psychologenstelle an der Medizinischen Hochschule in Hannover als qualifizierteste von 44 Bewerbern erwiesen. Gegen sie läuft nun schon seit Wochen von Seiten des Kultusministeriums ein politisches Prüfungsverfahren. Gegen diese Gesinnungsschnüffelei und für die sofortige Einstellung setzten sich die Mitgliederversammlung der ÖTV an der Psychiatrischen Klinik und eine ausserordentliche Vertrauenskörperversammlung der Hochschule ein.

Boppard. Bundesbahnobersekretär Hermann Sch., der seit zwölf Jahren bei der Bundesbahn arbeitet, soll nun Schwierigkeiten bei seiner Verbeamtung auf Lebenszeit bekommen. Grund: Mitgliedschaft und Kandidatur für die DKP. Gegen ihn ist ein Untersuchunsverfahren eingeleitet worden, obwohl seine dienstlichen Leistungen als hervorragend und untadelig beurteilt wurden. Sch. wäre ja nicht der erste Berufsverbotefall bei der Bundesbahn.

Hamburg. Der Hamburger Vermessungsgehilfe Jürgen K., der vor etwa einem Jahr vom Hamburger Senat für eine Stelle in der Wohngeldabteilung des Ortsamtes Hamburg Lokstedt wegen seiner DKP-Mitgliedschaft abgelehnt wurde, ist vors Arbeitsgericht gezogen. Dies tagte auch am 30. September, konnte jedoch nicht zu einer Entscheidung kommen, da der Vertreter der Stadt Hamburg, der ehemalige Bürgermeister Peter Schulz (SPD) erklärte, er müsse erst noch prüfen, für welche Stelle K. vorgesehen sei und ob er die nötigen Qualifikationen besitze. Seit Monaten ist bekannt, für welches Amt sich K. beworben hatte, zumal er sogar von der Leitung dieses Amtes angefordert worden war.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg



Erneuter Prozeß gegen Peggy Parnass

Am 13.1o.77 fand eine Berufungsverhandlung gegen Peggy Parnass statt. Vorwurf: „Beleidigung" eines Richters.

Worum ging es? Im März 75 erschien ein Artikel von Peggy Parnass, „Hilfe, Polizei", in der Zeitschrift „konkret", in dem sie unter anderem die über jedes erträgliche Maß hinausgehende skandalöse Prozeßführung des Richters Graue deutlich zu machen versuchte. Es ging seinerzeit um den Prozeß gegen den Studenten Strate, der gegen Fahrpreiserhöhungen demonstriert und der bei einem Zusammenstoß mit der Polizei versucht hatte, seinem nach einer Querschnittslähmung nur halbwegs wiederhergestellten Freund gegen Polizeiübergriffe zu schützen. Dafür handelte er sich reichlich Anklagepunkte ein: Hausfriedensbruch, Widerstand, Gefangenenbefreiung, Beleidigung, Nötigung. Peggy charakterisierte in ihrem Artikel den Vorsitzenden Graue folgendermaßen: „*Ein übergroßer, rosiger Mensch, jung und glatt, die ganze Zeit kalt aggressiv, spricht dauernd mit drohendem Unterton, macht nicht einmal den Versuch, auf den Verteidiger einzugehen, verteilt Verwarnungen wie ein Karnevalsprinz Karamellen... Zwischenbemerkungen aus dem Publikum, zu Recht geäußerte Empörung gegen die Verhandlungsführung läßt Graue brüllen: 'Raus! Abführen!' und zu dem kleinen, milden Saalwachtmeister: ,Wenn sie es nicht allein schaffen, holen sie Verstärkung!'*

Da die Öffentlichkeit darauf besteht, weiterhin Zeuge der Vorgänge zu sein, kommt es zu Handgreiflichkeiten. Ich höre mich dem Richter, der mir hier zum ersten Mal begegnet, entgegenschreien:

,Jetzt zwingen sie den Beamten zur Brutalität, so wie auch dieser Polizist (ein Zeuge – Anm. AK) *zur Brutalität gezwungen wurde. Merken Sie nicht, was Sie tun? Sie zwingen ihn.' Graue brüllt: ,Wer sind Sie denn überhaupt?' und läßt die Leute aus dem Saal zerren. Verteidiger Mäffert: ,Eine aus dem Publikum zu Recht geäußerte Empörung darf nicht dazu führen, daß ausgeschlossen wird.' Zusammenhänge werden klar. So läuft das. Einer ordnet an. Macht sich die Hände nicht schmutzig. Er i s t schmutzig...*

Graue steht auf seinem Richterplatz und grinst, als die rausgezerrten Mädchen kreischen."

Soweit das etwas längere Zitat. Der Satz, Richter Graue sei schmutzig, genügte dem ersten Gericht, ohne Anhörung der Angeklagten, 1.500 DM Geldstrafe zu verhängen. Bei der zweiten Verhandlung wurde Peggy wegen „Beleidigung" zu 900 DM Geldstrafe verurteilt, ersatzweise 30 Tage Haft. In der jetzigen Berufungsverhandlung sieht „konkret"-Presseanwalt Jipp in der Anklage die Funktion, eine engagierte Journalistin mundtot zu machen: nicht so, daß sie gar nicht mehr schreibt, sondern daß sie eben anders schreibt. Ein „ungeheurer Skandal" in der Prozeßführung sei von Peggy Parnass beobachtet worden, dieser mußte in Worte gefaßt werden, wobei auch scharfe, zum Teil überpointierte Formulierungen nötig sein könnten, insbesondere in diesem Fall, wo durch Richter Graue mit Leichtigkeit gesetzliche Möglichkeiten mißbraucht worden waren; statt nun nach einem gelungenen Fehltritt von Peggy Parnass Ausschau zu halten, sollten sich die Dienstvorgesetzten Graues vielmehr fragen, ob dieser Richter nicht zum Beispiel im Grundbuchamt besser aufgehoben sei. Für Rechtsanwalt Jipp war Peggy's Formulierung ohne jede strafrechtliche Relevanz, daher seine Forderung nach Freispruch.

Der Wahrheitsgehalt, der von Peggy im Artikel genannten Fakten, wurde vom Gericht anerkannt. Da aber bei einer „Beleidigung" nicht die Wahrheit, sondern nur die Form ausschlaggebend ist, war dies unerheblich. Mit der beanstandeten Formulierung werde Richter Graue der „sittliche Wert" abgesprochen, die Formulierung bedeute, Richter Graue habe einen schmutzigen Charakter; damit habe Peggy den Rahmen des Erlaubten überschritten.

Die Berufung wurde zurückgewiesen, das Urteil des Amtsgerichts auf 900 DM Geldstrafe, ersatzweise 30 Tage Haft, bestätigt. Auf die Frage von Peggy an den Richter, wie er denn den beanstandeten Satz formuliert hätte, wußte er allerdings auch keine Antwort – er hätte den Passus ersatzlos gestrichen.

Ein Zuhörer des Prozesses

Repression in München

den Saalwachtmeister: ,Wenn sie es nicht allein schaffen, holen sie Verstärkung!'

Da die Öffentlichkeit darauf be-

anders schreibt. Ein „ungeheurer Skandal" in der Prozeßführung sei von Peggy Parnass beobachtet worden, dieser mußte in Worte gefaßt

auch keine Antwort – er hätte den Passus ersatzlos gestrichen.

Ein Zuhörer des Prozesses

Repression in München

Eine geplante Rock-Knastfete des Kollektivs Rote Hilfe München, mit dem sie Geld für ihre Knastarbeit reinbekommen wollten, wurde von Seiten der CSU und der bürgerlichen Presse heftig unter Beschuß genommen. Nachdem die „Münchner Gaststättengesellschaft" schließlich den Vertrag über die Raumanmietung kündigte, erwirkte das Kollektiv eine einstweilige Verfügung dagegen; es bestand also die Gefahr, daß das Fest doch stattfindet. Nun verbreitete der „Münchner Merkur" zwei Tage vor dem Fest eine Selbstdarstellung des Kollektivs, die nun eindeutig ihre Terror-Nähe dokumentieren sollte. Schlimme Sachen wie diese: „*die Rote Hilfe ist eine „revolutionäre sozialistische Vereinigung, die sich für alle Gefangenen einsetzt, da sich die staatliche Repression in Gefängnissen, Erziehungsanstalten und psychiatrischen Kliniken am härtesten auswirkt*". Auch wurde beim Polizeipräsidium nachgefragt, warum die Veranstaltung nicht verboten werde. Die Antwort, das „Kollektiv Rote Hilfe sei bisher noch nicht in Erscheinung getreten" läßt uns allerdings fragen, was denn dann den Staatsschutz veranlaßte, in der Woche vor Verkündung der Stammheimer Urteile eine Totalüberwachung des Kollektivs vorzunehmen – dokumentiert in Bandaufnahmen vom Polizeifunk.

Trotz einstweiliger Verfügung wurde das gemietete Schwabingerbräu von der Polizei abgesperrt und erst mit erheblicher Verspätung konnte die Veranstaltung schließlich doch beginnen. Aber die Schikanen gingen weiter. 10 Zivile vom LKA versuchten in Zusammenarbeit mit der „Münchner Gaststättengesellschaft durch immer neue Auflagen, die Sache noch platzen zu lassen. Erst mußten Plakate abgenommen werden wie dieses: „*Kein Prozeß für Rolf Pohle – Einhaltung der Auslieferungsbedingungen von Athen*" und Bilder wie das von Ulrike Meinhof, tot mit Strang um den Hals. Es wurde angedroht, ansonsten den Strom abzuschalten. Ein paarmal wurde aus den verschiedensten Gründen der Abbruch der Veranstaltung angedroht. Als schließlich auch noch das Tanzen verboten werden sollte und der Saft abgedreht wurde, begann es heiß zu werden. Schuhe wurden ausgezogen und der Saal dröhnte von ohrenbetäubendem Getrommel auf Tische und Stühle. Bevor was zu Bruch gehen konnte schien es den Wirten ratsamer, den Strom wieder einzuschalten. So wurde dieses sehr gut besuchte Fest doch noch ein Erfolg.

Die Hetze in Münchens Blätterwald ging indes weiter. So durfte in der „Süddeutschen Zeitung" vom 24. 10. der CSU-Pressesprecher die Kollektivleute als „Politgesindel" bezeichnen. Dieser Herr bekundete des weiteren seinen „Respekt vor dem Wirt des Schwabingerbräu" weil er nicht nur kommerziell gedacht habe. Auf die Sprünge geholfen bei dieser nichtkommerziellen Denkungsart hat ihm übrigens kein geringerer als sein Duzfreund F.J. Strauß persönlich, wie aus Äußerungen des Wirts gegenüber der Roten Hilfe hervorgeht.

Der CSU sowie der „SZ" bleibt die Erlaubnis für das Knastfest unverständlich und es wird der Verfassungsschutzbericht 76 zitiert, wo das Kollektiv unter der Rubrik „Anarchismus und Terrorismus" zu finden sei und lediglich eine „ideologische Distanz" zur RAF bestehe. Zitate in der „SZ" aus Veröffentlichungen der Roten Hilfe sollen das wohl belegen: „*Immer schärfer wird die politische Unterdrückung und Verfolgung ... „Wer den Inhaftierten helfen will und damit sich selber, muß gleichzeitig eine Veränderung unserer Gesellschaftsordnung wollen, die erst ihre besondere und unsere eigene Situation geprägt hat*".

Mit dem Kampfgeschrei: Terror! Anarchie! sollen also wieder mal Ankläger gegen Repression in diesem Land mundtot gemacht werden und das Aufzeigen eines sozialistischen Ziels kriminalisiert werden.

KB-Sympathisanten/München

Arbeitsverbot und Sippenhaft

Die Heimatstadt des Arbeiters Martin K. ist Neumarkt/Opf., eine CSU-Mittelstandsstadt mit 30.000 Einwohnern; die höchste Arbeitslosenquote Bayerns unter Jugendlichen, die höchste Alkoholismus- und die höchste Kriminalitätsquote unter Jugendlichen.

1971 schloß Martin K. eine Einzelhandelskaufmannslehre ab. Etwa zur selben Zeit wurde sein wegen „terroristischer" Aktivitäten gesuchter Bruder festgenommen und zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt.

In den Jahren seit 1971 arbeitete Martin bei verschiedenen Firmen im Raum Nürnberg fast ausschließlich als Gelegenheitsarbeiter (teilweise mit befristeten Arbeitsverträgen). In Neumarkt selbst stellt ihn keine Firma mehr ein. Ein Inhaber eines Holz- und Beton-Werks: „*Wenn der eine Bruder schon Anarchist und Brandstifter ist, ist's der andere vielleicht auch!*" Auf dieser Bandbreite etwa lagen alle Äußerungen, die Martin auf seiner Arbeitssuche zu hören bekam.

1975 beendete Martin den zweiten Bildungsweg erfolgreich mit der „mittleren Reife" (wobei er zeitweise neben der BAS ganztags bei der Post arbeiten mußte). Die vorher gemachten Versicherungen der Postbehörden, mit der mittleren Reife erstens Aussicht auf eine längerfristige Arbeit zu haben und zweitens vielleicht sogar in den mittleren Dienst aufgenommen zu werden, erfüllten sich nicht.

Martin blieb, was er war: Gelegenheitsarbeiter, pendelnd zwischen Arbeitsamt und Firmen, die ihn, wenn sie ihn brauchten, einstellten, wenn sie ihn nicht mehr brauchten, eben wieder rausschmissen. Bis zum April 77 war Martin in einem befristeten Arbeitsverhältnis bei der Post Nürnberg. Da sie ihm keine längere Arbeitsvertragsdauer zusichern wollten, kündigte Martin 7 Tage vor Vertragsende und fing bei einer anderen Firma an. Ein späterer Versuch, bei der Neumarkter Postbehörde angestellt zu werden (er hat den Postführerschein , war Briefträger u.a.) wurde abgelehnt: „wir stellen zur Zeit niemanden ein". Als Martin jedoch erfuhr, daß noch Leute eingestellt wurden (Studenten und Schüler, die sogar den Postführerschein erst machen mußten–Preis 500 DM versuchte er in Nürnberg die Gründe zu erfahren, warum sie ihn nicht genommen hatten. Von einem höheren Beamten bekam er die Auskunft: „Weil ihr Bruder Anarchist und terroristischer Gewalttäter ist".

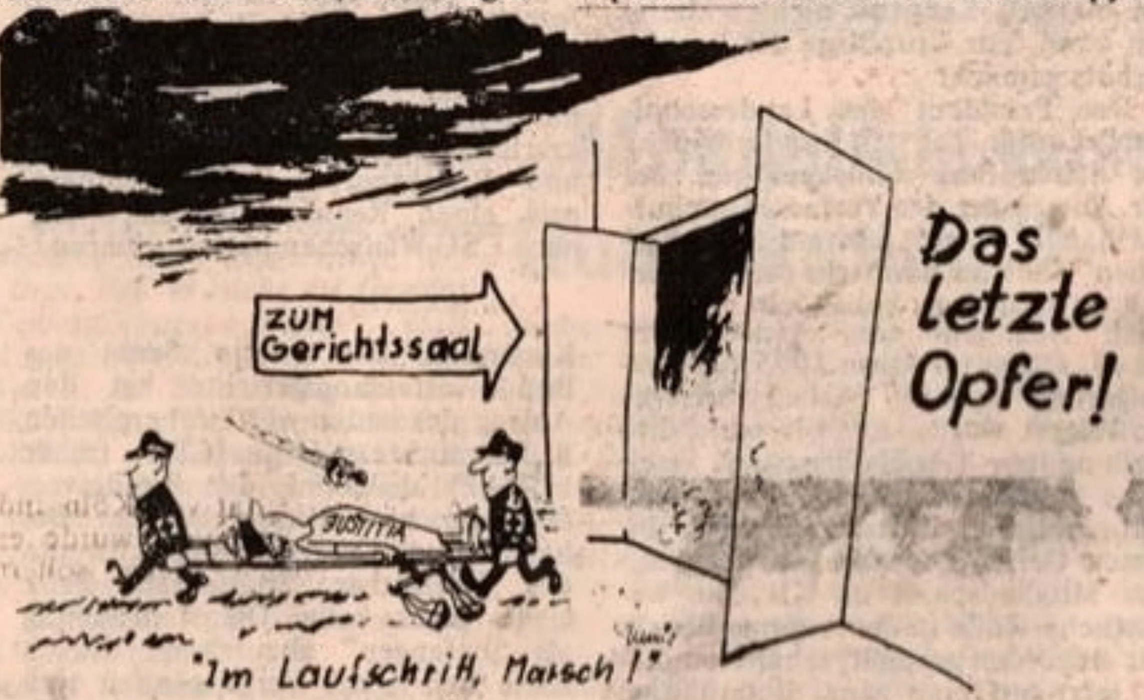
Empört und zornig über diese Einführung der faschistischen Sippenhaft schrieb Martin an das Bundesministerium. Seine Mutter beschwerte sich ebenfalls beim Herrn Gscheidle. Beide Eingaben wurden abgeblockt mit der seltsamsten Begründungen: Martin wäre nur deshalb nicht eingestellt worden, weil er ein „schlechter Arbeiter" wäre (warum haben sie ihn dann 5 Jahre ständig beschäftigt?) oder er sei unentschuldigt ferngeblieben (was eine nachweisbare Lüge ist). Die Beteuerungen des Ministeriums und der Behörden in Nürnberg und Neumarkt überschlugen sich. Die Sippenhaft blieb dennoch.

Gefangenengruppe Nürnberg

Klassenjustiz-Kurzmeldungen

6 Monate Knast wegen Meinungsäußerung

Im Oktober wurde Dieter Kunzelmann, presserechtlich Verantwortlicher der „Roten Hilfe e.V." („KPD"-nahe) zu sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Vier Mitangeklagte erhielten Geldstrafen zwischen 300,- und 1.200,- DM. Gegenstand der Anklage waren 3 Flugblätter der „Roten Hilfe e.V." und eine Broschüre dieser Organisation „Weg mit dem faschistischen Polizeigesetz", die schon im Herbst 76 beschlagtnahmt worden war. „Beschimpft" und „beleidigt" worden soll die Bundesrepublik Deutschland durch Zitate wie „ ... *sie* (die Notstandsgesetze) *bedeuten den legalen Terror gegen das Volk...*", „*Ausbau des Polizei- und Spitzelapparats ...*", „*Zunahme der Polizeiwillkür und der polizeilichen Selbstjustiz...*" (alle Zitate aus einem Flugblatt der „Roten Hilfe e.V." vom Mai 76). Dies alles soll laut Meinung des Gerichts nicht erlaubt sein und es stützt sich dabei auf den berüchtigten „Staatsschutz"-Paragraphen 90a. Danach wird mit einer Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren bestraft, wer „*öffentlich die Bundesrepublik Deutschland ... beschimpft oder böswillig verächtlich macht.*" Die Auffassung der Verteidiger, daß Begriffe wie „*Bürgerkriegstruppe*", „*Polizeimord*" usw. im „*politischen Tageskampf von der Meinungsfreiheit gedeckt*" seien, wurde vom Gericht nicht akzeptiert, stattdessen setzte es mit diesem Terrorurteil neue Maßstäbe.



Terrorurteil gegen Uwe Henning

Am 13.10. wurde ein Terrorurteil gegen den wissenschaftlichen Assisten am Westberliner Max-Planck-Institut, Uwe Henning, gefällt. Er wurde angeklagt wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" und mußte s o f o r t den Haftvollzug antreten.

Uwe Henning hatte im Mai 1971 Gudrun Ensslin, die sich Uwe als „Margret" vorgestellt hatte, kennengelernt. Henning, der damals aus beruflichen Gründen eine Wohnung in Frankfurt angemietet hatte, mußte wieder zurück nach Westberlin und überließ Gudrun Ensslin alias „Margret" seine Frankfurter Wohnung. Bis dahin, so Richter Schäfer, läge „*kein strafbares Verhalten*" vor.Erst am 7.6.72, als Henning selbst erkannte, daß seine Bekannte niemand anderes als Gudrun Ensslin war, soll Henning sein „Verbrechen" begangen haben – nämlich daß er seine Frankfurter Wohnung nicht sofort abmeldete. So diente die Wohnung „der RAF als Unterschlupf". Henning, so der Richter, habe ab diesem Zeitpunkt aus Vorsatz (!) gehandelt, es handele sich nicht um eine Unterlassung. **Zwei Jahre und drei Monate, so lautete das Urteil!!** Denn, so Schäfer, als „strafverschärfend" komme hinzu, daß die „*RAF auf Hilfe von außen angewiesen*"sei. Die umgehende Anordnung des Strafvollzuges wurde mit „Fluchtgefahr" und Hennings österreichischer Staatsbürgerschaft begründet.

Modell Deutschland in voller Aktion: Zwei Jahre und drei Monate Haft, nur weil Henning eine Wohnung nicht gekündigt hatte!

Sofortige Freilassung von Uwe Henning!

IKAH Westberlin

ai-Plakate „schaden der Wirtschaft"!

Immer dreister werden die Begründungen, mit denen die Herrschenden kritische Meinungsäußerungen verbieten. In der westfälischen Stadt Rheda-Wiedenbrück durften jetzt neben Plakaten des Heidelberger Grafikers Klaus Staek auch zwei Fotokollagen der Gefangenenhilfsorganisaton amnesty international (ai) nicht gezeigt werden. Auf diesen beiden Plakaten wird auf die Tatsache der Folter im Iran hingewiesen – und das darf nach dem Willen des CDU-Mannes und Vorsitzenden des Ratsausschusses für „Kultur und Wirtschaft", Philipp Wietlake, nicht sein. Denn, so Wietlake, Hinweise auf die grausamen Folterungen durch das iranische Regime schaden den Wirtschatsbeziehungen zum Iran. Mit dieser Begründung, die von der FDP unterstützt wurde, kam dieser Albrecht-Schüler („Folter ist unter gewissen Umständen sittlich geboten") durch und die beiden amnesty-Plakate dürfen auf der Ausstellung (sie findet im Rathaus statt) nicht gezeigt werden. Sehr lau fiel die Kritik der SPD aus. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Thüsing bezeichnete das Verhalten des „Kulturausschusses" als „zynischen Opportunismus", Weil offenbar Unterdrückung nur da angeprangert werden soll, wo keine wirtschaftlichen Konsequenzen zu befürchten seien. Es bleibt allerdings zu fragen, warum gegen die Zensur der Staek-Plakate von dem SPD-Abgeordneten schon gar nicht mehr protestiert wird ... (nach PPP, 14. und 17.10.77).

IKAH Hamburg

»...soll uns doch der Atem schön allmählich abgestellt werden« (»Blatt«)

Die juristischen Angriffe gegen das Münchner „Blatt" häufen sich:

– Im „85. Blatt" ist eine „Presseerklärung der Revolutionären Zellen zu 2 Brandanschlägen gegen den faschistischen Film ‚Unternehmen Entebbe' " abgedruckt. Das ‚Blatt' selbst kommentierte und distanzierte sich nicht:

„Wir selbst mögen uns zu den Anschlägen aus altbekannten Gründen lieber nicht äußern." Außerdem erlaubte sich das ‚Blatt' unverschämterweise, eine Meldung der Süddeutschen Zeitung (SZ) richtigzustellen, in der von den „bislang unbekannten Revolutionären Zellen" gesprochen wird: *„. . . die RZ arbeiten kontinuierlich seit ca. 2 Jahren".* Urteil: 1600.–Mark Geldstrafe (80 Tage).

– In Zusammenhang mit einem Bericht über eine Demonstration gegen HRG (Hochschulrahmengesetz) und BHG (Bayrisches Hochschulgesetz) wird das Brustbild des Zivilbullen „Helmut Bötcher vom (politischen) Dezernat 14" im 98. Blatt abgelichtet. Urteil: 600.–Mark Geldstrafe. Begründung: „Verstoß gegen das Kunst- und Urheberrechtsgesetz".

– In „Blatt 101" findet sich ein *„Artikel über das Bemalen von Hauswänden, zwecks Verschönerung der Stadt".* Für die Münchner Staatsanwaltschaft allemal Grund genug, gegen das Blatt ein *„Ermittlungsverfahren wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten"* einzuleiten.

– Am 3.11. findet die Berufungsverhandlung gegen einen Blatt-Redakteur statt. Ein Artikel im 79. Blatt, der sich mit den Problemen von Päderasten befaßt, wird von der Staatsanwaltschaft zur „Verbreitung jugendgefährdender Schriften" gemacht, was freilich verboten ist. Urteil in erster Instanz: 1800.–Mark Geldstrafe (90 Tage), (alle Zitate nach ‚Blatt').

Wurde das ‚Blatt' (trotz 13.500 Auflage) in der bürgerlichen Presse bislang weitgehendst totgeschwiegen, so finden sich in letzter Zeit in den verschiedensten Produkten der gleichgeschalteten Staatspresse immer häufiger Hetzartikel gegen die beliebte Münchner Stadtzeitung. So wütete der ‚Bayernkurier' von Strauß am 8.10. eine halbe Seite lang: *„Sympathisanten der Terroristen gibt es nicht nur im Untergrund – sie wühlen und hetzen in aller Öffentlichkeit, unbehelligt und ungestraft. Blatt ist nur ein Beispiel dafür."* Und: *„Solange noch Pamphlete wie Blatt, die auf die Zerstörung unseres Staates hinarbeiten, für jedermann öffentlich am Kiosk für 1.50 DM erworben werden können, solange wirken die beschwörenden und beschwichtigenden Kanzlerappelle in dieser kritischen Zeit nur als verbale Schaumschlägerei"!*

Wie widersprüchlich die Meldungen der „Presse für die Erhaltung des ‚liberalen Staates' " sind, zeigt, wie das ‚Blatt' gleichermaßen in die Nähe des KBW und der Anarcho-Szene gerückt wird. *„Es* (das ‚Blatt', Anm. AK) *gibt sich unabhängig und durchbricht so das Partei-Ghetto. Derweil ist die Nähe zum KBW unverkennbar"* (Rheinischer Merkur). Anders die ach so „liberale" Süddeutsche Zeitung (SZ), die ungeniert vom *„Baader-Meinhof-Blatt"* schreibt. Das CSU-Blatt ‚Münchner Merkur' (MM) macht aus der Münchner Stadtzeitung ein einflußreiches *„Kommunikationsorgan der linken ‚Szene' "* (bis dahin stimmt's noch, Anm. AK), das seinen Einfluß konsequent nutzt *„zur Idealisierung anarchistischer Ziele und zur Rechtfertigung terroristischer Praxis".* Und damit's den Leser auch richtig schreckt, werden aus den 13.500 flugs 135.000 Auflage gemacht.

Blatt-Kommentar: *„. . . wenn das so wäre, wäre der Merkur schon längst von den Kiosken verschwunden".*

Selbstverständlich wird für diese Schreiberlinge mit dem ‚Blatt' noch nicht hart genug umgegangen, bei einer so hohen Auflage schließlich sind Geldstrafen in dieser Höhe „ – *für ‚Blatt' eine Lappalie"!* Angesichts der zunehmenden Hetze und Kriminalisierung, die auf das ‚Blatt' hereinbricht und wenn man die jüngsten Terrorurteile gegen Buchläden etc. liest, können wir verstehen, daß so manchem Blatt-Redakteur Angst und Bange wird. Denn auch die Blatt-Genossen wissen: *„Noch immer wurden Verbote, Liquidierungen, Beschränkungen in ‚unserem' Staat von den Schmierereien irgendwelcher Lohnschreiberlinge und -filmer in den Massenmedien eingeleitet, vorbereitet, gesellschaftsfähig gemacht."* Weniger Verständnis haben wir allerdings dafür, wenn *„eine Folge dieser ewigen* (wo leben wir denn?, AK) *Angriffe ist, daß wir es inzwischen schon müde sind darüber zu berichten".* Zur allgemeinen Freude der Staatsanwaltschaft, könnte man noch hinzufügen. Weitermachen: München braucht das ‚Blatt' – (aber nicht nur das!).

KB-Symp./München

keit, unbehelligt und ungestraft. Blatt ist nur ein Beispiel dafür." Und: *„Solange noch Pamphlete wie Blatt, die auf die Zerstörung unseres Staates hinarbeiten, für jedermann öffent-*

man noch hinzufügen. Weitermachen: München braucht das ‚Blatt' – (aber nicht nur das!).

KB-Symp./München

Verbotener Müll

Seit Anfang Mai dieses Jahres sind politsatirische Postkarten mit 16 verschiedenen Motiven von Ernst Volland auf dem Markt. Zu der nebenstehenden Fotokollage wurde Volland durch das Foto eines Mannes, der etwas unter einen Rasen kehrt, inspiriert. *„Ich überlegte: Was kehren denn die Spitzen dieser ehrenwerten Gesellschaft für gewöhnlich wie gewohnt untern Teppich, untern Rasen? Ihre Jahrhundertsauereien und ihre Alltagsaffairen, Korruption, Bestechung, Betrug, Ungerechtigkeiten en gros und en detail ... Und ich überlegte weiter: Was wäre denn notwendigerweise untern Teppich sprich untern Rasen zu kehren, als Müll, der die soziale Landschaft verschandelt. Und ich dachte: Das wären die Inhaber wirtschaftlicher und damit politischer (All)macht, internationale Konzerne, Multis wie ITT, SHELL, FORD, Geldgiganten wie die DEUTSCHE BANK, aber auch, als personell wie sinnlich erfahrbarer Repräsentant, als Figur, als Charaktermaske kapitalistischer Macht: Der amtierende „Bundespräsident" der westdeutschen Arbeitgeberverbände, Hanns Martin Schleyer ..."* Diese Gedanken, bereits im Mai in die Tat umgesetzt, wurden dem Künstler in dem allgemeinen Jagdklima zum Verhängnis – er wurde zum „Symapthisanten" und „Terroristenhelfer" gebrandmarkt. Anfang Oktober beschimpfte der CDU-Bundestagsabgeordnete Wilfried Böhm die Fotokollage als „Hetze". Die Staatsanwaltschaft Kassel ermittelt gegen Volland und der Kasseler Oberbürgermeister Eichel stellte Anzeige.

Springers „Bild" vom 4.10. brachte ebenfalls einen entsprechenden Hinweis, und veröffentlichte gleichzeitig den Namen des Künstlers. Seitdem gehen bei Ernst Volland ständig anonyme Anrufe in dem Tenor ein: *„Wart nur, wenn erst mal die Köpfe rollen, kehren wir auch deinen Kopf auf den Müll".* Was den Künstler zu der treffenden Bemerkung veranlaßte: **„Die Zensur ist nicht mehr nur „verschleyert", sie ist sinnfällig".** (Alle Zitate aus einer persönlichen Erklärung E. Vollands vom 6.10.77)



Wie die Justiz ausgerichtet wird

Von Befangenheitsanträgen fortschrittlicher Anwälte gegenüber reaktionären Richtern liest man oft. Genauso oft liest man allerdings auch, daß diese Anträge ohne Begründung abgelehnt werden. Da wundert es den Justizkenner, wenn Befangenheitsanträgen plötzlich stattgegeben wird – doch bei genauerem Hinsehen wird auch schnell der Hintergrund deutlich: In **Westberlin** stellte die Staatsanwaltschaft Befangenheitsantrag gegen den Vorsitzenden Richter Poelchau der 9. Strafkammer – und der Richter wurde prompt für „befangen" erklärt. Poelchau sollte die erneute Aufnahme des „Schmücker-Prozesses" vor der 9. Strafkammer leiten. Im ersten Verfahren war Ilse Jandt zu lebenslänglich, die Mitangeklagten zu erheblichen Freiheitsstrafen verurteilt worden. Dabei stützte sich die Anklage vor allem auf die Aussagen des „Kronzeugen" Jürgen Bodeux. In diesem Zusammenhang hatte Buback gesagt, *„daß ein geständiger Täter natürlich auf die Milde des Gerichts bauen"* könne (nach Spiegel 29/77). Richter Poelchau hatte dazu lediglich vermerkt, daß Gerichte unabhängig (?) und an keine staatsanwaltschaftlichen Versprechungen gebunden seien. Dabei verwendete Poelchau das Wort *„Singen"* für Bodeux' Kronzeugenaussagen. Diesem überaus dürftigen Befangenheitsantrag gaben nun die Beisitzer der 9. Jugendkammer und ein Richter der 7. Jugendkammer mit folgender Begründung statt: *„es könne dahingestellt bleiben, ob der Vorsitzende Richter Poelchau tatsächlich befangen ist. Entscheidend sei, ob die Staatsanwaltschaft bei Würdigung der Umstände Anlaß habe (?!) an der Unvoreingenommenheit des abgelehnten Richters zu zweifeln"* (Berliner Morgenpost, 15.9.77).

Ähnlich gelagert ist der Fall des Richters Vultejus aus Hildesheim, unter dessen Vorsitz am 17.10. gegen 11 Demonstranten verhandelt werden sollte, die vor einiger Zeit in der Hildesheimer Innenstadt gegen den §218 agitiert hatten. Laut Staatsanwaltschaft sollte es in diesem Verfahren weniger um Politik denn um „kriminelle Inhalte" gehen (HAZ, 18.10.77).

Aus diesem Grund hatte die Staatsanwaltschaft beim Amtgericht beantragt den Richter Vultejus von diesem Prozeß zu entbinden, da er u.a. das Verfahren gegen zwei § 218-Gegner eingestellt hatte, die Plakate an ein Denkmal geklebt hatten. Vultejus hatte damals erklärt, das Denkmal sei durch die Plakate nicht verunziert worden und außerdem stände die Mehrheit der Bevölkerung hinter den Forderungen der Abtreibungsgegner.

Dem Befangenheitsantrag wurde stattgegeben.

Woran deutlich wird, wie schnell und reibungslos Richter ausgeschaltet werden können, wenn zu befürchten steht, daß sie „milde" Urteile für politische Angeklagte fällen könnten. Und da wird auch großzügig darüber hinweggesehen, daß die Zustimmung dieser Befangenheitsanträge auf rechtlich unhaltbaren Füßen steht.

IKAH Westberlin und IKAH Hamburg



Nachrichten aus dem Knast

Das Kontaktsperregesetz und seine Anwendung am Beispiel des Stuttgarter

Das Kontaktsperregesetz und seine Anwendung am Beispiel des Stuttgarter Rechtsanwalts Armin Newerla

Am 30., bzw. 31. August 1977 wurden der Rechtsanwalt Armin Newerla und sein Mitarbeiter Hans Dellwo festgenommen. Gegen beide wurde wegen Verdachts der „verfassungsfeindlichen Befürwortung von Straftaten" (§ 88a) und „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" Haftbefehl erlassen (129 a).

Der Verdacht gegen Armin stützte sich einzig auf die Tatsache, daß er als Mitarbeiter von Klaus Croissant seit ca. einem Jahr Gefangene der RAF und andere Klienten des Rechtsanwaltsbüros vertreten hatte und im Kofferraum seines Wagens bei einer Verhaftung in Frankfurt eine Tasche mit 80 Exemplaren der Zeitschrift MOB gefunden wurde. Es steht mittlerweile fest, daß die Tasche nicht Armin Newerla gehörte.

Dieser „Fund" war der Frankfurter Staatsanwaltschaft wohl zu dürftig. Armin und die mit ihm verhafteten Personen wurden freigelassen, in Baden-Württemberg wurde aber ein neuer Haftbefehl erlassen.

Eine Woche später, einen Tag nachdem er in Stuttgart auf einer Veranstaltung über die Lage der Stammheimer Gefangenen berichtet hatte, wurde er erneut verhaftet und zunächst nach Pforzheim gebracht. Dort konnte er von seiner Rechtsanwältin besucht werden.

Nach dem Attentat von Köln und der Entführung Schleyers wurde er von der Außenwelt völlig isoliert und von Pforzheim nach Rastatt verschleppt. Erst nach mehreren Anfragen seiner Angehörigen war vom Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs, Kuhn, sein Aufenthaltsort zu erfahren.

In einem unbewohnten Teil des Rastatter Gefängnisses war für volle sechs Wochen (5./6. September bis zum 21. Oktober) sein einziger Kontakt der jeweilige Wärter. Zum Lesen stand nur ein einziges Buch von A. Gramsci zur Verfügung, kein Radio und keine Zeitungen. Gegenüber Armins Mutter hatte Kuhn behauptet, ihr Sohn erhalte jeden Tag die Tageszeitung. Von einer Buchhandlung zugesandte Bücher kamen nie an, wurden aber auch nicht zurückgeschickt. Kuhn stellte sogar das Ansinnen, Briefe an Armin doch besser gleich an ihn zu richten. Gegen seine totale Isolation protestierte Armin mit einem Hungerstreik, über den aber nichts bekannt wurde.

Weil das gegen ihn vorliegende Material kaum für eine weitere Inhaftierung ausreicht, wird versucht Armin Newerla mit Straftaten der RAF in Verbindung zu bringen, getreu der Parole: Wer Terroristen verteidigt, der kann nur selbst einer sein.

Für die Zeit um den Ponto-Mord gibt es ein Alibi, in Sachen Schleyer tauchte jetzt, 7 Wochen nach seiner Verhaftung und 6 Wochen nach der Beschlagnahme seines Wagens durch die Ermittlungsbehörden, eine geheimnisvolle „Skizze des Kölner Tatorts" auf, die angeblich in seinem Wagen gefunden wurde.

Dazu ist folgendes zu sagen: Armin Newerla wurde eine Woche v o r den Kölner Ereignissen verhaftet. Sein Wagen wurde von einer ganzen Reihe von Personen benützt, die allesamt vom Staatsschutz observiert werden. Zudem war der Wagen nicht in einer abschließbaren Garage untergebracht. Ferner ist es mehr als zweifelhaft, daß Leute, die Attentate und ähnliches planen, Tatortskizzen und ähnliches Material in Autos von Rechtsanwälten herumliegen lassen, die auf Schritt und Tritt vom Staatsschutz beobachtet werden.

Die geheimnisvolle Skizze kann also nur eine Provokation sein mit deren Hilfe einmal in der Öffentlichkeit der Eindruck bestätigt werden soll, die Anwälte von RAF-Gefangenen seien selbst „Terroristen" und zum anderen die weitere Inhaftierung juristisch begründet werden soll.

Eine Woche vor der Ermordung Schleyers und 5 Wochen nach dessen Entführung kamen Beamte des BKA nach Rastatt um in einer „Nachtsitzung" Informationen über die möglichen Entführer aus ihm herauszuprügeln (so Armins Aussage). Auch das im Rahmen der sogenannten Kontaktsperre!

Seit seiner Verhaftung lief in der bürgerlichen Presse eine üble Verleumdungskampagne gegen Armin Newerla ab. In seinem Heimatort ließen sich Schreiberlinge über seine studentische „Vergangenheit" aus. Es wurde u.a. verbreitet S. Haag sei sein Ziehvater, obwohl er den Rechtsanwalt persönlich gar nicht kennt. Eine besonders widerwärtige Art von Sippenhaft erlaubte sich ein Lehrer in der Heidelberger Region. Im Rahmen eines Quiz ließ er sich von seinen Schülern die Namen von „Terroristenanwälten" aufzählen. Unter den Kindern war ein Neffe Armins.

Einem Bruder Armins, der bei Kuhn gegen dessen Isolation protestiert hatte und die Vorlage dieses Falles beim Russell-Tribunal ankündigte, eröffnete Kuhn, er habe den Brief an das BKA zu weiteren Ermittlungen gegen ihn weitergeleitet.

Mit der Aufhebung der Kontaktsperre war es am 21. Oktober das erste Mal wieder möglich, Armin zu besuchen. Er wurde am 20. Oktober nach Hohenasperg bei Ludwigsburg verlegt. Hohenasperg ist eine alte Festung (dreckige Wände, dunkle Gänge), die zu einem Gefängniskrankenhaus umfunktioniert wurde. Armin wurde dort in die psychiatrische Abteilung gebracht. Obwohl jeder Untersuchungsgefangene ein Anrecht auf seine Zivilkleidung hat, erhielt Armin lediglich den „gestreiften Anzug".

Er hat uns gebeten, möglichst breit über seine Inhaftierung zu berichten und ihn zu besuchen.

Der Besuchsantrag („Hiermit beantrage ich eine Erlaubnis zum Besuch von Herrn Armin Newerla, den ich persönlich kenne") ist an den Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof, Kuhn, Herrenstraße 45a, 75 Karlsruhe zu richten.



Antifaschistischer Unterricht in den Kasernen?

Die antisemitischen und faschistischen Vorfälle in der Münchener Bundeswehr-Hochschule haben dem Bundesverteidigungsministerium (BMVg) völlig neue Töne entlockt.

Neun Offiziere, die eine „symbolische Judenverbrennung" unter dem Gegröhle des „Horst-Wessel-Liedes" durchführten, sowie zwei, die während einer „Studienfahrt" in Wien in der Judengasse schrien: *„Juden raustreten zum Erschießen!"* wurden aus der Bundeswehr entlassen. Außerdem wurde die Staatsanwaltschaft eingeschaltet. Auch gegen die Vorgesetzten, die diese Schweinereien deckten, wurden Disziplinaruntersuchungen, die bisher allerdings ohne Ergebnis sind, eingeleitet.

Ist dies schon, angesichts der Zahl ähnlicher, in der Regel ungeahndeter Fälle nur als ungewöhnlich zu bezeichnen, so kann folgendes auf den ersten Blick nur in Staunen versetzen:

Das BMVg ordnete für alle Truppenteile an, *„daß sich die Soldaten aller Dienstgrade während des staatsbürgerlichen Unterrichts in diesem Quartal vorrangig mit den Themenbereichen Nationalsozialismus, Antisemitismus und Rechtsradikalismus befassen sollen"* („FR", 20.10.77)!

In der 'Kasernen BILD' „BW-Aktuell" wurde bereits eine lange Liste mit entsprechendem „Schulungsmaterial" (Bücher, Filme, etc.) vorgestellt. Daß sich darunter auch der Fest-Film „Hitler-eine Karriere" befindet, nur am Rande. Wir werden im nächsten AK diese Liste vorstellen und sie näher untersuchen.

Zuwenig oder zuviel „Aufklärung"?

Im Zusammenhang mit den Münchenern Vorfällen war immer die Rede von einem „Defizit an Wissen", von „Unkenntnis" und „Unreife", wenn es darum ging, etwas zu den Ursachen der gröbsten neonazistischen Provokationen zu sagen. Und auch gegenüber der Presse wurde im Zusammenhang mit dem geplanten Unterricht sehr nachdrücklich vom Generalinspekteur Wust betont, daß es sich bei der „Judenverbrennung" nicht um eine *„geplante"* und *„zielgerichtete"* Aktion gehandelt habe. *„Das Fehlverhalten sei vielmehr ‚Ausdruck der Unreife und fehlender Disziplin' der beteiligten Soldaten"*, so Wust gegenüber der „FR" vom 20.10.1977. Man „beklagt", daß die Erziehung, die „draußen in der Gesellschaft versäumt wurde, nicht in der Kaserne nachgeholt werden könne", und versucht so von den wahren Ursachen der braunen Welle in den Kasernen, die natürlich a u c h „draußen", im besonderen Maße aber i n der Bw zu suchen sind, abzulenken.

„Unkenntnis" und „Unreife" schlechthin befähigt keinen zu einer „symbolischen Judenverbrennung" oder gar zum Absingen des „Horst-Wessel-Liedes"! Dazu gehört schon etwas zuviel Wissen. Einige der tatsächlichen Ursachen für solche Vorfälle beschrieben wir bereits in den vorangegangenen AK's:

So treiben an den Bw'Hochschulen Professoren wie Nittner (ehem. SSler) in München, Sanmann (Kader im „Bund Freiheit der Wissenschaft") und Schlegel (bis 1945 am „Institut für Erbbiologie und Rassenpflege" beschäftigt) in Hamburg ihr Unwesen, indem sie i h r Wissen an Soldaten weitergeben. Weiter wurde bekannt, daß in der Münchener Bw-Hochschule (und nicht nur dort) regelmäßig und ohne Beanstandungen die faschistische „National-Zeitung" ausliegt („die tat", 14.10.77)!

Beispiele dieser Art könnten wir s e i t e n l a n g fortsetzen. Ein Blick in die über 1.000 Truppen-Büchereien zeigt nur zu deutlich 'Ursachen' auf.

Nazi-Büchereien

Hier fand und findet der Leser Bücher von „Autoren " wie Walendy (NPD), Grimm, Beumelburg, Kernmayer, Vespers etc.

„Aus dieser für die sechziger Jahre gültigen Literatur-Liste des BMVg hatten Sachkundige ersehen, daß von 83 Titeln zur Kriegsliteratur fast zwei Drittel aus rechtsextremen Verlagen stammten" (diese und weitere Angaben zu den Büchereien aus „BW – im Zwielicht", „PDI-Konkret"). Der lange Jahre (unseres Wissens bis 1974) zuständige Referent des BMVg für Truppenbüchereien hieß Wolfdietrich Kopelke und war ein „Fachmann" auf diesem Gebiet. Als Schriftsteller im „Dritten Reich" gehörte er dem berüchtigten NS-Literaturkreis um Hans Grimm an. Und auch später wollte er diese Bande nicht missen, z.B. 1967 als er zusammen mit Kernmayer, Vespers, Schuhmann und anderen an den „Lippoldsberger Dichtertagen", einem Nazi-schriftstellertreffen, teilnahm.

Dies alles natürlich mit Wissen und Billigung der Regierung! Die Person Kopelke sowie der braune Geist der Bw-Büchereien war 1967 Gegenstand einer parlamentarischen Anfrage im Bundestag. Fast ein Jahr später berichtete ein SPD-Abgeordneter im WDR über das Ergebnis einer Diskussion im Verteidigungsausschuß, wonach ... *„nach genauer Prüfung gegen Kopelkes Tätigkeit im Ministerium nichts einzuwenden sei."*

An diesen Zuständen in den Büchereien hat sich bis heute nichts grundlegendes geändert, und es ist zu erwarten, daß die wenigen Bücher Böll's und anderer im Zuge der „Sympathisanten"-Progrom-Hetze von den zuständigen Kommandeuren entfernt werden.

Warum nicht auch das „Horst-Wessel-Lied"...?

Wem nach München die Frage aufkam, woher die Offiziere überhaupt das „Horst-Wessel-Lied" kennen, dem ist ein allgemeines Studium des Bw-Liedguts empfohlen (siehe Kasten). Hier ordnet dieses Lied sich nahtlos ein!

Die Vorstellung, daß Soldaten in den Kasernen morgens bei der Formalausbildung „Marschall Gretschko an den Galgen" singen müssen, und anschließend von nicht gerade fortschrittlich gesinnten Offizieren, vielleicht sogar einem NPD-Faschisten im Unterricht über den Nationalsozialismus „aufgeklärt" werden, ist nicht nur makaber. Diese Vorstellung ist real! Die geplante Kampagne über den Nationalsozialismus stellt u.E. in erster Linie ein Ablenkungsmanöver für die Öffentlichkeit dar. Die tatsächlichen Ursachen für die braune Welle in den Kasernen soll verschleiert werden, indem man „mangelndes Wissen" u.ä. vorschiebt, und sich selbst die Rolle des aktiven, dem „demokratischen Staat" loyal gegenüberstehenden „Aufklärer" versetzt.

Fortschrittliche, antifaschistische Soldaten sollten sich gut vorbereiten. Vielleicht läßt sich durch Fragen nach Rudel, Kraushaar und nach der Traditionspflege mit der HIAG (ehem. Waffen-SS), oder durch einen Vergleich des Bw-Liedguts mit dem der Nazis die Widersprüchlichkeit dieses Bw-Projekts aufzeigen. Außerdem sollten die Inhalte und Kernaussagen des Unterrichts einer breiten Öffentlichkeit bekanntgemacht werden!

Soldaten", so Wust gegenüber der „FR" vom 20.10.1977. Man mann und anderen an den „Lippoldsberger Dichtertagen", einem Nazi- des Unterrichts einer breiten Öffentlichkeit bekanntgemacht werden!

Vorsicht! Bundeswehrlieder!

„Legion Condor"

„Wir flogen einst jenseits der Grenzen
Mit Bomben wohl gegen den Feind,
Hoch über der spanischen Wüste
Mit den Fliegern des Heeres vereint.
Wir sind deutsche Legionäre, die Fallschirmjäger der Nation
Im Kampf um Freiheit und Ehre – Soldaten der Legion.
Vorwärts Legionäre, vorwärts!
Im Kampf sind wir nicht allein,
Denn die Freiheit muß Ziel unseres Kampfes sein."

Hitler schickte die „Legion Condor" nach Spanien, wo sie den Freiheitskampf zerbomben sollte. Sie hinterließ das total zerbombte Guernica. Die „Freiheit", die sie meinen, waren 40 Jahre Faschismus für Spanien! Gesungen im 2. Quartal 1976 in einer Rekruten-Kompanie des Fallschirmjäger-Bataillons 251 in Calw (nach AMAK...).

„Wie einst in Polen..."

„Wie einst in Polen..."

Mit den Panzerkameraden treu vereint,
Immer die ersten am Feind.
Panzergrenadiere, vorwärts, zum Siege voran!
Panzergrenadiere, vorwärts, wir greifen an!
Wie einst in Polen und in Flandern
Und im heißen Wüstensand
Wird jeder Feind gestellt,
Bis die letzte Festung fällt
Und im Sturm drauf und dran überrannt
Von Panzergrenadieren, Panzergrenadieren überrannt.

Dieses Lied wurde ebenfalls in der Rommel-Kaserne in Dornstadt gesungen („Süd-West-Presse", 11.8.77).

Um einige Zeilen erweitert wurde dieses Lied in der Ellwanger Reinhardt-Kaserne zur Begrüßung eines neuen Kommandeurs gesungen (AMAK-Münsingen, 15.9.77).

„Wenn vor Danzig..."

Wenn vor Danzig die Rote Flotte im Meer versinkt
Marschall Gretschko in Bratislava am Galgen schwingt
Ziehn die Grenis mit ihren Mardern in Moskau ein
Dann wird ewig Friede in ganz Europa sein
Wenn am Roten Platz das Deutschlandlied erklingt
Hört von fern wie es singt.
Habt ihr unseren Hauptmann nicht gesehn
Kurz vor Moskau mit dem Marder muß er stehn
Habt ihr unseren Hauptmann nicht gesehn
Kurz vor Moskau mit dem Marder muß er stehn
Habt ihr unseren Hauptmann nicht gesehn
Dort muß er stehn.

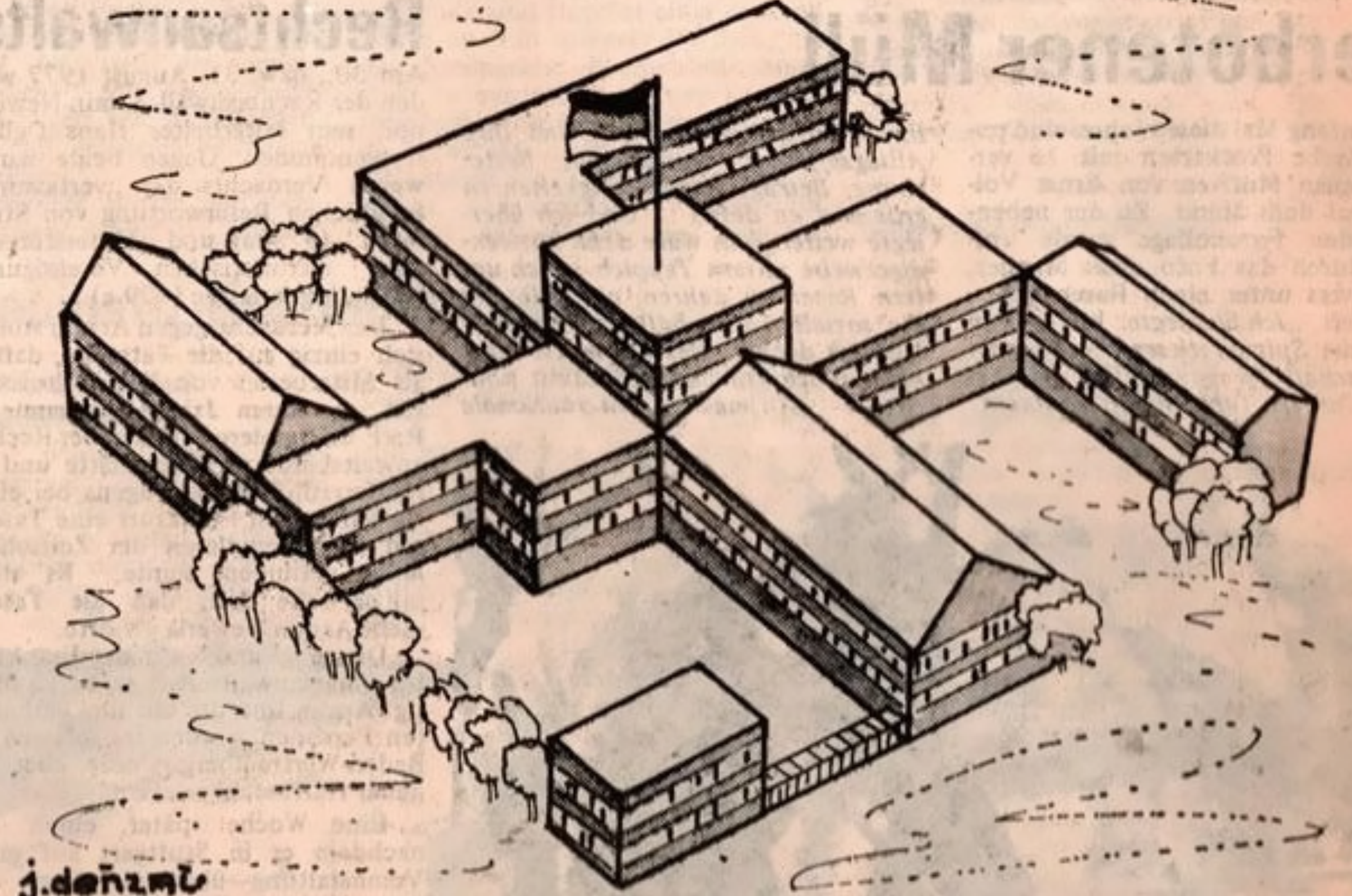
Dieser Liedertext hing in einem Dienstzimmer der Rommel-Kaserne in Dornstadt bei Ulm aus („Süd-West-Presse", vom 11.8.77).

Unwesentlich verändert wurde das gleiche Lied bereits vor einem Jahr (2. Quartal '76) in einer Rekruten-Kompanie in Immendingen gesungen (nach Information der AMAK-Münsingen vom 15.9.77).

»Zehn Gebote« eines Fallschirmjägers

1. Du bist ein Auserwählter der deutschen Armee.
2. Du wirst den Kampf suchen und dich ausbilden, jede Art von Prüfung zu ertragen.
3. Fürdich soll die Schlacht Erfüllung sein.
4. Pflege wahre Kameradschaft, denn durch die Hilfe deiner Kameraden wirst du siegen oder sterben.
5. Hüte dich vorm Reden! Sei nicht bestechlich! Männer handeln, während Frauen schwatzen. Reden kann dich ins Grab bringen.
6. Sei ruhig und vorsichtig, stark und entschlossen! Tapferkeit und Begeisterung eines Angriffkrieges wird dich die Oberhand im Angriff behalten lassen.
7. Das Wertvollste angesichts des Feindes ist die Munition. Derjenige, der unnütz schießt, nur um sich zu beruhigen, verdient nicht den Namen „Fallschirmjäger".
8. Du kannst nur siegreich sein, wenn deine Waffe gut ist. Achte darauf, daß du dich an das Gesetz hälst: „Erst die Waffe und dann ich".
9. Du mußt den vollen Sinn jedes Unternehmens verstehen, damit, wenn dein Führer fällt, du selbst handeln kannst. Gegen einen offenen Feind mit Ritterlichkeit, aber einem Partisan gewähre kein Pardon!
10. Halte deine Augen offen! Sei behende wie ein Windhund, so zäh wie Leder, so hart wie Kruppstahl. Nur so wirst du die Verkörperung des deutschen Kriegers sein!

Rekruten des Fallschirmjäger-Bataillon 251 in Calw mußten diese „10 Gebote" auswendig lernen! (Angaben nach Info, des AMAK Münsingen, 15.9.77)



Das neueste Modell der Bundeswehrhochschule.

Wenn der Abgeordnete erzählt

Die Bewertung der verschiedenen Bw-Weisbücher, daß von der Bw keine *„Gefährdung der jungen deutschen Demokratie"* ausgehen könne, ist *„eine Mischung aus Wunschdenken und Teilwahrheiten, Beschwörung und Beschwichtigung, die der genauen Wirklichkeit kaum gerecht werden"*.

„Der Irrglaube, die Bw sei unvorbelastet unter neuem Vorzeichen gegründet worden, ist durch ihre eigene 20 jährige unbewältigte Vergangenheit eingeholt worden."

Trotz ziviler Kommandogewalt, einem Verteidigungsausschuß mit Sonderrechten, einem Wehrbeauftragten sowie dem Leitbild der „Inneren Führung" und des „Staatsbürgers in Uniform": die Truppenpraxis zeige *„ein anderes Bild"*.

„Die Bw hat den Zeugungsmakel schwarzbrauner Kontinuität nie ganz überwunden. Sie hat noch keine neue eigene Tradition einer demokratischen Verteidigungsarmee entwikkelt, die es wert wäre weitergetragen zu werden. Die Hoffnung, der Generationswechsel würde die Lösung aus den Verstrickungen der Vergangenheit bringen, hat bisher getrogen."

Diese Worte, die wir der „Westfälischen Rundschau" (14.10.77) entnahmen, stammen von einem Mann, der es wissen muß: Karl-Heinz Hansen. Er ist Abgeordneter der SPD im Bundestag und hat einen Sitz im Verteidigungsausschuß. Außerdem verfügt er als Major der Reserve über direkte „Truppenerfahrung".

Die obigen Sätze sind Auszüge eines Beitrages, den er für die „Rowohlt"-Reihe „Aktuell" schrieb. Das Buch soll in Kürze erscheinen. Damit dürfte die Diskussion um die Bw um einen wichtigen Beitrag reicher sein.



USA

»Umgekehrter Rassismus«?



Am 3. Oktober demonstrierten 700 Menschen in Detroid gegen die rassistische Bakke-Entscheidung (aus „Workers World", 14.10.77)

Zur Zeit wird vor dem Obersten Gerichtshof der USA (Supreme Court) in Washington ein Fall verhandelt, dem große Bedeutung für den weiteren Kampf der unterdrückten Minderheiten beigemessen wird. Es handelt sich um den Prozeß B a k k e gegen die Universität von Californien.

Allan Bakke ist ein weißer Ingenieur, der sich 1973 und 1974 an der Universität von Californien in Davis um einen Studienplatz in Medizin beworben hatte und trotz guter Notendurchschnitte abgewiesen wurde. Bakke verklagte die Universität, weil Studenten rassischer Minderheiten bei geringerer Qualifikation ihm gegenüber „bevorzugt" worden waren. Und zwar durch ein besonderes Zu-

Bakke verklagte die Universität, weil Studenten rassischer Minderheiten bei geringerer Qualifikation ihm gegenüber „bevorzugt" worden waren. Und zwar durch ein besonderes Zu-

lassungsverfahren, nach dem 16 von insgesamt 100 Studienplätzen an Bewerber aus benachteiligten Schichten (insbesondere Farbige, aber auch arme Weiße) vergeben wurden. Bakke behauptet, ein Opfer eines „umgekehrten Rassismus" zu sein. Bestätigt wurde er darin durch den Obersten Gerichtshof von Californien, der ihm am 16.9.76 recht gab.

Am 12. Oktober 1977 begann jetzt die Verhandlung vor dem Obersten Gerichtshof in Washington, und die Entscheidung dieses Gerichts wird über das Schicksal aller „affirmative-action"-Programme entscheiden.

„Affirmative Action" ...

Wörtlich übersetzt bedeutet es „Anerkennungs-Handlung" und gemeint ist damit die Politik, die Kapitalisten und Ausbildungsinstitutionen per Gesetz dazu verpflichtet, die Bevölkerungsschichten, welche jahrhundertelang diskriminiert wurden, entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil einzustellen bzw. zuzulassen. So sollen staatliche Behörden z.B. Bauaufträge nur an solche Firmen vergeben, die auch diesen Bestimmungen folgen.

Juristische Grundlage dafür war das „Civil Rights Act" von 1964, das jede rassische oder geschlechtliche Diskriminierung verbot und durch die große Bürgerrechtsbewegung der frühen 60er Jahre erkämpft wurde.

Daß mit der bloßen Verabschiedung eines Gesetzes der Rassismus nicht abgeschafft werden kann, zeigen die umfangreichen detaillierten Ausführungen für die „affirmative-action"-Programme. Sie machen deutlich, daß die Unternehmer, Schulen usw. nicht freiwillig bereit waren, ihre rassistischen Praktiken aufzugeben und erst verpflichtet werden mußten, soundsoviele Angehörige von Minderheiten aufzunehmen. Und auch diese Bestimmungen sind wertlos, solange ihre Einhaltung nicht kontrolliert bzw. erzwungen werden kann – so sieht zumindest die Praxis auf dem Arbeitsmarkt aus.

... an der Universität von Davis

Im Jahre 1973 – als sich Bakke erstmals zum Medizinstudium bewarb – bewarben sich insgesamt 40.000 US-Amerikaner um 14.000 Studienplätze in Medizin. Bakke war einer von 2.664 Bewerbern, die sich um die 100 Studienplätze an der Universität in Davis bemühten. Alle Bewerber mußten einen besonderen Test (Medical College Admission Test) bestehen, zwei Gutachten vorlegen, ihren Notendurchschnitt vorweisen und einen Bericht über Vorarbeiten (Praktikum) schreiben. Außerdem mußten sie das standartisierte Antragsformular ausfüllen, in dem alle Bewerber u.a. erklären mußten, ob sie sich nach besonderen Zulassungs-

mußten sie das standartisierte Antragsformular ausfüllen, in dem alle Bewerber u.a. erklären mußten, ob sie sich nach besonderen Zulassungs-

verfahren (eben dem „affirmative-action"-Programm) oder dem „normalen" Verfahren bewerben möchten. Wird eine Zulassung nach dem besonderen Verfahren erwünscht, dann wird über die Bewerbung von einem besonderen Zulassungsausschuß, der sich überwiegend aus Angehörigen von Minderheiten zusammensetzt, entschieden (natürlich setzt sich der „normale" Ausschuß mehrheitlich aus begüterten, männlichen Weißen zusammen). Diesem Ausschuß stehen 16 der insgesamt 100 Studienplätze zur Verfügung. Das heißt, daß diese 16 Studienplätze nicht n u r nach dem Kriterium der Qualifikation vergeben werden, sondern daß verstärkt der „soziale Hintergrund" der Bewerber beachtet wird.

Es ist wichtig zu wissen, daß sich j e d e r nach diesem besonderen Verfahren bewerben kann. Bakke bewarb sich 1973 und 1974 nach dem „normalen" Zulassungsverfahren um einen Studienplatz. Er hatte gute Notendurchschnitte, gute Testergebnisse und ihm wurde vor dem Zulassungsausschuß eine Anhörung gewährt. Ein Ausschußmitglied bemerkte damals: *„Der Bewerber ist ausgezeichnet qualifiziert, der einzige Nachteil ist, daß er schon 33 Jahre alt ist . . . Er ist eine angenehme, reife Person von großer, kräftiger teutonischer* (!) *Erscheinung . . ."* („New York Times", 3.4.77). Seine „teutonische Erscheinung", die im Operationssaal kaum von Bedeutung sein dürfte, hat ihm allerdings nicht viel genutzt. Offensichtlich gab es mehr Bewerber mit ähnlich „teutonischer Erscheinung" und noch besseren Testergebnissen und Noten.

Dafür macht Bakke jetzt das „besondere Zulassungsverfahren" verantwortlich, weil ihm so Bewerber mit angeblich geringeren Qualifikationen vorgezogen wurden. Wären alle Bewerber – so Bakke – nach gleichen Kriterien bewertet worden, dann hätte er auch einen Studienplatz erhalten. Das ist natürlich falsch!

Fragwürdigkeit der „fachlichen" Qualifikationen

Zunächst ist das schon rein rechnerisch falsch. Der Fortfall des besonderen Zulassungsverfahrens garantiert Bakke noch keinen Studienplatz. Vielmehr müßte er um diese 16 Studienplätze erst mit mindestens 2.580 (2.664 minus 84) anderen Bewerbern konkurrieren.

Zur Objektivität der Kriterien und der Ausschüsse: Die Tests, welche man gut bestehen muß, sind auf das Wissen der weißen Mittelschicht zugeschnitten. Studien, die im Auftrag der Vereinigung von Medical Colleges (Fachbereiche) gemacht wurden, ergaben, daß farbige Medizinstudenten, die ihr Studium erfolgreich abgeschlossen hatten, zu Beginn weniger gute Testergebnisse vorweisen konnten als weiße Medizinstudenten, die ihr Studium nicht beenden konnten

die ihr Studium erfolgreich abgeschlossen hatten, zu Beginn weniger gute Testergebnisse vorweisen konnten als weiße Medizinstudenten, die ihr Studium nicht beenden konnten

(Guardian, 4.5.77).

Wenig beachtet wird der Aspekt, daß sich farbige Medizinstudenten später einmal in den Gebieten niederlassen werden, in denen die (meist farbige) Bevölkerung medizinisch unterversorgt ist. Weniger als zwei Prozent aller US-Ärzte sind Farbige und gerade die Wohngebiete der Farbigen – die 11% der US-Bevölkerung bilden – sind nachgewiesenermaßen unterversorgt (International Herald Tribune, 3.10.77).

Schließlich sind auch die Zulassungsausschüsse nicht frei von Vorurteilen und halten Beziehungen für wichtiger als alle Qualifikation. So sagt z.B. Peter Storandt, Studienberater an der Universität von Davis, der Bakke zum Prozeß ermutigt und ihn dabei unterstützt hat, daß er regelmäßig angewiesen wurde, Studienplätze an bestimmte Bewerber zu vergeben, weil deren Eltern Einfluß über Geld, Politik oder Freunde hatten (New York Times, 3.4.77). Z.B. wurde auch während der Untersuchungen bekannt, daß dem Dekan der Universität noch bis vor kurzem das Recht eingeräumt wurde, fünf der 100 Studienplätze nach eigenem Belieben zu vergeben. So sorgte Dr. John Tupper dafür, daß Sohn und Schwiegertochter des Rektors von Davis an die begehrten Plätze kamen. Rektor Mrak dazu: *„Natürlich soll er fünf oder sechs Studenten im Jahr zum Nutzen der Universität und der Gemeinschaft auswählen. Wenn er das nicht könnte, was zum Teufel brauchen wir einen Dekan? Dann könnte man ja gleich einen Sekretär dahinsetzen"* („International Herald Tribune", 3.10.77).

Bakke ist natürlich nicht auf die Idee gekommen, gegen derartige Praktiken einen Prozeß zu führen.

Carter und Konsorten

Die Prozeßführung von seiten der Anwälte der angeklagten Universität war recht schwach. Sie haben z.B. keine Zeugen bzw. Sachverständige zur Verteidigung vorgeladen und versäumten es zu beweisen, daß Minderheiten in der Vergangenheit und immer noch diskriminiert werden – denn das ist ja gerade der Grund für besondere Zulassungsverfahren und „affirmative-action"-Programme überhaupt.

Beschuß der „unabhängigen" Richter kam von allen Seiten. Allein 58 Gutachten wurden von betroffenen Organisationen und Institutionen vorgelegt – so auch vom Justizministerium der Carter-Regierung. Darin heißt es, daß Rasse zwar kein Kriterium sein dürfe, aber für die absehbare Zukunft die USA ein „Rassen-Bewußtsein" kultivieren müßten (International Herald Tribune, 26.9.77).

Die ganze Rassen-Kampagne erinnert fatal an den Hitler-Faschismus und tatsächlich stellt sich der ehemalige UN-Delegierte der USA Moynihan vor den US-Senat und erklärt: Die Bundesregierung wolle „Nürnberger (Rasse) Gesetze" einführen. Zugrunde lag dem ein Integrationsprogramm der New Yorker Schulbehörde, die auf Bundesanweisung mehr Minderheiten-Lehrer einstellen muß und diese nun halbwegs proportional an alle Schulen verteilen will, nicht nur an die Gettoschulen. *„Solche Praktiken"*, geifert Moynihan, *„erwecken vor allem eine Vorstellung: Das Aussortieren von Menschen für die Todeslager des Hitler-Deutschland"* (International Herald Tribune, 7.10.77).

Bedeutung des Prozesses

Vor allem für die Angehörigen der Minderheiten in den USA ist die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes von größter Bedeutung. Entscheidet das Gericht zugunsten von Bakke, so wird der ohnehin schon schwere Weg zur sozialen Gleichberechtigung völlig verbaut. Farbigen und Frauen wäre dann wieder der Zugang zu privilegierten Berufen und Ausbildungsinstitutionen verwehrt. Natürlich alles unter dem Deckmantel der mangelnden Qualifikation. Leute wie Bakke können die jahrhundertelange offene Unterdrückung, die Grundlage ist für den hohen Lebensstandard bestimmter Schichten, einfach vergessen und schreien jetzt nach „Gleichheit". Was sie wollen, ist eine „Gleichheit", in der einige gleicher sind als andere. Der Teufelskreis von Gettosozialisation, mangelnder Ausbildung an Gettoschulen, Hilfsarbeiterjobs, Arbeitslosigkeit, Gettoleben wird so aufrechterhalten.

Der Ausgang des Prozesses ist auch von großer Bedeutung für die fortschrittliche Bewegung in den USA überhaupt. Es ist typisch, daß in diesem Zusammenhang die geringe Zahl an Studienplätzen (14.000 für 40.000 Bewerber) kaum kritisiert wird. Ähnlich funktioniert dies bei den Arbeitsplätzen. Bewußt wird nicht die Unfähigkeit des US-Kapitalismus, a l l e mit Arbeitsplätzen zu versorgen kritisiert, sondern es wird demagogisch „angeklagt", daß Farbige und Frauen den weißen Männern die Arbeitsplätze „wegnehmen".

Das Kapital, das Arbeitsplätze wegrationalisiert und Produktionsstätten in Niedriglohnländer verlegt, bleibt im Hintergrund. Damit zieht die herrschende Klasse in Zeiten grosser ökonomischer Schwierigkeiten nur einen ihrer ältesten und am besten funktionierenden Hüte hervor. Rassistisches Gedankengut wird verbreitet, um die Arbeiterklasse zu spalten. Einheit von Farbigen und Weißen, Männern und Frauen ist aber notwendig, wenn die Krise in den USA nicht auf dem Rücken der unterdrückten Massen gelöst werden soll.

Entscheidet der Oberste Gerichtshof zugunsten der „affirmative-action"-Programme so ist derartigen Bestimmungen, die die Widersprüche zwischen Farbigen und Weißen, Männern und Frauen vertiefen wollen, einmal erfolgreich entgegengetreten worden. Eine negative Entscheidung wird jedoch schwerwiegende Folgen haben.

Westberliner Genossen und USA-Kommission

St. Louis: Antifaschisten rücken an

St. Louis: Antifaschisten rücken an



Am 8. Oktober wollten die Nazis vor dem Rathaus von St. Louis gegen ein Demonstrationsverbot protestieren. Großzügige Unterstützung fanden sie beim Fernsehen und der „Bürgerrechts"-Organisation ACLU, die sich dieser „Freiheitseinschränkung" annahmen.
Doch als eine zehn Mann starke „Sturmtruppe" der Nazis anmarschierte, wurde sie von entschlossenen Antifaschisten empfangen. „Wir waren für jeden Kampf gerüstet und wir haben diesen geschafft. Die Nazis kriegten unsere (Fahnen)stangen tüchtig zu spüren!" („Challenge", 27.10.77).
Zu dem erfolgreichen Eingreifen kam noch ein weiterer Anlaß zur Zufriedenheit: Der Polizeichef, der in Zivil für einen ordentlichen Verlauf (zum Schutz) der Nazi-Demo sorgen wollte, kriegte irrtümlich von den Nazis Prügel!
Auf dem Foto versucht ein Nazi gerade, den blutigen Nachgeschmack der antifaschistischen Aktion loszuwerden.

Freiheit für die 14 vom Camp Pendleton!

Am 13.November 1976 wagten sich einige mutige schwarze Matrosen in die Höhle des Löwen: Sie versuchten, ein öffentlich angekündigtes Treffen des Ku Klux Klan in ihrer Kaserne zu verhindern. Ihre bedeutende und tapfere Aktion gegen den Rassismus endete in den Arrestzellen des US-Marine-Camp Pendleton, einer grossen Marine-Basis im Süden Kaliforniens. Die 14 Festgenommenen wurden rechtswidrig sieben (!) Monate in den Zellen festgehalten. Erst im Februar 1977 wurden sie nach massiven Protestaktionen in den USA, die wesentlich von dem „Camp Pendleton 14 Defense Commitee" vorbereitet wurden, auf freien Fuß gesetzt.

Am 23. August 1977 begannen dann die Prozesse wegen „schwerer Körperverletzung und Verschwörung" gegen Eddie Page und Ricky McGilvery. Nachdem am 17.Oktober auch der letzte Prozeß stattfand, sitzen jetzt nach einem Freispruch und mehreren geringeren Freiheitsstrafen noch neun von ihnen bis zu 2 1/2 Jahren im Knast. Den Prozessen waren 17 abgewiesene Anträge der Verteidigung vorausgegangen. U.a. weigerte sich das Militärische Berufungsgericht in Washington, den Ankläger, Col. Johnson, abzulehnen, nachdem er die Angeklagten öffentlich „schwarze Arschlöcher" (black bums) genannt hatte. Außer den Verfahren, die vor weißen Geschworenen und Richtern stattfanden, und unehrenhaften Entlassungen aus der Armee (bei Verlust aller Veteranenrechte und -Renten) hielten die Klan-Angriffe weiter an, u.a. Kreuzverbrennungen in der Kaserne sowie Verfolgungen und Verhaftungen von Unterstützern und Verteidigern.

Die Geschichte des KKK ist mit Blut geschrieben: Eine Geschichte von Morden, Lynchen, Kreuzverbrennungen und zahllosen Gewaltverbrechen an schwarzen Menschen. Auch das Marine Corps hat eine unrühmliche Geschichte voll Rassismus und Unterdrückung der Völker in der Dritten Welt (von Lateinamerika bis Vietnam).

Rassistischer Terror in Camp Pendleton

Obwohl das Marine Corps es ständig abstritt, hat es in den Monaten vor der Aktion der 14 zahlreiche rassistische Angriffe gegeben. Diese Angriffe waren es, die die Aktion erst notwendig machten. Um nur einige zu nennen:

- Am 13.9.76 wurde ein Kreuz auf dem Kasernengelände verbrannt, eine klassische Warnung vor Klan-Angriffen.
- Ein KKK-Flugblatt wurde in der Kaserne verteilt, das schweinische Karrikaturen von schwarzen, lateinamerikanischen und jüdischen Menschen zeigte, die sagten: *„Wir wollen eure Jobs, wir wollen eure Häuser, wir wollen euer Land"* („Los Angeles Times", 5.12.76).
- KKK-Mitglieder trugen offen Hirschfänger an ihrer Seite, auf denen „Neger-Stecher" (nigger stickers) stand (San Diego Union, 16.12.76).
- Eine Rauchgranate wurde im Spind eines schwarzen Matrosen versteckt und explodierte, als er die Tür aufmachte.
- Wenige Tage vor dem 13.11.76 begann der Klan-Chef Charles Smith in der Kantine eine Schlägerei mit einem schwarzen Matrosen, weil dieser etwas Saft verschüttet hatte (San Diego Union, 10.12.76).
- Nach der Einkerkerung der 14 wurde ein schwarzer Matrose im Duschraum mit einer Plastiktüte über dem Kopf, mit beiden Händen an eine Dusche gefesselt, aufgefunden; er war grausam von Rasierklingen und Messern zerschnitten. Die Marine Corps-Führung vertuschte diesen Fall mit der Erklärung: „ein Versuch, Selbstmord zu begehen."
- Von Verhören berichtet die San Diego Union am 4.1.77: „*Le Clair, der von sich sagt, daß er nicht dem Klan angehört, aber einige von ihnen kennt, sagte aus, daß Klanmitglieder prahlten, sie hätten an den Autos schwarzer Soldaten, die sich mit weißen Mädchen trafen, die Bremsen zerstört ... Auf die Frage des Verteidigers David Weitzman, wer seiner Ansicht nach für die Ereignisse vom 13.November verantwortlich sei, erwiderte LeClair ‚Ich würde mit dem Finger auf den Klan zeigen. Wenn man jemand angreift, wehrt er sich eben.'*"

Der KKK und das Marine Corps: Partner im Rassismus

Diese Vorfälle zeigen das Ausmaß der wachsenden rassistischen Angriffe und Verfolgung in Camp Pendleton. Die Verbindung zwischen KKK und dem Marine Kommando ist offensichtlich: anstatt die Rassisten für ihre Verbrechen zu bestrafen, wurden die Opfer verfolgt. Schon im August hatten einige schwarze Matrosen öffentlich Anklage gegen die Klan-Aktivitäten erhoben. Aber erst drei Wochen nach dem 13.11.76 gab das Marine Corps nach wiederholten Dementis zu, daß der Klan existiert und beteiligt war. Erst dann wurde bekannt, daß der Raum, in dem das Treffen stattfand, einen KKK-Aufkleber „Weißer Mann wach auf!" an der Tür hatte, daß die schwarzen Matrosen den Raum betraten, nachdem innen eine lautstarke provokative Bemerkung über „niggers" gefallen war. Nur aufgrund eines „Lecks" wurde bekannt, daß in dem Nebenraum eine Mitgliedsliste des Klan mit 16 Namen gefunden wurde, zusammen mit einer unerlaubten 0.357 Magnum-Pistole, einigen Gummiknüppeln und einem Pfund Schießpulver. Nach Untersuchungen des Naval-Geheimdienstes werden nun offiziell 19 Klan-Mitglieder in Camp-Pendleton zugegeben, aber der „Hohe Zyklop" Corporal Daniel Baily erklärt stolz, seine Organisation hätte mehr als 100 Mitglieder auf der Basis.

In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit gehen viele Jugendliche – Weiße wie Schwarze – zur Marine, in der verzweifelten Hoffnung hier einen guten Job zu finden; aber anstelle einer Ausbildung sind sie hier mit der scharfen Hierarchie des Militärs und den Unterdrückungen der persönlichen Freiheit konfrontiert. Darüberhinaus sind die Angehörigen von Minderheiten nicht nur der Klan-Verfolgung ausgesetzt, sondern auch dem rassistischen Militärsystem:

- Schwarze Matrosen bekommen im Verhältnis zu ihrer Anzahl die meisten Hilfsposten, Schmutzjobs und strengere Bestrafung als Weiße (San Diego Union, 4.12.76).
- In der gesamten US-Army sind 60% der Schwarzen in Positionen vom Korporal abwärts, im Vergleich zu 30% der Weißen. Und obwohl die Schwarzen nur 16% der Soldaten bilden, stellen sie 32% der Gefangenen in den Militärgefängnissen. Stabschef Lieutenant Colonel D.W. Brown von Camp Pendleton sagte am 28.11.76 auf zynische Weise die volle Wahrheit, als er verkündete:
- *„Wenn diese Gruppe (der KKK) existiert, so hat sie nichts getan, um die Interessen des Militärs zu verletzen – daher haben wir keinen Grund etwas zu unternehmen."*

Der Rassismus des Klan paßt genau in das Konzept des Militärs von einer Elitetruppe rassistischer Superpatrioten, die jederzeit bereit sind für ihr Land zu sterben – ob auf den Bergen Nicaraguas oder an den Küsten Südafrikas.

• • •

„Schließlich bedenkt bitte, daß dies nicht nur der Kampf von 14 schwarzen Matrosen in Kalifornien ist, es ist der Kampf aller Antirassisten, Anti-Imperialisten und Antifaschisten. Diese tapferen Männer bekämpften den Rassismus in der Höhle des Löwen, dem US-Militär, und gaben uns ein großes Vorbild, das wir unterstützen und verteidigen sollten."

Mit diesem Schlußsatz fordert das Unterstützungskomitee auf, Artikel, Solidaritätserklärungen, Briefe usw. zu schicken an:

Camp Pendleton 14 Defense Commitee
Media Comm. – Joe T. Berry
1317 Cole
San Francisco, California
94 117, USA

USA-Kommission



„Das ist Regierungspolitik heute!"

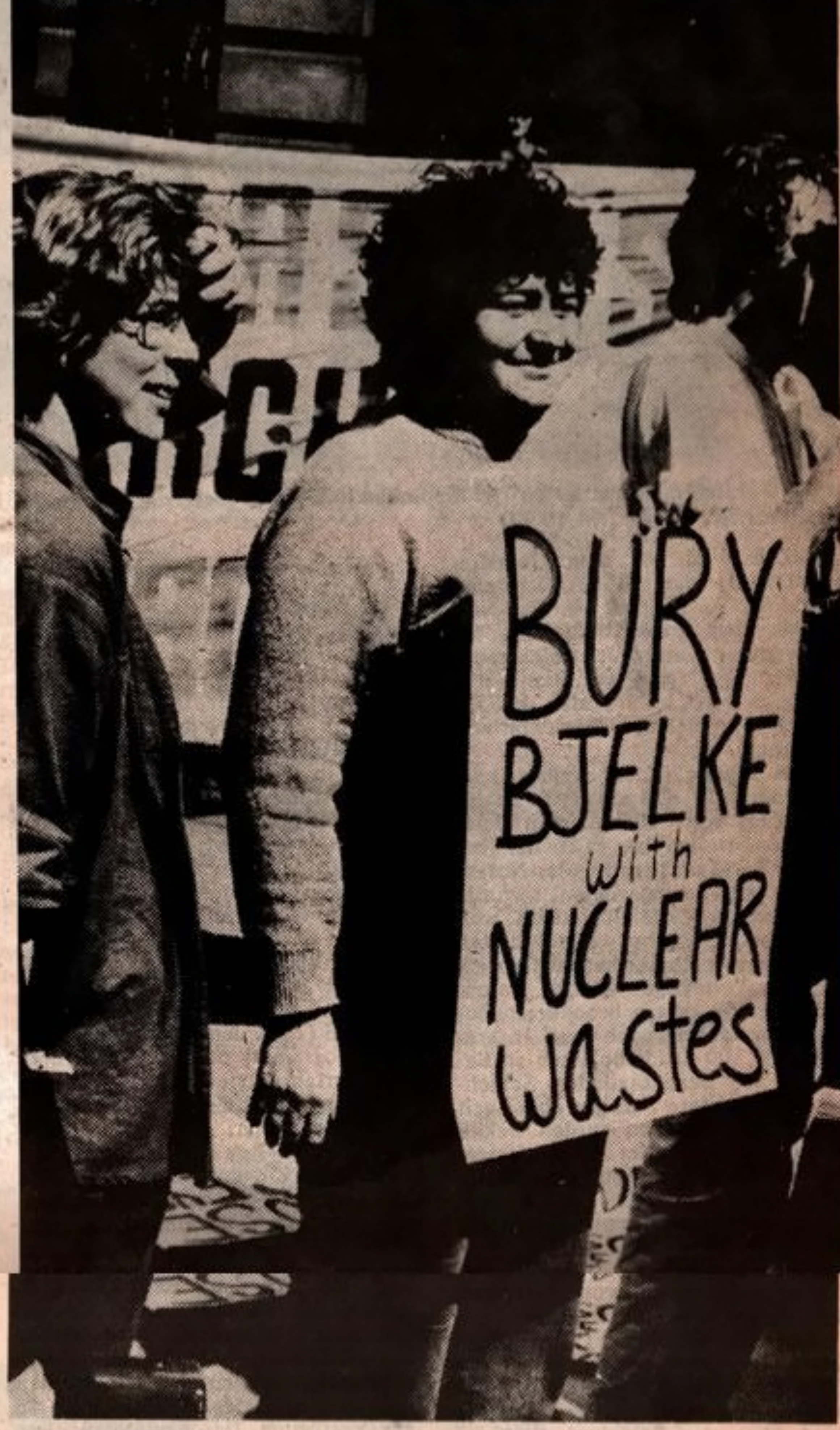
Australien. Die reaktionäre Formierung durch die Frazer-Regierung geht in Riesenschritten voran. Dem jahrelangen Widerstand und erfolgreichen Boykottaktionen gegen Uran-Abbau und -Export soll jetzt mittels „militärischer Lösung" ein Ende bereitet werden: Um die für den 16.11.77 geplanten Uran-Verschiffungen reibungslos durchzuführen, wurden Militäreinheiten alarmiert („Tribune", 5.10.)! Das Militär soll das Uran transportieren, verschiffen und gleichzeitig die „Sicherung" gegenüber Demonstranten übernehmen.

Zu diesem Plan gehört, daß die Uranexporte über Queensland abgewickelt werden sollen, dem Bundesland, in dem eine polizeistaatliche Entwicklung am weitesten vorangetrieben wurde. Queenslands Premierminister Bjielke-Petersen erließ Ende September ein g e n e r e l l e s Demonstrationsverbot. Orginalton Bjielke-Petersen: *„Die Tage politischer Demonstrationen auf den Straßen sind vorbei. Jedem, der eine Demonstration auf der Straße abhält – ob spontan oder anders – ist bekannt, daß er illegal (!) handelt"* („Direct Action", 29.9.). Zynisch höhnte er: *„Ihr braucht gar nicht erst um Genehmigung zu ersuchen. Ihr werdet keine bekommen. Das ist Regierungspolitik heute"* (ebenda)! Das übertrifft selbst die Maßstäbe, die das „Modell Deutschland', in Kalkar gesetzt hat.

Schon im September ließ Bjielke-Petersen Demonstrationen durch seine Polizeikräfte auflösen. so eine spontane Protestdemonstration in Brisbane. Am 22.September protestierten dort ca. 1500 Menschen unter den Parolen: *„Was wollen wir? Das Recht auf Demonstration. Wann wollen wir es? Jetzt!"* Noch bevor der Marsch richtig losging, wurde er von mehreren Hundert Polizisten gestoppt. Die Demonstranten durften nur in Gruppen zu zweit oder dritt weitergehen. Kurze Zeit später formierte sich der Demonstrationszug erneut und begann zum Parlamentsgebäude zu marschieren. Wiederum stoppten große Polizeikontingente die Demonstration und verhafteten nach einem Knüppeleinsatz zig Personen, vor allem Sprecher und Organisatoren des Marsches. Mehrere Menschen wurden erheblich verletzt („DA", 29.9.). Die Verhafteten wurden in den Polizeigefängnissen einem regelrechten Terror ausgesetzt. *„Anna Mc Cormack, Sprecherin des Frauenkomitees der Queensland Universität, berichtete, daß Frauen gezwungen wurden, sich in offenen Zellen auszuziehen, während männliche Polizisten ununterbrochen zuschauten"* („Tribune", 5.10.). Alle weiteren Protestaktionen, die trotz des Polizeiterrors stattfanden, wurden unterdrückt.

Trotz Polizeiwillkür und Demonstrationsverbot organisierten die Uran-Gegner für den 22.10. eine Anti-Uran-Demonstration, zu der auch der lokale Gewerkschaftsdachverband aufrief. Nach unseren Informationen wurde auch diese Demonstration brutal aufgelöst und Massenverhaftungen vorgenommen: Mindestens 370 Menschen, darunter ein Priester, wurden verhaftet („Süddeutsche Zeitung", 24.10.77)! – Der Polizeistaat in Aktion.

Neben den Uran-Gegnern sind auch die Schwarzen Australier in Queensland einem ständigen Terror ausgesetzt. Hausdurchsuchungen werden wiederholt durchgeführt. Bei der Durchsuchung eines Obdachlosencamps sollen mehrere alte Männer in einen Fluß geworfen worden sein („The National Student", 12.9.77). Diesen Berichten zufolge sollen sogar zahlreiche Schwarze ohne Grund unter Mordverdacht verhaftet worden sein. Symptomatisch für die Progrome ist der Ausspruch eines Bullen, daß sie die Schwarzen *„jagen und ausbrennen"* wollen (ebenda).



„Begrabt (Queensland-Premier) Bjelke mit nuklearen Abfällen"

Hand in Hand damit gehen öffentliche Denunziationen und antikommunistische Hetze. Kein geringerer als Queenslands Premier Bjielke-Petersen *„hat begonnen, systematisch politische Aktivisten im Parlament zu nennen ... Bjielke-Petersen nennt die Leute und liest dann aus ihren Polizeiakten (!) über ihre politische Aktivitäten. ... Menschen, die auf öffentlichen Versammlungen gesprochen haben, werden als Unterstützer des Terrorismus (!!) eingestuft"* („DA", 29.9.77).

Ein so denunzierter Aktivist ist der Gewerkschaftsfunktionär Joe Harris, Mitglied der Labor Party (Sozialdemokratische Partei). Zu erwähnen ist noch der Terror, der gegen Arbeiter und Gewerkschafter auf breiter Front entwickelt wurde (vgl. ARBEITERKAMPF 114, S.52). Der „Polizeistaat Queensland" – wie die demokratische Öffentlichkeit den Bundesstaat bezeichnet – ist heute die am weitest fortgeschrittene Regierungsdiktatur in Australien.

Wenngleich das politische Klima in Australien insgesamt noch liberaler als in Queensland ist (wozu nicht viel gehört!), versucht die Frazer-Regierung auf breiter Ebene und in den verschiedensten Sektoren, Arbeiterrechte abzubauen.

Darunter fallen die Anti-Streik-Gesetze, das Verbot von Boykottmaßnahmen und Strafverfahren gegen streikende Arbeiter (siehe ausführlich dazu in AK 114, S.52). Darunter fällt auch, daß Lehrern und Beamten das Streikrecht genommen und gleichzeitig Möglichkeiten ihrer Disziplinierung bis hin zur Entlassung (Berufsverbot) geschaffen wurden. Seit mehreren Wochen läuft eine Kampagne gegen Lehrer, die sich an verschiedenen Streikaktionen beteiligt hatten, mit dem Ziel, sie aus den Schulen rauszuschießen.

Ähnlich wie in der BRD gab es auch in Australien eine gewisse Liberalisierung in der Handhabung der Abtreibungsgesetze (die eine Abtreibung nur in besonderen Fällen ermöglichen). Verschiedene Bundesstaaten ermöglichten sogar die Einrichtung von Abtreibungskliniken. Diese Kliniken werden derzeit nach und nach geschlossen oder es wird einfach das Personal entlassen. In New-South-Wales sollte das Abtreibungsgesetz vollständig fallen, was aber wenige Stunden vor der Urteilsverkündung am 22.September über eine telegrafische Intervention ‚von oben' verhindert wurde („DA", 29.9. und „Tribune", 28.9.).

Gesundheitsminister Hunt ordnete an, daß Abtreibungen nur noch aus *„wichtigen medizinischen Gründen"* genehmigt werden sollen („Tribune", 5.10.77)! Wie auch in anderen Ländern steht in Australien die Frage der Abtreibung beispielhaft für den gesamten Regierungskurs – die Zeiten der „Reformen" und der „Liberalisierung der Gesellschaft" sind vorbei!

Beschleunigte Faschisierung des japanischen Staatsapparats



In Zukunft harte Linie? Japans Regierung läßt zwei Häftlinge ausfliegen

Nachdem die „weiche Linie" der japanischen Regierung bei der letzten Flugzeugentführung durch die japanische „Rote Armee" auf starke Kritik nicht nur von den ausländischen Regierungskollegen, sondern inzwischen auch in den eigenen Reihen gestoßen war, wird jetzt ein scharfer innenpolitischer Kurs gesteuert.

Ein neuer Gesetzesentwurf, der jetzt in aller Eile durchgeboxt wird, sieht härtere Strafmaßnahmen gegen „Terroristen" vor. Danach sollen bei Geiselnahme zur Freipressung von Gefangenen und Lösegeldforderungen eine Haftstrafe von mindestens 10 Jahren bis lebenslänglich verhängt werden. Wenn bei einer Entführung oder Geiselnahme Menschen getötet werden, soll die Todesstrafe verhängt werden können (die in Japan noch existiert).

Interessant ist vor allem die Haltung der japanischen Regierung gegenüber der „GSG 9 Aktion" sowie den sonstigen bundesdeutschen Anti-Terror-Maßnahmen. Zunächst hatte man in den Regierungskreisen die Gefährlichkeit einer Flugzeugerstürmung, wie sie von der „GSG 9" durchgeführt wurde, stark hervorgehoben und eine Entsendung von japanischen Militäreinheiten ins Ausland entschieden abgelehnt. Doch die Nationale Polizeibehörde zeigt sich durch die bundesdeutsche Blitzaktion stark beeindruckt und erließ die Anordnung an alle überseeischen japanischen Missionen, *„soviel Informationen wie möglich über die Operation* (von Mogadischu, Anm. d. Red.) *einzuholen"* („Asahi Evening News", 19.10.77).

Ein Sprecher des Polizeihauptquartiers verwies bereits darauf, *„daß das deutsche Beispiel jetzt in Japan seine Nachahmung finden dürfte"* („FR", 20.10.77). Entsprechende – auch gesetzliche – Vorbereitungen sind schon getroffen worden. *„Die Regierung hat beschlossen, die Möglichkeit einer Änderung von nationalen Gesetzen zu untersuchen, einschließlich des Polizeigesetzes, damit japanische Polizeieinheiten ins Ausland geschickt werden können, um mit jeder künftigen ausländischen Geiselnahme fertig zu werden"* („Asahi Evening News", 20.10.77)!

Bei der Neufassung der Polizeigesetze geht es auch um eine bessere Bewaffnung der Bullen. Die Bildung von spezialisierten Anti-Terror-Einheiten der Polizei liegt nicht fern. Neben der Verschärfung der Reisepaßbestimmungen, des Waffengesetzes und den Fluggastkontrollen gehört auch *„die Entsendung von Sicherheitspersonal an jeden von JAL* (Japanische Fluggesellschaft, Anm.d. Red.) *angeflogenen Flughafen in Übersee"* („FAZ", 19.10.77).

Nach bundesdeutschem Vorbild sind diese Terror-Maßnahmen der japanischen Bourgeoisie gegen jeden Demokraten und gegen jede fortschrittliche Kraft in Japan gerichtet!

Asien-Australien-Kommission

Studentendemonstration gegen faschistische Park-Diktatur

Südkorea. Am 7.Oktober fand an der Nationaluniversität Seoul eine Demonstration mit Sit-Ins gegen das faschistische Park-Regime statt. Auf einer Veranstaltung auf dem Universitätsgelände forderten Sprecher der Studenten, daß die bisher von der Regierung ernannten Vertreter der Studentenvereinigung in Zukunft von den Studenten selbst in unmittelbarer, geheimer Wahl gewählt werden sollten.

Als sich die Zahl der Studenten auf etwa tausend erhöht hatte, griff bewaffnete Polizei ein, die einen Studenten verletzte und 6 festnahm. *„Dann begannen etwa 300 Studenten im Freien ein sit-in, während 250 andere ein ähnliches sit-in in einem Klassenraum abhielten. Ihre Parolen wurden politisch, hieß es in den Quellen, und sie riefen Forderungen, daß eingesperrte Studenten und andere Dissidenten freigelassen und die gegenwärtige Gesetzgebung, die alle regierungsfeindlichen Aktivitäten ächtet, aufgehoben wird. Das sit-in dauerte bis 19.20 Uhr, als die draußen befindlichen Protestierenden vom Campus abmarschieren wollten. Die Polizei feuerte ein Dutzend Tränengasgranaten, und die Marschierenden zerstreuten sich"* („Japan Times", 8.10.77). Anschließend wurden auch die Studenten aus dem Klassenraum vertrieben.

Etwa 250 Studenten wurden insgesamt verhaftet, 60 von der Uni verwiesen, oder vom Lehrbetrieb suspendiert, einige Arbeitsgemeinschaften, Abschlußklassen und Büchereien wurden auf unbestimmte Zeit geschlossen.

Am 12.Oktober hielten 2 000 Studenten der Yonsei-Universität eine Protestversammlung ab, auf der sie die Aufhebung der Yusin-(Notstands-) Verfassung, den Rücktritt des Park-Regimes und eine Untersuchung des Falles Park Tong Sun forderten. Park hatte in den USA Kongreßabgeordnete bestochen, um sie zu einer noch stärker pro-faschistischen Politik in Südkorea zu gewinnen. Dann hatte er sich nach Südkorea abgesetzt und weigert sich seitdem, in den USA vor Gericht zu erscheinen. Jede Berichterstattung über diesen Fall wurde in Südkorea von den Faschisten verboten.

Solche Pressezensur ist in Südkorea durchaus nichts Ungewöhnliches. So wurde kürzlich die monatlich erscheinende Zeitschrift „Taehwa" wegen „Verletzung der Notstandsverordnung No.9" verboten, der Herausgeber und einer der Mitarbeiter verhaftet („KCNA", nach „SWB" 20.10.77).

Mit diesen Notstandsverordnungen, auch „Yusin"-(erneuerte) Verfassung genannt, regiert das Park-Regime seit nunmehr fünf Jahren. Als Verstoß gegen diese Verfassung gilt bereits jede Kritik am herrschenden Regime. Zahlreiche oppositionelle Politiker, Studenten und Arbeiter befinden sich aufgrund der Notstandsverordnungen teilweise seit Jahren im Gefängnis und werden dort nicht selten von den Mördern des Geheimdienstes KCIA brutal gefoltert.

Die jüngsten Studentenproteste zeigen allerdings auch, daß das südkoreanische Volk nicht bereit ist, auf einen Kampf für seine demokratischen Rechte zu verzichten. Wie die „Süddeutsche Zeitung" vom 27.10. meldet, ist es auf dem Gelände der Yonsei-Universität wiederum *„zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Studenten gekommen. Die Polizei stürmte das Gelände, nachdem etwa 4 000 demonstrierende Studenten damit begonnen hatten, Schmährufe gegen Präsident Park Chung Hee und die Regierung auszubringen. Etwa 40 bis 50 Demonstranten wurden abgeführt."*

Asien-Australien-Kommission

Schwere Kämpfe auf den Philippinen

Nach einer Zeit relativer Ruhe sind auf den Phillippinen – insbesondere auf den südlichen Inseln Mindanao, Basilan, Jolo und Tawi-Tawi – die Kämpfe wieder voll ausgebrochen.

Ständig wird in der Presse zur Zeit „von Zusammenstößen zwischen Militär und Rebellen" berichtet, laufend geraten Militärposten in Hinterhalte.

Die gesamte südliche Region der Insel Mindanao scheint zur Zeit umkämpft zu sein. Die Armee in dieser Region wurde in Alarmbereitschaft versetzt, aus Manila wurden *„Hunderte von Soldaten"* („AEN", 13.10.), Kampfflugzeuge, Panzer und Artillerie in den Süden geschafft. Auf die ebenfalls umkämpfte Insel Basilan schickte Marcos 4 000 zusätzliche Soldaten (mit entsprechendem Zubehör) („Horizont", 40/77).

Trotz Waffenstillstand und Friedensverhandlung ließ Marcos die Insel Jolo – eine traditionelle Hochburg der Gurerilla – mit Kampfflugzeugen und Artillerie bombardieren. („Newsweek", 10.10.77). Daraufhin zeigte die Guerilla ihre Stärke. Sie vernichtete das berüchtigte 33. Bataillon einschließlich dessen Oberbefehlshabers, General Bautista („NZZ", 13.10. und „Newsweek", 10.10.77). Bautista war der verantwortliche Führer des gesamten Anti-Guerilla-Kampfes auf den südlichen Phillippinen. . .

Diese Guerilla-Aktion ist ihr bisher größter militärischer Sieg über die faschistischen Kräfte in diesem Jahr.

Als Vergeltung für ihre Niederlage auf Jolo ermordeten faschistische Truppen über 400 Zivilisten („AEN", 13.10.). Damit hat Marcos wieder einmal deutlich gemacht, daß er nicht bereit ist, in der blutigen Unterdrückung der Bevölkerung nachzulassen.

Asien-Australien-Kommission

KURZMELDUNGEN KURZMELDUNGEN KURZMELDUNGEN

Anti-Kriegsdemonstration in Tokyo

Am 20.Oktober demonstrierten nach verschiedenen Pressemeldungen rund 16 000 Arbeiter und Studenten in Tokyo gegen den imperialistischen Militärpakt zwischen den USA, Japan und Südkorea und forderten die sofortige Auflösung der US-Stützpunkte in Japan sowie die Aufhebung des amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrages. Dabei wurden zwei Demonstranten festgenommen.

Zu der Demonstration hatten insgesamt 14 Gruppen aufgerufen, unter anderem auch die Sozialistische Partei Japans, die revisionistische KP Japans und der stark von den Sozialisten kontrollierte Gewerkschaftsdachverband SOHYO.

Der 21.10. wurde bereits vor 12 Jahren von der japanischen Linken zum internationalen Anti-Kriegs-Tag proklamiert als Protest gegen die Bombardierung Nordvietnams durch die USA.

Am 21.10. demonstrierten noch einmal rund 3 000 *„radikale Linke Studenten mit Helmen und Fahnen"* gegen den US-Imperialismus.

* * *



Massenproteste in Neuseeland

Aus Protest gegen die Ankündigung, den Geheimdienst „Security Intelligence Service" zu verstärken, kam es in Neuseeland zu Massenprotesten. Premierminister Muldoon kam im Parlament nicht zu Wort, da eine größere Anzahl Demonstranten in die Diskussion im Parlament aktiv eingriff. Vorher hatten ca. 15 000 Menschen in Wellington gegen den Regierungsplan demonstriert. Die Demonstranten marschierten zum Gebäude des Geheimdienstes und bewarfen dies mit Steinen und Farbbeuteln (nach „Guardian", 19.10.77).

* * *

Koordinierungskomitee des thailändischen Widerstandes

„Zur Koordinierung der patriotischen und demokratischen Kräfte in Thailand" („Stimme des thailändischen Volkes" lt. „Monitor-Dienst", 18.10.77) wurde ein nationales Komitee gebildet. Gegründet wurde das Komitee auf einer illegalen Konferenz von *„Repräsentanten der Kommunistischen Partei Thailands, der Sozialistischen Partei Thailands, der Sozialistischen Front Partei Thailands, Vertretern politischer Organe und von Massenorganisationen sowie einer Reihe demokratischer und patriotischer Persönlichkeiten"* (ebenda) In diesem Komitee findet die vorhandene Zusammenarbeit der verschiedenen politischen Sektoren im Widerstand ihren ersten organisatorischen Ausdruck.

* * *

Vietnam würdigt Che

Zum 10. Jahrestag des Todes von Che Guevara fand am 7. Oktober in Hanoi eine Veranstaltung statt. Im Zentralorgan der KPV (Kommunistische Partei Vietnams), „Nhan Dan", hieß es, *„daß Che Guevara ein unvergängliches Beispiel revolutionärer Entschlossenheit und Tugend und proletarischen Internationalismus gesetzt habe. Das kubanische Volk hat sein Blut für die Befreiung anderer Völker hingegeben; dieser unschätzbare Beitrag zur Weltrevolution, fuhr die Zeitung fort, stammte aus Che Guevaras Tradition des proletarischen Internationalismus und war ein Symbol der reinen revolutionären Tugenden des kubanischen Volkes"* („Vietnamesische Nachrichtenagentur", nach „SWB", 15.10.77).

* * *

Neue Hebriden fordern Unabhängigkeit!

Unbeachtet von der Weltöffentlichkeit halten sich Frankreich und Großbritannien im pazifischen Ozean immer noch Kolonien. Die Neuen Hebriden sollen nach britisch-französischen Plänen erst 1980 über ihre Unabhängigkeit entscheiden ‚dürfen'. Davor soll von 1977 bis 1980 *„graduell die Macht an ein Selbstbestimmungskabinett übergeben werden"* („Tribune", 28.9.77). Gleichzeitig versuchen die britisch-französischen Kolonialherren einen Wahlmodus einzuführen, der es ermöglichen würde, auch im Falle eines Wahlsieges der linksgerichteten Vanuaaku Pati eine Koalition zweier rechter Gruppierungen herzustellen – und so trotz „Unabhängigkeit" die Abhängigkeit zu erhalten.

Die Vanuaaku Pati hat deshalb auf ihrem jüngsten Kongreß fünf Forderungen aufgestellt, die Bedingung für eine Wahlbeteiligung überhaupt sind:

- nur gebürtige Einwohner von Vanuaaku (Neue Hebriden) dürfen wählen,
- das Wahlalter wird auf 18 heruntergesetzt,
- „Majoritätswahl" (die Partei mit den meisten Stimmen bildet die Regierung),
- Übergabe der gesamten Macht an die gewählte neue Regierung (jetzt und nicht erst 1980),
- ein grundsätzliches Referendum über die Unabhängigkeit wird 1977 durchgeführt und nicht erst 1980.

Die Vanuaaku-Pati hat erklärt, daß die Unabhängigkeit auch ohne Wahlen erreicht werden wird (nach „Tribune", 28.9.77).

* * *

Gesteigerter Terror in Bangla Desh

Nach dem gescheiterten Putsch verschärft sich die politische Lage in Bangla Desh zusehens. Nachdem Präsident Rahman die drei größten oppositionellen Parteien verboten hatte, folgten nun die Prozesse gegen die angeblichen „Verschwörer". Insgesamt wurden bisher 460 Personen vor Gericht gestellt. Davon sind 63 bereits wieder aus der Haft entlassen worden. Wie Rahman gedenkt, gegen die linke Opposition vorzugehen, zeigen die bisher gefällten Terrorurteile sehr deutlich. 37 Armeeangehörige wurden hingerichtet. 20 weitere zu lebenslanger Haft verurteilt.
(alle Angaben nach „NZZ", 21.10.77)

In der zweiten Prozeßwelle wurden jetzt 55 Todesurteile, 14 mal lebenslange Zwangsarbeit und 18 lange Haftstrafen verhängt („SZ", 28.10.77). Andere ähnlich drastische Urteile sind noch zu befürchten.

* * *

„Terroristen"-Fahndung in Malaysia

Offenbar wurde die internationale Fahndung nach angeblichen RAF-Mitgliedern nicht nur auf Japan ausgedehnt. Aus Malaysia wird gemeldet, daß ein Westdeutscher auf dem Flughafen festgenommen wurde, *„der der Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung verdächtigt sei"* („SZ", 27.10.77). Bemerkenswerterweise wurde dies nicht von Malaysia, sondern von der BRD-Botschaft bekanntgegeben.

Asien-Australien-Kommission



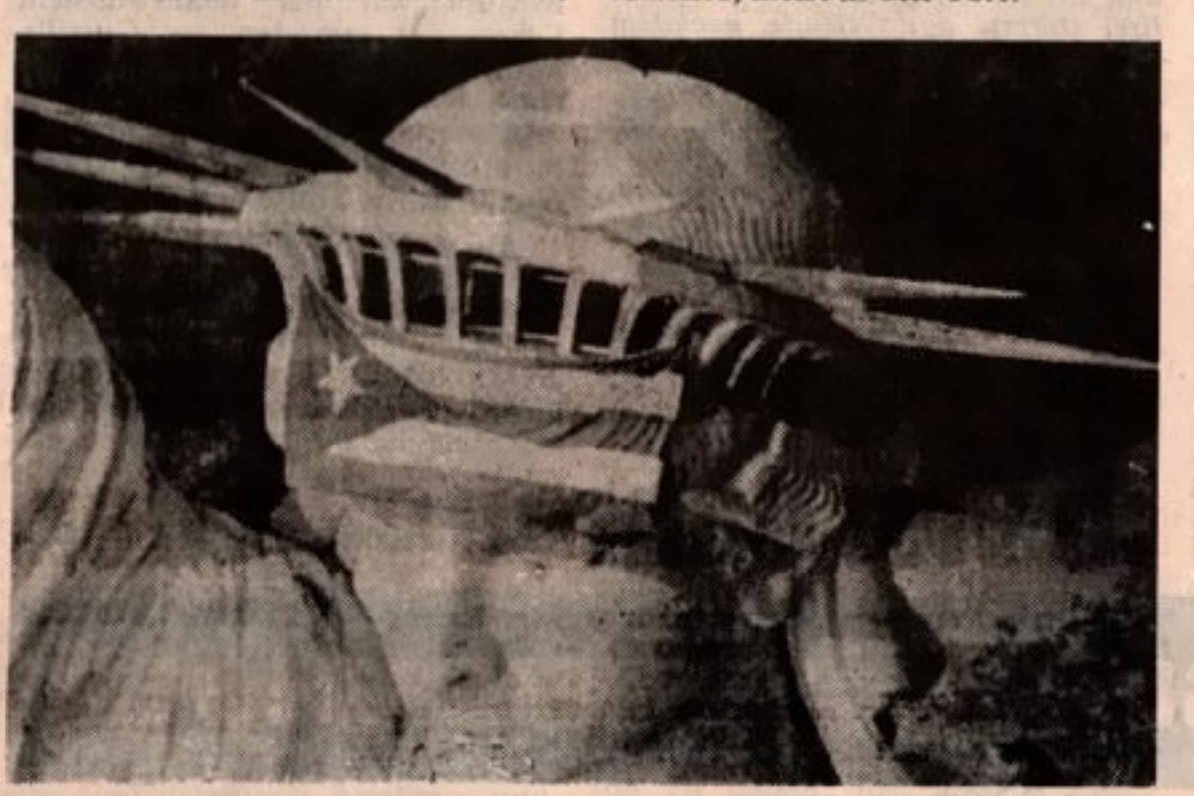
lateinamerika

Puerto-Rico – Kolonie der USA

Ein weiteres Mal hat der Entkolonialisierungsausschuß der UNO eine Entscheidung über den Antrag Cubas, Puerto Rico zur nordamerikanischen Kolonie zu erklären, um ein Jahr verschoben. Der Antrag von Cuba und Kräften aus Puerto Rico wird seit Jahren dem Entkolonialisierungsausschuß vorgelegt und mit eben derselben Regelmäßigkeit „vertagt".

Puerto Rico kam 1898 nach dem spanisch-amerikanischen Krieg zu den USA. Der Status des „Commonwealth of Puerto Rico" bietet den US-Konzernen Steuerfreiheit, bei ungehindertem Zugang zum amerikanischen Markt. Je nachdem, wie es den US-Konzernen paßt, ist Puerto Rico Bestandteil der USA oder assoziierter Freistaat. Sowohl wirtschaftlich, als auch politisch ist Puerto Rico vollkommen von den USA abhängig, die hier 14 Mrd. Dollar investiert haben. Allerdings wurden allein in den Jahren 1970 bis 1976 7,5 Mrd. Dollar Gewinne gemacht. Die ganze Insel ist ein einziges Militärlager der USA, die hier ihre Hauptquartiere für den Kampf gegen die Lateinamerikanische Revolution hat. 10 % der Fläche der Insel sind mit Militärbasen belegt. Auf Puerto Rico ist der einzige Luftwaffenstützpunkt Lateinamerikas mit Atomwaffen, ferner ist hier der Sitz der Marinezentrale für den Südatlantik und natürlich das Hauptquartier des CIA für Lateinamerika mit 22.000 Agenten.

Für die Bevölkerung wirkt sich der Kolonialstatus Puerto Ricos katastrophal aus: 30 bis 40 % Arbeitslose, sieben von zehn Familien sind auf die Wohlfahrt angewiesen. Hierin ist auch der Grund für die hohe Auswanderungsquote zu suchen. 1,7 Millionen der ungefähr fünf Millionen Puertoricaner leben im Ausland, meist in den USA.



Die beiden „großen Parteien", die PDP (Popular Democratic Party) und die NPP (New Progressiv Party) akzeptieren den jetzigen Status Puerto Ricos bzw. fordern sogar eine Eingliederung in die USA (NPP). Sie berufen sich dabei auf eine „Volksabstimmung" von 1967, bei der sich eine Mehrheit für den Commonwealthstatus ergeben hatte. Die USA drohten damals mit dem sofortigen Abbruch jeglicher wirtschaftlicher Beziehung zu Puerto Rico für den Fall, daß Puerto Rico sich für die Unabhängigkeit entscheiden sollte. Die „Abstimmung" über diese Erpressung wurde damals von 34,2 % der Bevölkerung boykottiert.

In der letzten Zeit ist die Unzufriedenheit aufgrund der miesen wirtschaftlichen Lage erheblich gestiegen und Ansätze einer antikolonialistischen Einheit geschaffen. Hierzu gehören die sozialistische Partei PSP, die Unabhängigkeitspartei PIP, die Kommunistische Partei PCP, der puertoricanische Friedensrat und die Christen für den Sozialismus. Von diesen Kräften wird auch der Antrag Cubas in der UNO mitgetragen.

Speziell die sozialistische Partei verteidigt auch das Recht der puertoricanischen Unabhängigkeitsbewegung, bewaffnete Aktionen zu unternehmen, wie sie vor allem von der FALN in den USA durchgeführt werden. Die letzte spektakuläre Aktion der Genossen aus Puerto Rico war die Besetzung der „Freiheits"-statue im Hafen von New York, am 26. Oktober dieses Jahres. Die Stirn der 47 Meter hohen Statue wurde mit einer riesigen Fahne Puerto Ricos verziert (siehe Bild). (Nach „Lateinamerika-Nachrichten 52 und „Hamburger Morgenpost" vom 27.10. u.a.)

Lateinamerikakommission

KURZMELDUNGEN

Massaker an Arbeitern in Ecuador

Mindestens 100 Arbeiter sind in Ecuador bei der Räumung einer besetzten Fabrik durch Polizeikräfte ermordet worden. 2.000 Arbeiter hatten eine staatliche Zuckerfabrik besetzt und bestreikt. Die Polizeikräfte gingen mit Tränengas und Schußwaffen gegen die Besetzer vor und trieben die Arbeiter in die Zuckerrohrfelder hinter den Fabrikgebäuden. Nach Angaben der Gewerkschaften sind dort -zig Streikende in den Bewässerungskanälen ertrunken. Andere Arbeiter seien von der Polizei in die Siedekessel geworfen worden! Dies in Ecuador, wo der sogenannte Demokratisierungsprozeß, von dem zur Zeit die meisten der lateinamerikanischen Diktaturen reden, angeblich am weitesten fortgeschritten ist (vergl. AK 115).

In Italien kam es zu spontanen Solidaritätsaktionen mit den ecuadorianischen Arbeitern. In Mailand sind rund 100 Demonstranten in das Konsulat Ecuadors eingedrungen, um gegen das Massaker zu protestieren. Davon können wir lernen. (Nach »Süddeutsche Zeitung«, 24.10.77)

BRD liefert Brennelemente nach Argentinien

Nachdem die westdeutsche Kraftwerks-Union (KWU) ohne großes Aufsehen einen Vertrag mit der Atomenergie-Kommission der faschistischen argentinischen Militärjunta über die Lieferung von Brennelementen im Wert von 80 Mio. Mark unterschrieben hat, bekam sie jetzt den Auftrag für die Herstellung von 715 bis 910 Brennelementen für Argentiniens erstes, von der KWU gebautes Atomkraftwerk in Atucha! Bis 1980 soll so der Bedarf des AKWs gedeckt sein. (»Süddeutsche Zeitung« vom 19.9. und 12.10.77)

* * *

Nazis in Bolivien

Wie die »Informationsstelle Lateinamerika« in ihrer letzten Ausgabe berichtet, hat der ehemalige Gestapochef in Frankreich, bekannt als der »Schlächter von Lyon« einen hohen Posten im bolivianischen Innenministerium inne. Nach dem Zweiten Weltkrieg war er als »Klaus Barbei« alias »Klaus Altmann« nach Lateinamerika gegangen. Ein Auslieferungsantrag der französischen Regierung wurde abgelehnt! (Nach »Prensa Latina«, zit. nach ILA-Info 9/77)

Erfolge der Guerillas in Nicaragua!

Spektakuläre Erfolge konnte die Sandinistische Befreiungsfront in Lateinamerikas ältester Diktatur erringen: Mehrere Stunden lang hielten ca. 50 Angehörige der Sandinos die Stadt San Carlos besetzt. Erst nachdem Regierungstruppen die Stadt bombardierten konnten sie San Carlos zurückerobern. Den Guerilleros, die sich nach dem legendären Partisanenführer Augusto Cesar Sandino nennen, gelang es dabei, zwölf Regierungssoldaten zu erschießen. Über Verluste der Sandinos ist nichts bekannt! 15 Kämpfer sollen in Costa Rica um Asyl gebeten haben.

Die Aktion in San Carlos in der Nähe der Grenze Costa Ricas ist der bisherige Höhepunkt einer ganzen Reihe von bewaffneten Aktionen in den Diktaturen Mittelamerikas. Sie machen dem seit 41 Jahren herrschenden Somozaklan offensichtlich zu schaffen.

Bei den jüngsten Auseinandersetzungen schloß die Regierung die Schulen und Banken und die Armee wurde in Alarmbereitschaft versetzt. Nach amtlichen Angaben sind während der Gefechte 20 Regierungssoldaten und 35 Guerilleros ums Leben gekommen. Die Zahl der gefallenen Sandinos ist allerdings mit Vorsicht zu betrachten, da die Regierung aus jedem getöteten

amtlichen Angaben sind während der Gefechte 20 Regierungssoldaten und 35 Guerilleros ums Leben gekommen. Die Zahl der gefallenen Sandinos ist allerdings mit Vorsicht zu betrachten, da die Regierung aus jedem getöteten



Bauern einen getöteten Terroristen macht. Nach Angaben von katholischen Bischöfen wurden bei der Verfolgung der Sandinos hunderte von Bauern umgebracht.

Im Zusammenhang mit der angeblichen Verfolgung von Guerilleros ist es zu schweren Grenzprovokationen Nicaraguas auf dem Hoheitsgebiet von Costa Rica gekommen. So flog die Luftwaffe Nicaraguas Luftangriffe gegen drei Fischerboote Costa Ricas. Auf einem befand sich der Innenminister Costa Ricas. Die Regierung Nicaraguas erklärte dazu frech, sie werde ihre Truppen bei der Verfolgung von Guerilleros dort einsetzen, *»wo immer dies erforderlich sein wird«*. Anders als die eng zusammenarbeitenden Diktaturen Nicaragua, Guatemala, El Salvador und Honduras ist das demokratisch regierte Costa Rica offensichtlich nicht bereit, die Truppen Somozas gegen die Guerillas zu unterstützen. (Nach »Süddeutsche Zeitung«, 4.10.77 und 17.10.77).

Lateinamerika-Kommission

Interview mit dem peruanischen

Interview mit dem peruanischen Gewerkschaftsführer Cuadros Parades

Victor Cuadros Paredes ist Generalsekretär der peruanischen Minen- und Metallarbeitergewerkschaft. Diese Gewerkschaft war 1969 gegründet worden und gehörte zunächst zum gewerkschaftlichen Dachverband CGTP, der von der revisionistischen KP Perus beherrscht wird. Die Minenarbeitergewerkschaft bemühte sich von Anfang an um enge Verbindungen mit anderen klassenkämpferischen Gewerkschaften und führte bis 1972 eine Reihe von Streiks durch. Von diesen angeblich »wilden Streiks« hatte sich die CGTP-Führung meist distanziert, die KP führte Disziplinarmaßnahmen gegen die Streikführer durch. So wurden Mitglieder der KP, die an den Streiks beteiligt waren, aus der Partei ausgeschlossen, unter anderem auch Victor Cuadros (er erhielt für sechs Monate Funktionsverbot und kehrte nach Ablauf der Frist nicht in die KP zurück). 1973 beschloß die Minenarbeitergewerkschaft, aus dem Dachverband CGTP auszutreten, um ungehindert ihre klassenkämpferische Politik durchsetzen zu können. Ebenfalls seit 1973 wurde die Unterstützung der Regierung, an der man gemeinsam mit der CGTP bis dahin festgehalten hatte, aufgegeben. Victor Cuadros wurde bereits mehrfach aus Peru ausgewiesen oder verhaftet und in ein berüchtigtes KZ gesteckt. Am 6. Juli, d.h. kurz vor dem Generalstreik vom 19. Juli, der wesentlich von der Minenarbeitergewerkschaft und anderen klassenkämpferischen Gewerkschaften getragen wurde, und der so breite Zustimmung der Massen fand, daß sich auch die CGTP und andere regierungstreue Gewerkschaftsverbände gezwungen sahen am Generalstreik teilzunehmen, wurde Victor Cuadros erneut ausgewiesen. Er führt jetzt den Kampf um seine Rückkehr nach Peru und für Solidarität mit den peruanischen Arbeitern von Paris aus. Seine Aufgabe als Generalsekretär der Minenarbeitergewerkschaft in Peru hat seine Frau übernommen.

Frage: Kannst du bitte über die Rolle der Minenarbeitergewerkschaft bei dem Generalstreik im Juli und ihr Verhältnis zur CGTP berichten.

Antwort: Unsere Gewerkschaft ist eine nationale Föderation der Berg- und Metallarbeiter Perus. Sie hat mehr als 40 Gewerkschaften im ganzen Land und umfaßt insgesamt schätzungsweise 60.000 Berg- und Metallarbeiter. Im Februar 1973 fand die nationale Versammlung der Bergarbeiter statt, auf der man übereinkam, aus der CGTP auszutreten. Diese Trennung geschah aufgrund der verräterischen Politik ihrer Führung, sie widersetzte sich dem Kampf der Bergarbeiter, den sie zur Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen entwickeln wollten. Die jetzige tiefe ökonomische Krise, die im Land herrscht, hat die Regierung dazu veranlaßt, 1976 eine Reihe von ökonomischen Maßnahmen zu ergreifen, die gegen die Interessen der Bergarbeiter, der Bauern und anderen Sektoren im Volk gerichtet sind, insbesondere die enorme Erhöhung der Lebensmittelpreise. Dies rief eine starke Mobilisierung in der Bevölkerung Perus hervor, besonders die südlichen Regionen wie Cusco, Puno, Arequipa und Tacna führten eine Reihe von Streiks und Demonstrationen durch. Dabei kamen heftige Zusammenstöße mit der Polizei vor; einige Teilnehmer sind verletzt, viele verhaftet worden. Die starke Mobilisierung in der Bevölkerung nahm bald nationale Ausmaße an und drang vor bis zur Hauptstädt, getragen von den Basiseinheiten, d.h. den unabhängigen nationalen Gewerkschaften von Peru, darunter auch die nationale Bergarbeitergewerkschaft, in der ich den Vorsitz führe, und andere unabhängige Organisationen. Sie sind es, die praktisch den Anstoß zur Einheit gegeben haben, um den Generalstreik am 19. Juli 1977 durchführen zu können.

Die Mobilisierung in den Gewerkschaften ließ die Führung sowohl der CGTP wie auch der CNT (Nationale Conföderation der Arbeit) und der CTRP (Arbeitszentrale der Revolution Perus, Organ zur Kooperation, von der Regierung eingesetzt) keinen anderen Weg, als sich der Mobilisierung der Massen anzuschließen. Wenn sie dies nicht getan hätten, wären sie durch die Zuspitzung und die Kampfbereitschaft der Bevölkerung hinweggefegt worden. Die Bevölkerung forderte höhere Löhne, Kontrolle der Preise usw.

Frage: Wie siehst Du die Notwendigkeit und die Möglichkeit, daß der gewerkschaftliche Kampf den Rahmen der ökonomischen Kämpfe überschreitet und politische Forderungen aufgestellt werden?

Antwort: Als erstes muß man betonen, daß die Militär-Regierung von Morales Bermudez auf die Mobilisierung am 19. Juli ausgesprochen gewalttätig geantwortet hat. Sie ist mit gezielter Repression gegen die führenden und konsequentesten Gewerkschaftsmitglieder vorgegangen. Deshalb kämpft das Proletariat in diesem Moment besonders um die Freiheit aller gefangenen Führer, um die Wiedereinstellung der 5.000 Bergarbeiter in den Bergwerkszentren, die entlassen worden sind, und sie kämpfen um die Autonomie ihrer Gewerkschaftsorganisationen. Dies ist ein erster Schritt und sehr wichtig für weitere Schritte in der Zukunft, die man im politischen Bereich machen kann.

Frage: Wie siehst du die Bedeutung der Verfassunggebenden Versammlung, die die Regierung angekündigt hat? Wie könnten die Wahlen ausgehen? Bedeuten sie wirklich eine »demokratische Öffnung« und wie antworten die Massen auf diese neue Entwicklung?

Antwort: Zunächst einmal, die gesamte Verfassungsgebende Versammlung ist nichts anderes als ein Manöver der Militärjunta, mit dem sie versucht, die interne Unzufriedenheit, die innerhalb der Militärs selbst existiert, zu beschwichtigen. Denn ein weiteres Mal stellt man innerhalb der Streitkräfte das Scheitern dieser Regierung fest, die Politik dieses Landes zu führen. Dies hat eine Reihe von schwerwiegenden Widersprüchen erzeugt, die Bermudez mit den angekündigten Maßnahmen zu beschwichtigen versucht hat, um einen Mehrheitskonsens innerhalb der Streitkräfte selbst zu erreichen. Die Verfassungsgebende Versammlung soll die politische Verfassung des Staates erneuern. Einige Sektoren, wie die kommunistische Partei machen sich Illusionen, daß man über diese Verfassungsgebende Versammlung revolutionäre Errungenschaften institutionalisieren und sichern könne. Für uns, für das Proletariat, für die wirklich revolutionären Sektoren der Gewerkschaftsbewegung, ist es weder eine Versammlung, die irgendeine aktive Teilnahme der großen Mehrheit der Bevölkerung gewähren wird, noch ist es eine Lösung für die äußerst schwierige und kritische Lage, in der sich das Land befindet.

Die Perspektive, die das Proletariat zweifellos sieht, bedeutet sehr schwierige Aufgaben, denn wie ich schon sagte, gab es eine sehr gezielte Repression. Von daher ist das Proletariat in einem enormen Nachteil. Daraus versuchen alle anderen bürgerlichen proimperialistischen und reaktionären Parteien, Vorteil zu ziehen, eingeschlossen die kommunistische Partei, die eine sehr unsaubere Position einnimmt und die die Militärregierung unterstützt.

In dieser Situation besteht die Aufgabe der klassenkämpferischen Gewerkschaftsbewegung darin, die Manöver der regierungstreuen Zentralen und der verschiedenen Parteien, die beanspruchen, revolutionär zu sein, aufzudecken. Es gibt keinen anderen Weg, als unsere Autonomie aufrechtzuerhalten, eine Kampfplattform zu erarbeiten und sie den linken Parteien, die sich als Verteidiger der Arbeiterklasse verstehen, vorzuschlagen.

Diese Perspektive wird mit einer Reihe von Hindernissen konfrontiert sein, besonders mit dem Vormarsch der regierungstreuen Zentren, die die unabhängigen Gewerkschaften vereinnahmen wollen, und auf der anderen Seite mit der Absicht der Regierung, die Organisation der Arbeiterklasse zu zerstören.

In diesem Verlauf wird das Proletariat mehr beteiligt sein an direkt politisierenden Aktionen. Es kann beweisen, daß die bürgerlichen Parteien nicht die Mehrheit der Bevölkerung repräsentieren und nicht die Forderung der Bevölkerung verteidigen.

Dies ist ein Kampf, dessen Ende man noch nicht absehen kann, aber in der Geschichte hat das Proletariat immer für seine elementarsten Forderungen gekämpft, und dies macht es auch jetzt, der Beweis sind die gesamten Mobilisationen, Versammlungen und Prozessionen (Anmerkung des Übersetzers: gemeint sind Märsche von Männern, Frauen und Kindern aus den Dörfern in die nächstgrößeren Städte, um ihre Forderungen überall zu demonstrieren) *die das Proletariat jetzt entwickelt.*

Frage: Einige lateinamerikanische Organisationen orientieren ihre Solidaritätsarbeit in der BRD vor allem auf die Zusammenarbeit mit gewerkschaftlichen und humanitären Organisationen. Ihr Argument ist, daß jede Arbeit mit der revolutionären Linken die demokratische Öffentlichkeit »verschrecken« könnte, und man damit die Solidaritätsarbeit lähmen würde. Wie siehst Du die Aufgaben der Solidaritätsarbeit in Europa?

Antwort: Zunächst einmal herrscht die kapitalistische und imperialistische Ausbeutung nicht nur in Lateinamerika, sondern in allen kapitalistischen Ländern einschließlich in Europa. Ohne Zweifel ist die Ausbeutung in Lateinamerika sehr viel unmenschlicher, und dies führt zu ständigen Kämpfen. Außerdem ist die Situation des lateinamerikanischen Proletariats völlig verschieden von der des europäischen Proletariats. In diesem Zusammenhang kann ich sagen, daß in Europa, besonders in Frankreich, die verschiedenen Organisationen, die sich als Organisationen des Proletariats bezeichnen, um Solidarität bitten will. Ich erkläre, was in meinem Land passiert, die Verletzungen der Menschenrechte und der demokratischen und gewerkschaftlichen Freiheiten. Die Organisation, die wahrhaftig diese Freiheiten und Rechte verteidigt, bezieht die Position der Solidarität. Dies haben in Frankreich schon viele Organisationen gemacht. Z.B. die CGT, verschiedene Basisgruppen, demokratische und fortschrittliche Organisationen haben Position bezogen, indem sie Telegramme und Briefe an den Präsidenten der Republik Peru gerichtet haben, gegen die Repression protestierten und die Freilassung der 1.300 verhafteten Gewerkschaftsführer forderten, außerdem die Wiedereinstellung der 5.000 Arbeiter, die entlassen worden sind, und die Repatriierung der Ausgewiesenen. Im konkreten Fall, in der BRD, kenne ich die Form der Organisation der Arbeiter nicht. Trotzdem, wenn ich zur Solidarität aufrufe, dann richte ich den Aufruf an die Arbeiterklasse, ohne Bedeutung, welche Organisationsformen sie hat. Eine andere Sache ist, ob sie Solidarität geben will oder nicht geben will. Wenn für die Sektoren, die sich demokratisch nennen, Probleme entstehen, weil man sie um Solidarität bittet, gut, dann ist es Pech. Im Rahmen dieses Solidaritätsaufrufs mit dem Kampf des peruanischen Volkes ebenso wie mit dem Kampf der Völker Lateinamerikas komme ich, um anzuklagen, was in Peru geschieht. Ich fordere das Recht auf Rückkehr in mein Land. Wenn das deutsche Proletariat sich auf die Seite des Kampfes des peruanischen Volkes stellt, erlaube ich mir, von ihm einen Ausdruck der Solidarität zu erbitten, sei es in moralischer oder materieller Form, in Hinblick darauf, daß die Situation der 5.000 entlassenen Arbeiter sehr schwierig ist und daß sie der internationalen Solidarität bedarf, um gegen die Offensive des Militärregimes zu kämpfen und gegen die Offensive des nordamerikanischen Imperialismus, der versucht, die konsequentesten Führer, die die peruanische Arbeiterklasse besitzt, zu liquidieren.



nahost

Streiks und Widerstandsaktionen der iranischen Bevölkerung

Seit einigen Jahren nehmen Streiks und Widerstandsaktionen der iranischen Bevölkerung ständig zu. Jedesmal gehen Polizei, Militär und der Geheimdienst SAVAK äußerst brutal gegen die streikenden oder demonstrierenden Menschen vor. Da die Massenmedien im Iran vollständig gleichgeschaltet sind, gelangen nur selten Informationen über solche Kämpfe ins Ausland , oft auch nur mit großer Verspätung.

Streikkämpfe der iranischen Arbeiter

Nach einer Meldung im „Berliner Extra-Dienst" (21.10.77) nehmen Unruhe und Streiks in der Arbeiterklasse des Iran ständig zu. Die Meldung beruft sich auf die letzten Ausgaben eines Organs, das vom Büro des Zentralkomitees der verbotenen revisionistischen Tudeh-Partei herausgegeben wird und in dem die regelmäßig gesammelten , von der Regierungspresse des Iran unterdrückten Nachrichten abgedruckt werden. Folgende Beispiele werden angeführt:

In der Stadt Rascht streikten 300 Arbeiter der Müllabfuhr, da die ihnen im letzten Jahr zugesicherten Lohnerhöhungen nicht gezahlt worden waren. Den streikenden Arbeitern der Müllabfuhr schlossen sich 110 Feuerwehrleute an, deren Forderungen mit der Begründung abgelehnt wurden, daß der Stadtetat „erschöpft" sei nach der Erhöhung des Lohnes der Arbeiter der Müllabfuhr („ED", 21.10.77).

- Um eine Erhöhung der Gehälter und für eine Sozialversicherung streikten Angestellte und Arbeiter der Illustrierten „Tamascha" (Eigentum des staatlichen Fernsehens). Die Arbeitszeit beträgt durchschnittlich 13 Stunden (von 8 bis 21 Uhr), die Gehälter werden unpünktlich gezahlt. Der Streik soll erfolgreich gelaufen sein.
- Unter besonders üblen Bedingungen müssen die Arbeiter einer Konservenfabrik arbeiten, die dem Militär gehört und deren Produktion an die Armee geht. In der Fabrik werden nur Tagelöhner eingestellt, und zwar zu einem Lohn zwischen 5 und 7 Mark pro Tag. Der Betrieb drückt sich auf diese Weise um die Sozialversicherungspflicht herum. Hinzu kommt , daß die Arbeiter jeweils vor Beendigung des Quartals entlassen werden. Im Betrieb kam es zu Unruhen, gestreikt wurde wegen der „Aussichtslosigkeit" angesichts der schwierigen Bedingungen nicht („ED", 21.10.77).

Die hier aufgeführten Beispiele sind nur ein kleiner Ausschnitt der täglich stattfindenden Streiks und Kämpfe im Iran. Die Forderungen zeigen (z.B. Forderung nach über ein Jahr versprochene, nicht eingehaltene Lohnerhöhungen) welcher Willkür der Kapitalisten die iranischen Arbeiter ausgesetzt sind. Sie zeigen außerdem, unter welch elenden Bedingungen die iranische Arbeiterklasse leben muß, sowie eine wachsende Kampfbereitschaft unter schwersten Bedingungen. Dabei muß man bedenken, daß der iranische Geheimdienst (SAVAK) auch in den Betrieben weitgehende Kontrollrechte hat. Jede Einstellung eines Arbeiters wird von SAVAK überprüft. SAVAK und Polizei haben - neben dem Recht, willkürliche Verhaftungen bei Verdacht auf „konspirative Tätigkeit zum Schaden des öffentlichen Interesses" vorzunehmen, das Recht, „wirtschaftliche Strafen" zu verhängen. Dazu gehört zum Beispiel, einem steikenden Arbeiter die Auszahlung des Lohnes zu verweigern („Frankfurter Rundschau", „FR", 29.5.76).

Häufig genug setzten die Arbeiter bei einem Streik ihr Leben aufs Spiel. So wurden zum Beispiel am 1.Mai 76 54 streikende Arbeiter der Textilwerke Teheran erschossen (vgl. AK 84, S.31). Ein weiteres Beispiel für das brutale Vorgehen der SAVAK bildet der Streik der Arbeiter der Gruppe Amami in Ariaschar (Isfahan) im Mai 1976. Die Arbeiter dieses Betriebes streikten ebenfalls für die Auszahlung der 1975 versprochenen Lohnerhöhung. Um dem Streik die Spitze zu brechen, akzeptierten die Kapitalisten eine Pauschale von etwa 100 DM, der Rest des den Arbeitern vorenthaltenen Lohnes sollte nach einer Abrechnung ausgezahlt werden. Nach dieser „Beschwichtigungsaktion" schaltete sich der SAVAK in den Streik ein und verhörte aktive Arbeiter unter Folter (nach einem Bericht des iranischen Genossen H.).

Bei diesen Verhören versucht der SAVAK, Genossen der revolutionären Gruppen auf die Spur zu kommen. Seit einigen Jahren versuchen die Organisationen der Volksfedajin und der Volksmudschahidin Genossen trotz der Einstellungskontrollen durch den SAVAK in die Betriebe zu bekommen. In den ersten Jahren des bewaffneten Kampfes wurden die Kämpfe der Arbeiter vor allem von außen unterstützt. Von den Organisationen und ihren Sympathisanten wird dabei immer das Beispiel der Streikkämpfe in der Textilfabrik Tschit (in Karadz, 40km von Teheran entfernt) aufgeführt. Etwa 2.000 Arbeiter der Textilfabrik waren 1971 in einer Protestdemonstration nach Teheran marschiert, um auf ihre Arbeits- und Lebensbedingungen aufmerksam zu machen. Der Demonstrationszug wurde unterwegs von Militär und Polizei mit Gewehren und Maschinengewehren angegriffen. Mehr als 20 Arbeiter wurden bei dem Gemetzel getötet, viele verwundet. Anschließend versprochene geringfügige Verbesserungen (Senkung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung) wurden nicht durchgeführt. Zwei Jahre später kam es wieder zum Streik, bei dem eine Reihe Arbeiter verhaftet wurde. 1974 wurde dann der Besitzer der Textilfabrik von einem Kommando der Organisation „Volksfedajin" hingerichtet, was in einem breit verteilten Flugblatt politisch begründet wurde (Flugblatt abgedruckt im „Kampf des Volkes", (Organ der Volksfedajin) Nr.4, Aug. 74).

Wohnungskampf in Teheran

Am 29. August kam es in einem Arbeiterviertel in Teheran zu schweren Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und der Bevölkerung . Mehrere hundert Teheraner hatten das zuständige Bezirksrathaus gestürmt. Die Demonstranten sollen dabei „schwere Verwüstungen" angerichtet und Behördenfahrzeuge in Brand gesetzt haben. Die Polizei ging äußerst brutal vor. Es gab eine Reihe von Verletzten, Demonstranten wurden verhaftet („FR", 30.8.77 und „Erlanger Tageblatt", 31.8.77).

Anlaß für die berechtigte Protestaktion der armen Bevölkerung war folgendes: Wieder einmal waren die im Arbeiterviertel Schimiranow außerhalb der offiziellen Stadtgrenzen von Teheran, die von der armen Bevölkerung mit einfachen Mitteln gebauten Häuser und Hütten mit Gewalt niedergerissen worden, da sie ohne „Erlaubnis" gebaut worden waren. Zum Bau dieser Hütten , die sicherlich alles andere als komfortabel sind und auch für die arme Bevölkerung eine bittere Notlösung darstellen, sind Teile der armen Bevölkerung gezwungen, da sie die Wuchermieten in Teheran nicht zahlen können. Schon vor einem Jahr wurden die Bewohner durch die Polizei und SAVAK angegriffen und die Häuser zerstört. Es kam zu blutigen Auseinandersetzungen, bei denen mindestens ein Arbeiter von der Polizei ermordet wurde. Die Bewohner ließen sich durch dieses brutale Vorgehen nicht einschüchtern und bauten ihre Hütten wieder auf. Von den Volksmudschahidin wurde in **einer Unterstützungsaktion die Polizeistation und das Rathaus des Viertels in die Luft gesprengt** (nach dem Bericht des iranischen Genossen H.).

Nahost-Kommission

Iran-Kurzmeldungen

Nochmals: Hinrichtung der 3 CIA-Agenten

chen Vorgehen das Ausmaß der Morde besser verheimlichen kann!

Iran-Kurzmeldungen

Nochmals: Hinrichtung der 3 CIA-Agenten

Im AK 88 (S.27) berichteten wir, daß iranische Genossen Ende August 76 drei amerikanische CIA-Agenten hingerichtet hatten. Wie wir jetzt erfahren, wurde die Hinrichtung von einem Kommando der Volksmudschahidin durchgeführt. In dem Nachrichtenorgan der Organisation Volksmudschahidin (Nr.23, vom Juni 1977) sind kürzlich die A u s w e i s e der drei amerikanischen „Schweine" nachgedruckt worden.

* * *

1.Todestag des Genossen Hamid Ashraf

„Am 28.6.76 kam es in Teheran wieder zu einem der großen Gefechte zwischen SAVAK, Polizei und den Volksfedajin. Das Haus der Genossen wurde von grossen Einheiten der Polizei und SAVAK belagert. Das Gefecht dauerte einen halben Tag. Die Fedajin sind sofort in die Offensive gegangen und haben viele hohe Offiziere und SAVAK-Agenten getötet und bis zur letzten Kugel hervorragend gekämpft. Durch ihren revolutionären Märtyrer-Tod haben sie den Kampfeswillen des iranischen Volkes gestärkt. Unter diesen Genossen war auch einer der Führer und Gründer der Organisation Volksfedajin, der große Genosse Hamid Ashraf, Che Guevara Irans und des Nahen und Mittleren Ostens. Er war ein unermüdlicher Theoretiker und Praktiker der neuen revolutionären Bewegung Irans." (aus einem Bericht des iranischen Genossen H., wir berichteten im AK 84, S.31, daß der iranische Rundfunk am gleichen Tage berichtete, daß insgesamt zehn Genossen von Polizei und Geheimdienstleuten auf offener Straße erschossen worden seien.

In einer Schrift, die zum ersten Todestag des Genossen Hamid Ashraf von dem „Unterstützungskomitee für die neue revolutionäre Bewegung Irans" in der BRD verteilt wurde und in der der revolutionäre Weg des Genossen beschrieben wird, wird aus einer Grußadresse der PFLO (Volksfront für die Befreiung Omans) zum 7.Jahrestag des Beginns des bewaffneten Kampfes in Siahkal (Nordiran, 8.2.) zitiert: *„In sicherem Vertrauen darauf, daß unser gemeinsamer Kampf notwendig zum Ziel führen wird, übermitteln wir, die Volksfront für die Befreiung Omans, Euch aus diesem Anlaß unsere Grüße und bekräftigen unsere feste Überzeugung, daß das Blut gefallener Genossen, wie des Hamid Ashraf, das für die Befreiung des Iran von der Herrschaft des faschistischen Regimes und des Imperialismus floß, nicht vergeudet sein wird."* (Dem Wunsch iranischer Genossen, die vollständige Erklärung im AK abzudrucken, können wir aus Platzgründen leider nicht entsprechen).



Der gefallene Genosse Hamid Ashraf, Mitbegründer und führendes Mitglied der revolutionären iranischen Organisation „Volksfedajin"

* * *

Folter und Mord im Iran

Auf einer Pressekonferenz in Paris erklärten drei iranische Genossen, daß es im Iran „rund 100.000 politische Häftlinge" gebe. Seit Anfang des Jahres seien 60 Häftlinge durch Folter ermordet worden („Süddeutsche Zeitung", „SZ", 11.10.77). Ermordungen durch Folter, Erschiessungen bei angeblichen „Fluchtversuchen", Erschießungen auf offener Straße sowie spurloses „Verschwinden" von iranischen Genossen ist unter dem faschistischen Schah-Regime an der Tagesordnung. Das Schah-Regime rechnet ganz offensichtlich damit, daß es angesichts der totalen Zensur der Presse und anderer Massenmedien bei einem solchen Vorgehen das Ausmaß der Morde besser verheimlichen kann!

* * *

Iranischer Genosse hingerichtet;

Im Oktober wurde in Teheran der Genosse Mohammed Resa Akhundi hingerichtet. Ein Militärgericht hatte ihn für schuldig erklärt, im Juli 1975 einen an der amerikanischen Botschaft angestellten Iraner getötet zu haben. („Neue Züricher Zeitung", „NZZ", 20.10.77). Seit 1972 sind nach willkürlichen Militärgerichtsurteilen im Iran mehrere hundert iranische Genossen hingerichtet worden. Iranische offizielle Stellen haben die Zahl der Hinrichtungen für die Zeit von Januar bis Oktober 76 mit 69 (!) abgegeben (vgl. AK 100).

* * *

Neue „Amnestie" ?

Der Schah versucht mal wieder, sein Ansehen etwas aufzupolieren. Anläßlich seines Geburtstages am 26.10. wurde eine Amnestie für ganze 279 Gefangene verkündet, unter diesen sollen 131 Gefangene sein, die „gegen die Sicherheit" des Landes verstoßen haben.(Süddeutsche Zeitung", „SZ", 25.10.77) Angesichts von 100.000 politischen Gefangenen im Iran, die schlimmsten Bedingungen ausgeliefert sind, eine wahrhaft lächerliche Zahl! Ganz sicher ist darunter kein einziger iranischer Genosse!

Im Gegenteil. Die Volksfedajin geben an, daß politische Gefangene meist auch nach Verbüßung der Strafe nicht freikommen, sondern weiter gefangen gehalten werden. Freigelassene Gefangene werden meist erneut verhaftet. Darüberhinaus werden die Angehörigen gefallener Genossen oder von Genossen, die durch die Folter ermordet wurden, ebenfalls verhaftet und schwersten Folterungen unterworfen! (Grußbotschaft der Volksfedajin, Nov. 75).

Angesichts des brutalen Terrors des Schah-Regimes, sowohl gegenüber den politischen Gefangenen als auch gegen jede sich regende Opposition im Lande, kann man solche Angebote nur als zynisch bezeichnen.

Nahost-Kommission

TAL AS SA'ATAR – eine neue Zeitung

Sympathisanten der PFLP in der BRD haben vor kurzem die erste Ausgabe einer Zeitung herausgegeben, die in deutscher Sprache die Meinung der PFLP und der Ablehnungsfront propagieren soll. Sie enthält Texte, politische Nachrichten, Berichte, Analysen und auch Grafiken und Gedichte.

Die Herausgeber schreiben: *„Wir haben diese Zeitung Tal As Sa'atar genannt im Gedenken an den Kampf der Bevölkerung dieses Lagers. ... Tal As Sa'atar, das ist der Widerstandswille; die Entschlossenheit, dem Schicksal in die Augen zu sehen und zu beginnen, es zu beherrschen. Tel As Sa'atar ist kein totes Symbol der Verzweiflung und Resignation, es ist die Flamme des Widerstandes, das Gewehr, der Beginn der Zukunft."*

In der ersten Nummer (52 Seiten, Format DIN A4, 2,50 DM) findet man Dokumente, deren Kenntnis für die politische Auseinandersetzung um die Linie des palästinensischen Widerstandes unerläßlich ist:

- Vorschlag der Ablehnungsfront für ein revolutionäres Programm.
- Erklärung der PFLP zum 15-Punkte-Programm der 13. Tagung des Palästinensischen Nationalrats.

Wichtig ist ferner, daß „Tal As Sa'atar" auch direkt zur Palästina-Diskussion in der BRD Stellung nimmt. So enthält die erste Nummer u. a.:

- Kommentar zu Abdallah Fragi, Vertreter der PLO in der BRD.
- Interview des BRD-Fernsehens mit Bassam Abu Scharif, Sprecher der PFLP.

Die Zeitung soll in linken Buchläden erhältlich sein, kann aber auch – wie üblich nach Vorauszahlung (2,50 DM + 0,40 DM Porto) – über den Verlag ARBEITERKAMPF (Adresse und Konto siehe Anzeigen) bezogen werden.

Nahost-Kommission

Neue Regierungskolation in Isarel

Am 20.10. – fast ein halbes Jahr nach der Wahl – beschloß die „Demokratische Bewegung für den Wandel" (Yadin-Partei) ihren Eintritt in die rechtsradikale Koalition des Ministerpräsidenten Begin. Damit nahm sie nun endlich die bis dahin frei gehaltenen Ministersessel ein. Yigal Yadin wird stellvertretender Ministerpräsident, der Jurist Tamir, der in der zionistischen Terrororganisation Irgun-Zwai-Leumi eine führende Position innehatte (Chef war der jetzige Ministerpräsident Menachem Begin), wird Justizminister. Die Ressorts „Verkehr und Fernmeldewesen" und „Arbeit und Soziales" werden ebenfalls von der Yadin-Partei besetzt („Frankfurter Rundschau" – „FR", 25.10.77).

Innerhalb der Yadin-Partei hat es durchaus Protest gegen diesen Schritt gegeben. So trat zum Beispiel der Mitbegründer, Amnon Rubinstein, aus dem Parteivorstand aus. Auch unter den Wählern der Yadin-Partei – im wesentlichen Protestwähler, die angesichts der sich ständig verschlechternden Lebenslage und der vielen Korruptionsaffären nicht mehr mit der „Arbeiter"partei zufrieden waren – kam Protest auf. Dies war wohl auch ein wesentlicher Grund, weshalb die Yadin-Partei solange – trotz ständiger Angebote Begins – mit dem Regierungseintritt gezögert hatte: Der Blick auf die nächsten Wahlen, denn ein Alternativ-Programm wollte die Yadin-Partei gar nicht bieten.

Innenpolitisch unterschied sich die Yadin-Partei sowieso nicht vom Likud-Block: Ganz deutlich hat sie sich von Anfang an dafür ausgesprochen, die israelische Wirtschaftsmisere auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung zu beheben. Maßnahmen wie: Streichung der Subventionen für Grundnahrungsmittel, Lohn-Preis-Steuer-Stopp, Zwangsschiedsgerichtsbarkeit bei Arbeitskonflikten, Einplanung von mehr Arbeitslosen standen ebenso auf dem Programm der Yadin-Regierung wie des Likud-Blocks. Entsprechend hat sich die Yadin-Fraktion auch bei den Abstimmungen im Parlament verhalten, als die Streichung eines großen Teils der Subventionen für Grundnahrungsmittel sowie die Erhöhung von Gebühren für Dienstleistungen anstanden (18.7.77) (s. AK 109, S. 51). Um das Schmierentheater voll zu machen: Die „sozialdemokratische" „Arbeiter"-partei hatte diese Maßnahmen während ihrer Regierungszeit vergeblich gegen die Stimmen des Likud-Blockes durchzusetzen versucht.

Außenpolitisch war Yadin jedoch immer „gemäßigt" aufgetreten. Entsprechend begründet er jetzt seinen Regierungseintritt. Für Israel würde eine Notstandssituation heranrücken, da die USA Druck auf Israel ausüben würde, damit es in eine Nahostregelung einwillige. Da sei es Zeit, daß die Israelis mehr Einheit zeigten. Außerdem habe ihm die „Flexibilität" imponiert, die Ministerpräsident Begin in „prozeduralen" Fragen zur Genfer Konferenz in der letzten Zeit gezeigt habe („Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 22./23.10.77, „Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ", 23./24. 10.77).

Da lohnt es sich wirklich, sich die „gemäßigten" außenpolitischen Vorstellungen Yadins anzusehen, die von der bürgerlichen Presse als „kompromißfreudig" bezeichnet werden.

Yadin fordert, daß man mit den Palästinensern „ins reine" kommen müsse, auch auf Kosten beträchtlicher territorialer Kompromisse. Außerdem vertritt er die Meinung, daß der jüdische Charakter des Staates unter einer Million zusätzlicher Palästinenser (Westjordanland) leiden würde. Annektierung des Westjordanlandes sei für ihn nur möglich bei Verleihung von Staatsbürgerrechten für die Palästinenser (was Dayan zum Beispiel ablehnt), sonst halte er die Annektierung für „unmoralisch" und „undemokratisch". Yadin spricht sich gegen einen weiteren – also palästinensischen – Staat zwischen Mittelmeer und Jordan aus, würde unter bestimmten Bedingungen jedoch Arafat als Gesprächspartner akzeptieren („NZZ", 26.10.77). Im Klartext heißt das: Der angeblich „gemäßigte" Yadin spricht sich sehr eindeutig gegen einen möglichen palästinensischen Ministaat auf dem Westjordanufer aus und was im übrigen von seiner „Demokratie" und „Moral" übrigbleiben wird, wird „bestenfalls" eine Regelung sein, die die Palästinenser zwingen wird, sich den zionistischen Gesetzen zu unterwerfen oder in andere arabische Länder auszuwandern. Ein erster Schritt für die Ausweitung der israelischen Gesetze auf das Westjordanland wurde jüngst mit der Ausdehnung der Dienstleistungen auf dieses Gebiet gemacht (s. AK 112).

Es ist also nicht so, daß Yadin der Regierung beitritt, weil diese „kompromißfreudiger" in der Außenpolitik geworden ist, sondern weil er angesichts der angeblichen „Notstandssituation" – sprich derzeitigen Stärkeposition der Zionisten – die kompromißlose Politik der Begin-Regierung sowohl den arabischen Regimes als auch den Palästinensern gegenüber auf eine breitere parlamentarische Basis stellen will. Statt bisher auf 63 von 120 Stimmen im israelischen Parlament kann sich Begin jetzt auf 78 Stimmen stützen.

Nahost-Kommission

Israel: Vor 12 Jahren angereichertes Uran „geklaut"

Ende April dieses Jahres berichteten amerikanische Zeitungen auf Grund von CIA-Berichten, daß von einem deutschen Frachter 200 Tonnen Uran verschwunden und nach Israel transportiert worden waren (Wir berichteten im AK 104, S.8 darüber). In dem Artikel wurde vermutet, daß das „geheimnisvolle Verschwinden" des Urans zumindest mit Wissen der Regierung erfolgte. Inzwischen wurden von dem amerikanischen Magazin „Rolling Stone" weitere Enthüllungen über Uran-„Klauaktionen" der Israelis gebracht.

Die Autoren des Artikels, der im November erscheinen wird, hielten am 24.10 eine Pressekonferenz ab. Ihre Informationen hätten sie von regierungsfreundlichen Untersuchungsbeamten, sowie von einem früheren CIA-Agenten erhalten. Danach sei US-Präsident Johnson 1966 vom CIA darüber informiert worden, daß 100 bis 200 Kilogramm angereichertes Uran aus einer Kerntechnik-Anlage in Apollo (Pennsylvania) verschwunden seien. Außerdem hätte der israelische Geheimdienst 1967 oder 1968 eine Spezialkommando-Einheit aufgestellt, die 1968 in Frankreich einen Lastwagen mit 25 Tonnen Uran gestohlen habe, eine ähnliche Aktion sei in Großbritannien durchgeführt worden. In der Folge seien dann zwei entsprechende Aktionen in der Bundesrepublik und Frankreich mit Wissen der jeweiligen Regierungen durchgeführt worden („Le Monde", „Liberation", 26.10.77). Bei der letztgenannten Aktion kann es sich sehr wohl um die von dem deutschen Frachter „verschwundenen" 200 Tonnen Uran handeln. Außerdem: Wie stiehlt man unbemerkt solche Mengen? In jedem Fall wird die jeweilige Regierung sehr tatkräftig geholfen haben. Das ganze Manöver wurde sicher nur deshalb abgewickelt, weil die offene Lieferung von Uran an den aggressiven zionistischen Staat politisch ein zu großes Resiko gewesen wäre bzw. zu viel Staub aufgewirbelt hätte.

Seit 1960 verfügt Israel über einen Forschungsreaktor, der mit Hilfe Frankreichs gebaut wurde; er steht in Dimona in der Negev-Wüste und wurde lange Zeit als Textilfabrik deklariert. Bis heute haben sich die Zionisten erfolgreich jeder internationalen Kontrolle entzogen. Das wissen sowohl die USA, die BRD, Großbritannien als auch Frankreich. Inzwischen sind die Zionisten längst in der Lage, selbst Atomwaffen herzustellen. Die „geheimen" Uranlieferungen waren nichts weiter als eine direkte Hilfe der beteiligten Staaten bei der Herstellung israelischer Atomwaffen.

Nahost-Kommission

Dritter Attentatsversuch auf Khaddum

Am 25.Oktober wurde ein dritter Attentatsversuch auf den syrischen Außenminister Khaddam verübt. Khaddam befand sich gerade auf einer Rundreise durch die arabischen Emirate (Thema: Das amerikanische Arbeitspapier zur Nahostregelung), als bei seiner Abreise aus Abu Dhabi auf dem Flughafen auf ihn geschossen wurde. Während der Außenminister von Abu Dhabi getötet wurde, entging Khaddam wiederum dem Attentat (wie schon Ende 75 auf der Straße Beirut-Damaskus und am 1. Dezember 1976 in Damaskus. Damals wurde er leicht am Arm verletzt, Arafat besuchte ihn daraufhin mit einem Blumenstrauß im Krankenhaus!!)

Wie üblich machen Khaddam und die syrische Regierung das irakische Baath-Regime für das Attentat verantwortlich, während die bürgerliche Presse die Täter in den Reihen der Ablehnungsfront sucht (über die beiden auf dem Flughafen verhafteten Täter sind bislang noch keine Angaben gemacht worden) („Le Monde", 26. und 27.10.77). Nun, die Palästinenser haben allen Grund, Khaddam zu hassen, der für die syrische Intervention im Libanon entscheidend mitverantwortlich war.

Die Spekulationen über die „Täter" sollen jedoch vor allem darüber hinwegtäuschen, daß Khaddam auch bei der syrischen Bevölkerung genügend verhaßt ist. Schließlich steht er an exponierter Stelle des syrischen Baath-Regimes. Er wäre nicht der erste Vertreter dieses unterdrückerischen Regimes, das auch im Innern Syriens mit Terror regiert, der von syrischen Widerstandskämpfern liquidiert worden wäre. Seit der syrischen Intervention im Libanon sieht sich das syrische Regime einem wachsenden Widerstand der eigenen Bevölkerung gegenüber, der auch mit der blutigsten Unterdrückung nicht erstickt werden konnte (Wir berichteten im AK 108, S. 49 ausführlicher darüber). Auch darüber sollen die Spekulationen über die mutmaßlichen Täter hinwegtäuschen.

Nahost-Kommission

Algerien zum GSG 9-Coup Mogadischu

Die amtliche algerische Nachrichtenagentur APS verbreitete in einer Stellungnahme folgende Standpunkte zur Geiselbefreiung durch GSG 9-Truppen in Mogadischu: Die gewaltsame Befreiung der von Terroristen entführten Geiseln der Lufthansa-Maschine „Landshut" werde mißbilligt. Die Behörden in Algier würden es keiner Regierung jemals erlauben, eine derartige Operation auf algerischem Boden vorzunehmen. Es hätte in Mogadischu leicht zu einer Katastrophe kommen können. Der einzige Weg, mit Luftpiraten fertig zu werden, seien Verhandlungen („Frankfurter Rundschau", 27.10.77).

Die algerische Tageszeitung „El Moudjahid" schrieb zum Vorschlag des Vorsitzenden der westdeutschen Pilotenvereinigung, Gades, keine Flughäfen der Länder mehr anzufliegen, die Terroristen aufnehmen würden: **„Wir möchten Herrn Gades daran erinnern, daß die Bundesrepublik in den vergangenen Jahren fünf entführte Flugzeuge sozialistischer Staaten aufgenommen hat. In all diesen Fällen wurden Entführer niemals ausgeliefert, sondern erhielten Asyl in der Bundesrepublik"** („FR", 27.10.77).

Der Bundesregierung paßt eine solche Stellungnahme natürlich nicht ins Konzept. Prompt wußte Regierungssprecher Bölling zu berichten – und die „FR" druckte es ebenso promt am nächsten Tag auf der Titelseite („FR", 29.10.77) –, daß keine Rede davon sein könne, daß die algerische Regierung die „Befreiungsaktion des GSG 9-Kommandos mißbillige, er berufe sich dabei auf eine Erklärung des algerischen Botschafters Mohamed Sahnoun, die im Gegensatz zur Nachricht der amtlichen Presseagentur stehe.

Sicher ist die Bundesrepublik mit ihrer erpresserischen Politik solchen Ländern wie Algerien gegenüber noch nicht am Ende. Gehetzt wird in der bürgerlichen Presse schon offen genug (vgl. AK 115, Hetzkarikatur in der „Süddeutschen Zeitung" gegen Algerien). Hoffen wir, daß sich Algerien bei solchen Standpunkten nicht von der Bundesrepublik den Mund verbieten läßt!

Nahost-Kommission

afrika

Südafrika: Rassisten illegalisieren gesamte schwarze Opposition

In der Nacht vom 19.10. zum 20.10. 1977 haben die südafrikanischen Rassisten im Zuge einer Großrazzia eine Vernichtungsaktion gegen die schwarze Opposition des Landes durchgeführt.

Betroffen ist das gesamte Spektrum des halblegal operierenden Widerstandes von liberal-christlichen bis hin zu radikal-demokratischen Organisationen, die bis auf das „Christliche Institut" alle der „Schwarzen Bewußtseinsbewegung" (Black Consciousness - Mouvement) zuzurechnen sind.

Insgesamt wurden 18 Organisationen sowie die beiden einzigen für Schwarze bestimmten Zeitungen „The World" und „Weekend World" verboten, das gesamte Vermögen der Organisationen wurde beschlagnahmt. Unter das Verbot fallen folgende Organisationen:

Der Rat der Studentenvertretung von Soweto (SSRC), die von dem in der Haft ermordeten Studentenführer Steve Biko gegründete Südafrikanische Studentenorganisation (SASO), Verband für die kulturelle Förderung der Afrikaner in Südafrika, Verband Schwarzer Eltern, Bund Schwarzer Frauen, Konvention des rung der Afrikaner in Südafrika, Verband Schwarzer Eltern, Bund Schwarzer Frauen, Konvention des Schwarzen Volkes, Organisation der Grenzjugend, das Christliche Institut von Südafrika, Jugendorganisation Ostkap, Schriftstellerverband Medupe, Jugendorganisation Natal, Nationale Jugendorganisation, Südafrikanische Studenten Bewegung, die Schwarzen Gemeinschaftsprogramme, Jugendorganisation Traansval, Gewerkschaft Schwarzer Journalisten, Jugendorganisation Westkap, die Black Peoples Convention (BPC) und der Treuhandfonds Zimele (nach „FR", 20.10.77).

Der Direktor des gemischtrassischen Christlichen Instituts und drei seiner Mitarbeiter sowie der Herausgeber des „Daily Dispatch", der weiße Liberale Donald Woods (enger Freund Steve Bikos) wurden „gebannt". Das bedeutet für die Betroffenen, daß sie nur Kontakt mit ihren engsten Familienangehörigen haben dürfen, sie haben Rede- und Reiseverbot, müssen sich regelmäßig bei der Polizei melden, über sie darf nicht berichtet werden.

Mindestens 60 bis 70 Oppositionelle sind bis jetzt von den Rassisten verhaftet worden, unter ihnen führende Mitglieder des Widerstandes, wie der Präsident der BPC, der Chefredakteur der „World" und 6 Mitglieder des „Komitees der Zehn", das für einen von den Schwarzen gewählten und kontrollierten Stadtrat von Soweto kämpft.

Die jetzt von der südafrikanischen Staatsanwaltschaft offiziell bestätigte Ermordung des inhaftierten Steve Biko (lt. NDR-Nachrichten vom 26. 10.77) läßt befürchten, daß auch die kürzlich verhafteten Oppositionellen in akuter Lebensgefahr schweben!

Rechtfertigungsversuche der Rassisten

Knastminister Kruger begründete die Repression mit dem „traditionellen" Hinweis, die Organisationen seien entschlossen gewesen, ein *„revolutionäres Klima zwischen Schwarz und Weiß"* zu schaffen. Und in offensichtlicher Ermangelung von Argumenten: *„Die Regierung ist entschlossen, sicherzustellen, daß die friedvolle Koexistenz zwischen den Menschen in Südafrika nicht durch eine kleine Gruppe Anarchisten gefährdet wird."*

Eine „unabhängige Juristengruppe" habe die betroffenen Organisationen beobachtet und sei zu dem Schluß gekommen, daß sie die Sicherheit gefährdeten (nach „SZ", 21.10.77).

Seit Soweto: Aufschwung der Massenbewegung

Die jetzt vollzogene Illegalisierung des überwiegend nicht-sozialistischen Teils des schwarzen Widerstandes ist das politische Eingeständnis der Rassisten, die radikaldemokratischen Strömungen nicht mehr unter Kontrolle halten zu können. Elf Jahre nach dem Verbot des ANC (1960), der größten politischen Partei des Widerstandes wurde nen. Elf Jahre nach dem Verbot des ANC (1960), der größten politischen Partei des Widerstandes wurde (1971) die Black Peoples Convention (BPC) gegründet, ein Jahr später die Black Allied Workers Union (BAWU). Diese und andere ähnliche Gruppen werden unter dem Begriff der „Black Consciousness Bewegung" zusammengefaßt. Diese Organisationen wurden in einem halblegalen Rahmen (bei ständigen Übergriffen der Rassisten) geduldet, da man dem gleichzeitig anlaufenden Projekt der „Bantustans" (Propaganda der „getrennten Entwicklung", der scheinbaren demokratischen Selbstverwaltung der Zwangsreservate durch die



Schwarzen – wir berichteten darüber) einen Anschein von Glaubwürdigkeit verleihen wollte. Zudem schienen diese Organisationen, die sich vor allem mit der kulturellen Unterdrückung der Schwarzen auseinandersetzten, dem System zunächst nicht gefährlich. Wahrscheinlich ist auch, daß sich die Rassisten von diesen Organisationen eine reformistische Entschärfung des Widerstandes erhofften. Auf der programmatischen Ebene ging die politische Partei der Black Consciousness Bewegung, die BPC, nicht über demokratische Forderungen hinaus. So hieß es auf dem 4. Kongreß dieser Partei im Dezember 1975: *„Wir müssen einen einheitlichen Staat schaffen, in dem alle Bewohner Azanias eine Einheit bilden, eine Nation, dren Angelegenheiten von einer Regeirung geregelt werden, die alle Menschen von Azania vertritt"* (zit. nach Black People'sConvention, Programmatische Erklärungen, hrsg. von Issa, S.4). Um die dafür notwendige „Schwarze Identität" zu entwickeln, war Weißen die Mitgliedschaft nicht möglich. Die BPC propagierte als Gegensatz zum kapi-

Fortsetzung auf Seite 47

Fortsetzung von Seite 46

talistischen Apartheid-Regime ein System des „Black Communalism" (schwarzer Gemeinschaftsgeist), der *„basiert auf dem grundsätzlichen Respekt des Schwarzen gegenüber dem heiligen Wert des Individuums als Basis für die Existenz von Gemeinden und Regierungen"* (s.o., zit. nach „Commune", Sommer 77).

Für die Praxis der Bewegung war es von außerordentlicher Wichtigkeit, daß sie sich dafür entschied, *„als politische Bewegung außerhalb des Rahmens dieser* (regierungsfrommen) *Institutionen zu arbeiten"* (s.o.). Die geringen vom Vorster-Regime zugestandenen Freiheitsräume wurden von dieser Bewegung zum Aufbau eigener Organisationsstrukturen, zur politischen Diskussion und Vorbereitung militanter Aktionen genutzt. Es kann als sicher angesehen werden, daß auch die südafrikanischen Revolutionäre die Möglichkeiten der halblegalen Arbeit nutzten. Die jahrelange Agitaion gegen die massive kulturelle Unterdrückung der Schwarzen vor allem der Jugendlichen, denen ein repressives und völlig ungenügendes „Bildungs" - system aufgezwungen wurde, entlud sich dann in der politischen Explosion von Soweto, die das gesamte Apartheid-Regime bis in die Grundfesten erschütterte. Das Vorster - Regime reagierte auf die Schüler - und Studentenrevolte mit Maschinenpistolen,Panzern,Knast und Folter. Sollten je Illusionen über einen „friedlichen" Weg im Lager des schwarzen Widerstandes bestanden haben, wurden sie spätestens jetzt zerstört. Das Apartheid-Regime war nicht bereit, auch nur eine Säule des Systems in Frage stellen zu lassen, der Terror gegen die rebellierende Jugend führte zu Solidaritätsaktionen der schwarzen Arbeiter: Es kam zu mehrtägigen Generalstreiks von ungewöhnlichem Ausmaß in Südafrika. Die Ermordung des führenden Repräsentanten der „Schwarzen Bewußtseinsbewegung", Steve Biko, hat schließlich „das Faß zum Überlaufen" gebracht und zu einem weiteren Aufschwung des schwarzen Widerstandes geführt. Die anläßlich der Beerdigung Bikos durchgeführte Demonstration, an der ca. 200.000 Menschen teilnahmen, war die größte in der Geschichte Südafrikas! Das Vorster-Regime griff auch hier wieder zu den alten Methoden: Auspeitschung von Demonstranten, Einsatz von Schützenpanzern und Schußwaffen, rigorose Unterdrückung jeder öffentlichen Kritik an der Ermordung Bikos, Verbot der Dokumentation über Folter inSüdafrika vom Christlichen Institut, Einziehung der einzigen schwarzen Zeitungen, die einen natürlichen Tod Bikos anzweifeln.

Doch offensichtlich konnten diese Maßnahmen den Widerstand nicht mehr „befrieden", im Gegenteil hat sich nach dem Mord an Biko eine weitere Radikalisierung der schwarzen Opposition abgezeichnet. Das Rassisten-Regime griff zum schärfsten im Rahmen der Reglementie-
zen Opposition abgezeichnet. Das Rassisten-Regime griff zum schärfsten im Rahmen der Reglementie-
rung noch denkbaren Schritt und ist nun zum Versuch der Zerschlagung der gesamten Organisationsstruktur der Bewegung übergegangen. Politische Ausrichtung und Heterogenität der „Schwarzen Bewußtseinsbewegung" werden ihr das Überleben in der Illegalität vermutlich recht schwer machen.

Reaktion des bürgerlichen Lagers

Während Stellungnahmen des ANC aus London die Maßnahmen des Vorster-Regimes als „Schritt der Verzweiflung" kennzeichneten, und die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes unterstrichen („SZ", 21. 10.), sind vor allem die Kräfte innerhalb des südafrikanischen bürgerlichen Lagers, die am Aufbau einer reformistischen Alternative interessiert waren, enttäuscht und üben Kritik an den Maßnahmen.

So schrieb die führende Afrikaans-Zeitung „Traansvaaler", daß die *„nackte Faust des Totalitarismus für alle sichtbar geschwungen wird" („SZ", 21.10.).*

Helen Suzman, weiße Politikerin der scheinoppositionellen weißen Progressiven Reformpartei, die auch an den Parlamentswahlen im November teilnimmt, prophezeite (überraschend klarsichtig!..), die Regierung werde es nicht schaffen, die Ideen aus den Köpfen der Menschen zu verbannen. Die schwarzen Organisationen würden jetzt in den Untergrund gehen und von dort aus weit gefährlicher operieren als bisher („FR", 21.10.)

In welchen Zugzwang das Vorster-Regime mit diesen Maßnahmen seine eigenen Propagandisten setzt und in welche Argumentationsschwierigkeiten es sie stürzt, zeigt der Hilfeschrei des Chefredakteurs des „Johannesburg Star", Teilnehmer am Symposium zum Thema: „Marketing des Image Südafrikas im Ausland": *„Wenn sie eine Lektion darüber haben wollen, wie man Südafrika nicht vermarkten soll, dann sehen sie sich die heutigen Aktionen des Regierung an. Meine vernünftigsten Argumente werden so untergraben" („FR", 21. 10.).*

Reaktion des imperialistischen Auslands

Offiziell zeigte sich das imperialstische Ausland jeweils „bestürzt" (BRD), „verwirrt" oder „überrascht" (USA) über die Maßnahmen der Vorsterregierung. Die USA und Holland beriefen kurzfristig ihre Botschafter zur Berichterstattung zurück, die Niederlande kündigten ihr Kulturabkommen mit der RSA, die BRD „erwägt", dasselbe zu tun und darüber hinaus die Visumspflicht für Südafrikaner einzuführen („SZ", 21. 10.77). Der allgemeine Tenor des „Protest" geht in Richtung Abschaffen der Apartheid, Einführung der Menschenrechte, etc.

Außenminister Genscher appellierte beispielsweise in einer ersten Stellungnahme an das Vorsterregime, die Maßnahmen sofort zurückzunehmen und endlich (!) der schwarzen Mehrheit die elementarsten Menschenrechte einzuräumen („SZ", 21. 10.).

Die USA hatten noch vor Ausweitung der Repression in Südafrika durch Vizepräsident Mondale erklären lassen, daß sie die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für die schwarze Bevölkerung, die Einführung der Menschenrechte und die Ausarbeitung einer Verfassungsreform fordern. Mondale schränkte diese Forderungen aber sofort mit der Bemerkung ein, dies sei lediglich eine Erklärung an die „Adresse von Freunden", die USA wolle keinesfalls Druck ausüben und jede Konfrontation mit Südafrika vermeiden („SZ", 17.10.77).

Die beiden CDU-Bundestagsabgeordneten Hornhues und Klein machten allerdings die Bedenken der Imperialisten gegenüber Vorsters scharfem Rechtskurs deutlich, indem sie erklärten, für Südafrikas internationale Position sei der Schritt „fatal". Es werde immer schwieriger, für die Probleme des Landes zu werben (nach „FR", 24.10.77).

In der Tat erweist sich die RSA durch ihre unverhüllte Unterdrükkung der Menschenrechte und die Erhebung des faschistischen Terrors zum System als schwere ideologische Hypthek für die Außenpolitik des „freien Westens". Aus diesem Grund könnte es dem Imperialismus angelegen sein, den reformistischen Tendenzen im Lager der schwarzen Opposition etwas mehr Spielraum zu geben. Aber der Imperialsmus hat „gut reden", während sich Vorster mit einer radikalisierten Massenbewegung „herumschlagen" muß. Die grundsätzliche Übereinstimmung bezüglich der Aufrechterhaltung des
Kapitalismus in der RSA und das grundsätzliche Übereinstimmung bezüglich der Aufrechterhaltung des
Kapitalismus in der RSA, und das schließt die Unterdrückung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit system notwendig mit ein, wird die Maßnahmen der Imperialisten stets so ausfallen lassen, daß eine echte Gefährdung der Rassistenherrschaft nicht besteht. Bisher haben sich die Reaktionen der Imperialisten auch fast ausschließlich auf diplomatische Drohgebärden beschränkt (Botschafter vorübergehend zurückberufen, Kulturabkommen storniert etc.). Auch das jetzt von den USA angekündigte Waffenembargo und andere „Sanktionen" werden kaum realisiert werden, so wie die entsprechenden UNO-Beschlüsse seitJahr und Tag von den Imperialisten durchbrochen worden sind. Denkbar ist zudem eine Rollenverteilung innerhalb des imperialistischen Lagers, wobei die USA die Rolle des „Empörten" spielen und Frankreich offen wie bisher einen florierenden Waffenhandel mit der RSA betreibt (allein 1978 will Frankreich zwei Unterseeboote und zwei Fregatten an die RSA liefern, ganz zu schweigen von den Ersatzteilen für die französischen Flugzeuge, Panzer und Raketen).

Die gerade von den USA so massiv erhobene Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte und Zugestehung demokratischer Freiheiten sind nicht zuletzt auch innenpolitisches Kalkül der Carterregierung, die aus Rücksicht auf die schwarze Wählerschaft im eigenen Land zumindest verbal ein System kritisieren muß, das derart offen die Rassendiskriminierung praktiziert und die Menschenrechte mit Füßen tritt. Zudem ist es die unerfreuliche Aufgabe der Carter-Regierung, den seit des Vietnam-Krieges auf der USA lastenden „Makel" des Völkermordes durch eine entsprechende international angelegte Menschenrechtskampagne abzuschwächen.

Afrika-Kommission

ANC: Neue Enthüllungen zur nuklearen Zusammenarbeit BRD-Südafrika!

Der „freie" und „demokratische" Westen ist der engste Verbündete der faschistischen Südafrikanischen Republik (RSA). Er stützt das Regime nicht nur wirtschaftlich und politisch, sondern auch militärisch. Besonders der letzte Aspekt soll hier interessieren. Die militärische und nukleare Aufrüstung der RSA drückt die Zustimmung der Imperialisten zum repressiven Kurs der Rassisten im Inneren und zur aggressiven Rolle der RSA gegenüber den antiimperialistischen Staaten Afrikas aus. Mehrfach hat die RSA-Führung bekanntlich betont, daß sie das gesamte Afrika südlich des Äquators als legitime Operationsbasis begreift. Der Einmarsch in die VR Angola 1975 hat einen Vorgeschmack von den „Sicherheitsbemühungen"der Rassisten gegeben.

Wir wollen in dem folgenden Artikel unsere Aufmerksamkeit auf die militärische und nukleare Aufrüstung der RSA, die wesentlich mit BRD-Hilfe erfolgt, richten. Sie ist eine logische Voraussetzung für eine neokoloniale Entwicklung in Zimbabwe und in Namibia, wie sie von den Strategen in Washington, Paris und Bonn angestrebt wird. Ein bis zu den Zähnen gerüstetes Regime wie die RSA soll als „Sicherheitsgarantie" gegen fortschrittliche Länder und Befreiungsorganisationen fungieren, die trotz imperialistischen Pressionsversuchen an ihrer antiimperialistischen Ausrichtung festhalten. Das heißt, die Anbiederung der Imperialisten an die Befreiungsbewegungen durch „Verurteilung" der Apartheid und durch „humanitäre" Hilfe wird machtpolitisch durch eine Stärkung der RSA abgesichert. Wir halten die Entlarvung der wahren Interessen des BRD-Imperialismus und die abgestandene Heuchelei seiner Bonner Repräsentanten angesichts der jüngsten Vorgänge in der RSA für notwendiger denn je. Daher haben wir uns zu dieser Veröffentlichung der militärischen und nuklearen Zusammenarbeit zwischen BRD und der RSA entschlossen. Sie fußt auf einer Dokumentation des ANC.-Südafrika, die vom „Dritte Welt Magazin" (9/77) nachgedruckt wurde.

Die Bundesregierung hat die militärische Kollaboration mit Südafrika stets geleugnet, ist aber nie über ein verbales Abstreiten der dokumentierten Vorwürfe hinausgekommen. Die Fakten sprechen zu eindeutig g e g e n die Bundesregierung:

1. Es findet ein reger Besuchsaustausch zwischen Vertretern der westdeutschen Bundeswehr und südafrikanischen Militärs statt. Die deutschen Generale Rall (unter Decknamen!), Trettner, Kielmannsegg, de Maizere und Gründer haben die RSA besucht. Hochgestellte RSA-Offiziere erwiderten diese Besuche, dazu gehören u.a. der Oberbefehlshaber der südafrikanischen Streitkräfte, General Hiemstra, der Chef der südafrikanischen Luftwaffe, Generalleutnant Vester sowie Generalmajor du Toit vom südafrikanischen Geheimdienst.
2. Austausch von strategischen Informationen: Von Admiral Rolf Steinhaus aus dem Planungsstab des Verteidigungsministeriums wurden Berichte und Empfehlungen von NATO-Ausschüssen zur „Ausweitung des NATO-Bereichs im Südatlantik" an Südafrika übersandt (siehe Abdruck). Weitere geheime NATO-Papiere haben auf ähnlichen Wegen den südafrikanischen „Verbündeten" erreicht (u.a. das NATO-Kodifizierungssystem).
3. Direkete Unterstützung des RSA-Militär:
   - Mit Raketen bestückte Patrouillenboote werden von in der BRD hergestellten Motoren betrieben.
   - Das Radarüberwachungssystem „Advokaat" – installiert durch westdeutsche Firmen – hat den Zweck, Schiffe im Südatlantik und im Indischen Ozean zu überwachen, es wurde im Marine-Hauptquartier Silvermine installiert und wird von Marine-Offizieren kontrolliert. Sie erhielten ihre Ausbildung durch westdeutsche Techniker westdeutscher Lieferanten. Die hervorragende strategische Bedeutung dieses Systems wird an der Überlassung der NATO-Kodefizierung deutlich, es ist also realer Bestandteil der NATO-Überwachungsanlagen. „Advokaat" kann auch zur Fernsteuerung von Raketen benutzt werden („New African Development", 10/77)!
   - Das südafrikanische Raketensystem „Cactus" entspricht dem französischen Boden-Luft Raketensystem, die Raketen sind entlang der Grenze zu Mosambik stationiert und lassen keinen Zweifel entstehen, wer der Angegriffene sein wird.
   - Ebenfalls nur 50 Kilometer von der mosambikanischen Grenze entfernt befindet sich die Raketenabschußbasis „St. Lucia", an deren Installierung westdeutsche Firmen (u.a. Siemens) ebenfalls großen Anteil hatten und das eine aktuelle Bedrohung der afrikanischen Antiimperialisten darstellt (ebenda). Hier einige der westdeutschen Forschungsinstitute, die zur militärischen Ausstattung und Beratung des südafrikanischen Rassistenregimes beigetragen haben:

Astronomisches Institut der Universität Tübingen,
Gesellschaft für Schwerionenforschung mbH, Darmstadt,
Hahn-Meitner Institut für Kernforschung,
Bereich Kern- und Strahlenphysik, Berlin,
Institut für Angewandte Geodäsie,
Institut für Metallkunde der Technischen Universität Berlin,
Institut für Nuklearmedizin am Deutschen Krebsforschungszentrum, Heidelberg,
Institut für Physik und Chemie der Polymeren der Universität Marburg,
Institut für Technische Elektronik, Technische Universität, München,
Kernforschungszentrum Karlsruhe,
Kernforschungsanlge Jülich,
Laboratorium für Betriebsfestigkeit,
Max-Planck-Institut für Kernphysik, Heidelberg,
Max-Planck-Institut für Metallforschung,
Institut für Physik, Stuttgart,
Radiologische Universitätsklinik, Strahlentherapieabteilung, Hamburg.

DOCUMENT 19

Vertraulich!

Herrn Dr. Bund

Essen, den 7. Mai 1976
Vö/Dp.

Vermerk

Betrifft: STEAG-Beteiligung an einer kommerziellen Anreicherungsanlage in Südafrika

Der Zusammenarbeitsvertrag zwischen UCOR und STEAG ist am 31.3.1976 beendet worden, nachdem es nicht zu einer Einigung über die Konditionen für eine STEAG-Beteiligung an der Anreicherungsanlage gekommen ist. Unsere wichtigsten Gründe für diese Entscheidung waren:

- Weigerung der südafrikanischen Seite, uns für unseren Anteil an der Anlage die Versorgung mit Natururan aus Südafrika zuzusichern. Nach südafrikanischen Vorstellungen sollte in Südafrika verfügbares Natururan bis zur vollen Auslastung des südafrikanischen Anteils allein auf die südafrikanischen Verpflichtungen zur Bereitstellung von Natururan angerechnet werden. Dies sollte auch für Natururan gelten, das STEAG selbst auf dem südafrikanischen Markt beschafft hätte.
- Für den Fall, daß STEAG die Verpflichtungen zur Bereitstellung des anteiligen Natururans nicht erfüllen kann, sollte nach den Vorstellungen der südafrikanischen Seite die Verpflichtung zur Zahlung einer Mindestrendite auf den STEAG-Eigenkapitalanteil entfallen.
- Wenn das Projekt durch politisch bedingte Lieferschwierigkeiten für Komponenten aus der Bundesrepublik gefährdet würde, sollte STEAG für den eigenen Beteiligungsanteil das volle wirtschaftliche Risiko selbst übernehmen.
- Erklärung von Staatssekretär Haunschild, daß keine Risikoabsicherung für die STEAG-Investitionen durch die Bundesregierung zu erwarten ist.

Dieses Dokument belegt sehr deutlich wieweit die STEAG in das Projekt einsteigen wollte und wie weitgehend sie von der Bundesregierung gedeckt wurde!

Nukleare Zusammenarbeit

Die vorläufige Spitze dieser aggressiven Außenpolitik des BRD-Imperialismus ist die direkte nukleare Zusammenarbeit mit den Rassisten von Pretoria.

Schon 1970 fanden Gespräche statt zwischen der südafrikanischen Botschaft und dem Bundeswirtschaftsministerium. Thema: Die Beteiligung Südafrikas an dem gemeinsamen deutsch-britisch-niederländischen Gaszentrifugen Uran-Anreicherungsprojekt. Drei Jahre später beantragte sie bei der STEAG eine Lizenz!

1972 reiste eine hochkarätige „Atomdelegation" unter der Leitung des Staatssekretärs im Ministerium
für Wissenschaft und Vorsitzenden „Atomdelegation" unter der Leitung des Staatssekretärs im Ministerium
für Wissenschaft und Vorsitzenden des nuklearen Forschungsinstituts GFK nach Südafrika.

Am 17. Oktober 73 befürwortete die BRD-Regierung die Vergabe einer Sublizenz an Südafrika! Nur durch internationale Proteste konnte das verhindert werden.

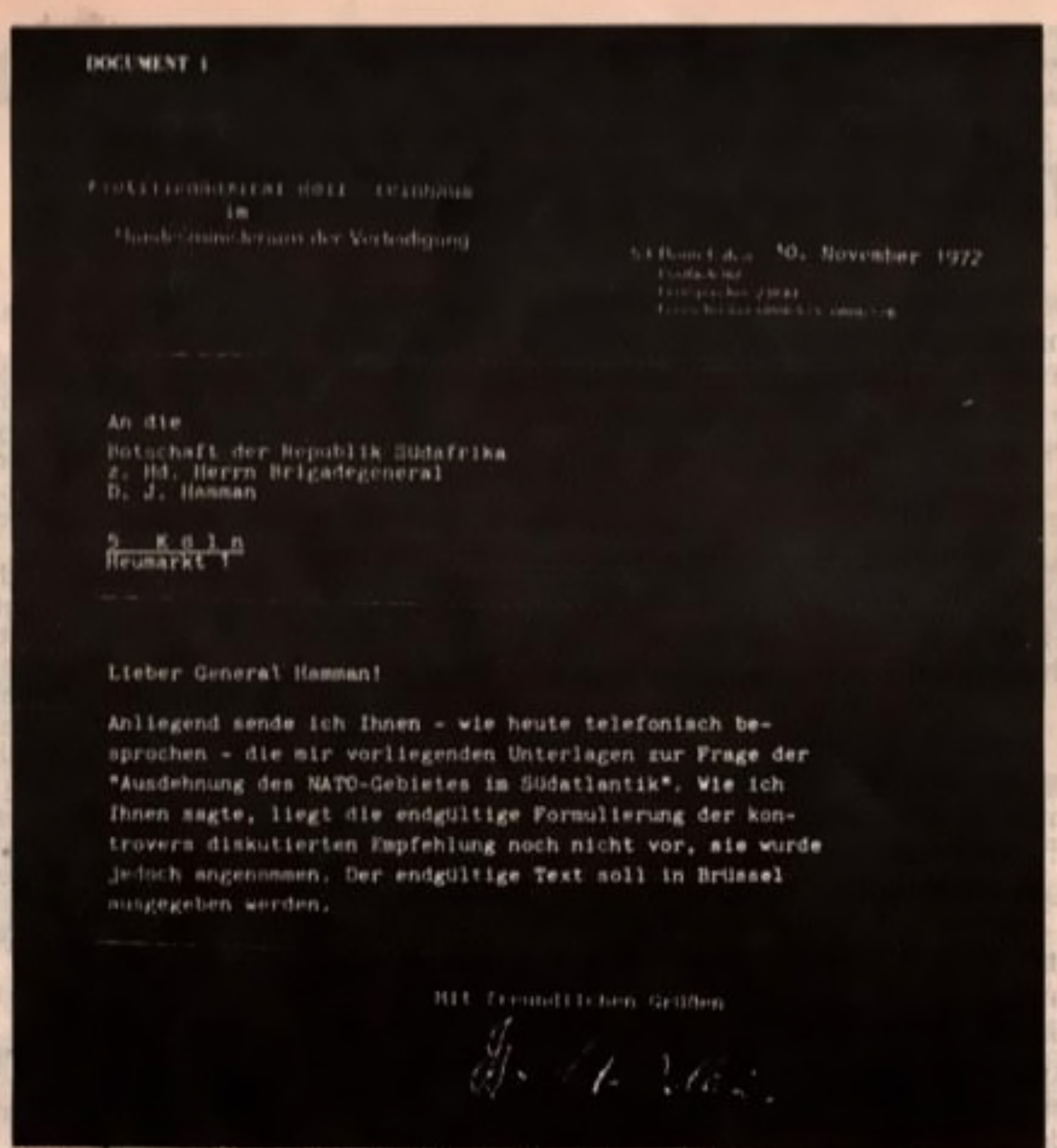
(Der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Rohwedder, gab der RSA nach dieser Schlappe den Ratsschlag, *„das Geld der Zusammenarbeit auf westdeutscher Seite durch die Einbringung weiterer interessierter Firmen in ein neues Konsortium zu erweitern."* Daraufhin traf sich der ehemalige südafrikanische Finanzminister mit den Vorsitzenden der Commerzbank, der Dresdner Bank, der Deutschen Bank, der Bundesbank, der Metallgesellschafts-AG und der DEGUSSA. Alle diese Firmen und Banken sind an der westdeutschen Atomindustrie beteiligt.)

Währenddessen ging die Zusammenarbeit mit STEAG weiter. Im März 74 reisten Dr. Völker von der STEAG und der Erfinder des Trenndüsenverfahrens in die RSA, im Mai eine weitere Delegation. Es wurden neue Abkommen unterzeichnet.

STEAGs Interesse an der südafrikanischen Anreicherungsanlage schloß folgendes ein:

1. Finanzielle Beteilung an der kommerziellen Anlage einschließlich
   a) der Bereitstellung von Kapital gegen Zinsen oder eine Minimum-Dividende sowie die spätere Beteiligung am Gewinn;
   b) Das Recht, eine festgelegte Menge von Uran selbst dort zu verarbeiten und das angereicherte STEAG-eigene Uran für deutsche Reaktoren, sei es in der BRD oder in Brasilien, Iran oder anderen Ländern zu verwenden.
2. Die Bereitstellung von technischem know how durch STEAG

Fortsetzung auf Seite 48


DOCUMENT 1

30. November 1972

An die
Botschaft der Republik Südafrika
z. Hd. Herrn Brigadegeneral
D. J. Hamman

5 Köln
Neumarkt 1

Lieber General Hamman!

Anliegend sende ich Ihnen - wie heute telefonisch besprochen - die mir vorliegenden Unterlagen zur Frage der "Ausdehnung des NATO-Gebietes im Südatlantik". Wie ich Ihnen sagte, liegt die endgültige Formulierung der kontrovers diskutierten Empfehlung noch nicht vor, sie wurde jedoch angenommen. Der endgültige Text soll in Brüssel ausgegeben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Die Bundeswehr bezieht Südafrika in die Nato mit ein

durch Beteiligung an Entwurf, Planung und Konstruktion der Anlage, ihrem Aufbau und Betrieb.

STEAG wollte darüber hinaus unbedingt sicherstellen, daß Lieferaufträge für die Anlage an deutsche Firmen gehen und STEAG als Agent in der Bundesrepublik die Aufträge verteilt und die Anlagenteile vor ihrem Export überprüft.

Obwohl kein formelles Lizenz-Abkommen vorhanden war, hatte STEAG zweifellos schon seit langer Zeit technisches Know-how zur Verfügung gestellt und als technischer Agent fungiert sowie mit der südafrikanischen Firma UCOR an spezifischen Projekten zusammengearbeitet.

Am 31. März 1976 platzte dann der Punkt der finanziellen Beteiligung, aber nur dieser.

Westdeutsche Firmen werden also weiterhin Ausrüstungen für die Anlage liefern, wobei sich STEAG als technischer Agent oder Vermittler beteiligen kann. Man versucht dabei, die Aufrüstung der RSA zur Atomstreitmacht zu tarnen, indem nur „zivile" Ausrüstungsgegenstände geliefert werden! ...

Ein Beispiel für das Vorgehen deutscher Firmen ist die Lieferung von Kompressoren für die Anreicherungsanlage. Nach der Veröffentlichung über die bundesdeutsche nukleare Zusammenarbeit im September und Oktober 1975 entwickelte sich Widerstand gegen die fortgesetzte Lieferung von Kompressoren. Sie waren von der Gutehoffnungshütte Sterkrade, einer Tochter der MAN, Augsburg, exportiert worden. Diese Gesellschaft gab zu, für verschiedene Zwecke Kompressoren an Südafrika geliefert zu haben, „um die Auslastung des Fertigungsbetriebes zu sichern, bemüht sie sich ... um Aufträge ... für alle Anwendungsgebiete." Zur gleichen Zeit argumentiert die Firma, daß es sich bei den Kompressoren für die Urananreicherungsanlage „im Grunde um völlig normale Verdichter handelt", und sie deshalb keiner Exportkontrolle unterworfen werden sollten.

Keinen Zweifel ließ Südafrikas Propagandaminister C. Muller daran, daß die RSA ihre Atomkapazität militärisch gegen die Völker Afrikas einzusetzen gedenkt:

„Lassen Sie mich eins sagen: Wenn wir angegriffen werden, gibt es überhaupt keine Verhaltensmaßregeln mehr, wenn es um die Frage unserer Existenz geht. Wir werden alle uns zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, welche es auch immer sein mögen. Es trifft zu, daß wir soeben unsere eigene Versuchsanlage mit fortgeschrittener Technologie fertiggestellt haben und daß wir über beträchtliche Uranvorkommen verfügen" („Washington Post", 16.2.77, zitiert nach „Dritte Welt Magazin", 9/77).

Im AK 112 berichteten wir über die Vorbereitungen Südafrikas für ihren ersten Atomwaffentest, diese Bombe wurde von der sozial-liberalen Bundesregierung „mitgebaut" ...

Afrika-Kommission

indem nur „zivile" Ausrüstungsgegenstände geliefert werden! ...

Ein Beispiel für das Vorgehen deutscher Firmen ist die Lieferung von Kompressoren für die Anreicherungsanlage. Nach der Veröffentlichung über die bundesdeutsche nukleare Zusammenarbeit im September und Oktober 1975 entwickelte sich Widerstand gegen die fortgesetzte Lieferung von Kompressoren. Sie waren von der Gutehoffnungshütte Sterkrade, einer Tochter

mit fortgeschrittener Technologie fertiggestellt haben und daß wir über beträchtliche Uranvorkommen verfügen" („Washington Post", 16.2.77, zitiert nach „Dritte Welt Magazin", 9/77).

Im AK 112 berichteten wir über die Vorbereitungen Südafrikas für ihren ersten Atomwaffentest, diese Bombe wurde von der sozial-liberalen Bundesregierung „mitgebaut" ...

Afrika-Kommission

Schwierige Zeiten für F. Polisario

Während der Verschleißkrieg der Polisario-Streitkräfte gegen die marokkanischen und mauretanischen Besatzer in Westsahara ohne Einschränkungen weitergeführt und verstärkt wird, haben sich einige Erwartungen der F. Polisario auf diplomatischem Gebiet in letzter Zeit zerschlagen. Die jüngste offene Interventionsdrohung seitens der französischen Regierung läßt ebenfalls Schlimmes befürchten. Die schon für Anfang 1977 von einer Mehrheit der afrikanischen Staatschefs geplante Gipfelkonferenz der OAU über den Konflikt in Westsahara wurde immer wieder verschoben und soll jetzt angeblich im nächsten Jahr stattfinden. Sambia hatte zuletzt sein Angebot zurückgezogen, die Konferenz in Lusaka stattfinden zu lassen, weil es die Sicherheit der Teilnehmer wegen rhodesischer Überfälle nicht garantieren könne.

Der derzeitige amtierende Präsident der OAU, der Marokko-Freund Bongo von Gabun, tat alles, um den Sahara-Gipfel zu verhindern und Stimmung für die beiden reaktionären Regimes von Marokko und Mauretanien zu machen.

Ebensowenig ist die spanische Rechtsregierung bereit, ihre Saharapolitik zu ändern. Sie hat nicht vor, das Dreiteilungsabkommen vom November 1975 zwischen Marokko, Mauretanien und Spanien zu widerrufen, wie auch der spanische Außenminister Oreja vor der UNO kürzlich zum Ausdruck brachte.

Zur Zeit gibt es mehrfach Versuche der „Vermittlung" im Sahara-Krieg. So hat sich Saudi-Arabien kürzlich wieder mit einem Verhandlungsvorschlag (in Absprache mit den USA) eingeschaltet und Senghor – Staatschef des Senegal – schlug ein „Referendum" unter Aufsicht internationaler Institutionen (UNO etc.) vor. Alle diese Vorschläge wurden zwar von der F. Polisario entschieden zurückgewiesen, doch hat es den Anschein, als ob Algerien, das die F. Polisario unterstützt, mehr und mehr einer Verhandlungslösung zuneigt. Der algerische Außenminister Bouteflika – der als Hauptvertreter der Verhandlungslösung im Gegensatz zu Boumedienne gilt – hielt Mitte Oktober eine versöhnliche Rede vor der UNO, in der er sich für eine friedliche Lösung des Konflikts aussprach und alle Beteiligten (also Spanien, Marokko, Mauretanien – und natürlich Algerien und F. Polisario) zu einem Dialog aufforderte. Mit einer ähnlichen Stoßrichtung schloß die Debatte des Politischen Büros der II. Internationale zur Westsahara am 17.10. in Madrid. Olof Palme brachte einen „Kompromiß" (zwischen spanischer PSOE, verstärkt durch einen Polisario-Vertreter einerseits und Senegal/Marokko andererseits) durch, der ebenfalls einen Dialog aller Beteiligten fordert. Im übrigen wurde weder die F. Polisario noch die Demokratische Arabische Republik Sahara von der Willy Brandt-Internationale anerkannt, sondern die F. Polisario lediglich als *„eine der beteiligten Seiten"* bezeichnet („El Pais", 18.10.77).

Französische Interventionsdrohung

Schon seit längerem spricht die F. Polisario von einer geplanten großen Offensive der marokkanischen und mauretanischen Streitkräfte mit wahrscheinlicher Unterstützung von Zaire und der Beteiligung Frankreichs. Nun hat Staatspräsident Giscard am 26.10. in Paris seinen Krisenstab zusammengerufen, weil angeblich zwei französische „Ingenieure" (es handelt sich um französische Kriegsspezialisten) von der Polisario geschnappt worden sind, was jedoch von der Polisario dementiert wird. Der französische Kriegsminister Bourges erklärte nach der „Krisen"-Sitzung: *„Die französischen Behörden schließen keine Art von Aktion mehr aus, die zur Befreiung der Geiseln aus den Händen der Polisario führt"* („Frankfurter Rundschau", „FR", 29.10.77). Der algerische Botschafter in Paris hat inzwischen schon seine Vermittlung angeboten.

Der Generalsekretär der F. Polisario, Abdelaziz, protestierte dagegen, daß *„die französische Regierung jetzt die öffentliche Meinung auf eine direkte Intervention vorbereitet..."* („FR", 29.10.77).

Afrika-Kommission



Kämpfer der saharauischen Befreiungsarmee starten zu einer militärischen Aktion

RSA: Steve Biko ermordet

Nachdem die südafrikanische Regierung noch bis vor kurzem die Ermordung des inhaftierten schwarzen Studentenführers Steve Biko hartnäckig dementiert hat, muß nach der Veröffentlichung der neuesten Obduktionsberichte der gewaltsame Tod Bikos nun auch von offizieller Seite zugegeben werden.

Der Untersuchungsbericht wider-

(Mord) zur gängigen Praxis in den Strafanstalten der RSA gehört.

Die gesamte Geschichte der Rassen-Justiz ist durch eine Vielzahl von Fällen gekennzeichnet, in denen Häftlinge „auf der Flucht umgekommen", „beim Verhör aus dem Fenster gesprungen" oder unter anderen mysteriösen Umständen „gestorben" sind.

während einer Demonstration gegen das Verbot des ANC verhaftet. Man fand ihn tot in seiner Zelle, bei der Obduktion wurden Abschürfungen an Armen, Beinen und Gesicht, gebrochene Rippen und ein gebrochener Adamsapfel festgestellt. Die Lunge war mit Wasser vollgelaufen, im Gehirn fanden sich Blutgerinnsel, Prellungen an Hals, Kopf und

RSA: Steve Biko ermordet

Nachdem die südafrikanische Regierung noch bis vor kurzem die Ermordung des inhaftierten schwarzen Studentenführers Steve Biko hartnäckig dementiert hat, muß nach der Veröffentlichung der neuesten Obduktionsberichte der gewaltsame Tod Bikos nun auch von offizieller Seite zugegeben werden.

Der Untersuchungsbericht widerlegt die Version des Vorster-Regimes, Biko sei infolge eines sechstägigen Hungerstreiks gestorben und liefert eindeutige Beweise für die Ermordung Steve Bikos.

In der Obduktionserklärung, die von dem staatlichen Pathologen Johan Loubser und von einem von der Biko-Familie ausgewählten Gutachter unterzeichnet ist, wird von *„umfassenden Gehirnschädigungen", Schädigungen der Nieren, einem Rippenbruch, verschiedenen Hautabschürfungen und Verletzungen der linken Seite des Brustkastens gesprochen, die während der letzten acht Tage vor Bikos Tod entstanden* (nach der dänischen Zeitung „Politiken" vom 26.10.77).

Selbst Justizminister Krüger rückte von der Hungertod-Version ab und erklärte, es könne (!) sich herausstellen, daß bei dem Versuch von Polizeibeamten, Biko während der Verhaftung am 12. September Handschellen anzulegen, *„ein Kampf entstanden sei"* („NZZ", 28.10.).

Der Obduktionsbericht ist jetzt an die Staatsanwaltschaft der Kap-Provinz weitergeleitet worden, die „prüft", ob strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet werden sollen.

Der gewaltsame Tod Steve Bikos hat weltweit die Aufmerksamkeit auf die unmenschlichen Zustände in den Gefängnissen des Vorster-Regimes gelenkt und nur durch den massiven Protest der gesamten demokratischen Opposition in Südafrika selbst sowie des Auslandes war es überhaupt möglich, den kaltblütigen Mord an Biko aufzudecken.

Bezeichnend ist allerdings, daß erst ein derart prominenter Vertreter des schwarzen Widerstands sterben mußte, bevor sich auch breite Teile der bürgerlichen Presse mit den brutalen Praktiken des südafrikanischen Strafvollzugs beschäftigen.

Fakt ist, daß die Folterung von Gefangenen bis hin zur „Endlösung" (Mord) zur gängigen Praxis in den Strafanstalten der RSA gehört.

Die gesamte Geschichte der Rassen-Justiz ist durch eine Vielzahl von Fällen gekennzeichnet, in denen Häftlinge *„auf der Flucht umgekommen", „beim Verhör aus dem Fenster gesprungen"* oder unter anderen mysteriösen Umständen *„gestorben"* sind.

Mit Hilfe des sogenannten „Terrorismus-Gesetz", das die totale Isolation der Häftlinge von der Außenwelt vorsieht, können Folter und Mord der Behörden bestens verschleiert werden.

Unter der Überschrift: *„Pretorias mysteriöse Todesfälle"* berichtete die „FR" vom 24.10.77:

Nach Angaben des (noch nicht verbotenen) „Instituts für Rassenbeziehungen" werden in südafrikanischen Gefängnissen zur Zeit 662 Personen ohne Verfahren festgehalten, fast täglich kommen neue hinzu.

Sie werden auf unbestimmte Zeit von der Außenwelt isoliert und haben kein Recht auf einen Anwalt! Nach Informationen des Instituts sind seit 1963 61 Menschen in der Haft „gestorben", seit März 1976 sind es 19 Häftlinge gewesen.

– Im März '76 wurde J. Mdululi während einer Demonstration gegen das Verbot des ANC verhaftet. Man fand ihn tot in seiner Zelle, bei der Obduktion wurden Abschürfungen an Armen, Beinen und Gesicht, gebrochene Rippen und ein gebrochener Adamsapfel festgestellt. Die Lunge war mit Wasser vollgelaufen, im Gehirn fanden sich Blutgerinnsel, Prellungen an Hals, Kopf und Unterleib.

Polizeiangaben zufolge stolperte (!) Mdululi bei einem Fluchtversuch. Die aufsichtsführenden Beamten wurden „mangels Beweisen" freigesprochen.

– Im Dezember stürzte der farbige Lehrer J. Botha im Treppenhaus, als er sich nach offiziellen Angaben im 6. Stock von 2 Begleitpolizisten losriß. Pathologen stellten fest, daß Botha bereits 2-6 Stunden vor(!) seinem Tod Verletzungen an Schultern, Arm und in der Achselhöhle erlitten hatte.

– 7 Häftlinge sollen sich in ihren Zellen erhängt (!) haben. Ein Schriftexperte erklärte, daß der angeblich gefundene Abschiedsbrief eines der sieben, Murapi, nicht mit anderen Schriftproben Murapis übereinstimmte.

Afrika-Kommission



ANKÜNDIGUNG
Gespräch mit Genossen

Als unseres Wissens erste westdeutsche Organisation hatten wir die Gelegenheit, ein ausführliches Gespräch zu führen mit einem Genossen des Zentralkommitees der EPLF (Eritrean People's Liberation Front), Amdemichael Kahsai.

Wir bedanken uns dafür, daß der Genosse sehr entgegenkommend und in größter Offenheit Stellung genommen hat zu zahlreichen, auch kritischen, für uns auch zum Teil bisher ungeklärten Fragen.

Einen ersten Auszug aus dem Gespräch werden wir in der nächsten Ausgabe des ARBEITERKAMPF veröffentlichen.



Max-Planck-Gesellschaft betreibt Raketenbeobachtungsstation in Namibia

Wie jetzt nach und nach ans Tageslicht gezerrt wird, betreibt die Max-Planck-Gesellschaft (M.P.G.) seit 1964 eine sogenannte „Raketenbeobachtungs - und Ionosphärenstation" in Tsumeb/ Namibia.

Die M.P.G. arbeitet seit Jahren mit der Bundeswehr zusammen und erhält einen großen Teil ihrer Mittel aus dem Bundesverteidigungsministerium. Die Forschungsstation arbeitet eng mit den südafrikanischen Rassisten auf dem Gebiet der militärischen Raketenforschung zusammen und betreibt militärische Funkaufklärung, sprich Spionage. Wie kaum verwundert, ist die Station direkt an das südafrikanische Spionage-System Advokaat angeschlossen und liefert seine Daten dorthin.

Südafrika und damit die NATO kontrolliert somit nicht nur den Indischen und Atlantischen Ozean, sondern auch den größten Teil des afrikanischen Kontinents. Von der BRD bisher heftig dementiert flog das Projekt im Sommer 1976 teilweise auf, nachdem der westdeutsche Atomfrachter Otto Hahn dabei ertappt wurde, als er in Durban 18 Tonnen Elektronik, zum Teil zur Raketenbeobachtung bestimmt, auslud.

(nach „Unsere Zeit", 4.10.77)

Afrikakommission



Frankreich

Ist die Linksunion am Ende?

Vor rund fünf Monaten hatten die Parteien der französischen Linksunion mit Verhandlungen über die Aktualisierung ihres gemeinsamen Regierungsprogramms für die Parlamentswahlen im März kommenden Jahres begonnen. Diese Verhandlungen wurden Ende September ohne weitere Terminvereinbarung abgebrochen, nachdem in verschiedenen Punkten keine Einigung zwischen KPF („Eurokommunisten"), PS (Sozialisten) und MRG (Radikale) erreicht werden konnte. Schon wochenlang vor ihrem jetzigen Abbruch wurden diese Verhandlungen von heftigen öffentlichen Polemiken begleitet, insbesondere zwischen KPF und PS, den bei weitem stärksten Parteien in diesem Bündnis.
Die bürgerliche Presse hat das bisherige Scheitern der Verhandlungen überwiegend voll auf das Konto der KPF geschrieben: Die KPF hätte der PS „ihr Diktat aufzwingen" wollen, heißt es fast standardmäßig. Teilweise wird auch umgekehrt behauptet, die KPF habe den „Bruch mit der PS" absichtlich herbeigeführt, weil sie innerhalb des Bündnisses nicht mehr das „Gesetz des Handelns" und die „Hegemonie" gehabt hätte – in einigen ganz waghalsigen Kommentaren ist dieser „Bruch" natürlich auch auf direkten „Befehl aus Moskau" hin erfolgt.
Zumindest die reaktionäre Presse unseres Landes frohlockt auch, daß der Verhandlungsabbruch das Schicksal der französischen Linksunion bereits vollständig besiegelt hätte und eine „Wiederversöhnung ausgeschlossen" erscheine. Der Albtraum der Reaktion, daß die Linksunion ihren Erfolg aus den Gemeindewahlen des letzten April (54%) aller Voraussicht und allen bisherigen Meinungsumfragen nach, bei den in fünf Monaten bevorstehenden Parlamentswahlen wiederholen würde, scheint ihnen ein bißchen genommen. Das wohl auch umso mehr, als PS-Chef Mitterrand bei einem kürzlichen Treffen mit Bundeskanzler Schmidt andeutete, daß es außer der KPF schließlich auch noch andere Partner für die PS in Frankreich gäbe.

Worum geht der Streit?

Das gemeinsame Regierungsprogramm (programme commun) wurde im Juni 1972, also vor mehr als 5 Jahren, von der PS und KPF vorgelegt (die MRG, eine kleine Splitterpartei, mit einer Wahlstimmenerwartung von maximal 4%, trat dem Bündnis erst später bei).

Nach begrenzten Absprachen, die es auch in vorangegangenen Wahlen schon gegeben hatte, dokumentierten KPF und Sozialisten damit erstmals seit Kriegsende und seit dem Ausklang des antifaschistischen Widerstands wieder, daß sie eine gemeinsame Regierung tragen wollen, die in Frankreich *„den Weg zum Sozialismus öffnen"* sollte (so in der Präambel des programme commun). Das programme commun war allerdings auch nur deswegen zustandegekommen, weil die KPF zu weitgehenden Abstrichen von einem eigenen anfangs vorgelegten Entwurf bereit war. Zu einigen der wesentlichen Zugeständnisse der KPF an die PS gehörte damals z.B., daß die KPF ihre zuvor noch ablehnende Haltung gegenüber der NATO und der „Europäischen Gemeinschaft" völlig revidierte. Ein weiteres Zugeständnis war, daß die KPF sich ihre Verstaatlichungspläne von 25 Konzernen auf schließlich nur 9 Konzerne kleinschneiden ließ (eine ausführlichere Auseinandersetzung mit dem Programm der Linksunion veröffentlichten wir schon damals in AK 26, März 1973).

Bei den Parlamentswahlen im März 1973 errang die Linksunion dann 11 Millionen Stimmen - 46,5% Zum tatsächlichen Regierungsprogramm konnte das programme commun damit zwar nicht werden, aber die Linksunion hatte mit ihren Forderungen, die sich hauptsächlich auf unmittelbare Verbesserungen der sozialen Lage der französischen Werktätigen richteten, eine weit über bisherige Ergebnisse der einzlnen Parteien hinausgehende Sympathie gefunden. Bei der Präsidentschaftswahl im Mai 1974 blieb der auch von der KPF unterstützte PS-Chef Mitterrand mit 49% der Stimmen (= 13 Millionen) sogar nur äußerst knapp hinter dem Kandidaten der Rechten, Giscard d Estaing, zurück . Bei den diesjährigen Gemeindewahlen (im April) errang die Linksunion dann mit 54% eine unangefochtene Mehrheit. Seitdem werden 159 von 211 Gemeinden mit mehr als 30.000 Einwohnern von den Parteien der Linksunion verwaltet – in 72 Gemeinden wird der Bürgermeister von der KPF gestellt.

Es ist natürlich, daß ein vor fünf Jahren formuliertes Regierungsprogramm, das sich vor allem eine unmittelbare Verringerung der Krisenlasten für die werktätige Bevölkerung zum Ziel setzt (und über diesen Weg dann gesellschaftliche Anderungen herbeiführen will), heute in einer ganzen Reihe von Punkten bereits „überholt" und „veraltet" ist. „Überholt" natürlich nicht, weil etwa das Giscard/Barre-Regime sich zwigen der Linksunion angenommen hätte – sondern im Gegenteil, weil die „alten" Forderungen der Linksunion heute gar nicht mehr ausreichen, um auch nur ansatzweise soziale Reformen zu verwirklichen. Angesichts einer Arbeitslosigkeit über der Millionengrenze, wachsender gesellschaftlicher Verelendung, insbesondere der Jugendlichen, der Rentner usw., zweistelliger Inflationsrate, Handelsbilansdefiziten und Staatsverschuldung in Dutzenden von Milliarden Franc angesichts dieser in den vergangenen Jahren immer rasanter gewordenen Entwicklung sind etliche im alten Regierungsprogramm der Linksunion vorgesehene Maßnahmen schlechthin zur Lächerlichkeit verkümmert. Der Vorstoß, das programme commun für die Parlamentswahl 1978 zu aktualisieren, wichtige Forderungen und vorgesehene Maßnahmen weiter zu fassen, kam Anfang dieses Jahres von der KPF.

PS und MRG fanden sich auch generell zu Verhandlungen bereit (denn die Tatsache der verschärften Krisensituation kann von ihnen natürlich auch nicht geleugnet werden); in fast allen wichtigeren Fragen stemmten sie sich allerdings den Vorschlägen der KPF konkret entgegen, bzw. versuchen teilweise sogar noch h i n t e r die bereits im 72er Programm festgelegten Vereinbarungen zurückzugehen.

Die hauptsächlichen Differenzen in der Aktualisierungs-Diskussion sind:

* Die KPF fordert die sofortige Erhöhung des gesetzlich garantierten Mindestlohns auf 2.200 Franc (ca. 1.100 DM) bei Einhaltung der 40-Stunden-Woche. Ab März nächsten Jahres, also unmittelbar nach der Wahl, will die KPF einen Mindestlohn von 2.400 Franc garantieren. Nachdem die PS sich anfangs überhaupt sträubte, konkrete Zahlen zu nennen, lehnte Mitterand eine Festlegung des Mindestlohns auf 2.400 Franc durch eine mögliche Linksregierung generell ab. Bestenfalls könne man von 2.200 Franc ab März 1978 ausgehen. Der Unterschied macht pro Jahr einen ganzen Monatslohn aus.

* Die Einkommen bis zu einer Grenze von 8.800 Franc sollen nach den Vorstellungen der KPF um durchschnittlich 4% erhöht werden, die unteren Einkommen allerdings stärker. Bei den Einkommen bis zu 12.000 Franc soll die Kaufkraft beibehalten werden. Alle darüberliegenden Einkommen sollen entsprechend stärker besteuert werden, so daß eine maximale Einkommenshierarchie von 1:5 (d.h. bis zum Fünffachen des von der KPF vorgesehenen Mindestlohns) besteht. Diese Begrenzung der großen Einkommen durch stärkere Besteuerung ist für die KPF ein Mittel, um das notwendige Geld zur Finanzierung der sozialen Reformen herbeizuschaffen. Zur Anhebung der Kaufkraft hat die PS keinerlei konkrete Zahlen vorgelegt: sie „warnt" nur immer wieder vor „übertriebenen Forderungen". Die steuerliche Begrenzung der großen Einkommen hat Mitterand kategorisch abgelehnt: *„Das ist nicht realisierbar, also demagogisch... Wir lassen das nicht zu. Das ist klar".* (Le Monde, 4./5.9.77).

* Das 72er Programm hatte insgesamt 9 Industriekonzerne genannt, die unter einer Linksregierung nationalisiert (verstaatlicht; dieser Begriff wird allerdings besonders von der KPF als ungenau abgelehnt) werden sollen. Um mittels einer größeren Einwirkung auf die industrielle Produktion die Krisenentwicklung besser unter Kontrolle zu bekommen, will die KPF nunmehr 15 Konzerne durch eine Linksregierung nationalisieren lassen – einschließlich derjenigen Betriebe, die mehrheitlich in der Hand dieser 15 Konzerne sind. Die PS will demgegenüber an der alten Zahl des 72er Programms festhalten.

* Schließlich gibt es noch eine wichtige Differenz auf militärpolitischem Sektor. Die KPF hat bekanntlich vor wenigen Monaten ihre Haltung zur französischen Atomstreitmacht (force de frappe) revidiert und betrachtet diese jetzt als hauptsächliches Instrument zur „Sicherung der Unabhängigkeit Frankreichs", da die bisherigen Regierungen die konventionelle Aufrüstung angeblich hoffnungslos „vernachlässigt" hätten. Gleichzeitig betont die KPF, daß die frz. Streitkräfte einem Konzept wirklicher „Rundum-Verteidigung" gehorchen müßten, d.h. gegen „jeden möglichen Angreifer", egal aus welcher Himmelsrichtung, gerichtet seien. Die PS hat hier, weil sie an der Ablehnung der Atomstreitmacht festhält, bzw. dies allenfalls durch ein Referendum entscheiden lassen will, lange Zeit in der Öffentlichkeit den Eindruck einer fortschrittlicheren Position gegenüber der KPF erweckt. Mittlerweile ist aber deutlich geworden, daß es ihr im Grunde gar nicht um ein Ja oder Nein zur Atomstreitmacht geht, sondern, daß sie von der Militärkonzeption der KPF eine schließliche Herauslösung Frankreichs aus der NATO befürchtet. Die PS will unter allen Umständen die Unabhängigkeit Frankreichs n u r „gegen den Osten", nicht aber gegen „den Westen" verteidigt wissen : *„Darüber verhandeln wir nicht. Wir wollen unsere Allianzen nicht zerstören."* (Mitterand lt „Spiegel", 12.9.77).

Nationalisierung ? Nur tröpfchenweise!

Insgesamt wurden von der Verhandlungsdelegation der KPF 70 Punkte der Aktualisierungsdiskussion als strittig angegeben. Die Frage der Nationalisierung ist dabei der gewichtigste Streitpunkt und der unmittelbare Anlaß für den Verhandlungsabbruch. Beim „Gipfeltreffen" der drei Parteiführer Marchais(KPF), Mitterand(PS) und Fabre(MRG) am 14.9. hat Fabre ultimativ gefordert, daß verbindlich auf weitere als die im alten Programm genannten 9 Nationalisierungen verzichtet wird. Desweiteren stellte Fabre die Forderung, daß obendrein der Satz aus dem alten Programm gestrichen wird, in dem es heißt, daß *„die Regierung, falls die Werktätigen den Willen äußern, daß ihr Betrieb dem staatlichen oder nationalisierten Sektor angehören soll, diesen Wunsch dem Parlament vortragen"* kann. Als diese Ultimaten nicht erfüllt wurden, verließ Fabre das Treffen und sprengte damit die Verhandlungen.



Die MRG („Bewegung der linken Radikalen", wie sich diese Partei nennt) erfüllt vor allem die Rolle des rechten und im Grunde stramm antikommunistischen Fallstricks in diesem Bündnis. Was sie programmatisch überhaupt in der Linksunion zu suchen hat, ist mehr als schleierhaft. Immerhin will die Linksunion, wie es in der Präambel ihres 72er Programms heißt, *„tiefe Veränderungen im politischen, ökonomischen und sozialen Leben Frankreichs"* bewirken, eine *„wahre politische und wirtschaftliche Demokratie errichten"* und *„den Weg zum Sozialismus öffnen"*. Demgegenüber erklärte Fabre z.B. recht unverhohlen über die Absicht seiner MRG: *„Für uns muß der Privatsektor das wesentliche des Wirtschaftsgefüges unseres Landes bleiben und nicht nur ein Restbestand. Das Wesen der französischen Wirtschaft muß auf dem freien Unternehmertum beruhen."* (Le Monde, 19.4.77).

Eine solche eindeutig kapitalhörige Partei kann sich bei ihrer relativen zahlenmäßigen Bedeutungslosigkeit natürlich nur deswegen in diesem Bündnis halten, weil sie als Vorausboot der PS operiert. Denn trotz der schriftlich festgelegten Absichten der Linksunion, „den Weg zum Sozialismus zu öffnen", können auch Spitzenpolitiker der PS ungehindert das Gegenteil erklären: *„Das gemeinsame Regierungsprogramm erhebt nicht den Anspruch, Frankreich aus dem Gesellschafttyp herauszuführen, in dem wir leben"* – so Gaston Deferre, Präsident der Parlamentarierfraktion der PS (zit. n. „Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus", 4/77, S.50).

Tatsächlich lassen die Nationalisierungsvorhaben der KPF, ebenso wie die im alten Programm bereits vereinbarten, dem „freien Unternehmertum" in Frankreich bedeutend mehr als einen „Restbestand" übrig.

Bei den bereits im 72-er Programm genannten Konzernen, die nationalisiert werden sollen, handelt es sich um Dassault, Roussel-Uclaf, Rhône-Poulenc, ITT-France, Thomson-Brandt, Honeywell-Bull, Pechiney-Ugine-Kuhlmann, Saint-Gobain-Pont-à-Mousson und die Compagnie Générale d'Electricité (Roussel-Uclaf wird inzwischen übrigens von den Farbwerken Hoechst kontrolliert). Diese Konzerne haben insgesamt rund 650.000 Beschäftigte — gegenüber 1,4 Millionen, die heute bereits in verstaatlichten Betrieben arbeiten. Nur fünf Prozent der industriellen Produktion Frankreichs kommen aus dem Bereich dieser neun Konzerne. Wenn deren Nationalisierung vollzogen ist, würde Frankreich, was den Anteil des Staatseigentums an der Gesamtwirtschaft betrifft, gerade ein wenig »österreichisches Niveau« übersteigen: In Österreich umfaßt dieser Anteil heute 14%, in Italien zwölf Prozent und in Frankreich bislang elf Prozent.

Aber selbst, wenn der jetzige KPF-Vorschlag verwirklicht würde, wäre das »freie Unternehmertum« in Frankreich noch bei weitem in einer stärkeren Position: Die 15 Konzerne samt den von ihnen mehrheitlich kontrollierten Unternehmen (1.450 nach KPF-Berechnung) würden den nationalisierten Sektor anwachsen lassen auf:

— ein Prozent sämtlicher Unternehmen,
— 15% der Gesamt-Beschäftigungszahl,
— 32% der Beschäftigten in der Industrie,
— 13 bis 15% des Bruttosozialprodukts.

(Angaben nach »Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus«, 4/77, Seite 67).

Fortsetzung auf Seite 50

Fortsetzung von Seite 49

Nach dem Erpressungsversuch des MRG-Chefs Fabre beim »Gipfeltreffen« am 14.9., hatte die KPF noch einmal einen Kompromißvorschlag zu unterbreiten versucht. Charles Fiterman kündigte für die KPF an, daß sie bereit sei,
— auf die sofortige Nationalisierung des Automobilkonzerns Peugeot-Citroen und der Mineralölgruppe »Compagnie Francaise des Petroles« zu verzichten;
— nicht alle Banken zu verstaatlichen!
— und den von Fabre angegriffenen Satz aus dem 72-er Programm zu streichen, wonach auf Wunsch der betreffenden Arbeiter weitere Unternehmen zur Nationalisierung vorgeschlagen (!) werden können.

Bei den industriellen Nationalisierungen geht es der KPF damit nur noch um die bereits im alten Programm verzeichneten neun Konzerne, die einschließlich ihrer mehrheitlich kontrollierten Filialen 729 Unternehmen umfassen sowie um die Stahlindustrie, von der vier Gruppen im KPF-Vorschlag genannt sind: Marine-Wendel, Empain-Schneider, Denain-Nord-Est-Longwy und Chiers-Chatillon. Diesen Kompromißvorschlag bezeichnete Fiterman als »die Grenze« dessen, was verhandelt werden könne (»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 22.9.). Die anderen Bündnispartner waren dennoch nicht zu einer Einigung in diesem Punkt bereit. Genau besehen reduziert sich der »erweiterte« Nationalisierungsvorschlag der KPF damit auf die Einbeziehung der vier Stahlkonzerne — deren Schulden (beim Staat!) mit 35 Milliarden Franc eh schon höher sind als ihr Jahresumsatz (»FAZ«, 22.9.)! Mit Staatsgeldern wurden hier in den vergangenen Jahren allein 40.000 Arbeiter rausrationalisiert; 10.000 weitere lothringische Stahlarbeiter sollen noch folgen!

Am Beispiel der Stahlindustrie wird dabei besonders deutlich, daß es bei den Nationalisierungsplänen — auch der KPF — großenteils einfach darum geht, den Bankrott des »freien Unternehmertums« juristisch auf den Staat umzuschreiben. In jedem Fall werden die »freien Unternehmer« für Nationalisierungen großzügig »entschädigt«: Nach dem Plan der KPF sollen 20 Jahre lang rund drei Milliarden Franc (also insgesamt rund 60 Milliarden) Staatsgelder aufgebracht werden, um die betreffenden Konzerne zu nationalisieren — d.h. in Wahrheit: sie den Kapitalisten a b z u k a u f e n! Es liegt auf der Hand, daß die solchermaßen »entschädigten« Kapitalisten mit diesen Summen in anderen Wirtschaftszweigen ihre Profitscheffelei fortführen würden, daß wahrscheinlich der französische Kapitalexport zur Ausbeutung anderer Länder schwunghaft ansteigen würde — und daß etliche Kapitalisten sicher auch andere dunkle Umtriebe finanzieren würden. Zum Beispiel dürften einige ihr Kapital in das »Unternehmen« General Bigeard investieren — des alten Schlächters aus den französischen Kolonialkriegen, der unlängst ankündigte: *»Wenn die Kommunisten siegen, gehe ich in den Untergrund«* (»Le Monde«, 22/23.5.77).

Schmidt und Brandt im Hintergrund ?

Wie sich der Konflikt innerhalb der Linksunion weiterentwickeln wird, ob und wann die abgebrochenen Verhandlungen möglicherweise wieder aufgenommen und mit welchem konkreten Ergebnis sie dann enden werden, läßt sich für uns gegenwärtig noch nicht genau vorausschätzen. Fest steht allerdings eines: daß die PS (und ihr Prellbock MRG) das Bündnis — solange es besteht — immer weiter nach rechts zu manövrieren und dabei die KPF allein wegen ihres Masseneinflusses in der Arbeiterklasse für die Verwirklichung eines s o z i a l d e m o k r a t i s c h e n Regierungskonzepts auszunutzen versucht. Und wenn dieses Konzept im weiteren o h n e die KPF zu verwirklichen wäre, würde die PS-Führung sich ihres »Bündnispartners« sehr schnell entledigen — v o r o d e r n a c h den Wahlen, das ist für sie im wesentlichen eine Frage des taktischen Machtkalküls.

Die PS hat durch die Linksunion und dank der nahezu grenzenlosen Kompromißbereitschaft der KPF an Einfluß und Profil gewonnen. V o r der Bildung der Linksunion war sie gegenüber der KPF eindeutig die kleinere und einflußschwächere Partei. Bei den Parlamentswahlen 1962 erhielten die Sozialisten (damals noch unter dem Namen SFIO) 2,3 Millionen Stimmen (= 12,6%) gegenüber vier Millionen für die KPF. 1967 erreichten die Sozialisten im Bündnis mit dem linken Flügel der Radikalen Partei 19% gegenüber 22,5% für die KPF allein (mehr als fünf Millionen Stimmen). Die meisten Meinungsumfragen verteilen von den zu erwartenden mehr als 50% Linksunion-Stimmen mittlerweile ca. 27% auf die PS und 21% auf die KPF (die restlichen Prozente entfallen auf MRG sowie revolutionäre Linke und teilweise Ökologisten im ersten Wahlgang).

Die PS hat auch trotz ihres ursprünglich geringeren Einflusses von Anfang an die Politik der Linksunion diktiert und »selbstverständlich« die Regieführung für eine eventuelle Regierungsbildung übernommen. Bei den Präsidentschaftswahlen 1974 stand von vornherein außer Frage, daß Mitterrand und nicht etwa Marchais der »Kandidat der Linken« wurde. Die PS-Führung hat die KPF bei Meinungsverschiedenheiten jeweils damit erpreßt, daß es eben auch unter der PS-Wählerschaft eine breite antikommunistische Stimmung gebe (ja, von Mitterrand und Co. selbst geschürt!), und ein »Kommunist« daher niemals den »gewünschten Stimmerfolg« als Präsidentschaftskandidat oder vorbestimmter Regierungschef finden würde. Der Wählerschaft der KPF war dagegen ein Typ wie Mitterrand allemal »zuzumuten« — obwohl sicher so mancher KPF-Anhänger sich noch daran erinnern wird, daß derselbe Mitterrand 1954 schon mal Innenminister war und in dieser Funktion damals ein Todesurteil gegen einen KPF-Genossen unterschrieb, weil dieser sich »schuldig« gemacht hatte, aktiv am Befreiungskampf des algerischen Volkes teilgenommen zu haben!



Daß Mitterrand keine gleichberechtigte Einflußnahme der KPF innerhalb der Linksunion duldet, hatte sich beim Wahlkampf 1974 um die Präsidentschaft auch darin gezeigt, daß Mitterrand damals rotzfrech erklärte, daß das programm commun natürlich keine Verpflichtung für ihn als möglichen Präsidenten darstellen würde — denn es sei ein Programm für eine Parlamentswahl und nicht für eine Präsidentschaftswahl. Daß dies ein äußerst deutlicher Hinweis darauf ist, wie wenig Mitterrand sich ü b e r h a u p t an dieses »gemeinsame Programm« gebunden fühlt (wenn er erst einmal im Sessel der Staatsmacht sitzt), wird in vollem Umfang verständlich, wenn man die verfassungsmäßige Situation in Frankreich berücksichtigt: Dort hat nämlich der Präsident das entscheidende Wort bei der Regierungsbildung und mithin bei den Richtlinien der Regierungspolitik.

Die KPF hat nun im Zusammenhang mit dem neuen Konflikt in der Linksunion darauf hingewiesen, daß sich in den vergangenen zwei Jahren das Verhältnis zwischen der PS und der westdeutschen Sozialdemokratie sichtbar verbessert hat. Man erinnert sich noch daran, daß Mitterrand vor mehreren Jahren noch für engere Kooperation der südeuropäischen Sozialisten und »Kommunisten« eingetreten ist und sich als Führer einer »wirklichen« sozialistischen Allianz gegenüber den Sozialdemokraten Nordeuropas aufzubauen versuchte. Davon ist nun kaum mehr was zu hören. Ebenso hat Mitterrand seine einst geübte Kritik an der SPD-Regierung wegen Berufsverboten usw. eingestellt. Stattdessen haben Mitterrand und Brandt bereits im März 1976 die Bildung von drei Arbeitsgruppen vereinbart, *»mit dem Ziel, die Konzeptionen der beiden Parteien* (PS und SPD — Anm. AK) *in Sachen Europa, Beziehungen zur Dritten Welt, Wirtschafts- und Sozialpolitik einander anzunähern«* (»FAZ«, 5.10.77). Von der »Sozialistischen Internationale« hat die PS auch bereits Zusagen zur finanziellen Unterstützung ihres Wahlkampfes erhalten — und man darf dabei nicht vergessen, in wessen Händen sich diese »Sozialistische Internationale« befindet: Ihr Präsident ist Brandt von der SPD; der Präsident der Union der Sozialistischen Parteien der EG ist Dröscher von der SPD; der Präsident der Sozialistischen Parlamentariergruppe der Europäischen Versammlung ist Fellermaier von der SPD... Und daß die SPD ihre finanzielle Unterstützung mit entsprechenden politischen Auflagen koppelt, ist ein »offenes Geheimnis«.

Bei einem kürzlichen Besuch in Bonn hat Mitterrand Schmidt ausführlich über seine »Sorgen« mit der KPF berichtet und anklingen lassen, daß er *»nicht auf die Kommunisten angewiesen (sei), er könne auch mit anderen politischen Gruppen an die Macht kommen«* (»FAZ«, 3.10.). Welche »anderen Gruppen« können damit gemeint sein? Der amtierende Ministerpräsident Barre hat auf die Frage nach einer möglichen Allianz zwischen den Unabhängigen Republikanern (Partei Giscard d'Estaings) und der PS so beantwortet: *»Das bleibt abzuwarten. Die politische Lage ist beweglich geworden«* (»FAZ«, 8.10.77).

Tatsächlich wäre eine Art »Mitte-Links-Koalition« (mit den jetzigen Regierungsparteien unter Ausnahme des rechten gaullistischen Flügels unter Chirac) die einzige Alternative, die Mitterrand gegenüber der Linksunion mit der KPF bleiben würde. Dies unmittelbar und vor den Wahlen anzusteuern, würde der PS allerdings erheblich an Einfluß kosten. Vielmehr scheint dies eine Möglichkeit zu sein, die Mitterrand sich n a c h den Wahlen offenhalten will. Es ist wahrscheinlich, daß das Linksbündnis zumindest bis dahin, wenn auch nach »lokkererer Verbindung« als 72/73, noch bestehen bleibt.

KB/Gruppe Göttingen
und Frankreich-Kommission

Auf den Spuren des DGB: 20 Gewerkschaftsausschlüsse bei der Post in Lyon

Vor einem Jahr wurde der gesamte Delegiertenrat im Druckbetrieb IMRO aus der Gewerkschaft CGT ausgeschlossen, weil sie Sympathien mit den »Gauchistes« (Linksradikalen) hätten. Als Nachweis diente u.a. ein Tag der »Offenen Tür«, bei dem die entlassenen Drucker auch revolutionären Organisationen die Möglichkeit gegeben hatten, Informationsstände aufzubauen.

Dieser Fall wurde breit bekannt in Frankreich, da bislang »Unvereinbarkeitsbeschlüsse« a la DGB dort nicht praktiziert wurden. Nun ein Jahr später zog jetzt die andere große Gewerkschaft, die CFDT, nach: vor ca. vier Wochen wurde die gesamte Exekutivkommission der CFDT-Gewerkschafter in der zentralen Sortierabteilung der Post in Lyon ausgeschlossen!

Es handelt sich dabei um 20 CFDT-Gewerkschafter, die zum Teil bis zu 20 Jahre Gewerkschaftsarbeit »nachweisen« können.

Die Begründungen der obersten CFDT- Instanzen für diesen Schritt sind folgende:

1. Beteiligung der »Armee-Kommission« dieser Gewerkschaftssektion an einer antimilitaristischen Veranstaltung 1974 (!).
2. Beteiligung am Kollektiv »Vivre et travailler au pays« (sinngemäß: Zuhause leben und arbeiten). Dieses Kollektiv hat Ende August eine Broschüre herausgegeben, in der das Problem der sogenannten »Auxiliaires« (Hilfsarbeiter bzw. Aushilfen) aufgegriffen wird. Die Situation dieser »Auxiliaires« ist extrem schlecht: da sie keinen regelrechten Arbeitsvertrag haben, sind sie wegen jeder Lapalie kündbar, darüberhinaus verdienen sie »natürlich« weniger als die übrigen Postler, was Spaltungsmöglichkeiten begünstigt. Schließlich werden sie als »mobile« Einsatzkräfte quer durch Frankreich eingesetzt.
3. Aufgrund der Gewerkschaftssektion zur Malville-Demonstration (5 weitere Gewerkschaftssektionen aus dem Department - Rhone - hatten ebenfalls nach Malville aufgerufen).

All diese Begründungen sind ganz klare Vorwände: in Wirklichkeit geht es darum, daß die Gewerkschaftsbürokratie wohl darüber informiert ist, daß in dieser Gewerkschaftssektion einige OCT-Genoss(inn)en aktiv sind. Das reicht ihr anscheinend aus, um gleich einen gesamten Gewerkschaftsorganismus zu zerschlagen.

Auf einer Sondervollversammlung nach diesem Angriff gaben die Kolleginnen und Kollegen ihren ausgeschlossenen Gewerkschaftsvertretern eine erneute Bestätigung ihres Vertrauens. Sie haben der obersten CFDT-Instanz eine Resolution überreichen lassen, in der sie erklären, daß sie sich selber als ausgeschlossene CFDTler betrachten müßten, falls der Ausschluß ihrer Delegierten nicht zurückgenommen wird.

Verschiedene CFDT- Sektionen aus anderen Lyoner Betrieben haben Protestschreiben auf Sondervollversammlungen verabschieden lassen.

Diese ersten Versuche, in den französischen Gewerkschaften die gleiche »Ordnung« wie in den hiesigen DGB-Gewerkschaften zu etablieren, müssen im Keim erstickt werden.

Frankreich-Kommission

Portugal

KURZMELDUNGEN

Bereits Anfang August fand die abschließende Verhandlung gegen Rui Gomes statt, der angeklagt war, im September 1975 aus einer Kaserne Waffen besorgt zu haben. Aufgrund dieses Verdachts hatte er fast zwei Jahre in Untersuchungshaft gesessen und den Prozeßbeginn nur durch einen vierwöchigen Hungerstreik erzwingen können. Rui Gomes wurde wegen mangelnder Beweise freigesprochen, durfte bezeichnenderweise den Knast aber erst nach 24 Stunden nach der Urteilsverkündung verlassen.

Ende August wurden Admiral Rosa Coutinho, Leutnant Costa Xavier und Leutnant Rodrigues Soares aus der portugiesischen Marine gefeuert. Rosa Coutinho hatte als einer der fortschrittlichsten Offiziere bis zum 25. November 1975 dem Revolutionsrat angehört, war Hauptverantwortlicher für die Untersuchungskommission über die Verbrechen der faschistischen Geheimpolizei PIDE/DGS gewesen und hatte seit dem 25. April als Hochkommissar für Angola in entscheidendem Maße zur Unabhängigkeit Angolas unter einer MPLA-Regierung beigetragen. Die drei waren beschuldigt worden, am 25. November 1975 an einem linken „Putschversuch" teilgenommen zu haben. Daß an diesem Tag ein Rechtsputsch stattfand, ist mittlerweile geläufig. Die im Frühjahr dieses Jahres eingesetzte militärische Disziplinarkommission hatte die Vorwürfe gegen die drei „Offiziere des April" als unbegründet zurückgewiesen.

Generalstabschef Souto Cruz verfügte daraufhin gegen dieses Urteil die sofortige Entlassung der drei aus den Streitkräften. Die Bestimmungen, die ein solches Vorgehen zulassen, sind erst seit Frühjahr dieses Jahres in Kraft. Dies hatte es nicht einmal zu Zeiten des Faschismus gegeben!

Der Revolutionsrat hat das im Frühsommer dieses Jahres vom Parlament verabschiedete Gesetz über die Arbeiterkommissionen, das in seiner Arbeiterfeindlichkeit unserem „Mitbestimmungsgesetz" nahekommt, für verfassungsfeindlich erklärt, da es nicht dem Aufbau des Sozialismus diene, wie es die Verfassung vorschreibt.

Allerdings braucht sich das Parlament laut Verfassung nicht um eine derartige Erklärung des Revolutionsrates zu scheren.

Die Fraktion der rechtssozialdemokratischen PSD (früher PPD) hat einen Entwurf für ein Pachtgesetz zur Anwendung auf die nordportugiesischen Pächter landwirtschaftlichen Bodens vorgelegt. Der Entwurf, der für die Landpächter feudalistische Pachtbedingungen festschreibt, hat Chancen, im Parlament verabschiedet zu werden. Folgender Kuhhandel zeichnet sich ab: Das berüchtigte „Lei-Barreto" gegen die Agrarreform im Alentejo konnte nur mit den Stimmen der PS und der PSD verabschiedet werden. PCP, UDP und CDS hatten dagegen gestimmt. Der CDS (CDU-Bruderpartei) war das Gesetz zu links. Der PSD zwar auch, aber als Belohnung für die Zustimmung hatte die PS der PSD ein Freilos für den Entwurf eines noch reaktionäreren Pachtgesetzes zugesichert.

Aufgrund der zunehmend reaktionäreren Regierungspolitik von Mario Soares haben neunzehn Mitglieder der Nationalen Leitungskommission der PS ein Papier veröffentlicht, in dem sie diese Politik scharf verurteilen und die Erfüllung des Regierungsprogrammes fordern. Nimmt man diesen Vorfall mit der wachsenden Opposition der PS-Linken und den Intrigen um den Rücktritt des Außenministers Medeiros Ferreira zusammen, so ist nicht auszuschließen, daß sich in mittlerer Zukunft eine neue linkssozialdemokratische Partei bildet.



Italien

Anti-Repressionskongreß in Bologna

40.000 Genossen versammelten sich in Bologna vom 23. bis 25. September zu einem Anti-Repressionskongreß, über 70.000 beteiligten sich an der Abschlußdemonstration. Der wochenlang von sämtlichen Medien geschürten Hetzkampagne gegen die „neuen Brutstätten des Terrorismus", gegen die „Vandalen" und „staatszerstörenden Kräfte" zum Trotz setzte die linke Bewegung in Bologna ein deutliches Zeichen des Protestes gegen alle Kriminalisierungsversuche des letzten halben Jahres. In zahlreichen Diskussionsveranstaltungen wurde die Repressionspolitik des „arco costituzionale" der sechs bürgerlichen „Koalitions"-Parteien angeprangert und besonders die totale Kollaborationsbereitschaft der PCI („historischer Kompromiß") bei der Durchsetzung der christdemokratischen Regierungspolitik enthüllt. Trotz großer Schwierigkeiten und starker Differenzen hat die Bewegung den ständigen Isolierungsversuchen der Presse und Parteien entgegentreten können, die durch den Kongreß gezwungen waren, sich breit und öffentlich mit der Bewegung auseinanderzusetzen und über den Kongreß zu berichten.

Aufgerufen hatte die gesamte „Neue Linke" sowie viele radikaldemokratische Gruppen und Kräfte, mit einer einzigen Ausnahme: der PDUP-Manifesto-Gruppe. Diese hatte sich schon vor der ursprünglichen Initiative, die dem Kongreß vorausging, distanziert, nämlich der Erklärung einer Gruppe französischer Intellektueller, die zum Kampf gegen die Repression gegen die Studentenbewegung von Seiten des Staates, aber auch der PCI, aufgerufen hatten. „Manifesto" bezeichnete dies als eine arrogante Einmischung in die italienischen Verhältnisse und hatte auch die Auseinandersetzung mit der Studentenbewegung als besonders von der Repression betroffene Gruppe abgelehnt — mit dem Argument, dies sei sektiererisch angesichts der Probleme, die die italienische Arbeiterklasse insgesamt habe. Vertreten war in Bologna eine Delegation dieser französischen Intellektuellen, u.a. Felix Guattari, Alain Guillerm und Maria Antonietta Macciocchi sowie zahlreiche ausländische Genossen aus allen westeuropäischen Ländern, darunter auch eine Vertreterin des KB.

Den Auftakt des Kongresses bildete eine Pressekonferenz, die von Lotta Continua einberufen worden war, um das neue Weißbuch über die Repression in Italien vorzustellen. Dieses Buch, das sich mit der Repression vor 1976 — den letzten nationalen Wahlen — und in der Phase danach auseinandersetzt, wurde als wichtiger Diskussionsbeitrag für die Bewegung aufgenommen. Mehrere Beiträge u.a. von M.A. Macciocchi forderten die Presse auf, endlich über die Repressionspolitik des „Historischen Kompromisses" und namentlich die der PCI in Bologna zu berichten. 23 Genossen sind in Bologna während der Studentenkämpfe im Frühjahr dieses Jahres inhaftiert worden. Über 12 Genossen sitzen nach wie vor im Knast, ohne daß ein Prozeß eröffnet worden ist. Als oberster Scharfmacher verteidigt der PCI-Bürgermeister Zangheri die Handlungen des Richters Catalanotti, der durch seine Verzögerungstaktik mit falschen Zeugenaussagen etc. und durch ständige Haftverschärfung die Genossen willkürlich im Knast sitzen läßt. Darüber hinaus trägt die PCI-Stadtregierung die Verantwortung für die Bulleneinsätze im März, bei denen der Genosse Francesco Lorusso erschossen wurde. Obwohl ein Bulle bereits gestanden hat, Francesco erschossen zu haben, wurde dieser nach vorübergehender Inhaftierung jetzt wieder freigelassen. Die Eltern der inhaftierten Genossen (fast alles PCI-Mitglieder und ehemalige Partisanen!) haben Zangheri aufs Schärfste verurteilt; einige gaben auf der Pressekonferenz sogar ihren Austritt aus der PCI bekannt. Die inhaftierten Genossen befanden sich zum Zeitpunkt des Kongresses bereits 14 Tage im Hungerstreik, um endlich die Ablösung des Richters Catalanotti und den sofortigen Prozeßbeginn zu erzwingen. Mit Beginn des Kongresses traten die Genossen auch in den Durststreik.

Die Solidarität mit den politischen Gefangenen und die Forderung nach deren sofortiger Freilassung war ein wesentlicher Bestandteil der Diskussionen und Beiträge. Außerdem fand eine Veranstaltung zum Thema „Intellektuelle und Dissens" statt, auf der im wesentlichen die französischen Intellektuellen sprachen. Sie befaßten sich jedoch mit derart abstrakten Themen, daß sie nach kurzer Zeit von den zahlreich anwesenden Genossen ausgebuht wurden und sich nach dieser „Begrüßung" mit Ausnahme einiger weniger zurückzogen.

Eine große Diskussionsrunde von ca. 10.000 Teilnehmern beteiligte sich an einer Veranstaltung zum Thema „Die Bewegung und die Arbeiterklasse", auf der mehrere Redner die Schwierigkeiten in den Fabriken darstellten, der von der PCI praktizierten Isolierung der „Neuen Linken" gegenüber den Arbeitern etwas entgegenzusetzen. Breite Aufmerksamkeit fand auch eine Veranstaltung zum Thema „germanizzazione", auf der Karl Heinz Roth und Arndt Müller jeweils einen Beitrag über die Situation in der BRD und die Lage der politischen Gefangenen hielten. Zu einer Diskussion um die reale Gefahr des „Modell Deutschland" kam es jedoch leider nicht. Darüber hinaus wurden später noch Diskussionen zu Themen wie „Anti-AKW-Kampf", „politische Prozesse", „Aufgaben linker Verteidiger" u.a.m. angeboten.

Auffällig abseits des Geschehens standen in Bologna die Feministinnen, die sich erst zwei Tage vor Bologna zur Teilnahme entschieden hatten. Zu der völligen Konzeptionslosigkeit ihres Vorgehens kam dann auch noch die Benachteiligung der Feministinnen bei der Raumverteilung, so daß sie kaum Gelegenheit hatten, sich zu treffen und zu diskutieren. Als sie am zweiten Tag Anspruch auf den Sportpalast erhoben (was sie vorher mit den Organisatoren vereinbart hatten!), wurden einige Genossinnen sogar von Typen gewaltsam gepackt und rausgeschmissen. Sie veranstalteten am nächsten Tag eine Protestdemonstration mit fast 5.000 Frauen; ansonsten aber beteiligten sich die Feministinnen nicht sichtbar am Geschehen des Kongresses.

Die Bewegung ist alles ...

Sämtliche Veranstaltungen waren spontan — mit einigen Ausnahmen — erst von den Teilnehmern des Kongresses angesetzt worden, nachdem dieser schon begonnen hatten. Besonders am ersten Tag herrschte eine große Verunsicherung unter den Genossen. Bis auf die Tatsache, daß man gekommen war, um die Bewegung zum Ausdruck zu bringen, seinen Protest gegen die PCI darzustellen und gegen die Repression zu kämpfen, wußte niemand so recht, was man erreichen wollte und konnte und welches Ziel man anstreben sollte. Es bestand überall der Wunsch, einen gemeinsamen Nenner zu finden zwischen den Problemen all der verschiedenen anwesenden Gruppen wie den Feministinnen, Homosexuellen, Stadtindianern, Jugendlichen, Anarchos, Autonomen, Arbeitslosen, Intellektuellen, denen vom Lande aus dem Süden und den Jugendlichen der Großstadtghettos, den Gewaltfreien und den Militanten, den Ökologen und den Antifaschisten. Diese Erwartungen lagen aber nicht klar deifiniert auf dem Tisch, da schon in der Vorbereitungsphase von den Hauptorganisatoren Lotta Continua und ‚Radio Alice' sowie der Bologneser Bewegung im wesentlichen nur auf eine quantitative Mobilisierung (also möglichst viele Gruppen und Genossen) Wert gelegt wurde, ohne irgendwelche inhaltlichen Schwerpunkte oder Festlegungen zu treffen. So war das Ziel von Lotta Continua, entsprechend dem Zitat des verantwortlichen Genossen für Bologna aus der „Republica.. vom 22.9.77: „*Das entscheidende des Kongresses ist es, daß die Bewegung ein neues Selbstverständnis findet. Es wird die Selbstbestimmung der Bewegung stärken*". Das „Wie" und „wodurch" wurde der Bewegung überlassen. Auch das Redaktionskollektiv der Zeitung „Lotta Continua" orientierte in erster Linie auf die Verbreiterung der Bewegung als Ziel der Mobilisierung durch die Einbeziehung a l l e r Jugendlichen, die sich an irgendwelchen Fronten der Jugendprobleme zusammentun. Eine Ausrichtung auf Schwerpunkte im Antirepressionskampf wurde abgelehnt, was auch in der inzwischen endgültig neu konzipierten Zeitung als Organ der Bewegung und damit als Sprachrohr für alle, die es nutzen wollen, zum Ausdruck kam.

Avanguardia Operaia war nach anfänglicher Ablehnung des Kongresses — mit der Begründung, man könne nicht einen so entscheidenden Schwerpunkt auf den Kampf gegen die Unterdrückung der Studentenbewegung legen — dann doch noch auf den fahrenden Zug aufgesprungen. Dies allerdings mehr mit dem Schwerpunkt, selber zunächst einmal stärker mit der Bewegung Fuß zu fassen und die Arbeit der eigenen Genossen, die bisher häufig neben der Bewegung herlief, neu auszurichten.

Als einziger relativ organisierter Teil der Bewegung traten die verschiedenen Gruppen der „Autonomia Operaia" (Arbeiterautonomie) auf; sie forderten, den Kongreß nicht als Bauchnabelschau der Bewegung zu vertun, sondern ihn zu nutzen, um über Schwerpunkte und konkrete Aufgaben im Antirepressionskampf zu diskutieren. Zwischen den Autonomen und dem Rest der Bewegung kam es auf einer Veranstaltung im Sportpalast mit 12.000 Teilnehmern zu harten Differenzen, die am Schluß sogar handgreiflich ausgetragen wurden.

... das Ziel ist nichts?

... das Ziel ist nichts?

In seinem Referat forderte der leitende Genosse der Autonomen, Orest Scalzone: „*Bei dieser Gelegenheit der Begegnung und Auseinandersetzung der Bewegung in diesen Tagen in Bologna muß die Frage nach der autonomen Klassenorganisation und der revolutionären Organisation ins Zentrum der Debatte gerückt werden. Es muß, Genossen, eine proletarische Konferenz über die Situation der Kämpfe werden!*" Er betonte, daß man mit dem Aufbau einer Antirepressionsfront nicht warten könne, bis irgendeine der linken Organisationen dazu bereit sei, sondern daß die Aktionen der Autonomen und der Bewegung zusammengefaßt werden müßten und auch einen neuen organisatorischen Ausdruck finden müßten. Er grenzte sich dabei scharf gegen Lotta Continua und Avanguardia Operaia ab, denen er vorwarf, sich zum einen den Gewerkschaften an den Hals zu schmeißen bzw. auf die parlamentarische Auseinandersetzung zu schielen, zum anderen durch veraltete Strukturen unfähig zum Reagieren zu sein oder sich mit dem jetzigen Zustand der Bewegung zufrieden zu geben. Dieser Beitrag sowie einige Ausführungen über die Anwendung der „proletarischen Gewalt" in Klassenauseinandersetzungen löste starken Protest bei den Nicht-Autonomen aus. Einige LC-Genossen warfen Scalzone vor, der Bewegung Strukturen aufstülpen zu wollen, die sie ablehne. Diese Kritik geht am deutlichsten aus folgendem Zitat aus „Lotta Continua" vom 25./26.9. hervor: „*Hinter der Auseinandersetzung zwischen der Bewegung von Autonomen und den Gruppen der Autonomen über die Strukturierung der Aufgaben des Kongresses kommt folgender Widerspruch zum Ausdruck: Zwischen denen, die sich bemühen, dem Kongreß den Charakter der größtmöglichen Öffnung gegenüber dem Wunsch und der Fähigkeit der Genossen, sich selbst auszudrücken, zu geben, und zwar durch eine breite Artikulierungsmöglichkeit bei all den Themen und überall dort, wo es eine Debatte gibt, wobei jeder Anspruch anzuschaffen ist, der diese Begegnungen in eine Richtung zwingt, zu einem Ergebnis einer politischen Linie oder noch besser einer Organisation, und demgegenüber zwischen verschiedenen Gruppen der Autonomen, die ein politisches und organisatorisches Patentrezept in der Tasche haben. Es handelt sich dann nur noch um eine Parodie auf eine politische Auseinandersetzung, um Slogans und allgemeine Zusammenfassung und um einen Organisationsschematismus, der nichts anderes ist als ein Sammelsurium der schlechtesten Erfahrungen, die die Gruppen in den letzten Jahren gemacht haben. Dies wird dann praktiziert mit einer totalen Verachtung der Intelligenz und des Urteilsvermögens der Genossen und ist das totale Gegenteil von dem, was die Parole 'Autonomie' bedeutet und was diese in den letzten Jahren bedeutet hat.*"

Es ist schon einigermaßen witzig, wenn sich jetzt das Redaktionskollektiv von „Lotta Continua" darüber beschwert, daß die Autonomen nicht mehr das sind, was sie mal waren, sondern jetzt die Forderung nach stärkerer Organisierung der Bewegung erheben. Der Ärger ist aber insofern verständlich, da sich Lotta Continua als Organisation gerade völlig in der Bewegung aufgelöst hat und als solche nicht mehr existiert, wobei ein nicht

Fortsetzung auf Seite 52



Fortsetzung von Seite 51

geringer Teil der Genossen sich den Autonomen angeschlossen hat. Insofern ist es auch verständlich, wenn sich ein ehemaliges Mitglied des Sekretariats von LC, Marco Boato, mit der Rechtfertigung der Auflösung der Organisation ausführlich in einem Interview mit der Sondernummer des „Quotidiano dei Lavoratori" (Zeitung von Avanguardia Operaia) zu Bologna beschäftigt. Er wird zu dem in Bologna auffälligen Verkaufserfolg der Zeitung „Lotta Continua" befragt, der in einem Mißverhältnis zum Zustand der Organisation steht und sich in dem weit verbreiteten Slogan ausdrückt: „Lotta Continua ist immer in meinem Herzen, aber meine wahre Liebe ist die Bewegung." Marco Boato nahm dazu wie folgt Stellung: „... *ohne jede Angst, eine endgültige Rechnung über das Gute und Schlechte in unserer Vergangenheit aufzumachen, glaube ich doch, daß Zehntausende von Genossen und Genossinnen — offenbar auch aus unseren Organisationen — die Erfahrung einer neuen, anderen Art zu diskutieren gemacht haben, und auch den Willen zum Ausdruck gebracht haben, ihre Ausdrucksweise, Gesprächspartner und Inhalte radikal zu erneuern. Keine Verweigerung der Politik — wie viele gesagt und geschrieben haben — aber eine Verweigerung der institutionalisierten Politik — auch die einer 'neuen Linken', die eher schon zu alt ist für die Wiedereinbeziehung der Massen und für eine revolutionäre Politik, die nicht entfremdet oder an den Himmel der Apparate gebunden ist, mit den schon codierten Interpretationsformeln*".

Lotta Continua hat den Anspruch, als Organisation zu arbeiten bzw. eine Reorganisierung mit neuen Kräften herbeizuführen, derzeit eingestellt. Die faktische Auflösung von Lotta Continua hat die revolutionäre Linke gegenüber ihrem Zustand noch vor zwei Jahren stark geschwächt. Dennoch ist Bologna auch außerhalb verschiedener autonomer Gruppen von Teilen der Arbeitergenossen von LC und anderen sowie der AO die Notwendigkeit der Überwindung der Zersplitterung der Bewegung betont worden; es wurde auch eine Kritik an der „Anbetung der Bewegung" geführt, wenn auch noch relativ unkoordiniert und teilweise untereinander zerstritten.

Reaktion der bürgerlichen Presse und Parteien

Die bürgerliche Presse, die vor Bologna die wildeste Hetzkampagne entfacht hatte und die Artikel über „bewaffnete" Auseinandersetzungen schon in der Schublade hatte, mußte nach Bologna ihre Taktik ändern. Man kam zwar nicht umhin, im Nachhinein zuzugeben, daß Bologna wenig mit einem „Terroristentreff" zu tun hatte. Dafür wurde jedoch jetzt die PCI hochgejubelt, die als regierende Partei Bolognas für einen „friedlichen" Verlauf des Kongresses gesorgt habe. „Sieg der Vernunft" schrieb „Il Resto del Carolino", die regionale Zeitung, am 25.9.77; fast alle anderen Zeitungen stimmten sich auf diese Version ein. Der PCI-nahe „Paese Sera" vom 27.9. schreibt: „Aber wo war denn die Repression?", und die „Unita" (PCI-Organ) vom 27.9. hängte sich sogar selbst für „ihre Stadt" Bologna den Titel um: „Bologna — Stadt des Dissens". Der „Messagero" sprach von einem „Sieg der streitbaren Demokratie" (27.9.). Bürgermeister Zangheri selbst erklärt im „Espresso" vom 2.10., daß Bologna „mit Gelassenheit dieser Konfrontation ins Auge" gesehen habe — wohlweislich aber mit 8.000 Bullen und Soldaten im Hintergrund. „Bologna — die freieste Stadt der Welt!" — das war schon immer der Slogan der PCI und diesen Spruch sah auch diesmal wieder die PCI-Zentrale in Rom realisiert, die das ruhige Ende des Kongresses geradezu mit euphorischer Stimmung aufnahm. Der Krisenstab der Regierung, der „3 Tage und Nächte bereit war" (so „Panorama" vom 27.9.), bedankt sich bei Zangheri und dem Kommandanten der Bullen für die „Vernunft und Umsichtigkeit" ihres Verhaltens.

Dennoch kam auch die PCI nicht umhin, sich nach diesen ersten Reaktionen mit dem Problem der „Bewegung" auseinanderzusetzen. So schreibt der Paese Sera vom 28.9.: Die Bewegung „*ist herausgekommen oder besser: hat ihre Existenz als einen sozialen Faktor bestätigt*" ... „*Wahrscheinlich war es ein Fehler in den vergangenen Tagen, den Kongreß nur als ein Problem der öffentlichen Ordnung zu sehen*". Der „Messagero" vom 27.9. schreibt: „*Es ist unmöglich, diesen 40.000, die am Sonntag demonstrierten, nicht Rechnung zu tragen, und intern in den Parteien ist bereits die Debatte eröffnet worden.*"

Sehr breit in mehreren Nummern befaßten sich auch die Wochenzeitschriften „Espresso" und „Panorama" mit den Veranstaltungen und Auseinandersetzungen auf dem Kongreß. Die PCI rief 10 Tage nach Bologna sogar zu einem internen Kongreß auf, auf dem die Frage der Jugendpolitik „auch selbstkritisch" — so Berlinguer — diskutiert werden sollte. Dies war aber wohl eher ein taktisches Manöver, denn mehr als die altgewohnte Abgrenzung von den „gewalttätigen Studenten" ist dabei bisher nicht herausgekommen.

Die Reaktion der DC und der Faschisten auf den Kongreß von Bologna war direkt und unzweideutig: zwei Tage nach Bologna eröffneten die Faschisten in Rom und Mailand, gedeckt und abgesichert durch die Bullen, ihren Rachefeldzug gegen die „Rote Brut". Zahlreiche Mordanschläge und Verfolgung von Genossen sowie die Zerstörung von linken Büros und Treffpunkten machten das Ziel der Faschisten deutlich.

Angesichts dieser Antwort des Staates und der Faschisten auf Bologna genügt es nicht, dabei stehen zu bleiben, den Kongreß im Nachherein als „wichtige Etappe im Diskussionsprozeß der Bewegung" zu sehen. Die Zeit drängt auch in Italien, um die Frage des organisierten Widerstandes und des Aufbaus einer einheitlichen Antirepressionsfront ernsthaft in Angriff zu nehmen.

Italien-Kommission

Meldungen vom antifaschistischen Kampf

Nach der Ermordung des Lotta-Continua-Genossen Walter Rossi am 30. September durch eine Bande MSI-Faschisten in Rom und nach weiteren faschistischen Anschlägen in den letzten Wochen — u.a. wurde am 3. Oktober in Rom eine PCI-Genossin bei einem Überfall von Faschisten verletzt — kam es in ganz Italien immer wieder zu antifaschistischen Demonstrationen und Kämpfen. Am Wochenende nach dem 30.9. demonstrierten in mehreren italienischen Städten insgesamt 70.000 Menschen gegen den faschistischen Terror. An der Beerdigung des Genossen Walter nahmen über 100.000 Menschen teil; damit erreichte die antifaschistische Bewegung ihre breiteste Mobilisierung seit langem. Es kam auch in der folgenden Woche immer wieder zu Protesten, Schulstreiks und Vollversammlungen in den Universitäten. Ziel antifaschistischer Aktionen waren vor allem die MSI-Büros in den Städten.

Die Spur der Mörder führt zur MSI

führt zur MSI

Die Polizei verhaftete am Wochenende 15 jugendliche Neofaschisten, die z.T. schon früher durch faschistische Aktivitäten aufgefallen und bei Überfällen auf Büros der PCI oder der Linken kurze Zeit festgenommen waren („Lotta Continua", „LC", 4.10.77). Drei der 15 Festgenommenen waren Teilnehmer an einem Jugendkongreß der MSI in Sperlongo am Wochenende vor dem Mord („Espresso", 9.10.77).

Am 5. Oktober wurde der vermutliche Mörder von Walter Rossi verhaftet: der im Stadtteil Monteverde, wo der Mord geschah, bekannte Faschist Enrico Lenaz. Lenaz ist in den vergangenen Jahren immer wieder an faschistischen Anschlägen gegen Linke beteiligt gewesen, beispielsweise vor einem Jahr bei einem Überfall, bei dem der Lotta-Continua-Genosse Roberto Della Valle schwer verletzt wurde. Lenaz wird auch verdächtigt, an einem Mordversuch an Jugendlichen in Ostia während eines örtlichen MSI-Kongresses beteiligt gewesen zu sein („LC", 5.10.). Trotz dieser Liste von Verbrechen konnte Lenaz bisher immer noch frei herumlaufen. Jetzt identifizierten ihn zwei Zeugen, die den Mord vom Fenster aus beobachteten, als vermutlichen Täter. Inzwischen ist Lenaz jedoch wieder freigelassen worden mit dem „Alibi", er sei nicht in Rom gewesen.

Die Bullen: Nur aktiv für die Faschisten

Die Polizei begünstigte die Faschisten, wo sie nur konnte. Gleich nach dem Mord an Walter Rossi konnten sich die Faschisten seelenruhig in ein nahegelegenes MSI-Büro zurückziehen. Es dauerte über 20 Minuten, bis die ersten dort verhaftet wurden.

hen. Es dauerte über 20 Minuten, bis die ersten dort verhaftet wurden.

Überall wurden bei Protesten die MSI-Büros von der Polizei geschützt, wenn die Demonstrationen nicht gleich von vornherein verboten wurden, wie z.B. in Turin. Bei Auseinandersetzungen mit den Faschisten wurden bisher nur Linke verhaftet. Immer wieder wurde jetzt auch die Forderung nach Absetzung derjenigen Teile der Polizei-Führung laut, unter deren Augen die Faschisten seit Wochen ihr Unwesen treiben und ihren Mord verüben konnten.

Am 11.Oktober leistete sich die Polizei dann eine weitere Provokation: Sie verhaftete acht Genossen vom „Piazza Igea", der inzwischen von der Bewegung zum „Piazza Walter Rossi" umbenannt wurde. Diese Genossen waren alle unmittelbar während des Mordes an Walter Rossi dabei und sind daher wichtige Tatzeugen. Ihnen wird jetzt vorgeworfen, einige Behälter mit Benzin und einige Beutel mit Chemikalien bei sich gehabt zu haben; auch in ihren Autos hätten sich „Behälter mit Bezin" befunden (!). Für die Bullen ist das Besitz von Brandwaffen.

Am gleichen Tag wurden zwei römische MSI-Büros — bekannte Höhlen der Faschisten — von den Behörden wieder eröffnet, die nach antifaschistischen Aktionen geschlossen werden mußten; davon eines, das sich in unmittelbarer Nähe des Tatortes befindet und den Faschisten nach dem Mord als Unterschlupf diente.

Nationale Mobilisierung gegen den Faschismus

Am 14. Oktober fanden in Rom zwei große Demonstrationen gegen den Neofaschismus statt. Die eine wurde getragen von der PCI und der römischen Kommunalregierung, die wohl etwas aufgeschreckt wurden durch die breite antifaschistische Mobilisierung anläßlich der Beerdigung des Genossen Walter. An dieser Demo nahmen etwa 100.000 Menschen teil. Die DC, PSdI (Sozialdemokraten) und PRI (Republikaner) sowie Gewerkschaftsverbände und Betriebskomitees schickten Delegationen zu dieser Demonstration.

An der Demonstration der „Neuen Linken" beteiligten sich Lotta Continua, Avanguardia Operaia, PdUP-manifesto (die allerdings nach Zwischenfällen mit der Polizei die Demonstration vorzeitig wieder verließ), Autonomisten, Frauengruppen u.a. Insgesamt waren es 30.000 Menschen, die für das Verbot der MSI demonstrierten. Im Vordergrund stand außerdem die Forderung nach Freilassung der inhaftierten acht Genossen.

Italien-Kommission



Der Genosse Walter Rossi, der am 30.9. in Rom von Faschisten ermordet wurde

den Neofaschismus statt. Die eine Italien-Kommission det wurde



100.000 demonstrierten auf der Beerdigung des Genossen Walter Rossi gegen den neofaschistischen Terror

Österreich

Komplott gegen slowenischen Widerstand gescheitert!

Der Versuch, den Zentralsekretär des Rates der Kärtner Slowenen, Filip Warasch, als „Bombenterroristen" hinter Gitter zu bringen, ist gescheitert. Der Prozeß gegen ihn vor dem Landesgericht Salzburg endete mit einem Freispruch. Wegen „unerlaubten Waffenbesitzes" wurde er allerdings zu einer Geldstrafe verurteilt.

Damit mußte das Gericht anerkennen, daß die Anklagepunkte gegen Warasch trotz aller Bemühungen der Kärtner Polizei und Staatsanwaltschaft nicht so recht glaubwürdig gemacht werden konnten.

Die Anklage stützte sich auf einen Kronzeugen, Gottfried Güttler, einem Mann mit bewegter Vergangenheit u.a. als Spitzel für den britischen Geheimdienst. Dieser Güttler war Mitte Januar bei der Polizei erschienen und hatte erklärt, Filip Warasch habe ihm eine „Höllenmaschine" in die Hand gedrückt mit dem Auftrag, die zentrale Transformatorenanlage Klagenfurts in die Luft zu sprengen. Das sollte bereits am 12. November 1976 gewesen sein, zwei Tage vor der Minderheitenfeststellung in Kärnten. Warasch habe ihm angeblich bei der Übergabe gesagt, „Klagenfurt muß völlig finster sein" und die gesamte Gendarmerie und Polizei müsse auf der Straße sein. „Es seien Vorkehrungen getroffen, daß diese Zustände fotografiert würden. Die Bilder würden zur Illustration der Behauptung verwendet werden, daß die (slowenische) Volksgruppe verfolgt würde" („Salzburger Nachrichten", 19.10.).

Soweit der „angebliche Tatbestand". Was folgte, war eine Reihe von außerordentlichen Merkwürdigkeiten, die auch vor Gericht nicht weniger merkwürdig wurden.

Die erste und größte war, daß Güttler bei der Anzeigeerstattung die „Höllenmaschine" als Beweisstück gar nicht mitgebracht hatte. Er behauptete, sie sei im Wald vergraben. Die deutschnationale Polizei Klagenfurts freute sich offenbar so sehr darüber, einen Slowenenführer kriminalisieren zu können, daß sie ohne weiteres den Aussagen Güttlers glaubte. Als erstes verhaftete sie Warasch in einer großen Polizeiaktion. Erst etliche Tage später ging die Polizei mit Güttler auf die Suche nach dem Bombenversteck in den Wald (nachdem alle Spuren von Schnee überdeckt waren) und holte sich die Bombe ab.

Umwerfende Begründung des verantwortlichen Polizeichefs vor Gericht: „Ich hielt das (sofortige Überprüfung Güttlers Behauptungen) nicht für notwendig, Güttler war glaubwürdig genug" („profil", 43).

Zweite Merkwürdigkeit: Güttler hatte auf Befragen keine Ahnung, wo das „Sprengobjekt", die Trafo-Station, war. Warasch habe das in der Eile vergessen zu sagen. Dritte Merkwürdigkeit: Warasch hatte zur angeblichen Zeit der Bombenübergabe eine Pressekonferenz...

Das Zustandekommen der Anklage und des Prozesses sind nur ein schlecht verhülltes Beispiel für die deutschnationale und faschistoide Hetze gegen die slowenische Minderheit in Kärnten. Es liegt nahe, daß Güttler nicht auf eigene Faust handelte. Selbst der Richter des Prozesses sah sich genötigt, Güttler zu fragen, ob er Hintermänner gehabt habe („Salzburger Nachrichten", 20.10.77). Als eigentlicher Drahtzieher käme z.B. der mächtige „Kärtner Heimatdienst" in Frage. Daß trotzdem eines der Ziele, die Kriminalisierung der Slowenen, zumindest teilweise erreicht wurde, beweist ausgerechnet die manchmal linksliberale Zeitschrift „profil": Unter der Überschrift „Das Unbehagen bleibt..." versucht sie den Eindruck zu erwecken, Filip Warasch habe Glück gehabt, das Alibi von der Pressekonferenz während der Tatzeit sei mehr als zweifelhaft. Richtung: Man kann ihm zwar nichts nachweisen, aber er hat was zu verbergen („profil", 43).

Vor dem Prozeß demonstrierte das „Salzburger Solidaritätskomitee für die Rechte der Minderheiten" gegen die Kriminalisierung der Slowenen und für volle Gleichberechtigung der Minderheiten.

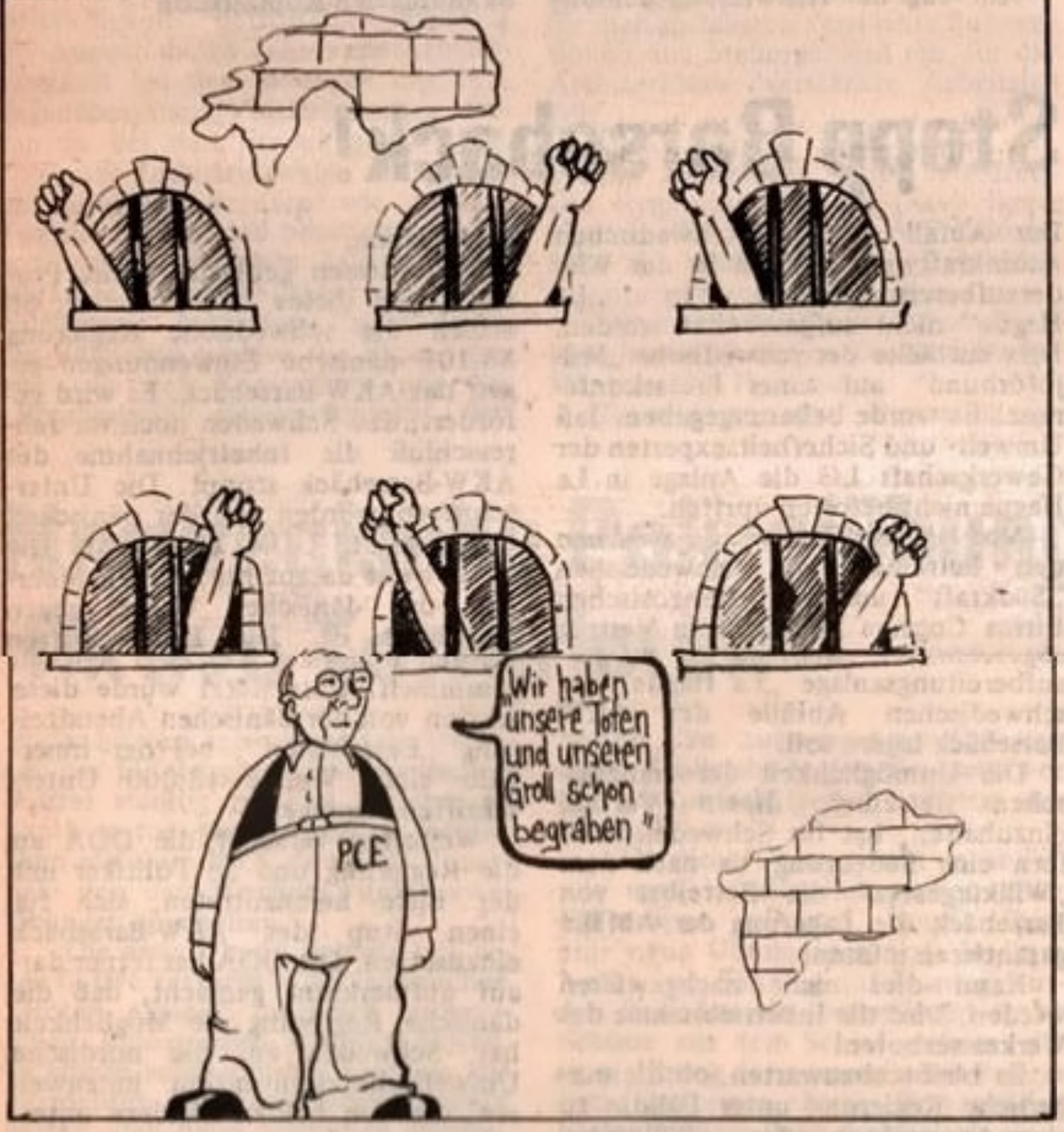
Österreich-Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen



Spanien

Amnestie-Gesetz: Kein Schlußstrich unter Vergangenheit

Am 14. Oktober verabschiedete das spanische Parlament ein Amnestie-Gesetz, das den demokratischen Charakter des heutigen Spaniens bekunden und einen Schlußstrich unter die Franco-Vergangenheit ziehen soll. Die Völker Spaniens haben damit einen gewissen Erfolg errungen in ihren Kämpfen für demokratische Freiheiten. Die Forderung nach Amnestie für alle – vor allem für die politischen Gefangenen – stand seit Jahren im Mittelpunkt der Kämpfe der Völker Spaniens, vor allem des baskischen Volkes. Millionen haben für die Freilassung der unter dem Faschismus verurteilten Demokraten und Kommunisten demonstriert und Generalstreiks durchgeführt.
Dennoch ist das Gesetz weit davon entfernt, den Forderungen der Massen vollständig Rechnung zu tragen. Daß es trotzdem als endgültige Regelung der Amnestiefrage nahezu einstimmig vom Parlament verabschiedet worden ist, zeigt, welche staatstragende Rolle die darin vertretenen Parteien bereits angenommen haben. Da bisher eine demokratische Verfassung nicht existiert und noch die meisten Strafgesetze aus Francos Zeiten in Kraft sind, kann von einer wirklichen Amnestie im Sinne der gleichzeitigen Abschaffung bestimmter „Straftatbestände" kaum die Rede sein. Dazu kommt, daß entscheidende Sektoren von Gefangenen von der Amnestie vollständig ausgeklammert wurden (Frauen, soziale Gefangene...).



1. Bei der Amnestierung politischer »Delikte« wurde eine diskriminierende Dreiteilung vorgenommen.

Generell straffrei werden »Taten«, die bis zum 15. Dezember 1976 begangen worden sind. Liegen sie zwischen diesem Datum und dem 15. Juni 77 (Datum der offiziellen Einführung der Demokratie durch undemokratische Wahlen), so werden sie nur dann für straffrei erklärt, wenn sie mit dem Kampf um Freiheit oder Autonomie motiviert sind. Für Vergehen zwischen dem 15. Juni 77 und dem letzten Stichtag (6.10.) gilt eine weitere Einschränkung: Es darf keine Gewalt gegen Personen (Verletzung oder Tod) vorliegen. Die Entlassung der restlichen 22 baskischen politischen Häftlinge gilt als sicher (im Baskenland hat es die am weitesten entwickelte Bewegung für Amnestie gegeben), aber die Gefangenen der GRAPO, die durch Bombenanschläge, Entführungen (z.B. Oriol und Villaescusa) sowie die Erschießung von Polizisten von sich reden gemacht haben, werden weiterhin im Knast bleiben bzw. noch verurteilt werden. Da die GRAPO in der spanischen Linken fast vollständig isoliert ist (sie werden überwiegend als Agenten der Faschisten betrachtet), glauben sich die etablierten Parteien eine solche Sonderbehandlung leisten zu können. Die Faschisten, die 5 linke Anwälte in der Calle de Atocha (Madrid) ermordet hatten, werden in Haft bleiben - eine Maßnahme, die zu recht von allen Demokraten und Antifaschisten begrüßt wird.

Da über die konkrete Anwendung der Amnestie von Richtern in Prüfung der Einzelfälle entschieden wird, sind für die politischen Gefangenen erhebliche Unsicherheitsfaktoren gegeben, sowie ein politischer Ermessensspielraum für die staatlichen Autoritäten (von einer unabhängigen Justiz kann in Spanien absolut keine Rede sein, hat sich doch am 40 Jahre alten frankistischen Justizapparat rein gar nichts geändert).

2. Unter die Amnestie fallen neben den Kriegsdienstverweigerern aus ethischen, religiösen Gründen auch Angehörige der Streitkräfte, die aus politischen Motiven verurteilt und aus dem Dienst entfernt worden sind. Die letzte Regelung hat öffentlichen Protest hervorgerufen, da eine Wiedereingliederung der demokratischen Soldaten in die Armee vom Amnestiegesetz nicht vorgesehen ist. (siehe »El Pais«, 15.10.77).

3. Es werden alle Verbrechen, die von den faschistischen Staatsorganen verübt wurden (also Folter, Ermordung von Gefangenen usw.), amnestiert. Ein Generalpardon für 40 Jahre blutigste Diktatur !!! In der neuen »Demokratie« wird an eine Säuberung des Staatsapparates von faschistischen Elementen nicht gedacht.

Lediglich Teile der revolutionären Linken erheben heute noch die Forderung nach Auflösung der Repressionsorgane und Bestrafung der Verantwortlichen für Folter und Mord. PSOE und PCE sind fürs Generalpardon. Ausgeschlossen von der Amnestie sind u.a. zwei Gruppen von Gefangenen, die ebenso wie die politischen Häftlinge unter den unmenschlichen Gesetzen und Haftbedingungen der Franco-Diktatur gelitten haben und noch immer leiden müssen:

1. tausende von sog. »presos sociales«, d.h. die »normalen« Strafgefangenen. Auch sie hatten sich eine Amnestie erhofft; mit ihren spektakulären Kämpfen in fast allen Gefängnissen des Landes seit gut einem Jahr haben sie die Öffentlichkeit unablässig auf ihre unhaltbare Lage hingewiesen. Nach ihrem Ausschluß aus der jetzigen (letzten!) Amnestie befürchten die Behörden - zu recht - weitere massive Proteste. Kleinere Protestaktionen finden ohnehin unablässig statt.

2. Die zweite Gruppe sind Frauen, die aufgrund sog. »Frauendelikte« im Knast sitzen. Ihr »Verbrechen« bestand darin, z.B. abgetrieben zu haben oder »Ehebruch« begangen zu haben. Ihre Verurteilung erfolgte nach den extrem frauenfeindlichen faschistischen Gesetzen, die Empfängnisverhütungsmittel verbieten oder den Ehebruch zwar dem Mann gestatten, der Frau aber dafür harte Strafen androhen.

Insgesamt sollen 89 politische Gefangene nach Aussagen des Justizministeriums von der Amnestie betroffen sein (»El Pais«, 15.10.77). Für ihre Freilassung haben sich in der Vergangenheit hunderttausende von Menschen unter größten Opfern (es gab Dutzende von Toten auf seiten der Demonstranten bei den Amnestiekämpfen) eingesetzt. Diese massiven Kämpfe hatten sich vor allem im Baskenland zu einer ernsthaften Gefahr für das Regime ausgeweitet - trotz schärfster Repressionsmaßnahmen. Die Verabschiedung des Amnestiegesetzes wird von allen »großen Parteien« (UCD,PSOE,PCE) zum Anlaß genommen, jedweden künftigen militanten Protest oder die Anwendung von Gewalt in der politischen Auseinandersetzung als ungerechtfertigt hinzustellen: Mit der Freilassung der letzten politischen Gefangenen sei angeblich die letzte Spur des Faschismus beseitigt, und mit der Proklamierung der Demokratie sollen jetzt auch die »demokratischen Spielregeln« gelten, d.h. sich an das halten, was die rechtskonservative Regierungspartei UCD für solche Spielregeln hält.

Ein baskischer PSOE-Abgeordneter sagte das so: *»Ich möchte von hier zur Befriedung Euskadis aufrufen, zur Aufgabe der Gewalt, und diejenigen, die sagen, sie kämpfen für einen sozialistischen baskischen Staat, auffordern, die Gewalt und den bewaffneten Kampf aufzugeben«* („DEIA", 15.10.77).

Als »endgültig« betrachtet ebenfalls die revisionistische PCE die Amnestie und als den entscheidenden Schritt zur »nationalen Wiederversöhnung«. Marcelino Camacho im Parlament: »Wir haben unsere Toten und unseren Groll schon begraben« («DEIA«, 15.10.77). Dieses Bestreben, die faschistische Vergangenheit vergessen zu machen und die Folterer und Mörder ungestraft laufen zu lassen, zeichnet a l l e bürgerlichen und reformistischen Parteien Spaniens aus. Auch aus diesem Grunde gab es eine fast alle Parlamentsgruppen übergreifende Einmütigkeit bei der Abstimmung.

Zur Haltung der baskischen Linken

Francisco Letamendia, Mitglied von EIA und einer der beiden Parlamentarier für das Wahlbündnis »Baskische Linke« (dem u.a. EIA und MC angehören), enthielt sich bei der Abstimmung im Parlament, während Juan Maria Bandres (MC-nahestehend) mit Ja stimmte, (die Amnestie sei Teil der Forderungen des baskischen Volkes und dem könne er sich nicht entgegenstellen; nach »DEIA«, 15.10.77), erklärte Letamendia (EIA) vor den Parlamentariern:

»Ich bin mir bewußt, daß ich ein Rufer in der Wüste bin und vor Ihnen und der öffentlichen Meinung kein gerade genehmes Bild abgebe, aber ich bin die Stimme eines Teils meines baskischen Volkes, das eine andere Vorstellung von Amnestie hat, die sich von dem Projekt unterscheidet, das wir heute debattieren«. (»DEIA«, 15.10.77). Er grenzte sich von der herrschenden Vorstellung ab, die Amnestie lediglich als ein Pardon für Leute zu sehen, die man weiterhin als Verbrecher betrachtet, während man mit der Amnestie diese Leute anerkennen müsse als Menschen, die alles für den Kampf gegen die Diktatur gegeben haben. Er sagte weiterhin, *»daß für das baskische Volk das Datum des 15. Juni rein formal ist und gar nichts bedeutet und demzufolge die Amnestie aller politischen Delikte erreichen müsse, die bis zur Verkündung des Gesetzes begangen worden sind«.* (»DEIA«, 15.10.77). Die Amnestie könne man keinesfalls als totale Amnestie bezeichnen. Er forderte die Einbeziehung der Frauendelikte sowie die Legalisierung a l l e r politischen Kräfte. (EIA wurde die Legalisierung versagt, Letamendia ist somit Abgeordneter einer illegalen Partei!). Da die beschlossene Amnestie ein Erfolg aller sei, stimme er nicht dagegen, sondern enthalte sich der Stimme. Letamendia fügte noch hinzu, daß das baskische Volk zwar klein sei, aber ein großes Herz habe und nicht nur die Amnestie der baskischen politischen Gefangenen will, sondern aller in ganz Spanien.

Ähnlich äußerten sich in einem gemeinsamen Kommunique 12 Organisationen der revolutionären Linken des Baskenlandes: EIA, HASI, ESB, LC, LAIA, OICE, LKI, PCT, EKA, OCE (BR), CNT und die »Versammlung der Frauen von Vizcaya«. Die baskische Organisation von MC (EMK) hatte an den Gesprächen teilgenommen, jedoch das Kommunique nicht unterzeichnet, da ihre Vorbedingung abgelehnt wurde, nämlich die letzten Aktionen von ETA (militärischer Flügel - siehe Artikel in diesem AK) zu verurteilen. Die Ablehnung der übrigen Organisationen erfolgte auf der Grundlage, daß in dem Kommunique gerade die Amnestie auch gefordert wird für *»die Taten all jener, die für die demokratischen Freiheiten gekämpft haben, ohne ihre Methoden vorschnell zu beurteilen«* (Zitat aus »DEIA«, 15.10.77). Die 12 Organisationen verlangen Amnestie *»nicht nur für die baskischen Gefangenen, sondern auch für eine Reihe von Kämpfern anderer Organisationen wie GRAPO, FRAP und CNT, die sich noch in den Gefängnissen des spanischen Staates befinden«* (»El Pais«, 15.10.77) die Freiheit.

Gerade die Einbeziehung der GRAPO, die von beinahe der gesamten spanischen Linken als Agentur der Ultrarechten oder gar des CIA tituliert und aus der Solidarität ausgeschlossen wird, verdient Beachtung. Warum unserer Meinung nach die Einschätzung der GRAPO als Faschisten unsinnig ist und einer opportunistischen Haltung zur Frage der Gewalt entspringt, haben wir bereits im ARBEITERKAMPF Nr. 99, S. 30, dargelegt.

Die Differenzen im Wahlbündnis »Baskische Linke« zwischen MC auf der einen und EIA auf der anderen Seite nehmen zu.

Neben die Differenzen zur Nationalitätenfrage (s. AK 113, S.43) und zur Frage der Beteiligung an einer baskischen Verhandlungsdelegation über die Autonomie (s. AK 114, S. 39) sind nun auch gegensätzliche Positionen zur Amnestiefrage getreten.

Abschließend möchten wir unserer Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß es nach den vorliegenden Informationen keine Gruppe der revolutionären oder sozialistischen Linken gab, die nachdrücklich auch für eine Amnestie der sozialen Gefangenen eingetreten ist.

Spanien-Kommission

Apala im Untergrund

Der ETA-Genosse „Apala" wurde — wie wir berichteten — nach Demonstrationen hunderttausender Menschen im spanischen Teil des Baskenlandes und nach einem von ihm selbst über einen Monat durchgehaltenen Hungerstreik am 6.9. von den französischen Behörden vorläufig freigelassen. Man stellte ihm die Gewährung von politischem Asyl in Aussicht. Die zuständige französische Behörde (OFPRA) hat „Apala" jedoch entgegen den Versprechungen kein Asyl gewährt. „Apala" mußte wieder mit seiner Auslieferung an Spanien rechnen, insbesondere nachdem das Amnestie-Projekt des spanischen Parlaments seinen Fall nicht miteinschloß. Zudem hat „Apala" zigfache Todesdrohungen von faschistischen Kommandos erhalten, nachdem er sich „legal" in Marseille bewegte.

„Apala" hat es daher vorgezogen, zu dem Prozeß, auf dem über seine Auslieferung entschieden werden sollte, nicht zu erscheinen und ist stattdessen in den „Untergrund" gegangen. Er befindet sich, wie es heißt, *»an einem sicheren Ort«*. Die französische Polizei fahndet nach ihm (nach „DEIA", 15.10.77).

Spanien-Kommission

Zu den jüngsten ETA-Aktionen

In den letzten Wochen hat der 1974 abgespaltene militärische Flügel von ETA — ETA/m — im Baskenland eine ganze Reihe von Bombenanschlägen auf Einrichtungen der Guardia Civil sowie u.a. auf eine Fabrik durchgeführt, in der Anti-Demonstrationswaffen hergestellt wurden (Spezialgewehre für Gasgranaten usw.). Zum Teil entstand erheblicher Sachschaden. Die aufsehenerregendste in dieser jüngsten Kette bewaffneter Aktionen war die Erschießung eines hohen faschistischen Lokalpolitikers (Unceta) sowie zwei seiner Begleiter Anfang Oktober. Wegen dieser Aktionen kam es wieder einmal zu öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen ETA/m und der politisch-militärischen Organisation von ETA (ETA/pm), welche schon seit geraumer Zeit auf eine Reduzierung des bewaffneten Kampfes zugunsten des revolutionären Massenkampfes orientiert. Um im Rahmen gewisser reduzierter demokratischer Veränderungen im Baskenland (wie im ganzen spanischen Staat) eine revolutionäre Anleitung der Volkskämpfe zu entwickeln, gründete die politisch-militärische Organisation von ETA Anfang 77 eine marxistische Kaderpartei (EIA, s. AK 111). ETA/pm möchte bewaffnete Aktionen nur in allerengstem Zusammenhang mit stattfindenden Kämpfen des baskischen Volkes durchführen und zwar immer dann, wenn diese an die Grenze der vom Staatsapparat ausgehenden Gewalt geraten und militärisch unterdrückt werden.

Der militärische Flügel von ETA hingegen mißt bewaffneten Aktionen nach wie vor die Hauptrolle im Befreiungskampf von Euzkadi zu und nicht wie ETA/pm den Massen selber.

Für die rein militärische ETA hat sich nach dem Tode Francos oder den Wahlen vom 15. Juni und den eingeleiteten „Reformen" nichts an der alten Militärdiktatur verändert, weshalb sie wie früher den bewaffneten Kampf gegen alle Personen und Einrichtungen des Regimes führt.

Die politisch-militärische ETA hat die Tötung des faschistischen Lokalpolitikers Unceta öffentlich kritisiert (in einer Erklärung an die Ende September erstmalig erschienene linke baskische Tageszeitung „Egin"). Sie stellte darin die faschistische Vergangenheit des Herrn Unceta heraus, meinte aber, daß solche Leute durch die Kraft des baskischen Volkes heute zu traurigen Randfiguren werden. ETA/pm warf den „milis" vor, daß diese sich mit solchen Aktionen nur in den Vordergrund spielen wollten, was ein Ausdruck ihres mangelnden Vertrauens in das baskische Volk sowie in ihre eigene Rolle als Verteidiger der Errungenschaften ihres Volkes sei. ETA/pm sprach von einem *»eingebildeten Heiligenschein«* aus frankistischen Zeiten, mit dem sich die „milis" umgeben, ohne zu merken, daß sich die Situaion verändert habe, und vor allem auch in den Köpfen vieler Menschen in Euzkadi.

Die Verantwortung für das Weiterbestehen erstlinig bewaffneter kämpfender Strömungen innerhalb der baskischen Linken gab die politisch-militärische ETA der spanischen Regierung, die dem baskischen Volk nach wie vor echte Freiheiten und eine vollständige Amnestie verweigert (nach „DEIA", 14.10.77).

Spanien-Kommission

Skandinavien

Schweden weist politischen Flüchtling aus Chile ab!



Am 1. Oktober wurde der Chilene Hector Jeldres, politischer Flüchtling aus Chile, von der schwedischen Paßpolizei nach Peru abgeschoben. Hector war Mitglied der Sozialistischen Partei und wird aufgrund politischer Aktivitäten von der chilenischen Polizei gesucht. Er flüchtete über Argentinien nach Peru und ging von dort aus nach Schweden, wo er um politisches Asyl bat. Sein Bruder, der seit 1976 als politischer Flüchtling in Schweden lebt, versuchte Hector nach seiner Einreise zu sprechen, was ihm jedoch von der schwedischen Polizei verwehrt wurde. Seit seiner Einreise war Hector in Haft. Erst durch Hinzuziehung einer Anwältin kam es zu einem 10-minütigen Gespräch zwischen den Brüdern. Hector betonte, daß er während des Polizeiverhörs um politisches Asyl gebeten hatte. Stattdessen behaupteten die schwedischen Polizisten, daß Hector „als Tourist Schweden besuchen würde"!

Als die schwedische Paßpolizei die Ausweisung beschloß, wandte sich die Rechtsanwältin an die schwedische Einwanderungsbehörde, die vorübergehend einen Aufschub der Ausweisung beschloß. Daraufhin wurde Hector in ein allgemeines Gefängnis überführt, wo er keinen Besuch empfangen durfte! Es wurde ihm nach eigenen Aussagen nicht einmal die Gelegenheit gegeben, sich zu waschen!

Am 29. September bestätigte die schwedische Einwanderungsbehörde die Entscheidung der Paßpolizei. Jose, der ein erneutes Gespräch mit seinem Bruder verlangte, um ihm Geld und Kleidung zu geben, wurde wiederum abgewiesen. Erst einen Tag vor der Ausweisung wurde ihm durch Eingreifen der Rechtsanwältin ein 6-Minuten-Gespräch (!) im Beisein von drei Bullen gewährt.

Am Tag der Ausweisung demonstrierten ca. 50 Menschen auf dem Stockholmer Flughafen gegen das Vorgehen der schwedischen Paßpolizei und der Einwanderungsbehörde, die zum ersten Mal einen chilenischen Flüchtling abwies. Eine kleine Kundgebung, die dabei stattfand, wurde von der Polizei gewaltsam auseinandergetrieben.

Demonstranten wurden auf den Boden geschmissen und zum Teil geschlagen. Es gab insgesamt vier Verhaftungen. Unter diesen Verhafteten befanden sich zwei Lateinamerikaner, die jetzt ebenfalls mit einer Ausweisung zu rechnen haben! Nachdem Hector nach Peru ausgewiesen wurde, weigerten sich die peruanischen Behörden, ihn aufzunehmen. Daraufhin wurde er nach Schweden zurückgeflogen, wo jetzt sein Antrag auf politisches Asyl erneut geprüft wird.

Dieser Fall signalisiert, wie im „liberalen" Schweden mittlerweile das Asylrecht verschärft wurde. So wurden insbesondere der Paßpolizei größere Befugnisse an der Grenze eingeräumt. Weiterhin wurde beschlossen, daß chilenische Flüchtlinge gegenüber anderen politisch Verfolgten keine „Sonderbehandlung" mehr genießen. Diese Entscheidung geht auf einen Bericht des schwedischen Konsulats in Santiago zurück, der folgendes zum faschistischen Terror in Chile zu berichten weiß: *„Oppositionelle werden in Chile nicht mehr so breit verhaftet wie früher. Diejenigen, die inhaftiert werden, werden oftmals darauf wieder freigelassen."* Diese Verherrlichung des faschistischen Terrors und die Verschärfung des Asylrechts macht einmal mehr deutlich, wie die „fortschrittliche" Außenpolitik des schwedischen Kapitalismus zu bewerten ist.

(Nach „Internationalen" v. 7. Okt. und „Dagens Nyhetrer" v. 9.10.).

Skandinavien-Kommission

Entwicklungsminister kritisiert Chile und Argentinien

Während einer Sitzung des UN-Flüchtlingskommissariats in Genf kritisierte der Entwicklungsminister Schwedens, Ola Ullsten, die politischen Verhältnisse in Chile und Argentinien. Er sagte: *„Die Situation jedes einzelnen Flüchtlings ist in sich selbst tragisch, aber viel tragischer sind die sozialen und politischen Mißverhältnisse in den Gesellschaften, die Flüchtlinge schaffen."* („DN", 8.10). Zu Chile sagte er weiter, daß scheinbar eine ganze politische Gruppierung ermordet, eingesperrt oder zur Flucht gezwungen wurde. In Argentinien wäre die persönliche Sicherheit nicht gegeben, wenn die Bürger ihr Gehorsam den Militärbehörden bezeugen könnten.

Ullsten kritisierte auch die Staaten, die sich nur halbherzig für die Flüchtlinge einsetzen. Hier kann sich die schwedische Regierung an die eigene Nase fassen. Steht Schweden wirklich konsequent auf der Seite der politischen Flüchtlinge? Nein, die letzte Ausweisung eines chilenischen Flüchtlings beweist die halbherzige Herangehensweise Schwedens an dieses Problem (siehe nebenstehenden Artikel).

Skandinavien-Kommission

Förbundet Kommunist (Schweden) strebt Aktionseinheit der Linken an

„Förbundet Kommunist" (FK) stellte am 22.10. auf einer gutbesuchten Veranstaltung im Stockholmer Aasö-Gymnasium seine politische Antwort auf die wachsenden Angriffe der Kapitalisten und der bürgerlichen Regierung gegen die Arbeiterklasse vor. *„Einheit der Linken für eine Kampfbewegung gegen die bürgerliche Offensive"* nennt sich ein zwanzigseitiges Programmheft, in dem der FK die wirtschaftliche und politische Lage in Schweden nach einem Jahr bürgerlicher Regierung untersucht und seine Ansicht von den nächsten Aufgaben der Kommunisten und ihrer Bündnispartner darlegt. Reallohnsenkungen und schwere Beeinträchtigungen des Lebensstandards, drohende Zunahme der Arbeitslosen, Einschränkung der Mitsprachemöglichkeiten am Arbeitsplatz, Senkung der sozialen Leistungen und die bevorstehende weiter fortschreitende Abhängigkeit von der Atomenergie haben tiefe Spuren in der oberflächlich so harmonischen schwedischen Klassengesellschaft hinterlassen. Trotz des Drucks von Teilen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbasis (z.B. auf dem Metaller-Kongreß vor einigen Wochen) setzt die sozialdemokratische Parlamentsopposition unter Palme ihre sogenannte „konstruktiv–kritische" Politik fort. Gewachsen ist so auch der Wille zur Abwahl der bürgerlichprovinziellen Dreiparteienregierung 1979 – bzw. früher, falls der Zentrums-Ministerpräsident Fälldin wegen der Gegensätze in der Regierung über die Atomkraftpolitik Neuwahlen verordnen sollte. Für die Linke haben sich damit Handlungsspielräume erweitert, die es zu füllen gilt.

Der FK wendet sich daher in seiner neuen Programmschrift wie in den politischen Veranstaltungen, die in der zweiten Oktoberhälfte in etwa 20 Städten stattfanden, an d i e Teile der schwedischen Linken, die nach seiner Einschätzung für eine solche außerparlamentarische Handlungseinheit in verschiedenen Bereichen in Frage kommen. Das sind gegenwärtig drei unterschiedliche Gruppen: Einmal die sozialdemokratische Linke, die „richtigen" Reformisten, die, die den Sozialismus nach wie vor w o l l e n – und die in immer schärferen Gegensatz zur Gesamtpartei geraten, welche ihn n i c h t will. Zum anderen die im Parlament, neuerdings sogar wieder in dessen Ausschüssen vertretene eurokommunistische KP (VKP), die nach dem Aderlaß einer stärker an die KPdSU orientierten Gruppe eine Krise durchmacht und selbst sogar ein anspruchsvolles „Krisenprogramm" vorgelegt hat. Und schließlich die aus der SKP (Vaterlandsverteidiger) ausgetretenen Linken, die erfahrungsgemäß leicht in politischer Teilnahmslosigkeit landen können.

Breite Schichten der schwedischen Bevölkerung erleben zur Zeit das – verzögerte – Durchschlagen der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus auf ihr besonders anfälliges wirtschaftliches System am eigenen Leib. Durch drei Währungsabwertungen innerhalb der letzten 13 Monate ist vom bürgerlichen Staat der Versuch gemacht worden, Auslandsmärkte für die wichtige schwedische Exportindustrie zu bewahren oder neu zu erobern.

Bezahlt haben diese Stütze der weiteren Exportfähigkeit von Volvo, Saab, Asea, Atlas–Copco etc. die Lohnabhängigen mit einer durchschlagenden, erzwungenen Senkung ihres Lebensstandards. Daran waren die Gewerkschaften nicht unbeteiligt. Noch immer lastet z.B. auf der Führung der Transportarbeitergewerkschaft der unwiderlegte Vorwurf, bis Ende des Jahres 1978 einen Quasi-Lohnstopp mit den Kapitalisten in diesem Bereich vereinbart zu haben. Gleichzeitig tragen so außerordentlich meinungsbildende Zeitungen wie die angesehene Stockholmer Tageszeitung „Dagens Nyheter" mit ihren griffigen „Expertendarstellungen" dazu bei, daß die Bevölkerung bereitwilliger „den Gürtel enger schnallt" – bei den Lebensmitteln, den übrigen Verbrauchsgütern, den Mieten, ja sogar bei den sozialen Einrichtungen des einstigen Wohlfahrtslandes Nr. 1 in Europa.

Dieser miesen Gleichschaltung, die darauf abzielt, die volkswirtschaftlich verbrämten Sorgen des Kapitals um seine Profitrate zu denen des kleinen Mannes zu machen, der ganz andere Interessen hat, stellt das Handlungsprogramm von FK Information und Aktionsvorschläge gegenüber. Ob die vom FK vorgeschlagene Aktionseinheit zustande kommt, wird man erst noch abwarten müssen.

KB–Korrespondent Stockholm 25. 10. 1977

Stopp Barsebäck!

Der Abfall von den schwedischen Atomkraftwerken kann in der Wiederaufbereitungsanlage in „La Hague" nicht aufgearbeitet werden. Dies enthüllte der schwedische „Miljöförbund" auf einer Pressekonferenz. Es wurde bekanntgegeben, daß Umwelt- und Sicherheitsexperten der Gewerkschaft LO die Anlage in La Hague nicht betreten durften.

Vor längerer Zeit wurde zwischen den Betreibern der schwedischen „Südkraft" und der französischen Firma Cogema heimlich ein Vertrag abgeschlossen, nachdem die Wiederaufbereitungsanlage „La Hague" die schwedischen Abfälle des AKW Barsebäck lagern soll.

Die Unmöglichkeit der französischen Betreiber, diesen Vertrag einzuhalten, hat für Schweden insofern eine Bedeutung, da nach dem „Willkürgesetz" die Betreiber von Barsebäck die Lagerung der Abfälle garantieren müssen!

Kann dies nicht nachgewiesen werden, wird die Inbetriebnahme des Werkes verboten!

Es bleibt abzuwarten, ob die bürgerliche Regierung unter Fälldin zu einer Anwendung des „Willkürgesetzes" kommt, oder ob die Betreiber Möglichkeiten finden, das Gesetz zu umgehen.

Unterdessen geht der breite Protest gegen dieses AKW weiter: So erhielt die schwedische Regierung 88.106 dänische Einwendungen gegen das AKW-Barsebäck. Es wird gefordert, daß Schweden noch vor Jahresschluß die Inbetriebnahme des AKW-Barsebäck stoppt. Die Unterschriften wurden von der dänischen Organisation OOA überreicht. Die OOA weist darauf hin, daß die Mehrheit des dänischen Volkes gegen Kernkraft ist. Die Unterschriften wurden innerhalb von zwei Wochen gesammelt. Unterstützt wurde diese Aktion von der dänischen Abendzeitung „Extrabladet", bei der innerhalb einer Woche 18.000 Unterschriften eingingen.

Weiterhin versucht die OOA an die Regierung und an Politiker mit der Bitte heranzutreten, sich für einen Stop des AKW-Barsebäck einzusetzen. Die OOA hat ferner darauf aufmerksam gemacht, daß die dänische Regierung die Möglichkeit hat, Schweden auf die nordische Umweltschutzkonvention hinzuweisen, die von beiden Ländern unterzeichnet wurde.

Skandinavien-Kommission

Konferenz der »Gruppe 8«

Am 1. und 2. Oktober fand die nationale Konferenz der Frauengruppe „Gruppe 8" in Stockholm statt. Es wurde beschlossen, „Gruppe 8" als nationale Organisation auszubauen. Bisher gab es mehr oder weniger voneinander getrennt arbeitende Gruppen in ganz Schweden. Die Konferenz setzte einen provisorischen Arbeitsausschuß ein, der die Aufgabe hat, den 1. Kongreß der neuen nationalen Organisation vorzubereiten. Weiterhin wurde über die wichtigsten Aufgaben der schwedischen Frauenbewegung diskutiert. In diesem Zusammenhang wurde als wichtigste Aufgabe von „Gruppe 8" der Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Inflation und sozialem Abbau, von denen die Frauen am meisten betroffen sind, hervorgehoben.

So wurde als erste Aufgabe für die neue Reichsorganisation beschlossen, eine Kampgne gegen die Frauenarbeitslosigkeit einzuleiten, die ihren Höhepunkt eine Woche vor dem internationalen Frauentag am 8. März finden soll.

Speziell für den 8. März soll versucht werden, andere Frauenorganisationen und die Gewerkschaft für eine gemeinsame Demonstration zu gewinnen.

Weitere Diskussionen auf der Konferenz gab es um Auflage und Inhalt des „Kvinnobulletinen", Zeitung der „Gruppe 8". Die SKP-Frauen, die kurz vor der Konferenz ihre Mitarbeit in der Stockholmer Gruppe wegen eines im „Kvinnobulletinen" erschienenen Interviews mit einer Prostituierten aufkündigten (siehe hierzu AK 115), zeigten ihre Isolation, indem sie vor dem Konferenzsaal Flugblätter gegen „Gruppe 8" verteilten.

Das Singen der Internationale beendete die Konferenz, die von den Frauengruppen als ein Schritt nach vorn bewertet wurde.

Skandinavien-Kommission

„Kein Frauenkampf ohne Klassenkampf – Kein Klassenkampf ohne Frauenkampf!"

Vom 24. bis 30. Oktober fand in ganz Dänemark – in 30 Städten – eine Aktionswoche gegen die Frauenarbeitslosigkeit statt, die von der „Bewegung gegen Frauenarbeitslosigkeit" – Teil der dänischen Frauenbewegung „Rödströmper" (Rotstrümpfe) – organisiert wurde.

Die Kampagne gegen die im letzten Jahr stark angestiegene Frauenarbeitslosigkeit wurde mit dem diesjährigen Frauenfestival von „Rödströmper" in Kopenhagen am 27./28. August eingeleitet. Dieses Festival, das von über 20.000 Menschen besucht wurde, stand unter der Parole *„Kein Frauenkampf ohne Klassenkampf – kein Klassenkampf ohne Frauenkampf!"* und hatte das Thema „Frauenarbeit" zum Gegenstand von Reden, Filmen und Podiumsdiskussionen (s. AK 112).

Während der einwöchigen Kampagne wurden Straßenfestivals durchgeführt, täglich Demonstrationen, Veranstaltungen – auch für die Kinder. Diese Aktionswoche – wie auch schon das Frauenfestival – ist dadurch gekennzeichnet, daß hier auf Veranstaltungen usw. die unterschiedlichen politischen Strömungen der Frauenbewegung zu Wort kommen und sich solidarisch miteinander auseinandersetzen.

Kampf der Frauenarbeitslosigkeit

Gegenwärtig gibt es in Dänemark 150.000 Arbeitslose, davon 75.000 Frauen – das, obwohl nur 40% der Beschäftigten Frauen sind und Frauen von ganzen Berufszweigen ausgeschlossen sind. Bis zum Winter soll nach Angaben offizieller Stellen die Arbeitslosigkeit auf 200.000 ansteigen (bei einer Bevölkerung von 6 Millionen)!

Die Frauen sind „natürlich" als erste und am härtesten von der Arbeitslosigkeit betroffen. Während im August dieses Jahres die Arbeitslosigkeit bei den Männern um 26% gegenüber dem Vorjahr anstieg, waren es bei den Frauen sogar 40%! Ganze Industriezweige mit „frauentypischen" Berufen wie in der Textilindustrie sind besonders scharf von der seit letztem Jahr mit verstärktem Tempo betriebenen „Rationalisierung" betroffen. Und in anderen Betrieben werden die Frauen zuerst von den Kapitalisten mit der „Begründung" rausgeschmissen, daß die Frauen ja schließlich nur „mitverdienen". Mit dieser „Begründung" – daß sie schließlich einen Ehemann haben, der arbeitet – wird Frauen auch bei längerer Arbeitslosigkeit sogar die Sozialhilfe gestrichen.

Frauen sind auch in Dänemark am längsten arbeitslos, werden als letzte wieder von den Kapitalisten eingestellt. Das wird dann soweit getrieben, daß für den Kapitalisten für die Ablehnung von arbeitsuchenden Frauen ausreicht zu sagen, sie hätten ja auf Grund ihrer langen Arbeitslosigkeit verlernt zu arbeiten!

Während der Aktionswoche wurde von der „Bewegung gegen Frauenarbeitslosigkeit" auch besonders die Situation der Mädchen aufs Korn genommen, die von der Jugendarbeitslosigkeit (diesen Sommer bekamen von den 50.000 Schulabgängern 20.000 keine Lehrstelle) besonders betroffen sind und für die ganze Berufszweige, wie etwa die Druckindustrie, nicht zugänglich sind.

Wie in allen kapitalistischen Ländern soll den dänischen Frauen ihre miese Lage durch die Verbreitung der Ideologie von „Heim und Herd" schmackhaft gemacht werden. Der „natürliche" Platz der Frau sei eben die Familie!

Kampf dem August-Forlig!

Im August 1976 wurde von der sozialdemokratischen Regierung unter Anker Jörgensen zusammen mit anderen bürgerlichen Parteien das berüchtigte August-Forlig abgeschlossen, das für die Arbeiterklasse eine rapide Verschlechterung ihrer Lebenslage brachte mit Lohnsenkungen, Steuererhöhungen und Preissteigerungen. Dieses Jahr wurde von der sozialdemokratischen Regierung durch das „August-Forlig 2" noch ein Zahn zugelegt. Eben dieses „August-Forlig 2" kalkuliert ganz offen für die Kapitalisten verstärkte Subventionen aus Steuergeldern ein, für die Arbeiterklasse verstärkte Arbeitslosigkeit.

Auch hiervon sind wieder die Frauen besonders hart betroffen. Die Regierung hat um (nach ihren eigenen Worten) die „Arbeitslosigkeit zu mildern", ein „Beschäftigungsprogramm" beschlossen.

Vorgesehen sind von „neuen Stellen" im Öffentlichen Dienst 97% für Männer, 13% für Frauen.

Das wird von der „Bewegung gegen Frauenarbeitslosigkeit" in einer der drei zur Aktionswoche erschienenen Broschüren besonders hart angegriffen. Die Frauen verlangen, daß – solange die Frauen die Hälfte der Arbeitslosen ausmachen – auch die Hälfte neuer Stellen an die Frauen gegeben wird und daß diejenigen, die am längsten arbeitslos sind, auch als erste jetzt wieder eingestellt werden müssen. Weiter sagen sie: *„Wir meinen nicht, daß Männer und Frauen wegen des „Beschäftigungsgelds"* (Anm., das „Beschäftigungsprogramm) *gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Die wesentliche Forderung für ein Beschäftigungsprogramm muß bleiben, daß im Ergebnis ein Gewinn für die gesamte Arbeiterklasse dabei rauskommt. Die Vorschläge, die wir vorgelegt haben, sind alle zum Vorteil für die ganze Arbeiterklasse, indem in erster Linie darauf gezielt wird, die sozialen und ausbildungsmäßigen Verschlechterungen der letzten Jahre zu bekämpfen. Die Arbeiterklasse darf nicht akzeptieren, daß die Frauen zu einer Reservearmee gemacht werden, die auf dem Arbeitsmarkt hin- und hergeschoben wird ... Das schwächt die Arbeiterklasse als Ganzes, wenn es gelingt, einen Großteil der Arbeitslosigkeit auf die Frauen abzuwälzen. Das führt zur Spaltung der Arbeiterklasse, und die Kapitalisten werden sich freuen."*

Nach dem „Beschäftigungsprogramm" der sozialdemokratischen Regierung werden „neue" Stellen an Frauen vorzugsweise in der Alten- und Krankenpflege vergeben. Aber das sind private Stellen. Und das Geld, was hierfür als Zuschuß ausgegeben wird, wird gleichzeitig bei Altenheimen, Krankenhäusern usw. wieder „eingespart". Unter Berufung auf die „Opferbereitschaft" der Frauen wird damit der Versuch gemacht, die Aufgaben des Staates auf die Frauen abzuwälzen. Das – im Vergleich zu andern kapitalistischen Ländern – noch relativ gute „Sozial"-wesen wird auf diese Weise abgebaut.

Die Forderungen, die während der Aktionswoche von den Frauen erhoben wurden, sind u.a.

- „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" im Interesse der Arbeiter, nicht der Kapitalisten
- 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich – keine Erhöhung der Arbeitshetze
- Überstundenboykott



- wo eine Frau rausgeflogen ist, muß wieder eine Frau eingestellt werden
- Vergabe von Lehrstellen im Öffentlichen Dienst vorzugsweise an Mädchen, da gerade Mädchen beim Privatkapitalisten (und in privaten Haushalten) besonders übel ausgenommen werden.

Gleiches Recht für Frau und Mann am Arbeitsplatz

Erklärtes Ziel der „Bewegung gegen Frauenarbeitslosigkeit" ist es, mit dieser Aktionswoche den arbeitslosen Frauen das Gefühl zu nehmen, selbst Schuld an ihrer Lage zu sein und sie – wie die arbeitenden Frauen – gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit mobil zu machen. Ziel ist es aber auch, Männer für die Unterstützung dieses Kampfes zu gewinnen. Solche Kampagnen sind nichts Neues in der dänischen Frauenbewegung, sondern haben Tradition. Die erste große Kampagne, an der sich die „Rödströmper", die 1969 aus der Studentenbewegung hervorgingen, verbreitert haben, wurde Anfang der 70er Jahre unter der Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!" geführt. Diese Kampagne führte damals dazu, daß nach langen Jahren dieses Thema erstmalig wieder breit in den Gewerkschaften diskutiert wurde und Arbeiterinnen in die „Rödströmper"-Bewegung kamen. Solche Kampagnen wurden von „Rödströmper" immer sehr einfallsreich geführt, d.h. neben Demonstrationen, Flugblattverteilung usw. wurden jeweils „spektakuläre" Aktionen durchgeführt wie etwa 1970, als Frauen im Folketing einen angeknabberten (Lohn-)kuchen unter die Abgeordneten warfen und ein Transparent entrollten „Es ist keine Bitte – Frauen verlangen gleichen Lohn!" In Dänemark haben solche Aktionen den Effekt, daß breit von Presse, Rundfunk und Fernsehen darüber berichtet wird und damit so etwas gut im Sinne einer breiten Diskussion und Mobilisierung genutzt werden kann.

Dänemark-Kommission
KB / Gruppe Flensburg

Norwegische Polizeiübung gegen fiktive Terroristen

In der letzten Zeit nehmen die Übungen der Elitetruppe der norwegischen Polizei ständig zu. Die Elitetruppe „anti-terror-gruppa" ist zu vergleichen mit dem MEK der BRD. Innerhalb von drei Wochen wurden zwei Übungen abgehalten.

Die erste Übung richtete sich gegen fiktive Terroristen der japanischen „Roten Armee", die einen norwegischen Industriellen entführt hatten. Es wurde angenommen, nachdem die Terroristen ihre Forderungen gestellt hatten, daß diese versuchen würden, sich in das Gebiet des japanischen Konsulats zurückzuziehen. In dem Übungsgebiet, das das Konsulat darstellen sollte, wurden überall Scharfschützen postiert, die auf die vermeintlichen Terroristen warteten. Sie warteten allerdings vergebens, denn die als Terroristen fungierenden Bullen hatten den ausgemachten Ort verfehlt. Vielleicht hatten sie Angst vor den Scharfschützen – trotz der Übung?

Da diese Übung nicht so ablief, wie man im allgemeinen von einer Elitetruppe erwartet, wurde flugs eine neue Übung angesetzt. In einer Nacht von Sonntag auf Montag wurden die Bewohner in Frederikstad durch Schüsse aus dem Schlaf gerissen: die neue Übung der norwegischen Polizei hatte begonnen. Zwei „Terroristen" hatten in einer Bank drei Geiseln einer Putzkolonne genommen, sie forderten ein Auto und 500.000 Kronen. Diese Forderungen wurden ihnen gewährt; unterwegs wurde eine Geisel freigelassen, die der Polizei (welch Zufall!) das Versteck der Terroristen mitteilte. Der Zufluchtsort wurde von Bullen umstellt und anschließend „erfolgreich" gestürmt; ob die restlichen zwei Geiseln übungshalber am Leben blieben, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden.

Die Polizeitruppe war auf der ganzen Linie erfolgreich, so erfolgreich wie bei der brutalen Räumung der besetzten Häuser in Oslo (wir berichteten in AK 115 ausführlich darüber) oder beim Einsatz gegen streikende Hafenarbeiter, um Streikbrecher zu schützen. Die Aktivitäten der „anti-terror-gruppa" richtet sich also nicht nur gegen sogenannte bewaffnete Terroristen, wie in diesen Übungen unterstellt wurde, sondern gegen jene norwegischen Bürger, die für ihre unmittelbaren Interessen kämpfen, wie die Hafenarbeiter und Hausbesetzer.

Skandinavien-Kommission

Geheimbericht über deutsch-norwegische Ölzusammenarbeit

Kürzlich enthüllte die linke norwegische Zeitung „Ny Tid", daß am 6. Juni dieses Jahres ein Treffen zwischen dem norwegischen Industrieminister Bjertmar Gjerde und dem westdeutschen Wirtschaftminister Friderichs stattgefunden hat, auf dem ein Rapport ausgearbeitet wurde, der bisher der Öffentlichkeit nicht zugänglich war. Es heißt dort u.a., daß die norwegische Regierung bereit ist, langfristige Abkommen mit westdeutschen Konzernen zu schliessen über die Lieferung von Rohöl und die Beteiligung an der Ölgewinnung in Norwegen. Weiter geht aus dem Bericht hervor, daß jetzt schon eine ganze Reihe bester „Kontakte" zwischen westdeutschen und norwegischen Firmen, insbesondere bei den Raffinerien, bestehen. Wörtlich heißt es in dem Rapport: *„In Anbetracht der Fortsetzung der positiven Entwicklung kann damit gerechnet werden, daß die Formen der Energiegewinnung in nächster Zeit konkretisiert werden."*

Der andere wesentliche Punkt in diesem Rapport ist, daß „man mit großen Möglichkeiten für konkrete Zusammenarbeit auf dem Verteidigungssektor" rechnet.

Im Mai 1977 war eine westdeutsche Delegation in Norwegen mit der Absicht, mehr Kontakte zwischen den Kapitalisten und Verteidigungsministerien beider Länder zu knüpfen. Weiter beabsichtigen die westdeutschen Kapitalisten, Konzerne und Tochtergesellschaften in Norwegen zu errichten, sowie gemeinsame Projekte zu entwickeln mit dem Ziel eines verstärkten Exports in Länder der „Dritten Welt".

Diese Vereinbarungen sind auch deswegen ein besonderer Hammer, weil damit de facto eine verstärkte „Zusammenarbeit" im Sinne des BRD-Imperialismus betrieben wird, wie sie in EG-Ländern üblich ist, obwohl sich die norwegische Bevölkerung bekanntlich in einer Volksabstimmung mehrheitlich gegen einen EG-Beitritt entschieden hatte.

Dänemark-Kommission
KB / Gruppe Flensburg

‚Die Bürgerwehr kann uns nicht stoppen!'

Norwegen. Ende September wurden in Bergen wieder Hausbesetzungen durchgeführt, die von „Bewohnergruppen" ausgingen. In einem Fall ließ deswegen ein Hausbesitzer eine private Bürgerwehr aufbauen, die brutal gegen die Hausbesetzer vorging, sodaß diese vorläufig aufgeben mußten. Aus Protest dagegen schlugen die Bewohnergruppen im Stadtpark ein riesiges Zelt auf, wo Informationsarbeit über die Boden- und Wohnungsspekulation in Bergen betrieben wurde. „Ist das das Angebot der Kommune an die Wohnungssuchenden?" war auf Plakaten neben dem Zelt zu lesen.

Hintergrund dieser Aktionen ist, daß die Wohnungsnot in Bergen sehr groß ist (über 1.200 Familien stehen auf Wartelisten), es aber auf der anderen Seite eine große Anzahl leerstehender Wohnungen – zu unerschwinglichen Preisen – gibt. Im Laufe des Sommers machten die Bewohnergruppen allein über 100 leerstehende Wohnungen ausfindig, was für 300 - 400 Menschen ein Dach über dem Kopf bedeuten würde. Von der Kommunalverwaltung wird die Wohnungsspekulation direkt abgedeckt bzw. selbst betrieben. Denn sie könnte nach norwegischem Gesetz die Hausbesitzer dazu verpflichten, die Wohnungen zu vermieten, wenn diese länger als 30 Tage leerstehen. Realität ist jedoch, daß in Bergen viele Wohnungen monatelang leerstehen.

Auf die Proteste der Mieter hin machten die Kommunalpolitiker den frechen Vorschlag, daß in Zukunft die Hausbesitzer leerstehende Wohnungen, die weniger als 4 Zimmer haben, nicht mehr bei der Kommune angezeigt zu werden brauchten. – Das wäre über die Hälfte der Wohnungen!

Die Arbeit der Bewohnergruppen hat bisher darin bestanden, leerstehende Wohnungen zu suchen, die z.T. besetzt wurden. Mehrere Hausbesitzer wurden bei der Kommune angezeigt, wo sich einmal mehr herausstellte, daß die Kommunalpolitiker gar nicht daran denken, etwas gegen die Wohnungs-Haie zu tun. Die Anzeigen verliefen im Sande. Zum anderen wandten sich die Bewohnergruppen gegen die wahnsinnigen Profite, die die Makler auf dem Rücken der Mieter machen und forderten eine öffentliche Wohnungsvermittlung, die kostenlos ist. Die Kommunalpolitiker versuchen, die Bewohnergruppen zu intergrieren, indem sie dazu aufforderten, ihre Registrierungsarbeit doch ruhig fortzusetzen. Zum anderen hat das natütlich den Aspekt, Gelder zu sparen, die sonst von der Kommune für diese Arbeiten aufgebracht werden müßten. Dagegen haben die Bewohnergruppen jedoch protestiert und erklärt: *„... Die Wohnungsaktion sieht sich nicht als eine Organisation mit einem großen Verwaltungsapparat, sondern als aktive „Bürgerguerilla". Wenn wir nur den legalen Weg gegangen sind, haben wir gesehen, daß es uns nicht vorwärts bringt."*

Dänemark-Kommission
KB / Gruppe Flensburg

Polizeieinsatz in Christiania!

Dänemark: Als am 17.10. drei Polizisten einer »Sturmpatrouille« drei Jugendliche wegen Haschhandel festgenommen hatten, gab einer der Bullen einen Warnschuß ab. Bewohner des »Freistaat« Christiania in Kopenhagen hatten einen Gefangenen befreit. Daraufhin strömten mehrere hundert Menschen herbei, die die Abführung der anderen beiden verhindern wollten. Zur Verstärkung herbeigerufene Polizeiwagen wurden mit Steinen und Flaschen beworfen, und ihnen wurden die Reifen zerstochen.



Ein weiterer Mann wurde festgenommen, der wegen »Gefangenenbefreiung, Gewalt gegen Beamte und Zerstörung« ins Gefängnis gesteckt werden soll.

Sprecher einer Verhandlungsgruppe von Christiania bezeichneten den Polizeieinsatz als Provokation. Nach ihrer Aussage verfolgt die Polizei den Handel mit Hasch aus politischen Gründen nur in Christiania, während ansonsten nichts dagegen unternommen werde. Dies steht im Zusammenhang mit größeren Angriffen gegen den »Freistaat« Christiania und den Versuch, diesen aufzulösen. Die Bewohner von Christiania bezahlen keine Steuern und kein Geld für Wasser und Strom.

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Faschisten legen Kartei über Gegner der Todesstrafe an!

Dänemark: nach Information der Tageszeitung »Ekstra-Bladet« vom 17. 10.77 baut nun der dänische Nazi Hans Hetler mit seinen Gesinnungsfreunden eine Kartei auf über Gegner der Todesstrafe. Hetler war in den letzten Monaten in Dänemark dadurch besonders bekannt geworden, daß ebenfalls »Ekstra-Bladet« enthüllt hatte, daß er im Besitz einer Kartei mit Namen von 60.000 dänischen Linken ist, jahrelang Spitzeldienste für den militärischen Geheimdienst FE gemacht hat und bis heute offensichtlich auch über beste Verbindungen zu Kapitalisten verfügt — so z.B. zu dem Personalchef der größten dänischen Reederei A.P.Möller, Ulrich Schmidt. Dieser war, nach Hetlers Angaben, ebenfalls jahrelang für FE tätig gewesen (?)! Die Spitzeltätigkeit Hetlers und Enthüllungen über seine Verbindungsleute waren wochenlang Gegenstand einer breiten Berichterstattung in der dänischen Presse gewesen.

Die neue Kartei ließ Hetler durch seinen Freund, den Nazi Erik Haaest anlegen, der sich übrigens kürzlich in Eckernförde (Schleswig-Holstein) eine Wohnung gemietet hat. Der ganze Skandal mit der Kartei über die Todesstrafe-Gegner war dadurch ans Tageslicht gekommen, daß Erik Haaest auch frecherweise noch Briefe an »Betroffene« verschickt hatte. Denen wird in diesen Briefen »Gelegenheit« gegeben, ihre »Meinung über die Todesstrafe« zu ändern, dann würden sie wieder aus der Kartei gestrichen!

Der Zusammenhang besteht darin, daß es kurze Zeit vor der Enthüllung in »Ekstra-Bladet« in Dänemark breitere Debatten über die Todesstrafe gab, da Mitglieder der faschistoiden »Fremskridts-Parti« die Einführung der Todesstrafe für »Terroristen« gefordert hatten. Dagegen gab es z.B. sehr viele Leserbriefe in »Ekstra-Bladet« und Schreiber solcher Leserbriefe werden nach eigenen Bekundungen des Nazis Haaest in die Kartei aufgenommen.

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg



Erik Haaest — stolz auf seine Kartei!

Niederlande

„Amicale"-Zentrum in Utrecht besetzt

Am 14. Oktober wurde für kurze Zeit das Gebäude der marokkanischen faschistischen Tarnorganisation „Amicale" besetzt. Die Besetzung wurde organisiert durch das Aktionskomitee „Amicales raus aus Utrecht". Dessen Träger sind das Anti-Faschismuskomitee, die Wandzeitungsgruppe (eine Gruppierung, die mit Wandzeitungen in Utrecht für die alternative Information sorgt – Anm. AK), die Arbeitsgruppe Internationale Politik, die Arbeitsgruppe Ausländische Arbeiter Utrecht-West, die Rote Front Utrecht und der Internationalen Kommunistenbund (Vierte Internationale). – Die Besetzung wurde von der Polizei mit Gewalt und unter dem Herausstellen ihrer Macht beendet.

Verlängerungsstück der marokkanischen Diktatur

Die Aktivitäten der „Amicales" sind vielen Utrechtern seit langer Zeit ein Dorn im Auge. Die 1974 gegründeten „Amicales" sind offiziell eine sozial-kulturelle Vereinigung für marokkanische Arbeiter und Mittelständler. Faktisch sind sie jedoch ein Instrument der marokkanischen Geheimpolizei, das darauf zielt, die in den Niederlanden arbeitenden Marokkaner zu kontrollieren und einzuschüchtern. Viele Marokkaner werden gezwungen, Mitglied in dieser Organisation zu werden, weil sie sonst Schwierigkeiten bei der Rückkehr in ihr Land fürchten müssen. Die Vorgehensweisen des harten Kerns der „Amicales" reichen von Drohungen und dem Stören ihnen mißfallender Versammlungen bis zum Zusammenschlagen politischer Gegner – vor allem gegen die marokkanischen Kollegen in der NKV (katholische Gewerkschaft) und im KMAN (Komitee marokkanischer Arbeiter in den Niederlanden) gerichtet. Das KMAN ist vor allem durch seine Unterstützung für die sich „illegal" in den Niederlanden aufhaltenden Marokkanern, die sich mit einem Hungerstreik gegen ihre drohende Ausweisung wehrten, bekannt geworden.

Es gibt deutliche Hinweise darauf, daß die „Amicales" auch als Spionageapparat für das Regime Hassans II. tätig sind. So wurde der im Industriebund der katholischen Gewerkschaft aktive Ikich Lloussini in Marokko verhaftet und zu einer dreißigjährigen (!!) Gefängnisstrafe verurteilt. Der Industriebund beschuldigte die „Amicales" öffentlich, als Zuträger für die marokkanischen Behörden zu arbeiten und machte sie für die Verhaftung von Lloussini, der mittlerweile von Amnesty international vertreten wird, verantwortlich („Utrechts Nieuwsblad", 9.3.76).

Demonstration zum Rathaus

Einige Genossen konnten der Polizei, die Gummiknüppel und Kuhfüße schwingend gegen die Besetzer vorging, entkommen. Es gelang den Genossen auch, etliche Behälter mit die Faschisten belastendem Material mitgehen zu lassen!

Sechzehn Frauen und Männer wurden festgenommen und aufs Polizeibüro abgeführt, wo zwei von ihnen herausgepickt und des Widerstandes gegen die bewaffnete Staatsmacht beschuldigt wurden. Wenig später bildete sich eine etwa 150 Menschen starke Demonstration zum Rathaus. Bürgermeister Vonhoff (Mitglied der rechtsliberalen VVD) sah sich genötigt, nach draußen zu kommen und mit den Demonstranten zu sprechen. Ihm wurden die folgenden Forderungen übergeben:

1. Verbot der „Amicale"-Aktivitäten in Utrecht.
2. Verbot der Vermietung von Sälen an „Amicales", Graue Wölfe und Nederlandse Volksunie (die letzten sind die türkischen bzw. niederländischen Faschisten).
3. Sofortige Freilassung aller Festgenommenen.

Vonhoff erklärte süßlich, daß die Niederlande nun einmal ein demokratisches Land seien und es ihm also unmöglich wäre, die Aktivitäten von Menschen, die zufällig eine andere Meinung verträten, zu verbieten. Um die Demonstranten zu beruhigen, mußte er jedoch zusagen, daß keiner der Festgenommenen lange festgehalten werden würde. Alle Festgenommenen wurden dann auch mittags nach einem Verhör freigelassen.

Breite Unterstützung

Im Laufe des Tages fand die Aktion gegen die „Amicales" Unterstützung von einer Anzahl von Organisationen und Personen, wovon genannt werden können: Die Abteilung Utrecht-Stadt der sozialdemokratischen Partei (PvdA), die Utrechter Abteilungen der Kommunistischen Partei (CPN), der Pazifistisch-Sozialistischen Partei (PSP), der radikaldemokratischen PPR und die Sozialistische Partei (SP), weiter Renes, Sekretär der (sozialdemokratischen Gewerkschaft) NVV Utrecht, das KMAM, die Stadtteilkomitees der Utrechter Stadtteile Lombok und Pijlsweerd, die (sozialistische Soldatenorganisation) Bund für Wehrpflichtige (BVD) und verschiedene Studentenorganisationen.

Es sieht danach aus, daß sich in Utrecht eine breite Einheitsfront gegen die Aktivitäten faschistischer Organisationen zu bilden beginnt. In kurzer Zeit werden die Resultate der Untersuchung des während der Besetzung in Beschlag genommenen faschistischen Materials erwartet. Das Utrechter Büro der „Amicales" ist – zwei Wochen nach der Aktion – noch immer mit Brettern vernagelt...

Rood Front Utrecht

(Rood Front Utrecht ist eine, derzeit noch auf Utrecht beschränkte, sozialistische Organisation, die seit einigen Jahren in einer Anzahl von Betrieben, Stadtteilen und der Universität aktiv ist. In der Vergangenheit hatte Rood Front bereits, gemeinsam mit anderen Organisationen, an antifaschistischen Aktionen gegen das griechische und das spanische Konsulat teilgenommen.

Niederlande-Kommission)



„Keine Höhle für Spione in Utrecht" – „Amicales, raus aus Utrecht"

Belgien

BRD-Propagandaschau mit kleinen Störungen

Im Augenblick läuft in Belgien in Form eines „Kunstfestivals" namens „Europalia" eine gigantische Propagandaschau des BRD-Imperialismus ab. Mit unzähligen kulturellen Veranstaltungen soll das Bild eines *„freien, toleranten, demokratischen, der Kultur und den Schönen Künsten zugewandten Staates"* gezeichnet werden. Eine Art *„beschwingte kleine Revolution"* solle dazu beitragen, „die Herzen zusammenzuführen", so Hildegard Hamm-Brücher anläßlich der Eröffnung („Handelsblatt", 11.10.77). Finanziert wird die „kleine Revolution" fast ausschließlich von ca. 60 westdeutschen Konzernen. *„Noch nie wurden ähnliche Mittel für eine solche Schau aufgebracht"*, weiß das Handelsblatt entzückt zu berichten.

Dieses Festival hat natürlich auch seinen Literaturpreis. Man hat auch einen würdigen Preisträger gefunden: den ehemaligen DDR-Schriftsteller Peter Huchel. Er bedankte sich bei seinen Brötchengebern in seiner Rede mit Schnacks wie, die BRD sei *„der freieste Staat, den es auf der Welt gibt"* („Nordsee-Zeitung", 21. 10.77).

Die Image-Pflege des „Modell Deutschland" verlief allerdings nicht ohne „Störungen". Unter Parolen wie **„Nein zum Modell Deutschland", „Nein zu den Berufsverboten", „Nein zur weißen Folter"** und **„Freiheit für Croissant"** besetzten am 12.10. 40 Genossen der LRT (Trotzkisten) und anarchistischer Gruppen das „Deutsche Haus" in Brüssel. Die Polizei ging ziemlich brutal vor und nahm 7 Genossen fest. Vorbereitet war dieses Vorgehen durch eine Meldung des Fernsehens, in der nach bewährter Manier *„terroristische Aktionen gegen die Europalia befürchtet"* worden waren („Pour", 12.10. 77).

Am 14.10. versammelten sich wiederum 40 Leute in der Bahnhofshalle von Brüssel, in der gerade eine Ausstellung lief, brachten Transparente an und verteilten Flugbätter mit den obigen Forderungen. Wiederum löste die Polizei die Kundgebung gewaltsam auf (nach „APL", 17.10.77).

Die revolutionäre Organisation „Pour le socialisme" plant in diesem Zusammenhang für die 3. Novemberwoche eine Veranstaltungsreihe in Brüssel und Liège zur gegenwärtigen Entwicklung in der BRD.

Belgien-Kommission

Zunehmende Kämpfe gegen Stillegungen



Demonstration für die Erhaltung der Arbeitsplätze am 14.10. in Charleroi

Die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor eins der brennendsten Probleme für die belgischen Werktätigen. Im Augenblick sind mehr als eine halbe Million ohne Beschäftigung, das entspricht mehr als 9 %.

Verschärft wird die Situation durch die Welle von Betriebsschliessungen, die 1976 880 Betrieb mit insgesamt 32.000 Beschäftigten erfaßte („Amada", 5.10.77). Es wird erwartet, daß die Zahl für 1977 noch wesentlich höher liegt.

Diese Entwicklung ruft zunehmenden Widerstand der Werktätigen hervor, der sich z.T. in spontanen militanten Aktionen ausdrückt. Einige Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit:

– Die Flugzeugfabrik Fairey in Gosselies soll auf Betreiben der englischen Besitzer geschlossen werden, womit 1.600 Kollegen auf der Straße sitzen würden. Als erwar-

Fortsetzung auf Seite 57

Fortsetzung von Seite 56

maßnahme dagegen wurde eine „go-slow"-Aktion organisiert. Besetzungen von Straßenkreuzungen und die Beschlagnahme von 40 Flugzeugen als Pfand waren weitere Aktionen. Am 30.9. fand eine große Solidaritätskundgebung mit 2.000 Leuten vor den Fabriktoren statt, zu der viele Betriebe aus der Gegend Delegationen sandten.

– 14 Tage nach dieser Aktion kamen Arbeiter aus allen von der Schließung bedrohten Betrieben dieser Region (Charleroi) in der Glasfabrik Glaverbel in Gilly zusammen und hielten ein Solidaritätsmeeting mit den um ihre Arbeitsplätze kämpfenden Glasarbeitern ab. Danach organisierten sie eine Demonstration zum Rathaus von Gilly.

– Am 20.9. streikten die Arbeiter des Saab-Werks in Mechelen gegen die beabsichtigte Schließung ihres Betriebes.

300 Kollegen besetzten das Rathaus der Stadt und stellten den Bürgermeister zur Rede, der daraufhin versprach, die Forderungen der Kollegen zu unterstützen. Immer wieder erhoben wird bei diesen und zahllosen ähnlichen Aktionen die Forderung nach einem nationalen Streik gegen die Stillegungen und nach einem nationalen Tarifvertrag zur Einführung der 36-Stunden-Woche.

Belgien-Kommission

Belgien: Der Kampf gegen das Abtreibungsverbot geht weiter

Brüssel. Zu Beginn der Parlamentstätigkeit nach der Sommerpause sahen sich die Parlamentarier wieder mit den Forderungen nach Freigabe der Abtreibung konfrontiert. Die „Komitees für die Freigabe der Abtreibung" machten mit Aktionen ihren Unwillen über die bisherige Apathie der Parlamentarier deutlich. So versammelten sich 30 Frauen in der Nähe des Parlaments und im Hof des Parlamentspalasts. Mit Pillenpackungen und aufgeblähten Präservativen auffällig verkleidet, verteilten sie Flugblätter – aber bereits nach einigen Minuten kam Polizei und nahm 20 Frauen mit zur Wache. Nebenbei wurde einem Fotografen die Kamera entrissen und zwei linke Presseleute ebenfalls festgenommen. Andere Frauen warfen Flugblätter vom Balkon in den Parlamentssaal. Die Kriminalisierung von Aktivitäten gegen das bestehende Abtreibungsverbot geht inzwischen weiter: So wurde einer der Herausgeber des Buches „Belgique des luttes" vernommen, um den Verfasser eines angeblich nicht unterzeichneten Flugblattes herauszufinden, das u.a. beschlagnahmte Abtreibungsadressen enthielt. Außerdem wurde gegen den Arzt Dr. Peers ein großer Prozeß angekündigt, weil er sich selbst bezichtigt hatte, 500 Abtreibungen durchgeführt zu haben, sowie gegen einen anderen Arzt, der 300 Abtreibungen vorgenommen hat, und die beide damit die Öffentlichkeit auf die Unmenschlichkeit des bestehenden Abtreibungsverbotes hinweisen wollten.

In Lüttich wurde dem „Komitee" aus „Sicherheitsgründen" ein Saal verweigert, in dem eine Veranstaltung mit dem Film „Geschichten von A." und eine Diskussion mit Dr. Peers stattfinden sollte.

Belgien-Kommission



Tory-Parteitag 1977

Blackpool. Der Parteitag der Tories Mitte Oktober in Blackpool stand im Zeichen der für das nächste Jahr erwarteten Neuwahlen zum Unterhaus. In diesem Sinne wurde ein zentrales Thema der innerparteilichen Diskussion der vergangenen Monate, die Stellung der Tories zu den Gewerkschaften, besonders in der Frage der »closed Shop« elegant umschifft. Der »closed Shop« ist ein Recht der britischen Gewerkschaften, in einzelnen Betrieben hundertprozentige gewerkschaftliche Organisierung zu erzwingen, was seitens der Tories schon immer Anlaß aller möglichen Demagogien war. Dabei wurde immer auf die »Gewissensfreiheit« der Arbeiter gepocht, die von den bösen Gewerkschaften zur Mitgliedschaft gezwungen seien. Daß es diesen Demagogen dabei in Wirklichkeit darum geht, die gewerkschaftliche Organisierung zurückzudrängen, liegt auf der Hand.

Während die Rechten um Keith Joseph den »closed Shop« als »Inbegriff der Unfreiheit« bekämpften, wollten die Kräfte um den Wirtschaftssprecher James Prior diese Frage nicht zum zentralen Streitpunkt mit den Gewerkschaften machen in der Einsicht, eine Voraussetzung für einen Wahlsieg sei eine Überwindung der Konfrontationsstrategie bei der im Februar 1974 die Tory-Regierung unter Eduard Heath den Kürzeren gezogen hatte. (Der gegen die Tory-Regierung gerichtete Streik der Bergarbeiter im Winter 74 zwang Heath zum Rücktritt.)

Die Entschließung des Parteitages enthielt nun zwar eine Ablehnung des »closed Shop«, vermied andererseits aber eine Forderung nach Gesetzesmaßnahmen zu dessen Abschaffung. Die Abschlußrede von Margaret Thatcher wurde allgemein als erste Wahlrede gewertet. Sie enthielt politisch keinerlei Neuigkeiten, dafür Versprechungen, wie Senkung der Einkommenssteuer, Gewinnbeteiligung für Arbeitnehmer, propagierte »Kapitalbeteiligung« für Arbeitnehmer, Verkauf von gemeindeeigenen Wohnhäusern als Eigenheime. Gefordert wurde die Beibehaltung des in öffentlichen Schulen für die Allgemeinheit und private Schulen für die Bourgeoisie gegliederte Schulwesens, da dieses angeblich den Aufstieg erleichtere (!). Auch der Ruf nach mehr Geld für die Polizei zur Verbesserung der Verbrechensbekämpfung durfte nicht fehlen. Ein wesentlicher Teil der Rede diente der »Entkräfung« der Vermutung, daß die Tories nicht mit den Gewerkschaften klar kämen.

Zwar könnte eine Handvoll Gewerkschaftsführer das Land erpressen, wenn sie wollten, der Konflikt wäre aber keiner zwischen Gewerkschaften und Regierung, sondern zwischen Gewerkschaft und Volk und gegebenenfalls würde das Volk in einem Referendum seine Meinung sagen. *»Eine starke und verantwortungsvolle Gewerkschaftsbewegung ist für unser Land wichtig und ihre Rechte müssen respektiert werden. Jedoch wäre der Glaube tödlich, daß diese Rechte allen anderen Rechten vorgingen oder gar dem Gesetz übergeordnet seien. Glücklicherweise weiß das die große Mehrheit der Gewerkschafter genausogut wenn nicht besser als einige ihrer Führer. Sie wissen, daß während ihre Führer sie am Arbeitsplatz vertreten, wir (!) sie im Parlament vertreten. Wir in der Konservativen Partei freuen uns auf eine lange und fruchtbare Gemeinschaft«* (»Guardian«, 15.10.77).

England-Kommission



Mitglieder der „Komitees" demonstrieren vor dem Parlament („APL" vom 17.10.1977)

Trotz Boykott der Gewerkschaftsführung — neues Massenpicket bei Grunwick

London. Nach fast dreimonatiger Unterbrechung haben am 17. Oktober lt. »Guardian« immerhin 4.000 Kollegen gezeigt, daß sie die Streikenden der Photofirma Grunwick bei ihrem seit über 14 Monaten andauernden Streik für gewerkschaftliche Rechte weiterhin unterstützen wollen. Erneut war ein riesiges Bullenaufgebot zur Stelle — der »Guardian« stellte fest, daß mehr Bullen als Demonstranten anwesend waren. Durch die Festnahme von sechs Demonstranten stieg die Gesamtzahl der Festnahmen auf 388 während dieser Auseinandersetzung.

Vor der Demonstration am 17.10. hatte sich die Gewerkschaftsführung aktiv an der Demobilisierung beteiligt. Roy Grantham, Vorsitzender der APEX-Gewerkschaft, der auch die Streikenden angehören, gab bekannt, die APEX würde keine Massenpickets mehr unterstützen, was am Vortag genüßlich über Presse und Fernsehen breitgetreten wurde. Nicht zufällig wurde ebenfalls am Vortag ein Fernsehinterview mit dem rechten Vorsitzenden der Elektrikergewerkschaft, Frank Chapple, gesendet, in dem dieser seine Mitglieder aufforderte, die Demonstration nicht zu unterstützen. Unter diesen Voraussetzungen sind 4.000 Demo-Teilnehmer ein schöner Erfolg! Das Streikkomitee will den Kampf nicht aufgeben und hat für den 7. November eine neue Großaktion angekündigt.

England-Kommission

Faschistischer Gefängnispfarrer enttarnt

London. In letzter Zeit protzt die faschistische National Front viel damit herum, daß sie mehrere Geistliche in ihren Reihen hätte, womit sie sich gern ein etwas respektables Image erwerben will, zumal bei antifaschistischen Kundgebungen auch Kirchenvertreter zu Wort kommen.

Jetzt konnte der Faschist Terry Spong enttarnt werden, der ausgerechnet Gefängnispfarrer im Südlondoner Gefängnis Brixton war. T.S. ist ein eingefleischter Rassist, der vorher in Rhodesien ebenfalls als Gefängnispfarrer sein Unwesen trieb, wobei ihm ausgerechnet die Briefzensur übertragen war. Dabei hat er willkürlich Briefe von Schwarzen unterdrückt (»Guardian«, 18.10.).

Als der Bischof von Southwark, Merwyn Stockwood, verkündete, daß die Mitgliedschaft in der NF nicht mit christlichen Prinzipien vereinbar sei, pöbelte die NF, er sei ein »Rassenverräter und Kommunist«. Faschistenpfaffe Terry Spong: *»Meine christlichen Ideale bedeuten, daß ich stolz bin, weiß und Brite zu sein — ich bin entsetzt, was aus meinem Geburtsland geworden ist«* (»Guardian«, 17.10.).

England-Kommission



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Den Rücken nicht gebeugt

Westberlin: Der Distanzierungssucht unter Hochschullehrern wurde endlich deutlich contra geboten. Selbst im Zentrum der Hetze, zum „geistigen Nährboden des Terrorismus" zu gehören, erklärten die 12 Westberliner Professoren und Rechtsanwälte, die im Juni aus Solidarität mit dem Göttinger AStA den Buback - Nachruf dokumentierten, in einer neuen Dokumentation: **„An die Stelle der Distanzierungen und Schuldbekenntnisse aus der letzten Welle von Erklärungen sollte wieder die Wahrnehmung fortschrittlicher Interessen treten gegenüber Arbeitslosigkeit, politischer Repression und sozialer und wirtschaftlicher Unterdrückung".**

Trotz zahlreicher Aufforderungen, von ihrer Buback-Nachruf-Dokumentation abzurücken, „stehen" die 12 zu ihrer *„Herausgabe des Mescalero-Textes in der Situation Ende Juni"* und stellen auch schon für die Zukunft klar: *„Das Beharren auf Meinungsfreiheit, die Ausübung von Kritik und die Durchsetzung einer veränderten Praxis kann und muß weiterhin in vielfältiger Weise geschehen"*.

Am 25.10. führten die zwölf zusammen mit dem AStA der PH, der ebenfalls zu den Nachruf-Unterzeichnern gehört und gegen den deswegen wegen „Volksverhetzung" und „Verunglimpfung und Beleidigung der BRD" ermittelt wird, im mit 1200 Studenten überfüllten PH-AudiMax eine Veranstaltung zum Buback-Nachruf und insbesondere zur Solidarität mit dem suspendierten Peter Brückner durch.

Der Tenor der Veranstaltung – gerade im Zeichen ungeheurer Hetze und Verfolgung – richtete sich gegen die „Untertanenangst" und beinhaltete die Erfahrung der Herausgeber, die Angst nicht durch „individuellen Rückzug", sondern durch „gemeinsames solidarisches Handeln gegen die konzertierte Reaktion" überwinden zu können. Mit einer Darstellung der Entwicklung der staatlichen Gewalt seit Kriegsende wurde das Argument der Distanzierer entkräftet, die „RAF" habe die heutige staatliche Gewalt hervorgerufen.

„Der Staat schützt uns nicht vor der RAF, sondern sich vor den Bürgern". Peter Brückner setzte sich nachdrücklich für die Wahrnehmung des politischen Mandats **„nicht im Sinne des Allgemeinwohls"**, sondern, **„im Sinne der Ausgebeuteten"** ein und betonte die Notwendigkeit einer breiten Front bis weit in die liberalen Kreise hinein gegen die staatliche Unterdrückung: **„Es ist der gleiche Apparat, der uns das Maul abschneidet"**, und **„wenn der Rechtsstaat die Abschaffung des Rechtsstaats ist, dann ist es schlichte bürgerliche Pflicht, den Widerstand zu leisten."** Trotz breiter Zustimmung der Anwesenden zu diesem Aufruf, konnten in der kurzen Diskussion keine konkreten Schritte in diese Richtung mehr beschlossen werden. Immerhin hat die Vollversammlung der PH-Studenten einen Tag später einstimmig beschlossen, zum Auftakt des Uni-Streiks am Tag der dritten Lesung des baden-württembergischen LHG eine gemeinsame Demonstration aller Westberliner Hochschulen und demokratischen Kräfte durchzuführen.

Wie notwendig die weitere Solidarisierung mit den Herausgebern der Buback-Dokumentation ist, wurde schon am Tag nach der Veranstaltung deutlich. Sprecher von SPD, CDU und FDP *„rügten die skandalösen Vorgänge"* bei der Veranstaltung und forderten, *„mögliche Konsequenzen für die Beteiligten zu prüfen"* (lt. Tagesspiegel, 27.10.). Wie schon in Niedersachsen im Fall Peter Brückners, soll nun offensichtlich auch in Westberlin einer der zwölf Herausgeber, Prof. Hellmut Lessing von der PH, wegen des von ihm gehaltenen Beitrags zur Entwicklung der staatlichen Gewalt herausgestellt und besonders an den Pranger gestellt werden. Die CDU warf ihm *„gefährliche Denkensart"* vor und verwarf die angebliche Methode Senator Glotz', keine Disziplinarmaßnahmen zu ergreifen, sondern *„nur zu diskutieren"* (während die Staatsanwaltschaft ermittelt!), als „fruchtlos". Der 'liberale' Dittberner (FDP) erklärte, Lessing habe *„das Feld rational diskutierbarer Auffassungen verlassen"*, weil er nicht den *„Terrorismus als die gegenwärtige Hauptgefahr für unsere politische Kultur erkenne und bekämpfe"* (Tsp, 27.10).

Senator Glotz selbst, der Lessing *„eine groteske Verzerrung der politischen Wirklichkeit in unserem Land"* vorwarf, scheint sich noch nicht sicher, ob er disziplinarische Maßnahmen ergreifen soll, hatte er doch schon mehrfach die Furcht geäußert, „falsche Solidarisierungen" an den Hochschulen hervorzurufen. Vorerst setzt er auf *„öffentlich geäußerte massive Gegenkritik"* und hofft, Lessing dadurch zu isolieren, *„daß die Kollegen von Prof. Lessing es an einer Gegenkritik vor den Studenten nicht fehlen lassen werden"* (Tsp, 27.10.).

SSB/Westberlin

Es rumort im Schwabenland

Nur 3 Tage nach Semesterbeginn an den Universitäten in Baden-Württemberg, am 20.10., verabschiedete der Landtag mit den Stimmen der CDU in 2. Lesung das neue Landeshochschulgesetz (LHG), in dem als hervorstechendste reaktionäre Maßnahme die vollständige Liquidierung der Verfaßten Studentenschaft vorgesehen ist. Am 10.11. soll schon die entscheidende 3. Lesung sein.
Die Landesastenkonferenz (LAK) hatte mit der Mehrheit der Basisgruppen-ASten im September beschlossen, darauf mit regionalen Demonstrationen am 20.10. und einem landesweiten Streik ab 3.11. mit zentraler Demonstration in Stuttgart am 9.11. zu antworten, der bei Annahme dieses LHG zu einem bundesweiten Streik ausgedehnt werden soll.
Zur Zeit laufen an den meisten baden-württembergischen Hochschulen die Urabstimmungen zur Vorbereitung des Streiks. Der Vorbereitungsstand ist von Hochschule zu Hochschule sehr unterschiedlich, was zum einen in der unterschiedlichen Couleur der jeweiligen ASten (und dem zugrundeliegenden politischen Kräfteverhältnis) begründet liegt, zum anderen in einer vorübergehenden Verunsicherung einiger ASten angesichts der gesteigerten Terroristenhetze gegen die Hochschulen nach dem Schleyer-Auffinden. Auch in anderen Bundesländern hat es mittlerweile eine Reihe von Beschlüssen zur Unterstützung des Kampfes gegen die Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft gegeben, trotz des VDS-Mehrheitsbeschlusses, der ein Ausdehnen der Streikfront von Baden-Würtemberg auf die gesamte Studentenbewegung der BRD und Westberlin ausdrücklich ausschloß.

Schleyer und seine Folgen

Zunächst sah es allerdings nicht sehr gut aus mit den Vorbereitungen. Das Bekanntwerden des Auffindens der Leiche Schleyers stiftete einige Verwirrung. In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag, dem Tag der 2. Lesung, wurden an einer Reihe von Hochschulen die Demonstrationen bzw. die Beteiligung an anderen Demos abgesagt, so u.a. in Karlsruhe, Freiburg, Mannheim, Eßlingen, Reutlingen (PH), Aalen/ Schwäbisch-Gmünd. Z.T. wurde - wie in Karlsruhe - die gemeinsam von mehreren ASten am Ort getragene Demo von einzelnen ASten (Uni Karlsruhe) wieder abgesetzt. Begründung war in allen Fällen, daß angesichts des verschlechterten politischen Klimas in der Bevölkerung aber auch unter den Studenten die Demo wenig Sinn hätte. Stellvertretend für viele sei hier der AStA der Uni Freiburg („Gewerkschaftlich orientiert", GEW/ ÖTV/LHV) zitiert, von dem uns als einzigem eine schriftliche Stellungnahme vorliegt. *„Heute keine Demo! Der AStA und die ihn tragenden Gruppen GEW/ÖTV und LHV sagen hiermit die für heute angekündigte Demonstration anläßlich der 2. Lesung des neuen LHG ab.*

Dafür waren zwei Argumente ausschlaggebend:
1. Die heutige Demonstration hätte keine Unterstützung außeruniversitärer gesellschaftlicher Kräfte. Die Parteien SPD und F.D.P. (!) rufen nicht auf, der Bezirksausschuß der GEW Südbaden entsendet keinen Redner auf die Abschlußkundgebung.
2. Noch wichtiger scheint uns ein zweites Argument: Die Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer hat zu einer Emotionalisierung der Bevölkerung in höchstem Maße geführt. Aus diesem Grunde ist eine sinnvolle Vermittlung der studentischen Problematik wohl kaum möglich. Die aufgestauten Aggressionen richten sich gegen alles, was sich als links versteht, erst recht (?!) gegen eine studentische Demonstration.

Wir rufen alle Studenten auf, sich an einer Demonstration gegen das LHG am 4. November zu beteiligen. Zu dieser Demonstration werden die Parteien (?) und Gewerkschaften aufrufen und Teilnehmer entsenden; es steht weiterhin zu hoffen, daß die Emotionen in der Bevölkerung zum größten Teile wieder abgebaut (?) sind, was die Effektivität dieser Demonstration gewährleisten wird" („asta-info" 20.10.).

Besonders der zweite Punkt war auch ein Argument einiger Basisgruppen-ASten, die Demonstrationen abzusetzen bzw. eine Absetzung zu erwägen. Dazu trug sicher auch bei, daß in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag von führenden Basisgruppenvertretern ein Rundruf an alle ASten gemacht wurde, bei dem gefragt wurde, ob sie noch demonstrieren wollten, was sicher vorhandene Stimmungen, jetzt erst einmal den Kopf einzuziehen, stärkte. Für die MSB/SHB/ Juso-ASten war jedenfalls dieser „Rundruf" das Startsignal, sofort alle möglichen Demonstrationen abzusagen, bzw. die ohnehin eher dürftige Mobilisierung sofort einzustellen.

Eine Reihe von Demonstrationen fand dennoch statt, und zwar zumindest in Tübingen, Freiburg, Stuttgart. Besonders bemerkenswert ist dabei das Zustandekommen der Freiburger Demo, die auf der Uni-VV vom 20.10. mit großer Mehrheit gegen den AStA durchgesetzt wurde - auf Vorschlag einer Aktionseinheit, bestehend aus KHG, Fachgruppen (meist KHG-nahe), FAUST (Spontis),GIM, MRI („marxistisch-reichistische Initiative") und KB-Sympathisanten.

Die stattfindenden Demonstrationen verbuchten -im Gegensatz zu den o.a. Voraussagen - durchaus positives Echo in der Bevölkerung, zumindestens jedoch „normales". Aber selbst wenn das Echo - verständlicherweise aufgrund der bürgerlichen Pressehetze (die nämlich die Ursache der „Emotionalisierung" der Bevölkerung ist, verehrter AStA Uni Freiburg), überwiegend negativ gewesen wäre, wäre dies u.E. noch kein Grund gewesen, auf die Demonstration zu verzichten, und damit zugleich auf den Auftakt der zeitlich ohnehin eng befristeten Streikvorbereitungen. Kann man nicht heutzutage mit dem Hinweis auf die Bevölkerung alle Kampfaktionen der Studenten ablehnen? Ist es nicht gerade so, daß wir, um einer Gefahr der Isolierung entgegenzuwirken, gerade dann öffentlich protestieren müssen, wenn alle anderen eingeschüchtert sind? Hat nicht die „APO" gerade dadurch Bündnispartner gewonnen, daß sie nicht „auf bessere Zeiten gewartet" hat, sondern z.T. auf dem Höhepunkt gigantischer Hetze gegen das „verlauste Studentenpack" ihren Protest auf die Straße getragen hat? Wo wäre der Protest gegen den Krieg in Vietnam geblieben, um nur ein krasses Beispiel zu nennen, wenn nicht die Studentenbewegung trotz der in der Bevölkerung damals noch stark verankerten Propaganda von „Amerika, das die Freiheit Westberlins in Vietnam verteidigt", Demonstrationen auf die Beine gestellt hätte? Das kann nicht heißen, daß wir nicht den günstigsten Zeitpunkt für Aktionen wählen sollten, nur ist dieser günstigste Zeitpunkt nicht immer der, an dem „die Bevölkerung (vertreten durch „Bild" usw) größtes Wohlwollen" zeigt. In diesem Fall kam es darauf an, trotz der Hetzkampagne, oder auch gerade deswegen (und dagegen) zu demonstrieren, denn die Studentenbewegung hat überhaupt gar keinen Grund, eine offensive Antwort auf die Sympathisantensumpf-Hetze zu unterlassen. Sie hätte sogar die Pflicht, als ein Bereich der Gesellschaft, in dem die Hetze sicherlich noch am wenigsten verfängt, als erste voranzugehen, um gegen die Zustände an den Hochschulen und im ganzen Land zu rebellieren.

Solidarität bundesweit

Dank der Tatsache, daß sich viele Studenten nicht davon haben abbringen lassen, doch auf die Straße zu gehen, sieht der Stand der Vorbereitungen in Baden-Würtemberg z.Z. schon recht ermutigend aus. Und dies obwohl z.B. der Uni-AStA Freiburg seine Sabotagetätigkeit nach seiner Uni-VV- Niederlage keineswegs einstellte. Dort war nicht nur die Demonstration, sondern auch der von der LAK empfohlene landesweite Streik gegen seinen Willen (mit 1300: 60 Stimmen!!) beschlossen worden - der AStA hatte sich auf eine „Aktionswoche" beschränken wollen. Nachdem der AStA die von der Uni-VV beschlossene und vom Streikrat in Angriff genommene Urabstimmung durch eine Gegen-„Urabstimmung" für seinen abgebürsteten Vorschlag kaputtmachen wollte, erklärte sogar der AStA-Junior-Koalitionspartner LHV, da nicht mehr mitzumachen, und rief öffentlich zur Unterstützung der Streikrat- Urabstimmung auf (sieh da, die Liberalen!). Ähnliches geschah dem MSB/SHB-AStA Hohenheim/ Stuttgart. Gegen seinen Vorschlag, Streik ab 28.11., wurde der landesweite Streik ab 3.11. beschlossen.

Mittlerweile haben auch in anderen Regionen VVs, ASten und LAKs beschlossen, zum von der LAK Baden-Württemberg und der BG-Fraktion in den VDS vorgeschlagenen Zeitpunkt mit in den Streik zu treten. So z.B. die LAK Hessen, die PH-VV Westberlin (die einzige VV, die bisher in diesem Semester in Westberlin stattgefunden hat), der AStA der Fachhochschule Hamburg, der seine Wiederwahl nur dadurch sichern konnte, daß er diese Vorschläge der linken SP-Opposition übernahm und seine eigenen strich (mittlerweile versucht der MSB auf Bereichs-VVs diesen Beschluß zu „kippen", was ihm leider auch in bisher drei Fällen gelang).

Insgesamt stehen die Chancen nicht schlecht, daß sich die Studentenbewegung auf ihre immer noch nicht totzukriegende Stärke besinnt, und sofort den Widerstand gegen die Pläne zur restlosen Zerschlagung der demokratischen Rechte an den Hochschulen aufnimmt.

Bündniskommission
KB / Gruppe Hamburg



Karlsruhe. Nachdem der AStA die Demonstration gegen das LHG aus Anlaß der Schleyer-Entführung zunächst abgesagt hatte, wurde dann mit einwöchiger „Verspätung" am 27.10. doch demonstriert.

Setzen sich die Narr's durch?
Die Göttinger SB-Hochschulgruppe hatte im vergangenen Semester sehr klare Positionen in der Buback-Kam- Daran wird sich in nächster Zeit auch kaum etwas ändern. Die Genossen müßten also schon einmal definieren, im letzten Semester noch geschrieben: „Trotz aller Differenzen ist sich die Linke an der Uni einig im Kampf für
dabei das Zustandekommen der Frei- verfängt, als erste voranzugehen, um KB / Gruppe Hamburg



Karlsruhe. Nachdem der AStA die Demonstration gegen das LHG aus Anlaß der Schleyer-Entführung zunächst abgesagt hatte, wurde dann mit einwöchiger „Verspätung" am 27.10. doch demonstriert.

Setzen sich die Narr's durch?

Die Göttinger SB-Hochschulgruppe hatte im vergangenen Semester sehr klare Positionen in der Buback-Kampagne bezogen und den „gemäßigten Kräften" im SB vorgehalten: *„Der Vorwurf, der Buback-Artikel hätte nicht gedruckt werden dürfen, trägt nicht zur Verbesserung der Strategie der Linken bei ... Auch einige Genossen in der 'links'-Redaktion sollten nicht vor Opportunismus umfallen, sondern Farbe bekennen."*

Mit solchen Positionen scheint es nun vorläufig zuende zu sein. Aber das Einschwenken auf den offiziellen SB-Kurs bereitet offensichtlich noch einige Mühe, und die Genossen verwickeln sich in Widersprüche, obwohl sie es in dem Papier vorsorglich unterlassen haben, zur konkreten Lage an der Göttinger Uni Stellung zu nehmen und stattdessen bei sehr allgemeinen Aussagen verharren.

Da heißt es etwa nach einer Aufzählung der staatlichen Repressionsmaßnahmen der letzten Zeit, der eine Auflistung der jüngsten „RAF"-Aktionen beiseitegestellt wird: *„In dieser Situation bieten die Bomben und Salven der RAF für die etablierten Parteien den Anlaß, die noch isolierte außerparlamentarische Linke von den Kämpfen gegen die autoritäre Entwicklung der BRD abzulenken."* Wahr gesprochen, möchte man meinen, da wird den SB-Chefs doch wieder mal ganz gehörig eins ausgewischt (oder wer sonst sollte hier gemeint sein?). Schlußfolgerung müßte dann ja eigentlich sein, sich nicht vom Kampf gegen die Repression ablenken zu lassen, insbesondere wenn man dieses Manöver so klar durchschaut hat.

Aber weit gefehlt! Die Genossen schreiben vielmehr: *„Schon deshalb kommt es heute für uns darauf an, die Auseinandersetzung mit dem Terrorismus offensiv zu führen"* (Hervorhebung im Original). Objektiv ist es aber doch eher so, daß die Terrorismus-!debatte der Linken aufgezwungen wird — sei es durch die Sympathisantenhetze des Staates oder auch durch die Aktionen der RAF selbst.

Daran wird sich in nächster Zeit auch kaum etwas ändern. Die Genossen müßten also schon einmal definieren, was sie unter einer „offensiven Auseinandersetzung" verstehen, schweigen sich aber leider dazu aus.

Jedenfalls soll die „offensive Auseinandersetzung" nicht das Ziel haben, *„uns selbst von irgendwelchen irrwitzigen Terrorismus-Vorwürfen reinzuwaschen"* — das wäre ja wohl auch zu „defensiv". Weshalb also diese „Offensive"? Antwort: *„Weil es nicht angeht, daß wir uns seit Jahren mehr oder weniger schweigend die Morde unterschieben lassen..."* Man sieht schon, ein normaler Sterblicher kommt bei diesen logischen Höhenflügen nicht mit. Aber vielleicht erklären die Genossen bei Gelegenheit einmal den Unterschied von „sich reinwaschen" und „sich nicht unterschieben lassen"...

Noch rätselhafter klingt freilich die folgende Passage: *„Mehr und mehr provoziert der Staat, indem er die legalen (parlamentarisch abgesicherten) Gewaltreserven der bürgerlichen Demokratie offenlegt, linken Widerstand und wartet nur auf das sich verkehrte Wehren, um draufschlagen zu können."* Wer oder was ist das falsche sich Wehren? Der Terrorismus kann wohl kaum gemeint sein, da man ihn innerhalb des SB sicher nicht (mehr) als „linken Widerstand" bezeichnen darf. Und weiter: Schlägt der Staat auf das richtige sich Wehren nicht drauf? Fragen über Fragen! Man wird jedenfalls das dumpfe Gefühl nicht los, daß hier eine bekannte Parole neu gefaßt werden soll: „Wer sich falsch wehrt, lebt verkehrt..."

Zugunsten ihrer neuen Orientierung sind die Genossen offenbar auch bereit, eigene Einschätzungen glatt in ihr Gegenteil zu verkehren. Man beklagt sich heute, daß es *„Identifikationsschwierigkeiten mit dem letzten (?) AStA und seiner Politik"* gegeben habe, die man endlich zur Kenntnis nehmen müsse, statt die *„geballte Volksmacht zu beschwören"*. Ganz im Gegensatz dazu hatten die Genossen im letzten Semester noch geschrieben: *„Trotz aller Differenzen ist sich die Linke an der Uni einig im Kampf für das allgemein-politische Mandat. 4000 Studenten demonstrierten Mitte Juni erneut für den Erhalt des politischen Mandats, das sind mehr als überhaupt Studenten linke Gruppen ... wählten! ... Uni-VVs waren niemals so gut besucht wie in dieser Auseinandersetzung."* Da sieht man, wie subjektiv Einschätzungen sein können!

Des Pudels Kern enthüllen die Genossen dann am Schluß ihres Papiers: Schwerpunkt der Arbeit müßten jetzt die Fachschaftsräte sein. Diese dürften nicht länger für die AStA-Politik *„instrumentalisiert"* werden, sondern müßten wieder zu ihrem *„ursprünglichen Arbeitsfeld"* zurückkehren: *„Infragestellen des Arbeitsgegenstandes, der bürgerlichen Wissenschaft, Organisation der Formen, in denen diese Kritik betrieben werden kann; Prüfungsverschärfungen, Regelung der Studienzeiten usw."*. Das ist also das karge Brot, das die Genossen zur Stabilisierung des „demokratisch-sozialistischen Potentials" an den Hochschulen anzubieten haben.

Einige vorangesetzte Sprüche über die Notwendigkeit, den AStA zu erhalten und das politische Mandat wahrzunehmen, haben dabei wohl nur Alibi-Funktion. Offenbar spekulieren die Genossen darauf, auf diesem (angeblich) „basisnahen" Arbeitsfeld die Bourgeoisie nicht zum Draufschlagen zu „provozieren". Sicherlich werden sie darin bald eines besseren belehrt werden

Wie schädlich dieses Wegtauchen für die Linke insgesamt und für eine gemeinsame Widerstandsfront ist, darüber ist in dieser Zeitung häufig genug geschrieben worden. Hinzuzufügen bleibt, daß die SB-Genossen wenig Ehrlichkeit bei ihrem jetzigen Vorgehen zeigen. Als Minimum wäre von ihnen zu erwarten, daß sie ihren Kurswechsel offen zugeben und zur Diskussion stellen, anstatt sich im Schleier allgemeiner Sentenzen vorsichtig von früheren Positionen davonzustehlen.

„Jetzt langt's aber"

Hannover: Dem niedersächsischen Wissenschaftsminister Pestel langt's offenkundig immer noch nicht: nach der Suspendierung des Psychologieprofessors Peter Brückner erteilte er diesem jetzt auch noch Hausverbot und leitete gleichzeitig ein Disziplinarverfahren gegen ihn ein. Das alles geschieht mit der bemerkenswerten Begründung: *„In einer Zeit, in der die Allgemeinheit auf allen Gebieten verstärkte Anstrengungen zur Bekämpfung grundgesetzwidriger, gewaltsamer Bestrebungen unternimmt, ist es unabweisbar erforderlich, daß Sie, der Sie Ihre feindselige Einstellung gegen unseren Staat immer wieder zum Ausdruck gebracht haben, Ihren Dienstgeschäften an der Hochschule fernbleiben."*

Keine Frage ist, daß mit dieser Begründung hunderte von Hochschullehrern gefeuert werden könnten - Brückner ist insofern tatsächlich nur die Spitze eines Eisberges. Allzu deutlich wird, daß mit Peter Brückner ein Hochschullehrer gemaßregelt werden soll, der seine kritische Einstellung zu diesem Staat nie verheimlicht hat. Diese Tatsache führte auch dazu, daß die Solidarisierung breiter Teile an der Technischen Uni in Hannover nicht lange auf sich warten ließ: *„Die Mitarbeiter aller sozialwissenschaftlichen Seminare .... protestierten in einer gemeinsamen Erklärung gegen das Vorgehen des Ministeriums. Ähnliche Resolutionen kamen von verschiedenen anderen Hochschulen und dem Ausland"* („FR", 27.10). Als dann der AStA eine Solidaritätsveranstaltung ansetzte und der Rektor diese sogar genehmigte, drehte Pestel durch: er belegte Brückner mit Hausverbot. Die Veranstaltung fand trotzdem statt. Allerdings mußte dafür in die Mensa ausgewichen werden, die nicht unter der Regie des Kultusministeriums steht.

Dieser Willkürakt, der die öffentliche Auseinandersetzung verhindern sollte, sorgte jedoch wiederum für eine breite Solidarisierung: der Rektor der TU, Massing, selbst sprach auf der Veranstaltung und *„wertete das Hausverbot als Versuch, die Meinungsfreiheit Brückners und des AStA einzuschränken"* (ebenda). Mit 1200 Teilnehmern war dies denn auch eine der bestbesuchtesten Veranstaltungen der letzten Zeit an der TU.

Noch am 27.10. frohlockte der „Welt-Hetzer" Loewenstern: *„Im Augenblick findet keine so leidenschaftliche Kampagne zugunsten Brückners statt wie damals (gemeint ist die Zeit der ersten Suspendierung 1974, Anm. AK), sodaß die Möglichkeit nicht undenkbar erscheint, daß dieser seltsame Lehrer der Jugend seinen Lehrstuhl verliert."* So hätten sie's gern. Sicher, eine Solidarisierung ist in der gegenwärtigen Zeit schwieriger, da der erste Schock der Einschüchterung und Distanzierung noch längst nicht überwunden ist. Allerdings werden nach Hannover schon jetzt in verschiedenen Städten Solidaritätsveranstaltungen geplant. Gerade diese Veranstaltungen können über den konkreten Fall Peter Brückners hinaus bewirken, daß sich die studentische Linke darauf besinnt, daß es höchste Zeit ist, daß sie in aller Geschlossenheit diesen Angriffen entgegentritt. Mit Peter Brückner wird ein Teil dessen verteidigt, was die Studentenbewegung sich in den lezten zehn Jahren erkämpft hat. „Wenn die Abschaffung des Rechtsstaats jetzt der Rechtsstaat sein soll, dann ist es sogar beste bürgerliche Tradition zu sagen: jetzt langt's uns aber" (Peter Brückner).

Hüh oder hott?

Bonn: Die Frage nach der Solidarität mit dem Göttinger AStA und mit den Leuten, die wegen der Herausgabe des „Buback-Nachrufs" kriminalisiert werden sollen, ist zum Prüfstein linker Politik geworden. Während die Reaktion einiger Hochschulgruppen auf die Ereignisse einstweilen absehbar war (so MSB und SHB), ist das Verhalten anderer Organisationen oft unklar, fast „unberechenbar".

Die „GRZ" („Gruppe Rheinische Zeitung", Theoriezirkel, der erhebliche Schwachpunkte gegenüber der DKP hat) hat in ihrem Stammquartier Bonn einige Beispiele dafür geliefert. Schon nach den ersten Angriffen auf den Göttinger AStA im Mai und nach der Veröffentlichung des Mescalero-Artikels durch 35 Bonner Studenten hatten die IGs (Institutsgruppen, Ableger der „GRZ" an der Uni) mit Standortschwierigkeiten zu kämpfen. Die Palette ihrer Äußerungen reichte damals von *„isoliert die Selbstmordstrategen von Göttinger AStA"* und *„keine Solidarität mit der Gruppe 35"* bishin zur Forderung *„Solidarität mit den 35"*.

Nach der Absetzung des Göttinger AStA stellte sich das Problem für die Genossen von den IGs erneut, ein Problem, über das ihrer Meinung nach eher Gras wachsen sollte. So brachten sie denn Anfang Oktober ein Flugblatt heraus („Des Staates 'klammheimliche Freude'"), in dem sie die Frage Göttingen wiederbelebten. Und sie belebten auch die altbekannten Positionen wieder: *„Die Veröffentlichung des Buback-Artikels lieferte eine Institution ans Messer, durch die in der vergangenen Zeit studentischer Widerstand organisiert und radikaldemokratische und linke Positionen verbreitet wurden. Zwar (!) wurden in der bürgerlichen Presse meist nur die 'schlimmen' Stellen des 'Nachrufs' zitiert, aber leider wurde damit die prinzipielle Richtung des Artikels richtig (!) dargestellt. Ob fröhliche Gewalt oder keine - das Verfolgen einer unmittelbaren Provokations- und Konfrontationsstrategie gegenüber dem Staat bzw. seinen Repräsentanten ist der Grund, weshalb solche Politik willkommener Anlaß sein konnte, die Zerschlagung der VS in Göttingen anzugehen".*

Die staatlich angeordnete „Distanzierung vom Terrorismus" konnte nicht besser gelingen, wenn nun schon der bürgerlichen Presse von Sozialisten die Bescheinigung ausgestellt wird, über einen linken Artikel „richtig" berichtet zu haben.

Die Konsequenz ist folgerichtig: flugs wird die Ausschreibung von Neuwahlen gefordert, damit sich die *„Studenten der Göttinger Uni ... nicht staatlicherseits die Entscheidung abnehmen lassen, ob sie einen Kaputtnik-AStA haben wollen oder nicht".* Angesichts dieser Forderung ist die Verbitterung der IGs über Pestel nur zu verständlich, daß er den AStA nicht amtsenthoben, sondern 'nur' suspendiert hat.

Um so ertrischender ist die neueste Kehrtwendung der IGs, wenn sie zur Demo am 9.11. in Göttingen aufrufen, da *„die Suspendierung ein Schlag gegen die Wahrnehmung des politischen Mandats"* ist. Ob dies ein Schritt heraus aus ihrem Ghetto der „Absicherung sozialistischer Politik" ist, bleibt abzuwarten.

SSB/Bonn

Göttinger AStA bleibt suspendiert

Dieses Urteil fällte das Verwaltungsgericht Hildesheim am 20.10.77 über den Widerspruch des Göttinger AStA gegen den sofortigen Vollzug seiner Suspendierung (d.h. sofortiger Rausschmiß aus den Räumen sowie Sperrung der Konten).

In der Begründung heißt es: *»Das Gericht hielt ein überwiegend öffentliches Interesse an der sofortigen Vollziehung für gegeben, weil der gegenwärtige AStA seit Beginn seiner Amtszeit und trotz Beanstandung durch den Rektor fortlaufend ein allgemeinpolitisches Mandat beansprucht und wahrgenommen habe«* (»Göttinger Tageblatt«, 22.10.).

Mit diesem Urteil ist die »Rechtsstaatlichkeit« wieder einmal eindrucksvoll unter Beweis gestellt worden. War die e i n z i g e Begründung für die Suspendierung des AStA vor fünf Wochen noch die angebliche Beteiligung an der Herausgabe eines Flugblattes »Schleyer — kein Nachruf« (BUF-Info 3), so wurde nun angesichts der noch nicht einmal formaljuristisch stichhaltigen Begründung ein völlig anderer Sachverhalt zur Urteilsbegründung herangezogen: Wahrnehmung des Politischen Mandats seit Semestern und sogar noch nach der Suspendierung des AStA!!

In einem elfseitigen Schreiben hatte Rektor Beug dem Gericht die Beweise hierfür geliefert, die von der Unterstützung des Streiks im Wintersemester 76/77 über Aufrufe zu Anti-AKW-Demos bis hin zur momentanen Arbeit des AStA reichen. Hierin wird auch der ganze Zynismus auf die Spitze getrieben: Die Suspendierung wird damit gerechtfertigt, daß der AStA nach seiner Suspendierung nicht in der Versenkung verschwunden ist, sondern weiterhin die ihm von den Studenten übertragenen Aufgaben wahrgenommen hat.

Die Provokation dieses Urteils stellt dringlicher denn je die Aufgabe eines breiten Linksbündnisses zur Verteidigung des Göttinger AStA und damit des uneingeschränkten Politischen Mandats der Verfaßten Studentenschaft.

Anders jedoch als im letzten Semester zeigt es sich, daß gerade Gruppen wie das SB und die GIM, die im Sommer noch Bestandteil der Unterstützerbewegung um den Göttinger AStA waren, heute angesichts des verschärften ideologischen Klimas ihre Bündnispartner eher in den Reihen des SHB und der Jusos suchen, ohne noch ernsthaft die Möglichkeiten eines gemeinsamen Vorgehens aller linken Kräfte in konkreten Solidaritätsaktionen ins Auge zu fassen. So lehnten es z.B. auf der ersten Göttinger Uni-VV, die mit 2.000 Studenten sehr gut besucht war, SHB, SB und Jusos ab, einer gemeinsamen Resolution von AStA und Fachschaftsräten zuzustimmen, obwohl sie mit den dort vorgeschlagenen Solidaritätsaktionen durchaus übereinstimmten. Stattdessen legten sie einen eigenen Resolutionsvorschlag vor, der als wesentlichen, für sie unverzichtbaren Punkt eine Verurteilung des Terrorismus enthielt. Sie konnten damit jedoch keine Mehrheit erzielen. Damit begehen sich diese Gruppen auf den verhängnisvollen Weg, eine Terrorismus-Debatte an die Stelle von Solidaritätsaktionen zu setzen sowie die Form und Schärfe einer Distanzierung vom Terrorismus zum entscheidenden Gradmesser für ein gemeinsames Vorgehen zu machen. Die Stärke der massenhaften Verteidigung des Göttinger AStA im vergangenen Semester hatte allerdings gerade darin gelegen, unabhängig von unterschiedlichen politischen Auffassungen — z.B. in der Stellung zu den Positionen des Mescalero-Artikel — elementare Rechte zu verteidigen.

KHB Göttingen

Störung von Lehrveranstaltungen = Terror

Kiel: In einem Sonderbericht der „Kieler Nachrichten" („KN") vom 26.10. meldet sich der Vizepräsident der Universität Kiel zu Wort. Prof. Dr. Werner Kaltefleiter, ehemaliger Nixon-Wahlhelfer und Ankläger in mehreren Ordnungsrechtsverfahren gegen Studenten der Uni Kiel läßt an seinen Ansichten über die Zukunft der Hochschulen keinen Zweifel.

Nach einem allgemeinen Hin und Her über den Terrorismus, wo er die Kritik an den Polizeistaatsmaßnahmen kurzerhand mit *„Unkenntnis, Dummheit oder diffamierender Absicht"* unter den Tisch wischt, kommt er zur Frage der Hochschulreform nach 1968. *„Man entdeckte die Reformbedürftigkeit der Universitäten, deren überholte Strukturen angeblich die Ursachen des Terrors an den Hochschulen seien. So reorganisierte man die Universitäten und schuf Strukturen, in denen sich Zellen des terroristischen Vorfeldes bilden konnten, aus denen sich die Terrorszene stets neu rekrutieren kann."*

Nicht zuletzt die Demonstration in Brokdorf und an anderen Kernkraftwerksbauten würden beweisen, daß an den „reformierten Hochschulen" sich *„Aufmarschbasen für den Kampf gegen den demokratischen Staat befinden."*

Der Professor fährt fort: *„Je entschiedener die Universitäten ‚reformiert' oder nach ‚Reformmodellen' neu gegründet wurden, desto breiter ist das terroristische Vorfeld in diesen Einrichtungen."*

Nachdem nun so „bewiesen" wurde, von einem, der es ja wissen muß, daß die Abschaffung der Ordinarienuniversität Schuld am Terrorismus sei, wird als weiterer „Beleg" nachgeschoben, daß es in Kiel vergleichsweise wenig „Terroristen" gäbe - natürlich aufgrund der *„vergleichsweise vorsichtigen Universitätsreform in Schleswig-Holstein."*

Womit der Herr Professor dankenswerterweise das reaktionäre Klima an der Kieler Universität zugibt, einer Universität immerhin, die als erste das Ordnungsrecht mit Urteilen bis zur sofortigen Entfernung von der Universität praktizierte.

Von der Störung von Vorlesungen zum Attentat auf Schleyer führt ein gerader Weg - gemäß dieser These warnt Kaltefleiter entsprechend vor: *„Dessen muß sich jeder Student bewußt sein, der auch aus scheinbar plausiblem Anlaß sich gelegentlich an wie auch immer deklarierten Aktionen beteiligt. Terror ist unteilbar. Es gibt keine 'nur Gewalt gegen Sachen' und keine 'nur Störung von Lehrveranstaltungen'. In die Regeln des Rechtsstaates kann man nicht nach Belieben wie in ein Taxi ein- und aussteigen. Revolutionäres Gefasel, auch wenn es sich stets hinter dem pervertierten Wort 'demokratisch' verbirgt, legitimiert keine Gewalt."*

Als einen wirksamen Schritt in Richtung besserer 'Rechtsstaat' kann sich Kaltefleiter ein Verbot der K-Gruppen sehr gut vorstellen (inklusive der DKP - versteht sich): *„Nicht aus der Illusion, daß diese Gruppen nach einem Verbot verschwinden würden, nicht um deren Aktivitäten in den Untergrund zu drängen - dort sind sie schon - sondern um ihnen den Schein der Legitimität zu nehmen und sie dadurch stärker zu isolieren und um im terroristischen Vorfeld besser greifbare Tatbestände zu erlangen."*

Diese Ausführungen lassen keinen Zweifel mehr offen woher der Terrorismus kommt - dagegen ist die „RAF" vergleichsweise harmlos.

KB/Gruppe Kiel

AStA bricht Solidaritätsbeschluß

Bielefeld. Eine böse Überraschung erlebten MSB, SHB und Jusos auf der Uni-VV vom 27.10. Ihre lange Zeit ungefährdete Position wurde deutlich angeschlagen: Mit 347 zu 218 Stimmen verabschiedete die Versammlung eine Resolution, in der zur Solidarität mit dem Göttinger AStA aufgerufen wird, die Überweisung von 500 DM auf das Solidaritätskonto und die Teilnahme an der Demo am 9.11. in Göttingen beschlossen wurde. Noch schlimmer kam es für diesen MSB/SHB/Juso-AStA, als die VV einen Antrag verabschiedete, in dem die Einsetzung eines unabhängigen Untersuchungsausschusses über die zweifelhaften »Selbstmorde« in Stammheim gefordert wird. Schon am nächsten Tag ließ der AStA über die Presse verlauten, daß er keineswegs gewillt sei, den VV-Beschlüssen nachzukommen. Das Geld an den Göttinger AStA werde er nicht

daß er keineswegs gewillt sei, den VV-Beschlüssen nachzukommen. Das Geld an den Göttinger AStA werde er nicht

überweisen, da dies eine Provokation sei, um den Bielefelder AStA wegen Wahrnehmung des Politischen Mandats in Schwierigkeiten zu bringen!

Ebenfalls ließ er gegenüber der Presse durchblicken, daß *»die Mehrheit der Studenten nicht ahnte, daß kommunistische Gruppen die Gelegenheit* (gemeint ist die VV- Anm. AK) *benutzen würden, zu den Vorfällen in Stammheim Stellung zu nehmen. ... Wie verlautet, will der AStA in einer Vollversammlung am 7. November versuchen, die Scharte auszuwetzen, indem er den Stammheim-Antrag zu Fall bringt«* (»NW«, 28.10.77).

Das ist also das Ziel, das sich diese sauberen »Demokraten« für die nächste Zeit gesetzt haben! Soll auf der Uni-VV vielleicht ein Glückwunschtelegramm an Kanzler Schmidt wegen der »erfolgreichen Terrorismusbekämpfung« verabschiedet werden?! (Ein Wunder wär's ja nicht angesichts der Stellungnahmen aus der Sowiet-

kämpfung« verabschiedet werden?! (Ein Wunder wär's ja nicht angesichts der Stellungnahmen aus der Sowjet-

union...). Hoffentlich wird dieser Schrott bald abgewählt!

Hochschulgesetze: Angestellte

Hochschulgesetze: Angestellte auch betroffen

Hamburg: Bisher ist im Wesentlichen die Entrechtung der Studenten durch das geplante neue Hamburger Hochschulgesetz bekannt geworden. Darüberhinaus enthält es starke Einschränkungen der Rechte der Angestellten der Universität.

Den Professoren soll in allen Selbstverwaltungsgremien eine 51% ige Mehrheit gegeben werden. Bisher war es noch möglich, die Professoren bspw. im Institutsrat (ein Gremium, in dem die Belange einer größeren Abteilung besprochen werden, dort wird z.B. der Geschäftsführende Direktor des Institutes gewählt, oder Maßnahmen für Sicherheit am Arbeitsplatz beschlossen) zu überstimmen, indem die Gruppe der Assistenten, die Gruppe der Studenten und die Gruppe des Technischen- und Verwaltungspersonals (TVP) gemeinsam gestimmt haben.

Besonders einschneidend ist hier, daß die Mitbestimmung der Personalvertretung (nach dem Personalvertretungsgesetz) beschnitten werden soll.

Bisher sind Entscheidungen, wie die Einführung grundlegender neuer Arbeitsmethoden, Auflösung, Erweiterung, Verlegung und Zusammenlegung von Dienststellen oder wesentlichen Teilen von ihnen, zwischen der übergeordneten Dienststelle und dem Personalrat ausgehandelt worden. Bei gegensätzlichen Meinungen hat nach einem Schlichtungsversuch die Deputation (von der Bürgerschaft gewählte „Persönlichkeiten" des „Öffentlichen Lebens") eine Entscheidung getroffen. Nach dem neuen Gesetz soll der Personalrat erst nach Entscheidung der Selbstverwaltungsgremien (Professorenmehrheit !), die bisher nicht solche Entscheidungen fällen konnten, gehört werden. Ist der Personalrat mit der Entscheidung des Selbstverwaltungsgremium nicht einverstanden, so kann er eine sogenannte ‚Konfliktkommission' anrufen, die dann die Entscheidung fällt. Diese Kommission soll je zur Hälfte aus Mitgliedern der Selbstverwaltungsgremien und des Personalrats und dem Präsidenten der Uni bzw. seinem Vize (beides auch Professoren) bestehen. Wie dann die Entscheidungen ausfallen liegt klar auf der Hand.

Für das technische und Verwaltungspersonal kann dies bspw. bedeuten: Daß Rationalisierungsmaßnahmen in Form von Zusammenlegung von Werkstätten, Einführung eines zentralen Schreibdienstes etc. für die Behörde einfacher durchzuführen sind, oder daß Kollegen Schichtarbeit machen müssen. Von den Gewerkschaftsgrößen aus dem Personalrat, sowie den Gewerkschaftsvertretern von ÖTV und DAG wurde anläßlich einer außerordentlichen Personalversammlung an der Universität nur der Nebenaspekt des Gesetzes besonders hervorgehoben, daß nämlich die Wissenschaftler (vom Professor bis zum Assistenten) neuerdings unter das Personalvertretungsgesetz fallen sollen, d.h. auch sie können den Personalrat mitwählen und sogar selbst kandidieren. Natürlich ist es so, daß Professoren im Personalrat nichts zu suchen haben sollten, da sie im Universitätsbetrieb Arbeitgeberfunktionen ausüben und sich ein Gremium wie der Personalrat gerade auch gegen sie richten sollte. Die übrigen Wissenschaftler, z.B. Assistenten, haben aber einen anderen Stand. Sie sind vielleicht annähernd mit Lehrern vergleichbar, müssen aber außer ihren „Lehrtätigkeiten", also z.B. Praktikumsbetreuung auch noch wissentschaftliche Ergebnisse bringen und sind ähnlich wie das technische Personal von dem jeweiligen Professor abhängig. Diese Gruppe von Wissenschaftlern hat bisher keine Vertretung im Sinne des Personalvertretungsgesetzes , ist also den Professoren schutzlos ausgeliefert.

Mit keinem Wort erwähnten die Gewerkschaftsvertreter, daß durch das neue Gesetz im wesentlichen die Studenten getroffen werden sollen, in dem ihnen die minimalsten politischen Rechte genommen werden und die Universitäten zu Zuchtstätten gemacht werden.Das Personal wurde andererseits aber dringlich davor gewarnt, mit den Studenten gemeinsame Sache zu machen, da diese sie doch nur als Lokomotive für ihre eigenen Ziele benutzen wollen.

Mit besonderer Scheinheiligkeit bewerten sie sich, *„In der Senatsvorlage (Einleitung) wird der Eindruck vorgetäuscht, daß insbesondere die Änderungen zum Personalvertretungsgesetz in Übereinstimmung mit den Gewerkschaften und Berufsverbänden, ja sogar auf deren Forderungen hin zustande gekommen seien. Diese Darstellung ist falsch!"* und rufen das Personal dazu auf, mit Briefen an alle Bürgerschaftsabgeordneten gegen das Gesetz zu protestieren. Zu diesem Zwecke verteilte der Personalrat eine Liste mit allen Bürgerschaftsabgeordneten.

Das ist scheinheiliges Wortgerassel, denn: 1. werden sich Senat und Bürgerschaft keineswegs durch ein paar Dutzend Bittbriefe von ihrem von langer Hand vorbereiteten Hochschulgesetz zur reaktionären Ausrichtung der Hochschulen abbringen lassen und sich allenfalls zu einigen kosmetischen Korrekturen herablassen. 2. sind Hamburger DGB-Spitze, Bürgerschaft und Senat durch und durch miteinander verfilzt. So ist der Hamburger DGB-Vorsitzende Hans Saalfeld gleichzeitig 2.Mann der SPD-Fraktion usw. Angesichts dieser Verfilzungen von ‚Übergehen der Gewerkschaften' zu reden, ist scheinheilig. 3. scheint das ganze Geschrei der Gewerkschaftsgrößen im Personalrat und der Sekretäre nur zwei Zwecke zu verfolgen: einmal aufzupassen, daß sie ihre Pöstchen (Freistellungen von der Arbeit usw.) nicht mit „wissenschaftlichen Mitarbeitern" teilen müssen und zum anderen, daß die Kritik am Hochschulgesetz auf die unwesentlichsten Randerscheinungen eingegrenzt wird und die Arbeiter und Angestellten ja nicht merken, das diesem Gesetz sie selbst und die Studenten massiv entrechtet werden.

Eine Genossin

Streik gegen Terrorismus?

Aachen. Auf Antrag einiger rechter Fachschaften und mit voller Unterstützung des RCDS kursiert augenblicklich eine Unterschriftenaktion mit folgendem Text:

»Hiermit beantrage ich eine Urabstimmung über den folgenden Text ... Die Terroranschläge der jüngsten Zeit (Karlsruhe, Oberursel, Köln, Utrecht, Aden, Mühlhausen) haben das Verhältnis von Gewalt und Politik erneut ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik gerückt. Von dieser Diskussion sind die Hochschulen in besonderer Weise betroffen. Einerseits haben die Terroristen die Hochschule durchlaufen, andererseits sind die Hochschulen und Studentenschaften deswegen und wegen der unverantwortlichen Rechtfertigung terroristischer Mordtaten durch einzelne Hochschulangehörige pauschalen Verdächtigungen und unzutreffenden Angriffen ausgesetzt. Die Studentenschaft der RWTH Aachen muß deshalb in besonderer Weise zur Abwehr terroristischer Verbrechen beitragen.

Deshalb erklären wir: Für uns gibt es keinerlei Rechtfertigung für Terrorismus. Wer sich zum Terrorismus bekennt oder ihn duldet, wird auch von uns Studenten mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft. Wir fordern alle Mitglieder unserer Gesellschaft auf, die geistige Auseinandersetzung mit dem Terrorismus zu forcieren. Zur Verdeutlichung dieser Haltung gegenüber der Öffentlichkeit führt die Studentenschaft am 22.11.77 einen Aktionstag durch. Der AStA wird beauftragt, die organisatorische Durchführung dieses Tages sicherzustellen. Die Hochschulleitung ist aufgefordert, für diesen Tag vorlesungsfrei zu geben«.

Was bedarf es mehr an Beweisen, daß der RCDS nicht grundsätzlich gegen das Politische Mandat der verfaßten Studentenschaft ist? Wenn er damit, wie er in diesem Fall (wohl vergeblich) hofft, die Hetzkampagne seiner Mutterorganisation an die Hochschulen tragen könnte, werden diese angeblichen »Prinzipien« schnell über Bord geworfen. Deutlicher kann er nicht zeigen, daß es sich bei seinen Angriffen auf das Politische Mandat allein darum handelt, die linke Studentenbewegung mundtot zu machen.

P.S. Die »Distanzierer vom Dienst« werden nun zweifellos Mühe haben, zu begründen, warum sie sich dieser Initiative n i c h t anschließen — haben sie doch mit ihren Erklärungen zur Verteidigung »unserer demokratischen Republik« Kräfte wie den RCDS gerade dazu ermuntert, mit solchen Aktionen nachzuhaken. Sicher werden sie nun von den Reaktionären »auf Herz und Nieren« geprüft werden, ob denn die Anti-Terrorismus-Erklärungen auch »ernst gemeint« gewesen seien. Viel Spaß beim Auslöffeln dieser Suppe! Mitleid ist hier nicht angebracht...

Die tschechoslowakische Opposition... (Teil 3)
Wohin geht die »Charta '77«?

Aus verschiedenen Gründen können wir den dritten Teil unserer Untersuchung über die tschechoslowakische Opposition erst jetzt vorlegen. Als Reaktion auf die Veröffentlichung der ersten beiden Teile ergab sich eine Diskussion mit tschechoslowakischen Genossen, die Widersprüche zu den in den ersten beiden Artikeln enthaltenen Aussagen anmeldeten:

Scharf angegriffen wurde besonders die Einschätzung des 'Prager Frühlings'. Unsere Schlußfolgerung lautete: „*(Zum einen) zeigen diese programmatischen Äußerungen mit aller notwendigen Deutlichkeit, daß es sich beim ‚Prager Frühling' eben nicht um eine sozialistische, antirevisionistische Linie handelt, sondern um eine bürgerlich demokratische Strömung, deren Konzept von ‚Liberalisierung' und ökonomische Öffnung nach dem Westen den Imperialisten binnen kurzer Zeit entscheidende Möglichkeiten der Einflußnahme und konterrevolutionären Aktivitäten geboten hätte*" (AK 104). Demgegenüber betonten die tschechoslowakischen Genossen, daß das Aktionsprogramm nur e i n Element eines komplizierten gesellschaftlichen Prozesses gewesen sei und eine Charakterisierung des Prozesses allein aufgrund des Aktionsprogramms methodisch unzulässig sei.

In der Tat finden sich bei Autoren wie Pelikan oder Hejzlar Hinweise auf die Unbestimmtheit des Aktionsprogramms, woraus sich dessen nicht allzu große Bedeutung für die reale gesellschaftliche Entwicklung im ‚Prager Frühling' ergebe. Andererseits berufen sich aber heute viele Oppositionelle gerade auf das Aktionsprogramm.

– Die tschechoslowakischen Genossen gingen allerdings mit ihrer Kritik noch weiter und bestritten die von uns behauptete „bürgerlich demokratische" Tendenz des Aktionsprogramms, die wir u.a. an den wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen festgemacht hatten. Die Frage einer ‚sozialistischen Ökonomik' in hochindustrialisierten Staaten sei bisher zuwenig vom revolutionären Standpunkt untersucht worden, um zu derart eindeutigen Urteilen zu kommen (siehe Teil I und II der Serie).

– Einen weiteren Kritikpunkt bildete unsere Einschätzung der Charta 77, die wir als Rüchschritt von sich selbst als sozialistisch verstehenden Positionen der ‚Sozialistischen Opposition' auf ein ‚bürgerliches Bündnis' bezeichnet hatten. Dies kann den falschen Eindruck aufkommen lassen, daß ein ‚bürgerliches Bündnis' in einer ganz bestimmten historischen Situation nicht auch eine positive Funktion haben könnte. Zur Klärung wollen wir im Folgenden eine ausführliche Darstellung und Einschätzung der bisherigen Entwicklung der Charta 77 geben. Dabei hoffen wir auf eine Fortsetzung des Diskussionsprozesses mit den tschechoslowakischen Genossen.

Charta 77 – ein Vorspiel

Als Katalysator für das Entstehen der Charta 77 wird von Beteiligten immer wieder der Prozeß gegen Musiker der tschechoslowakischen Beatgruppen Plastic People und DG 307 im September '76 in Prag angeführt. Zwei mittlerweile erschienene Veröffentlichungen erlauben uns, die Ereignisse genauer darzustellen (1). Die Gruppe Plastic People besteht seit Ende der 60er Jahre. 1969 – 1971 arbeiten die Plastic People als Berufsmusiker in der Prager Szene und erfreuen sich großer Beliebtheit. Zunächst ausgerichtet auf. amerikanischen Underground, entwickeln sie im Lauf der Zeit einen eigenen Stil mit tschechischen Texten. 1971 wird Beatmusik für professionelle Gruppen verboten (im Gegensatz etwa zur DDR und zur VR Polen): die Plastic People werden Amateure, um nicht den offiziell genehmigten seichten Schwachsinn spielen zu müssen. 1973 bewerben sie sich noch einmal um Anerkennung als professionelle Kapelle. Eine stürmische Auseinandersetzung in der Jury ist das Ergebnis. Die Kommission erkennt die Plastic People als kommerzielle Gruppe an trotz der Meinung des Vertreters der Hauptstadt Prag: „*Das ist underground, sie gehören frisiert, eingesperrt und in die Minen*" (2).

14 Tage später wird die Lizenz wieder zurückgezogen wegen der „*gesellschaftlich destruktiven Wirkung auf das Publikum*" (3). Die Musiker geben als Amateure bis zum 30.3.74 weiter öffentliche Konzerte. An diesem Tag geht die Polizei anläßlich eines Konzertes in Budweis brutal gegen das zahlreich aus dem ganzen Land erschienene Publikum vor (4). Von nun an spielen die Plastik People nur noch auf privaten Feiern, Hochzeiten u.ä., zuletzt am 21.2.76 auf der Hochzeit von Ivan Jirous, einer Art Cheftheoretiker des tschechischen Undergrounds, im Wirtshaus von Bojanovice bei Prag, wo sich 3oo Personen versammelt haben. „*Die musikalischen Auftritte und die Miete des Gasthaussaales wurden vom örtlichen Nationalausschuß genehmigt... es kam weder zu Tumulten noch zu Unzufriedenheit der Bevölkerung oder des Gasthauspersonals. Der Polizeischutz beschränkte sich auf eine Streife, die nur feststellte, daß im Gasthaus Ordnung herrscht. Trotzdem wurde gerade diese letzte Feier zum Vorwand für eine strafrechtliche Verfolgung genommen. Angeblich sollte hier eine Straftat dadurch begangen worden sein, daß in den gesungenen Texten grobe und vulgäre Ausdrücke verwendet worden seien, die mehrere Bürger empört hätten*" (5).

Am 17.3.76 verhaftet die Polizei in Prag 16 Mitglieder der Musikgruppen Plastic People und DG 307, außerdem läuft in Pilsen ein Prozeß gegen drei Personen, die eine Veranstaltung mit Ivan Jirous organisiert hatten. Sämtliche Texte, Aufzeichnungen, Tonbänder, Filme, Instrumente und die selbstgebauten Verstärker werden beschlagnahmt. Die Massenmedien entfalten eine Kampagne gegen die Verhafteten, die man als eine Bande vorbestrafter Rauschgiftsüchtiger, Drop-outs, Parasiten, abtrünniger Priester und psychiatrischer Fälle bezeichnet (6). Davon ist nur soviel wahr, daß einige der Verhafteten in psychiatrischer Behandlung waren, und Jirous 1973 eine 10monatige Haft wegen Verleumdung einer befreundeten Nation (welcher wohl?) verbüßt hat.

Am 21.9.76 beginnt der Hauptprozeß, der sich als eine einzige Farce herausstellt. Zum Studium der Art der Rechtspflege im ‚realen Sozialismus' sei die in der ai-Broschüre enthaltene Prozeßmitschrift empfohlen. Mit den Angeklagten haben sich mittlerweile die verschiedensten oppositionellen Persönlichkeiten solidarisiert. Auch Kriegel wohnt der Verhandlung bei. Havel beschreibt die Verhandlung als Erscheinungsort einer neuen, offeneren Opposition (7), die ihren eigentlichen Ausdruck dann in der Charta 77 findet.

Die Dokumente der Charta

Bisher sind unseres Wissens 12 Dokumente der Charta veröffentlicht worden (8). Dokument 1 beginnt programmatisch: Die Charta ist eine freie, informelle und offene Gemeinschaft von Menschen verschiedener politischer Anschauungen, deren gemeinsames Ziel allein die Verwirklichung der gerade in der CSSR in Kraft gesetzten zwei Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen sei. Die Charta „*ist keine Basis für oppositionelle Tätigkeit*". Das erste Dokument zählt dann die Gebiete auf, wo nach Meinung der Unterzeichner ein Widerspruch zwischen tschechoslowakischer Wirklichkeit und den Menschenrechtsabkommen besteht.

Von Anfang an wird der ‚legale' Charakter der Charta hervorgehoben. In einer kurz vor seinem Tode verfaßten Bilanz meint Jan Patocka, einer der drei ursprünglichen Sprecher der Charta: „*Der legale Charakter der Charta, die Tatsache, daß ihr Ziel ist, die uneingeschränkte und öffentlich verantwortliche Legalität herbeizuführen ... – all das hat uns einen beachtlichen politischen Vorteil gebracht und unsere Gegner gezwungen, nach neuen Methoden im Kampf gegen uns zu suchen*" (9). Entsprechend heftig reagieren die Unterzeichner auf eine Erklärung des Generalstaatsanwalts, der Hajek und Patocka in seinem Büro mitteilt, die Charta sei ein Verstoß gegen geltendes tschechoslowakisches Recht. Nach Ansicht der Unterzeichner ist der „*Generalstaatsanwalt für die Auslegung der Verfassung nicht zuständig*" (10).

Bevor auf die weiteren Dokumente eingegangen wird, ein kurzer Blick auf die hinter der Charta stehenden politischen Kräfte. Nach Aussage Z. Mlynars handelt es sich um vier Gruppen:

1.) Die Gruppe der ehemaligen KPC-Mitglieder und -Funktionäre, die schon längere Zeit als „Sozialistische Opposition" politisch arbeitet, weitgehend orientiert am Aktionsprogramm und Eurokommunismus (z.B. Mlynar, Hajek, Kriegel und Hübl).

2.) Die Gruppe christlich-humanistisch orientierter Unterzeichner (z.B. Patocka, Hejdanek).

3.) Die Gruppe demokratisch orientierter, besonders jüngerer Menschen, die sich bis jetzt keine weitergehenden politischen Vorstellungen gebildet hätte.

4.) Ganz links orientierte Unterzeichner, die teilweise trotzkistische Gedanken äußerten (z.B. Uhl, Müller) (11).

Im Dokument Nr. 11 wird die Anzahl der Unterzeichner Mitte Juni mit 750 Personen angegeben, darunter sehr viele Arbeiter.

Die auf die Anfangserklärung folgenden Dokumente bringen eine genauere Darstellung der Menschenrechtsverletzungen in der CSSR und eine präzise Darstellung der auf die Unterzeichner ausgeübte Repression. Das in den Dokumenten der ersten Art unterbreitete Material kann für uns eine große Hilfe bei der Analyse des ‚realen Sozialismus' in diesem Bereich darstellen (Dokumente 4,7,9 und 12). Besonderes Interesse verdient Dokument 7, dessen Urheber wohl in der vierten der Mlynar genannten Unterzeichnergruppen zu vermuten sind. Hier geht es um die Lage der Arbeiterklasse und die Situation der Frau (12). Dokument 4 bringt Einzelheiten zur Auswahl der Jugendlichen für den Besuch weiterführender Bildungseinrichtungen. Zwischen der Veröffentlichung von Dokument 10 und 11 wurde von Hajek und zehn weiteren Unterzeichnern eine Dokumentation über Entlassungen von Charta-Unterzeichnern – bis zu diesem Zeitpunkt waren es 81 – unter anderen an den Weltgewerkschaftsbund gerichtet, gesandt. Darin kann man sich informieren, wie es in den Ländern des ‚realen Sozialismus' mit dem so oft proklamierten Recht auf Arbeit steht. Dokument 12 schließlich beschreibt die Lage der Schriftsteller, von denen danach etwa 400 auf der ‚schwarzen Liste' stehen. Dazu e i n bezeichnendes Beispiel: In der CSSR ist seit der „Normalisierung" kein wesentliches Werk von Brecht erschienen, weil die Übersetzer als Anhänger des Prager Frühlings gelten. Die in den Dokumenten 2,3,6 und 10 beschriebene Repression gegen die Unterzeichner spricht für sich selbst.



Prager Bürger demonstrieren 1968 gegen den Einmarsch der Truppen aus den Warschauer-Pakt-Staaten.

Alle Dokumente halten sich streng an den ‚legalen' Weg, d.h. es werden Fälle aus der tschechoslowakischen Wirklichkeit den Bestimmungen der beiden von der CSSR ratifizierten Menschenrechtspakte gegenübergestellt.

Neben den offiziellen Charta-Dokumenten wurden verschiedene Interviews und Aufsätze von Charta-Unterzeichnern veröffentlicht, die das ganze politische Spektrum der Charta spiegeln. Aus einem am 13.1.77 veröffentlichten Interview geht hervor, daß sich zumindest einige Unterzeichner von Anfang an Gedanken über die Ausschlachtung der Charta durch westliche Massenmedien gemacht haben. Der Unterzeichner hofft dort auf die Unterstützung der Charta durch „seriöse" Informationsmittel. Darunter versteht er: „*Besonders fällt ins Gewicht, was in Unita, L'Humanite oder Morning Star erscheint, aoer ich meine auch Blätter wie Le Monde, Journal de Geneve, Weltwoche, NZZ. Natürlich täte es der Sache keinen guten Dienst, wenn sich der Springer-Konzern der Sache annähme, anders wäre es schon mit Spiegel, Stern oder Zeit*" (13). Man sollte dem Unterzeichner seine Illusionen nicht vorwerfen. Im ‚realen Sozialismus' der CSSR hat er kaum eine Chance, sich ein Urteil über den Charakter von „Spiegel" oder „Zeit" zu bilden. Der schlechte Ruf der Springer-Presse hat sich allerdings wieder einmal bestätigt. So wird berichtet, daß sich bei Kriegel eine junge Dame mit der Bitte um ein Privatgespräch meldete. Später erschienen aus dem Zusammenhang gerissene Teile dieses Gesprächs, das die Frau heimlich aufgenommen hatte, als „Interview" in der „Welt". Ein anderes „Welt"-Interview wurde gar nicht erst geführt, sondern entsprechende Textstellen aus irgendeiner Samisdat-Publikation als Antworten abgedruckt.

Die Kampagne gegen die Unterzeichner

In der Reaktion der Herrschenden in der CSSR auf die Charta lassen sich drei Phasen unterscheiden:

– Nach einer Schrecksekunde setzte am 12.1. 77 mit der persönlichen Diffamierung bekannter Unterzeichner eine wüste und groteske Propagandakampagne ein, die erst nach dem knapp einwöchigen Besuch des sowjetischen Innenministers Schtschelokow Anfang März beendet wurde.

– Zwischen März und September die Taktik des Verschweigens bei gleichzeitigen Repressionen gegen die Unterzeichner.

– Ende September bis Mitte Oktober eine Serie von bisher drei Prozessen, die ohne Rücksicht auf das internationale Ansehen der CSSR der Opposition die Stärke der gegenwärtig in der CSSR Herrschenden demonstrieren sollen.

Über die Folgen der anfänglichen Propagandakampagne urteilt Mlynar in einer ersten Bilanz: „*Die offizielle Kampagne gegen sie (die Charta) hat aus den Fragen der Diskriminierung gewisser Gruppen von Bürgern den Brennpunkt gemacht, dem sich die politische Aufmerksamkeit im Lande zuwendete. Das Interesse für den Text der Charta wurde derart gesteigert, wie dies ihre Autoren nie hätten bewirken können*" (14).

Am selben Tag, an dem der erste große Hetzartikel gegen die Unterzeichner im Parteiorgan „Rude Pravo" erscheint, verbreitet RadioHvezda Meldungen von der angeblichen Verurteilung der Charta durch die Bevölkerung: „*In vielen Organisationen versammelten sich die Werktätigen in kurzen Meetings, auf denen sie das Auftreten einer Handvoll Abtrünniger verurteilten*" (15). Im Folgenden ging eine ganze Welle von Betriebs- und sonstigen Versammlungen durch das Land, auf denen die Werktätigen ihre „Abscheu" zu äußern hatten, ohne den Inhalt der Charta überhaupt zu kennen.

Nachdem schon die ganze Zeit die Charta als Produkt ausländischer und ‚zionistischer' Auftraggeber dargestellt worden war, verbreitet Radio Prag am 27.1. die Aufforderung an die Unterzeichner, das Land zu verlassen: „*Autoren und Organisatoren der Charta 77: Schließt Euch denen in den kapitalistischen Ländern an, die Euch unterstützen. Nehmt die Einladung Österreichs, das Euch Asyl gewähren will, an. Geht, wohin Ihr gehört*" (17). Der tschechoslowakische Botschafter in Wien erörtert zu dieser Zeit mit dem österreichischen Außenminister die Frage, wieweit Österreich Unterzeichnern der Charta Asyl gewähren will und übergibt dabei gleich eine Liste von acht Personen, die die Herrschenden in der CSSR besonders gerne loswerden wollen (18).

Daneben laufen die Massenversammlungen weiter auf Hochtouren. So verabschieden über 800 tschechoslowakische Künstler im Prager Nationaltheater eine Resolution, die viel mit Komik, aber nichts mit Marxismus zu tun hat: „*In unserem Lande mit seinen tausend Antlitzen, so liebreizend und jedem von uns so teuer, stand unsere Wiege und ist unsere heißgeliebte Heimat*". Diese heißgeliebte Heimat werde nun von jenen besudelt, „*die in ihrer eitlen Überheblichkeit und in ihrer unbezwingbaren Eitelkeit und aus egoistischen Beweggründen oder sogar für ein Judasgeld sich ... von ihrem eigenen Volk loslösen*" (19). Kurz darauf haben über 2.000 Künstler diesen nationalistischen Schmarrn unterzeichnet.

Einen wütenden Kommentar von Radio Prag erntet am 9.2. die linke französische Zeitung „Liberation", die soweit gegangen sei, „*die künstlerischen Qualitäten der Mitarbeiter der tschechoslowakischen Kultur, die gegen die Charta sind, in Frage zu stellen*" (20).

Wichtig für das Verständnis dieser absurden Massenkampagne ist eine Episode, die sich gegen Ende der öffentlichen Beschimpfungen zuträgt: Radio Prag beschuldigt Kriegel, „*mit dem überführten und verurteilten Feind des Sozialismus, dem Zionisten (!) und Agent des Kapitalismus Ota Sling*" verkehrt zu haben (21). Zwei Tage später findet sich derselbe Vorwurf in der Gewerkschaftszeitung Prace. Sling war neben Rudolf Slansky einer der Hauptangeklagten des ‚Schauprozesses' von 1952; sie wurden zusammen mit neun Weiteren zum Tode verurteilt. Dieses Urteil wurde schon unter Novotny revidiert. Nach der erneuten Umwertung im März dieses Jahres wendet sich Slanskys Sohn an den Generalstaatsanwalt mit der Frage, ob die Rehabilitierung von 1963 noch gelte (22). Statt des Anwalts bestätigt „Rude Pravo" indirekt die Rehabilitierung: „*In der CSSR*

Fortsetzung auf Seite 61

Fortsetzung von Seite 60

herrscht Pressefreiheit (!) ohne jede Vor- oder Nachzensur. Die volle Verantwortung für den Inhalt von Zeitungsartikeln oder Rundfunkstationen liegt bei den Redaktionen. Deshalb ist es falsch, jede Erklärung ... als den Standpunkt der Partei- und Staatsorgane zu betrachten" (23).

Zwar werden später sogar die Verantwortlichen für die Angriffe auf Sling und Slansky entlassen (!), doch gilt seitdem die Existenz einer „extremistischen", „stalinistischen", vor allem aber blind-sowjettreuen Fraktion in der KPC unter Führung von Vasil Bilak als sicher.

Diese Funktionäre wären schon längst nicht mehr in politischen Funktionen, hätten nicht die sowjetischen Besatzer 1968 Vorzeige-‚kommunisten' gebraucht, für die die Treue zur Sowjetunion über dem eigenen Denken steht. „*Diese Richtung ist nicht imstande, neue und unaufschiebbare gesellschaftliche Probleme zu lösen. Sie ist von ihrer inneren Beschaffenheit her unfähig, sachliche wirtschaftliche und soziale Probleme zu durchschauen. Denn ihre Domäne ist die rein politisch-ideologische Sphäre, und sie sichern diese durch rohe Gewalt gegen alles, was Widerspruch gegen die starren ideologisch-politischen Schemen und die absurden Ideen ihrer Repräsentanten anmeldet*" (24). Obwohl sich diese ‚harte' Fraktion im Interesse der sowjetischen Herrschaftssicherung in der CSSR gut instrumentalisieren läßt, erscheint ihr Vorgehen manchmal selbst den sowjetischen Freunden zu unpassend (25). Insofern kann die Einstellung der Massenkampagne gegen die Charta auch als Resultat des Besuches des sowjetischen Innenministers Anfang März gesehen werden (26).

Zwischen März und September beginnen die verschärften, zum großen Teil in den Chartadokumenten beschriebenen Repressionen zu greifen. Patocka ist dem verstärkten Druck und der Anspannung nicht gewachsen und erliegt am 13.3.77 einem Gehirnschlag. Havel wird in einer viermonatigen Untersuchungshaft solange bearbeitet, bis er von seiner Funktion als Sprecher der Charta zurücktritt und sich gegenüber dem Staatsanwalt zu einer Art „politischem Stillhalteabkommen" bereiterklärt (27). Als Sprecher der Charta bleibt Hajek übrig, allerdings wird seine Tätigkeit durch die ständigen Polizeiposten vor der Wohnungstür und

zeiposten vor der Wohnungstür und
die genaue Kontrolle aller Besucher praktisch verhindert. Ebensolchen Kontrollen unterliegt Kriegel. Mlynar stellt einen Ausreiseantrag, nachdem ein Arbeitsgericht seine Entlassung für Rechtens erklärt hat, weil die Unterzeichnung der Charta „die Sicherheit des Staates und der Gesellschaft" gefährde (28).

Erstaunlicherweise veröffentlicht die Charta trotzdem bis in den Juli hinein weitere Dokumente. Auch wächst die Zahl der Unterzeichner.

Über die Situation nach dem Sommer gibt es kaum noch Informationen. Nachdem Hajek durch die Maßnahmen der Polizei ausgeschaltet ist, wählen die Unterzeichner im September Hejdanek und die ehemalige Schlagersängerin Marta Kubisova als neue Sprecher. Folgt man Mlynars Einteilung, so gehört Hejdanek politisch zur Gruppe der christlich-humanistischen Unterzeichner, Marta Kubisova zur Gruppe der demokratisch orientierten Menschen ohne weitergehende politische Zielvorstellungen. Marta Kubisova hatte bis 1968 etwa 250 Schallplatten besungen und war eine der bekanntesten Schlagersängerinnen der CSSR. Weil sie sich auch nach der Okkupation zum ‚Prager Frühling' bekannte, erhielt sie im Februar 1970 Auftrittsverbot und wurde Opfer einer Hetzkampagne. Pornofotos von ihr mit Dubcek wurden an die Delegierten des „offiziellen" 14. Parteitages verteilt, eine Anklage gegen die Urheber nie verhandelt. Als Folge der Kampagne verlor sie ihr Kind im 7. Monat, war bereits klinisch tot und mußte für ihre Rettung dann noch 28.000 Kronen bezahlen (29). Abgesehen von dieser Wahl der Sprecher und dem Besuch der Prozesse sind uns seit Juli keine weiteren Aktivitäten der Charta bekannt.

Die Prozesse

JAN PRINC

Am 21.9.77 wird in Decin Jan Princ zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. „*Er hatte im August zusammen mit polnischen Staatsbürgern vor der CSSR-Botschaft in Warschau an einer Demonstration gegen die Inhaftierung mehrerer Unterzeichner des Bürgerrechtsmanifests teilgenommen*" (30). Genauere Einzelheiten zu Prozeß und Urteil sind bisher nicht bekannt. Allerdings war Jan Princ aus einem ganz anderen Grund verhaftet worden. Im Juli veranstaltete die ‚berüchtigte' Rockgruppe Plastic People ein Konzert in einem Privathaus in Rychnov („nur Jirous befindet sich zu dieser Zeit in Haft). Die Polizei greift ein, nachdem zu nächtlicher Stunde im Dorf Artillerieböller und Rauchgasbomben gezündet werden (31), nach Angaben von Teilnehmern des Konzerts eine Polizeiprovokation. Der Besitzer des Hauses, in dem die Veranstaltung stattfindet, wird wegen ruhestörenden Lärms, Rowdytum etc. verhaftet. Es ist Jan Princ.

V. LASTUVKA und A. MACHENEK

In seinem offenen Brief an die westliche Linke wies Petr Uhl auf die Verhaftung des Nukleartechnikers Vladimir Lastuvka und des Agrarexperten Ales Machenek hin. Am 26.9.77 wird der Prozeß gegen die beiden Charta-Unterzeichner in Usti eröffnet. Nach offiziellen Angaben fand die Polizei in ihren Wohnungen u.a. ein Exemplar des „Archipel Gulag" und ein Vervielfältigungsgerät. Sie waren im Januar beim Verteilen der Charta festgenommen worden. Nach dreitägiger Verhandlung verkündet das Gericht am 29.9. das Urteil: je dreieinhalb Jahre wegen Subversion! (32).

V. Havel, J. Lederer, F. Pavlicek, O. Ornest

F. Pavlicek, O. Ornest

Diesem Prozeß war von Anfang an das Interesse einer weiteren Öffentlichkeit sicher, handelt es sich doch um prominente Angeklagte, die mehrere Monate in Untersuchungshaft verbrachten. Dabei scheint man recht beliebig vier Oppositionelle herausgegriffen zu haben, die sonst nicht allzuviel miteinander gemein haben. Ornest zählt nicht einmal zu den Unterzeichnern der Charta. Alle vier sind wegen Subversion und Schädigung des Staatsinteresses angeklagt, begangen durch Beiträge in Emigrantenzeitschriften oder Versendung von Manuskripten ins Ausland (33). Lederer ist den Herrschenden wegen seiner guten Verbindung zu polnischen oppositionellen Kreisen schon lange ein Dorn im Auge und war deshalb ab Januar '70 für längere Zeit in Haft (34). Der Prager Prozeß gegen die vier Angeklagten dauert zwei Tage und läuft nach bewährtem Muster ab: sowenig Öffentlichkeit wie möglich, keine ausländischen Beobachter. Der Journalist des Zentralorgans der französischen 'KP', „Humanite", erhält gar nicht erst das Einreisevisum. Am 18.10.77 das Urteil: Havel 14 Monate mit Bewährung, wohl als Folge seiner Resignation bei der Charta, Pavlicek 17 Monate mit Bewährung, Lederer 3 Jahre ohne Bewährung und Ornest dreieinhalb Jahre ohne Bewährung. Das Urteil führt zu Protesten u.a. der PCI, PCF, 'KP' Belgiens und zu Wortgefechten auf den Belgrader KSZE-Verhandlungen. (35).

Perspektiven

Die Charta 77 hat durch ihre Existenz und Aktivitäten viel zur Entlarvung des Charakters des gegenwärtigen tschechoslowakischen Herrschaftssystems beigetragen. Von ihren Zielen, der Verwirklichung der Menschenrechte als Voraussetzung einer weitergehenden politischen Betätigung, hat sie verständlicherweise bisher nichts erreichen können. Die harte Repression hat zu einer gewissen Einschüchterung geführt. Die Bevölkerung konnte sich zwischen März und September nur durch die Exilzeitschriften und ausländischen Medien über die Tätigkeit der Charta informieren. Diese Informationsmöglichkeiten stehen nur einem Bruchteil der Bevölkerung zur Verfügung.

Ist die Charta also gescheitert? Hat sich die tschechische Linke an einem Unterfangen beteiligt, daß außer der imperialistischen Propaganda niemanden genützt hat? Eine vollständige Antwort auf diese Fragen ist derzeit kaum möglich.

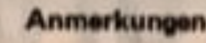
Da ist zunächst die Gruppe der ehemaligen KPC-Mitglieder und -Funktionäre. Anfang Februar erklärte Mlynar, der lange Zeit als Kopf dieser Gruppe galt und sich heute im Ausland wohl noch nicht vollkommen von deren Diskussionsstand entfernt hat: „*Wenn die Menschen- und Bürgerrechte in dem Umfang, wie sie die internationalen Abkommen garantieren, verwirklicht werden sollten, werden die Unterzeichner der Charta 77 über all die Fragen zu streiten beginnen, in denen sie sehr unterschiedlicher Meinung sind*" (36).

Nachdem die Charta bis jetzt die Lösung kaum eines der angesprochenen Probleme erzwingen konnte, stellt sich um so schärfer die Frage nach den Bedingungen, unter denen überhaupt eine Änderung möglich ist. Mlynar im August: „*Die gegenwärtige innere Konstellation in der Tschechoslowakei und insbesondere die Zusammensetzung der derzeitigen Prager Führung (eröffnen) kaum eine Perspektive für Änderungen... Die Anstöße dazu müssen wohl aus der Sowjetunion kommen*" Von dort sei aber auf absehbare Zeit nichts zu erwarten (37). Somit kann nichts getan werden, außer vielleicht der Anlehnung an den zur Zeit nach Lage der Dinge einzig möglichen Bündnispartner neben den Euros: Die Sozialdemokraten! Sollten sich diese Auffassungen Mlynars auch bei den in der CSSR verbliebenen Mitgliedern der ehemaligen „sozialistischen Opposition" durchsetzen, vollzöge dieser Teil der Opposition den in Polen vorgezeichneten Weg von einem wie auch immer gearteten linken Selbstverständnis hin zur Sozialdemokratie. (Artikel dazu folgt demnächst).

Bleibt die Frage nach der Linken: hier liegt eine große Verantwortung auch bei der westlichen Linken: Herstellung einer Öffentlichkeit über die tschechoslowakische Linke einerseits, Informationen und Auseinandersetzung mit der tschechoslowakischen Linken andererseits, damit sie den Weg nach rechts nicht beschreitet. Unsere Erfahrung mit der Sozialdemokratie bzw. allen anderen Erscheinungsformen des ‚realen' Kapitalismus können Hilfe bei der Bekämpfung von Illusionen bieten. Insgesamt sind wir trotz aller Vorbehalte gewiß, daß die sich verschärfenden Widersprüche im RGW selber zu einer breiteren und politisch bewußteren linken Opposition führen werden. Schon die Aufnahme Bahros durch die tschechoslowakische und osteuropäische Linke dürfte uns alsbald Hinweise über ihren weiteren Weg liefern.



Solidaritätsdemonstration in Hamburg 1968



Anmerkungen

1) amnesty international, CSSR 1976, Junge Kultur unter Anklage, Hamburg 1976; V. Havel, Der Prozeß, in L 76, Heft 4
2) ai, S. 33
3) ai, S. 34
4) Osteuropainfo 7, S. 15
5) ai, S. 42/43
6) ai, S. 9
7) V. Havel, a.a.O.
8) dt. Übersetzung u.a. in: H.P. Riese, Bürgerinitiative für die Menschenrechte, Köln 1977; Osteuropainfo 22, 23/24; Listy;Blätter 14.
9) FR, 14.7.77
10) FR, 9.2.77
11) Mlynar in der Report-Sendung der ARD vom 26.9.77;
12) abgedruckt in: Riese, Osteuropainfo 22, Listy 14
13) Weltwoche, 13.1.77
14) Mlynar, L 76, H. 4, S. 69
15) Radio Hvezda, 12.1.77 (Monitor-Dienst)
16) entfällt
17) Radio Prag, 27.1.77 (MD)
18) FR 28/29.1.77
19) Radio Prag, 30.1.77 (MD)
20) Radio Prag, 9.2.77 (MD)
21) FR, 14.3.77
22) Zeit, 18.3.77
23) Rude Pravo, 12.3.77 (MD)
24) Mlynar, L 76, H.4, S. 74
25) So wird von Auseinandersetzungen zwischen Ponomarjew und Bilak im Zusammenhang mit der Charta berichtet.
26) Zeit, 18.3.77
27) FR, 23.5.77
28) FR, 26.4.77
Zeit, 21.10.77 Eine Erklärung Kubisovas vom Februar 77 zur Charta
29) in: Listy-Blätter 13, S. 4.
30) FR, 28.9.77
31) FR, 9.8.77
32) FR, 28. und 30.9.77
33) FR, 18.10.77
Spiegel 10/70, S. 108 ff.
Zur Polizeiaktion gegen rund 50 polni-
34) sche und tschechische Oppositionelle
35) FR, 20. und 22.10.77
36) L 76, H. 4, S. 72
37) FAZ 1.9.77

RGW-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

So soll es sein — so wird es sein!

Der nebenstehende „offene Brief an die Bürger der BRD, die von Berufsverboten betroffen sind", wurde am 24.10.77 veröffentlicht. Unterschrieben haben ihn sieben „Charta"-Unterzeichner, die, soweit bekannt, Vertreter der tschechoslowakischen Linken sind. Allen voran sind da Petr Uhl, dessen „Brief an die westdeutsche Linke" wir unlängst im ARBEITERKAMPF veröffentlicht haben und sein Schwiegervater, Jaroslov Sabata, ein führender Aktivist der Linkskräfte im Prozess des sog. „Prager Frühlings" (1968).

Nach Uhls Brief an die westdeutsche Linke ist dies überhaupt das zweite Dokument, das sich an die linken und demokratischen Menschen in der BRD unmittelbar richtet. An Petr Uhls erstem Brief hatten wir seinerzeit vor allem kritisiert, das seine Bitte um Unterstützung der tschechoslowakischen Opposition durch die Linke im Westen so lange von einem „instrumentalen" Verständnis der Solidarität ausgeht, wie sich die Linke in der CSSR wiederum nicht gegen den Imperialismus und dessen Verletzung der Menschenrechte engagiert.

Diese, unsere Kritik ist zunächst, soweit uns bekannt, mit Skepsis und hie und da gar mit Mißfallen aufgenommen worden. Wir freuen uns nun um so mehr, daß mit dem nebenstehenden Brief zur Problematik der Berufsverbote erstmalig ein Versuch der konkreten Zusammenarbeit gegen die Repression in der CSSR als auch in der BRD unternommen wird. Der Versuch, den Genossen Material zukommen zu lassen, damit man in der CSSR das „rechte" Bild vom „demokratischen" Westen kriegt, ist sicher nicht verfehlte Mühe. Darüber hinaus haben wir ein kleinwenig die Hoffnung, daß dies nur der Anfang einer Politik in diese Richtung ist.

RGW-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Wir werden uns an Sie als Personen, die in ihrem Land auf ähnliche Weise wie wir in der CSSR betroffen sind.

Zunächst möchten wir Sie kurz mit der Situation bei uns bekanntmachen:

Der Mehrzahl der Unterzeichner der Charta '77 sowie Bürgern, die es ablehnen, die Charta zu verurteilen, oder die bei ihrer Verbreitung ertappt wurden, wird nicht nur jedwede Tätigkeit im Beruf, der ihrer Qualifikation und ihren Fähigkeiten entspricht, verwehrt, sondern auch in Arbeiterberufen, in denen sie einen höheren Lohn erreichen würden. Aufgrund dieser Maßnahmen werden alle Arbeitsmöglichkeiten kontrolliert, da unsere gesamte Wirtschaft von einer Zentrale geleitet wird.

Ferner gibt es in der Tschechoslowakei einige zigtausend Bürger, die zu denen gehören, die die militärische Besetzung der CSSR im August 1968 öffentlich abgelehnt haben und daraufhin von ihren Arbeitsplätzen entlassen wurden. Bis zum heutigen Tag wird ihnen zum größeren Teil eine entsprechende Berufstätigkeit unmöglich gemacht.

Ein Posten oberhalb einer bestimmten Entscheidungsbefugnis kann von denjenigen Bürgern nicht besetzt werden, deren nahe Verwandte in das Ausland emigriert sind.

Beinahe alle Bürger der CSSR außer den Mitgliedern der KPC sind nicht in der Lage, leitende Funktionen in Betrieben oder anderen Organisationen einzunehmen, da diese Posten aufgrund von Parteibeschlüssen in der weit überwiegenden Zahl allein aus der Reihe der Parteimitglieder besetzt werden.

Obwohl es viele Personen gibt, die durch Berufsverfolgungen sogenannte „Kaderplafonds" und dergleichen mehr betroffen sind, wäre ihre Zahl noch weit größer, wenn die Ober- und Hochschulen Schüler entsprechend ihren Fähigkeiten aufnehmen dürften und sich nicht, wie es der Fall ist, an der Position der Eltern, ihrer Herkunft, ihrer religiösen Überzeugung und dergleichen orientieren würden.

In der gegebenen Situation kann niemand irgendeine Art von Schutz erhalten, weder im Bereich der Justiz noch außerhalb. Die Presse der CSSR attackiert einzelne Personen, die nicht konform denken; in keinem Fall hat dagegen die Presse bislang irgendwie über diejenigen tschechoslowakischen Bürger berichtet, die vom Berufsverbot betroffen waren. In den tschechoslowakischen Massenmedien wimmelt es von Nachrichten über Berufsverbote in der BRD, leider allerdings ohne konkrete Erläuterungen, worum es hier geht und um welche Personen es sich handelt. Es wird angedeutet, daß sich die Mehrzahl der Fälle auf Mitglieder der DKP bezieht. Informationen aus anderen Quellen sind in der CSSR nicht zugänglich. Deshalb bitten wir Sie um ausführliche Informationen über ihre Lage.

Schließlich übertragen wir auf Sie die volle Berechtigung, in unserem Namen in denjenigen Zeitschriften der Bundesrepublik zu protestieren, sie sich mit der Verfolgung tschechoslowakischer Bürger befassen und über Ihre Probleme schweigen.

Sie haben sicher auf Grund dieses Briefes begriffen, daß sie tschechoslowakischen Massenmedien ihre Fälle der Berufsverbote mißbrauchen, um die einheimischen Mißstände zu vertuschen, jedoch keinesfalls um irgendwelche Solidaritätskundgebungen oder gar Hilfeleistungen zu initiieren. Wir ersuchen Sie deshalb, sich gegen diesen Zustand zu verwahren (am besten in Form eines offenen Briefes an die tschechoslowakischen Massenmedien).

Wir sind sicher, daß wir in Zukunft eine Plattform der gegenseitigen Zusammenarbeit finden werden. Falls aus irgendeinem Grund Solidaritätsaktionen, die wir vorschlagen, nicht möglich sein sollten, so bitten wir Sie, dieses Schreiben als Ausdruck unserer Solidarität zu verstehen.

Ivan Medek (Janackovo nabr. 49, Praha 5); Doc. Dr. Jaroslav Sabata (Krizkovskeho 43, Brno); Jiri Pallas (Mikulase z Husi 16/341, Praha 4); Jan Lopatka (Vlasska 10, Praha 1); Jiri Nemec (Jecna 7, Praha 2); Anna Sabatova und Diplom-Ingenieur Petr Uhl (Anglicka 8, Praha 2).

Aus „Frankfurter Rundschau"

DDR kontra Opposition

Statt Auseinandersetzung — Unterdrückung und Ausweisungen

Nach der spektakulären Ausweisung Biermanns ist eine Welle von Ausweisungen aus der DDR gelaufen. Genausowenig wie eine einheitliche Linie in der Kritik an der SED bzw. der DDR bei den Betroffenen festzustellen ist, geht die SED auf die Kritiker ein.

Insgesamt sollen 48 Oppositionelle in die BRD abgeschoben worden sein oder demnächst werden.

In diesem Artikel versuchen wir einen ersten Überblick über die bekanntgewordenen Kritiker zu geben, sowie die Reaktion der SED-Führung auf diese Kritik zu beleuchten. Auf Rudolf Bahro, der mit seiner Kritik an der SED-Führung eine gewisse Ausnahme bildet (s.auch AK 112) wollen wir in einem der nächsten AK's näher eingehen.

Die Biermann-Kampagne

Obwohl die SED-Führung es offenbar für überflüssig hielt, sich mit dem – auch in der DDR nicht unpopulären – Wolf Biermann und dessen Standpunkten auseinanderzusetzen, entzog sie ihm nach einem öffentlichen Konzert in Köln im November '76 die Staatsbürgerschaft der DDR. Die Begründung: „*Unser sozialistischer Staat hat mit diesem Treiben viel Geduld gehabt, eher zuviel als zuwenig ... Somit ist die Ausbürgerung eine angemessene Antwort auf feindliches Auftreten gegen die DDR*" („Neues Deutschland", 17. 11.76).

Trotz dieser Entscheidung beteuerte Biermann immer wieder, daß er eine solidarische Haltung gegenüber der DDR einnehme und er die DDR für den besseren deutschen Staat halte, wo er zu leben und zu kämpfen vorziehe.

Diese Ausbürgerung zog eine Protestwelle nach sich. Am 17.11.76 protestierten zwölf namhafte Schriftsteller der DDR und der Bildhauer Fritz Cremer gegen Biermanns Ausbürgerung. „*Es sind* (gemeint sind die oben genannten – Anm. AK) ... *keine Dissidenten, sondern eher privilegierte Autoren, keine ‚Leute aus dem zweiten Glied', sondern Prominente. Vor allem aber, sie sind nicht nur laut Paß Bürger der DDR, sondern überzeugte Sozialisten – wenn auch im einen oder anderen Fall ihre Vorstellungen vom Sozialismus und dessen Zukunft sich von der Biermann'schen Utopie und Lebenspraxis unterscheiden*" („FR", 19.11.76).

Der „Regimekritiker" Robert Havemann kündigte ebenfalls seine Unterschrift an und schrieb einen Brief an Honecker, in dem er sich für Biermann einsetzte.

Einer der Unterzeichner des Protestes, der Schriftsteller Stefan Heym sagt wenige Tage nach der Ausbürgerung Biermanns eine Dichterlesung in Westberlin ab. „*Solange die Erteilung eines Visums für die Wiedereinreise in die DDR nicht gewährleistet sei, wolle er nicht in den Westen reisen. Biermann habe natürlich Fehler gemacht. Er glaube aber, daß kein Mensch eine Zurücknahme der Ausbürgerung als Zeichen der Schwäche, sondern vielmehr als eines großer Kraft und Güte ansehen werde*" („FR", 20.11.76).

Peinlich!

Der Rektor der Berliner Humboldt-Universität hatte kürzlich die Professoren, die Partei und Jugendfunktionäre seiner Bildungsanstalt um sich versammelt, um mit ihnen das neue Studienjahr vorzubereiten. Er war gerade dabei, vor seinen „Schäfchen" eine vierstündige Debatte über „Abweichler" wie Biermann und Bahro etc. zusammenzufassen. Leider gebe es, so klagte er, immer noch Hochschullehrer in der DDR, die sich für Wolf Biermann einsetzen, doch zum Glück würden sich diese Leute „vertrauensvoll" an die Regierung wenden. Dann passierte seiner Magnifizenz ein wirklich peinliches Mißgeschick – der Rektor wörtlich: „*Bei diesen Gesprächen habe ich festgestellt, daß diese Leute in der Betrachtung des Politbüros und der Kulturpolitik der Partei dieselbe Meinung haben, wie sie auch an unserer Universität jeder kluge Student ha.. ha.. – halt, ich nehme alles zurück!*" („Spiegel" 24.10.77).

Sekundenlang herrschte bleierne Stille im Saal, danach erste Lacher, Beifall, brausendes Gelächter und schließlich ein Zwischenruf aus dem Hintergrund: „*Na endlich mal fast die Wahrheit!...*"

RGW-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Repressalien statt Auseinandersetzung

Nach der Ausbürgerung Biermanns begann eine Diffamierungskampagne in den Medien der DDR gegen Biermann selbst und alle fortschrittlichen Kräfte, die aus unterschiedlichsten Motiven sich mit Biermann solidarisierten.

– Im Zentralorgan „Neues Deutschland" wurden zahlreiche Stellungnahmen von DDR-Künstlern und anderen Persönlichkeiten abgedruckt.

– Der Bildhauer Fritz Cremer fühlte sich von Biermann Freunden „mißbraucht" und distanzierte sich nachträglich von dem Protest, da dieser in der BRD hochgespielt worden sei. Er forderte jedoch die SED-Führung auf, daß sie „die getroffene Entscheidung noch einmal überdenken" könne. Biermanns Auftreten in der BRD stimmte er nicht zu; „*damit sei nichts gegen die Notwendigkeit ständiger Kritik und Selbstkritik gesagt*" („FR", 23.11.76).

– Ernst Busch und der Komponist Paul Dessau warfen Biermann vor, er habe „*sich mit Text und Stimme an den Klassenfeind verkauft*" („ND", 20.11.76).

– Volker Braun, einer der Mitunterzeichner, wies in einer weiteren Stellungnahme „die Einmischung westlicher Kommentatoren" zurück: „*Ich sehe jetzt, wie unsere Stellungnahme dazu benutzt wird, eine Kluft zwischen uns und unserer Partei zu konstruieren*" („ND", 25.11.76).

Zur gleichen Zeit begann in der DDR eine Kampagne gegen die Kritiker. Robert Havemann wurde unter Hausarrest gestellt. Der Schriftsteller Jürgen Fuchs und der Liedermacher Gerulf Pannach, der auch öffentlich Biermann-Lieder sang, und Christian Kuhnert von der schon im Februar '76 aufgelösten „Renft-Combo" wurden verhaftet.

„*In Jena sammelten sich Studenten um den Schriftsteller Jurek Becker, Mitverfasser des Appells der Dreizehn, und legten spontan eine neue Protestliste auf. Sie zogen vor die Tore der Zeiss-Werke und sammelten mehrere hundert Arbeiter-Unterschriften*" („Spiegel" 48/76). Daraufhin folgte die Verhaftung der Studenten Lutz Rathenow, Thomas Grund, Thomas Auerbach, Bernd Markowski und Reinhard Klingenberg.

Die Sängerin Nina Hagen, die in einem Brief an Honecker gegen die Ausbürgerung Biermanns protestierte und forderte, „mit Biermann in einem Land zu leben", schob die SED ab, mit der zynischen Begründung, es würde ihr entsprechend ihrem Wunsch erlaubt, zu Biermann zu ziehen (lt. „FR", 13.12.76).

Weniger prominente Kritiker werden bekämpft, indem man sie exmatrikuliert, entläßt oder Ausbildungsverträge auflöst.

Als Folge einer Mitgliederversammlung der SED-Mitglieder im Berliner Schriftstellerverband, auf der die Unterzeichner des Protestes aufgefordert wurden, „*ihr unparteigemäßes Verhalten zu revidieren*" („FR", 29.11.76), wurden Ende Dezember '76 Jurek Becker, Volker Braun, Günther de Bruyn, Sarah Kirsch, Ulrich Plendorf und Christa Wolf aus dem Vorstand der Berliner Sektion des Schriftstellerverbandes der DDR ausgeschlossen. Zuvor fanden Gespräche statt, in denen sie bewegt werden sollten, ihre früheren Unterschriften zurückzuziehen. Nur Volker Braun, der sich schon früher gegen die Weitergabe der Petition an westliche Nachrichtendienste aussprach, stimmte sowohl einer Gegenresolution als auch seinem eigenen Ausschluß zu. Dieser Opportunist soll erklärt haben, er benötige die „*Partei, deren Mitglied er ist, um seine anarchistischen Tendenzen zu disziplinieren*" („FR", 21.12.76).

Gegenüber dem Kreis der rund Hundert Kulturschaffenden, die der SED-Führung ein „Überdenken" der Biermann-Ausbürgerung empfohlen hatten, verfolgte diese einen zunehmend härteren Kurs: Die Parteiorganisation des Berliner Schriftstellerverbandes schloß Jurek Becker und Gerhard Wolf aus der SED aus, Sarah Kirsch wurde aus der Mitgliederliste gestrichen, Stefan Hermlin erhielt eine „strenge", Volker Braun eine „einfache Rüge". Gleichzeitig wurden Ulrich Plenzdorf und Martin Stade von ihren Grundorganisationen aus der Partei ausgeschlossen. Im Januar wurde Karl-Heinz Jakobs ausgeschlossen, Günther Kunert gestrichen und Christa Wolf streng gerügt.

Obwohl alle Betroffenen zunächst das Gleiche taten, wußte die SED-Führung differenziert zu reagieren. Aus unterschiedlichen Gründen: Volker Braun und Stefan Hermlin verdanken die vergleichsweise „milde" Parteistrafe der Tatsache, daß sie sich nachträglich von der Weitergabe des Protestbriefs an westliche Nachrichtenagenturen distanzierten. Christa Wolf, Sarah Kirsch und Günther Kunert haben dagegen nichts zurückgenommen. Sie müssen es wahrscheinlich ihrem über die DDR hinausreichenden Ruf zuschreiben, daß sie nicht gleich mit der härtesten Parteistrafe, dem Ausschluß, belegt wurden. Die Streichung sollte Sarah Kirsch und Günther Kunert nach entsprechender „Selbstkritik" eine Rückkehr in die SED erleichtern.

SED-Generalsekretär Honecker gab Mitte März vor dem ZK den Kulturschaffenden in der DDR eine „Hilfestellung", um auf den „richtigen Weg" zurückzukommen: „*Unsere Parteiorganisationen sollten den Künstlern dabei helfen, die richtigen ideologischen und politischen Erkenntnisse zu gewinnen, das Besondere der revolutionären Umwälzungen unserer Zeit in ihrer ganzen Tiefe und Kompliziertheit zu erfassen. Dazu gehört auch, mehr Kontakt zwischen Künstlern und jenen Bürgern unseres Landes herzustellen, die sich in besonderem Maße für das Wohl des Volkes einsetzen, mit Neuerern und Aktivisten der Arbeit, mit hervorragenden Wissenschaftlern, Ingenieuren und Technikern, mit den besten Pädagogen, kurzum, mit den Helden der Arbeit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und natürlich mit den verantwortlichen Partei-; Staats- und Wirtschaftsfunktionären. Das wird dem Entstehen von Kunstwerken zugute kommen, die der Größe und Schönheit dessen Ausdruck geben, was die Arbeiterklasse und das ganze Volk beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus vollbringen und was sie anstreben. Sich in Randerscheinungen des Lebens zu verzetteln, birgt für einen Künstler immer die Gefahr in sich, daß er seine Potenz vergeudet*" (nach „Frankfurter Allgemeine", 19.3.77).

Ausreisewelle

Nach dem Vorbild der KPdSU-Führer verfährt die DDR-Führung zweigleisig. Nachdem sie zum einen die linken Kritiker durch Repressionen und Rausschmiß aus der DDR mundtot zu machen versucht, bewilligt sie allzugern und kritiklos „gemäßigten" bzw. mehr oder weniger unpolitischen Kräften, denen der Boden in der DDR zu heiß wird, die Ausreise. So z.B. dem Schriftsteller Rainer Kunze, der es vorzog, mit den „Wunderbaren Jahren" lieber hier sein Geld zu kassieren;
Thomas Braasch, der von sich selbst behauptet, „*daß er nicht richtig wisse, was ein sozialistisches Buch sei*" („FR", 24.8.77), und seiner Schauspiel-Freundin Katherine Thalbach.

Die mehr rechten Oppositionellen, wie der Mediziner Nitschke und Germanistik-Professor Nitsche schiebt die DDR-Führung aus ihren Gefängnissen ab. Nitschke sammelte vor einem Jahr rund hundert Unterschriften unter eine Petition „zur vollen Erlangung der Menschenrechte" und schickte sie an die UNO. Nitsche beklagte sich ausgerechnet bei Jimmy Carter, „*daß in der DDR die in Helsinki versprochenen Menschenrechte verletzt würden*". Vor allem aber will er „*den Kommunismus in seine Grenzen verweisen*". Dabei „*mißt er dem Christentum neben den vor allem von der Sozialdemokratie repräsentierten Kräften eine entscheidende Rolle bei der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und seiner Überwindung zu*" (alle Zitate „FR", 31.8.77).

Aber auch andere Kräfte verlassen „freiwillig" die DDR. Manfred Krug, einer der populärsten Schauspieler und Sänger der DDR: „*Verunsichert habe ihn eine ungewöhnliche Gerüchte- und Verleumdungskampagne ... in Parteiversammlungen*" („FR", 26.6. 77).

Sarah Kirsch will nach dem Parteiausschluß „*den Schlußstrich unter ihr Wirken in der DDR ziehen ..., (da) es für sie jetzt keine Aussicht mehr gebe, ihre Arbeit als Schriftstellerin in der DDR fortzusetzen*" („Hamburger Abendblatt", 30.8.77). Inzwischen lebt auch sie in der BRD.

Ende August wurden Jürgen Fuchs, Christian Kunert und Gerulf Pannach sowie acht weitere Studenten aus Jena direkt aus der Haft in die BRD abgeschoben. (u.a. Thomas Auerbach und Bernd Markowski, die vor den Zeiss-Werken Protestunterschriften gesammelt hatten)

Pannach, Kunert und Fuchs erklärten, daß die „*Staatssicherheit versuchte, mit den widerlichsten Methoden sich unserer Absicht entgegenzusetzen, daß wir in der DDR leben wollen, um dort als Künstler mitzuhelfen, eine fortschrittliche menschenwürdige Gesellschaft zu verwirklichen.*"

Beim jetzigen Stand der Kritik an der SED scheint die DDR-Führung keine großen Klassenauseinandersetzungen befürchten zu müssen. Aufgrund des Widerspruchs zwischen der SED-Führung und den Massen scheint jedoch schon eine derartige Versumpfung eingetreten zu sein, daß die SED nicht mehr in der Lage ist, anders als repressiv zu handeln.

Selbst wenn die SED-Führung Recht hätte in ihrer Kritik an den Oppositionellen der verschiedensten Couleur, so gilt es auch im Sozialismus, Meinungsverschiedenheiten und Widersprüche offen vor den Massen auszutragen..., "*um diesen Grüppchen die Freiheit zu lassen, ihre Ansichten zu vertreten, um der gesamten Partei die Möglichkeit zu geben, die Tiefe oder Bedeutungslosigkeit der Meinungsverschiedenheiten abzuwägen...*"(Lenin,Werke Bd. 7, S.1o6).

„*Damit aber die Arbeiter nicht aufhören können, uns zu verstehen damit ihre Kampferfahrung und ihr proletarischer Instinkt auch uns, die 'Führer', manches lehrt, dazu ist erforderlich, daß die organisierten Arbeiter lernen, die entstehenden Anlässe zur Spaltung zu verfolgen (solche Anlässe hat es in jeder Massenpartei stets gegeben und wird es stets geben),...*" „*Erst nach einer Reihe solcher öffentlicher Erörterungen ... werden die Arbeiter dazu kommen, daß sie nicht aufhören können, uns zu verstehen, nur dann wird unser 'Stab' sich wirklich auf den guten und bewußten Willen einer Armee stützen, die dem Stab folgt und ihren Stab zugleich lenkt!*" (ebenda, Hervorhebungen von Lenin). Diese Prinzipien hat die SED-Führung schon seit sehr langer Zeit zu Grabe getragen.

RGW - Kommission

»Konkret« wirbt um Verständnis für Unterdrückung — in der DDR

Die Zeitung „konkret" – „pluralistisches" Forum im Spektrum zwischen DKP und „Euro-Kommunismus" – läßt gern Schreiber zu Wort kommen, die mit Vehemenz jede Unterdrückung der Meinungsfreiheit verteidigen, sofern sie sich in der DDR abspielt. So ein DKP-Auftragsschreiber J.Wolf in der Oktobernummer mit einer demagogischen Attacke gegen Bahro. Sein Bekenntnis: „Totschweigen oder widerlegen? Ich hielte das erstere für legitim, falls es sich machen ließe. Aber Bahro hat recht, wenn er meint, dies werde nicht gelingen". W i d e r l e g t hat ihn J.Wolf aber auch nicht, sondern nur im Anti-'Sympathisanten' -Stil der Springerpresse kräftig ans Bein gepinkelt.

In der Novembernummer von „konkret" ist es nun der DKP-Hofpoet Peter Schütt, der im Gespräch mit Freimut Duve und Yaak Karsunke die Repression in der DDR gegen oppositionelle Schriftsteller u.a. rechtfertigt. Schütt: „*Und ich gehe davon aus, daß die sozialistische Gesetzlichkeit in allen diesen Fällen gewahrt wurde. In der DDR hat die Arbeiterklasse die Macht, die SED ist die Partei, die diese Macht ausübt, die hat einen bestimmten Weg zum Sozialismus beschlossen, und der muß jetzt durchgesetzt werden. Auch mit gesetzlichen Maßnahmen*".

Für viele „konkret"-Leser ist eine solche Argumentation zweifellos allzu grobschlächtig. So hat es denn auch, wie dem November-Heft zu entnehmen ist, „heftige Proteste" gegen den Artikel von J.Wolf im Oktober-Heft gegeben. Mehrere Leserbriefe werden dokumentiert, darunter übrigens auch einer von Erich Fried.

Angesichts dieser Lage mutet es – gewollt oder ungewollt – gerade zu wie ein geschicktes Entlassungsmanöver an, wenn „konkret"-Herausgeber Gremliza in der Novembernummer zwar prinzipiell Kritik an der DDR zu erkennen gibt, („Diesen Staat wollen wir s o nicht") aber dann doch „von hinten durch die Brust" die Unterdrückung der Meinungsfreiheit in der DDR zu rechtfertigen versucht. Nämlich folgendermaßen: „*Nehmen wir einmal an, die DDR hätte den Regimegegner Rainer Kunze veröffentlichen lassen, wie und was er wollte, seine Werke wären im Aufbau-Verlag erschienen und in Massen verkauft worden. Nehmen wir den dann nicht unwahrscheinlichen Fall an, es hätten sich Kunze-Kreise gebildet, für deren Kommunikationsmöglichkeit das ZDF gesorgt hätte. Die Regierung der DDR hätte mit Nervosität reagiert, mit ein bißchen Gewalt, die ein bißchen Gegenwalt ausgelöst hätte, es wäre ein Parteihaus in Flammen aufgegangen, Demonstranten hätten die Mauer gestürmt. Und dann hätten die Truppen des Warschauer Pakts zu den Waffen gegriffen und wir hätten mit aller Schärfe protestiert, Unterschriften gesammelt, Aufrufe verfaßt – von A wie Abendroth bis Z wie Zwerenz.*

Schlimm für die DDR, wenn es so ist? Können wir dafür, daß die Durchsetzung der Meinungsfreiheit eines sächsischen Lyrikers zu Krieg oder Bürgerkrieg führen kann? Nein, das haben wir in der Tat nicht zu verantworten. In unsere Verantwortung als politisch denkende und schreibend handelnde Intellektuelle fällt bloß, daß wir die Wirklichkeit erkennen. Wer dem Sozialismus ein menschliches Antlitz geben will, darf es nicht der Macht anderer überlassen, ob die Köpfe draufbleiben.

Das Bewußtsein dieser Verantwortung scheinen Willy Brandt und Egon Bahr vielen von uns voraus zu haben. Deshalb ihre Warnung vor den 'Menschenrechts'Kampagnen".

Gremlitza ist offensichtlich arm dran, wenn er als Kommunist – seinem Selbstverständnis nach – sich jetzt schon auf Brandt und Bahr berufen muß. In der Tat rechtfertigt er auf schändlichste Weise das Fortbestehen der Unterdrückung, indem er praktisch die Verweigerung der Meinungsfreiheit in der DDR als Voraussetzung für die Vermeidung eines atomaren Weltkriegs apokalyptisch ausmalt. Solche Leute könnten mit denselben „Argumenten" ebenso gut jede andere Unterdrückung in jedem anderen Land der Welt rechtfertigen. Zum Beispiel: Der revolutionäre Prozeß in Portugal nach dem 25.April m u ß t e unterdrückt werden, denn sonst hätte die NATO militärisch eingegriffen usw. usf. Seiner Logik nach dürfte die Unterdrückung in der DDR überhaupt erst aufhören, wenn die große Mehrheit der Bevölkerung „freiwillig" die Vorstellungen der SED-Führung vom „realen Sozialismus" akzeptiert. Bis dahin dürfte freilich noch einige Zeit vergehen...

Solche Leute schaden auch dem demokratischen Kampf in der BRD selbst, weil sie u n s e r e n Unterdrückern willkommene Alibis liefern!

Gemeinsame Erklärung von fünf „ML"-Parteien gegen die „Theorie der drei Welten"

Der Zerfall der „internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung" in ein 'chinesisches' und ein 'albanisches' Lager schreitet beschleunigt voran. Kürzlich veröffentlichten fünf europäische „ML"-Parteien eine gemeinsame Erklärung gegen die sogenannte „Theorie der drei Welten", die von den neuen chinesischen Machthabern als verbindliche Grundlinie für die „internationale marxistisch-leninistische Bewegung" bezeichnet wird.

Unterschrieben ist diese Gemeinsame Erklärung – datiert vom Oktober 1977 – von der „KPD/ML" (BRD), von der „KP Griechenlands/ML", von der PCd'I/ml (Italien), von der PCP/r (Portugal) und von der PCE/ML (Spanien).

In dieser Erklärung wird betont, die „Theorie der drei Welten" *„stimmt mit der Ideologie des modernen Revisionismus in den grundlegenden Fragen des Verrats am Marxismus-Leninismus völlig überein, zieht den Marxismus-Leninismus in den Schmutz und dient der Bourgeoisie und dem Imperialismus ... Unsere Parteien erklären mit aller Entschiedenheit, daß die 'Theorie der drei Welten' niemals die Grundlage für die Strategie der kommunistischen Weltbewegung sein kann; denn diese 'Theorie' ist keine marxistisch-leninistische Theorie, sondern eine vollständige Revision und Verfälschung des Marxismus-Leninismus. Die aus ihr folgende Strategie ist keine marxistisch-leninistische Strategie, sondern eine gegen die Interessen des Proletariats und der unterdrückten Völker, gegen die Revolution und den Sozialismus gerichtete konterrevolutionäre Strategie."*

Hervorstechend in der gemeinsamen Erklärung der fünf „ML"-Organisation ist der außerordentlich scharf formulierte Vorwurf des Spaltertums an die Adresse der chinesischen Führung: *„Es muß festgestellt werden, daß gegenwärtig von bestimmter Seite* (gemeint ist die chinesische Führung – Anm. AK) *eine gegen die Einheit der kommunistischen Weltbewegung gerichtete Politik betrieben wird. Um die 'Theorie der drei Welten' und andere opportunistische Auffassungen durchzusetzen, wird versucht auf verschiedene Bruderparteien Druck auszuüben, sie durch Fraktionsbildung zu spalten, werden in einer Reihe von Ländern opportunistische und provokatorische Gruppen gegen die bestehenden kommunistischen Parteien unterstützt und die Gründung solcher Gruppen gefördert. Die Beziehungen zu Bruderparteien werden von bestimmter Seite faktisch abgebrochen, weil sie diese opportunistische Linie zurückweisen, während vollständig opportunistische und von den Massen isolierte Gruppen als kommunistische Parteien bezeichnet werden, weil sie die opportunistische Linie bereitwillig nachplappern. Eine solche durch und durch prinzipienlose Politik ist Sabotage an der Einheit der kommunistischen Weltbewegung und zielt auf ihre Spaltung ab"* (Zitate nach Beilage zum „Roten Morgen" vom 21.10.77).

Wie rauh der Ton inzwischen geworden ist, geht noch deutlicher aus einer Erklärung der sogenannten „KP Japans (Linke)" hervor, die im „Roten Morgen" vom 28.10. nachgedruckt wurde. Darin heißt es: **„Wir halten es für wichtig, den Kampf noch weiter zu intensivieren, den kriminellen (!!) Charakter der konterrevolutionären revisionistischen Theorie der 'drei Welten' zu entlarven und sie zu zerschlagen".**

Richtigstellung

Zu unserer Meldung über die Bonner „ML"-Demonstration am 8. Oktober gegen die Verbotsdrohungen schreibt uns ein Genosse aus Duisburg:

„Die von euch gemachte Darstellung, daß Anhänger der 'KPD' und der 'KPD/ML' bei der Demonstration in Köln auf Spontis und Anarchos einschlugen, ist nur zum Teil richtig!

Hier die richtige Darstellung der Handlung: Als ich etwa um fünf Uhr den Rathausplatz mit einigen anderen Genossen betrat, hatte sich bereits ein fester Block, bestehend aus Spontis, Anarchos und AKW-Gegnern gebildet. Wir gesellten uns ebenfalls zu diesem Block. Kurze Zeit später wurde an einer Laterne eine schwarze Fahne angebracht. Sofort darauf erschien ein Schlägertrupp der 'KPD/ML' und versuchte, die Fahne herunterzureißen. Es hatte leider keinen Zweck, mit diesen Typen zu reden. Sie zogen sofort Polizeiknüppel und droschen auf uns ein. Nun war es aber nicht so, wie ihr berichtet habt, daß auch Mitglieder der 'KPD' sich an diesem wahnsinnigen Treiben beteiligt haben. Genau das Gegenteil war richtig. Einige Mitglieder der 'KPD', Spontis, Anarchos und AKW-Gegner bildeten sofort eine Kette und verhinderten so, daß die schwarze Fahne von der Laterne gerissen wurde ...".

Der Genosse hat recht. Wir haben uns auf Grund der uns aus Bonn vorliegenden Berichte geirrt. Darauf hat uns inzwischen auch die „KPD" aufmerksam gemacht. Darüber hinaus hat die „Rote Fahne" (26.10.) eine Erklärung betroffener Anarchos, Spontis, AKW-Gegner (und KB-Sympathisanten) abgedruckt und dazu ausdrücklich betont, **„daß wir solche Verhaltensweisen (der „KPD/ML" – Anm. AK) als sektiererisch und antidemokratisch verurteilen. Wir betonen, daß es falsch ist, wie der letzte 'Arbeiterkampf' behauptet, wir hätten uns an solchen Übergriffen beteiligt. Im Gegenteil, wir haben in Einzelfällen, wo es uns möglich war, die KPD/ML-Ordner verwarnt und an Übergriffen gehindert".**

Wir begrüssen das. Für uns wird dieser Irrtum Anlaß sein, gerade angesichts der sich derzeit eröffnenden Möglichkeiten zu mehr gemeinsamem Handeln, in Zukunft noch sorgfältiger zu arbeiten und eventuell vor Veröffentlichung ähnlicher Meldungen bei den Betroffenen rückzufragen.

KBW leidet immer noch unterm Brokdorf-Komplex

Die seinerzeit vom „KB Nord" unter Führung Hopfenmüllers verhinderte greifbar nahe Schleifung des AKW-Bauplatzes Brokdorf wirkt beim KBW immer noch nach. So kann man in der Beilage Schleswig-Holstein seiner „Komischen Volkszeitung" (KVZ) vom 3. Oktober über eine Demonstration in Kiel folgendes lesen: *„Ca. 130 Menschen haben sich am Sonnabend an der Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhung bei der KVAG beteiligt .... Möglich wäre es gewesen, eine erheblich größere Demonstration durchzuführen.* **Feststellen muß man, daß die Niederlage, die die mit 30.000 Menschen stehengebliebene Demonstration gegen das KKW-Brokdorf am 19.2. dargestellt hat, noch ihre Wirkungen zeigt.** *Es ist den Kommunisten mit den Aktionen gegen die Fahrpreiserhöhungen noch nicht gelungen, eine gewisse Stokkung der Massenbewegung zu überwinden. Klar ist, daß diese Demonstration, hätten wir eine größere Menschenmasse darum zusammenschließen können, die Verhältnisse in dieser Stadt erheblich zum Tanzen gebracht hätte".*

Wir empfehlen dieses Argumentationsmuster auch anderen KBW-Gruppen. An guten Ausreden für mißglückte „Massen"aktionen ist beim KBW ja bekanntlich immer großer Bedarf!

Spendenliste

Wie üblich, veröffentlichen wir hier die laufenden, in den letzten zwei Wochen eingegangenen Spenden für ausländische revolutionäre Organisationen. Diese Veröffentlichung schließt an diejenigen im letzten ARBEITERKAMPF an.
Wir sind grundsätzlich bereit, Geld- und Sachspenden an alle revolutionären Organisationen, Institutionen und Staaten auf der Welt zu überweisen bzw. zu überbringen. Dasselbe gilt für Projekte, die dem Aufbau des Sozialismus sowie dem Kampf der Arbeiterklassen und fortschrittlichen Bewegungen dienen.
Wir bitten alle Spender bei Überweisungen deutlich sichtbar den Empfänger zu vermerken; ebenso den Absender, damit wir den Spendeneingang quittieren können.
Die regelmäßige Veröffentlichung der eingegangenen Spenden soll der Kontrolle der Spender und Empfänger dienen. Wir werden alle Spenden ohne Abzug weiterleiten.

Für PFLP, Palästina

Hamburger Schmetterlingsliebhaber	160,16
Ein Kunde des Arbeiterbuch Bremerhaven	32,70
D. H., Flensburg	50,00
Wohngemeinschaft Nürnberg	50,00
KB/Gruppe Stade	30,00
Summe	322,86

Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenaufkommen für die PFLP auf DM 122.285,59

Für MIR, Chile

H. H., Hamburg, Knobelrunde Kutscherkrug	20,00
Referendar-Fete Köln	50,00
KB/Gruppe Stade	45,00
GEW-Kollegen Gifhorn	20,00
Sammlung auf Che-Guevara-Veranstaltung in Stade	102,00
KB/Gruppe Stade	100,00
KB/Gruppe Duisburg	50,00
Summe	387,00

Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenaufkommen für MIR auf DM 291.839,94

Für FRELIMO, Mosambik

H.W.G., Hannover	10,50

Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenaufkommen für FRELIMO auf DM 122,00

Für PFLO, Oman

H.W.G., Hannover	10,00

Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenaufkommen für PFLO auf DM 330,44

Für EPLF, Eritrea

T.P., Lauenburg	35,00
B.F., Stade	60,00
D.G., Glückstadt	22,00
Summe	117,00

Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenaufkommen für EPLF auf DM 8663.00

Für Frente Polisario, West-Sahara

B.F., Stade	60,00
KB/Gruppe Kiel	15,00
Summe	75,00

Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenaufkommen für Frente Polisario auf DM 29.383,08

Für ZIPA, Zimbabwe

African Study Group, Hamburg	88,24

Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenaufkommen für die ZIPA auf DM 777,34

Für MPLA, Angola

H.N., Niedergundremmingen	50,00

Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenaufkommen für die MPLA auf DM 148.776,03

Sozialismus



Verlag Arbeiterkampf

J. Reents · Lerchenstraße 75 · 2 Hamburg 50



Kalkar am 24.9.

30 Seiten aktuelle Fotos DM 3,50

Am frühen Abend des 24. September demonstrierten 50.000 AKW-Gegner aus dem In- und Ausland gegen den "Schnellen Brüter" in Kalkar. Viele tausend AKW-Gegner - insgesamt etwa 20.000 - waren aufgrund des massiven Polizeiterrors in der Nacht vom 23. zum 24. September gegen die von außerhalb Anreisenden - insbesondere die norddeutschen AKW-Gegner - nicht mehr in der Lage, an dieser Demo teilzunehmen; sie hingen zu diesen Zeitpunkten entweder immer noch in den massiven Polizei-Sperren bzw. mußten inzwischen umkehren.
Darüber berichtet diese Broschüre. 34-seitige Bilddokumentation.
68 Seiten. Din A4 Format. DM 3.50

Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?



Dokumentation einer Podiumsdiskussion

Wilfried Dwaschmann, Friedenspolitische Studiengesellschaft e.V. — Kai Ehlers, KB, Prozeßgegner von Rosenbaum — Werner Hill, Journalist — Helen Gasper, Hausfrau, Schöffin, Betreuerin der JVA Fuhlsbüttel — Heinz Giehring, Professor für Strafrecht (Uni HH) — Peggy Parnass — Gerhard Weber, FDP — Han Wielek, Senator der Ersten Kammer der Niederlande, Partij van de Arbeid — Leitung: Ulli Hentschel, Vikar

Die Podiumsdiskussion „Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?" fand am 22.7. in Hamburg statt und ist in dieser Broschüre des „Unterstützungsausschusses ARBEITERKAMPF gegen Rosenbaum" dokumentiert. Anlaß war die öffentlich nicht begründete Beurlaubungs- und Begnadigungspraxis des Hamburger Senats gegenüber Nazi-Verbrechern wie u.a. Rosenbaum. Die Veranstaltung zeigte, daß der in der BRD bisher unübliche Dialog zwischen den verschiedenen Lagern der Demokraten und Antifaschisten, einschließlich der Kommunisten möglich und nötig ist.

60 Seiten
DM 4,--



Doppelalbum mit Liedertexten DM 24,50

Unser „Rockwerk" soll deutlich machen, was die offizielle Geschichtsschreibung bisher immer unterschlagen hat: Die wirklichen Veränderungen der Menschheitsgeschichte werden weder durch „große Männer" hervorgebracht noch durch diplomatisches Gerede im steifen Frack und Hut, sondern einzig und allein durch das Volk.

(Oktober)

Polizeiterror gegen Antifaschisten: Acht Festnahmen

Hamburg. Am 29.10. führte die NPD in der Eimsbüttler Osterstraße einen »Infostand« durch, was den Antifaschisten natürlich ein Dorn im Auge war. Nachdem im letzten Monat eine NPD-Veranstaltung im Hamburg-Haus verhindert werden konnte, versuchten die Nazis sich jetzt an einer unbelebteren Ecke wieder vorzuwagen. Die Eimsbüttler Antifaschisten hatten schon vorher davon erfahren und ca. 100 von ihnen — Unorganisierte, Mitglieder der Antifaschistischen Aktion, des KB, der VVN, der BUU, des KBW, der KPD/ML und Anarcho-Genossen — versammelten sich am Nazi-Stand. Mit Transparenten, Flugblättern und vielen Diskussionen mit Passanten wurde gegen das immer frechere Auftreten von Naziorganisationen protestiert. Kurze Zeit später tauchten dann, wahrscheinlich auf Wunsch der Nazis, die mit 15 Leuten da waren, die ersten Bullenwagen auf. Als einer der Antifaschisten eine Fahnenstange der Nazis, die sie als Schlagwaffe benutzen wollten, durchbrach, rückten sofort anfangs vier Bullen an und stellten sich schützend vor den Stand. Nach und nach vermehrten sich die Polizeiwagen und als sie sich stark genug fühlten, griffen sie sich blitzschnell drei Antifaschisten heraus und schleppten sie brutal zu den Polizeiwagen. Es gelang uns leider nur in einem Fall, einen Festgehaltenen wieder zu befreien. Später wurden noch einmal zwei oder drei Antifaschisten willkürlich herausgegriffen und zur Wache geschleppt. Die Bullen hatten vorher mit einer Polaroid-Kamera die Antifaschisten fotografiert — die Festgenommenen erfuhren auf der Wache, warum: Die Betroffenen werden wegen Teilnahme an einer »nicht genehmigten Gegenkundgebung« angezeigt! Zu guter letzt wurden dann auch noch die Antifaschisten verschleppt, die die Polizeiprovokationen fotografiert hatten! Deutlicher als an diesem Tage konnte man bisher nicht sehen, wie perfekt heute schon die Polizeiwachen in den Stadtteilen auf Polizeistaatsmethoden ausgerichtet und vorbereitet sind.

Obwohl das Erscheinen von über 100 Antifaschisten und die teilweise sehr gute Aufklärungsarbeit während der Aktion sehr erfreulich sind, können wir dabei nicht von einem großen Erfolg sprechen. Die Festnahme von acht Antifaschisten kann dazu führen, daß der eine oder andere etwas resigniert oder bei der nächsten Aktion nicht mehr so entschlossen auftritt. Es erwies sich als großer Mangel, daß die Antifaschisten ihr Vorgehen vorher nicht abgesprochen und aufeinander abgestimmt hatten. Ein entschlosseneres und vor allen Dingen diszipliniertes Vorgehen mit Bildung von Ketten usw. hätte es den Bullen zumindest erschwert, sich Einzelne herauszugreifen. Für uns Antifaschisten kann daraus nur die Schlußfolgerung sein: aus Fehlern lernen und nächstes Mal noch einheitlicher auftreten!

Antifaschistische Aktion Eimsbüttel

Nachahmenswert! Antifaschistische Aktionstage in Eimsbüttel

Unter dem Motto »Schluß mit der Nazi-Nostalgie!« führte die neugegründete »antifaschistische Aktion Eimsbüttel« (AAE) am letzten Oktoberwochenende zwei Filmveranstaltungen durch. Einerseits wollten wir durch die Vorführung eines Films, der die Greuel des Nazifaschismus korrekt wiedergibt, ein direktes Gegengewicht gegen die zweite Welle der Nazinostalgie und des Fest-Films »Hitler — eine Karriere« herstellen, andererseits sollte ein erster Schritt zur Entwicklung einer antifaschistischen Politik und einer besseren Zusammenarbeit der Antifaschisten in unserem Stadtteil getan werden. Einen recht guten Ansatz boten uns die Faschisten selbst, indem sie ausgerechnet dieses Wochenende einen »Info«-Stand in der Osterstraße angemeldet hatten (siehe nebenstehenden Bericht).

Die 1. Veranstaltung: Schluß mit der Nazi-Nostalgie!

Mit 150 bis 180 zumeist unorganisierten Teilnehmern war diese Veranstaltung die bestbesuchte in Eimsbüttel seit Jahren. Bevor der Film »Hitler — mein Kampf« gezeigt wurde, wurden Referate zur immer stärker werdenden Nazi-Nostalgie und der Verharmlosung des Faschismus in den Schulbüchern gehalten. Am Film wurde hinterher vom Publikum richtig kritisiert, daß er zwar die Greuel des Faschismus in aller Deutlichkeit zeige, aber politisch wenig über den Klassencharakter und die Frage, wie der Faschismus entstehen konnte, sagt. Die anschließende Diskussion hat gezeigt, daß viele Besucher Parallelen zwischen der gesellschaftlichen Entwicklung zum Faschismus damals und der heutigen Situation sehen, und bemängelten, daß hierüber kein Referat gehalten wurde. Wir nehmen diese Kritik gern an und bemühen uns, in nächster Zeit eine Veranstaltung zum Thema »Refaschisierung« durchzuführen. Wegen der Kürze der verbliebenen Zeit entwickelte sich zwar eine lebhafte, aber für die Vorbereitung nicht ausreichende Diskussion über unser Vorgehen gegen den NPD-Stand am nächsten Morgen. Einigkeit bestand unter den Anwesenden, daß man gegen diese Provokation etwas unternehmen muß. Wir vereinbarten einen Treffpunkt in der Nähe des Standes und einigten uns darauf, unser konkretes Vorgehen vor Ort zu bestimmen.

Die zweite Veranstaltung: Verstärken wir den antifaschistischen Kampf in Eimsbüttel

An dieser Veranstaltung nahmen sogar fast 200 Antifaschisten teil. Ziel dieser Veranstaltung war, einerseits Politik und Treiben von Alt- und Neonazis darzustellen, andererseits eine breitere Debatte über Möglichkeiten des antifaschsitischen Kampfes einzuleiten. Es wurden insgesamt drei Filme gezeigt und dazu jeweils Referate vorgetragen. Als erstes wurde ein Film über Stuka-Oberst Rudel gezeigt und über die Verbindungen der HIAG zur Bundeswehr berichtet, um zu zeigen, daß die Altnazis heute eben keine »harmlosen Opis« sind. Dann wurde die Fernsehdokumentation »Wotans Erben« vorgeführt und Referate über Politik und Funktion der NPD und solcher Gruppen wie der Hoffmann-Bande gehalten. Es folgte ein Diskussionsbeitrag zu Erfahrungen bei bisherigen antifaschsitischen Aktionen, wobei auch zur Frage der Militanz Stellung genommen wurde. Es entwickelte sich eine rege Diskussion über die Frage, ob man Gewalt als Mittel zur politischen Bekämpfung der Faschisten anwenden kann oder ob eine solche Taktik eher schädlich ist. Dabei wurde von Vertretern der Gewaltfreiheit vertreten, daß es eben darum gehe, die Nazis politisch zu isolieren, wobei Militanz durch ihre »abschreckende Wirkung« eher das Gegenteil bewirke. Von Mitgliedern der AAE wurde dagegen gehalten, daß politische Isolierung der Faschisten und die Anwendung von Gewalt keinen Widerspruch darstellen, sondern das eine das politische Ziel, das andere eines der möglichen Kampfmittel ist. Die Diskussion verlief trotz unterschiedlicher Standpunkte solidarisch und bildet eine gute Grundlage für eine breite Debatte über die weiteren Möglichkeiten antifaschistischer Politik in Eimsbüttel.

Die außerordentlich gute Besucherzahl der beiden Veranstaltungen und die zahlreiche Teilnahme an der Anti-NPD-Aktion hat uns deutlich gezeigt, daß es besonders unter der Jugend in Eimsbüttel relativ viele Menschen gibt, die — in einer Zeit der galoppierenden Rechtsentwicklung und des verstärkten Auftretens von Nazi-Banden — ein Bedürfnis nach derartigen Veranstaltungen haben und bereit sind, sich im antifaschistischen Kampf zu engagieren. Die Entwicklung einer solidarischen Zusammenarbeit mit diesen Antifaschisten und darüber hinaus mit allen antifaschistischen Kräften in Eimsbüttel sieht die AAE als einen ihrer Schwerpunkte der Arbeit in nächster Zeit an. Die bei der Diskussion auf den Veranstaltungen deutlich gewordenen unterschiedlichen Vorstellungen vom antifaschistischen Kampf und das uneinheitliche Auftreten der Antifaschisten bei der Anti-NPD-Aktion unterstreicht noch einmal die Notwendigkeit eines parteipolitisch unabhängigen »Koordinationsgremiums« in Eimsbüttel, das in der Lage ist, zu einer größtmöglichen Aktionseinheit im antifaschistischen Kampf beizutragen. Die AAE ist sich bewußt, daß sie diese Aufgabe heute noch nicht voll erfüllt — hat sich aber vorgenommen, verstärkt auf dieses Ziel hinzuarbeiten.

Zwei KB-Genossen
in der AAE